

„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“

Auf dem Weg zu einer Geschichte der  
Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft

# **Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge**

## **Series Editors**

Ian T. Baldwin, Jürgen Renn, Dagmar Schäfer, Robert Schögl,  
Bernard F. Schutz

## **Edition Open Access Development Team**

Lindy Divarci, Nina Ruge, Matthias Schemmel, Kai Surendorf

## **Scientific Board**

Markus Antonietti, Antonio Becchi, Fabio Bevilacqua, William G. Boltz, Jens Braarvik, Horst Bredekamp, Jed Z. Buchwald, Olivier Darrigol, Thomas Duve, Mike Edmunds, Fynn Ole Engler, Robert K. Englund, Mordechai Feingold, Rivka Feldhay, Gideon Freudenthal, Paolo Galluzzi, Kostas Gavroglu, Mark Geller, Domenico Giulini, Günther Görz, Gerd Graßhoff, James Hough, Manfred Laubichler, Glenn Most, Klaus Müllen, Pier Daniele Napolitani, Alessandro Nova, Hermann Parzinger, Dan Potts, Sabine Schmidtke, Circe Silva da Silva, Ana Simões, Dieter Stein, Richard Stephenson, Mark Stitt, Noel M. Swerdlow, Liba Taub, Martin Vingron, Scott Walter, Norton Wise, Gerhard Wolf, Rüdiger Wolfrum, Gereon Wolters, Zhang Baichun

## **Proceedings 6 (Second Extended Edition)**

**Edition Open Access  
2015**

**„Dem Anwenden muss das Erkennen  
vorausgehen“**

**Auf dem Weg zu einer Geschichte der  
Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft**

Herausgegeben von  
Dieter Hoffmann  
Birgit Kolboske  
Jürgen Renn

**Edition Open Access  
2015**

Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge  
Proceedings 6 (second extended edition)

Die Beiträge in diesem Band sind entstanden anlässlich eines Kolloquiums zum 100-jährigen Bestehen der Gesellschaft, das 2010/11 im Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte stattfand.

*Eingereicht von:*  
Robert Schlögl

*Herausgeben von:*  
Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske, Jürgen Renn

*Edition:*  
Lindy Divarci, Beatrice Hermann, Sabine Kayser

*Titelbild*

Mit freundlicher Genehmigung des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem. (Gründungsversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in der Britischen und Amerikanischen Zone am 26. Februar 1948 in Göttingen. Am Präsidiumstisch vor der Büste Max Plancks Präsident Otto Hahn (stehend, rechts) und der letzte Preußische Kulturminister der Weimarer Republik und Kulturminister von Niedersachsen Adolf Grimme (links), Sitzend von rechts nach links: Senator Adolf Windaus, Stellvertretender Schriftführer Richard Kuhn, Schriftführer Max von Laue, links neben Grimme: Vizepräsident Erich Regener, Schatzmeister Wilhelm Bötzkes und Senator Theo Goldschmidt.) Der Titel ist ein Zitat von Max Planck aus „Wesen des Lichtes“ *Naturwissenschaften* 16 (1928): 903.

ISBN 978-3-945561-01-0

Second edition published 2015 by Edition Open Access,  
Max Planck Institute for the History of Science  
<http://www.edition-open-access.de>

Printed in Germany by epubli, Oranienstraße 183, 10999 Berlin  
<http://www.epubli.de>

Published under Creative Commons by-nc-sa 3.0 Germany Licence  
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de/>

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Die Plattform Edition Open Access (EOA) wurde mit dem Ziel gegründet neue Publikationsinitiativen zusammenzubringen, die die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit in einem innovativen Format veröffentlichen – einem Format, das die Vorteile traditioneller Publikation mit denen des digitalen Mediums verbindet. Derzeit umfasst EOA die Publikationen der „Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge“ (MPRL) und der Reihe „Edition Open Sources“ (EOS). EOA ist offen für die Aufnahme weiterer Open Access Initiativen, deren Konzept und Verständnis im Einklang mit der 2003 von der Max-Planck Gesellschaft ins Leben gerufenen *Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen* sind.

Durch die Kombination von Buchdruck und digitaler Publikation bietet die Plattform einen neuen Weg, Forschung im Wandel abzubilden und darüber hinaus ihre Quellen verfügbar zu machen. Die Texte sind sowohl als gedruckte Bücher erhältlich als auch in einer Online-Version frei verfügbar. Die Bände richten sich an Wissenschaftler und Studierende unterschiedlicher Disziplinen, sowie an all jene, die an der Rolle der Wissenschaft für die Gestaltung unserer Welt interessiert sind.

Die „Max Planck Research Library for the History and Development of Knowledge“ besteht aus den Serien „Studies“, „Proceedings“ und „Textbooks“. Es handelt sich um Originalveröffentlichungen wissenschaftlicher Arbeiten, die unter der Verantwortung von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats und anderen Gutachtern vorgelegt werden. Diese Initiative wird zur Zeit von drei Max-Planck-Instituten getragen: dem MPI für Wissenschaftsgeschichte, dem Fritz-Haber Institut der MPG und dem MPI für Gravitationsphysik (Albert-Einstein-Institut).

Die Publikationen der Serie „Studies“ sind zentralen Themen der Geschichte und Entwicklung des Wissens gewidmet. Perspektiven aus unterschiedlichen Bereichen werden zusammengebracht, und auf Quellen gestützte empirische Forschung wird mit theoretisch ausgerichteten Ansätzen verknüpft. Die Publikationen der Serie „Proceedings“ stellen die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeitstreffen zu aktuellen Themen vor und sollen zugleich die weitere Kooperation zu diesen Themen durch das Angebot einer elektronischen Plattform unterstützen. Die Publikationen der Serie „Textbooks“ werden von maßgeblichen Fachleuten auf einschlägigen Gebieten ausgearbeitet.

Die Edition Open Sources (EOS) setzt dieses neues Paradigma im Verlagswesen mit Blick auf Quellen um. EOS ist eine Zusammenarbeit der University of Oklahoma Libraries, des Department for the History of Science der University of Oklahoma sowie des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte. Die EOS-Publikationen behandeln wichtige Originalquellen zur Geschichte und Entwicklung des Wissens, die als Faksimile, Transkription oder Übersetzung bereitgestellt und im Rahmen einer Monographie interpretiert werden. Bei den Quellen kann es sich um historische Bücher, Manuskripte, Dokumente oder andere Materialien handeln, die sonst schwer zugänglich sind.

Peter Gruss gewidmet,  
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft von 2002 bis 2014,  
der den Mut hatte, zugleich voraus- und zurückzuschauen



# Inhaltsverzeichnis

	<b>Einleitung</b> .....	1
<b>1</b>	<b>Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft</b>	
	<i>Jürgen Renn, Horst Kant, Birgit Kolboske</i> .....	5
1.1	Eingrenzung des Feldes .....	5
1.2	Innovative Antwort auf eine Krise .....	8
1.3	Die Gründungsjahre .....	11
1.4	Ausbau in einer Situation des Umbruchs .....	23
1.5	Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus .....	31
1.6	Von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Max-Planck-Gesellschaft .....	61
1.7	Wissenschaft im Wirtschaftswunderland: Die Ära Butenandt .....	93
1.8	Ausblick .....	107
<b>2</b>	<b>Der Antriebsmotor der Max-Planck-Gesellschaft: Das Harnack-Prinzip und die Wissenschaftlichen Mitarbeiter</b>	
	<i>Reimar Lüst</i> .....	121
2.1	Reminiszenzen eines ehemaligen Präsidenten .....	121
2.2	Der Start am Max-Planck-Institut für Physik .....	122
2.3	Das Harnack-Prinzip .....	125
2.4	Die kollegiale Leitung .....	127
2.5	Die Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiter .....	128
2.6	Die Projektgruppen .....	130
2.7	Die Nachwuchsgruppen .....	132
2.8	Fachbeirat und Senat .....	133
<b>3</b>	<b>Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen: Faktisches und Symbolisches</b>	
	<i>Hubert Laitko</i> .....	135
3.1	KWG und MPG: ein historisches Kontinuum .....	135
3.2	„Harnack-Prinzip“ – Diffusion eines Terminus .....	137
3.3	Harnack-Prinzip und <i>Corporate Identity</i> .....	142
3.4	Humboldts „Hilfsinstitute“ und die KWG: eine nützliche Legende ..	146

3.5	Die „Gesamtanstalt“ und die Ausdifferenzierung der Institutionentypen .....	150
3.6	Grundlagenforschung und Vertrauensvorschuss .....	155
3.7	Sachliche und personelle Gesichtspunkte .....	160
3.8	Das Harnack-Prinzip und die Wissenschaftlerinnen .....	163
3.9	Kollegiale Leitung .....	164
3.10	Forschungsfreiheit, Evaluation, Legitimation .....	168
3.11	Immanente Spannungen .....	170
3.12	Ambivalenzen des Harnack-Prinzips .....	178
3.13	Übergreifende Zusammenhänge .....	184
<b>4</b>	<b>Wissenschaftsförderung im Deutschen Kaiserreich: Die Gründung und Finanzierung der Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft im Kontext neuerer Forschungen über das Stiften und Spenden</b>	
	<i>Thomas Adam</i> .....	195
4.1	Private vs. staatliche Forschungsförderung .....	195
4.2	Das KWG-Modell im internationalen Kontext .....	198
4.3	Das Modell der KWG im nationalen Kontext .....	202
4.4	Zum Profil der Stifter .....	209
4.5	Der erster Weltkrieg und die Folgen .....	212
<b>5</b>	<b>Auf dem Weg zum Dienstefinder: Zur kommerziellen Nutzung von Forschungsergebnissen aus Kaiser-Wilhelm- Instituten</b>	
	<i>Manfred Rasch</i> .....	219
5.1	Vorbemerkung .....	219
5.2	Die rechtliche Situation staatlich angestellter Forscher vor der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hinsichtlich ihrer Erfindungen .....	221
5.3	Erfinder-Regelungen bei industrienahen Kaiser-Wilhelm- Instituten .....	224
5.4	Zusammenfassende Thesen .....	239
<b>6</b>	<b>Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970)</b>	
	<i>Carola Sachse</i> .....	243
6.1	Einleitung .....	243
6.2	Diskursive Praktiken und Ordnungsmuster .....	245
6.3	„Grundlagenforschung“ als stumpfes zweischneidiges Schwert ....	247

6.4	Grundlagenforschung als (Wieder-) Gründungsmythos der MPG ...	251
6.5	„Grundlagenforschung“ als institutionelles Ordnungsmuster innerhalb der MPG .....	255
6.6	Vorläufig Resümierendes .....	263
<b>7</b>	<b>Harnacks „Großbetrieb der Wissenschaft“ in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft</b>	
	<i>Helmuth Trischler</i> .....	269
7.1	Großforschung im Kontext der Rüstungsdynamik: Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen .....	272
7.2	Plasmaphysik und Hochenergieforschung .....	276
7.3	Lebenswissenschaften: Das MPI für Biochemie .....	282
<b>8</b>	<b>Die Politik der Entpolitisierung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln</b>	
	<i>Ariane Leendertz</i> .....	287
8.1	Einleitung .....	287
8.2	Wissenschaft als Problemlöser und Problemerzeuger .....	288
8.3	Verwissenschaftlichung und Politikberatung .....	290
8.4	Politisierung und Polarisierung .....	293
8.5	Die Politik der Entpolitisierung .....	299
<b>9</b>	<b>Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten – 1918, 1933, 1945, 1990</b>	
	<i>Mitchell G. Ash</i> .....	307
9.1	Einleitung – Theoretische Bruchstücke .....	307
9.2	1918 .....	311
9.3	1933 .....	316
9.4	1945 .....	322
9.5	1989 (beziehungsweise 1990) .....	328
9.6	Schluss .....	335
<b>10</b>	<b>Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser- Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven</b>	
	<i>Gerhard Wolf</i> .....	343
	<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	359



## Einleitung

„Unmöglich ist es, zum 40. Jubiläum der Gesellschaft eine umfassende Wissenschaftsgeschichte auch nur in großen Zügen darzustellen.“<sup>1</sup> Dies stellte Otto Hahn, letzter Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und erster Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, im Jahre 1951 fest. 1990 schloss sich Rudolf Vierhaus in der Einführung zum Sammelband „Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft“ dieser Feststellung an.<sup>2</sup> Der Sammelband dokumentiert eine wichtige Forschungsleistung und gilt bis heute als das Standardwerk zur Geschichte von Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Dennoch hat die Einschätzung, dass eine umfassende Wissenschaftsgeschichte der Max-Planck-Gesellschaft ein Forschungsdesiderat ist, auch ein weiteres Vierteljahrhundert später immer noch Bestand.

Das zwischen 1999 und 2005 betriebene und groß angelegte Forschungsprogramm zur „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ hat zahlreiche neue Erkenntnisse gebracht, die nicht nur die Geschichte der Gesellschaft während des „Dritten Reichs“ erhellen, sondern auch zum genaueren Verständnis der Dynamik von Wissenschaftsentwicklung in gesellschaftlichen Kontexten beigetragen haben.<sup>3</sup> Darüber hinaus wurden gerade in jüngster Zeit einige historische Darstellungen von Institutsgeschichten vorgelegt.<sup>4</sup> Doch gibt es nach wie vor keine gültigen und historischen Standards genügende Gesamtdarstellung der nunmehr über hundertjährigen Geschichte von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft. Insbesondere gilt dies für die Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, die 1946 bzw. 1948 aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hervorgegangen ist – ihre inzwischen fast 70 Jahre umfassende Geschichte kann in mancher Hinsicht als wissenschaftshistorische *terra incognita* charakterisiert werden.

Vor diesem Hintergrund war es keineswegs zufällig, dass das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte das hundertjährige Gründungsjubiläum

---

<sup>1</sup> Otto Hahn (1951, 4).

<sup>2</sup> Vierhaus und vom Brocke (1990, 5).

<sup>3</sup> Vgl. dazu die von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder herausgegebenen Bände der Reihe Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus.

<sup>4</sup> Zuletzt anlässlich des hundertjährigen Gründungsjubiläums: Steinhauser et al. (2011); Kant und Reinhardt (2012).

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum Anlass nahm, sein Institutskolloquium 2010/2011 der Geschichte dieser traditionsreichen außeruniversitären Forschungsinstitution zu widmen und dabei einen Schwerpunkt auf die eigentliche Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft zu legen. Angesichts des Forschungsstandes konnte es jedoch nicht Ziel sein, eine systematische oder gar umfassende Institutionengeschichte zu vermitteln und damit nachzuholen, was die bisherige Forschung versäumt hat. Vielmehr sollten exemplarisch charakteristische Entwicklungen, Grundprobleme und Umbrüche einer hundertjährigen Geschichte beleuchtet und in einem breiteren wissenschafts- und institutionshistorischem Kontext diskutiert werden. Damit wurde nicht nur dem Kolloquiumscharakter Rechnung getragen, sondern es konnte auch eine vorläufige Forschungsbilanz gezogen und, so jedenfalls hoffen wir, Anregungen für künftige Forschungen gegeben werden. Dass wir binnen Jahresfrist eine zweite, erweiterte Auflage vorlegen ist dem Wunsch geschuldet, einen weiteren Beitrag sowie auch relevantes Bildmaterial zugänglich zu machen, das uns bei Redaktionsschluss der ersten Auflage noch nicht vorlag.

Das Spektrum der neun Kolloquiumsvorträge war äußerst weit gefächert. Das Gleiche gilt für die hier versammelten Beiträge, die aus der Vortragsreihe hervorgegangen sind. Den Anfang machen die reflektierenden Erinnerungen von Altpräsident Reimar Lüst (Hamburg), der nicht nur sein jahrzehntelanges Wirken in der Max-Planck-Gesellschaft Revue passieren lässt, sondern insbesondere auch die zentrale Rolle des Harnack-Prinzips für die Erfolgsgeschichte der Gesellschaft herausstellt.

Hieran anknüpfend, beschäftigt sich Hubert Laitko (Berlin) aus einer wissenschaftshistorischen und forschungspolitischen Perspektive mit diesem institutionellen Markenzeichen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, das er um zwei weitere Grundprinzipien, die er als Strategie- und Ganzheitsprinzip bezeichnet, ergänzt hat. Nach seiner Auffassung konnte sich erst in deren wechselseitiger Spannung die bis heute anhaltende Produktivität des Harnack-Prinzips entfalten.

Der Vortrag von Thomas Adam (University of Texas at Arlington) ordnet die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mittels privater Stiftungsmittel in den Kontext der neueren Forschungen zum Stiften und Spenden im Wilhelminischen Deutschland ein. Dabei bezieht er in seine Perspektive auch die Finanzierung von privaten und staatlichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen in den USA ein, dem klassischen Land der Stifter und des Mäzenatentums.

Bemerkenswert und heute fast vergessen ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der frühen Kaiser-Wilhelm-Institute – von den Dahlemer KWIs für Chemie und Physikalische Chemie über das Düsseldorfer KWI für Eisenforschung bis hin zu den Instituten für Kohlenforschung in Mülheim und Breslau – der Industrie sehr nahe standen und von dieser großzügig mitfinanziert wurden. Aufgrund die-

ser Tatsache unterlagen die Institutsmitarbeiter und nicht zuletzt die Direktoren unterschiedlichsten, arbeitsvertraglich geregelten Festlegungen hinsichtlich der Verwertung ihrer Erfindungen, die sie mit Mitteln ihrer Institute erzielten. Der Vortrag von Manfred Rasch (ThyssenKrupp Konzernarchiv Duisburg) hat diese Profilierung von Wissenschaftlern zu angestellten „Dienstfindern“ im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zwischen Wilhelminischer Epoche und „Drittem Reich“ analysiert.

Der Beitrag von Carola Sachse (Universität Wien) setzt sich kritisch mit dem Begriff der Grundlagenforschung auseinander, den die Max-Planck-Gesellschaft insbesondere seit ihrer Umgründung nach dem Zweiten Weltkrieg geradezu als Mythos gepflegt hat. Sie zeigt, dass dieser programmatische Anspruch auch dazu genutzt wurde, vergangenheitspolitisch den Charakter jener hybriden Forschungen zu verwischen, mit denen sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Teil des NS-Regimes besonders in der Rüstungsforschung engagiert hatte. Andererseits trug die Fokussierung auf Grundlagenforschung in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenwartspolitisch dazu bei, die organisatorische Integrität der Max-Planck-Gesellschaft, ihre institutionelle Unabhängigkeit und die wissenschaftliche Autonomie ihrer Mitglieder zu behaupten.

Helmuth Trischler (Forschungsinstitut des Deutschen Museums München) untersucht am Beispiel der Göttinger Aerodynamischen Versuchsanstalt, der Institutionalisierung der Hochenergiephysik und der Gründung des MPI für Biochemie in München-Martinsried, wie die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft auf die inhärente Wachstumsdynamik der modernen Wissensgesellschaft reagiert hat und in kontroversen Aushandlungsprozessen den institutionellen Ort der Gesellschaft im deutschen Wissenschaftsgefüge – nicht zuletzt im Hinblick auf die Etablierung der modernen Großforschung – stets von Neuem zu bestimmen versuchte.

Zu den gesellschaftlichen Herausforderungen, die die Max-Planck-Gesellschaft aufgriff, gehörten auch Diskussionen über die Rolle von Bildung und über die Bedeutung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts für die moderne Gesellschaft. In diesem Kontext zeichnet der Beitrag von Ariane Leendertz (MPI für Gesellschaftsforschung Köln) die Gründungsgeschichte und die Schließung des Starnberger Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt nach und zeigt, wie es vor diesem Hintergrund in den achtziger Jahren zur Gründung des Kölner Instituts für Gesellschaftsforschung kam.

Eine Tour d’Horizon unternimmt Mitchell Ash (Universität Wien), der die Reaktion von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft auf die gravierenden politischen Umbruchzeiten von 1918, 1933, 1945 und 1990 im Lichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik untersucht.

Gerhard Wolf (Kunsthistorisches Institut Florenz – MPI) reflektiert in seinem Essay „Ever the Best“ über die Dynamiken, Rhetoriken und Perspektiven der Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Darin werden die langen Traditionslinien nachgezeichnet, in der diese Forschungen stehen, gehörten doch zu den frühen Gründungen auf diesem Gebiet die Bibliotheca Hertziana in Rom (1913) und das KWI für Deutsche Geschichte (1917). Darüber hinaus zeigt der Essay, welche zentrale Rolle die Geisteswissenschaften in der offiziellen Selbstdarstellung der Gesellschaft spielen.

Diesen Kolloquiumsvorträgen ist im vorliegenden Sammelband eine erste Übersicht über die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung bis zum Amtsantritt von Reimar Lüst vorangestellt. Diese umfangreiche und programmatische Studie von Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske (MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin) erhebt nicht den Anspruch einer abschließenden Bewertung. Sie fügt insbesondere Ergebnisse des bereits genannten Projekts zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus in eine umfassende, aber noch in vieler Hinsicht lückenhafte Chronik der Gesellschaft ein und benennt Desiderata und Forschungsfelder, die für eine zukünftige Erforschung der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft von Bedeutung sind.

Abschließend sei all jenen gedankt, die zum Zustandekommen des vorliegenden Sammelbandes beigetragen haben – neben den Autorinnen und Autoren sind dies insbesondere die Kolleginnen und Kollegen des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft, von deren qualifiziertem Service alle Beiträge in hohem Maße profitiert haben und das uns auch die Bilder für diesen Band zur Verfügung stellte; Susanne Uebele leistete dafür freundliche und sachkundige Hilfe. Großer Dank gilt nicht zuletzt Lindy Divarci und dem Team von Edition Open Access für ihr unermüdliches Engagement bei der Drucklegung der Manuskripte.

Die Herausgeber  
Berlin, im Januar 2015

# Kapitel 1

## Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft

*Jürgen Renn, Horst Kant, Birgit Kolboske*

### 1.1 Eingrenzung des Feldes

Wissenschaft neigt, was ihre Vergangenheit betrifft, zu Vergesslichkeit. Sie macht sich frei von überholten Vorurteilen und lässt unfruchtbar gewordene Kontroversen ruhen. Die Diskussion zukünftiger Forschungsperspektiven der Max-Planck-Gesellschaft richtet sich vor allem an der Zukunft und ihren Herausforderungen aus. Dennoch mag es sich auch für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihren Blick in die Zukunft richten, lohnen, zu fragen, ob und was man aus der Vergangenheit lernen kann. Anknüpfend an die Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist die Max-Planck-Gesellschaft heute eine einzigartige Institution der Grundlagenforschung, die weltweit Attraktivität und Vorbildwirkung besitzt. Auf welchen Erfahrungen und Prinzipien beruht diese Wirkung? Wie fanden die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) und dann die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ihre Themen, wo wurden Durchbrüche erreicht und welche strukturellen Voraussetzungen haben erreichte Erfolge? Wie verhält sich die Dynamik der Wissenschaftsentwicklung zur gesellschaftlichen Dynamik? So einfach diese Fragen erscheinen mögen, so schwierig lassen sie sich beantworten, denn hier liegen wenig oder nur teilweise bearbeitete historische Forschungsprobleme und kaum entsprechende Ergebnisse vor. Schwerpunktmäßig widmet sich dieser Essay, der einige dieser genannten Probleme und Fragen etwas näher beleuchten soll, daher immer noch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Anfangsphase der Max-Planck-Gesellschaft.

Eine historische Analyse und Reflexion der inneren und äußeren Bedingungen wissenschaftlicher Erfolge erscheint immer dringender – sowohl angesichts globaler Herausforderungen, die nur durch die Wissenschaft zu bewältigen sind, als auch angesichts historischer Veränderungen, denen die Rolle von Forschungsorganisationen wie die der Max-Planck-Gesellschaft unterworfen ist. Welche Rolle können zukünftig an nationalstaatliche Strukturen gebundene Institutionen wie die Max-Planck-Gesellschaft in einer globalisierten Wissenschaft spielen? Wie konkurrenzfähig ist die Max-Planck-Gesellschaft in Hinsicht auf

Flexibilität und kritische Masse im Vergleich zu privatwirtschaftlich verfassten Forschungsinstitutionen in den USA? Wie verändert die Stärkung exzellenter Forschung an den Universitäten und die Ausweitung der institutionell geförderter Grundlagenforschung auf andere Forschungsinstitutionen die Arbeitsteiligkeit des deutschen Forschungssystems? Welche Aufgaben sollte die Max-Planck-Gesellschaft im weiteren Ausbau einer weltweiten, auf dem Internet beruhenden Forschungsinfrastruktur übernehmen? Ohne gründliche historische Untersuchungen, die Erkenntnisprozesse in den Kontext gesellschaftlicher Dynamik stellen, lassen sich solche Fragen nur oberflächlich beantworten. Dieser Aufgabe wird sich ab 2014 ein vom Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss, initiiertes Forschungsprogramm zur Geschichte der Gesellschaft widmen.

Mit dem vorliegenden Beitrag wollen und können wir künftigen Ergebnissen des neuen Forschungsprojekts nicht vorgreifen. Anhand ausgewählter historischer Beispiele wollen wir jedoch einige für die Max-Planck-Gesellschaft auch heute noch wirksame Strategien aufzeigen und die Fruchtbarkeit einer Perspektive deutlich machen, die zugleich die Dimension der inhaltlichen Herausforderungen von Erkenntnisprozessen als auch die ihrer Bewältigung im Rahmen institutionalisierter Forschung in den Blick nimmt. Darüber hinaus versuchen wir auch die Gefährdungen deutlich zu machen, die sich immer dann mit wissenschaftlicher Forschung verbinden, wenn diese moralische und gesellschaftliche Kontexte ausblendet, und sich stattdessen ausschließlich an immanenten Effizienzkriterien und äußeren Opportunitäten orientiert. Hans F. Zacher, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft von 1990 bis 1996, hat es so formuliert: „Forschung ist ein soziales Geschehen, eine soziale Wirklichkeit. Das bedeutet zentral: Wissenschaft ist einerseits ein in sich autonomes und geschlossenes Geschehen; und doch ist sie andererseits so, wie Gesellschaft und Staat sie ermöglichen, in Dienst nehmen und eingrenzen.“<sup>1</sup>

Der Zeitraum, den wir dabei in den Blick nehmen, reicht von der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 bis zur Amtsübergabe von Präsident Adolf Butenandt an seinen Nachfolger Reimar Lüst 1972. In dieser vorläufigen Skizze kann aufgrund des erreichten Forschungsstandes weder eine tiefgreifende Analyse der Forschungspraxis noch eine detaillierte Darstellung von Krisen und Innovationen der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Institute, sondern bestenfalls eine begründete Problemauswahl geleistet werden. Vor dem Hintergrund der umfangreichen Forschungsarbeiten des 2005 abgeschlossenen Programms zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus stehen dabei naturgemäß Themen wie die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik, Konti-

<sup>1</sup> Aus einem Brief an Jürgen Renn, 24. März 2010. Vgl. dazu auch Zacher (1993), *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*; Zacher (1999), „Forschung in Deutschland – Strukturen der Vielfalt. Strukturen der Ganzheit?“.

nuität und Verdrängung, die Handlungsspielräume der Präsidenten sowie die Problematik internationaler Beziehungen im Vordergrund. Aber auch zu diesen Themen können hier nur erste Überlegungen vorgestellt werden. Denn das Projekt zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus hat zugleich gezeigt, wie riskant pauschalisierende Verallgemeinerungen sind, ohne zunächst die umfangreiche und komplexe Quellenlage detailliert zu studieren. Diese Aufgabe steht einer Geschichtsschreibung der Max-Planck-Gesellschaft noch bevor. Abgesehen von vereinzelt Jubiläumsbänden, Chronologien, Institutsgeschichten und biografischen Studien ist die historische Forschung zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft noch immer weitgehend *terra incognita*.

Fortschritt ist kein additiver Prozess, sondern mit der Umstrukturierung von Wissenssystemen verbunden. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die Entstehung der modernen Quanten- und Relativitätsphysik und die durch sie eingeführten Veränderungen der klassischen Begriffe von Raum, Zeit und Materie – mit weitreichenden Auswirkungen auf die gesamte Wissenschaft. Solche Innovationen sind oft nicht das Resultat spontaner Paradigmenwechsel, sondern einer langfristigen, konfliktreichen Zusammenführung heterogener Wissensbestände. Die Identifikation und Lösung der produktiven inneren Konflikte von Wissenssystemen verlangt oft eine andere Perspektive als die, die zu ihrer Erzeugung führte. Eine solche Sicht entsteht eher an der Peripherie als im Zentrum entsprechender Hauptentwicklungsströme. Die Rolle des Querdenkers Albert Einstein (1879–1955) für die Begründung der modernen Physik mag hierfür als Beispiel dienen.<sup>2</sup>

Der langfristige, heterogene und diskontinuierliche Charakter des wissenschaftlichen Fortschritts und die Notwendigkeit, solche Außenseiterperspektiven einzubeziehen, stellt besondere Anforderungen an die Organisation von Forschung, die in einem Spannungsverhältnis zur unbestreitbar ebenfalls notwendigen Fortschreibung der Hauptströmungen steht. Der Erfolg der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft in den vergangenen hundert Jahren beruhte unter anderem darauf, dieser Herausforderung besser als andere Forschungsorganisationen gewachsen zu sein und oft als Katalysator für die Umstrukturierung von Wissenssystemen gedient zu haben. Die langfristige und nachhaltige Förderung solcher Umstrukturierungsprozesse durch institutionelle Forschungsförderung auch abseits des Mainstreams spielt hier eine Schlüsselrolle und erscheint als die eigentliche Mission der Max-Planck-Gesellschaft.

---

<sup>2</sup>Vgl. dazu Renn (2006).

## 1.2 Innovative Antwort auf eine Krise

Das Humboldt'sche Bildungsideal der Einheit von Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen geriet Ende des 19. Jahrhunderts durch das zunehmende Tempo der Wissenschaftsentwicklung, durch industrielle Anforderungen, aber auch durch zunehmende nationale, wenn nicht nationalistische Einflüsse an Grenzen, die eine Gründung außeruniversitärer Forschungsinstitute nahelegten. Die Errichtung solcher selbständiger, ausschließlich der Forschung gewidmeter Institute entsprach gewissermaßen dem Zeitgeist der Jahrhundertwende, doch die weitere Ausgestaltung dieser Idee erwies sich als eine der bedeutendsten institutionellen Innovationen des 20. Jahrhunderts. Sie war zunächst einmal eine Konsequenz aus dem enorm anwachsenden Forschungsbedarf der Industrie und anderer Praxisbereiche, der von – mehr oder minder entwickelten – eigenen Industrielaboratorien zumindest im Grundlagenbereich nicht abgedeckt werden konnte. Sie war zugleich die Folge einer universitären Krise, die an die heutige Hochschulproblematik erinnert. Die Universitäten hatten sich zu Massenlehranstalten entwickelt, hielten aber am Ordinarienprinzip und einem ausschließlich am Lehrbedarf orientierten Stellenplan fest. Man war darüber hinaus zu der Einsicht gelangt, dass der wissenschaftliche und technische Fortschritt angesichts der immer kürzer werdenden Zeitspanne zwischen Entdeckung und Innovation permanent eines gewissen Vorrats an Ergebnissen naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung bedürfe, um wirksam umgesetzt werden zu können. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gab es seit längerem. Als ein Beispiel in Deutschland mit nationaler und internationaler Ausstrahlung sei die 1887 gegründete Physikalisch-Technische Reichsanstalt genannt.<sup>3</sup> Am Anfang des 20. Jahrhunderts gab es Überlegungen, eine ähnlich geartete Chemische Reichsanstalt zu schaffen – erste Pläne dazu entstanden um 1905.<sup>4</sup>

Es waren diese Überlegungen, die schließlich zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft führten. Doch stellte sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegenüber den bisherigen Konzepten als eine wesentliche institutionelle Neuerung dar. Sie hätte sich womöglich nicht durchsetzen lassen, hätte sich nicht ein Gelehrter vom Range des Theologen und Generaldirektors der Königlichen Bibliothek Adolf von Harnack (1851–1930) mit Wort und Tat für diese neue Organisationsform der Wissenschaft in Deutschland eingesetzt.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stellte eine zukunftsweisende Form der Wissenschaftsorganisation dar, die strukturelle Offenheit wissenschaftlicher Gestaltung mit der Durchsetzungsfähigkeit institutioneller Entscheidungen auf neue Weise verband. Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen Institutionen, wie den

<sup>3</sup>Bortfeldt, Hauser und Rechenberg (1987); Cahan (1992); Huebener und Lübbig (2008).

<sup>4</sup>Ostwald (1906); Johnson (1990); Szöllösi-Janze (1998, insbesondere 198–207).

Universitäten, den Akademien, den Reichsanstalten und den Labors der Industrie, konnten in ihrem Rahmen insbesondere interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte unter maßgeblicher Mitwirkung der Wissenschaft gesetzt werden, die in den tradierten Strukturen der Universität keinen Raum hatten, oder nicht unter einer unmittelbaren Auftrags- und Anwendungsperspektive standen. Dabei konnten Politik und Gesellschaft zugleich so einbezogen werden, dass eine erfolgreiche Realisierung neuer Perspektiven erreicht werden konnte. Auch die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Ganzes wurde dabei von wissenschaftlicher Prioritätensetzung mitbestimmt. Die Möglichkeit der Autonomie von Wissenschaft innerhalb der Institute wurde zumindest prinzipiell ermöglicht, war jedoch naturgemäß stets gefährdet durch den Umstand, dass gesellschaftliche Kontexte Bedingungen und Spielräume für Wissenschaft setzten.<sup>5</sup>

Die genannten Hintergründe waren jedoch nicht nur ein deutsches Problem, sondern müssen im Zusammenhang mit der „Genese des Industrie- und modernen Interventionsstaats“<sup>6</sup> als internationale Entwicklung – mit idiosynkratischen Unterschieden – gesehen werden. Doch spielte die nationalistische Stimmungsmache gerade auch in Deutschland eine große Rolle. Man schürte Befürchtungen, dass man der internationalen Konkurrenz trotz der bisher international hoch angesehenen deutschen Lehr- und Forschungsanstalten in der Zukunft nicht mehr standhalten könnte. „Unsere Führung auf dem Gebiete der Naturforschung ist nicht nur bedroht, sondern wir haben dieselbe bereits in wichtigen Teilen an das Ausland abgeben müssen“, bediente Harnack solche, nicht nur nationalistischen Bedenken.<sup>7</sup> War das auch durchaus übertreibende Rhetorik, so verfehlte sie ihre Wirkung nicht.

Zur innovativen Gründungsidee gehörte,

daß die zu schaffenden selbständigen, nicht den Universitäten und Akademien inkorporierten Forschungsinstitute auf den Gebieten, in denen intensive und aufwendige Grundlagenforschung nötig erschien, zwar mit Hilfe und, nach preußischer Tradition, unter der Aufsicht des Staates zustande kommen und arbeiten, aber doch weithin von privater Seite finanziert werden sollten.<sup>8</sup>

In seiner ausführlichen Denkschrift für Wilhelm II. (1859–1941) zur Gründung einer Forschungsorganisation unter dessen Namen führte Harnack im November 1909 weiter aus:

---

<sup>5</sup>Einer der Autoren (JR) ist Hans F. Zacher dankbar für eine ausführliche kritische Stellungnahme zu einer früheren Fassung des Textes, der diese Gedanken entnommen sind.

<sup>6</sup>Vierhaus und vom Brocke (1990, 25).

<sup>7</sup>Harnack (1909/1961, 82).

<sup>8</sup>Vierhaus und vom Brocke (1990, 6).

*Forschungsinstitute brauchen wir, nicht eins, sondern mehrere, planvoll begründet und zusammengefaßt als Kaiser-Wilhelm-Institut für naturwissenschaftliche Forschung. [...] Es muß zu allgemeiner Anerkennung bei den Einsichtigen, in dem Staate und in dem ganzen Volke kommen, daß unser Betrieb der Naturwissenschaften eines neuen Hilfsmittels bedarf [...], nämlich der Forschungsinstitute, die rein der Wissenschaft dienen sollen.*<sup>9</sup>

Sehr wichtig sei es,

die Zwecke der zu gründenden Institute nicht von vornherein zu spezialisieren, sondern in den weitesten Grenzen zu halten. Die besondere Arbeitsrichtung sollen die Institute durch die Persönlichkeit des sie leitenden Gelehrten erhalten sowie durch den Gang der Wissenschaft selbst. Die Institute müssen so angelegt und ausgestattet sein, daß sie die verschiedensten Untersuchungen ermöglichen; wenn man ihnen aber von vornherein spezielle Zwecke vorschreiben würde – sei es auch solche, die heute im Mittelpunkt des Interesses stehen –, würde man leicht auf einen toten Strang geraten, da auch in der Wissenschaft ein Acker sich oft überraschend schnell erschöpft und erst nach Jahrzehnten wieder mit Erfolg in Angriff genommen werden kann.<sup>10</sup>

Um den Wissenschaftlern die volle Konzentration auf diese Aufgaben zu ermöglichen, sollten sie frei von Lehrverpflichtungen sein (wobei es natürlich ihnen selbst überlassen bliebe, zu speziellen Themen Vorlesungen oder Seminare abzuhalten).

Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft trug die typischen Züge ihrer Zeit und ihres Umfeldes. Sie resultierte aus Vorschlägen einzelner renommierter Gelehrter, Plänen der preußischen Staatsverwaltung und Interessen der Wirtschaft. Sie trat unter dem Protektorat des Kaisers ins Leben, ein Aspekt durch den sich die beteiligten Verantwortlichen zu Recht hohes gesellschaftliches Ansehen erhofften, dem sich auch die in Betracht kommenden Förderer aus Industrie- und Finanzkreisen nicht entziehen könnten.<sup>11</sup> Dass Harnacks Engagement für eine innovative Forschungsorganisation durchaus riskant war, zeigt sich daran, wie sich seine Beteiligung an der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf seine Stellung in der preußischen Akademie auswirkte. Obwohl Harnack durch die Verfassung der Geschichte der Akademie sowie durch seine Rolle als gefeierter

<sup>9</sup>Harnack (1909/1961, 87), Hervorhebung im Original.

<sup>10</sup>Ebd., 88.

<sup>11</sup>Vierhaus und vom Brocke (1990, 6).

Festredner bei ihrem 200. Jubiläum geradezu dafür prädestiniert war, das Amt eines der Beständigen Sekretäre zu übernehmen, übergang ihn die Akademie bei der Neuwahl im August 1911 und provozierte damit einen Eklat.<sup>12</sup>

War die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von vornherein durchaus als Institution des Reiches gedacht – auch das Protektorat des Kaisers sprach dafür – so war Wissenschaftspolitik im Reichsinnern nach wie vor Ländersache und blieb es auch in der Weimarer Zeit. Immerhin hatte sich Preußen, insbesondere durch die weitsichtige Politik des preußischen Ministerialdirigenten und einflussreichen Wissenschaftspolitikers Friedrich Althoff (1839-1908), hierin eine führende Position erobert, und so war der staatliche Hauptpartner bei der Realisierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft das Preußische Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten (nach 1918 Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung).<sup>13</sup>

### 1.3 Die Gründungsjahre

Die Umsetzung der Pläne zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erfolgte mit erstaunlicher Geschwindigkeit: Drei Monate nach der feierlichen Ankündigung des Kaisers auf der 100-Jahrfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität, der heutigen Humboldt-Universität zu Berlin, fand am 11. Januar 1911 die konstituierende Sitzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Königlichen Akademie der Künste am Pariser Platz statt. Am 23. Januar 1911 wurde Adolf von Harnack vom Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum Präsidenten gewählt. Die ersten beiden Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWI) wurden dann bereits am 23. Oktober 1912 in Berlin-Dahlem eröffnet: das *KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie* unter Leitung von Fritz Haber (1868–1934) und das *KWI für Chemie* unter Ernst Otto Beckmann (1853–1923). Die Wahl des Standortes ging auf Pläne Althoffs zurück, die Berliner Universität aufgrund des innerstädtischen Platzmangels an den Stadtrand zu verlagern.<sup>14</sup> Die ehemalige Domäne Dahlem wurde als vornehmer Villenvorort konzipiert, dem wissenschaftliche Einrichtungen eingegliedert werden sollten.

Bereits im Gründungsjahr hatte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ihr Wirkungsfeld über die Grenzen Deutschlands hinaus verlagert und mit dem Kauf der *Zoologischen Station Rovigno* in Istrien am 1. Oktober 1911 die erste Institution im Ausland übernommen,<sup>15</sup> die – trotz kriegsbedingter Schließung – bis 1921 von

---

<sup>12</sup>Ebd., 66 f.

<sup>13</sup>Auf Reichsebene war dagegen hauptsächlich das Reichsministerium des Innern zuständig.

<sup>14</sup>Laitko (1991); Henning (2004a, 22–37).

<sup>15</sup>1891 vom Berliner Aquarium Unter den Linden gegründet. Später als Deutsch-Italienisches Institut für Meeresbiologie von der KWG weitergeführt, siehe Groeben (2010).



Abb. 1.1: Adolf von Harnack, ca. 1912.

dem Breslauer Zoologen und Taxonomen Thilo Krumbach (1874–1949) geleitet wurde. Im Januar 1913 eröffnete die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dank einer Schenkung der jüdischen Kunstmäzenin Henriette Hertz (1846–1913) ihr erstes geisteswissenschaftliches Institut im legendären Palazzo Zuccari in Rom: die *Bibliotheca Hertziana*, eine kunsthistorische Forschungsbibliothek, deren Schwerpunkte auf der Erforschung der italienischen und römischen Kunst der Nachantike und insbesondere der Renaissance und des Barock lagen.<sup>16</sup> Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die Kunstgeschichte als Disziplin noch in den Kinderschuhen steckte. Hertz hatte 1897 in Florenz die Bekanntschaft des jungen Kunsthistorikers Ernst Steinmann (1866–1934) gemacht, der sie zur Gründung eines kunst-

<sup>16</sup>Kieven (2010).

historischen Forschungsinstituts nach Vorbild des im gleichen Jahr von einem Kreis interessierter Kunsthistoriker um Aby Warburg (1866–1929) gegründeten Kunsthistorischen Instituts in Florenz<sup>17</sup> veranlasst hatte, das einen aufgeklärten und kosmopolitischen Ansatz verfolgen sollte. Erster Direktor des Instituts wurde durch eine testamentarische Verfügung der Stifterin, die ebenso die räumliche Bindung an den Palast und Rom verfügt hatte, Steinmann selbst.

Im Oktober 1913 folgte mit der Eröffnung des *KWI für experimentelle Therapie* das erste biologische Institut in Dahlem. Institutsdirektor wurde August von Wassermann (1866–1925), der sich bereits 1906 mit der von ihm entwickelten Serodiagnostik der Syphilis weltweit einen Namen gemacht hatte (Wassermannsche Reaktion). Das *KWI für Biologie* konnte – vor allem aufgrund konzeptioneller Diskussionen und Personalfragen – erst im April 1915 seine Arbeit unter Carl Correns (1864–1933) aufnehmen; offiziell eröffnet wurde es sogar erst im April 1916.<sup>18</sup> Das *KWI für Arbeitsphysiologie* unter Max Rubner (1854–1932) nahm im April 1913 seine Arbeit in Kellerräumen des Physiologischen Instituts der Berliner Universität auf.

Als erstes Institut außerhalb Berlins wurde 1914 Franz Fischers (1877–1947) *KWI für Kohlenforschung* in Mülheim an der Ruhr gegründet. Es war auf Initiative der rheinisch-westfälischen Montanindustrie entstanden und war das erste KWI mit anwendungsorientierter Aufgabenstellung.<sup>19</sup> Die Pläne für ein *KWI für Physik* sowie für ein *KWI für Geschichte* waren kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs zunächst zurückgestellt worden. Doch bereits 1917 nahmen in Berlin das KWI für Physik unter Albert Einstein sowie das KWI für Deutsche Geschichte unter Paul Fridolin Kehr (1860–1944)<sup>20</sup> die Arbeit auf, allerdings ohne entsprechende Institutsbauten und weitere Ausstattung.<sup>21</sup> Im selben Jahr wurde ein vor allem von der rheinischen Hüttenindustrie unterstütztes *KWI für Eisenforschung* in Düsseldorf gegründet und nahm im April 1918 unter Fritz Wüst (1860–1938) seine Arbeit in Räumen der TH Aachen auf.<sup>22</sup> Zudem wurde 1917 die 1891 gegründete *Hydrobiologische Anstalt* unter August Thienemann (1882–1960) in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen. Trotz des naturwissenschaftlichen Schwerpunkts der Neugründungen waren, wie bereits ausgeführt, von Anfang an auch die

<sup>17</sup>Seit 2002 Kunsthistorisches Institut der MPG in Florenz.

<sup>18</sup>Sucker (2002, 235); Kazemi (2007).

<sup>19</sup>Rasch (1989).

<sup>20</sup>Kehr war zugleich seit 1903 Direktor des Preußischen Historischen Instituts in Rom und war ebenso daran interessiert, die *Bibliotheca Hertziana* in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu überführen, wie Harnack selbst, der unter anderem im Beirat des Preußischen Historischen Instituts saß.

<sup>21</sup>Ursprünglich war das KWI für Geschichte für 1913/14 mit Sitz in Rom geplant.

<sup>22</sup>Das Institut wurde 1921 wieder nach Düsseldorf verlegt.

Geisteswissenschaften vertreten, für die Harnack in seiner Denkschrift ebenfalls eine „angemessene Berücksichtigung“ eingefordert hatte.<sup>23</sup>

### 1.3.1 Administration und Finanzen

Die Institutsleitung setzte sich aus den Direktoren, dem Kuratorium und dem wissenschaftlichem Beirat zusammen. An der Spitze der Gesellschaft stand der Präsident und ihm zur Seite ein Generalsekretär. Der Senat, der Verwaltungsausschuss, die Haupt- bzw. Mitgliederversammlung bildeten die Organe der Gesellschaft. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die Präsidententätigkeit ehrenamtlich. Der Sitz der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft befand sich zunächst in der Königlichen Bibliothek<sup>24</sup> und von 1922 bis 1945 im Berliner Schloss.

Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde man aufgrund einer – natürlich möglichst hohen – finanziellen Zuwendung, die im Allgemeinen einen Aufnahme- und zumindest einen jährlichen Mitgliedsbeitrag umfasste: die Aufnahmegebühr betrug mindestens 20.000 Mark (was heute etwa 100.000 Euro entspricht), der Jahresbeitrag 1.000 Mark.<sup>25</sup> Bis zum Ersten Weltkrieg zählte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etwa zweihundert, in den 1920er Jahren dann an die tausend Mitglieder. Die jährliche Mitgliederhauptversammlung bildete das höchste Beschluss fassende Gremium. Zu den 79 Gründungsmitgliedern, die sich im Januar 1911 zur Gründungsversammlung eingefunden hatten, gehörten solch illustre Persönlichkeiten wie der Berliner Unternehmer und Kunstmäzen Eduard Arnhold (1849–1925), der 1913 als erster und einziger Jude von Kaiser Wilhelm II. in das Preußische Herrenhaus berufen wurde, der Generaldirektor der Farbwerke Hoechst, Gustav von Brüning (1864–1913), der Privatbankier und kaiserliche Schatullenverwalter Ludwig Delbrück (1860–1913), der bis zu seinem Tod Zweiter Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war, der Industrielle Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck (1830–1916), der Begründer der klassischen Organischen Chemie und Nobelpreisträger Emil Fischer (1852–1919), der Diplomat und Aufsichtsratsvorsitzende der Friedrich Krupp AG, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950), die Wirtschaftsfunktionäre und Bankiers der „Hausbank“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Franz (1865–1935) und Robert (1857–1917) von Mendelssohn, der Unternehmer Au-

<sup>23</sup>Harnack (1909/1961, 91). Bis Kriegsende waren 17 Kaiser-Wilhelm-Institute gegründet worden, von denen zehn zu diesem Zeitpunkt bereits ihre Arbeit selbständig aufgenommen hatten.

<sup>24</sup>Die Königliche Bibliothek – ab 1918 Preußische Staatsbibliothek – befand sich in der sogenannten Kommode am Opernplatz, bis sie 1913/14 in den von Ernst von Ihne (1848–1917) errichteten Neubau Unter den Linden zog.

<sup>25</sup>Vgl. Paragraph 4 und 5 der am 11. Januar 1911 beschlossenen Satzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, unter anderem in 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1961, 126.

gust Oetker (1862–1918), der Unternehmer und Förderer der Berliner Museen, James Simon (1851–1932) und der visionäre Kaufmann Georg Wertheim (1857–1939).



Abb. 1.2: Hilde Levi (1909–2003) im Mikrolabor des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem, wo sie 1932–1934 als Doktorandin arbeitete. Im Januar 1934 promovierte sie bei Peter Pringsheim (1881–1963) an der Berliner Universität mit der am KWI von Hans Beutler (1896–1942) betreuten Dissertation „Über die Spektren von Alkalihalogen-Dämpfe[n]“.

Selbst aus dieser Gruppe schwerreicher Mäzene ragte das finanzielle Engagement des Bankiers Leopold Koppel (1854–1933) beim Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft heraus. Als einer der reichsten Männer Preußens war Koppel bereits 1905 als Wissenschaftsförderer aktiv geworden, und hatte anlässlich der Silberhochzeit Wilhelms II. die „Koppel-Stiftung zur Förderung der geistigen Beziehungen Deutschlands zum Ausland“ mit einem Grundkapital von einer Million Mark ins Leben gerufen, die bereits, wie Szöllösi-Janze schreibt, „etliche Strukturen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vorwegnahm.“ Althoff, Vizepräsident der Koppel-Stiftung, finanzierte damit beispielsweise im Wesentlichen den deutsch-amerikanischen Professoren Austausch mit Harvard-Präsident Charles W. Eliot (1834–1926).<sup>26</sup> Es war Koppels Idee, im Rahmen der Kaiser-

<sup>26</sup>Szöllösi-Janze (1998, 214f.)

Wilhelm-Gesellschaft ein eigenes Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie zu gründen, für das er sich bereit erklärte eine Million Mark zu stiften. Eine der Bedingungen, die er daran knüpfte war, dass ihm die Wahl des Direktors vorbehalten bliebe. Es lag auf der Hand, dass er dabei von Anfang an an Fritz Haber dachte, den er bereits 1909 für die Auergesellschaft hatte gewinnen wollen. Darüber hinaus war Koppel Fördermitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und bezahlte das Gehalt für das neue Mitglied der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften, Albert Einstein.<sup>27</sup>

Entscheidend für die Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren aber Senat, Verwaltungsausschuss/-rat und die zunehmend ihren Einfluss ausbauende Generalverwaltung. Anfangs bestand der Senat aus 20 Mitgliedern, von denen zehn von der Mitgliederversammlung gewählt und zehn vom kaiserlichen Protektor ernannt wurden. In den 1920er Jahren wuchs die Mitgliederzahl auf 44 an, inzwischen bestimmte der preußische Staat die Hälfte der Mitglieder, außerdem wurden zwei, später drei Institutsdirektoren in dieses Gremium berufen. Der Verwaltungsrat wurde aus Mitgliedern des Senats bestimmt. Für die Verwaltung der einzelnen Institute war ein Kuratorium zuständig, das ebenfalls aus Vertretern von Staat, Finanzwesen und Wissenschaft bestand. Zum Wissenschaftlichen Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde man aufgrund wissenschaftlicher Leistungen durch den Senat ernannt.<sup>28</sup> Institutsdirektoren und Wissenschaftliche Mitglieder waren formal gleichgestellt.

Als Rechtsform war der „eingetragene Verein“ gewählt worden. Man versuchte in den Anfangsjahren, mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand auszukommen. Der Verwaltungsausschuss bestand aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Schriftführern und zwei (ab 1925 drei) Schatzmeistern, und diese Tätigkeiten waren ehrenamtlich. Zunächst war Ernst von Simson (1876–1941) aus dem Reichsjustizamt als Generalsekretär eingesetzt, von 1912 bis 1920 wirkte Ernst von Trendelenburg (1882–1945) aus dem Reichswirtschaftsamt nebenamtlich in dieser Funktion; ihnen standen lediglich ein Bürodirektor und eine Schreibkraft zur Verfügung. Wenn sich die Generalverwaltung in der Anfangszeit auch kaum in Institutsinterna einmischte, so begleitete sie beispielsweise In-

<sup>27</sup> Vgl. zu Koppels Bedeutung als Mäzen für die KWG auch Kreuztmüller (2005); Hoffmann und Simon (2010) sowie Szöllösi-Janze (1998, 212–224).

<sup>28</sup> Die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft haben sich im Laufe der Zeit natürlich gewandelt, die Festlegungen in den jeweiligen Statuten sind auch nicht immer ganz eindeutig. Ursprünglich war ein Mitglied ein förderndes Mitglied, d.h. man zahlte einen Aufnahmebeitrag und jährliche Beiträge. Zudem ernannte der Senat Wissenschaftliche Mitglieder der Institute, die dort verantwortlich, d.h. in leitender Position, Forschung betrieben. In der Regel wurden die Direktoren Wissenschaftliche Mitglieder (ohne Beitragspflicht). Erst in der Satzung von 1925 wird festgeschrieben, dass diese Wissenschaftlichen Mitglieder zugleich Mitglieder der Gesamtgesellschaft sind. Zudem gab es auch Auswärtige Mitglieder und Ehrenmitglieder. Die Zuordnungen sind nicht immer eindeutig. Vgl. Bergemann (1990).

stitutsneugründungen durchaus aktiv und verschaffte sich gegenüber Senat und Verwaltungsausschuss Handlungsspielräume.<sup>29</sup> Trendelenburgs Nachfolger wurde 1922 unter dem Titel „Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ Friedrich Glum (1891–1974), der gerade in Tübingen seine Dissertation abgeschlossen hatte und ins Preußische Innenministerium eingetreten war.<sup>30</sup> In gewisser Weise verkörperte er den Typ eines modernen Wissenschaftsmanagers.<sup>31</sup> In nahezu allen Kuratorien der Institute und anderen Aufsichtsgremien der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war er vertreten.<sup>32</sup> Der national-konservativ geprägte Glum baute geschickt ein Netzwerk von Beziehungen zu Industrievertretern, Politikern, Militärs und Wissenschaftlern auf und festigte damit sowohl seine eigene Stellung als auch die der Generalverwaltung als einer leistungsfähigen Zentralverwaltung innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Dafür bezog er dann im Jahre 1930 ein Gehalt, das knapp zehn Prozent über dem des Reichskanzlers lag.<sup>33</sup> Bis 1927 gab es 29 Institute – das machte eine Umstrukturierung und Aufstockung der Generalverwaltung notwendig. Glum erhielt den Titel eines Generaldirektors und ihm wurden zwei Geschäftsführer unterstellt; weitere Mitarbeiter kamen hinzu.

Nachdem der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit dem Untergang der Monarchie der kaiserliche Schirmherr abhanden gekommen war, trugen Satzungsänderungen – weniger von den mehrheitlich konservativen Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betrieben als vom Reichs- sowie Preußischen Staatsministerium – Ende 1921 der neuen politischen Situation Rechnung; der Name wurde jedoch beibehalten. Sowohl wuchs durch die neue Satzung die Einflussmöglichkeit des Staates als auch der Wissenschaftler.<sup>34</sup> Das neue Mitgliederabzeichen, auf dem das Konterfei des Kaisers durch die Minerva – dem ursprünglichen Signet der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – ersetzt wurde, wurde jedoch erst im Dezember 1926 eingeführt. Max Planck wandte sich allerdings noch 1931 gegen die Umwandlung des Namens Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in einen politisch neutraleren mit dem Argument, dass dadurch „ein Element der Beunruhigung durch

---

<sup>29</sup> Vgl. Hachtmann (2007b, 101f.)

<sup>30</sup> Glum habilitierte sich 1923 an der Berliner Universität für Staats- und Verwaltungsrecht und wurde 1925 aufgrund dieser fachlichen Qualifikation auch zum Wissenschaftlichen Mitglied des KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht ernannt.

<sup>31</sup> Vom Brocke (1990, 251); Przyrembel (2004), wobei die Autorin diese Einschätzung allerdings etwas modifiziert.

<sup>32</sup> Vgl. Kohl (2002, 44f.).

<sup>33</sup> Hachtmann (2007b, Tab. 1.4, 1253).

<sup>34</sup> Gegenüber dem Gründungssenat verfügte beispielsweise der neue Senat nach 1921 über 23 Prozent weniger Mitglieder aus Industrie- und Bankgewerbe, 6,5 Prozent mehr Wissenschaftler, und die Mitgliedergruppe der Staatsbeamten, Politiker und „Sachverständigen“ betrug 20,5 Prozent. Vgl. Vierhaus und vom Brocke (1990, 216).

eine politische Frage“ in die Gesellschaft käme.<sup>35</sup> Planck stand mit dieser Haltung gewiss nicht allein da. Vielmehr waren die meisten Mitglieder nach wie vor Anhänger der Monarchie, von denen sich nur wenige – darunter auch Harnack – zu einem „Vernunftrepublikanismus“ durchringen konnten.<sup>36</sup> Jährlich berichtete Harnack dem Kaiser ins Exil über die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und sandte auch Glückwunschschriften zu dessen Geburtstag, während man sich mit der Einladung der neuen Staatsoberhäupter als mögliche Protektoren wesentlich schwerer tat.<sup>37</sup> Zudem verbarg sich hinter der vermeintlich unpolitischen Fassade bei den meisten Wissenschaftlern eine durchaus politische, „deutschnationale“ Einstellung.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft glich eher einem Dachverband unterschiedlich strukturierter Institute als einem straff geleiteten Großunternehmen. Das war nicht zuletzt den unterschiedlichen Finanzierungsverhältnissen der einzelnen Institute geschuldet, wie auch der weitgehenden Eigenverantwortung, die man den Direktoren zugestand. Ab 1929 gab es auf Anregung Habers zudem einen Wissenschaftlichen Rat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dem alle wissenschaftlichen Mitglieder angehörten. Er umfasste eine biologisch-medizinische, eine chemisch-physikalisch-technische und eine geisteswissenschaftliche Sektion – eine Einteilung, die bis heute gilt.<sup>38</sup>

Von Anfang an stellte die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein Problem dar. Zwar sollte sie außerhalb traditioneller Bahnen erfolgen – das heißt vornehmlich auf privatem Wege durch Mäzene wie den Bankier Leopold Koppel und den Industriellen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach –, aber der preußische Staat wollte sich keineswegs den gesamten Einfluss aus der Hand nehmen lassen, und dies nicht nur aus Prestige Gründen.<sup>39</sup> Es kam jedoch zu keiner einheitlichen Regelung. Bereits die ersten Institute folgten unterschiedlichen Finanzierungsmodellen. Dabei zeigte sich, dass aus verschiedenen Gründen in einem verklärenden Rückblick der wirkliche Anteil des Staates meist heruntergespielt wur-

---

<sup>35</sup>Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften vom 10. Februar 1931, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (im Folgenden: MPG-Archiv), I. Abt., Rep. 1A, Nr. 91, Bl. 333.

<sup>36</sup>Vgl. Renn, Castagnetti und Rieger (2001).

<sup>37</sup>Immerhin wurde Friedrich Ebert (1871–1925) 1922 zur Hauptversammlung eingeladen und nahm anschließend an der Eröffnung des KWI für Faserstoffchemie in Dahlem teil, und seit 1928 erhielt sein Nachfolger Paul von Hindenburg (1847–1934) jährlich von der Hauptversammlung ein Danktelegramm für die Unterstützung durch die Reichsregierung zugesandt.

<sup>38</sup>Lediglich wurde die geisteswissenschaftliche Sektion um die Gebiete Sozial- und Humanwissenschaften erweitert, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in der Max-Planck-Gesellschaft eine größere Rolle zu spielen begannen.

<sup>39</sup>Zwar vertrat der Kaiser das Reich, doch war aufgrund der vornehmlichen Ansiedlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin der preußische Staat in administrativen Fragen zuständig.

de.<sup>40</sup> Denn von Anfang an reichten die von privater Seite aufgebrauchten finanziellen Mittel nicht zur Finanzierung der Aufgaben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus. Die zugespitzte Finanzierungslage infolge des Ersten Weltkrieges ging teilweise bereits auf Vorkriegsprobleme zurück. Doch tauchten beispielsweise die vom Staat zur Verfügung gestellten Grundstücke für die Institute in den veröffentlichten Bilanzen kaum auf.<sup>41</sup>

Die neue politische Situation nach dem Krieg und die zunehmende Inflation bewirkten schließlich, dass auch das Reich einen beachtlichen Zuschuss gewährte (Preußen und das Deutsche Reich sicherten die Finanzierung des laufenden Betriebes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etwa im Verhältnis 50:50). Hinzu kamen unter anderem Mittel aus der neu entstandenen Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft<sup>42</sup> und ab Mitte der 1920er Jahre von der Rockefeller-Stiftung. So konnte die Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in einem internen Papier Ende 1923 feststellen, dass „kaum daran gezweifelt werden [könne], dass Reich und Staat auch in Zukunft die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihre Institute in ausreichendem Maße unterstützen werden.“<sup>43</sup> Und 1930 formulierte Harnack anerkennend: „Die grundlegende Hilfe gewährte der preußische Staat, der mit bedeutenden Mitteln nunmehr die ihres Kapitals beraubte Gesellschaft unterstützte.“<sup>44</sup> Daneben bildeten Mitgliederbeiträge, Stiftungen und andere „private“ Einnahmen eine wichtige Säule.<sup>45</sup> Doch für Investitionen blieb kaum Spielraum und man musste sich verstärkt auch nach Mitteln aus der Industrie umsehen, folglich der mit praktischen Zielen verbundenen Forschung größere Aufmerksamkeit zuwenden. Abschließend kann man festhalten, dass sich Anfang der 1930er Jahre vier Finanzierungsformen und entsprechende Institutstypen herausgebildet hatten: ein Institut wurde im Wesentlichen von interessierten Industriekreisen finanziert, oder es lebte von einer Mischfinanzierung aus öffentlichen und privaten Geldern, oder es wurde vollständig aus öffentlichen Geldern finanziert, oder es

---

<sup>40</sup> Witt (1990, 579–656).

<sup>41</sup> Vgl. vom Brocke (1990, 284f.).

<sup>42</sup> Der Name der am 30. Oktober 1920 auf Initiative von Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott gegründeten *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* wurde 1929 in *Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung*, kurz Deutsche Forschungsgemeinschaft, DFG, geändert.

<sup>43</sup> Witt (1990, 602).

<sup>44</sup> Harnack (2001, 79). Harnack machte hier auch deutlich, dass diese finanzielle staatliche Unterstützung entsprechende Statutenänderungen nach sich zog, demzufolge preußischer Staat und Reich nun je ein Viertel der Senatoren wählten. Gegenüber dem preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker hatte Harnack 1929 seine Auffassung des Status der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit den Worten deutlich gemacht, dass „die Kaiser Wilhelm Institute private Institute und Staatsinstitute zugleich“ seien, zitiert nach Henning und Kazemi (2011, 144f.).

<sup>45</sup> Das private Vermögen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war infolge von Krieg und Inflation durchaus nicht so stark geschrumpft, wie zumeist vermittelt wurde, denn dem langjährigen Schatzmeister der Gesellschaft, Franz von Mendelssohn, war es gelungen, zumindest einen Teil dieses Geldes über die Amsterdamer Filiale des Bankhauses Mendelssohn & Co zu retten, vgl. Hachtmann (2007b, 226).

gab feste Zuschüsse für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Zusammenwirken mit anderen, beispielsweise auch ausländischen Trägern.<sup>46</sup>

Die Finanzierungsprobleme der Gesellschaft in den 1920er Jahren veranlassten Präsident und Generaldirektor sowohl dem Preußischen Staat als auch dem Reich gegenüber zu taktieren. Einerseits bemühte man sich, möglichst hohe Zuwendungen vom Staat zu erhalten – andererseits pochte man auf den Status einer privaten Gesellschaft, wenn der Staat, zugunsten einer einheitlichen Kultur- und Wissenschaftspolitik, mehr Einfluss in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verlangte. Durch gezielte Mitgliederwerbung vor allem unter Politikern und Industriellen war es Glum gelungen, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei solchen Verhandlungen mit Personen zu tun hatte, die durch ihre Mitgliedschaft der Gesellschaft verpflichtet waren, oder anders ausgedrückt: die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verhandelte dann „mit sich selbst“.<sup>47</sup>

Dessen ungeachtet konnte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach dem Krieg bis zum Höhepunkt der Inflation noch erheblich wachsen. Sechs neue Institute kamen in diesem Zeitraum dazu: die bereits 1915 unter Beteiligung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründete Modellversuchsanstalt für Aerodynamik in Göttingen unter Ludwig Prandtl (1875–1953), die 1919 als *Aerodynamische Versuchsanstalt* von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen und 1925 in das *KWI für Strömungsforschung*, verbunden mit der Aerodynamischen Versuchsanstalt, umgewandelt wurde; das 1920 aus einer Abteilung des KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie hervorgegangene *KWI für Faserstoffchemie* unter Reginald Oliver Herzog (1878–1935) in Berlin-Dahlem,<sup>48</sup> das 1921 in Neubabelsberg gegründete und zwei Jahre später in Räumlichkeiten des Staatlichen Materialprüfungsamtes in Dahlem verlegte *KWI für Metallforschung* unter Wichard von Moellendorff (1881–1937); das 1921 in Dresden von Max Bergmann (1886–1944) gegründete *KWI für Lederforschung*;<sup>49</sup> das 1924 in Berlin gegründete *KWI für ausländisches und internationales Privatrecht* unter Ernst Rabel (1874–1955)<sup>50</sup> sowie die 1917 in München unter Emil Kraepelin (1856–1926) gegründete und 1924 an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angegliederte *Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie*, die neu organisiert ab 1926 unter der Leitung von Ernst Rüdin (1874–1952) stand und 1928 ein neues Institutsgebäude bezog.<sup>51</sup> Außerdem war die Gesellschaft an diversen Institutsgründungen und -übernahmen beteiligt, wie etwa 1922 der Übernahme des *Deutschen Entomologischen Instituts* unter Leitung von Walter Horn

<sup>46</sup>Vierhaus und vom Brocke (1990, 619).

<sup>47</sup>Hachtmann (2007a, 141f.).

<sup>48</sup>Löser (1996).

<sup>49</sup>Goebel (1996).

<sup>50</sup>Kunze (2005).

<sup>51</sup>Weber und Burgmair (2010).

(1871–1939) in Dahlem, des *Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 1924 unter der Leitung von Victor Bruns (1884–1943), der *Vogelwarte Rossitten* 1923 auf der Kurischen Nehrung unter Johannes Thienemann (1863–1938) sowie der Übernahme der 1905 gegründeten *Biologischen Station Lunz* (Kupelwieser'sche Stiftung) unter Franz Ruttner (1882–1961) 1924 in Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

### 1.3.2 Selbstverständnis

Ein wesentlicher Grundsatz der Forschungsorganisation wurde – und ist bis heute – das Harnack-Prinzip. Mutmaßlich wurde es von Harnack auf der Hauptversammlung 1928 in München so formuliert: „In so hohem Grade ist der Direktor die Hauptperson, daß man auch sagen kann: die Gesellschaft wählt einen Direktor und baut um ihn herum ein Institut.“<sup>52</sup> Es bezieht sich auf die zentrale Stellung des herausragenden, außergewöhnlichen Forschers als Institutsdirektor. Glum griff dies rasch als leitendes Strukturprinzip auf,<sup>53</sup> und dreißig Jahre später beschwor es Butenandt in seiner Rede zur 50-Jahrfeier der Gesellschaft noch einmal,<sup>54</sup> wobei er zugleich unterstrich, dass das Harnack-Prinzip ein nicht leicht zu erreichendes Ideal der Max-Planck-Gesellschaft sei. Auch heute noch spielt dieses Prinzip eine grundlegende Rolle im Selbstverständnis der Gesellschaft. Allerdings handelt es sich dabei wohl eher um einen Komplex von wissenschaftsorganisatorischen Leitvorstellungen. Denn bereits seit den Anfängen der Gesellschaft kam es nicht nur auf die Auswahl der besten Köpfe an, sondern auch darauf, die relevantesten und ergiebigsten Themen zu erkennen, in denen diese Köpfe sich bewähren konnten. Erst in der Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Köpfen und Themen entfaltete das Harnack-Prinzip seine performative Wirkung jenseits des Risikos zu einem wissenschaftlichen Mythos vereinfacht zu werden. Diese Wirkung bestand vor allem darin, neue wissenschaftliche Perspektiven auch in der Forschungsorganisation langfristig wirksam werden zu lassen, und stellte damit ein Gegengewicht zu stärker auf kurzfristige Erfolge angelegten Formen der Forschungsförderung dar. Vor diesem Hintergrund kam es in besonderem Maße darauf an, die richtige Person zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu haben, denn diesen Personen wurde ein hoher Vertrauensvorschuss gewährt.

<sup>52</sup>Die Förderung der Wissenschaften, in: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Sonderbeilage der Münchener Neuesten Nachrichten 181(1928)156 vom 10. Juni. Eigentlich geht es jedoch bereits auf Theodor Mommsen (1817–1905) zurück, der bei Harnacks Wahl in die Preußische Akademie der Wissenschaften betont hatte, dass Großwissenschaft zwar nicht von Einem geleistet, aber von Einem geleitet werde. Theodor Mommsen 1890, Antwort auf die Antrittsrede von Adolph Harnack, zitiert nach Rebenich (1997, 72).

<sup>53</sup>Glum (1930b, 360).

<sup>54</sup>Butenandt (1961, 8).

Bereits Glum machte andererseits deutlich, dass das Prinzip „ein Mann – ein Institut“ nicht absolut gelten müsse, sondern dass für ein größeres Institut, das mehrere Teildisziplinen in sich vereinigt, auch mehrere Gruppenleiter vorzusehen seien.<sup>55</sup>

Zum Selbstverständnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zählte ebenso das heute als Subsidiaritätsprinzip bezeichnete Bestreben, Forschungsinstitute auf den neuen Gebieten zu gründen, die abseits der auch an anderen Einrichtungen – vor allem an den Universitäten – verfolgten Hauptströmungen lagen und nur wenig in deren Strukturen passten. So konnten auch komplexe Institutsstrukturen entwickelt werden, mit denen die organisatorischen Möglichkeiten der Hochschulen überfordert gewesen wären. Zudem gehörten in diesen Bereich Gebiete, die wegen eines hohen Ausrüstungsaufwandes nicht an Hochschulen betrieben werden können. In der späteren Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft wurde die Frage, inwieweit die Großforschung zu ihrem genuinen Aufgabebereich gehöre, immer wieder kontrovers diskutiert – eine Kontroverse, die in engem Zusammenhang mit einem sich zunehmend ausdifferenzierenden Wissenschaftssystem stand, wie es erst in der Bundesrepublik etabliert werden sollte.<sup>56</sup> Die Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sollten frei von Lehrverpflichtungen und Hochschulzwängen forschen können. Allerdings sollten sie durch vielfältige personelle sowie auch organisatorische Verflechtungen mit den Hochschulen und anderen Einrichtungen in die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingebunden sein. Naturgemäß musste das Subsidiaritätsprinzip in einer sich differenzierenden akademischen Landschaft stets neu definiert werden. Bereits in der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft spielte dieses Prinzip auch eine Rolle als Chance für Wissenschaftler/innen, die nicht im Mainstream tätig waren oder für die es an anderen akademischen Institutionen Aufstiegsbarrieren gab, wie etwa jüdische Forscher und Frauen.

Charakteristisch für die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war ferner die Forschung auf vielversprechenden Grenzgebieten, in denen die fruchtbaren Konflikte zwischen verschiedenen Bereichen der Wissenschaft angesiedelt sind. Das Harnack-Prinzip, die Subsidiarität und die Interdisziplinarität der institutionell geförderten Grundlagenforschung sind bis heute wesentliche forschungspolitische Grundsätze der Max-Planck-Gesellschaft, auch wenn es immer wieder Versuche gab und gibt, politischen Wünschen nach einer stärker programmorientierten Forschung nachzugeben. Allerdings gehört auch die – jedenfalls dem Selbstverständnis nach – ausschließliche Konzentration auf die Grundlagenforschung zu den Charakteristika der Max-Planck-Gesellschaft, die noch nicht in gleichem Maße für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft galten und sich erst im Zu-

<sup>55</sup>Siehe dazu auch den Beitrag von Hubert Laitko in diesem Band.

<sup>56</sup>Siehe dazu den Beitrag von Helmuth Trischler in diesem Band.

sammenhang der Entstehung des hochdifferenzierten und arbeitsteiligen Wissenschaftssystems der Bundesrepublik entwickelten.

Die außerordentliche Langfristigkeit, in der institutionell geförderte Grundlagenforschung wirksam werden kann, wird eindrucksvoll durch die Kontinuität der Katalyseforschung am KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie, dem heutigen Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, illustriert, vom Nobelpreis des Jahres 1918 für Fritz Haber bis zum Nobelpreis für Gerhard Ertl (\*1936) im Jahr 2007.<sup>57</sup> Die Gravitationsforschung ist ebenfalls ein Gebiet, in dem die Förderung von Grundlagenforschung abseits des Mainstream durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und später die Max-Planck-Gesellschaft langfristig zu herausragenden Ergebnissen geführt hat, von der Formulierung und Ausarbeitung der allgemeinen Relativitätstheorie durch Albert Einstein bis zur führenden Rolle, die die Max-Planck-Gesellschaft heute in der Gravitationswellenforschung spielt. Auch die international führende Rolle, die die Max-Planck-Gesellschaft heute im Bereich der vergleichenden Erforschung des ausländischen öffentlichen und privaten Rechts hat, geht auf Entscheidungen zurück, die bereits in den 1920er Jahren nach dem Subsidiaritätsprinzip getroffen worden sind. So entstand beispielsweise das KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1924 nicht zuletzt aus dem Bestreben, die völkerrechtlichen Folgen des Versailler Vertrages auszuloten. Auch in vieler anderer Hinsicht hatte der Erste Weltkrieg die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geprägt. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Indienstnahme und die Selbst-Indienstnahme von Wissenschaft für den Krieg, für die ebenfalls der Name von Fritz Haber und sein Einsatz für die Giftgasforschung steht.<sup>58</sup>

#### 1.4 Ausbau in einer Situation des Umbruchs

Der Erste Weltkrieg begann am 28. Juli 1914 mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. Vorausgegangen war die Julikrise, deren Auftakt der „Blankoscheck“ von Wilhelm II. gebildet hatte, in dem er Österreich-Ungarn bei einem Vorgehen gegen Serbien die volle und bedingungslose Unterstützung des Reiches zusicherte.<sup>59</sup>

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte sich zu diesem Zeitpunkt gerade einigermaßen konsolidiert. Auch die Mehrheit ihrer Mitarbeiter stimmte in die damalige patriotische Begeisterung ein. Führende Vertreter der Kaiser-Wilhelm-

---

<sup>57</sup>Vgl. Steinhauser et al. (2011).

<sup>58</sup>Für eine differenzierte Beurteilung siehe Szöllösi-Janze (1998).

<sup>59</sup>Zur KWG/MPG in politischen Umbruchsituationen siehe auch den Beitrag von Mitchell Ash in diesem Band.

Gesellschaft<sup>60</sup> gehörten zu den Unterzeichnern des *Aufrufs an die Kulturwelt*<sup>61</sup> mit dem sich 93 prominente Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller im Oktober 1914 mit dem deutschen Militarismus solidarisierten und Kriegsgräuere leugneten. Das so genannte *Manifest der 93* hatte katastrophale Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen der deutschen Wissenschaft, die weit über deren Trübung durch den Krieg hinausgingen (zumal die meisten der unterzeichneten Wissenschaftler auch nach dem Kriege nicht bereit waren, sich davon zu distanzieren). Die von Georg Friedrich Nicolai (1874–1964) kurz darauf verfasste Gegenschrift *Aufruf an die Europäer* fand hingegen nur die öffentliche Zustimmung von Einstein, Otto Buek (1873–1966) und auch von Wilhelm Foerster (1832–1921), der zuvor allerdings das *Manifest* mitunterzeichnet hatte.



Abb. 1.3: In der Zwischenwelt von Militär und Wissenschaft: Fritz Haber unter anderem mit seinem Schwager Fritz Meffert sowie Friedrich Kerschbaum (1887–1946), Otto Hahn und James Franck, etwa 1915 (v. li.n.re.).

Der Krieg zeigte unterschiedliche Auswirkungen auf die einzelnen Institute, von denen viele infolge des Kriegs große Teile ihres Personals verloren. Anderen

<sup>60</sup>So Fritz Haber, Adolf von Harnack, Max Planck, August von Wassermann und Richard Willstätter (1872–1942).

<sup>61</sup>Zum *Aufruf* vgl. vom Brocke (1985) sowie Ungern-Sternberg & Ungern-Sternberg (1996).

hingegen bot der Krieg Gelegenheit zum weiteren Ausbau. So konnte beispielsweise Habers Institut, das sich auf seine Initiative hin auf die Entwicklung und Produktion von Gaskampfstoffen konzentrierte, expandieren und stand ab 1916 sogar unter militärischer Leitung.<sup>62</sup> Die Mitarbeiterzahl war zeitweilig auf nahezu 2.000 angewachsen, zu denen so renommierte Wissenschaftler wie James Franck (1882–1964), Otto Hahn (1879–1968), Gustav Hertz (1887–1975) und Wilhelm Westphal (1882–1978) gehörten.<sup>63</sup> Weder der erste Chemiewaffeneinsatz im April 1915 bei Ypern noch die chemische Kriegführung der folgenden Jahre wären ohne die gezielte Forschung in großem Maßstab am KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie möglich gewesen.<sup>64</sup>

Auch andere Institute waren am Krieg beteiligt. Die chemische Abteilung des KWI für experimentelle Therapie arbeitete beispielsweise an der Entwicklung von Ersatzstoffen für Seife. Am KWI für Kohlenforschung wurde ebenfalls an Rohstoffersatzverfahren gearbeitet, unter anderem an synthetischen Treibstoffen. Am KWI für Arbeitsphysiologie befasste man sich mit Fragen der Kriegsernährung und Ersatzfutterstoffen. Insgesamt fielen die Beiträge der einzelnen Kaiser-Wilhelm-Institute zur Kriegswirtschaft und Rüstung sehr unterschiedlich aus. Das lag zum einen daran, dass die meisten Institute ihre Arbeit überhaupt erst kurz vor Kriegsbeginn aufgenommen hatten, zum anderen, dass kein klares kriegswirtschaftliches Gesamtkonzept bestand. Doch mehrheitlich folgten die einzelnen Institutsleiter bereitwillig der Haber'schen Maxime, „im Frieden der Menschheit und im Kriege dem Vaterlande zu dienen“.<sup>65</sup>

Nach Kriegsende befürchtete Haber aufgrund seiner führenden Rolle in der Giftgasentwicklung, die einen massiven Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung darstellte, von der Entente auf die Liste der Kriegsverbrecher gesetzt zu werden und ging zunächst in die Schweiz ins Exil. Gleichzeitig erhielt er jedoch 1919 für seine Entwicklung der Ammoniak-Synthese den Nobelpreis des Jahres 1918.<sup>66</sup> Um Deutschland zu ermöglichen, die durch den Versailler Vertrag auferlegten Kriegsschulden bezahlen zu können, versuchte Haber nach dem Krieg

---

<sup>62</sup>Über Gaskampfstoffe hinaus reichte die Palette kriegswichtiger Forschungen von neuartigen Sprengstoffen über Schädlingsbekämpfungsmittel bis hin zu Gasmasken als Schutz vor Giftgasangriffen, unter anderem auch unter Beteiligung von Willstätter. Die industrielle Zusammenarbeit erfolgte beispielsweise mit den Farbenfabriken Bayer, der BASF und der Auer-Gesellschaft.

<sup>63</sup>Vgl. Szöllösi-Janze (1998, 328f.). Es gab aber auch Wissenschaftler, die sich der Giftgasforschung entzogen, wie beispielsweise Max Born (1882–1970).

<sup>64</sup>„Die chemische Kriegführung im Ersten Weltkrieg konfigurierte die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Militär und chemischer Industrie neu.“ Schmaltz (2006, 18).

<sup>65</sup>Zitiert aus Habers Abschiedsschreiben an seine Mitarbeiter vom 1. Oktober 1933, MPG-Archiv, Haber-Sammlung, Va. Abt., Rep. 5, Nr. 1946.

<sup>66</sup>Eine interessante Duplizität der Ereignisse liegt darin, dass 1945 sein in *Farm Hall* von den Alliierten Streitkräften internierter Kollege Otto Hahn ebenfalls den Nobelpreis für ein Forschungsergebnis erhielt, das eine Kriegswaffe ermöglichen sollte, in diesem Falle die Atombombe.

Gold aus dem Meer zu gewinnen – ein letztlich erfolgloses Unternehmen.<sup>67</sup> Diese Beispiele aus der Anfangszeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft illustrieren einerseits die Bedeutung, die auch das Aufgreifen gesellschaftlicher Herausforderungen für die Themenfindung der Forschung von Anfang an hatte, andererseits aber auch die Ambivalenz eines solchen thematischen Opportunismus. Es ist jedenfalls eine oft übersehene Tradition der KWG gewesen, Institute für "angewandte Grundlagenforschung" zu gründen, die häufig stark industriefinanziert waren.

Die Orientierung an großen technischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Herausforderungen konnte dennoch produktiv sein, denn sie zwang zur Mobilisierung und Bündelung von Forschungsmethoden auch jenseits traditioneller Disziplingrenzen. Die Einbindung der Wissenschaft in kurzfristige Erwartungshorizonte von Wirtschaft und Politik wirkte sich dagegen meist hemmend und auch zerstörerisch auf die Grundlagenforschung aus. So regten während des Kriegs zutage getretene Rohstoffprobleme die Gründung weiterer Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an. Beispielsweise wurde 1919 Habers Institut eine Textilabteilung angegliedert, aus der 1920 das *KWI für Faserstoffchemie* unter Reginald Oliver Herzog hervorging. Hier arbeiteten in den ersten Jahren auch Michael Polanyi (1891–1976), der sich mit kolloidchemischen Untersuchungen befasste, und Hermann F. Mark (1895–1992), einer der Begründer der Polymerchemie. Eine wichtige Untersuchungsmethode am Institut war die Röntgenstrukturanalyse. Schon bald jedoch geriet das Institut in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil es nur halbherzig von der in erster Linie an schnell verwertbaren Ergebnissen interessierten Industrie finanziell unterstützt wurde. Die Gründung industrienaher Institute kurz vor und nach Ende des Ersten Weltkriegs erfolgte allerdings keineswegs planmäßig. Diese Institute entsprangen keinem wissenschaftspolitischen Gesamtkonzept, sondern kamen eher zufällig – nicht zuletzt aufgrund finanzieller Angebote – zustande.

Auch außerhalb Berlins beziehungsweise Preußens wurden neue Institute gegründet, um eine stärkere Verankerung im Reich zu erreichen und finanzielle Mittel auch aus anderen Ländern zu erschließen, wie zum Beispiel 1921 das *KWI für Lederforschung* in Dresden und 1924 das *KWI für Strömungsforschung* in Göttingen. Eine Stiftung zu Ehren des schlesischen Unternehmers Fritz von Friedländer-Fuld (1858–1917) veranlasste die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1917 in Breslau ein weiteres, stark anwendungsorientiertes Kohlenforschungsinstitut unter der Leitung des Erfinders des künstlichen Kautschuks Fritz Hofmann

---

<sup>67</sup>Vgl. Hahn (1999).

(1866–1956) zu übernehmen<sup>68</sup> – obwohl es bereits das Mülheimer *KWI für Kohlenforschung* gab.<sup>69</sup>

Um dennoch eine gewisse Planmäßigkeit in die Institutsgründungen zu legen, unterschied Generalsekretär Glum zwischen zwei Typen von Kaiser-Wilhelm-Instituten: solchen, die mehr der Ergänzung der theoretischen Wissenschaften dienen (im heutigen Sprachgebrauch Grundlagenforschungsinstitute außerhalb der an den Universitäten vertretenen Hauptrichtungen) und jenen, die die Methoden der theoretischen Wissenschaften auf die angewandten Wissenschaften übertragen und damit zugleich indirekt der Wirtschaft dienen sollen. Zu letzteren bemerkte er, dass das Bestreben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dahin gehe, „für alle großen Gruppen der Wirtschaft Forschungsinstitute zu besitzen, die sich in erster Linie mit den wissenschaftlichen Grundlagen der entsprechenden Produktionszweige befassen sollen.“ Dazu nannte er als Beispiele die *KWI für Kohlenforschung*, *Eisenforschung*, *Metallforschung*, *Faserstoffchemie*, *Silikatforschung* und *Lederforschung*.<sup>70</sup>

Etwas anders lagen die Verhältnisse beim *KWI für Metallforschung*, das 1920 zunächst in Neubabelsberg bei Berlin gegründet und 1923 in Gebäude der Staatlichen Materialprüfungsanstalt in Berlin-Dahlem überführt wurde. Es arbeitete vor allem auf dem Gebiet der Nichteisenmetalle und leistete Pionierarbeit in der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung (unter anderem mit Röntgenstrukturanalysen). Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten stand es allerdings Anfang der 1930er Jahre vor der Schließung. Es gelang der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft jedoch, die Unterstützung der Nichteisenmetall-Industrie im süddeutschen Raum zu gewinnen und das *KWI* in Stuttgart anzusiedeln, wo es 1935 neu eröffnet wurde.<sup>71</sup>

Dank des ökonomischen Aufschwungs nach Inflation und Überwindung der internationalen Isolation infolge des Ersten Weltkriegs setzte Mitte der 1920er Jahre auch in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine neue Entwicklungsphase ein, die mit neuen Institutsgründungen einherging. Dabei wandte sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verstärkt auch der medizinischen Forschung zu. So erhielten die bereits bestehenden Institute für Arbeitsphysiologie, Psychiatrie und Hirnforschung Neubauten, und 1927 wurde in Berlin-Dahlem ein *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* unter Leitung des Mediziners und Rassenhygienikers Eugen Fischer (1874–1967) neu gegründet. Mit der Gründung des *KWI für medizinische Forschung* im Jahre 1929 in Heidelberg wurde noch weitergehender als bei bisherigen Institutsgründungen interdisziplinäres Neuland

<sup>68</sup>Stifterin des Instituts mit einer Summe von 3 Millionen Mark war Marianne von Friedländer-Fuld zum Andenken an ihren Vater Fritz, der ein langjähriger Rivale von Eduard Arnholt war.

<sup>69</sup>Rasch (1996).

<sup>70</sup>Glum (1930a, 361–365).

<sup>71</sup>Vgl. dazu auch Maier (2007a, 283–328).

beschritten. Unter Leitung des Heidelberger Internisten Ludolf von Krehl (1861–1937) sollten hier medizinische und naturwissenschaftliche Disziplinen eng zusammenarbeiten. Gemäß diesem Anliegen wurden vier Fachrichtungen in selbständigen Teilinstituten gleichberechtigt vereinigt: Chemie unter Richard Kuhn (1910–1967), Physik unter Karl Wilhelm Haussler (1887–1933), Pathologie unter Krehl und Physiologie unter Otto Meyerhof (1884–1951) und außerdem wurde das Heidelberger Universitätsinstitut für Serologie unter Hans Sachs (1877–1945) assoziiert.<sup>72</sup>

Hausslers früher Tod 1933 führte zu einer ersten Umorientierung. Mit seinem Nachfolger Walther Bothe (1891–1957) wurde das Teilinstitut für Physik seitens der KWG-Leitung bewusst auf die noch in den Kinderschuhen steckende Kernphysik ausgerichtet, um dieses zukunftssträchtige neue Forschungsgebiet auch in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu etablieren. Nachdem 1937 auch Krehl gestorben und Meyerhof 1938 ins Exil gezwungen worden war, verschob sich der Arbeitsschwerpunkt des Instituts weiter in Richtung Physik und Chemie. Die Medizin spielte nur noch eine untergeordnete Rolle am Heidelberger Institut, dessen Direktor Kuhn inzwischen geworden war und bleiben sollte. Die Umsetzung des ehrgeizigen Institutsplans war somit zwar an unvorhersehbaren persönlichen und politischen Konstellationen gescheitert, doch gleichzeitig bewährte sich gerade angesichts der Widrigkeiten auch die institutionelle Plastizität und Effizienz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Insgesamt folgten aber die Neugründungen ab Mitte der 1920er Jahre keiner längerfristigen wissenschaftspolitischen Strategie, sondern waren eher von finanzpolitischem Opportunismus geprägt. So ging die Gründung des *KWI für Hirnforschung* unter der Leitung von Oskar Vogt (1870–1959) auf den dezidierten Wunsch des Hauptgeldgebers Gustav Krupp von Bohlen und Halbach zurück, der Senator und Erster Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war.<sup>73</sup> Die Gründung des *KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik* folgte einem wissenschaftlichen Trend, mit dem sich Finanzquellen erschließen ließen. Und das Heidelberger *KWI für medizinische Forschung* verdankte seine Existenz nicht nur den Interessen der Pharmaindustrie, sondern auch dem dringenden Wunsch des damaligen Reichsfinanzministers Heinrich Köhler (1878–1949), etwas für seine badische Heimat zu tun. Im bayerischen Oberrhein entstand 1926 unter der Leitung von Oskar von Miller (1855–1934) und Otto Kirschmer (1898–1967) das eher technisch ausgerichtete *Institut für Wasserbau und Wasserkraft* der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Bis 1933 waren 36 Institute und Forschungsstellen

<sup>72</sup>Kant (2011a); Eckart (2010).

<sup>73</sup>Vogt und seine Frau, die französische Neurologin Cécile Mugnier (1875–1962), die von 1919 bis 1937 eine Abteilung des Instituts leitete, gelten als Mitbegründer der modernen Hirnforschung.

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet worden, das heißt ihre Zahl hatte sich seit Kriegsende trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten verdoppelt.

Ungeachtet der fehlenden langfristigen Forschungsplanung – Glum sprach davon, dass sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft „den jeweils gegebenen Verhältnissen nach Möglichkeit angepaßt“ habe<sup>74</sup> – ist es der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer wieder gelungen, strukturelle Erfolge zu erzielen. Diese Erfolge stützten sich oft auf das Urteilsvermögen, die richtige Person zur richtigen Zeit für das richtige Projekt einzusetzen, aber auch auf die Fähigkeit, auf Rückschläge konstruktiv zu reagieren, wenn diese Personen dann nicht unbedingt so „funktionierten“, wie man sich das gedacht hatte. Das begann bereits mit den Überlegungen, Albert Einstein für ein zukünftiges *KWI für Physik* zu gewinnen, von dem man sich in erster Linie eine zielgerichtete Forschung zur Quantentheorie erhoffte. Einstein legte jedoch den Schwerpunkt seiner Forschung zunächst auf die Erarbeitung der Grundlagen der Allgemeinen Relativitätstheorie, die er 1915 veröffentlichte.

Der Erfolg der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei ihren Personalentscheidungen zeigte sich auch in Emil Fischers Bemühungen, Richard Willstätter und Otto Hahn für das *KWI für Chemie* zu gewinnen. Fischer hatte Hahn an seinem Universitätsinstitut bereits 1907 eine Stelle für die damals unter organischen Chemikern wenig akzeptierte Radioaktivitätsforschung eingeräumt. 1912 sorgte er dafür, dass Hahn mit seiner damaligen Mitarbeiterin Lise Meitner (1878–1968) eine eigenständige Abteilung am KWI für Chemie erhielt. Wie sehr nicht nur die Flexibilität der Gesellschaft per se sondern insbesondere auch die Fertilität und Mutationsfähigkeit der Institute selbst zum Erfolg der institutionellen Forschungsförderung durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beitrug, zeigt die Tatsache, dass sich aus dieser zunächst kleinsten Abteilung des Instituts in den 1920er Jahren die das übrige Institut dominierende Hauptabteilung entwickelte, und dass die zuständigen Abteilungsleiter Hahn und Meitner zu weltweit führenden Forschern auf dem Gebiet der Radioaktivität wurden.<sup>75</sup> Fischer hatte auch Willstätter überredet, von Zürich nach Berlin zu wechseln, um über das zukunftssträchtige Gebiet der Pflanzenfarbstoffe zu forschen. Willstätter verließ das KWI für Chemie jedoch bereits drei Jahre später wieder in Richtung München, um dort den Lehrstuhl seines Lehrers zu übernehmen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 brachte auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten, selbst wenn diese nicht so stark von Kürzungen betroffen war wie andere gesellschaftliche Bereiche.<sup>76</sup> Dennoch

---

<sup>74</sup>Glum (1928, 28).

<sup>75</sup>Kant (2002).

<sup>76</sup>Zur Etatentwicklung der KWG von 1929 bis 1944 vgl. Hachtmann (2007a, 561–598). Anhand detaillierter Tabellen für zentrale Institute der KWG vermittelt Hachtmann einen genauen Einblick in die Entwicklung des Etats der Gesellschaft.

stieß die seit Mitte der 1920er Jahre verfolgte Wachstumsstrategie erneut an Grenzen. In dieser finanziellen Situation sprang die Rockefeller-Stiftung ein, die unter anderem Otto Warburg (1833–1970) das Geld für den Bau seines *KWI für Zellphysiologie* in Berlin-Dahlem zur Verfügung stellte, das Ende 1930 eröffnet wurde. Diese Förderung wurde nicht zuletzt auch deshalb möglich, weil das Projekt im Zusammenhang mit Plänen stand, das Spektrum der Forschung auf innovative, interdisziplinäre Bereiche zu erweitern. Auf diese Weise konnte Warburg die Rockefeller-Stiftung davon überzeugen,<sup>77</sup> zudem auch den Bau des Instituts für Physik zu fördern, mit dem er eine enge Zusammenarbeit pflegen wollte. Das 1917 gegründete Institut kampierte gewissermaßen zunächst in der Privatwohnung seines Direktors Albert Einstein in Schöneberg.<sup>78</sup>

Die Einweihung des ersten, genuin von vorneherein interdisziplinär angelegten Instituts der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, des KWI für medizinische Forschung,<sup>79</sup> anlässlich der 18. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft konnte Harnack nur noch vom Krankenbett verfolgen, er starb am 10. Juni 1930 in Heidelberg. Es hatte bereits einige Zeit Nachfolgediskussionen gegeben, die vor allem von Kultusminister und KWG-Senator Carl Heinrich Becker (1876–1933) angeführt wurden, der sich selbst Hoffnung auf den Präsidentenposten machte. Aus dem Kreis der von Harnack im Oktober 1929 genannten Wunschkandidaten für seine Nachfolge<sup>80</sup> entschied man sich am 18. Juli 1930 auf einer Senatssitzung im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung für Max Planck, der seit 1916 als KWG-Senator gewirkt und jahrzehntelang auch das Amt eines Beständigen Sekretars der Berliner Akademie der Wissenschaften bekleidet hatte. Planck selbst war jedoch nach einigem Zögern nur bereit, das Amt für eine Übergangszeit bis 1933 wahrzunehmen. Und ungeachtet seiner Verdienste um die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren durchaus nicht alle Mitglieder der Meinung, mit ihm eine günstige Wahl getroffen zu haben. Vor allem vermisste man bei Plancks unauffälligem Auftreten die wissenschaftspolitische Umtriebigkeit von Harnack. „Vorläufig haben wir eine unpolitische, wissenschaftliche Leitung“, bemerkte Max Rubner lakonisch.<sup>81</sup> Für Glum bot diese Situation die Chance, den Einfluss der Generalverwaltung

<sup>77</sup>Neben diesen beiden Instituten wurden noch die Neubauten des KWI für Psychiatrie in München sowie des KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch von der Rockefeller-Stiftung finanziert.

<sup>78</sup>Für eine Übersicht über die frühe Tätigkeit des Instituts, siehe Castagnetti und Goenner (2004).

<sup>79</sup>Bereits die Institute für physikalische Chemie und Elektrochemie (1911) sowie für Biochemie waren innovativ in ihrer Interdisziplinarität: Habers Institut verzahnte Chemie, Physik und Toxikologie eng miteinander, Neubergs Institut Chemie, Biologie und Medizin. Doch die neue Qualität des Heidelberger Instituts machte aus, dass es von Anfang an in vier Teilinstituten gegründet wurde, um Methoden der Physik und Chemie in die medizinische Grundlagenforschung einzuführen.

<sup>80</sup>Kohl (2002, 65).

<sup>81</sup>Zit. nach Ebd., 67.

weiter auszubauen, in seinen Memoiren würde er sich später erinnern, dass seine Tätigkeit nun „über die eines Generalstabschefs hinauswuchs“.<sup>82</sup>

Die ersten Amtsjahre Plancks standen im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Nach einem Höhepunkt in den öffentlichen Zuschüssen im Haushaltsjahr 1929/30 sanken diese zum Geschäftsjahr 1932/33 um knapp 40 Prozent.<sup>83</sup> Insofern konzentrierten sich die Bemühungen von Glum und Planck in dieser Zeit auf den Erhalt der mittlerweile 31 Institute bei minimalen Mittelzuwendungen. Auf der Hauptversammlung 1932 musste Planck feststellen, dass erstmals „die Zahl der im Berichtsjahr ausgeschiedenen Mitglieder die Zahl der neu angemeldeten überschreite.“<sup>84</sup> Es wurde sogar über die Schließung von Instituten nachgedacht. Im September 1932 übermittelte Glum dem Reichskanzler eine Denkschrift über die „Notlage“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in der ähnlich wie bereits zu Inflationszeiten argumentiert wurde. Ende November 1932 konnte Glum konstatieren, dass das Reich und Preußen „gewissermaßen eine Bannmeile um die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gezogen“ hätten und weitere Kürzungen nicht mehr zu befürchten seien.<sup>85</sup> Doch eine Herausforderung noch größeren Ausmaßes zeichnete sich bereits für die Gesellschaft ab.

## 1.5 Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus

### 1.5.1 Die historische Verantwortung der Max-Planck Gesellschaft

1997 setzte der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, mit Zustimmung von Verwaltungsrat und Senat die Präsidentenkommission „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ bewusst unter dem Vorsitz der beiden nicht zur Max-Planck-Gesellschaft gehörenden Historiker Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder ein. Der fünfzigste Jahrestag der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft bot den äußeren Anlass, eine unabhängige Kommission mit der Erforschung der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus zu beauftragen. Entscheidend für diesen Entschluss war auch die jahrelang vorausgegangene hitzige öffentliche Debatte über Provenienz und Verbleib anatomischer Präparate aus der Zeit des Nationalsozialismus in westdeutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die im Januar 1989 in Demonstrationen vor der deutschen Botschaft

---

<sup>82</sup>Glum (1964, 379).

<sup>83</sup>Vgl. Witt (1990, Tab. 626).

<sup>84</sup>Bericht über die 21. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Frankfurt a. M. 1932, 2, zitiert nach Henning und Kazemi (2011, 166). Bereits 1922 hatte es im Zusammenhang mit der Hyperinflation schon einmal rückläufige Mitgliederzahlen gegeben, aber nicht in so gravierender Form, vgl. vom Brocke (1990, 273).

<sup>85</sup>Henning und Kazemi (2011, 168).

in Israel sowie einer Eingabe des israelischen Ministers für religiöse Angelegenheiten an Bundeskanzler Helmut Kohl (\*1930) gipfelten. Im Fall der Max-Planck-Gesellschaft war es zunächst die im Edinger Institut für Neuropathologie befindliche Hirnschnittsammlung von Julius Hallervorden (1882–1965), Abteilungsleiter sowohl am KWI als auch MPI für Hirnforschung, die 1984 in den Blickpunkt geriet: Der Historiker Götz Aly vermutete, dass es sich dabei unter anderem um Präparate handelte, die Opfern der „Euthanasie“ entnommen worden waren.<sup>86</sup> Etwa zur gleichen Zeit wie Aly beschäftigte sich der Genetiker Benno Müller-Hill mit der Verbindung des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach Auschwitz und kam dabei zu ähnlich belastenden Ergebnissen. Es lag auf der Hand, dass die Max-Planck-Gesellschaft sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen musste. Bereits in seiner Abschiedsrede von 1990 wies der damalige Präsident Heinz A. Staab (1926–2012) auf die Notwendigkeit hin, sich dieser Herausforderung zu stellen. Unter seinem Nachfolger Präsident Heinz F. Zacher wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Erforschung der NS-Vergangenheit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus Mitteln der Max-Planck-Gesellschaft, doch unter Federführung externer Historiker vorbereitete.<sup>87</sup>

Das Forschungsprogramm der Präsidentenkommission „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ wurde im März 1999 mit einer viertägigen internationalen Konferenz unter dem Titel „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung“ eröffnet. In den folgenden sechs Jahren erforschte ein Team aus unabhängigen Historikerinnen und Historikern so vollständig und vorbehaltlos wie möglich das Verhältnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum NS-System, das wissenschaftliche, politische und wissenschaftspolitische Handeln ihrer Repräsentanten und Wissenschaftler während der Zeit des Nationalsozialismus sowie die Folgen und Auswirkungen dieses Handelns auf die Max-Planck-Gesellschaft. Die aus dieser Forschungsleistung hervorgegangen 18 Monographien und Sammelbände sowie 28 Preprints<sup>88</sup>

<sup>86</sup> Alys Verdacht erwies sich als richtig, vgl. Aly (1984) sowie Peiffer (2000); Weindling (2012, 237–242); Ernst Klee (1985 und 2004). Diese Gehirne wurden 1990 auf dem Waldfriedhof in München bestattet.

<sup>87</sup> Vgl. dazu auch die *Ansprache des scheidenden Präsidenten Professor Dr. Dr. Heinz A. Staab* „Die Max-Planck-Gesellschaft in einem sich ändernden politischen Umfeld – Rückblick auf die Jahre 1984 bis 1990“ sowie die *Ansprache des neuen Präsidenten Professor Dr. Hans F. Zacher* „Herausforderungen an die Forschung“, beide gehalten auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 22. Juni 1990 in Lübeck.

<sup>88</sup> Die Reihe „Ergebnisse“: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/publications.htm#Ergebnisse>. Einen ausgezeichneten Überblick über die Publikationen vermittelt die Essayrezension von Mitchell Ash, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, in: *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin*, 18:1 (2010), 79–118.

haben neue Standards in der historischen Forschung gesetzt, auf die wir in unseren Ausführungen dankbar zurückgreifen.<sup>89</sup>

Im Juni 2001 fand im Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft das Berliner Symposium „Biowissenschaftliche Forschung und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten“ statt.<sup>90</sup> Im Auditorium befanden sich acht Ehren Gäste: Frauen und Männer im Alter von 63 bis 80 Jahren, die als Kinder oder Jugendliche Opfer von Menschenversuchen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern waren. Präsident Markl eröffnete den Dialog mit den Gästen, die die menschenverachtenden biowissenschaftlichen Versuche während des Nationalsozialismus überlebt hatten. Die Historikerkommission hatte zuvor klar belegt, dass auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Verbrechen des „Dritten Reichs“ aktiv mitverantwortet hatten. Stellvertretend für die Max-Planck-Gesellschaft bekannte sich ihr damaliger Präsident Markl zur historischen Verantwortung für die Verbrechen, die während des „Dritten Reichs“ von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen an Menschen verübt worden waren. In seiner Rede betonte er, dass die „ehrlichste Art der Entschuldigung die Offenlegung der Schuld“ sei und dass dies „für Wissenschaftler [...] vielleicht die angemessenste Art der Entschuldigung sein“ sollte.<sup>91</sup> Markl beließ es aber nicht bei dieser wissenschaftlichen Sichtweise, sondern entschuldigte sich auch persönlich bei den Überlebenden der Zwillingforschung: „Um Verzeihung bitten kann eigentlich nur ein Täter. Dennoch bitte ich Sie, die überlebenden Opfer, von Herzen um Verzeihung für die, die dies, gleich aus welchen Gründen, selbst auszusprechen, versäumt haben.“<sup>92</sup> Damit beschriftet die Max-Planck-Gesellschaft spät, doch entschieden neue Wege der Vergangenheitspolitik.

### 1.5.2 Machtwechsel und „Selbstgleichschaltung“: Die Ära Planck

Ich hoffe sehr, dass die bevorstehende Jahresversammlung der K.W.G. Veranlassung geben wird, die persönlichen Beziehungen zu

<sup>89</sup>Vgl. zu einer zusammenfassenden Betrachtung des Forschungsprogramms auch Rürup (2008b).

<sup>90</sup>Siehe dazu: *Die Verbindung nach Auschwitz: Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*. Der von Carola Sachse herausgegebene Band dokumentiert die Rede des Präsidenten und die Ansprachen und Zeugnisse der Überlebenden. Die anschließenden Forschungsberichte zeichnen die historische Entwicklung des medizinischen Menschenversuchs nach und diskutieren ethische Fragen. Einzelne Forschungsprojekte, die von Wissenschaftlern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem „Lagerarzt“ Josef Mengele in Auschwitz durchgeführt wurden, werden rekonstruiert. Darüber hinaus wird die aktive Rolle der Opfer und die Verfolgung medizinischer Kriegsverbrechen nach dem Ende des Krieges beleuchtet und aus der praxisorientierten therapeutischen bzw. juristischen Arbeit für die Opfer nationalsozialistischer Kriegsverbrechen berichtet. (Wallstein Verlag)

<sup>91</sup>Sachse (2003, 51).

<sup>92</sup>Ebd.

den Ministern des Reiches und der Länder womöglich noch enger zu gestalten als sie es bei den früheren Regierungen waren.<sup>93</sup>

Auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 reagierte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter ihrem Präsidenten Max Planck mit einer weitgehenden „Selbstgleichschaltung“.<sup>94</sup> Mit der vorausseilenden Anpassung an die Ziele des NS-Staats meinte man, die Gesellschaft vor einer Übernahme durch fanatische NS-Wissenschaftler – wie etwa die Nobelpreisträger Philipp Lenard (1862–1947) oder Johannes Stark (1874–1957) – bewahren und den Wissenschaftsbetrieb trotz der Vertreibung der jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler funktionsfähig erhalten zu können. Anfangs nahm Planck dem neuen Staat gegenüber eine Haltung ein, in der er zwischen den von ihm abgelehnten Extremen unterschied, die er dem Charakter einer Übergangsperiode zuschrieb,<sup>95</sup> und dem grundsätzlich Positiven, das er in dem „langersehnte[n] großartige[n] nationale[n] Umschwung“ sah.<sup>96</sup> Angesichts der Probleme der Übergangszeit als auch der positiveren Erwartungen, die er für die Zukunft hegte, fand Planck gemeinsam mit Glum und anderen führenden Vertretern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schon bald zu einer charakteristischen und aktiven Politik, die die Gesellschaft gegenüber dem neuen Regime dann konsequent verfolgte. Diese Strategie hatte zum Ziel, erstens die Autonomie der Gesellschaft so weit wie möglich zu bewahren, zweitens die Verluste der politischen Umstrukturierung für die deutsche Wissenschaft möglichst gering zu halten, und drittens die Gesellschaft möglichst reibungslos in den Dienst des neuen Staates zu stellen. Obwohl der Staatsanteil am Gesamtetat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1930 bei 58,6 Prozent, 1933 bei 65,5 Prozent lag und 1937 seinen Höhepunkt mit 88,4 Prozent erreichte,<sup>97</sup> war die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht auf die Zuwendungen eines einzelnen staatlichen Geldgebers angewiesen, was ihr erlaubte eigenständiger als etwa staatliche Hochschulen zu agieren und sie vor dem direkten Zugriff des Staats besser schützte.

Das am 7. April 1933 erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das die Entfernung jüdischer und politisch missliebiger Beamter zum Ziel hatte, wurde innerhalb der Gesellschaft zügig und rückhaltlos umgesetzt. Im Herbst 1933 legte die Generalverwaltung dem Reichsministe-

<sup>93</sup>Planck an Glum, 18. April 1933, MPG-Archiv, Va. Abt., Rep. 11, Nr. 1065.

<sup>94</sup>Friedrich Glum hatte diesen Begriff geprägt, um die Anpassungspolitik der KWG zu beschreiben: „Als die Gleichschaltung kam, konnten wir sagen, daß wir davon nicht betroffen würden, da wir uns schon gleichgeschaltet hatten.“ Glum (1964, 443).

<sup>95</sup>Siehe z. B. Planck an Glum, 18. April 1933, MPG-Archiv, Va. Abt., Rep. 11, Nr. 1065.

<sup>96</sup>Planck (1934, 172), siehe dazu weiterführend Renn, Castagnetti und Rieger (2001).

<sup>97</sup>MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 375/1, Nr. 375/2, Nr. 376/1, Nr. 376/3, Nr. 406 bis 418 a; BA Berlin, R 1501, Nr. 126784, Bl. 186; Nr. 126785, Bl. 195 und 239; R 2301, Nr. 2312 – zitiert nach Hachtmann (2007a, 50f.).



Abb. 1.4: Albert Einstein bei seinem Vortrag „Über das physikalische Raum- und Ätherproblem“ im Harnack-Haus, 11. Dezember 1929. Einstein war an diesem Abend kurzfristig für den verunglückten Gewerkschaftsvorsitzenden und KWG-Senator Theodor Leipart (1867–1947) eingesprungen.

rium des Inneren eine „Nachweisung aller Angestellten [...] über ihre arische oder nichtarische Abstammung“ vor.<sup>98</sup> Demnach waren von den 1.061 Mitarbeitern 54 „nichtarisch“.<sup>99</sup> Insgesamt betraf dies jedoch überhaupt nur 18 Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, weder im Harnack-Haus noch in der Generalverwaltung waren beispielsweise „Nichtarier“ angestellt. Am KWI für physikalische Chemie war ein Viertel der Mitarbeiter betroffen, darunter Direktor Fritz Haber und mehrere Abteilungsleiter: Fritz Epstein (1898–1979), Hartmut Kallmann (1896–1978), Herbert Freundlich (1880–1941) und Michael Polanyi (1891–1976). Auch am KWI für Chemie war mit Lise Meitner (1878–1968) die

<sup>98</sup>Es handelte sich um zwei Listen, die erste, am 20. September vorgelegte, betraf die Angestellten der KWI, die mit mehr als 50% aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, die zweite, vom 4. Oktober 1933, die Angestellten der privat oder industriell geförderten KWI. Intern existierte diese Aufstellung bereits seit Juli, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 531/3, zitiert nach Rürup (2008b, 9).

<sup>99</sup>Dabei handelt es sich um die Zahlen, die von der Generalverwaltung offiziell weitergeleitet wurden. De facto war die Zahl der betroffenen Personen weitaus höher: 91 Mitarbeiter/innen fielen unter § 3 BBG, bei weiteren 10 ist es sehr wahrscheinlich, dass sie unter denselben Paragrafen fielen, der Techniker Otto Nagel und der Abteilungsleiter Max Ufer (1900–1983) beispielsweise hatten beide jüdische Ehefrauen und bei fünf Personen ist unklar, was der Vertreibungsgrund war. Zahlen basierend auf einer tabellarischen Übersicht bei Schüring (2006, 88–103).

Leitungsebene betroffen.<sup>100</sup> Planck brachte vor allem der Rücktritt Habers in einen inneren Zwiespalt zwischen seinem Wunsch, die Forschungszukunft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft abzusichern – und insbesondere die Einsetzung eines staatlichen Kommissars abzuwenden –, und seiner Sorge vor einer „Selbstverstümmelung“ durch den Verlust der jüdischen Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Laut eigener Darstellung benutzte er seinen Antrittsbesuch als KWG-Präsident beim „Führer“ am 16. Mai 1933 deshalb dazu, um bei Hitler „ein Wort zu Gunsten meines jüdischen Kollegen Fritz Haber einzulegen“,<sup>101</sup> wobei er nicht davor zurückschreckte, zwischen „für die Menschheit wertvolle[n] und wertlose[n]“ Juden zu unterscheiden.<sup>102</sup> In ihrer Quellenkritik haben Herbert Mehrrens (1992) angeregt und Helmuth Albrecht (1993) nachgewiesen, dass die Zeit für einen Perspektivwechsel auf diese mythisch-heroisierte Begegnung gekommen und die Authentizität der im Planck-Bericht wörtlich wiedergegebenen Zitate mit Skepsis zu betrachten sei.<sup>103</sup> Neben seinem Anliegen, Hitler auf die verheerenden Folgen seiner rassistischen Entlassungspolitik für die deutsche Wissenschaft hinzuweisen, ging es Planck darum, diesen „über die augenblickliche Lage und die weiteren Pläne der Gesellschaft“<sup>104</sup> zu informieren und die institutionelle Autonomie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu sichern – selbst wenn dies bedeutete, die Entlassungen der jüdischen Kolleginnen und Kollegen hinzunehmen. Auf Hahns Vorschlag, öffentlich gegen die NS-Entlassungspolitik zu protestieren, antwortete er: „Wenn heute 30 Professoren aufstehen und sich gegen das Vorgehen der Regierung einsetzen, dann kommen morgen 150 Professoren, die sich mit Hitler solidarisch erklären, weil sie die Stellen haben wollen.“<sup>105</sup> Haber hatte sein Rücktrittsgesuch als Direktor bereits am 30. April 1933 eingereicht.<sup>106</sup> Im November desselben Jahres übernahm der Göttinger Kampfstoffexperte Gerhart Jander (1892–1961, Mitglied der NSDAP

<sup>100</sup>Meitners Mitarbeiter Robert Karl Eisenschitz (1898–1968) emigrierte 1933. Ihr theoretischer Assistent Max Delbrück (1906–1981) nutzte aus den genannten politischen Gründen ein Rockefeller-Stipendium, um 1937 in die USA zu emigrieren. Detaillierte Angaben, darunter tabellarische Übersichten über alle vertriebenen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, finden sich bei Schüring (2006, 86–10) und Rürup (2008b, 86–109). Vgl. auch vom Brocke (1990, 361).

<sup>101</sup>Planck verfasste seinen berühmten Bericht „Mein Besuch bei Adolf Hitler“ erst 14 Jahre nach dem Ereignis, im März 1947. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits 89 Jahre alt und erholte sich gerade von einer schweren Lungenentzündung. Mutmaßlich hat aber gar nicht Planck selbst, sondern seine Frau Marga den Bericht verfasst. Max Planck: Mein Besuch bei Adolf Hitler. *Physikalische Blätter* 3(1947)5, 143, zitiert nach SzölloSI-Janze (1998, 659).

<sup>102</sup>Ebd.; Hoffmann (2008, 90); Henning (2004b, 69–93).

<sup>103</sup>Albrecht (1993, 41–63). Der Versuch von Eckart Henning, diese Interpretation zu entkräften, vermag nicht zu überzeugen, da er keine neuen zeitgenössischen Quellen aufführen kann, die zu einer Neubewertung der Quellen führen würden, vgl. Henning (2004b).

<sup>104</sup>Planck an Hitler, 2. Mai 1933, BA Berlin, R 43 II/1227a, fol. 13.

<sup>105</sup>Hahn (1968, 145).

<sup>106</sup>Steinhauser et al. (2011, 96–105); auch Rürup (2008b, 43).

seit 1925) die kommissarische Leitung des KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie. Haber starb am 29. Januar 1934 im Exil in Basel. Planck organisierte am 29. Januar 1935 als Ausdruck sowohl seiner persönlichen als auch der „Treue“<sup>107</sup> der Gesellschaft eine Gedenkfeier für Haber im Harnack-Haus. Obwohl das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Feier als politischen Affront betrachtete und allen Beamten die Teilnahme daran verbot,<sup>108</sup> fand diese in der von Planck und Glum geplanten Weise statt. Die Gedächtnisreden hielten unter anderem Max Planck und Otto Hahn.<sup>109</sup> Albert Einstein hingegen, Direktor des – bis dahin immer noch mehr oder weniger auf dem Papier bestehenden – KWI für Physik, hatte schon früh vor der nationalsozialistischen Gefahr gewarnt. Die Wintermonate 1932/33 hatte er wie bereits in den Jahren zuvor am California Institute of Technology in Pasadena verbracht, jedoch geplant, im April nach Berlin zurückzukehren. Doch vier Wochen nach Hitlers Amtsantritt am 30. Januar 1933 schrieb er an Margarete Lebach (1885–1938): „Im Hinblick auf Hitler wage ich es nicht, deutschen Boden zu betreten.“<sup>110</sup> Am Vorabend seiner Abreise aus Pasadena erklärte er am 10. März in einem Interview, dass er nicht nach Deutschland zurückkehren werde:

Solange mir eine Möglichkeit offensteht, werde ich mich nur in einem Lande aufhalten, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen. [...] Diese Bedingungen sind gegenwärtig in Deutschland nicht erfüllt. Es werden dort diejenigen verfolgt, die sich um die Pflege internationaler Beziehungen besonders verdient gemacht haben, darunter einige der führenden Künstler.<sup>111</sup>

Bei seiner Rückkehr nach Europa verzichtete er am 28. März in der deutschen Botschaft in Brüssel auf die deutsche Staatsbürgerschaft und erklärte auch am gleichen Tag seinen Austritt aus der Akademie der Wissenschaften. Am 1. April erklärte der Beständige Sekretar der Akademie, Ernst Heymann, gegenüber der Presse, aufgrund von Einsteins Beteiligung an der „Greuelhetze“ in Amerika und Frankreich habe die Akademie „keinen Anlaß den Austritt“ zu bedauern.<sup>112</sup> Max von Laues (1879–1960) Versuch, die Mitglieder der Akademie am

<sup>107</sup> „Haber hat uns die Treue gehalten, wir werden ihm die Treue halten.“ Schlusswort von Plancks Rede auf der „Gedächtnisfeier für Fritz Haber“, zitiert nach Lise Meitner (1958, 407), auch bei Albrecht und Hermann (1990, 374).

<sup>108</sup> Vgl. dazu Rürup (2008b, 43).

<sup>109</sup> Die Rede von Karl Friedrich Bonhoeffer wurde von Hahn verlesen, da Bonhoeffer als Hochschul-lehrer Teilnahmeverbot hatte.

<sup>110</sup> Einstein an Lebach, 27. Februar 1933, zitiert nach Einstein (1975, 227).

<sup>111</sup> Einstein (1975, 227).

<sup>112</sup> Presseerklärung der Akademie der Wissenschaften: Zum Austritt A. Einsteins aus der Akademie, 1. April 1933, in: Kirsten und Treder (1979, 248).

6. April zu einer Distanzierung von dieser Erklärung zu veranlassen, scheiterte – selbst Fritz Haber „billigte nachträglich“ Heymanns Formulierung und schloss sich dem „Dank für sein sachgemäßes Handeln“ an.<sup>113</sup> Auf der Plenarsitzung am 11. Mai schloss Planck seine Würdigung der herausragenden wissenschaftlichen Leistungen Einsteins mit dem Bedauern darüber, dass dieser „selber durch sein politisches Verhalten sein Verbleiben in der Akademie unmöglich gemacht“ habe.<sup>114</sup> Das Ausscheiden aus der Akademie bedeutete offenbar auch die Trennung von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft,<sup>115</sup> auch wenn Einstein von Laue erst im Juni 1933 darum bat zu veranlassen, dass er in allen deutschen Wissenschaftsgesellschaften und -organisationen als Mitglied gestrichen würde. Sein Urteil über die deutsche Wissenschaftslandschaft fällt unmissverständlich aus:

Akademien haben in erster Linie die Aufgabe, das wissenschaftliche Leben eines Landes zu fördern und zu schützen. Die deutschen gelehrten Gesellschaften haben aber – so viel mir bekannt ist – es schweigend hingenommen, dass ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Gelehrten und Studenten sowie aufgrund einer akademischen Ausbildung Berufstätigen ihrer Arbeitsmöglichkeit und ihres Lebensunterhaltes in Deutschland beraubt wird. Einer Gesellschaft, die – wenn auch unter äusserem Druck – eine solche Haltung annimmt, möchte ich nicht angehören.<sup>116</sup>

Im Zuge der „Selbstgleichschaltung“ wurde auch der KWG-Senat auf seiner Jahresversammlung im Mai 1933 neu gebildet: Mit Ausnahme von Franz von Mendelssohn, Paul Schottländer (1870–1938) und Alfred Merton (1878–1954) war die Generalverwaltung bereit, „die übrigen Nicht-Arier ohne weiteres fallen zulassen“, wie Staatssekretär Hans Pfundtner (1881–1945) Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877–1946) am 12. Mai 1933 mitteilte.<sup>117</sup> Auch die jüdischen Hauptsponsoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus Gründungstagen, wie etwa

<sup>113</sup>Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Plenums der Akademie der Wissenschaften vom 6. April 1933, in: Kirsten und Treder (1979, 250f.) – Nachdem auch Haber hatte emigrieren müssen, schrieb ihm Einstein am 8. August 1933: „Ich freue mich sehr [...] darüber, dass Ihre frühere Liebe zur blonden Bestie ein bisschen abgekühlt ist. [...] Es ist doch kein Geschäft für eine Intelligenzschicht zu arbeiten, die aus Männern besteht, die vor gemeinen Verbrechern auf dem Bauche liegen und sogar bis zu einem gewissen Grade mit diesen Verbrechern sympathisieren.“ Zitiert nach Renn, Castagnetti und Damerow (1999, 351).

<sup>114</sup>Protokoll der Sitzung des Plenums der Akademie der Wissenschaften vom 11. Mai 1933, in: Kirsten und Treder (1979, 267).

<sup>115</sup>Aus der Leitung des KWI für Physik hatte sich Einstein bereits seit Mitte der 1920er Jahre weitgehend zurückgezogen, auch wenn er immer noch als Direktor fungierte. Vgl. Kant (2005).

<sup>116</sup>Einstein an die Bayerische Akademie der Wissenschaften, 21. April 1933, zitiert nach Renn, Castagnetti und Damerow (1999, 333).

<sup>117</sup>BA Berlin, R 1501, Bl. 109, III – zitiert nach Hachtmann (2007b, 408f.).

Leopold Koppel, und Fördernde Mitglieder, wie Max M. Warburg (1867–1946) und Fritz Mannheimer (1890–1939), fielen dieser „Säuberung“ des Senats zum Opfer.<sup>118</sup>

### 1.5.3 Im Zeichen des Erfolgs: Die Netzwerke von Glum und Telschow

Wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, ist die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im NS-Staat die eines bemerkenswerten wissenschafts-politischen Erfolges und weniger – wie häufig und insbesondere gerne von Zeitzeugen kolportiert – die eines Kampfes um das institutionelle Überleben.<sup>119</sup> Diese Darstellung folgte der Logik, dass aufgrund des anti-intellektuellen Charakters des Hitlerregimes die NS-Zeit eine Phase des wissenschaftlichen Verfalls gewesen sei. Doch das lässt den Tatbestand außer acht, dass sich Kriege nur mit Technik und Wissenschaft auf dem Stand der Zeit gewinnen lassen. Der Erfolg der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fand insbesondere in der Vermehrung ihrer Institute und finanziellen Zuwendungen seinen Ausdruck. Er ist maßgeblich der Generalverwaltung, und allen voran ihren beiden Spitzenfunktionären Friedrich Glum und Ernst Telschow (1889–1988) zu verdanken. Insbesondere Telschow sollte sich als Meister des Networking – dem Knüpfen und Pflegen von Kontakten, die dem beruflichen Fortkommen dienen – erweisen, der die Gesellschaft mit Geschick unter dem Motto „Vernetzung um jeden Preis“ (Hachtmann) um die entscheidenden Klippen des 20. Jahrhunderts herumsteuerte.<sup>120</sup>

Überlegungen der neuen Regierung in den Jahren 1933/34, die Gesellschaft aufzulösen und die einzelnen Institute anderen interessierten Einrichtungen zu übergeben, hingen unter anderem damit zusammen, dass die Kompetenzen der Länder im Reich zusammengeführt werden sollten und die Verantwortung für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vom Reichsinnenministerium auf das von Bernhard Rust (1883–1945; seit 1922 NSDAP-Mitglied) geleitete Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung übertragen wurde. Rust, seit 1922

<sup>118</sup>Zu den jüdischen Mäzenen und Stiftungen vgl. Kreutzmüller (2005). Zur Arisierung des Vermögens von Leopold Koppel vgl. auch das Kapitel „Arisierung“ bei Hayes (2005, 94–126).

<sup>119</sup>Dass dieser Paradigmenwechsel stattgefunden hat, ist auch als Erfolg des Forschungsprogramms zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus zu werten. Lange Zeit hat die historische Forschung die Lesart von „Überlebenskampf“ oder „innerer Emigration“ der Wissenschaft im Allgemeinen und der Grundlagenforschung im Besonderen übernommen, wie etwa der polemische Titel von Kirstie Macrakis Studie *Surviving the Swastika: Scientific Research in Nazi Germany* illustriert. – Vgl. auch Hachtmann (2004), *Eine Erfolgsgeschichte?*.

<sup>120</sup>Die bisher umfassendste und komplexeste Analyse der Geschichte der Generalverwaltung der KWG liefert Rüdiger Hachtmann mit seiner 2007 erschienen zweibändigen Monographie *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*, in der er seinen Untersuchungszeitraum einer überzeugenden Binnenperiodisierung unterzieht, „die je nach Fragestellung politisch, wissenschafts- oder institutionsgeschichtlich begründete Zeiträume definiert“ (Matthias Berg).

NSDAP-Mitglied, strebte eine Neuorientierung der Forschungspolitik an, die allerdings nicht zum Tragen kam. Für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war innerhalb des Rust'schen Ministeriums vor allem Rudolf Mentzel (1900–1987; seit 1925 NSDAP-Mitglied) zuständig. Mentzel, ein Schüler Janders, war ausgebildeter Chemiker, der auch zu Giftgasen gearbeitet hatte, und seit 1933 am KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie tätig. Von der engen Verbindung zwischen Mentzel und Telschow wird an späterer Stelle noch die Rede sein.

In den Jahren 1937 bis 1945 bescherte Telschow der Generalverwaltung weitaus größere Erfolge als Glum in den fünfzehn Jahren seiner Amtszeit. Was waren die Gründe dafür? Immerhin hatte Glum die „Selbstgleichschaltung“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vorangetrieben und war ein Bewunderer des Faschismus.<sup>121</sup> Allerdings hatte er sich zugleich öffentlich zum Gegner einer „Parteidiktatur“ erklärt<sup>122</sup> und auch sein finanzpolitischer Kurs lag nicht auf der Linie der neuen Machthaber. Die rechtskonservativen Netzwerke großbürgerlicher Honoratioren, die Glum in seinen elitären Herrenclubs gepflegt hatte, verloren nach 1933 schnell an Bedeutung, weil sie kaum Schaltstellen zum NS-Regime boten. Nach 1933 spielten sich Entscheidungsprozesse immer weniger formal ab, eine Entwicklung, die Telschow rechtzeitig erkannt hatte. Glum hingegen geriet als Mann von gestern ins wissenschaftspolitische Aus und musste 1937 seinen Abschied nehmen.

Anders als Glum war Telschow kein intellektueller Vertreter des Großbürgertums. Nach seiner Promotion 1912 bei Otto Hahn führte er bis zu seinem Eintritt in die Generalverwaltung 1931 sehr erfolgreich die Konditorei seines Vaters. Am 1. Mai 1933 trat er in die NSDAP ein und wurde im gleichen Jahr Zweiter Geschäftsführer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Telschows Entscheidung im Jahr 1936, das Amt des Forschungskordinators des „Rohstoff- und Devisenstabes“ (des späteren Reichsamts für Wirtschaftsausbau) zu übernehmen, stellte die Weichen dafür, dass er zum entscheidenden Wissenschaftspolitiker der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter den Präsidentschaften von Carl Bosch (1874–1940) und Albert Vögler (1877–1945) wurde. Weitere Ämter und Funktionen, wie etwa die des Reichsverteidigungsreferenten und Mobilmachungsbeauftragten für sämtliche Kaiser-Wilhelm-Institute, kamen hinzu. Er vermochte es bestens, Kontakte zu den nationalsozialistischen Größen zu knüpfen und an den neuen Treffpunkten der Eliten, wie im im 1907 gegründeten „Aero-Club von Deutschland“, wo sich ein Großteil der Politprominenz traf, oder in der stärker wissenschaftlich orientierten Lilienthal-Gesellschaft, intensiv zu pflegen. Mit dieser Politik gelang es dem Generalsekretär, die personellen und finanziellen Ressourcen selbst während des Krieges nicht nur zu sichern, sondern sogar zu erweitern: Die be-

<sup>121</sup> „Der Faschismus hat der Nation [...] neue sittliche Antriebe gegeben“, Glum (1930a, 9).

<sup>122</sup> „Davor möge Gott uns bewahren!“ Ebd., zitiert nach Hachtmann (2004, 25).

reitwillige Teilhabe der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am NS-System zahlte sich buchstäblich für sie aus.

#### 1.5.4 Kriegsrelevante Forschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus

Mit der NS-Aufrüstungspolitik erlebten Agrar- und Rüstungsforschung in Deutschland nach dem Machtwechsel 1933 einen erheblichen Aufschwung. Die bis dato 29 Institute und Forschungsstellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wuchsen in den folgenden Jahren auf 42 an, unter anderem nahmen 1937 das KWI für Biophysik in Frankfurt am Main unter Boris Rajewskij (1893–1974), 1938 das neu erbaute KWI für Physik unter Peter Debye (1884–1966)<sup>123</sup>, die Forschungsstelle für die Physik der Stratosphäre in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Friedrichshafen unter Erich Regener (1881–1955),<sup>124</sup> das KWI für Bastfaserforschung in Sorau unter Ernst Schilling (1889–1963),<sup>125</sup> 1939 das KWI für Tierzuchtforschung in Rostock unter Gustav Frölich (1879–1940) und 1943 im österreichischen Tutenhof das KWI für Kulturpflanzenforschung unter Hans Stubbe (1902–1989) die Arbeit auf.

Die Bewertung der kriegsrelevanten Forschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dieser „Interessenskoalition zwischen Wissenschaft und Macht“<sup>126</sup>, stellt eine besondere Herausforderung für die Wissenschaftsgeschichte dar und war ein inhaltlicher Schwerpunkt der Präsidentenkommission zur „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Dabei konnte es nicht um das bloße Abarbeiten eines Institutionenrasters gehen,<sup>127</sup> vielmehr standen Aspekte wie „Gemeinschaftsforschung“ und Forschungsorganisation, Ressourcenaustausch und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Militär und Industrie im Vordergrund.<sup>128</sup> Auf der Grundlage der Forschungen dieser Kommission verfügen wir heute über ein detailliertes Bild, das das ganze Ausmaß zeigt,

<sup>123</sup>Kant (2011b)

<sup>124</sup>Erich Regener war 1937 von den Nationalsozialisten nach §3BBG – seine Frau Viktoria hatte jüdische Vorfahren – von seinem Direktorenposten am physikalischen Institut der TH Stuttgart enthoben worden und gründete daraufhin die zunächst private Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre, die er 1938 in die KWG überführte. Regeners Forschungen zur Stratosphäre waren nicht zuletzt für die Raketenforscher um Wernher von Braun (1912–1977) relevant. Diese Forschungsstelle wurde im Wesentlichen durch das Reichsluftfahrtministerium finanziert. Den ursprünglichen Plan, sie mit dem KWI für Physik zusammenzuführen, ließ man unter anderem auf Wunsch von Debye fallen.

<sup>125</sup>Das wesentlich vom Reichsernährungsministerium finanzierte Forschungsinstitut für Bastfasern sollte bereits 1922 in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen werden, wurde aber zugunsten des KWI für Faserstoffchemie zurückgestellt. 1941 wird es nach Mährisch-Schönberg im 1938 besetzten Sudetenland verlagert, vgl. (Heim 2003, 84–86); Luxbacher (2004).

<sup>126</sup>Heim (2003, 249).

<sup>127</sup>Maier (2007b, 7f.).

<sup>128</sup>Vgl. insbesondere Maier (2002; 2007a; 2007b); Eppler (2002); Luxbacher (2004); Schmaltz (2005).

in welchem die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, ihre Präsidenten Planck, Bosch, Vögler, ihre Generalverwaltung, ihre Institute sowie ihre „Multifunktionäre“, also Direktoren und Wissenschaftler/ innen, an kriegsrelevanter Forschung beteiligt waren.

### **Vierjahresplan, Autarkiepolitik und Ostexpansion**

Im September 1936 wurde Hermann Göring (1893–1946) als Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe beauftragt, den so genannten Vierjahresplan für wirtschaftliche Autarkie umzusetzen, das heißt, die kriegswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, deren zentrales Ziel in der Förderung einheimischer Rohstoffe und der Produktion von Ersatzstoffen zur Entlastung der schlechten Devisenlage bestand. Göring hatte sich bereits im Herbst 1935 mit Bosch und Vögler darüber beraten, „durch welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Rüstungsthema beschleunigt“ werden könnte.<sup>129</sup> Bemerkenswert ist hierbei auch die Rolle, die der ehemalige KWG-Generalsekretär Ernst von Trendelenburg im 1936 von Göring gegründeten „Gutachter-Ausschuß für Exportfragen“ spielte, dessen Mitglieder um den „hohen Stellenwert der Wissenschaft für die Aufrüstung wußten“.<sup>130</sup> Schlüsselfigur der Vierjahresplanbehörde und engster Berater Görings war jedoch ihr Leiter, der Chemiker Carl Krauch (1887–1968).<sup>131</sup>

Krauchs Vierjahresplanlaufbahn begann 1936 als Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung im Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe. Anfang 1938 wurde das Amt in die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau umbenannt und zuständig für die Herstellung und Entwicklung beispielsweise von synthetischem Kautschuk und chemischen Kampfstoffen. Auf Anordnung von Göring ging im Dezember 1939 daraus das Reichsamt für Wirtschaftsausbau (RWA) hervor, das Exekutivorgan der Vierjahresplanbehörde, an dessen Spitze Krauch stand. Dieser plante mit dem Amt „eine einzige Stelle, nach Art des englischen Verteidigungsministeriums“ zu schaffen, die „alle Fragen der Forschung, der Planung der Finanzierung und vertraglichen Regelung und der Überwachung der Ausführung entscheidet“, wie er 1938 seine Ziele seinem Kollegen Otto Ambros (1901–1990) diktierte.<sup>132</sup> Unter der Leitung von Krauch, den Göring zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der Chemischen Erzeugung ernannt hatte, lag nahe, dass

<sup>129</sup>Vgl. Hachtmann (2007b, 571); Kohl (2002, 145).

<sup>130</sup>Hachtmann (2007b, 573).

<sup>131</sup>Krauch wurde 1935 Förderndes und Wissenschaftliches Mitglied der KWG, 1937 Senator. Der 1948 im IG Farben Prozess verurteilte Krauch blieb bis 1960 Wissenschaftliches Mitglied. Wie Bosch war Krauch erst bei der BASF und dann der IG Farben tätig und wurde später Nachfolger von Bosch als Aufsichtsratsvorsitzender bei der IG Farben.

<sup>132</sup>Zitiert nach Hachtmann (2007b, 291f.).

der Vierjahresplan insbesondere in der Chemie zu einer Zunahme der anwendungsorientierten Forschung führte. Von 1936 bis 1938 fungierte Telschow als Leiter der Abteilung Forschungs- und Erprobungsfragen beim Rohstoff- und Devisenstab, und danach bis 1941 als Forschungskordinator des RWA.

Die nationalsozialistische Autarkiepolitik verfolgte als eines ihrer Hauptziele, Deutschland unabhängig von Nahrungsmittelimporten aus Übersee zu machen, ein Ziel das auch aus der Weltwirtschaftskrise resultierte.<sup>133</sup> Neben der Kriegsfähigkeit stellte die Autarkie der deutschen Wirtschaft den anderen zentralen Programmpunkt des Vierjahresplanes dar. Die Nahrungsmittelsicherheit für Deutschland sollte u.a. mit Hilfe der Züchtungsforschung im Kontext militärischer Ostexpansion geschaffen werden. Die noch in den Anfängen steckende Genetik sollte dazu beitragen, „Obst, Gemüse und Getreide sowie Faserpflanzen widerstandsfähiger gegen Pflanzenkrankheiten, Frost und Dürre zu machen“<sup>134</sup> – und Deutschland mit dieser Produktivitätssteigerung der Pflanzenzüchtung unabhängig von Importen.

Die deutsche Autarkieforschung nutzte die Eugenik, um auch Pflanzen und Tiere „vor Degeneration zu schützen“, wobei es sich jedoch um kein NS-Spezifikum handelte, denn auch die USA und die Sowjetunion griffen in ihrem Streben nach Autarkie auf die Rassenhygiene zurück. Die Wissenschaftler/innen begriffen den Krieg als Möglichkeit, ihre Forschung weiterzuentwickeln, da dieser ihnen mit der Ostexpansion die Möglichkeit bot, Zugriff auf Gebiete oder auch osteuropäische Forschungsstationen, und damit beispielsweise botanisches Material, zu erlangen, die ihnen lange nicht zugänglich gewesen waren. Wilhelm Eitel (1891–1979), der bereits im Mai 1933 die Zentralisierung der Wissenschaften unter dem Primat der Rüstungspolitik gefordert hatte,<sup>135</sup> beabsichtigte 1940, sein Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung zu einer Art Reichsinstitut der Silikatforschung zu entwickeln, das nach Prag – oder in andere eroberte Ostgebiete – verlagert werden sollte.<sup>136</sup> Und noch 1944 verlegte das KWI für Züchtungsforschung seine Pflanzenkautschukforschung ins Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.<sup>137</sup>

---

<sup>133</sup>Zu *Autarkie und Ostexpansion* im Nationalsozialismus vgl. unter anderem den gleichnamigen Sammelband von Susanne Heim (2002) sowie Heim (2003).

<sup>134</sup>Heim (2002a, 8f.).

<sup>135</sup>Hachtmann (2007b, 576).

<sup>136</sup>Vgl. dazu und der prekären Situation, in die Eitels eigenmächtiges Handeln im Hinblick auf eine Prager Niederlassung die KWG brachte, auch Heiko Stoff (2005) sowie Kohl (2002, 164–166).

<sup>137</sup>Heim (2002a, 11, 172–175).

## Rüstungsforschung

Bereits Planck hatte erkannt, dass eine Intensivierung der militärischen Forschung der Reputation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter dem neuen Regime förderlich sein konnte und so unterbreitete die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dem Reichswehrministerium Ende 1933 den Vorschlag zur Gründung eines gemeinsamen Ausschusses für Fragen der Landesverteidigung. Generell wurde von den meisten Wissenschaftlern die Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen nicht nur als selbstverständlicher Dienst am Vaterland betrachtet, sondern auch als Möglichkeit, zusätzliche finanzielle Mittel für ihre Forschungen zu erlangen. Auch die Institution Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Dabei konnte sie auf frühere Erfahrungen zurückgreifen, angefangen bei Habers Giftgasforschung im Kaiserreich bis hin zur Zusammenarbeit des Reichswehrministeriums in der Weimarer Republik mit den Instituten für Kohlenforschung in Mülheim und Breslau sowie mit dem KWI für Silikatforschung, eine Zusammenarbeit, die im Hinblick auf den Versailler Vertrag illegal war.<sup>138</sup> Grundsätzlich unterschieden sich die Forscher der KWG in ihrem Bestreben, an rüstungsrelevanten und kriegsvorbereitenden Projekten mitzuwirken, nicht von den Wissenschaftlern anderer Länder. Die Anbietung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an den NS-Staat ging jedoch weit über die für jede Wissenschaftsgesellschaft notwendige Absicherung der ihr von den sie tragenden gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren gewährten Handlungsspielräume hinaus, da sie auf Selbstverständlichkeiten wie den Glauben an eine notwendige Stärkung Deutschlands auch um den Preis gewaltsamen Vorgehens gegen Andersdenkende, Minderheiten und europäische Nachbarn, sowie um den Preis der Aufgabe ohnehin ungeliebter demokratischer Institutionen zurückgreifen konnte – „Selbstverständlichkeiten“, die viele ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei allen Vorbehalten gegen „Exzesse“ mit den neuen Machthabern teilten. Diese Anbietung führte jedenfalls dazu, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ab Mitte der 1930er Jahre über zusätzliche finanzielle Mittel aus dem Reichsluftfahrtministerium sowie aus dem Reichsernährungsministerium verfügen konnte. Verschiedene Institute, wie etwa das KWI für Eisenforschung, das KWI für Metallforschung und das KWI für physikalische Chemie, wurden direkt in den Vierjahresplan und damit in die Förderung der beschleunigten militärischen Aufrüstung einbezogen.

---

<sup>138</sup>Vgl. Albrecht und Herrmann (1990); Vierhaus und vom Brocke (1990, 376); Hachtmann (2007b, 113–116). Nachdem Glum bereits Anfang der 1920er Jahre Kontakte zur Reichswehr geknüpft hatte, schloss Harnack 1926 einen wegen des Versailler Vertrages illegalen Vertrag mit der Reichswehr über Rüstungsforschung, und Max Lucas von Cranach (1885–1945), einer der beiden neuen Geschäftsführer wurde zum Verbindungsmann zur Reichswehr ernannt.

Im Dezember 1938 eröffnete die unerwartete Entdeckung der Urankernspaltung am KWI für Chemie nicht nur die völlig neue Perspektive der nuklearen Energiegewinnung. Sie bereitete auch den Weg für neuartige militärische Technologien mit ungeahnten Konsequenzen. Otto Hahn erhielt 1945 für diesen, mit seinem Assistenten Fritz Straßmann(1902–1980)) auf radiochemischem Wege erzielten wissenschaftlichen Durchbruch den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1944. Lise Meitner, die nach dem „Anschluss“ Österreichs aufgrund ihrer jüdischen Herkunft im Juli 1938 zur Flucht aus Deutschland gezwungen war, hatte – von Hahn in Fortsetzung ihrer jahrelangen Teamarbeit ins Vertrauen gezogen und um Rat gebeten –Anfang 1939 aus dem Stockholmer Exil mit ihrem Neffen Otto Robert Frisch (1904–1979) die physikalische Erklärung für diesen Vorgang geliefert, ohne jedoch dafür vom Nobelkomitee angemessen gewürdigt zu werden.<sup>139</sup>

Bereits kurz nach Kriegsbeginn wurde mit Unterstützung aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein Uranprojekt ins Leben gerufen, um die technischen und militärischen Anwendungen dieser Entdeckung auszuloten und umzusetzen. Das KWI für Physik, das Physikinstitut im KWI für medizinische Forschung und das KWI für Chemie waren daran beteiligt. Abweichend von oft anders lautenden Nachkriegsdarstellungen – in denen gerne die „reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“<sup>140</sup> besungen wurde –, widmeten sich die beteiligten Forscher durchaus zielbewusst ihrer Arbeit und nutzten jedenfalls die Chance, auf diesem Wege unter anderem an modernste Ausrüstungen zu gelangen.

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Geschichtsforschung mit der umstrittenen Rolle von Werner Heisenberg, der ab 1942 Direktor am Berliner KWI für Physik war, und seinem Wirken unter dem NS-Regime sowie seinen Absichten im Hinblick auf die Konstruktion einer deutschen Atombombe.

Nach den Plänen des Heereswaffenamtes sollte das KWI für Physik zum Zentrum der Forschungen des Uranvereins werden, allerdings sollte die Forschung dezentral auf mehrere Institutionen verteilt bleiben. Der Institutsdirektor Debye wurde deshalb aufgefordert, seine niederländische Staatsbürgerschaft aufzugeben und die deutsche anzunehmen, weil er als Ausländer kein Kriegsvorgang leiten konnte. Da er dies ablehnte, wurde ihm verboten, das Institut zu betreten und er zog es daraufhin vor, eine bereits bestehende Einladung in die USA anzunehmen.<sup>141</sup>

<sup>139</sup>In ihrer Studie über die systematische Verdrängung des Beitrags von Wissenschaftlerinnen in der Forschung zugunsten ihrer männlichen Kollegen bezeichnet die Wissenschaftshistorikerin Margret Rossiter das Beispiel von Lise Meitner und Otto Hahn, als den vermutlich „most notorious theft of Nobel credit“. Rossiter (1993, 329).

<sup>140</sup>Heim (2002b).

<sup>141</sup>Siehe u.a. Kant (2011b, insbes. 99–105).

Das KWI für Physik war unter die formelle Leitung des Heereswaffenamtes gestellt worden, als dessen Vertreter der Physiker Kurt Diebner (1905–1964) fungierte, während die eigentliche wissenschaftliche Hauptleitung insbesondere durch Werner Heisenberg von der Universität Leipzig wahrgenommen wurde. Schwerpunktthema des KWI für Physik im Rahmen des Uranprojektes waren zunächst die Reaktortheorie und Modellversuche für einen Reaktor. Neben Heisenberg war vor allem sein Schüler Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007), der seit 1937 am Debye'schen Institut arbeitete, ein wichtiger Mitarbeiter für die theoretische Seite, während Karl Wirtz (1910–1994) – ebenfalls seit 1937 am Institut – sich um die experimentelle Realisierung kümmerte. Anfang 1942 versuchte das Heereswaffenamt Einfluss auf die offizielle Ernennung eines Nachfolgers für Debye zu nehmen, doch KWG-Leitung und Institutsmitarbeiter setzten die Berufung Heisenbergs als Direktor am Institut durch (die Stelle wurde weiterhin für Debye offengehalten). Zum 1. Juli 1942 wurde das KWI für Physik wieder in die Verfügung der KWG zurückgegeben.

In der Diskussion um die Frage, wie weit die Wissenschaftler bereit waren, für Hitler die Atombombe zu bauen, wird immer wieder der Besuch von Heisenberg bei Niels Bohr (1885–1962) im September 1941 in Kopenhagen thematisiert. Gerhard Otto Oexle, ehemaliger Direktor des MPI für Geschichte, fasst diese Auseinandersetzung so zusammen:

Was wollte Werner Heisenberg mit seinem Besuch bei Niels Bohr im September 1941? Ist sein Besuch ein Beweis dafür, daß Heisenberg mit den Nationalsozialisten kollaborierte, daß er die Absicht hatte, Bohr auszubeuten und dessen eventuelles Wissen über ein Atombombenprojekt der Alliierten abzuschöpfen? Oder wollte Heisenberg – ganz im Gegenteil – Hitler Widerstand leisten, indem er über Bohr die Alliierten vor der Möglichkeit einer deutschen Atombombe warnte?<sup>142</sup>

Die Nachkriegserinnerungen von Heisenberg und Bohr gehen in diesem Punkt grundlegend auseinander, und auch in Archiven lässt sich keine Antwort finden. Die Frage hat es bis auf die Theaterbühne gebracht und damit wiederum zu interessanten wissenschaftshistorischen Reflexionen geführt, die über diese „Episode“ durchaus hinausgehen.<sup>143</sup> Jedenfalls sollte man mit Wirtz klar festhalten, „daß auch deutsche Wissenschaftler von Anfang an keinen Zweifel darüber ließen, daß eine Atombombe das schließliche Ergebnis einer solchen Entwicklung sein könnte.“<sup>144</sup>

<sup>142</sup>Oexle (2003, 13).

<sup>143</sup>Frayn (2002).

<sup>144</sup>Wirtz (1988, 38f.).

Nach Oexles Auffassung lässt sich diese Kontroverse auf zwei Positionen reduzieren. Die eine Position geht davon aus, dass Heisenberg in voller Absicht das deutsche Projekt einer Atombombe sabotiert habe, um Hitler dieses Instrument der Kriegsführung nicht in die Hand zu geben. Sie wird prominent vertreten in dem 1993 erschienenen Buch *Heisenberg's War* des US-Journalisten und Pulitzer Preisgewinners Thomas Powers.<sup>145</sup> In seinem Buch über *Heisenberg und das Atombombenprojekt der Nazis* von 1998 legt der Historiker Paul Lawrence Rose die entgegengesetzte These dar: Heisenberg sei ein entschiedener Sympathisant der Nationalsozialisten gewesen, der die Absicht gehabt habe, die Bombe zu bauen, sei dazu aber mangels Sachverstand nicht in der Lage gewesen und habe dann nach 1945 „mit erstaunlichen Fähigkeiten zu Selbstbetrug und Schönfärberei“ ein „Netz von Täuschung und Selbsttäuschung“ gesponnen.<sup>146</sup>

Als Katalysator für diese jahrzehntelange kontroverse Debatte betrachtet Oexle die provokative Äußerung, die Carl Friedrich von Weizsäcker hinsichtlich des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 in Farm Hall machte:

Die Geschichte wird festhalten, daß die Amerikaner und die Engländer eine Bombe bauten und daß zur selben Zeit die Deutschen unter dem Hitler-Regime eine funktionsfähige Maschine [sc. einen Reaktor] herstellten. Mit anderen Worten, die friedliche Entwicklung der Uranmaschine fand in Deutschland unter dem Hitler-Regime statt, während die Amerikaner und die Engländer diese gräßliche Kriegswaffe entwickelten.<sup>147</sup>

Oexle verweist schließlich auf den Wissenschaftshistoriker David C. Cassidy, der die Debatten über Heisenbergs Besuch bei Bohr in Kopenhagen für peripher hält und stattdessen rät, „umfassendere historische Fragen“ zu diskutieren, wie beispielsweise: „Warum blieb Heisenberg während der nationalsozialistischen Periode in Deutschland? Warum entschied er sich dafür, an der Kernspaltung zu arbeiten, und übernahm die wissenschaftliche Leitung des deutschen Projekts zur Freisetzung nuklearer Energie? Und warum gelang es den deutschen Wissenschaftlern nicht, einen Reaktor zu bauen, obwohl sie bei der Kernforschung einen Vorsprung besaßen?“<sup>148</sup> Mark Walker macht darüber hinaus deutlich, dass die Geschichte des deutschen „Uranprojekts“ weit über Heisenberg hinausgehe, auf den sich die Historiker/innen weitgehend konzentriert hätten. Dieser

---

<sup>145</sup>Powers (1993).

<sup>146</sup>Rose (2001, 361).

<sup>147</sup>Frank (1993, 172f.).

<sup>148</sup>Cassidy (2002, 165).

sei zwar ein bedeutender Wissenschaftler, aber „kein zweiter Robert Oppenheimer“ gewesen. Cathryn Carson hat demgegenüber angeregt,<sup>149</sup> dass es vielmehr notwendig sei, sich mit Heisenbergs Nachkriegsäußerungen und der darin zutage tretenden „Kontinuität der Ambivalenz“ in Bezug auf Kernwaffen und Kernreaktoren – während des Krieges und in der Zeit danach – auseinanderzusetzen.<sup>150</sup>

Ein Beispiel für die frühe Remilitarisierung der Forschung, die im Zuge der nationalsozialistischen Aufrüstung forciert wurde, stellt das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie dar. Anders als in der historischen Forschungsliteratur lange angenommen, beschränkten sich das Preußische Kultusministerium und das Reichswehrministerium in ihrem Vorgehen gegen das Haber'sche Institut nicht auf die Entlassung der jüdischen Mitarbeiter/innen. Wie Margit Szöllösi-Janze und Florian Schmaltz dargelegt haben,<sup>151</sup> nutzten diese Ministerien vielmehr die antisemitische Entlassungspolitik gleichzeitig dazu, das KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie wieder in den Dienst der militärchemischen Forschung zu stellen.<sup>152</sup> Seit Mai 1935 wurde Peter Adolf Thiessen regulärer Direktor des Instituts.<sup>153</sup> Unter seiner Leitung konzentrierte sich die Arbeit am Institut unter anderem auf die Chemiewaffenforschung, insbesondere auf die Kampfstoffforschung und Probleme des Gasschutzes. Denselben Forschungsschwerpunkt verfolgte man seit 1938 am Chemieinstitut des KWI für medizinische Forschung, das unter der Leitung von Richard Kuhn stand.<sup>154</sup> Als Fachspartenleiter für anorganische Chemie (seit 1937) beziehungsweise für organische Chemie (seit 1939) kontrollierten Thiessen und Kuhn auf diesem Gebiet fast die gesamte Forschungsförderung des Reichsforschungsrats, der 1937 ausdrücklich zur Förderung militärisch relevanter Forschung gegründet worden war. Beide KWG-Direktoren besaßen eine erhebliche Machtposition, nicht zuletzt dadurch, dass sie autonom in der Mittelvergabe ihres Etats waren. Insgesamt sechs Kaiser-Wilhelm-Institute, und zwar neben den beiden zuvor erwähnten auch das KWI für Arbeitsphysiologie in Dortmund, die genetische Abteilung des KWI für

<sup>149</sup>Carson (1999), vgl. auch *Heisenberg in the Atomic Age: Science and the Public Sphere*, Cambridge University Press 2010.

<sup>150</sup>Walker (2005, 37f.).

<sup>151</sup>Schmaltz zeigt, wie die antisemitische Vertreibungspolitik gegenüber jüdischen Wissenschaftlern mit dem Ziel einer verschärften Militarisierung der Forschung im Rahmen der NS-Wissenschaftspolitik in Einklang gebracht wurde, und geht der Frage nach, inwiefern die Direktoren aufgrund ihrer exponierten Stellung als Fachspartenleiter für den Zugriff auf KZ-Häftlinge als Forscher, Sklavenarbeiter oder Versuchsoffer verbrecherischer Menschenversuche mitverantwortlich waren für eine Wissenschaft, die keine ethischen Grenzen mehr kannte, Schmaltz 2005.

<sup>152</sup>Szöllösi-Janze (1998, 652–657); Schmaltz (2005, 66–96).

<sup>153</sup>Thiessen war der NSDAP zunächst 1922 und nach seinem „unfreiwilligen“ Austritt 1926 oder 1928 erneut im April 1933 beigetreten. Bundesarchiv Berlin, BDC, Parteikorrespondenz, R-0023, Peter Adolf Thiessen, geb. 6.4.1899. Zitiert nach Schmaltz (2007, 312).

<sup>154</sup>Als Fachspartenleiter hat Kuhn nachweislich allein von 1943 bis 1944 mindestens acht Forschungsprojekte zu chemischer Kampfstoffforschung unterstützt, vgl. Schmaltz (2008, 168).

Hirnforschung in Buch, das KWI für Lederforschung, und das KWI für Strömungsforschung in Göttingen, betrieben Gasschutz- und Kampfstoffforschung.

1939 erhielt Kuhn den Chemie-Nobelpreis von 1938 für seine Forschung über Carotinoide und Vitamine. Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Journalisten und Regimegegner Carl von Ossietzky (1889–1938) hatte Hitler „Reichsdeutschen“ jedoch 1937 verboten, den Nobelpreis anzunehmen.<sup>155</sup> Dies betraf Kuhn ebenso wie zwei weitere deutsche Preisträger des Jahres 1939, Gerhard Domagk (1895–1964), der bei der Bayer AG über Sulfonamide für die Chemotherapie forschte und den Medizinobelpreis verliehen bekam, und Adolf Butenandt (1903–1995), Direktor des KWI für Biochemie, dem der Chemie-Nobelpreis für seine Arbeiten über Sexualhormone zugesprochen wurde. Bemühungen, eine Ausnahmeregelung zu erwirken, scheiterten. Domagk, der sich trotz des Annahmeverbots für den Nobelpreis schriftlich bedankte, wurde daraufhin von der Gestapo festgenommen und eine Woche lang inhaftiert. Butenandt und Kuhn beugten sich dem ministeriellen Druck und erklärten gegenüber Stockholm, sie würden nicht gegen Hitlers Erlass verstoßen und die Preise ablehnen. Domagk wurde die Nobelpreis-Medaille 1947 überreicht, Butenandt und Kuhn erst zwei Jahre später.<sup>156</sup>

Butenandt, der später Präsident der Max-Planck-Gesellschaft werden sollte, ist seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend in die öffentliche Kritik geraten aufgrund der Unklarheit, die hinsichtlich seiner möglichen Beteiligung an den Menschenversuchen herrschte, die der SS-Arzt Josef Mengele (1911–1979) in Auschwitz durchgeführt hat. Butenandt war 1936 in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gekommen und hatte Carl Neubergs Direktorenposten am KWI für Biochemie übernommen.<sup>157</sup> Im gleichen Jahr war er auch in die NSDAP eingetreten. Butenandts Freund, Kollege und Nachbar Otmar von Verschuer (1896–1969), seit 1942 Direktor am KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik,<sup>158</sup> hatte 1943 ein Projekt zur Untersuchung „Spezifischer Eiweißkörper“ aufgenommen. Dafür bezog er Blutproben von seinem Assistenten und ehemaligem Doktoranden Josef Mengele aus dem KZ Auschwitz. Anfang der 1980er Jahre stellte der Molekularbiologe Benno Müller-Hill die Frage, ob und inwieweit Butenandt an diesen

<sup>155</sup>Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung eines Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft vom 30. Januar 1937, RGBI. I (1937), 305, zitiert nach Schmaltz (2005, 376).

<sup>156</sup>Schmaltz (2005, 379); Crawford (200, 51).

<sup>157</sup>Das Verhältnis von Neuberg und Butenandt ist wiederholt Untersuchungsgegenstand gewesen, vgl. dazu Deichmann (2001) und Schüring (2004). Neuberg, der unter §3 BBG fiel, musste 1934 seinen Rücktritt einreichen und verlor seinen Posten zum 1. Oktober 1934. Dennoch äußerte sich Neuberg nach dem Krieg positiv über seinen Nachfolger, so etwa in einem Brief an Heinrich Wieland im Februar 1949: „Gelacht habe ich aber über Ihren euphemistischen Ausdrucks meines ‚Ruecktritts‘. Ich habe ihn immer als Metathesis, als Tritt in den Ruecken empfunden; diesen hat Butenandt sicher nicht ausgeteilt.“ Neuberg an Wieland, 21. Februar 1949, zitiert nach Schüring (2004, 355).

<sup>158</sup>Vgl. Sachse 2004.

Experimenten beteiligt gewesen sei oder zumindest davon gewusst habe.<sup>159</sup> Ein Hinweis auf einen engen Zusammenhang zwischen Butenandt und Verschuer ergab sich aus der Tatsache, dass Butenandt 1949 zusammen mit Max Hartmann, Wolfgang Heubner und Boris Rajewsky federführend einen 13-seitigen „Persilschein“ für Verschuer verfasst hatte – die berüchtigte „Verschuer-Denkschrift“. Konfrontiert mit dieser Tatsache empfand der damalige MPG-Präsident diese Denkschrift allerdings keineswegs als kompromittierend, sondern stellte sie im Gegenteil Müller-Hill in Kopie bereitwillig zur Verfügung. Dass Müller-Hill jedoch nach Lektüre der „Denkschrift“ – die sich unter anderem dahin verstieg zu behaupten, dass Verschuer zu keinem Zeitpunkt von Mengele über das Geschehen in Auschwitz unterrichtet gewesen sei, beziehungsweise ja nicht einmal sicher sei, ob denn Mengele selbst darüber orientiert gewesen sei<sup>160</sup> – zu anderen Schlüssen kam, überraschte Butenandt „in hohem Maße“.<sup>161</sup> Dass er daraufhin zu Müller-Hills Vorwürfen nicht öffentlich Stellung nahm, sondern diesem stattdessen untersagen ließ, das gemeinsam geführte Gespräch zu veröffentlichen, trug naturgemäß nicht zu seiner Entlastung bei.<sup>162</sup>

Auch bei Thiessen und Kuhn stellt sich die Frage nach Mitverantwortung für und Mitwissen über Medizinverbrechen im Zusammenhang mit der Chemiewaffenforschung im NS-Staat.<sup>163</sup> In den überlieferten Quellen finden sich allerdings keine Hinweise auf eine direkte Beteiligung der beiden an Menschenversuchen in Konzentrationslagern. Doch steht außer Frage, dass Thiessen als Fachspartenleiter Verantwortung für die Rekrutierung wissenschaftlich qualifizierter Häftlinge aus den Konzentrationslagern Plaszów und Flossenbürg trug. Über diesen Häftlingseinsatz für die deutsche Kampfstoffforschung war er durch seinen Mitarbeiter Erich Pietsch (1902–1979), Leiter des Gmelin-Instituts,<sup>164</sup> nicht nur fortlau-

<sup>159</sup>Müller-Hill (1984, 71–75). Unter Einbeziehung der Unterlagen aus dem Nachlass Butenandts kam der Historiker Achim Trunk zu dem Schluss, dass Butenandt „nicht als ‚Mittäter‘ des Holocaust angesprochen werden kann“, er aber als „Mitwisser“ gleichwohl „über die entscheidenden Züge des Projekts orientiert war“. Es habe „als sehr wahrscheinlich zu gelten“, dass ihm die Herkunft der „Blutproben aus einem Lager – genauer: aus einem Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslager“ bewusst gewesen sein müsse. Trunk (2003, 68). Siehe auch Rürup (2008a, 189).

<sup>160</sup>„Wie weit Dr. Mengele selbst zu der infrage stehenden Zeit – nämlich während der Übersendung von Blutproben – über die Greuel und Morde in Auschwitz orientiert war, lässt sich aus den verfügbaren Unterlagen nicht erkennen“, Adolf Butenandt, Max Hartmann (1876–1962), Wolfgang Heubner (1877–1957), Boris Rajewsky (1893–1974), Denkschrift betreffend Herrn Prof. Dr. med. Otm. Frhr. v. Verschuer, September 1949, MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 84, NL Butenandt, O 357, „Angelegenheit Verschuer“, 8, zitiert nach Proctor (2000, 28). Zum wissenschaftlichen und politischen Wirken von Butenandt im „Dritten Reich“ vgl. Schieder und Trunk (2004).

<sup>161</sup>Sachse (2004, 316).

<sup>162</sup>Vgl. Briefwechsel zwischen Butenandt und Müller-Hill von 1983, MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 84/2.

<sup>163</sup>Vgl. dazu Schmaltz (2007, 345–351); Gausemeier (2003, 178–198).

<sup>164</sup>Pietsch war auch nach dem Krieg, von 1948 bis 1967 Direktor des Instituts.

fend informiert, sondern billigte diesen auch. Inwieweit Thiessen auch über die tödlichen Menschenversuche im KZ Dachau informiert war, lässt sich anhand der Quellen nicht belegen.

Richard Kuhn wiederum förderte als Fachspartenleiter des Reichsforschungsrats zwei Forschungsprojekte, bei denen schwere Gesundheitsschäden und der Tod der unfreiwillig als Versuchspersonen benutzten Häftlinge des Konzentrationslagers Natzweiler/ Struthof im Rahmen der wissenschaftlichen Versuchsreihen einkalkuliert war. So stellte Kuhn aus der von ihm geleiteten Fachsparte für organische Chemie bis Mai 1944 Fördermittel für die Fleckfieber- und Hepatitisversuche des an der „Reichsuniversität Straßburg“ lehrenden Eugen Haagen (1898–1972) bereit, um die Wirksamkeit von Gegenmitteln an Häftlingen in Impfversuchen zu erproben. Des Weiteren bewilligte Kuhn zusammen mit dem Generalbevollmächtigten für das Gesundheits- und Sanitätswesen Karl Brandt (1904–1948) Fördermittel der Fachsparte für organische Chemie für Versuche mit dem Giftgas Phosgen, die der ebenfalls an der „Reichsuniversität Straßburg“ lehrende Arzt Otto Bickenbach (1901–1971) durchführte. Dieser erprobte die Phosgenwirkung zuerst im Tier- und Selbstversuch und danach an KZ-Häftlingen. An den Folgen der in der Gaskammer des Konzentrationslagers Natzweiler durchgeführten Phosgenversuche Bickenbachs starben mindestens vier Häftlinge auf grausame Weise.<sup>165</sup> Was Kuhn vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs über die von Haagen und Bickenbach in Natzweiler durchgeführten Menschenversuche wusste, lässt sich anhand der nur lückenhaft überlieferten Quellen nicht mehr eindeutig feststellen. Nach dem Kriegsende versuchte Kuhn die Phosgenversuche noch im Nachhinein zu rechtfertigen, obwohl Bickenbach zu diesem Zeitpunkt bereits von einem französischen Militärgericht wegen der Häftlinge, die infolge der Phosgenversuche gestorben waren, unter Anklage stand. Dem Rechtsanwalt Bickenbachs teilte Kuhn mit, er habe keine Zweifel daran, dass die Phosgenversuche „hervorragend gründlich“ durchgeführt worden seien und deren „Erkenntnisse vielen zum Segen gereichen“ würden.<sup>166</sup> Vermutlich im Kontext seiner Forschung über Nervengase erkundigte sich Kuhn 1943 bei Telschow nach Möglichkeiten, Zugriff auf „Gehirne jüngerer

---

<sup>165</sup>Zu den Fleckfieberversuchen von Eugen Haagen siehe Toledano (2010, 195); Weindling (2009, 232–249) und Schmaltz (2005, 574). Zu den Phosgenversuchen siehe Schmaltz (2005, 251–562, 574 und 2006, 139–156). Besonderer Dank gebührt Florian Schmaltz für differenzierte Hinweise, die Licht in diese diffizilen Angelegenheit brachten.

<sup>166</sup>Kuhn an Rechtsanwalt Eber, 5. August 1947, MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 25, Nr. 54 und Schmaltz (2005, 556–557).

gesunder Menschen“<sup>167</sup> zu erhalten – ohne erkennbare Scheu, dass es sich dabei womöglich um die Organe von Opfern der NS-Justiz handelte.

Als prominente Wissenschaftsorganisatoren hatten Thiessen und Kuhn regelmäßig direkt oder indirekt mit NS-Funktionsträgern zu tun, die an den Verbrechen des NS-Staats beteiligt waren – was die eingangs gestellte Frage nach Mitverantwortung und Mitwissen beantwortet. Der Vorstand der Gesellschaft Deutscher Chemiker beschloss jedenfalls 2005, die 1968 von der BASF AG Ludwigshafen gestiftete Richard-Kuhn-Medaille nicht mehr zu verleihen, und zog damit die Konsequenz aus Erkenntnissen der wissenschaftshistorischen Forschung im Hinblick auf Richard Kuhns Verhalten während des Nationalsozialismus.<sup>168</sup>

### **Internationale Beziehungen: Die Rockefeller-Stiftung**

Trotz Selbstgleichschaltung, Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler/innen und zunehmender Rüstungsforschung blieben bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs die internationalen Kontakte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, insbesondere zur anglo-amerikanischen *scientific community*, noch erstaunlich ungestört. Dies belegen die Annalen des Harnack-Hauses, die weiterhin einen regen Strom ausländischer Besucher verzeichneten.<sup>169</sup> Bis Mitte der 1930er Jahre stiegen die Zahlen von Gastwissenschaftlern und Besuchern aus Westeuropa (mit Ausnahme Frankreichs) und den USA. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft probte weiterhin den Spagat zwischen „Staatstreue und internationaler Anschlussfähigkeit“.<sup>170</sup> Neben wissenschaftlicher Anerkennung ging es dabei auch um finanzielle Unterstützung, und die Rockefeller-Stiftung war der wichtigste ausländische Geldgeber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Deren beachtliche Zuwendungen, wie etwa für Warburgs Institut für Zellphysiologie, erfolgten mit für heutige Verhältnisse erstaunlich geringen inhaltlichen Auflagen. Ein Vertrauensvorschuss, der auf das hohe Ansehen zurückzuführen ist, das deutsche Wissenschaftler/innen in den USA genossen.

Doch Plancks Befürchtungen, dass sich die Entlassungen auf die Beziehungen zur Rockefeller-Stiftung auswirken könnten, sollten sich zumindest zum Teil bewahrheiteten. Die Stiftungsvertreter waren unsicher in Bezug auf die Vorgänge 1933 in Deutschland und reagierten sehr unterschiedlich darauf. Um sich ein Bild der wissenschaftspolitischen Ziele der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft machen

<sup>167</sup> Aktenvermerk Telschow, 8. April 1943, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 2833; vgl. auch Telschow an Kuhn, 22. April 1943, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 29, Nr. 104, zitiert nach Gausemeier (2003, 191). Siehe auch Schmaltz (2005, 511–514).

<sup>168</sup> Siehe dazu <http://wayback.archive.org/web/20110214194731/http://www.gdch.de/gdch/eps/preise/kuhn.htm>.

<sup>169</sup> Vgl. Hachtmann (2007b, 565f. und Tabelle I.5, 1257).

<sup>170</sup> Schüring (2006, 110).

zu können, waren sie auf die Informationen der Wissenschaftsfunktionäre angewiesen. Während manche, wie unter anderem von Oskar Vogt – dessen KWI für Hirnforschung massiv von der Entlassungspolitik betroffen war – angeregt und erhofft, für einen radikalen Rückzug der Rockefeller-Stiftung aus Deutschland plädierten, sprach Stiftungspräsident Max Mason (1877–1961) im Juli 1933 nach einem Besuch in Deutschland und Gesprächen mit Politikern dort herablassend von den „weepy tales of persecuted Jews“, die zu stark die Wahrnehmung der Mitarbeiter der Rockefeller-Stiftung im Pariser Büro beeinflusst hätten.<sup>171</sup> Offenbar in Unkenntnis darüber, dass die Vergabepaxis der Rockefeller-Stiftung vorsah, die Stipendien an Personen und nicht an die Institutionen zu binden, versuchten manche KWG-Direktoren, wie etwa Ernst Rüdin (1874–1952), Abteilungsleiter in der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, den Stiftungsmitarbeitern etwas vorzugaukeln.<sup>172</sup> Glum hingegen versuchte die NS-Rassenpolitik und ihre Umsetzung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit den rassistischen Vorurteilen zu vergleichen, die in den USA gegen die schwarze Bevölkerung herrschten, und verärgerte damit die Vertreter der Rockefeller-Stiftung sehr, die entsprechende Vorfälle in ihrer Heimat einräumten, diese jedoch als beschämend empfanden und keineswegs verteidigen wollten.<sup>173</sup>

Dennoch zog sich die Rockefeller-Stiftung nur allmählich aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Deutschland zurück, noch 1935 finanzierte sie den Bau des KWI für Physik mit 1,5 Mio. Reichsmark.<sup>174</sup> Dafür und für die damit einhergehende implizite Billigung der Wissenschaftspolitik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geriet die Stiftung in den USA zunehmend in die Kritik.<sup>175</sup>

### 1.5.5 Industriekapitäne: Bosch und Vögler

#### Carl Bosch, Gallionsfigur der deutschen Chemieindustrie

1936 feierte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ihr 25-jähriges Bestehen, und Max Planck hatte das von ihm ausbedungene Ende seiner zweiten Amtszeit erreicht. Nachdem die Institution Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gesichert zu sein schien, hatte sich der inzwischen 78-jährige Planck weitgehend aus dem Alltagsgeschäft zurückgezogen und überließ auch das wissenschaftspolitische Parkett lieber anderen, selbst wenn solche NSDAP-Größen wie Goebbels und Göring riefen.<sup>176</sup> Die

<sup>171</sup> Vgl. dazu Schüring (2006, 109–119).

<sup>172</sup> Dieses Kalkül wurde jedoch durchschaut, wie die wenig schmeichelhafte Betrachtung von Alain Gregg zeigt, die dieser 1937 über Glum in seinem Tagebuch machte: „A nervous arriviste in science, overactive, and I should say not reliable.“ Zitiert nach Schüring (2006, 114).

<sup>173</sup> Vgl. Tagebucheintrag von Warren Weaver vom 26. Mai 1933 bei Schüring (2006, 116).

<sup>174</sup> Zum KWI für Physik vgl. u. a. Kant (2011a, insbes. 79, 85–86); Macrakis (1986).

<sup>175</sup> Zur Annäherung zwischen der MPG und der Stiftung nach 1945, vgl. Sachse (2009).

<sup>176</sup> Vgl. dazu Hachtmann (2007b, 597–614).

Suche nach einem geeigneten Nachfolger stellte einen Balanceakt zwischen den kontrastierenden politischen und meritokratischen Interessen dar und gestaltete sich entsprechend schwierig. Dennoch stand bald fest, dass eigentlich nur Carl Bosch (1874–1940) dafür in Frage käme. Die entsprechenden Verhandlungen mit dem Ministerium führte vor allem Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der bereits bei der Durchsetzung von Plancks Präsidentschaft eine wichtige Rolle gespielt hatte. Das Reichserziehungsministerium erklärte sich im Dezember 1936 unter der Voraussetzung, dass das „Führerprinzip“ in eine novellierte Satzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgenommen würde, bereit, Bosch als Präsidenten zu akzeptieren.<sup>177</sup> Aus einer weiteren damit einhergehenden Satzungsänderung resultierte vordergründig auch die vom Reichserziehungsministerium geforderte Absetzung Glums.<sup>178</sup>

Bosch, der 1931 zusammen mit Friedrich Bergius (1884–1949) den Nobelpreis für seine „Verdienste um die Entdeckung und Entwicklung der chemischen Hochdruckverfahren“ erhalten hatte, verfügte über exzellente wissenschaftliche Meriten. Er war seit 1917 der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Mitglied des Verwaltungsrates des KWI für Chemie verbunden, wurde 1933 Senator und 1935 Nachfolger des verstorbenen Carl Duisberg als Dritter Schatzmeister. 1909 hatte er zusammen mit Fritz Haber das Haber-Bosch-Verfahren zur Ammoniak-Gewinnung entwickelt. Angemeldet wurde das Patent 1910 von der BASF, deren Vorstandsvorsitzender er ab 1919 war. 1925 trug er maßgeblich zur Gründung der I.G. Farbenindustrie A.G. (IG Farben) bei und übernahm zunächst den Vorstandsvorsitz und ab 1935 den Aufsichtsratsvorsitz. Als erster „Industriepräsident“ wurde er am 29. Mai 1937 gewählt. In Bezug auf Boschs politisches Selbstverständnis spricht Hachtmann von dem Phänomen einer „mentalen Gemengelage“: trotz einer „vornehmlich habituell geprägten Distanz“ strebte Bosch in bestimmten Bereichen dieselben Ziele an, die auch das NS-Regime verfolgte.<sup>179</sup> In der Tat hatte er in den Anfängen des Regimes zu einem strategischen Brückenschlag im Sinne des Konzerninteresses beigetragen.

<sup>177</sup>Die neue Satzung wurde am 22. Juni 1937 auf der Hauptversammlung der KWG von ihren Mitgliedern verabschiedet. In einigen Punkten war es der Führung der Gesellschaft, darunter Planck, Glum, Bosch und Vögler, gelungen, ihre Vorstellungen gegenüber dem REM durchzusetzen, so beispielsweise § 3, der in der ursprünglichen Version vorsah, dass nur „Personen arischer Abstammung“ die Mitgliedschaft hätten erwerben können und nun lautete „Personen, welche Anspruch auf das Reichsbürgerrecht besitzen“. In anderen entscheidenden Punkten musste die KWG jedoch den Forderungen des REM stattgeben, etwa §1, dass sie fortan unter der „Aufsicht des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ stünde. Das „Führerprinzip“ wurde unter §10 verankert: „Der Präsident der Gesellschaft wird auf Vorschlag des Senats vom Minister ernannt. Der Präsident ist der Führer der Gesellschaft.“ Zitate nach Kohl (2002, 139).

<sup>178</sup>Als Vorwand diente nach § 3 der Satzungsnovelle die jüdische Großmutter von Glums Ehefrau, die eigentlichen Gründe waren jedoch, wie bereits dargelegt, andere. Vgl. dazu auch Kohl (2002, 134–13).

<sup>179</sup>Hachtmann (2007b, 615).

Aus Sorge um die künftige wirtschaftspolitische Absicherung der Treibstoffsynthese im Falle eines Regierungswechsels ließ Bosch im Sommer 1932 die Position der NSDAP in dieser Frage durch Heinrich Bütefisch, Pressechef der IG Farben und Hydrierexperte der Leuna-Werke, bei einem Treffen mit Hitler sondieren. Hitler sicherte der IG Farben im Falle seiner Kanzlerschaft großzügige staatliche Unterstützungsleistungen und den Ausbau der Produktion von synthetischem Treibstoff zu, die im Zusammenhang mit der von ihm angestrebten Motorisierung und Aufrüstung stand.<sup>180</sup> Als Vorstandsvorsitzender der IG Farben betrachtete Bosch die NS-Autarkiepolitik als Chance, im Konzerninteresse den Ausbau des nicht markfähigen Hydrierverfahrens zur synthetischen Treibstoffproduktion auszubauen. Die 1932 begonnenen Verhandlungen zwischen der IG Farben und dem Reichswirtschaftsministerium führten am 14. Dezember 1933 zum Abschluss eines ersten Benzinvertrags, in dem der Ausbau der Produktionskapazität von Synthesetreibstoff der Leuna-Werke bis zu 350.000 Jahrestonnen durch staatliche Abnahme- und Preisgarantien fixiert wurde.<sup>181</sup> Bosch leitete damit eine Annäherung zwischen der Konzernführung der IG Farben und den Nationalsozialisten ein. Ihre Anfang der 1930er Jahre noch vorherrschend ablehnende Haltung gegenüber dem autarkiepolitischen Kurs der Nazis legte die Konzernspitze zunehmend ab und begann selbst, in wachsendem Maß Einfluss auf die Aufrüstungspolitik des Regimes auszuüben.

Den Antisemitismus der NSDAP und die gegen Juden gerichteten Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates lehnte Bosch allerdings vehement ab. In einigen Fällen versuchte er jüdische Wissenschaftler, deren Entlassung drohte, durch persönliche Schreiben zu unterstützen.<sup>182</sup> Zugleich begrüßte er im November 1933 in einem Artikel öffentlich die „Erfolge“ der Wirtschaftspolitik Hitlers und die energische Bekämpfung des Kommunismus durch das neue Regime.<sup>183</sup>

Im ersten Halbjahr seiner Präsidentschaft hatte Bosch die meisten Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft persönlich besichtigt, um sich einen genaueren Überblick zu verschaffen. Allerdings hielt er sich nur wenig in Berlin auf und zog es vor, die Geschicke der Gesellschaft vornehmlich von seinem Büro in Ludwigshafen zu lenken. Die IG Farben war damals der weltgrößte Chemiekonzern, dessen Prestige durch den Vierjahresplan noch enorm gesteigert wurde.<sup>184</sup> Bosch hatte Telschow eine Generalvollmacht zur Vertretung der Gesellschaft und

---

<sup>180</sup>Tammen (1978, 105–112); Hayes (1987, 67); Plumpe (1990, 268 u 540–544); Hughes (1975). Plumpe und Hughes datieren das Treffen erst auf November 1932. Siehe dagegen die von Hayes angeführten Argumente für die Datierung des Treffens auf Juni 1932: Hayes (1992).

<sup>181</sup>Birkenfeld (1964, 26); Petzina (1966, 28).

<sup>182</sup>Hayes (1987, 91–92) und Kohl (2002, 121–122).

<sup>183</sup>Bosch (1933, 2).

<sup>184</sup>Weltweit war die IG Farben das viertgrößte Unternehmen nach General Motors, United States Steel und Standard Oil, vgl. Hayes (2000, 16).

ihrer Institute erteilt – eine Art KWG-internes „Ermächtigungsgesetz“<sup>185</sup> – und damit die Einflussmöglichkeit der Generalverwaltung weiter gefestigt. Der politische Opportunismus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der NS-Zeit zahlte sich, wie bereits ausgeführt, durch einen beträchtlichen Zuwachs aus: Die Gesellschaft blieb auch im NS-Staat der größte Verbund außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 konnte Telschow dem Präsidenten und seinem Beirat vermelden, dass zwei Drittel aller Kaiser-Wilhelm-Institute als „Bedarfsstellen 1. Ordnung“ anerkannt worden seien und damit ihre Arbeit im Prinzip bei vollem Betrieb fortsetzen könnten.

Wie sehr Telschow im Hintergrund die Fäden zog, tritt besonders deutlich zutage angesichts des aufgrund von Boschs Alkoholismus bald zunehmenden Eklats zwischen dem KWG-Präsidenten und „Stellvertretern des Führers“, wie etwa auf der Tagung der Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung, deren Präsident Bosch war, am 12. Oktober 1937, oder am 7. Mai 1939 auf der 28. Jahresversammlung des Ausschusses des Deutschen Museums, dessen Vorstandsvorsitzender er war. Es war vor allem die Tatsache, dass Bosch in betrunkenem Zustand bei diesem späteren Treffen in seiner Rede vom Reichskanzler als „der Hitler“ statt als „der Führer“ sprach, die den größten Skandal auslöste und in dessen Folge er als Vorstandsvorsitzender zurücktreten musste. Bosch selbst bot danach an, auch sein Amt als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft niederzulegen, doch offenbar bestand an höherer Stelle kein Wunsch nach Ablösung – zu reibungslos funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Mentzel im Reichserziehungsministerium und dem mächtigen Generalsekretär, dem Bosch weitgehend freie Hand ließ.<sup>186</sup> Boschs durch Depressionen und Alkoholprobleme bedingter Verfall ließ sich nicht mehr aufhalten: am 26. April 1940 starb er in Heidelberg.

### Interregnum Telschow

Zum Zeitpunkt des Todes von Bosch war Telschow nicht nur mit einer Generalvollmacht für die Gesellschaft ausgestattet, sondern hielt auch eine Reihe politischer Schlüsselfunktionen inne, darunter, wie bereits erwähnt, die des Reichsverteidigungsreferenten und die des Mobilmachungsbeauftragten, mit denen es ihm oblag, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für die Kriegsverhältnisse zu rüsten. Hinzu kam noch die Bestellung zum Abwehrbeauftragten, womit er für die „politisch-ideologische Überwachung“<sup>187</sup> quasi der Gesamtbelegschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verantwortlich war. Oder anders ausgedrückt: Es handelte sich dabei um eine institutionalisierte Denunziantenfunktion gegenüber

<sup>185</sup>Hachtmann (2007b, 641).

<sup>186</sup>Vgl. Kohl (2002, 162–164); Hachtmann (2007b, 618–621).

<sup>187</sup>Hachtmann (2007b, 829).

dem NS-Staatsapparat, was dazu führte, dass er in vertrauliche Angelegenheiten des NS-Systems eingebunden wurde. Nicht zuletzt seine hervorragenden Kontakte zu Spitzenfunktionären wie Herbert Backe, Mentzel und Krauch sind Beleg dafür, dass Telschow das „Vertrauen der Partei“<sup>188</sup> besaß.

Diese Machtakkumulation erlaubte es Telschow ab April 1940 die Geschäfte der Gesellschaft allein zu führen,<sup>189</sup> und dies obwohl kurz vor Bosch auch der Erste Vizepräsident, der badische Kultusminister Otto Wacker (1899–1940) gestorben und der Zweite Vizepräsident Carl Friedrich von Siemens (1872–1941) ebenfalls schwerkrank war. Oder, wie Hachtmann es beschrieb, der „Tanker KWG einige Monate ohne Kapitän und Ersten Offizier“ (ebd.: 833) dahintreiben konnte, zumal die See – um im Bild zu bleiben – zu diesem Zeitpunkt vergleichsweise ruhig zu sein schien. Auf die wachsende Anzahl der Rüstungsforschungsaufträge angesichts der militärischen Erfolge der Wehrmacht im Sommer 1940 reagierte Telschow mit der Gründung der „Forschungsschutz GmbH – Gesellschaft zu Schutz der Urheber- und Erfinderrechte der KWG“. Die steigende Produktivität und daraus resultierende Vielzahl „schutzfähiger Erfindungen“ auf diesem Gebiet bescherte den Instituten beachtliche Einnahmen.<sup>190</sup> Trotz dieser finanzpolitischen Strategie ging der Etat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach dem Tod von Bosch von 10,8 Mio. (1940) auf knapp 10,4 Mio. Reichsmark (1941) leicht zurück.<sup>191</sup>

Doch ungeachtet des reibungslosen Ablaufs der Amtsgeschäfte unter Telschow machten die widerstreitenden Interessen der polykratischen NS-Institutionen sowie nicht zuletzt auch rein formal die Verankerung des „Führerprinzips“ in der Satzung die Ernennung eines neuen Präsidenten unerlässlich.

### **Albert Vögler, der starke Mann aus dem Revier**

Die Kandidaten, die bei der neuerlichen Präsidentensuche zur Diskussion standen, waren Kuhn, Krauch und Vögler. Die Gespräche darüber – von denen das erste bereits unmittelbar im Anschluss an die Beisetzung von Bosch stattfand – führten maßgeblich Telschow, Siemens, Vögler, Mentzel, Krauch und der KWG-Senator Hugo Andres Krüss (1879–1945) aus dem preußischen

<sup>188</sup>In seinen „erlebten und erdachten“ Erinnerungen erklärt Glum das Ausscheiden von ihm und von Cranach zugunsten von Telschow damit, dass dieser das Vertrauen der NSDAP besessen habe, Glum (1964, 488).

<sup>189</sup>Dabei spielte zunächst eine nur untergeordnete Rolle, dass seine Generalvollmacht mit Boschs Tod erlosch und erst von Vögler wieder erneuert werden konnte.

<sup>190</sup>Vgl. dazu und der weiteren Entwicklung der Patentverwertungsgesellschaft, Hachtmann (2007b, 833f.).

<sup>191</sup>Das entspricht 4,1% – die Zahlenangaben sind der Tabelle 2.1 bei Hachtmann (2007b, 1265) entnommen.

Kultusministerium. Schon bald kristallisierte sich Vögler als der einzige Kandidat heraus, der den divergierenden wissenschafts- und wirtschaftspolitischen Ansprüchen genüge und versprach, eine uneingeschränkte Förderung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu seinem Anliegen zu machen. Doch Vögler wollte das Präsidentenamt zunächst gar nicht übernehmen, zu sehr war er in seine eigenen wirtschaftspolitischen Unternehmungen eingebunden, insbesondere im Hinblick auf die Vereinigten Stahlwerke, die sein Lebenswerk darstellten.

Eine scheinbar greifbare Übergangslösung, die Vögler als virtuellen Präsidenten und Mentzel als de facto geschäftsführenden Ersten Vizepräsidenten vorsah,<sup>192</sup> wurde hinfällig als der Göring-Intimus Krauch, der sich als Kandidat für das Präsidentenamt nicht hatte durchsetzen können, im Frühjahr 1941 drohte, die Existenz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Frage zu stellen.<sup>193</sup> Dadurch gelang es Siemens schließlich Vögler umzustimmen, der am 31. Juli 1941 auf der Sitzung des Senats zum neuen Präsidenten gewählt wurde.<sup>194</sup> Scheinbar überraschend wurde Staatssekretär Herbert Backe (1896–1947) Erster Vizepräsident und Mentzel hingegen nur Zweiter Vizepräsident. Die Berufung Backes, Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung in der Vierjahresplanbehörde, ging offenbar auf eine Forderung Görings zurück – immerhin war das Reichsernährungsministerium zusammen mit dem Reichserziehungsministerium der größte Geldgeber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Hachtmann hält es aber auch für denkbar, dass es sich dabei um eine Intervention Telschows gehandelt haben könnte, zumal Mentzels Stern innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht mehr ganz so hell erstrahlte, nachdem er eigenmächtig die Entlassung von Otto Warburg verlangt hatte.<sup>195</sup> Die neue Führungsspitze, gestützt natürlich von Telschow, machte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu einem Bollwerk, das von außen kaum einzunehmen war.<sup>196</sup>

Der Industriemagnat Vögler war als erster und einziger Präsident der Gesellschaft kein Wissenschaftler, doch seine Verbindungen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der er bereits seit 1914 angehörte,<sup>197</sup> gingen weit zurück: seit 1920 gehörte er dem Senat an, ab 1924 fungierte er als Dritter und ab 1933 als Zweiter Schatzmeister der Gesellschaft. Als Wirtschaftsführer engagierte er sich vor allem für die Institute, die mit seinen Interessen für die Montanindustrie korre-

<sup>192</sup>Siehe dazu auch Hachtmann (2007b, 841f.).

<sup>193</sup>Hachtmann (2007b, 866–876), „Kaiser-Wilhelm-“ oder „Hermann-Göring-Gesellschaft“?

<sup>194</sup>Kohl (2002, 199).

<sup>195</sup>Hachtmann (2007b, 843f.).

<sup>196</sup>Anschaulich belegt wird die große Autorität, mit der Vögler der KWG Freiräume verschaffte, etwa durch ein Schreiben, das er am 6. November 1941 an das REM richtete, in dem er Mentzel darauf hinwies, „daß dem Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach den Statuten die Gesamtleitung obliegt, und er nicht an die Weisungen eines Ministeriums gebunden ist.“ MPG-Archiv, I. Abt., Rep. IA, Nr. 233/Bl. 31.

<sup>197</sup>Henning und Kazemi (2011, 80).

spondierten, das KWI für Eisenforschung, das KWI für Kohlenforschung und das KWI für Metallforschung, in deren jeweiligen Kuratorien er auch saß.<sup>198</sup> Als Wissenschaftsmäzen hatte er schon 1920 bei der Gründung der „Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung“ seiner Sorge darüber Ausdruck verliehen, dass aufgrund der „altwissenschaftlichen“ Übergewichtung durch Harnack und Schmidt-Ott, die „technischen Institute Not leiden würden.“<sup>199</sup> Ganz besonders am Herzen lag Vögler das KWI für Arbeitsphysiologie, dessen Vorbereitendem Ausschuss für die Neuorganisation er bereits 1926 angehört hatte. Das Institut wurde auf sein Betreiben 1929 nach Dortmund verlegt – eine bemerkenswerte Entscheidung vor dem Hintergrund, dass die Stadt selbst gar nicht die Möglichkeit bot, das Institut einer Universität anzugliedern.<sup>200</sup> Als Präsident führte er die Geschäfte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft überwiegend von Dortmund aus, wo seine kometenhafte Karriere einst bei der Dortmunder Union<sup>201</sup> begonnen hatte.

Vöglers Einsatz für Autonomie und gegen staatliche Bevormundung der Forschung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er politisch dem völkischen Lager angehörte. 1919 trat er in die Deutsche Volkspartei ein, bei der es sich um die Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei handelte, deren Vorsitzender Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann (1878–1929) war. Für die DVP saß er von 1920 bis 1924 im Reichstag. Nachdem er Anfang der 1930er Jahre Hitler kennengelernt hatte, wurde Vögler ein Unterstützer der NSDAP, in die er zwar nicht eintrat, für deren Fraktion er aber von 1933 bis 1945 im Reichstag saß. In den Apologien der Nachkriegszeit wird Vögler gerne nachgesagt, dass er gegen Kriegsende der konservativen Widerstandsbewegung um Carl Goerdeler (1884–1945) nahe gestanden hätte. Diese Mutmaßungen gehen auf personelle Überschneidungen zwischen dem Goerdeler-Kreis und jenem Kreis um Paul Reusch (1868–1956) zurück, in dem Ende der 1930er Jahre maßgebliche Funktionsträger informell zusammenkamen, darunter Vögler, Siemens, Ferdinand Sauerbruch (1875–1951), Hjalmar Schacht (1877–1970) und vorübergehend auch

<sup>198</sup>Insgesamt saß Vögler in den Aufsichtsgremien von zwölf Einrichtungen der KWG, vgl. dazu eine detaillierte Übersicht in Kohl (2002, 195).

<sup>199</sup>Maier (2007a, 228).

<sup>200</sup>Um diesem Obligatorium Harnacks nachzukommen, wurde das Institut der Universität Münster angegliedert, vgl. dazu auch Plesser und Kinne (2010, 279).

<sup>201</sup>Während des Kriegs befand sich auf dem Werksgelände der Dortmunder Union (die inzwischen in die Deutsch-Lux bzw. die Vereinigten Stahlwerke übergegangen war) in der Huckarder Straße 111, eines der zahlreichen Außenlager des KZ Buchenwald, in dem Hunderte von jungen Frauen und Mädchen, vorwiegend Russinnen und Polinnen, Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie verrichten mussten.

Carl-Hans Graf von Hardenberg (1891–1951) und Friedrich-Karl von Zitzewitz (1888–1975).<sup>202</sup>

Eine enge Beziehung verband ihn hingegen mit Albert Speer (1905–1981). In seinen Erinnerungen schrieb Speer es unter anderem der Intervention Vöglers zu, dass Göring ihn nach seiner Ernennung zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition als Nachfolger von Fritz Todt (1891–1942) am 9. Februar 1942 nicht an eine Vierjahresplanvereinbarung fesseln konnte, die ihn handlungsunfähig gemacht hätte.<sup>203</sup> So gelang es ihm in kurzer Zeit, den Koloss Rüstungsproduktion neu zu organisieren. Als Berater und Freund des neuen Rüstungsministers koordinierte Vögler im Gegenzug die Rüstungsforschung unter optimaler Nutzung der Kapazitäten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und verbrachte auch deswegen ab 1942 mehr Zeit in Berlin.

Hachtmann bezeichnet Vögler als den wohl wichtigsten Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, dem es zu verdanken sei, dass die Gesellschaft die Zeiten „mit einem zunehmend resignierenden Planck sowie einem verunsicherten und schließlich weitgehend handlungsunfähigen Glum [...] unbeschadet überstand“,<sup>204</sup> nicht zuletzt auch dadurch, indem er dafür sorgte, dass letzterer durch Telschow ersetzt wurde. Vöglers enormer politischer Einfluss war auch ein Erfolg seines hochentwickelten taktischen Geschicks und rhetorischen Talents. „Herr Vögler wechselte am Tag in grundlegenden Fragen zwei bis dreimal eine Anschauung“ zitiert Hachtmann in seinem Vögler-Porträt den ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning (1885–1970), doch betont, dass diese „politische Elastizität“ keinesfalls als Opportunismus missverstanden werden dürfte.<sup>205</sup> Generalbevollmächtigter für das Rhein-Ruhr-Gebiet und „Schutzpatron der Wissenschaften“ – mit all diesen Facetten personifizierte Vögler wie kein anderer Präsident die von Hans Mommsen (\*1930) beschriebene „Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungseliten“, hier zwischen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und dem NS-System.<sup>206</sup>

---

<sup>202</sup>Joachim Scholtyseck bezeichnet den Reusch-Kreis im Vergleich zu dem Kreis um Robert Bosch (1861–1942) und Carl Goerdeler als „blassen Debattierclub“, Scholtyseck (1999, 302).

<sup>203</sup>Speer (2005, 215f.).

<sup>204</sup>Hachtmann (2007b, 862).

<sup>205</sup>Brüning, Memoiren, 371, zitiert nach Hachtmann (2007b, 859).

<sup>206</sup>Vgl. dazu Hachtmann (2007b, 1038–1040), Verweis auf Hans Mommsen, 1040.

## 1.6 Von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Max-Planck-Gesellschaft

### 1.6.1 Weichenstellungen

Aus den Trümmern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entstand die Max-Planck-Gesellschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war weitgehend Teil des NS-Systems geworden, mit dem sie faktisch auch zugrunde ging. Doch ihr Modell einer maßgeblich durch die Wissenschaft selbst bestimmten Schwerpunktsetzung institutioneller Forschungsförderung sowie vor allem ihre einzelnen Institute bestanden fort. Das Modell Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft galt allgemein als Erfolgsmodell, das sich in ihren Instituten manifestierte, nicht zuletzt belegt durch die vergleichsweise hohe Zahl an Nobelpreisen (25 bis 1945), mit denen KWG-Wissenschaftler ausgezeichnet worden waren.<sup>207</sup> Die ausschließliche Konzentration auf die Grundlagenforschung hingegen stellte keine fest gefügte Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dar. Ihre nunmehr dezidierte Betonung ergab sich zunächst eher aus dem Nachkriegsbestreben, sich von der militärischen Forschung insbesondere der NS-Zeit abzugrenzen und damit zugleich ein Argument für den Erhalt dieser Forschungsgesellschaft zu liefern. Erst durch die Differenzierung des Wissenschaftssystems in der Bundesrepublik wurde die Grundlagenforschung zu einem Proprium der Max-Planck-Gesellschaft, zu deren Selbstverständnis heute der Leitsatz von Max Planck gehört, dass dem Anwenden das Erkennen vorausgehen muss.<sup>208</sup>

Zum Erbe der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehörten vor allem die personellen und sachlichen Forschungskapazitäten, die sich nach den Zerstörungen des Krieges erhalten hatten. Viele der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die überlebt hatten, erinnerten sich an die Qualität und Freiheit der Forschung, die ihnen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in besseren Zeiten ermöglicht hatte und setzten sich auch deshalb für den Erhalt dieser besonderen Form der Forschungsförderung ein. Der Selbstverständlichkeit, mit der viele von ihnen sich in den Dienst eines totalitären Staates, zu dessen Teil die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geworden war, gestellt hatten, war jedoch der Boden entzogen worden, und neue Selbstverständlichkeiten zunächst noch nicht in Sicht.

Die Kontinuität zwischen Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war jedenfalls keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sie ging aus einem Ringen um die Rolle von Wissenschaft in einem tiefgreifend veränderten Kontext hervor, und kam nur mit der Unterstützung der Alliierten, insbesondere der britischen Besatzungsmacht, zustande. Die Kontinuität, die

---

<sup>207</sup>Vgl. Kazemi (2006).

<sup>208</sup>Zur Grundlagenforschung in der Max-Planck-Gesellschaft vgl. auch den Beitrag von Carola Sachse in diesem Band.

letztlich das Ergebnis dieses Ringens war, bedeutete die „Chance für einen Neubeginn“, genau wie es Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Kapitulation am 8. Mai 1985 formulierte.<sup>209</sup> Dort betonte er allerdings auch, es habe keine „Stunde Null“ gegeben. Für die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft gilt dies, genau wie in anderen Bereichen der Nachkriegsgeschichte, auch für das Fortwirken belasteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie für die eher halbherzigen und vielfach unterlassenen Bemühungen, vertriebene Forscherinnen und Forscher wieder zurückzugewinnen, und nicht zuletzt für die Verdrängung der Verbrechen, die im Namen der Wissenschaft während des Nationalsozialismus geschehen waren.

Weichen für die spätere Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft waren bereits in den letzten beiden Kriegsjahren gestellt worden. Infolge der Luftangriffe ab 1943 wurden Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor allem aus Berlin, aber auch aus anderen Ballungsräumen an vermeintlich kriegssichere Standorte verlegt. So wurden das KWI für Physik mit seinem Uranprojekt nach Hechingen und Haigerloch auf der Schwäbischen Alb ausgelagert,<sup>210</sup> das KWI für Biochemie sowie das KWI für ausländisches und internationales Privatrecht nach Tübingen und das KWI für Chemie (das im Februar 1944 einen Bombentreffer erhalten hatte) nach Tailfingen in Württemberg, aber auch das KWI für Eisenforschung von Düsseldorf nach Clausthal im Harz, um nur einige Beispiele zu nennen.<sup>211</sup> In den letzten Kriegsmonaten ging es bei diesem Auszug nach Südwesten auch darum, im Fall einer deutschen Niederlage nicht im Bereich der sowjetischen Armee zu verbleiben. Diese Institute bildeten nach Kriegsende im Mai 1945 weitgehend die Keimzellen für den Wiederaufbau der Gesellschaft.

Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 übernahmen die Siegermächte durch ihre Oberbefehlshaber die Regierungsgewalt in den vier Besatzungszonen. Mitte 1949 gingen die drei Westzonen in der Bundesrepublik Deutschland auf, während aus der sowjetischen Besatzungszone im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik wurde. Beide Staaten waren jedoch damit noch nicht souverän; das Besatzungsrecht wirkte in unterschiedlicher Ausprägung mindestens bis Mitte der 1950er Jahre weiter.<sup>212</sup> Bei der Betrachtung der deutschen

<sup>209</sup>Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Herrschaft. Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (\*1920) am 8. Mai 1985. [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html) (retrieved 16.1.2015).

<sup>210</sup>Allerdings wurde bis Ende 1944 auch noch im Berliner Institut gearbeitet. So fand das als B-VII bezeichnete letzte Modellexperiment zum Uranprojekt in Berlin noch im November/Dezember 1944 statt.

<sup>211</sup>Vgl. Lässig (2013)

<sup>212</sup>In bestimmten Zusammenhängen – unter anderem in Bezug auf Berlin – galt es letztlich bis 1990 und wurde erst mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten endgültig aufgehoben.

Wissenschaftspolitik nach 1945 muss dieser Aspekt ebenso berücksichtigt werden wie die unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Interessen der Alliierten, und zwar nicht nur in Bezug auf Differenzen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion, sondern auch der Westalliierten untereinander. Das beste Beispiel dafür ist die Entnazifizierung, die in den einzelnen Besatzungszonen mit unterschiedlicher Intensität verfolgt wurde und beim Wiederaufbau des Wissenschaftsbetriebs eine wichtige Rolle spielte.<sup>213</sup>

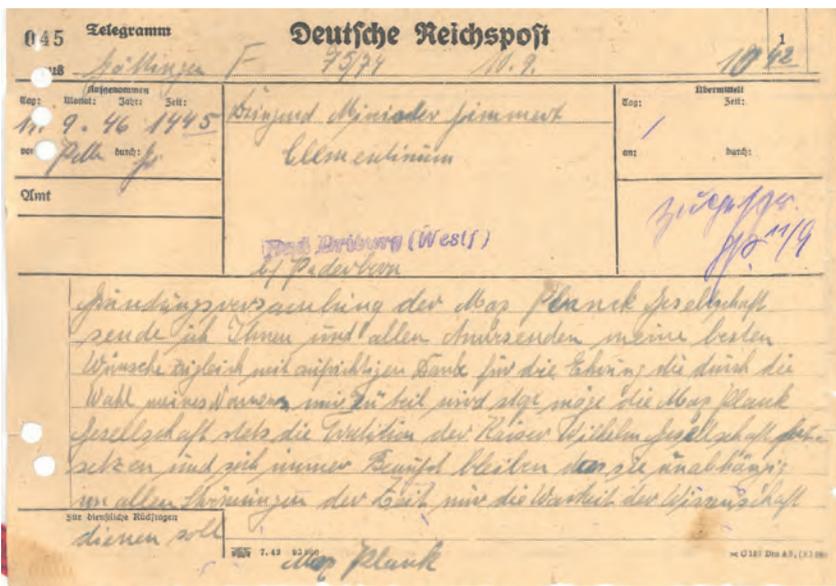


Abb. 1.5: Telegramm Max Plancks an die Versammlung zur Gründung einer Max-Planck-Gesellschaft für die Britische Zone in Bad Driburg am 11. September 1946: „... sende ich Ihnen und allen Anwesenden meine besten Wünsche, zugleich mit aufrichtigem Dank für die Ehrung, die durch die Wahl meines Namens mir zuteil wird. Möge die Max Planck Gesellschaft stets die Tradition der Kaiser Wilhelm Gesellschaft fortsetzen und sich immer bewusst bleiben, daß sie unabhängig von allen Strömungen der Zeit nur der Wahrheit der Wissenschaft dienen soll. Max Planck“.

Die USA wollten die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Institution des „Dritten Reichs“ auflösen und ihre Institute zum Teil in die Universitäten überfüh-

<sup>213</sup>Siehe dazu auch Beyler (2004).

ren.<sup>214</sup> Die Briten hingegen waren von Anfang an bereit, eine entmilitarisierte Forschung auch im Rahmen einer erneuerten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu ermöglichen. Die Franzosen unternahmen ebenso wie die anderen Militärregierungen zunächst einmal Schritte, neuartige Produktionsverfahren und Waffensysteme sowie die dazugehörigen deutschen Forschungsteams für sich selbst sicherzustellen.<sup>215</sup> Doch mit Beginn des Kalten Kriegs änderte sich dies: War noch im April 1946 im Alliierten Kontrollrat von einer Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Rede, so wurde ein entsprechender Beschluss danach nicht mehr aktenkundig. Und mit dem wachsenden Bestreben der Westalliierten, ihre Besatzungszonen wirtschaftlich und politisch als Bollwerk gegen das sowjetische Einflussgebiet aufzubauen, war man zunehmend auch bereit, die (west-)deutsche Wissenschaft wieder zu stärken.

Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der deutschen Nachkriegsforschung spielte das von den Alliierten am 29. April 1946 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 25, das unter anderem festlegte:

Um naturwissenschaftliche Forschung für militärische Zwecke und ihre praktische Anwendung für solche Zwecke zu verhindern, und um sie auf anderen Gebieten, wo sie ein Kriegspotential schaffen könnten, zu überwachen und sie in friedliche Bahnen zu lenken, hat der Kontrollrat das folgende Gesetz beschlossen: [...]

Artikel II. 1. Angewandte naturwissenschaftliche Forschung ist untersagt auf Gebieten, welche a) rein oder wesentlich militärischer Natur sind; [...]

Artikel III. 1. Grundlegende naturwissenschaftliche Forschung, rein oder wesentlich militärischer Natur, ist verboten.<sup>216</sup>

Das Kontrollratsgesetz bildete den neuen Rahmen, innerhalb dessen sich auch die weitere Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und später der Max-Planck-Gesellschaft vollziehen sollte. Die von den Alliierten gesetzten Randbedingungen sorgten von vorneherein für eine größere Distanz zwischen der Wissenschaft und ihrem staatlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Daraus entstanden letztlich auch die neuen Selbstverständlichkeiten, unter denen sich das Wirken der Max-Planck-Gesellschaft in der jungen Bundesrepublik vollzog, unter

<sup>214</sup>Hinzu kam die so genannte Aktion „Paperclip“, in deren Rahmen die Amerikaner bereits im Sommer 1945 versuchten, hochqualifizierte Wissenschaftler und Techniker für ihre eigenen Projekte abzuwerben.

<sup>215</sup>Zum Wissenstransfer in der französischen Besatzungszone vgl. Maier (2007a, 936–952).

<sup>216</sup>Das Gesetz wurde zum 5. Mai 1955 für die BRD und zum 20. September 1955 für die DDR außer Wirkung gesetzt. <http://www.verfassungen.de/de/de45-49/kr-gesetz25.htm> (retrieved 16. Januar 2015).

anderem die Bereitschaft zur Zurücknahme der Politik zugunsten der Autonomie von Wissenschaft, sowie das Selbstverständnis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Max-Planck-Gesellschaft, die eine solche Zurücknahme als ihr gutes Recht ansahen. Alles in allem entwickelte sich aus den Nachkriegskonflikten, auch den Spannungen zwischen den westlichen Besatzungszonen, ein zunächst der Wissenschaft von außen auferlegter, dann aber zunehmend von ihr selbst angenommener und weiterentwickelter Lernprozess, für den dieses Denkmuster prägend wurde.<sup>217</sup> Aber wir greifen der Geschichte voraus.

Die Institute befanden sich in verschiedenen Besatzungszonen. Verbindungen zwischen ihnen wie auch eine gemeinsame Entwicklung wurden nicht nur dadurch erschwert, dass Reisen zwischen diesen Zonen nicht ohne weiteres möglich waren, sondern, wie bereits angedeutet, auch durch die unterschiedlich gelagerten Interessen der Besatzungsmächte. Eine Besonderheit stellte der Standort Berlin dar, wo seit Sommer 1945 der Viermächte-Status galt. Demzufolge lagen der ehemalige Standort Berlin-Buch im sowjetischen und der Standort Berlin-Dahlem im amerikanischen Sektor. Dennoch galt unter dem Viermächte-Status auch für Bildung und Wissenschaft noch bis 1948 eine einheitliche Verwaltung durch den Berliner Magistrat. In Berlin-Dahlem wurden bis zum Einzug der Westalliierten alle verbliebenen Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von sowjetischen Truppen weitgehend demontiert, allen voran das KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie sowie die verbliebenen Einrichtungen des KWI für Physik.<sup>218</sup>

Trotz der erschwerten Umstände der Nachkriegszeit, versuchten viele Forscher/innen ihre wissenschaftliche Arbeit weiterzuführen, auch wenn dies bedeutete, wieder von vorne anzufangen. Dies war ein Stück gelebter Kontinuität, in der, wie in anderen Zeiten ebenfalls, vielen die Wissenschaft als Chance zur Selbstverwirklichung ebenso wie zum Broterwerb erschien, in der Hoffnung, nach Zusammenbruch und Kapitulation wieder ein Auskommen zu finden. Für einige verband sich damit aber wohl auch das vermeintlich unpolitische Ziel, Deutschland wieder zu hohem Ansehen in der Wissenschaft zu verhelfen. Dazu gehörte es, Fragen nach dem persönlichen Verhalten während der NS-Zeit zu verdrängen. Stattdessen wurde ein geschöntes Bild von der Wissenschaft im „Dritten

<sup>217</sup>Diese Einsichten gehen auf Anregungen von Hans F. Zacher zurück (Brief an J.R., 24. 3. 2010).

<sup>218</sup>Die Demontierung des KWI für Physik stand dabei für die sowjetische Seite wegen seiner möglichen Bedeutung für die eigene Atombombenforschung an erster Stelle des von Berija unterzeichneten Befehls Nr.00539 des NKWD vom 16. Mai 1945 [vgl. Dejatel'nost' upravlenija CVAG po izuceniju dostishenij nemeckoj nauki i tehniki v Sovetskoj zone okkupacii Germanii 1945–1949. Moskva 2007, S. 339–340]. Allerdings wussten die Sowjets zu diesem Zeitpunkt wohl nicht so genau, dass man das KWI für Physik in seinen Hauptbestandteilen bereits nach Südwestdeutschland verlagert hatte. Aber das KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie war in seinen wesentlichen Teilen nicht verlagert worden und wurde nun demontiert, vgl. Steinhauer et al. (2011, 139f.).

Reich“ gezeichnet, das darauf hinauslief, dass Forschung reines Erkenntnisstreben gewesen und die Mehrzahl der KWG-Wissenschaftler/innen von der NS-Politik unbefleckt geblieben sei. Auch diese Überzeugung, aus der Bedrängnis und dem Verdrängen der ersten Nachkriegsjahre geboren, sollte für lange Zeit zu den neuen Selbstverständlichkeiten gehören, unter denen sich der Wiederaufbau der Wissenschaft vollzog.

Ein Teil der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war noch Anfang 1945 auf Telschows Veranlassung inoffiziell nach Göttingen verlagert worden und hatte dort auf dem Gelände der Aerodynamischen Versuchsanstalt Unterschlupf gefunden.<sup>219</sup> Nach Vöglers Selbstmord im April fungierte Telschow als geschäftsführender Vorstand mit Generalvollmacht und bemühte sich, den Betrieb der vorhandenen KWG-Institute in den westlichen Besatzungszonen organisatorisch und finanziell aufrecht zu erhalten, oder vielmehr wieder in Gang zu bringen.



Abb. 1.6: Max Planck und seine zweite Frau Margarete „Marga“ von Hoeßlin (1882–1949), 1945.

<sup>219</sup>Das KWI für Strömungsforschung wurde zwar zunächst von den Amerikanern geschlossen, dann aber an die Briten übergeben, die der Generalverwaltung die Weiterarbeit ermöglichten.

Ungeachtet der vorgenommenen Demontagen und sogenannten Einladungen an deutsche Wissenschaftler, in der Sowjetunion an strategisch wichtigen Problemen zu arbeiten, verfolgte die sowjetische Besatzungsmacht zunächst durchaus die Absicht, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weiterbestehen und ihre Arbeit in dem von ihr kontrollierten Gebiet – also insbesondere Berlin – wieder aufleben zu lassen. Noch im Mai 1945 wurde Thiessen vom Zehlendorfer Bezirksbürgermeister zum Leiter der gesamten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ernannt, doch an eine Rückkehr der verlagerten Institute nach Berlin war unter den gegebenen Umständen auf absehbare Zeit nicht zu denken. Bereits wenige Wochen später ging Thiessen in die Sowjetunion, wo er sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner bereits angesprochenen Chemiewaffenforschung während des Kriegs, bessere Chancen für sein weiteres Wirken ausrechnete als etwa in den USA.<sup>220</sup> Daraufhin setzte der Berliner Magistrat mit Verfügung vom 5. Juli 1945 Robert Havemann (1910–1982), einen früheren Mitarbeiter des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, als „vorläufigen Leiter“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein.<sup>221</sup> Als Widerstandskämpfer – unter anderem im Netzwerk der Roten Kapelle, in dem auch Arvid (1901–1942) und Mildred Harnack (1902–1943) aktiv waren – war Havemann 1943 von den Nationalsozialisten zum Tode verurteilt worden, aber hatte im Zuchthaus Brandenburg überlebt.<sup>222</sup> Die Magistrats-Entscheidung wurde jedoch weder von der Göttinger Generalverwaltung noch von Planck akzeptiert;<sup>223</sup> für sie war Havemann politisch und wissenschaftlich nicht akzeptabel.<sup>224</sup> Dieser Widerstand gegen Havemann spiegelte nicht nur die politischen Differenzen wider, sondern auch verschiedene Interessenlagen. In Göttingen war die Generalverwaltung um Telschow bemüht, sich wieder in die alten Rechte einzusetzen, während Glum in Berlin versuchte, neuen Einfluss zu gewinnen.<sup>225</sup> Außerdem vertraten die alliierten Siegermächte, wie schon mehrfach erwähnt, unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Weiterführung dieser Forschungs-

<sup>220</sup> Thiessen arbeitete dort am sowjetischen Atomprogramm mit und leitete in einem entsprechenden Institut in Sinop bei Sochumi eine deutsche Forschergruppe. Vgl. Eibl (1999); Steinhauser et al. (2011).

<sup>221</sup> Abschrift des Ernennungsschreibens in Hecht, Hoffmann und Richter (1991, 101). Havemann setzte unter anderem sofort die Verfügungsgewalt Telschows und weiterer Mitarbeiter der Generalverwaltung über die Konten der KWG außer Kraft. Vgl. Brief Havemann an Deutsche Bank vom 13. Juli 1945, MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, Bl. 139. Vgl. hierzu auch Steinhauser et al. (2011, Kap. 4).

<sup>222</sup> Grund für den Vollstreckungsaufschub war nicht zuletzt seine Arbeit an einem Giftgas-Projekt des Heereswaffenamtes.

<sup>223</sup> Vgl. Hachtmann (2007b, 1055–1059). Außerdem: Rundschreiben Plancks an die KWG-Direktoren vom 15. September 1945 und vom 19. November 1945, abgedruckt in: Beck (2008, 193–195, 197).

<sup>224</sup> Zudem sorgte auch Havemanns Veröffentlichung über die Forschungsk Kooperation zwischen Mengele in Auschwitz und Verschuer am KWI für Anthropologie im Zusammenhang mit Verschuers laufendem Entnazifizierungsverfahren in der Berliner „Neuen Zeitung“ am 3. Mai 1946 für großen Unmut. Vgl. Sachse (2002).

<sup>225</sup> Kurzzeitig hatte sich Glum auch Hoffnung gemacht, als Verwaltungsleiter der Dahlemer Institute eingesetzt zu werden, Glum (1964, 555).

organisation, wobei mit dem bald beginnenden Kalten Krieg ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion zutage trat.<sup>226</sup>

### 1.6.2 Ein eingespieltes Team: Hahn und Telschow

Anfang Juni 1945 gelangte Max Planck mit Hilfe des Astronomen Gerard Kuiper (1905–1973), Mitglied des vom Physiker Samuel Goudsmit (1902–1978) geleiteten wissenschaftlichen Stabs der Alsos-Mission, aus der künftigen sowjetischen Besatzungszone nach Göttingen. Planck hatte 1943 Berlin aufgrund des Luftkriegs verlassen und in Rogätz Unterschlupf bei Freunden gefunden. Bei einem Luftangriff auf Berlin im Februar 1944 wurde sein Haus im Grunewald getroffen und völlig zerstört, mit ihm verbrannte seine gesamte Bibliothek, darunter unersetzliche wissenschaftliche Aufzeichnungen, Tagebücher und Briefe. Doch den schwersten Schicksalsschlag erlitt der 87-jährige Planck im Januar 1945, als er seinen Sohn Erwin, und damit zugleich seinen „engsten Vertrauten“,<sup>227</sup> das jüngste Kind aus der Ehe mit Marie Merck (1861–1909) verlor.<sup>228</sup> Am 23. Juli 1944 wurde Erwin Planck wegen Beteiligung am Aufstand vom 20. Juli 1944 verhaftet und in das Hauptquartier der Gestapo gebracht. Drei Monate später, am 23. Oktober 1944, wurde er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Max Planck machte Eingaben bei Himmler und Göring. Vergebens bat er Adolf Hitler als Dank des deutschen Volkes für seine Lebensarbeit um Gnade für seinen Sohn und um die Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe.<sup>229</sup> Am 23. Januar 1945 wurde Erwin Planck im Zuchthaus Plötzensee hingerichtet, ohne dass seine Familie darüber in Kenntnis gesetzt worden war. Diese hatte ihn noch in Sicherheit gewähnt, nachdem Anfang November Reichsführer SS Himmler veranlasst hatte, den Strafvollzug auszusetzen und in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht hatte, „dass er eine Begnadigung durch die Umwandlung in eine lebens-

<sup>226</sup>Die für die sowjetische Besatzungszone zuständige Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hatte zunächst den Wiederaufbau der KWG unter Havemann unterstützt, schwenkte ab 1946 aber auf die Linie ein, die Berliner Akademie der Wissenschaften (die ihren Sitz im Ostteil der Stadt hatte) als universitätsunabhängige Forschungsinstitution mit eigenen Forschungsinstituten auszubauen.

<sup>227</sup>Zitiert nach Hoffmann (2008, 103).

<sup>228</sup>Plancks ältester Sohn Karl war am 16. Mai 1916 bei Verdun gefallen. Seine beiden Zwillingstöchter starben bei der Geburt ihres ersten Kindes, Grete am 15. Mai 1917 und Emma, die den Witwer ihrer Schwester geheiratet hatte, am 21. November 1919.

<sup>229</sup>„Mein Führer! Ich bin zutiefst erschüttert durch die Nachricht, dass mein Sohn Erwin vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden ist. Die mir wiederholt von Ihnen, mein Führer, in ehrenvollster Weise zum Ausdruck gebrachte Anerkennung meiner Leistungen im Dienste unseres Vaterlandes berechtigt mich zu dem Vertrauen, dass Sie der Bitte des im siebenundachtzigsten Lebensjahr Stehenden Gehör schenken werden. Als Dank des deutschen Volkes für meine Lebensarbeit, die ein unvergänglicher geistiger Besitz Deutschlands geworden ist, erbitte ich das Leben meines Sohnes.“ Planck an Hitler, 25. Oktober 1944, zitiert nach Pufendorf (2006, 462).

längliche Zuchthausstrafe für vertretbar hielt.“<sup>230</sup> Nach der Hinrichtung seines Sohnes schrieb Max Planck an Arnold Sommerfeld (1868–1951): „Mein Schmerz ist nicht mit Worten auszudrücken. Ich ringe nur um die Kraft, mein zukünftiges Leben durch gewissenhafte Arbeit sinnvoll zu gestalten.“<sup>231</sup>

In Göttingen drängte Telschow Planck, als geschäftsführender Präsident einzuspringen. Planck, der sein ganzes Leben in den Dienst der Wissenschaft gestellt hatte, erklärte sich am 24. Juli 1945 übergangsweise dazu bereit.<sup>232</sup> Zugleich schlug er den verbliebenen KWG-Direktoren per Brief Otto Hahn als neuen Präsidenten vor. Diese stimmten Plancks Vorschlag im Umlaufverfahren zu.<sup>233</sup>

Bereits im April 1945 waren zehn am deutschen Uranprojekt beteiligte Wissenschaftler (darunter die KWG-Wissenschaftler Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue, Horst Korsching (1912–1998), Karl Wirtz und Carl-Friedrich von Weizsäcker) von anglo-amerikanischen Truppen im Auftrag der Alsos-Mission<sup>234</sup> verhaftet und bis Anfang 1946 auf dem britischen Landsitz *Farm Hall* interniert worden. In den letzten Wochen ihrer geheim gehaltenen Haft wurden in Gesprächen mit alliierten Vertretern – vor allem britischen Wissenschaftlern und Wissenschaftspolitikern – Grundlagen für die Wissenschaftspolitik in Nachkriegsdeutschland geschaffen.<sup>235</sup> In *Farm Hall* erfuhr Hahn Ende September 1945 von den Plänen für seine Zukunft als Präsident der Gesellschaft. Im November 1945, sechs Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und drei Monate, nachdem am 6. August 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen worden waren, wurde die Verleihung des Nobelpreises an Hahn bekanntgegeben – zu diesem Zeitpunkt ein enormes Vertrauensvotum für Hahn und die deutsche Wissenschaft.<sup>236</sup>

<sup>230</sup>Ebd.

<sup>231</sup>Zitiert nach Hoffmann (2008, 104).

<sup>232</sup>Planck-Brief vom 24. Juli 1945, in Generalverwaltung der MPG (1961, 198).

<sup>233</sup>Gemäß den Statuten der KWG musste der Präsident eigentlich vom Senat gewählt werden, doch aufgrund der Reiseschwierigkeiten in der Nachkriegszeit konsultierte Planck die verbliebenen Mitglieder des Senats erst im Nachhinein. Während die Generalverwaltung auf diese Tatsache nicht einging, insistierte sie jedoch, dass die Ernennung Havemanns zum kommissarischen Leiter nicht den Statuten entspreche, was jedoch keineswegs zutrif. Vgl. Rundschreiben Plancks an die KWG-Direktoren vom 23. März 1946 und vom 15. September 1945, abgedruckt in: Beck (2008, 200).

<sup>234</sup>Die Alsos-Mission wurde von den US-Geheimdiensten im Schatten der vorrückenden US-Armee durchgeführt um herauszufinden, ob es ein deutsches Atombombenprojekt gegeben habe und wie weit es gediehen sei. Vgl. dazu den Ersten Bericht (noch unter Militärzensur) des wissenschaftlichen Leiters der ALSOS-Mission: Goudsmit (1996 (1947)) und Mahoney (1981) sowie zum militärischen Leiter der ALSOS Mission, Pash (1969).

<sup>235</sup>Vgl. Hoffmann (1993).

<sup>236</sup>Wie Ruth Lewin Sime schreibt, kam dies nicht gänzlich unerwartet, da Hahn bereits Mitte November 1944 insgeheim mitgeteilt worden war, „dass die Entscheidung für ihn zwar gefallen, der Preis allerdings zurückzuhalten sei, da man Deutschen, solange das NS-Regime existiere, Nobelpreise nicht

Nach Ansicht von Gerhard Oexle<sup>237</sup> steht diese Auszeichnung Otto Hahns in dem klar erkennbaren Kontext, „daß Hahn nach dem 6. August 1945 von eben jenen britischen Wissenschaftlern gegenüber der Öffentlichkeit gewissermaßen für die Funktion ‚aufgebaut‘ wurde, für die er vorgesehen war, für die Funktion des neuen Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und für die damit verbundene Aufgabe des Wiederaufbaus der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung in Deutschland.“<sup>238</sup> Ruth Lewin Sime steht dieser Interpretation kritisch gegenüber, und verweist darauf, dass es keinerlei Indizien gäbe, die dies belegten: Weder habe ein britischer Wissenschaftler jemals Hahn nominiert, noch hätten die Briten dem noch in *Farm Hall* internierten Hahn erlaubt, an der Nobelpreiszeremonie teilzunehmen.<sup>239</sup>

Planck leistete in dieser Übergangszeit sowohl bei den Besatzungsmächten als auch bei den neuen deutschen Politikern vor allem Lobbyarbeit für die Erhaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Institute. Im September 1945 bevollmächtigte Planck neben Telschow auch die noch amtierenden Sektionsvorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats, Butenandt und Kühn,<sup>240</sup> die sich beide in Tübingen und damit in der französischen Besatzungszone befanden, im Falle seiner Verhinderung die Verhandlungen über die Zukunft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu führen.<sup>241</sup> Damit lag ein Schlüssel für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bei der Generalverwaltung. Telschow vertrat dann auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in dem von der britischen Militärregierung Anfang Januar 1946 gegründeten „Deutschen Wissenschaftlichen Rat“, der die britische Militärregierung in wissenschaftlichen Fragen beraten sollte und dem später auch Hahn und Heisenberg angehörten.

Die ersten Monate nach Kriegsende waren vor allem dadurch gekennzeichnet, die Arbeitsfähigkeit der Institute und die Lebensmöglichkeiten der Mitarbeiter am neuen oder gegebenenfalls alten Standort zu erhalten oder wiederherzustellen. Zudem wurden beispielsweise im Oktober 1945 das KWI für Tierzuchtfor- schung von Dummerstorf bei Rostock auf das Remontegut Mariensee verlegt, also von der sowjetischen in die britische Besatzungszone, oder das noch 1943 in Wien begründete KWI für Kulturpflanzenforschung nach Gatersleben in der sowjetischen Besatzungszone. Nicht zuletzt, um die führenden Forschungskräfte

---

zusprechen dürfe“, Sime (2004, 38). Zur kontroversen Diskussion um die Nobelpreisverleihung an Hahn und ihren Einfluss auf die wissenschaftspolitischen Absichten, vgl. u.a. Oexle (2003, 38f.).

<sup>237</sup>Oexle (2003, 8).

<sup>238</sup>Oexle (2003, 38). Vgl. dazu auch Oexle, „Wie in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft entstand“.

<sup>239</sup>Vgl. dazu Sime (2004, 40f.).

<sup>240</sup>Der Zoologe und Genetiker Alfred Kühn (1885–1968) hatte 1937 die Leitung des KWI für Biologie übernommen, nachdem Direktor Richard Goldschmidt (1878–1958) nach §3 BBG gezwungen gewesen war, diesen 1936 niederzulegen.

<sup>241</sup>Planck an Butenandt, Kühn und Telschow am 20. September 1945.

bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Institute sinnvoll zu beschäftigen, wurde von der britisch-amerikanischen *Field Information Agency, Technical* (FIAT) im Mai 1946 beschlossen, deutsche Wissenschaftler Übersichtsartikel über die während des Krieges durchgeführten Forschungsarbeiten auf den Gebieten der naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschung erarbeiten zu lassen, und damit zugleich den beteiligten Wissenschaftlern ein Einkommen zu verschaffen. An den 1947/48 erscheinenden *FIAT Reviews of German Science 1939–1946* – es erschienen 88 entsprechende Berichte – waren auch zahlreiche KWG-Wissenschaftler beteiligt.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland übernahm Hahn am 1. April 1946 die Präsidentschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Max Planck wurde Ehrenpräsident.<sup>242</sup> Auch international wurde Hahns Präsidentschaft begrüßt und als Grundlage für einen möglichen Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft betrachtet. Zu den Befürwortern seiner Amtsübernahme gehörten auch ehemalige Weggefährten, die gezwungen gewesen waren ins Exil zu gehen, wie etwa Otto Meyerhof. Dieser schrieb 1945 an Hahn:

Das masslose Disaster in Deutschland das den masslosen Verbrechen einigermassen adäquat ist, [...] muss allen denen die unschuldig hineingerissen sind schwer auf der Seele liegen. Ich hoffe dass Sie Vert[r]auen aus dem Umstand schöpfen, dass Ihr wissenschaftliches und moralisches Ansehen in der ganzen Welt hochgeachtet geblieben ist und dass alle wissen, dass Sie nicht „mit den Wölfen geheult haben“. [...] Ausser Ihnen und von Laue ist keiner da, der solches Vert[r]auen bei den ausländischen Fachgenossen genießt, und für alle Reconstruction scheint mir das entscheidend ins Gewicht zu fallen.<sup>243</sup>

Auch Lise Meitner begrüßte die Wahl Hahns und versuchte gleichzeitig, ihn davon zu überzeugen, dass sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Deutschen insgesamt mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen müssten. Es sei notwendig dafür Verantwortung übernehmen, statt wegzuschauen:

Wenn jetzt nicht die besten Deutschen verstehen, was geschehen ist und nicht wieder geschehen darf, wer soll der heranwachsenden Jugend beibringen, daß der versuchte Weg ein Unglück für die Welt und

<sup>242</sup>Eine Funktion, die zwar im Statut nicht vorgesehen war, die aber dem Wunsch einiger KWG-Mitglieder entsprechen sollte, Planck gerade in dieser Zeit als „Aushängeschild“ für das Ausland zu behalten. Vgl. Antrag Telschows an die Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates der KWG vom 7. Dezember 1945 sowie Brief von Schreiber an Telschow vom 12. April 1946. Beck (2008, 198f., 202).

<sup>243</sup>Otto Meyerhof an Hahn, 25. Juni 1946, MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 14, Nr. 2937, Bl. 2, Orthographie des Originals übernommen.

ebenso für Deutschland war? In den Berichten über den Nürnberger Prozeß war jedesmal, wenn sichtbare Beweise für die Grausamkeiten in den Konzentrationslagern vorgeführt wurden, zu lesen: Herr [Hjalmar] Schacht schaut weg. Die ungeheuerlichen Probleme unserer Zeit, die die Nazi-Wirtschaft heraufbeschworen hat, erlaubten nicht wegzuschauen. Das darf man über aller Alltagsnot nicht vergessen.<sup>244</sup>

Doch konnte oder wollte Hahn diesem Appell nicht folgen, sondern zog es vor, die Deutschen als Opfer Hitlers und des Krieges zu betrachten.<sup>245</sup> Er sei der Angehörige „eines Landes [...], das durch sein Regime und durch einen fast sechsjährigen Krieg das wohl unglücklichste Land der Welt geworden“ sei, erklärte er in seiner Dankesrede bei der Überreichung des Nobelpreises an ihn. Und fuhr fort:

Es ist wohl doch nicht vielen Menschen außerhalb Deutschlands wirklich klar, unter welchem Druck die meisten während der letzten 10 oder 12 Jahre gelebt haben; und ich darf noch einmal sagen, wie viele meiner deutschen Kollegen sich trotz aller äußerlichen Hemmnisse bemüht haben, auch die reine Wissenschaftsforschung, soweit es irgend möglich war, während der Kriegszeit fortzusetzen.<sup>246</sup>

Diesen Opfermythos kommentierte Meitner in einem Brief an James Franck mit den Worten: „Nur die Vergangenheit vergessen und das Unrecht hervorheben, das Deutschland geschieht.“<sup>247</sup> Ähnlich kommentiert auch Mark Walker Hahns Verdrängen:

Sieht man einmal ab von der erschütternden Rolle, die die Kaiser-Wilhelm-Institute für Anthropologie, Hirnforschung und Psychiatrie bei den unmenschlichen medizinischen Experimenten in Konzentrationslagern und Einrichtungen des NS-Gesundheitswesens direkt und indirekt spielten, läßt man ferner die hohe Qualität der militärischen Forschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Metallforschung, für Aerodynamik etc. außer Betracht und berücksichtigt auch nicht die biologisch ausgerichteten Institute, die eingerichtet wurden, um sich die deutsche Vorherrschaft in Osteuropa und die eroberten Gebiete der westlichen Sowjetunion zunutze zu machen,

<sup>244</sup>Meitner an Hahn, 20. Oktober 1946, zitiert nach Sime (2001, 436f.).

<sup>245</sup>Vgl. Sime (2004, 43–45).

<sup>246</sup>Hahn (1986, 208, 210).

<sup>247</sup>Meitner an James Franck, 16. Januar 1947, zitiert nach Sime (2004, 44).

dann bleibt dennoch festzuhalten, daß Hahn sich daran hätte erinnern müssen, daß das deutsche Uranprojekt, einschließlich der involvierten Kaiser-Wilhelm-Institute für Chemie, für Physik und für medizinische Forschung, angewiesen war auf die in den eroberten Ländern erbeuteten Rohstoffe und Apparate – Uran, schweres Wasser, Teile von Nuklearreaktoren etc. – und daß es die Entwicklung neuer Energiequellen und Waffen zum Ziel hatte.<sup>248</sup>



Abb. 1.7: Lise Meitner mit Otto Hahn am 16. März 1959 im Berliner Restaurant „Wannsee-Terrassen“. Beide weilten anlässlich der Amtsübergabe von Max von Laue an Rudolf Brill (1899–1989) als Direktor des Fritz-Haber-Instituts in Berlin.

Anfang Juli 1946 hatte Hahn über den Beauftragten für Wissenschaft der britischen Militärregierung Bertie K. Blount (1907–1999) vom geplanten Beschluss des Interalliierten Kontrollrats erfahren, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufzulösen.<sup>249</sup> Die Amerikaner und Franzosen waren zunächst weniger als die Briten an einem Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft interessiert. Außerdem hatten die Siegermächte durchaus Zweifel an der moralischen Integrität der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Planck, der als einziger deutscher Repräsentant – doch offiziell als Privatgast – zu der Mitte Juli 1946 in der Royal Society stattfindenden Feier des 300. Geburtstages von Isaac Newton

<sup>248</sup> Walker (2005, 48).

<sup>249</sup> Allerdings wurde dieser Beschluss wegen des Zusammenbruchs der Viermächterregierung nie offiziell verkündet. Vgl. dazu Heinemann (1990, 408f.).

(1643–1727) eingeladen worden war, wird diese Gelegenheit wohl genutzt haben, um noch einmal für die Erhaltung der KWG zu werben.<sup>250</sup>

Der angekündigte Auflösungsbeschluss führte dazu, dass am 11. September 1946 in Bad Driburg unter Blounts tatkräftiger Mithilfe die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.“ in der britischen Zone gegründet wurde, während in der amerikanischen und französischen Zone sowie in West-Berlin bis auf Weiteres die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch fortbestand. Aus diesem Anlass sandte Planck ein Dank- und Glückwunschtelegramm, das den für die Nachkriegspolitik der neuen Gesellschaft programmatischen Satz enthielt, „möge die Max Planck Gesellschaft stets die Tradition der Kaiser Wilhelm Gesellschaft fortsetzen und sich immer bewußt bleiben, daß sie unabhängig von allen Strömungen der Zeit nur der Wahrheit der Wissenschaft dienen soll.“<sup>251</sup>

Die neue Gesellschaft sollte zunächst lediglich im Fall einer tatsächlichen Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Auffanggesellschaft dienen, um den Instituten dann einen neuen Träger bieten und verhindern zu können, dass auch sie infolge der KWG-Auflösung geschlossen werden müssten. Den vorläufigen Vorstand der neuen Gesellschaft bildeten Hahn und Telschow, die auf unterschiedliche Weise die Kontinuität zwischen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft personifizierten.

Telschow, der ehemalige Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wurde von 1948 bis 1960 Generaldirektor der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, und schließlich von 1960 bis 1962 auch noch persönlicher Berater von Hahns Nachfolger Adolf Butenandt. Obwohl Telschow aufgrund seiner früheren Machtfülle und seines „faustischen Pakts“ mit dem NS-Regime bei einigen Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bzw. der Max-Planck-Gesellschaft und insbesondere bei den vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern höchst umstritten war, wollte Hahn nicht auf ihn verzichten, wohl aus Sorge ohne Telschow dem Präsidentenamts nicht gewachsen zu sein. Wie zuvor auch schon Planck, räumte Hahn 1946 ein: „Bei einem Verlust seiner in vielen Jahren erprobten Persönlichkeit wüßte ich nicht, wie die Geschicke der Gesellschaft in der jetzigen schweren Zeit weitergeführt werden könnten.“<sup>252</sup> Hahn fühlte sich also angewiesen auf Telschow – und wollte dies auch sein. Und selbst als 1949 die Beitrittsgespräche über die in der französischen Besatzungszone befindlichen Institute zur Max-Planck-Gesellschaft mit den „Tübinger

<sup>250</sup>Hoffmann (2008, 110).

<sup>251</sup>Zitiert nach Beck (2008, 212).

<sup>252</sup>Erklärung Hahns zu Telschow, 31. Juli 1946, in: Ermittlungsakte Wengler, Bl. 46 Rs, zitiert nach Hachtmann (2007b, 1131). Wilhelm Wengler war von 1933 bis 1938 Referent am KWI für ausländisches und internationales Privatrecht und von 1938 bis 1944 am KWI für öffentliches Recht und Völkerrecht tätig hatte im Dezember 1949 Strafanzeige gegen Telschow wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erstattet.

Herren“, wie die süddeutschen Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute in Göttingen genannt wurden, aus politischen Gründen an der Personalie Telschow zu scheitern drohten,<sup>253</sup> notierte Hahn in seinem Tagebuch, dass er sich für Telschow einsetze, „weil ich ja die Verdienste von T. gut kenne (allerdings auch sein Auftreten oft bedauert habe).“<sup>254</sup> Der Umstand, dass Telschow seine Ausnahmekarriere auch in der Nachkriegszeit in der Max-Planck-Gesellschaft fortsetzen konnte, ist im Wesentlichen den „Persilscheinen“ zu verdanken, die ihm Max Planck, Otto Hahn und Adolf Grimme (1889–1963) ausstellten.<sup>255</sup>

### 1.6.3 Territorialansprüche: Neugründung mit Hindernissen

Der neuen Gesellschaft gehörten zunächst dreizehn bisherige Kaiser-Wilhelm-Institute an: Arbeitsphysiologie (Dortmund), Landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft und Landtechnik (Gut Imbshausen), Bastfaserforschung (Stammbach, dann Bielefeld), Eisenforschung (Düsseldorf), Hirnforschung (Göttingen), Hydrobiologische Anstalt (Plön), Instrumentenkunde (Göttingen), Kohlenforschung (Mülheim/ Ruhr), Physik (Göttingen), Deutsches Spracharchiv/Phonometrie (Braunschweig), Strömungsforschung (Göttingen), Tierzucht und Tierernährung (Remontegut Mariensee), Züchtungsforschung (Gut Voldagsen). Als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft konnte Hahn das KWI für Chemie nicht mehr leiten,<sup>256</sup> und der bisherige stellvertretende Direktor Josef Mattauch (1895–1976) übernahm die Direktion des Instituts, das schließlich 1949 aus dem württembergischen Tailfingen nach Mainz umzog.<sup>257</sup>

Unklar war zunächst auch die Zukunft der in Berlin zurückgebliebenen Institute beziehungsweise Teilinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.<sup>258</sup> Das *KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie* hatte nur wenige Kriegsschäden davongetragen und konnte die Arbeit bald wieder aufnehmen. Vom *KWI für Physik* waren zwar das Kälte- und das Hochspannungslaboratorium in Dahlem verblieben, die aber nach Kriegsende von der sowjetischen Besatzungsmacht demontiert wurden. Auch das *KWI für Silikatforschung* war mit einigen Abteilungen noch in Berlin verblieben; Luise Holzapfel (1900–1963) übernahm die kommissarische Institutsleitung und ihre Abteilung, die sich unter anderem mit der Berufskrankheit Silicose befasste, konnte weiterarbeiten. Vom *KWI für Anthropologie*,

<sup>253</sup> Vgl. dazu Sachse (2002), Lewis (2004).

<sup>254</sup> Tagebuch Otto Hahn Nr. 5 (Febr. 1947 – Sept. 1955), Bl. 21 (15.10.1949). MPG-Archiv, NL Hahn, III. Abt., Rep. 14A, Nr. 00 421–5.

<sup>255</sup> Hachtmann (2007b, 1126–1131).

<sup>256</sup> Allerdings blieb Hahn bis zum Ende seiner Präsidentschaft weiterhin Wissenschaftliches Mitglied dieses Instituts. Kant und Reinhard (2012, 267f.).

<sup>257</sup> Zur Nachkriegszeit und Neugründung der MPG siehe auch Heinemann (1990; 2001; 2013) sowie Heinemann und Schneider (1990).

<sup>258</sup> Vgl. u. a. Engel (1984, 256–271), Schmidt-Ott (1961); Engel (1984, 271–279).

*menschliche Erblehre und Eugenik* war die von Hans Nachtsheim (1890–1979) geleitete Abteilung für experimentelle Erbpathologie arbeitsfähig geblieben, aber das stark NS-belastete Institut auch nicht offiziell geschlossen worden. Da das Institut wie auch das Harnack-Haus, das zum amerikanischen Offiziersclub umfunktioniert wurde, zu den von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmten Gebäuden gehörte, zog die Abteilung Nachtsheim zunächst in Räume des KWI für Silikatforschung um.

Die frühe Geschichte der Berliner Institute zeigt auf ihre Weise, wie wenig selbstverständlich die Kontinuität zwischen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft war. Die Diskussionen über eine mögliche Schließung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch die Besatzungsmächte führte dazu, dass Glum und der Leiter der amerikanischen „Education“-Abteilung Fritz Karzen (1885–1951) einen alternativen Plan entwickelten, den Glum wohl auch als Chance ansah, seine eigene Rolle wieder zu stärken.<sup>259</sup> Ihre Initiative, sowie die Sorge um die Finanzierung der Berliner Institute angesichts der sich verschärfenden politischen Spannungen kurz vor der Berliner Blockade, führten dazu, dass die fünf Länder der amerikanischen Besatzungszone am 3. Juni 1947 einen Staatsvertrag über die Gründung einer Deutschen Forschungshochschule in Berlin-Dahlem abschlossen. Das Konzept war an das amerikanische Konzept der *School of Advanced Studies* angelehnt. Zunächst aber diente die Deutsche Forschungshochschule vor allem als eine Art Auffanggesellschaft für die Finanzierung der in Dahlem noch bestehenden KWI und Restabteilungen. Im Juni 1947 wurde daraufhin das *KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie* organisatorisch mit dem Institut für Zellphysiologie von Otto Warburg und den Restgruppen einiger anderer Kaiser-Wilhelm-Institute in der *Forschungshochschule* zusammengeschlossen.<sup>260</sup> Es wäre durchaus denkbar gewesen, dass sich im Westen eine stärker an amerikanischen Vorbildern orientierte Forschungsorganisation durchgesetzt hätte, während sich die im Osten verbliebenen KWG-Institute zu Bestandteilen einer Akademie nach sowjetischem Vorbild entwickelten. So wurden die Institutsgebäude in Berlin-Buch im Ostteil Berlins von der Deutschen Akademie der Wissenschaften (der späteren Akademie der Wissenschaften der DDR) übernommen, die des KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg gingen an die spätere Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Das Ringen um eine Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in neuer Form und die Unterstützung dieser Bemühungen durch die britische Besatzungsmacht verhinderten diese Entwicklung und ermöglichten die Transformation der Kaiser-

<sup>259</sup>K. F. Bonhoeffer, Zur Geschichte der Deutschen Forschungshochschule, undatiert (1952), MPG-Archiv, X. Abt., Rep. 7, Deutsche Forschungshochschule, Nr. 33. Siehe auch Schmidt-Ott (1961) und Engel (1984, 271–279).

<sup>260</sup>Vgl. Steinhauser et al.

Wilhelm-Gesellschaft in die Max-Planck-Gesellschaft. Am 23. Februar 1950 traten schließlich die Dahlemer Forschungsinstitute aus der Forschungshochschule aus und wurden Teil der „Berliner Vertretung der Max-Planck-Gesellschaft Göttingen“.<sup>261</sup>

Der von Göttingen abgelehnte Havemann wurde Anfang 1948 unter dem Vorwand einer Verletzung des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 als Verwaltungsleiter der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute abgesetzt.<sup>262</sup> Von Juli 1949 bis zum Liquidationsbeschluss 1951 fungierte der schon seit Ende 1922 bei der Generalverwaltung tätige Bürodirektor und Telschow-Vertraute Franz Arndt (1884–1968) als Notvorstand für die nur noch als Rechtskörper existierende Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zu diesem Zeitpunkt war bereits absehbar, dass unter den gegebenen politischen Umständen mit einem Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin nicht mehr zu rechnen sei. Deshalb orientierte man sich bereits kurz nach Hahns Amtsantritt als Präsident auch in der sowjetischen Zone neu und war im Zuge des Wiederaufbaus der „Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ als „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ zu dem Schluss gekommen, frühere Überlegungen einer mit Forschungsinstituten ausgestatteten Akademie wieder aufleben zu lassen, und die auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone verbliebenen KWI boten sich dafür an.<sup>263</sup>

Die politischen Veränderungen zu Beginn des Kalten Krieges hatten zu einem Umdenken in der anglo-amerikanischen Politik geführt: Das ursprüngliche Ziel der Alliierten, Sicherheit *vor* Deutschland zu erlangen, wandelte sich zum Ziel der Westalliierten, Sicherheit *mit* (West-)Deutschland zu erreichen.<sup>264</sup> Und es bedeutete nicht nur eine Förderung der Wirtschaftsentwicklung, sondern auch der Wissenschaftsentwicklung.<sup>265</sup> Am 4. August 1947 führte Otto Hahn ein persönliches Gespräch mit General Lucius D. Clay (1897–1978).<sup>266</sup> Bei dieser Un-

<sup>261</sup> Archiv der MPG, X. Abt., Rep. 7, Deutsche Forschungshochschule.

<sup>262</sup> Nach einem Zeitungsartikel Havemanns gegen das amerikanische Wasserstoffbombenprojekt 1950 kam es zum Eklat – Havemann wurde auch seines Abteilungsleiterpostens im KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie enthoben und erhielt Hausverbot. Er siedelte daraufhin in die DDR über und übernahm die Direktion des Instituts für Physikalische Chemie an der Berliner Humboldt-Universität.

<sup>263</sup> Ursprünglich hatte bereits Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) seine Akademieüberlegungen mit der Existenz von Forschungsinstituten verknüpft. Mit der Berliner Universitätsgründung 1810 hatte die Akademie dann ihre bestehenden Institute an die Universität verloren und sich seither vergeblich bemüht, wieder Institute anzugliedern – auch im Vorfeld der KWG-Gründung.

<sup>264</sup> Ebersold (1998, 157).

<sup>265</sup> Nach Ansicht des Historikers Thomas Stamm-Kuhlmann hatte es in diesem Kontext „absoluten Vorrang, der Sowjetunion deutsche Forscher zu ‚verweigern‘, während möglichst viel vom Potential der deutschen Forschung helfen sollte, die Macht des Westens zu vergrößern, ähnlich, wie eine Erholung der deutschen Wirtschaft für die Stärkung Westeuropas bald als notwendig angesehen wurde“, Stamm-Kuhlmann (1990, 886); Henning und Kazemi (2011, 294).

<sup>266</sup> Vgl. dazu Walker (2003, 33–50).

terredung erklärte sich Hahn mit den Forderungen einverstanden, dass eine künftige Gesellschaft sich von Industrie- und Staatseinfluss fernhalten, eine gewisse Demokratisierung von Entscheidungsprozessen zulassen und auf den Namen des kaiserlichen Schutzpatrons verzichten müsse.<sup>267</sup> Anfang September 1947 gab Clay grünes Licht für eine „bizonale Organisation“ der Max-Planck-Gesellschaft.

Bereits zum 24. Februar 1948 wurde die erst anderthalb Jahre zuvor in der britischen Zone gegründete Max-Planck-Gesellschaft wieder aufgelöst, um den Weg für eine weitere Neugründung zu ebnen. Mit Zustimmung der jeweiligen Militärregierungen wurde am 26. Februar 1948 die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.“ in Göttingen zunächst nur für die britische und die amerikanische Zone gegründet. Das Gründungsstatut der Max-Planck-Gesellschaft bestimmte als gemeinnützigen Zweck, „die Wissenschaften zu fördern, insbesondere durch Unterhaltung von Forschungsinstituten“. Anders als zuvor bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde auf die ausdrückliche Hervorhebung der naturwissenschaftlichen Forschung verzichtet. Dennoch wurden zunächst nur eine chemisch-physikalisch-technische Sektion unter dem Vorsitz von Heisenberg und eine biologisch-medizinische Sektion unter dem Vorsitz von Rajewsky gebildet – für eine geisteswissenschaftliche Sektion fehlten in der „Bizone“ noch die Institute. Erwartungsgemäß wurde Otto Hahn zum Präsidenten gewählt, Erich Regener zum Vizepräsidenten und Ernst Telschow zum Generaldirektor der Generalverwaltung, Schriftführer und dessen Stellvertreter wurden Max von Laue und Richard Kuhn. Im Juli 1949 erkannte auch die französische Militärregierung die Max-Planck-Gesellschaft an und im Herbst 1949 traten auch die dort befindlichen ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute der neuen Gesellschaft bei.<sup>268</sup> 1953 kamen schließlich auch die Westberliner Institute sowie die Bibliotheca Hertziana in Rom zur Max-Planck-Gesellschaft.

Damit war die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft de facto aufgelöst. Die Liquidation der Gesellschaft wurde am 6. April 1951 beschlossen und schließlich am 21. Juni 1960 vollzogen – drei Wochen nachdem Hahn sein Amt als Präsident und fünf Wochen nachdem Telschow sein Amt als Generaldirektor niedergelegt hatten.<sup>269</sup> Im Rückblick bezeichnete Hahn die Jahre, die es gedauert hatte, bis die Existenz der Gesellschaft wieder gesichert war, als den Zeitraum, in dem „die

---

<sup>267</sup>Vgl. Hahn (1968, 213f.).

<sup>268</sup>Dabei handelte es sich um das gerade von Tailfingen nach Mainz umgezogene KWI für Chemie, die Vogelwarte Radolfzell, die in Tübingen ansässigen Institute für Biochemie, Biologie, ausländisches und internationales Privatrecht sowie die Arbeitsgruppe des KWI für Physik in Hechingen und die Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in Weissenau.

<sup>269</sup>Vgl. Niederschrift über den Auflösungsbeschluss vom 6. April 1951, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 14 und 144 und Liquidationserklärung vom 21. Juni 1960. Einer der beiden Liquidatoren war Telschow, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 145 und 146.

vielleicht gefährlichste Situation für das Fortbestehen unserer Gesellschaft überwunden werden mußte“.<sup>270</sup>

#### 1.6.4 Gewollte Brüche und konstruierte Kontinuitäten

Man kann wohl davon ausgehen, dass die Teilnehmer der Gründungsversammlung der Max-Planck-Gesellschaft im Februar 1948 der Auffassung waren, im Wesentlichen nur eine Namensänderung vorzunehmen, gemäß dem von Planck bereits 1946 geäußerten Wunsch, die Max-Planck-Gesellschaft möge die Traditionen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fortsetzen. Aber konnte diese Wissenschaftsgesellschaft unter neuem Namen und in einer erneuerten demokratischen Gesellschaft einfach zur Tagesordnung übergehen? Sie versuchte es jedenfalls zunächst.

Unter den Aspekten „Wiederaufbau der wissenschaftlichen Forschung“ sowie „Wiederherstellung des Anschlusses an die internationale Wissenschaftsentwicklung“ ließen sich zunächst auch alle Kräfte in diesem Sinne bündeln. Noch 1961 erklärte Butenandt als Präsident anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, „daß man [...] nicht mehr zwischen der früheren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der heutigen Max-Planck-Gesellschaft unterscheidet.“<sup>271</sup> Die Politik der Max-Planck-Gesellschaft war – wie die gesamtdeutsche Gesellschaft generell – nach dem Krieg von einer Vergangenheitsverdrängung gekennzeichnet, die die Anstrengungen zum Neuaufbau von Staat und Wissenschaft begleitete. Es sollte bis in die Mitte der 1980er Jahre dauern, bis man sich auch in der Max-Planck-Gesellschaft bewusst wurde, dass die historische Wahrheit nicht nur etwas mit Vergangenheitsbewältigung, sondern auch mit Zukunftsfähigkeit zu tun hat, und weitere zehn Jahre, bis man in dieser Hinsicht aktiv wurde. Die hier bereits mehrfach angeführten „Ergebnisse“ der von Markl einberufenen Präsidentenkommission belegen dies eindrucksvoll.<sup>272</sup>

Ein besonderes Kapitel der Nachkriegsgeschichte der Gesellschaft stellt die Wiedergutmachung oder Entschädigung der durch den Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Forscherinnen und Forscher dar.<sup>273</sup> An alliiertes Recht anknüpfend waren diese Leistungen grundsätzlich durch die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Doch wo „die Setzung von Recht die Verpflichtungen und Erwartungen von Antragstellern und Antragsgegnern in erschöpfender Form regeln will, kann die Auseinandersetzung mit moralischen

---

<sup>270</sup>Hahn (1960, 7).

<sup>271</sup>Butenandt (1961, 7).

<sup>272</sup>Vgl. auch Markl (1998); Rürup (2008a).

<sup>273</sup>Vgl. dazu Schüring (2006).

Fragen zu einer hermeneutischen Tätigkeit verkümmern,<sup>274</sup> zumal das Gesetz so gefasst war, dass die Beweislast bei den Geschädigten lag.

Schwer tat sich die MPG auch mit der Wiedergewinnung – als einer Möglichkeit der Wiedergutmachung – von durch die Nationalsozialisten in die Emigration gezwungenen Wissenschaftlern. Das Verhalten der Verantwortlichen in der MPG ist kaum zu entschuldigen, auch wenn man berücksichtigt, dass in der Regel mehr als 15 Jahre vergangen waren und viele der betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler folglich eher am Ende ihrer Laufbahn standen und dass andererseits Wissenschaftler, die einigermaßen in ihren Gastländern Fuß fassen konnten und entsprechende Positionen bekleideten, wenig Interesse an der Rückkehr zeigten, zumal die Arbeits- und Lebensbedingungen im Nachkriegsdeutschland nicht die besten waren. Im Dezember 1948 hatte Hahn an einige emigrierte ehemalige KWG-Mitglieder die Anfrage gerichtet, ob sie nunmehr einer Aufnahme als auswärtiges Mitglied der MPG zustimmen würden. Entschuldigung oder Wiedergutmachung war dies nicht, sondern einfaches Übergehen der vergangenen Jahre. Die Reaktionen darauf fielen dementsprechend unterschiedlich aus.

Eine Rückkehr der Vertriebenen in die Max-Planck-Gesellschaft gab es nur in sehr wenigen Fällen.<sup>275</sup> Die alten Seilschaften, die die Kontinuität der Generalverwaltung sicherten, wirkten hier auf unrühmliche Weise.

Das zeigt insbesondere das Beispiel des ehemaligen Direktors des KWI für Biochemie Carl Neberg (1877–1956). Neberg gilt als einer der Begründer der Biochemie – den Begriff selbst hatte er 1906 eingeführt.<sup>276</sup> Ab 1913 hatte er die Abteilung Biochemie im KWI für experimentelle Therapie geleitet, das 1925 in KWI für Biochemie umbenannt und dessen Direktor er im selben Jahr wurde. Da er unter Paragraph 3 des Berufsbeamtengesetzes fiel, wurde er 1934 in den Ruhestand versetzt, doch leitete er das Institut kommissarisch noch bis 1936. In New York lebte er als gelegentlicher Industrierberater „von der Hand in den Mund“.<sup>277</sup>

<sup>274</sup>Schüring (2006, 137).

<sup>275</sup>Manche, wie etwa Lise Meitner oder Ernst Rabel, konnten sich vor dem Hintergrund des Geschehenen nicht dazu entschließen, einige, wie beispielsweise Peter Debye, reagierten gar nicht darauf, anderen, wie beispielsweise Max Ufer, wurde die Möglichkeit der Rückkehr gar nicht gegeben, vgl. dazu auch Schüring, der aktenkundige Fälle von Wiedergutmachungs- / Entschädigungsanträgen auflistet, die von der MPG abgelehnt wurden, Schüring (2006, 138–188).

<sup>276</sup>„Kaum jemand erinnert sich, dass ich 1906 den Begriff ‚Biochemie‘ eingefuehrt habe, aber ich freue mich, dass er in Ihrer Arbeitsstaette verankert und zu hoechstem Ansehen gestiegen ist. Unter normalen Verhaeltnissen waere ich emeritierter Direktor und nicht pensioniert, da ich ein unbescholtener Beamter mit 39 1/2 Dienstjahren gewesen bin, letzteres durch offizielle Einberechnung der Kriegszeit, die mir als vielleicht einzigem Deutschen 3 eiserne Kreuze (1. und 2. Klasse an der Front, 2. Klasse am weissen Band wegen der Glycerinarbeiten in der Heimat) eintrug.“ Neberg an Butenandt, 12.11.1953, in: MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 84, NL Butenandt; vgl. auch Lohff und Conrads (2007).

<sup>277</sup>Neberg an Butenandt am 25. September 1947, zitiert nach Schüring (2006, 147).

und wandte sich 1947 zur Klärung seiner Pensionsansprüche an die Generalverwaltung. In seiner Personalakte findet sich 1949 dazu ein Eintrag, der als symptomatisch für zahlreiche andere Fälle betrachtet werden kann:

Die Max-Planck-Gesellschaft ist nicht Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und hat infolgedessen an sich nicht für die Ansprüche früherer Angehöriger der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einzustehen. Trotzdem bemüht sich die Max-Planck-Gesellschaft bei den die Gesellschaft zurzeit finanzierenden 11 westdeutschen Ländern, die erforderlichen Beträge zu erhalten.<sup>278</sup>

Der hier betonte Mangel an Kontinuität steht in starkem Gegensatz zu dem sonstigen Bemühen der Max-Planck-Gesellschaft, ihre Kontinuität zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft herauszustellen. Gerade die Frage der Pensionsansprüche spielte für ältere Wissenschaftler eine große Rolle, auch wenn sie im Ausland eine Anstellung gefunden hatten, wie das Beispiel Debye verdeutlicht, der Anfang 1940 Deutschland verlassen musste und noch 1965 in diesem Zusammenhang schrieb: „[...] wurde ich von der Cornell Universität als ‚Head of the Chemistry Dept.‘ angestellt. Diese Stelle war hauptsächlich administrativ, da für Versuche kein Geld vorhanden war. [...] Als ich 1952 das 68te Lebensjahr erreicht hatte wurde ich emittiert [sic!], jedoch ohne Pension.“<sup>279</sup> Sechzig Jahre später brachte die Max-Planck-Gesellschaft zum Abschluss des Forschungsprogramms ein *Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher* heraus,<sup>280</sup> in dem 104 betroffene Personen gewürdigt wurden, was ihnen die Max-Planck-Gesellschaft nach Ansicht von Präsident Peter Gruss „als Erbin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ schuldig war.<sup>281</sup>

### 1.6.5 Die Max-Planck-Gesellschaft bis 1960

Trotz der problematischen Kontinuität zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wuchs die Max-Planck-Gesellschaft allmählich in eine demokratische Gesellschaftsordnung hinein und veränderte dabei auch ihre Strukturen. Dies war Teil eines Lernprozesses, der durch die von den Alliierten gesetzten Randbedingungen und die neuen politischen Konstellationen angelegt war, sich aber nachhaltig auf die Strukturen der Max-Planck-Gesellschaft und auf das Selbstverständnis ihrer

<sup>278</sup> Aktenvermerk vom 23. Dezember 1949, MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, PA Neuberger; zitiert nach Schüring (2004, 151).

<sup>279</sup> Lebenslauf Debyes von 1965 (verfaßt im Zusammenhang mit möglichen Pensionsansprüchen an die MPG). [MPG-Archiv II / 1A / PA Debye, Mappe 1, Bl.1–6 (hier: Bl.2)].

<sup>280</sup> Rürup (2008b).

<sup>281</sup> Ebd. 12, Geleitwort des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft.

Träger auswirken sollte. Auch die oft nur als Verdrängung der Vergangenheit spürbare Präsenz der Erinnerung an die Verbrechen und Katastrophen der NS-Ära wirkte sich langfristig wohl doch im Sinne einer größeren Zurückhaltung in Bezug auf Opportunitäten staatlicher und wirtschaftlicher Indienstnahme der Gesellschaft aus. So konnte auf neuer Grundlage versucht werden, den bereits in der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angelegten Anspruch auf die Selbstbestimmung wissenschaftlicher Schwerpunktsetzung zu realisieren und ihn in Richtung einer weiter gehenden Entkoppelung der Forschung von Anwendungsinteressen und äußeren Einflussnahmen sowie in Richtung auf ein arbeitsteiliges Wissenschaftssystem zu entwickeln. Der damit verbundene Balanceakt durch die notwendige Einbindung der gesellschaftlichen Kräfte, die erst eine solche Forschung ermöglichen konnten, war zwar stets prekär, wurde aber durch die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik begünstigt.

In der Tat hatten Staat und Wirtschaft wohl einen weitaus geringeren Einfluss auf die Gründung und Ausrichtung von Instituten der Max-Planck-Gesellschaft als dies bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Fall gewesen war. Ausnahmen bildeten allerdings, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung, etwa die industrienahen Max-Planck-Institute für Kohlenforschung und für Metallforschung. Insgesamt jedoch lässt sich festhalten, dass die Wirtschaft und andere starke gesellschaftliche Kräfte vor allem über die Gremien der Max-Planck-Gesellschaft wie den Senat, den Verwaltungsrat, aber auch die Kuratorien in die Gestaltung der Gesellschaft eingebunden waren und weitaus weniger direkten Einfluss ausüben konnten, als das bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft üblich war. Einflussreiche Persönlichkeiten brachten gewiss auch partikulare Interessen in diese Beratungen ein, ebenso aber ihre soziale Kompetenz und Lebenserfahrung. Wie weit darüber hinaus Netzwerke von Führungseliten die Geschicke der Max-Planck-Gesellschaft prägten und für welche Entscheidungen am Ende doch Einzelinteressen, auch wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Natur, ausschlaggebend waren, muss der weiteren Forschung vorbehalten bleiben. Die Unabhängigkeit der Max-Planck-Gesellschaft von staatlicher Einflussnahme wurde jedenfalls insbesondere durch den Finanzierungsmodus der Gesellschaft begünstigt.

Die Grundlage dafür bildete 1949 das Königsteiner Staatsabkommen, in dem die künftigen Bundesländer unter anderem finanzielle Regelungen für die Finanzierung überregionaler Forschungseinrichtungen verabredeten.<sup>282</sup> Für die Max-Planck-Gesellschaft bedeutete dies, dass sie fortan zu gleichen Teilen von Bund und Ländern finanziert und damit auch administrativ zu einer „Säule des deutschen Wissenschaftsbetriebs“ wurde. Die durch die Finanzierung aus Mitteln von Bund und Ländern bedingte Komplexität stellte einerseits eine Herausforderung an das Verhandlungsgeschick der jeweiligen MPG-Leitung dar,

<sup>282</sup>Vgl. u.a. Pfuhl (1959); Eckert und Osietzki (1984).

schützte die Gesellschaft andererseits aber auch vor einseitigen Indienstnahmen. Als politischer Imperativ verblieb so vor allem der Anspruch auf eine angemessene Verteilung von Max-Planck-Instituten über die Länder. Wegweisend für die unabhängige Forschung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft war insbesondere die Tatsache, dass die finanziellen Zuwendungen sowohl von staatlicher als auch von privater Seite im Wesentlichen frei von Auflagen erfolgten und von der Max-Planck-Gesellschaft proaktiv verteilt werden konnten. Das erlaubte der Max-Planck-Gesellschaft ab Mitte der 1950er Jahre erstmals wieder ein über einen längeren Zeitraum angelegtes eigenes wissenschaftliches Konzept zu realisieren.<sup>283</sup>

Die fünfziger Jahre waren durch eine Reorganisation der Gesellschaft charakterisiert, in deren Rahmen zahlreiche Forschungsstellen und Institute umbenannt, umgewidmet, umgesiedelt, zusammengeschlossen, ausgegliedert, gegründet oder in die Max-Planck-Gesellschaft übernommen wurden. Diese Mutationsfähigkeit und Fertilität erlaubte die Fokussierung der Max-Planck-Gesellschaft auf die Grundlagenforschung zu schärfen und neuen Forschungsrichtungen institutionelle Unterstützung zu gewähren. Ausschlaggebend für den Erfolg war oft gerade eine Kombination aus Themenwahl und institutioneller Effizienz. Bei der Themenwahl haben sich verschiedene Strategien als erfolgreich erwiesen, etwa die Reflexion auf den Stand des Faches, insbesondere auch im internationalen Kontext. Dies konnte etwa zu dem Schluss führen, dass die Aufgabe eines Instituts darin bestehen sollte, eine Katalysatorfunktion für bereits existierende innovative Perspektiven auszuüben. Schließlich bedürfen wissenschaftliche Durchbrüche auch einer nachhaltigen Umsetzung.

Zahlreiche Beispiele belegen die Fähigkeit von Instituten, neue Themen her vorzubringen, und die Fähigkeit der Max-Planck-Gesellschaft, diesen eine angemessene institutionelle Grundlage zu gewähren. So wurde beispielsweise 1950 unter Konrad Lorenz (1903–1989) in Buldern (Westfalen) eine Forschungsstelle für Verhaltensphysiologie gegründet, die ein Jahr später dann dem MPI für Meeresbiologie als eigene Abteilung angeschlossen wurde; 1954 wurde daraus das MPI für Verhaltensphysiologie, das später in Seewiesen angesiedelt wurde. Ein weiteres Beispiel ist die Entstehung der Chronobiologie mit den Pionierarbeiten von Jürgen Aschoff Mitte der fünfziger Jahre am MPI für medizinische Forschung und die spätere Institutionalisierung dieser Forschungsrichtung am MPI für Verhaltensphysiologie. Die dort für ihn gegründete Abteilung wurde 1981 anlässlich der Emeritierung Aschoffs geschlossen, weil kein geeigneter Nachfolger zur Verfügung stand, aber auch weil sich gezeigt hatte, dass die bahnbrechenden Ergebnisse dieser Rhythmusforschungen inzwischen in das Stadium einer medizinisch anwendbaren Disziplin eingegangen waren, die an vielen anderen

---

<sup>283</sup>Staab (1986, 33).

Stellen betrieben werden konnte – die Schrittmacherfunktion der Max-Planck-Gesellschaft hatte sich damit erfüllt.

In dieser Zeit gelangen der Max-Planck-Gesellschaft auch wissenschaftliche Durchbrüche mit überragenden, wenn auch so nicht vorhersehbaren wirtschaftlichen Konsequenzen. Ein Beispiel dafür ist die Entdeckung der metallorganischen Mischkatalysatoren für die Polymerisation von Olefinen am MPI für Kohlenforschung, die um 1953 zur Entwicklung des Niederdruckpolyethylen-Verfahrens durch Karl Ziegler (1898–1973) und Erhard Holzkamp führte; Ziegler erhielt dafür 1963 den Nobelpreis. Heute zählt das auf dieser Basis hergestellte Polyethylen zu den Massen-Kunststoffen.

Mit der wachsenden Bedeutung der Max-Planck-Gesellschaft wurde diese auch zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, ihre besondere Rolle im bundesrepublikanischen Forschungssystem zu klären, aber auch ihre Zuwächse und ihre wissenschaftlichen Schwerpunktsetzungen gegenüber der Gesellschaft insgesamt zu rechtfertigen. Die Öffnung der Max-Planck-Gesellschaft zu einem solchen gesellschaftlichen Diskurs hatte eine Reihe von Konsequenzen: Sie schärfte ihr Profil, in Ergänzung zur Hochschulforschung nach dem Subsidiaritätsprinzip Schwerpunkte in der Spitzenforschung zu setzen, nach dem Harnack-Prinzip herausragenden Forschern die Gelegenheit zur langfristigen Umsetzung innovativer Forschungsprogramme zu bieten, in Grenzgebieten interdisziplinäre Forschung zu unterstützen und gemeinsam mit anderen Wissenschaftsorganisationen apparativ aufwändige Projekte zu unterstützen. Gegenüber der Gesellschaft insgesamt musste sie dabei in der Lage sein, die erheblichen Investitionen in einzelne Personen und Projekte und insbesondere auch die durch die institutionelle Förderung langfristig gewährte Forschungsfreiheit durch hohe Qualitätsansprüche und deren Umsetzung zu garantieren.

## Transformationen

Keineswegs alle Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurden von der Max-Planck-Gesellschaft übernommen, dafür kamen andere hinzu, die keine Kaiser-Wilhelm-Institute gewesen waren. Eine optimale Auswahl aus der Vielzahl von den in den Westzonen bzw. der jungen Bundesrepublik liegenden Instituten zu treffen und daraus den Kern der damaligen Max-Planck-Gesellschaft zu formen, ist sicher die Leistung ihres Präsidenten Hahn gewesen. Dieser war im Juni 1954 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Auch Vizepräsident Regener und Wilhelm Bötzkes (1883–1958),<sup>284</sup> zweiter Vizepräsident seit 1952, wurden

---

<sup>284</sup>Nationalökonom Bötzkes, ein Vertrauter Trendelenburgs, war von 1924 bis zu seinem Tod 1958 Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der staatsnahen „Bank für Industrie-Obligationen“, die später in „Deutsche Industriebank“ umbenannt wurde, die seit 1936 in großem Umfang die KWG

in ihren Ämtern bestätigt. Nach Regeners Tod 1955 wurde Kuhn zum Ersten Vizepräsidenten gewählt.

In der Phase von 1949 bis 1960 kamen insgesamt zwanzig neue Institute zur Max-Planck-Gesellschaft. Überwiegend handelte es sich dabei um ehemalige Abteilungen von Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Instituten, die jetzt mit neuem Forschungsziel selbständig wurden, oder durch Zusammenlegungen verschiedener solcher Abteilungen neu ausgerichtet wurden. Mit anderen Worten, die Aufbauarbeit in den 1950er Jahren konzentrierte sich neben der Wiederherstellung oder dem Neubau von Gebäuden vor allem auf eine Neustrukturierung und Erweiterung vorhandener Kapazitäten. Die nachfolgend beschriebenen Transformationen sollen cursorisch diese Entwicklung veranschaulichen.

So entstand beispielsweise 1957 das *MPI für Physik der Stratosphäre und der Ionosphäre* durch die Zusammenlegung des ehemaligen RegenerRegener-Instituts für Physik der Stratosphäre mit dem Institut für Ionosphärenforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Walter Dieminger (1907–2000) hatte 1934 die Ionosphären-Beobachtungsstation bei der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Rechlin (Mecklenburg) gegründet. 1942 entstand die Zentralstelle für Funkberatung, die 1944 mit dem Fraunhoferinstitut der Reichsstelle für Hochfrequenzforschung zusammengelegt wurde und nach seiner Verlagerung im März 1946 in die britische Besatzungszone als Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzforschung betrieben wurde – jeweils unter der Leitung von Dieminger. Im April 1947 wurde das Institut als Fraunhofer-Radio-Institut in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unterstellt und die Forschung wieder zugelassen. 1948 ging die Verwaltung an die Max-Planck-Gesellschaft über. Im Januar 1949 erfolgte die Umbenennung in Institut für Ionosphärenforschung in der Verwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, das im Oktober 1951 schließlich vollständig in die Max-Planck-Gesellschaft eingegliedert wurde und dem Dieminger als Direktor bis 1975 vorstand. Nach dem Tod von Erich Regener im Jahr 1955 wurde das Institut für Stratosphäre unter der neuen Leitung von Julius Bartels (1899–1964) nach Katlenburg-Lindau verlegt. Von 1957 bis 2004 firmierten die beiden Teilinstitute unter zunächst getrennter wissenschaftlicher Leitung unter dem Namen *Max-Planck-Institut für Aeronomie*.<sup>285</sup>

Das *MPI für Kernphysik* wurde 1958 in Heidelberg unter der Leitung von Wolfgang Gentner (1906–1980) gegründet und ging aus dem Institut für

---

förderte. Bötckes wurde 1943 Senator der Gesellschaft, zudem saß er im Beirat der Reichsbank. Nach Kriegsende war er von 1945 bis 1948 von den Amerikanern interniert. Danach war er von 1948 bis 1952 Schatzmeister und ab 1952 Vizepräsident der MPG.

<sup>285</sup>Vgl. dazu auch die Beiträge von Rauchhaupt (2000): *To Venture Beyond the Atmosphere. Aspects of the Foundation of the Max Planck Institute for Extraterrestrial Physics*; „Coping with a New Age: The Max Planck Society and the Challenge of Space Science in the Early 1960s“ (2002).

Physik des KWI/MPI für medizinische Forschung hervor, das Walther Bothe von 1934 bis 1957 geleitet hatte. Walther Bothe von 1934 bis 1957 geleitet hatte. Bothe erhielt 1954 den Nobelpreis in Physik „für seine Koinzidenzmethode und seine mit deren Hilfe gemachten Entdeckungen“, die die Messung und damit Erforschung von Strahlungsphänomenen grundlegend verbesserte. Es war der erste Nobelpreis, den ein Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft erhielt. Gentner, ein Schüler Friedrich Dessauers (1881–1963) und Frédéric Joliot-Curies (1900–1958) hatte unter anderem während des Kriegs das Pariser Zyklotron am Institut Joliot-Curies in Betrieb genommen, wobei er unter den besonderen Kriegsumständen ein kollegiales Verhältnis zu den französischen Wissenschaftlern aufbauen konnte; Ende 1944 hat er in Heidelberg gemeinsam mit Bothe das erste deutsche Zyklotron realisiert.<sup>286</sup> Die ursprünglichen Schwerpunkte des Instituts waren kernphysikalische Grundlagenforschung und Anwendung kernphysikalischer Methoden auf Fragen der Physik und der Chemie des Kosmos.

Eines der wenigen klassischen geisteswissenschaftlichen Institute der Gesellschaft war das *MPI für Geschichte*, das 1955 in Göttingen als Nachfolgeinstitut des 1944 geschlossenen KWI für Deutsche Geschichte gegründet wurde, und zwar auf Grundlage einer Denkschrift des Historikers Hermann Heimpel (1901–1988).<sup>287</sup> Heimpel, der von 1941 bis 1944 als Professor an der „Reichsuniversität Straßburg“ die Reichsgeschichte des Mittelalters gelehrt hatte, wurde auch der erste Direktor dieses Instituts. Von der Forschung des Vorgängerinstituts wurde nur die *Germania Sacra* weitergeführt, stattdessen bildeten unter anderem Themen und Probleme einer Gesamtwissenschaft vom Mittelalter sowie Studien über die Sozial- und Bildungsgeschichte des 19. Jahrhunderts neue Schwerpunkte des Instituts. Die Forschungen des Instituts zum Schwerpunkt „Spätmittelalter“ trugen entscheidend dazu bei, dessen Rezeption in Europa zu verändern.<sup>288</sup>

<sup>286</sup>Siehe dazu u.a. Kant (2008, 78–82); Hoffmann und Schmidt-Rohr (2006, 19–23)

<sup>287</sup>Zur Geschichte des Instituts vgl. Werner Rösener (2014); Bödeker (2010).

<sup>288</sup>Heimpels Nachfolger Josef Fleckenstein (1919–2004) und Rudolf Vierhaus (1922–2011) setzten neue Maßstäbe unter anderem auch in der Internationalisierung der Mittelalter- und Neuzeitforschung. Unter seinen beiden letzten Direktoren Oexle (Mittelalter) und Hartmut Lehmann (Neuzeit) erfuhr das Institut eine kulturwissenschaftliche Neuausrichtung, die sich unter dem Begriff „Geschichte als historische Kulturwissenschaft“ (Oexle) manifestierte. Mit diesem Begriff der „historischen Kulturwissenschaften“ waren neue Fragestellungen beispielsweise zur historischen Anthropologie, Alltags- und Erfahrungsgeschichte sowie zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte verbunden, die als wegweisend für die spätere Neuausrichtung des Instituts verstanden werden können. Zwei Jahre nach der Emeritierung von Oexle und Lehmann beschloss der Senat der MPG 2006 auf Anraten der zuständigen Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion die Schließung des Instituts für Geschichte, das seit 2007 unter neuer Ausrichtung und neuem Namen als MPI zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften weitergeführt wird.

Das MPI für Arbeitsphysiologie war 1948 aus dem 1928/29 von Berlin nach Dortmund verlegten KWI für Arbeitsphysiologie hervorgegangen. Obwohl Teile des Instituts 1944 durch Kriegshandlungen zerstört wurden, konnte es seine Arbeit fortsetzen, da die luftkriegsbedingt nach Bad Ems und Diez an der Lahn ausgelagerten Abteilungen sukzessive wieder zurückkehrten.<sup>289</sup> 1956 wurde Heinrich Krauts ernährungsphysiologische Abteilung in ein eigenständiges *MPI für Ernährungsphysiologie* umgewandelt, und erhielt 1959 einen Neubau.<sup>290</sup> Unter seinem Nachfolger Benno Hess (1922–2002) wurde die Biochemie der Zelle zum neuen Forschungsschwerpunkt. Das verbleibende MPI für Arbeitsphysiologie unter Gunther Lehmann (1898–1974) und dessen Nachfolger Dietrich Lübbers (1917–2005) richtete seinen Schwerpunkt – nicht zuletzt infolge des Niedergangs der rheinischen Montanindustrie – auf die quantitative Analyse der Kinetik und die Modellierung komplexer Versorgungssysteme, etwa die Versorgung des Körpers mit Sauerstoff, aus.<sup>291</sup>

Das *KWI für Physik*, das von Ende 1939 bis Mitte 1942 unter der formellen Leitung des Heereswaffenamtes gestanden hatte, dann aber Mitte 1942 mit seinem Uranprojekt wieder in die „zivile Forschung“ entlassen wurde, war ab Mitte 1943 teilweise von Berlin nach Hechingen in Süddeutschland verlagert worden. Seit Mitte 1942 war Werner Heisenberg Direktor am Institut. Es konnte nach dem Krieg in Hechingen, das nun zur amerikanischen Zone gehörte, zunächst eingeschränkt weiterbetrieben werden. Nach Rückkehr der in *Farm Hall* internierten Wissenschaftler Anfang 1946 wurde unter der Leitung von Heisenberg (Direktor) und von Laue (stellvertretender Direktor) in Göttingen in Räumlichkeiten der bisherigen Aerodynamischen Versuchsanstalt ein Neuaufbau des KWI für Physik (ab 1948 MPI für Physik) unternommen. Dafür konnten auch einige Apparaturen der Versuchsanstalt übernommen werden. Hauptarbeitsgebiet dieses neuen Instituts wurde die Elementarteilchenphysik, der sich Heisenberg schon in seinen Berliner Jahren verstärkt zugewandt hatte, sowie die Erforschung der Kosmischen Strah-

---

<sup>289</sup>Zur Geschichte des Instituts vgl. Theo Plesser und Hans-Ulrich Thamer (Hg.) (2012). Darin insbesondere zu Kraut den Beitrag von Thoms (2012, 297–303) sowie zu Krauts Tätigkeit in Afrika, ebd. (2012, 329–342).

<sup>290</sup>Der Chemiker und Ernährungswissenschaftler Heinrich Kraut (1893–1992) leitete die Abteilung seit 1928. 1937 war er der NSDAP beigetreten und wurde unter anderem als Berater des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aktiv. Im Nürnberger Prozess gegen Flick, Krupp und die IG Farben unruhlich hervorgetreten durch seine eidesstattliche Erklärung, in der er behauptete, dass die Rationen der KZ-Häftlinge ausreichend waren, um Eiweiß- und Fettmangel zu verhindern. Ungeachtet seiner NS-Vergangenheit wurde Kraut 1956–1958 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und 1968–1973 Präsident der Welthungerhilfe war, vgl. Klee (2003, 337); Heim (2003).

<sup>291</sup>1973 erfolgt die Umbenennung des Instituts in MPI für Systemphysiologie. 1993 werden schließlich beide Institute – das MPI für Systemphysiologie und das MPI für Arbeitsphysiologie – unter kollegialer Leitung zu einem Institut, dem MPI für molekulare Physiologie, zusammengeführt. Vgl. dazu Theo Plesser und Rolf Kinne (2010, 284–286).

lung. Die Fortsetzung der eigentlichen Kernenergieforschung war aufgrund des Alliierten Kontrollratsbeschlusses Nr. 25 im Nachkriegsdeutschland nur sehr eingeschränkt gestattet. 1947 wurde außerdem eine astrophysikalische Abteilung unter Ludwig Biermann (1907–1986) angegliedert. Im Zuge der strukturellen Veränderungen in der Max-Planck-Gesellschaft wurde 1955 auf Heisenbergs Wunsch beschlossen, das *MPI für Physik* nach München zu verlegen und dort weiter auszubauen; im Herbst 1958 nahm es dort in einem Neubau seine Arbeit auf. Nach dem Umzug firmierte das Institut unter dem Namen MPI für Physik und Astrophysik mit den Direktoren Heisenberg und Biermann. Entsprechend Heisenbergs Konzept wurde 1960 das ebenfalls in Garching angesiedelte und aus einer 1956 gegründeten Abteilung des MPI für Physik hervorgegangene *MPI für Plasmaphysik* unter Arnulf Schlüter (1922–2011) gegründet, das sich der Fusionsforschung widmete.<sup>292</sup>

Im Frühjahr 1948 wurde für Karl Friedrich Bonhoeffer (1899–1957) eine Abteilung am *KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie* in Berlin eingerichtet und dieser im Dezember 1948 zum Direktor des Instituts bestellt. Doch schon 1949 folgte Bonhoeffer dem Ruf als Direktor an das inzwischen neu gegründete *MPI für physikalische Chemie* in Göttingen. In der Übergangsphase, in der Bonhoeffer beide Institute leitete,<sup>293</sup> holte er den Miterfinder des Elektronenmikroskops Ernst Ruska (1906–1988) als Leiter einer Abteilung für Elektronenmikroskopie an das Institut, die dieser neben seiner Tätigkeit bei der Firma Siemens aufbauen sollte, um Grundlagenforschung für die Weiterentwicklung von Elektronenmikroskopen zu betreiben. 1951 wurde der inzwischen 71-jährige Max von Laue Direktor des Berliner Instituts und läutete eine neue Phase der Konsolidierung ein. Ihm gelang auch 1953 die offizielle Eingliederung des Instituts in die Max-Planck-Gesellschaft, zugleich mit der Umbenennung in Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft. 1957 wurde Ruskas Abteilung Elektronenmikroskopie zu einem eigenständigen Institut unter der Bezeichnung *Institut für Elektronenmikroskopie* am Fritz-Haber-Institut umgewandelt.<sup>294</sup>

<sup>292</sup>Zur Geschichte des MPI für Physik vgl. Kant (2010).

<sup>293</sup>Bis zum 31. März 1951.

<sup>294</sup>Im Zuge einer Strukturreform wurde das Institut ab 1974 in drei Teilinstitute gegliedert: Institut für physikalische Chemie, Institut für Strukturforschung und Institut für Elektronenmikroskopie. In einer weiteren Reform wurden 1980 diese Teilinstitute wieder aufgelöst, es entstand ein Gesamt-Institut mit fünf Abteilungen unter kollegialer Leitung. Zwei Direktoren des FHI gewannen Nobelpreise: 1986 erhielt Ernst Ruska eine Hälfte des Nobelpreises in Physik für seine „fundamentalen elektronenoptischen Arbeiten und die Konstruktion des ersten Elektronenmikroskops“ und 2007 Gerhard Ertl den Nobelpreis für Chemie für seine Forschungsarbeiten, „in denen er die chemischen Prozesse erklärt, die sich auf festen Oberflächen abspielen“. Letzteres war der krönende Erfolg in der Entwicklung des FHI zu einem Zentrum der Grenzflächenforschung. Vgl. auch Ertl (2010).

## Demokratisierung: Mainauer Kundgebung und Göttinger Erklärung

Die Max-Planck-Gesellschaft fügte sich, wie bereits ausgeführt, immer mehr in das föderative Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland ein und entwickelte zugleich demokratische Strukturen. Im Selbstverständnis der Max-Planck-Gesellschaft stand stets die Sicherung der Autonomie der Grundlagenforschung im Vordergrund, doch gab es auch Raum für Diskussionen um die gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Bedeutung der Forschung.

Kernphysikalische Forschungen waren von den Alliierten untersagt. Dennoch versuchten die Wissenschaftler um Heisenberg schon frühzeitig, dieses Verbot zu umgehen. Bereits im Dezember 1949 hatte ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967), Hahn und Heisenberg über die Aufgaben eines künftigen bundesdeutschen Forschungsrats stattgefunden. Obwohl auch in Deutschland viele Menschen mit Sorge die internationale Rüstungsentwicklung betrachteten, war man in erster Linie mit dem Wiederaufbau des Landes beschäftigt. Insofern berührte die beginnende internationale Protestwelle die Bundesrepublik Deutschland bis zur Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober 1954 zunächst wenig. Noch 1953 vertrat Hahn die unter seinen deutschen Kollegen verbreitete Auffassung, dass Proteste und Aufrufe nichts nützen, da die Politik sich offenbar darüber hinwegsetze<sup>295</sup> – eine Auffassung, die er bald ändern sollte. Nachdem Adenauer mit der Bitte an Heisenberg herangetreten war, sich nicht vor der Ratifizierung der Pariser Verträge in der Öffentlichkeit zu Atomfragen zu äußern,<sup>296</sup> veröffentlichte Hahn im Frühjahr 1955 eine Broschüre unter dem Titel „Cobalt 60 – Gefahr oder Hoffnung?“<sup>297</sup> Die Resonanz in der Öffentlichkeit – auch im Ausland – war groß. Zusammen mit Born, Heisenberg und Weizsäcker entschloss sich Hahn daraufhin, die seit 1951 alljährlich stattfindende Lindauer Tagung der Nobelpreisträger zu nutzen, um einen Aufruf gegen militärische und für friedliche Nutzung der Atomenergie zu starten. Es gelang ihm, alle 16 in Lindau anwesenden Nobelpreisträger zur Unterschrift zu bewegen.<sup>298</sup> Mit Datum vom 15. Juli 1955 wurde das Dokument als *Mainauer Kundgebung* der Presse übergeben; ein Jahr später lagen die Unterschriften von 51 Nobelpreisträgern vor.

<sup>295</sup>Hahn an Bruno Berneis am 27. November 1953: „Aber Proteste und Aufrufe nützen doch offenbar nichts; wir alle wissen ja, dass sowohl die Amerikaner wie auch die Russen als Völker keinen Krieg wollen. Die Politik ist offenbar stärker als alle Aufrufe und Proteste.“ MPG-Archiv, NL Hahn, Abt. III, Rep. 14A, Nr.00267, Bl. 2.

<sup>296</sup>Heisenberg war seit 1952 Vorsitzender der DFG-Kommission für Atomphysik und beriet in dieser Eigenschaft auch den Bundeskanzler.

<sup>297</sup>Hahn (1955).

<sup>298</sup>Vgl. Hahn (1968, 230). In seinem Notizbuch vermerkte Hahn am 11. Juli 1955: „Nachmittags noch längere Besprechungen mit den anwesenden 16 Nobelpreisträgern. Schließlich gibt auch Lipmann nach.“ Zitiert nach D. Hahn (1979, 249). Von den Erstunterzeichnern waren Arthur H. Compton (1892–1962) und Hideki Yukawa (1907–1981) nicht in Lindau anwesend.



Abb. 1.8: Otto Hahn und der Bundesminister für Atomfragen Franz Josef Strauß am 1. Oktober 1956 auf einer außerordentlichen Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, auf der es um den Ausbau der Kernforschung an (West-)Berlins Universitäten sowie die Gründung eines Instituts für Kernforschung ging. Hahn referierte über „Die Bedeutung der friedlichen Nutzung der Kernenergie für die Zukunft“.

Ende 1956 zeigte sich der Arbeitskreis „Kernphysik“ beim damaligen Bundesministerium für Atomfragen tief beunruhigt über das Bestreben der Bundesregierung, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen und schrieb einen Brief an den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (1915–1988).<sup>299</sup> Nach einer gemeinsamen Besprechung mit Strauß im Januar 1957 einigte man sich darauf, zunächst noch nicht an die Öffentlichkeit zu treten.<sup>300</sup> Doch Adenauers Erklärungen vor der Presse im April 1957 zur geplanten Atombewaffnung der Bundeswehr und die dabei erfolgte Gleichsetzung von taktischen Atomwaffen mit konventionellen Waffen veranlassten die Wissenschaftler – allen voran Hahn und von Weizsäcker – erneut das Wort zu ergreifen. Am 12. April 1957 wurde die *Göttinger Erklärung* der Öffentlichkeit übergeben.<sup>301</sup> Wichtige Aspekte

<sup>299</sup>MPG-Archiv, NL Hahn, III. Abt., Rep. 14A, Nr. 06 500, Bl. 3–5. Zehn der späteren Göttinger 18 waren Mitunterzeichner dieses Schreibens.

<sup>300</sup>Vgl. Carson (2010, 320–330); Kant (2012).

<sup>301</sup>Veröffentlicht unter anderem in *Physikalische Blätter* 13 (1957) 5, 193–194. Es gibt kein offizielles, von allen 18 beteiligten Wissenschaftlern unterzeichnetes Dokument wie im Fall der *Mainauer Erklärung*.

der *Göttinger Erklärung* waren das Eintreten der Unterzeichner gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr; zudem machten sie die Gefahren von Atomwaffen deutlich und erklärten, sich nicht an der Herstellung oder Erprobung von Atomwaffen zu beteiligen, gleichzeitig traten sie für Forschungen zur friedlichen Nutzung der Atomenergie ein. Die Bundesregierung – allen voran der Verteidigungsminister – reagierte empört. Von den 18 deutschen Atomwissenschaftlern, die die *Göttinger Erklärung* unterzeichnet hatten, gehörten sechs zu der Gruppe der 1945 in *Farm Hall* internierten Wissenschaftler. Auch alle anderen Unterzeichner waren in der einen oder anderen Weise mit dem deutschen Uranprojekt und untereinander verbunden gewesen<sup>302</sup>: Zehn der Unterzeichner waren (Auswärtige) Wissenschaftliche Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft, davon vier Senatoren. Dabei betonte Hahn immer wieder – und das gilt auch für die anderen Unterzeichner entsprechend –, dass er nicht als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft agiere, sondern als unabhängiger Wissenschaftler.

Die Göttinger Erklärung und eine entsprechende kontroverse Bundestagsdebatte am 10. Mai 1957 waren der Katalysator für eine breitere Anti-Atomwaffenbewegung in der Bundesrepublik. Mit der *Mainauer Kundgebung*, und mehr noch mit der *Göttinger Erklärung* traten führende deutsche Wissenschaftler erstmals aus ihrem unmittelbaren wissenschaftlichen Wirkungskreis in eine breite politische Öffentlichkeit heraus und überschritten damit eine wichtige Schwelle ihres bisherigen Selbstverständnisses. Politische Überzeugung und eigennützige Motive vermischten sich dabei, schufen aber ein neues Wissenschaftsbild, das bald seine eigene Dynamik entfalten sollte.<sup>303</sup>

### **Internationaler Dialog: Israel und die Minerva GmbH**

Als der zukünftige israelische Ministerpräsident David Ben Gurion (1883–1973) am 14. Mai 1948 die Errichtung des Staates Israel erklärte, sollte es noch gut ein Jahr dauern, bis mit Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland entstand. Vor dem Hintergrund der Ermordung von etwa sechs Millionen europäischer Juden in der Zeit des Nationalsozialismus unterhielt Israel zunächst weder diplomatische noch konsularische Beziehungen zu einem der beiden deutschen Staaten. Die einzige Ausnahme bildete ab März 1953 eine israelische Mission in Köln, die das – in beiden Ländern, wenngleich aus

<sup>302</sup>Neben den Hauptakteuren Born, Gerlach, Hahn, Heisenberg und Weizsäcker hatten auch Fritz Bopp (1909–1987), Rudolf Fleischmann (1903–2002), Otto Haxel (1909–1998), Hans Kopfermann (1895–1963), Max von Laue, Heinz Maier-Leibnitz (1911–2000), Josef Mattauch, Friedrich-Adolf Paneth (1887–1958), Wolfgang Paul (1913–1993), Wolfgang Riezler (1905–1962), Straßmann, Wilhelm Walcher (1910–2005) und Karl Wirtz ihre Zustimmung zur Unterzeichnung gegeben.

<sup>303</sup>Vgl. zur Mainauer Kundgebung und Göttinger Erklärung auch Kant und Renn (2013, 22–28). Vgl. auch Kant (2012).

grundlegend unterschiedlichen Gründen – umstrittene Luxemburger Abkommen abwickelte.<sup>304</sup> Mit Auslaufen des Abkommens zum 31. März 1965 wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel vereinbart.<sup>305</sup> Wissenschaftspolitische Bemühungen hatte es jedoch bereits zuvor gegeben: Auf Einladung des Weizmann-Instituts reiste Otto Hahn 1959 gegen Widerstände aus beiden Ländern nach Israel. Begleitet wurde er auf dieser zehntägigen Reise von einer MPG-Delegation, der unter anderem sein Sohn Hanno – der als Kunsthistoriker der Bibliotheca Hertziana die Geisteswissenschaften der Max-Planck-Gesellschaft vertrat – sowie Wolfgang Gentner<sup>306</sup> und der Biochemiker Feodor Lynen (1911–1979) vom MPI für Zellchemie als Repräsentanten der beiden naturwissenschaftlichen Sektionen angehörten. Damit begann ein neues Kapitel politischer und wissenschaftlicher Kooperation, die den Weg für eine bis heute andauernde fruchtbare wissenschaftliche Zusammenarbeit ebnete.<sup>307</sup>

Bei einem Besuch in New York 1960 versprach Adenauer Ben Gurion Startkapital in Höhe von 3 Millionen D-Mark für Forschungsprojekte und Wissenschaftsaustausch, und legte damit den Grundstein für die enge institutionelle Kooperation zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizmann-Institut. Da die Max-Planck-Gesellschaft satzungsgemäß nur eigene Forschung finanzieren darf, wurde 1964 die Minerva GmbH (heute Minerva Stiftung GmbH) als Tochtergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft gegründet und schloss ein Forschungsabkommen mit dem Weizmann-Institut.<sup>308</sup>

<sup>304</sup>Das Luxemburger Abkommen oder auch „Wiedergutmachungsabkommen“ wurde am 10. September 1952 zwischen Israel und der Jewish Claims Conference sowie der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Darin verpflichtete sich die BRD zu Leistungen im Gesamtwert von 3,5 Milliarden DM, um die Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge zu unterstützen sowie zu einer selbstverpflichteten Rückerstattung von Vermögenswerten. Sowohl die rechte als auch linke israelische Opposition protestierte gegen das Abkommen, da sie die Auffassung vertraten, dass das Annehmen von Reparationszahlungen einem Vergeben der NS-Verbrechen gleichkäme. In der BRD wiederum war Adenauer bei der Ratifizierung des Abkommens auf die Stimmen der SPD-Fraktion angewiesen, da zahlreiche CDU/CSU-Abgeordnete, wie etwa Franz-Josef Strauß, dieses ablehnten, da sie befürchteten, das Abkommen könne das Verhältnis der BRD zu den arabischen Staaten nachhaltig belasten.

<sup>305</sup>Die ebenfalls 1949 gegründete DDR sah sich nicht in der Verantwortung für das Geschehene, da sie für sich in Anspruch nahm, den gesellschaftlichen Zustand, der den NS-Staat erst ermöglicht hatte, überwunden zu haben. Bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR kam es zu keiner Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel. Unter Zugzwang durch die anti-israelische Haltung der Sowjetunion, und ab 1965 quasi entschuldigt durch die Engstirnigkeit der bundesrepublikanischen „Hallstein-Doktrin“, nahm die DDR stattdessen diplomatische Beziehungen zu einer Reihe arabischer Staaten auf.

<sup>306</sup>An der Vorbereitung hatte Wolfgang Gentner wesentlichen Anteil. – Siehe Nickel (2006).

<sup>307</sup>Vgl. u.a. Nickel (2006); Marsch (2003, 142).

<sup>308</sup>Seit 1973 sichert der Minerva-Vertrag auch die Zusammenarbeit mit allen israelischen Forschungseinrichtungen. Nach den USA ist Deutschland heute der wichtigste Wissenschaftspartner Israels. Aktuell existieren 34 Minerva-Zentren an israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, wo in unterschiedlichsten Feldern – von den Geschichtswissenschaften über Umwelttechnologie und In-

## 1.7 Wissenschaft im Wirtschaftswunderland: Die Ära Butenandt

Seit Beginn der 1960er Jahre griff die Max-Planck-Gesellschaft verstärkt gesellschaftliche Herausforderungen auf und nutzte zugleich geschickt politische Gegebenheiten für die Etablierung neuer Forschungsperspektiven. Das 1960 in Garching gegründete MPI für Plasmaphysik, inzwischen das größte Zentrum für Fusionsforschung in Europa, war eine Ausgründung aus dem MPI für Physik und Astrophysik. Ging man damals noch davon aus, in etwa 20 Jahren die Kernfusion zu beherrschen, so wird heute erwartet, dass es entsprechende Kraftwerke nicht vor 2050 geben wird. Die Fusionsforschung ist sicherlich ein charakteristisches Beispiel für ein Forschungsgebiet, das einen langen Atem erfordert, aber auch weiterreichende institutionelle Kooperationen, wie etwa zwischen Max-Planck-Gesellschaft und Helmholtz-Gesellschaft. Heute ist das Institut dem von Euratom koordinierten Europäischen Fusionsprogramm assoziiert und an europäischen Gemeinschaftsprojekten wie dem Joint European Torus (JET) beteiligt. Es ist eine besondere Stärke der Max-Planck-Gesellschaft, solchen Herausforderungen durch Einzelfalllösungen zu begegnen, die ein besonderes Maß an institutioneller Flexibilität voraussetzen, oft jenseits traditioneller Denkhorizonte von Politik und Verwaltung.

Ein weiteres Beispiel für das Aufgreifen gesellschaftlicher Herausforderungen und politischer Gelegenheiten ist die Gründung des MPI für extraterrestrische Physik unter Reimar Lüst zunächst als Teilinstitut des MPI für Physik und Astrophysik im Jahre 1963. Der Sputnik-Schock ließ die USA nach europäischen Partnern für die Weltraumforschung Ausschau halten. Diese politische Konstellation machte es möglich, bereits vorhandene Forschungsansätze an anderen Max-Planck-Instituten als Potenzial für eine Neugründung zu nutzen sowie bereits vorhandene theoretische Ansätze experimentell auszuweiten.

Zu den erfolgreichen Strategien der Themenfindung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft gehört offensichtlich auch die Besinnung auf bereits vorhandene Stärken. Für die Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaften bietet ihre Position in einer naturwissenschaftlich dominierten Gesellschaft zweifellos einen einzigartigen Forschungskontext. Dieser ermöglichte es den in diesen Gebieten arbeitenden Instituten nicht nur Brücken zwischen den so genannten zwei Kulturen zu schlagen, sondern auch die traditionelle Zersplitterung innerhalb der Humanwissenschaften zu überwinden. Zugleich befähigte dieser Kontext die Max-Planck-Gesellschaft in den sechziger und siebziger Jahren

---

formatik bis zu den Rechtswissenschaften – geforscht wird. Die Zentren finanzieren sich zu gleichen Teilen durch das von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Kapital und einen Eigenbetrag der jeweiligen israelischen Universität, die das Zentrum betreibt. Vgl. u.a. Smilansky und Weidenmüller (2006).

in besonderem Maße, auch gesellschaftliche Herausforderungen aus diesem Bereich aufzugreifen.

Wegweisend für diesen Modernisierungskurs war der neue Mann an der Spitze der Gesellschaft: Im November 1959 wurde Adolf Butenandt vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft zum Nachfolger von Otto Hahn im Präsidentenamt gewählt.<sup>309</sup> Wie seine Vorgänger Planck und Hahn kam Butenandt aus den Reihen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und stand damit für Kontinuität. Die Amtsübergabe erfolgte auf der 11. Ordentlichen Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft im Mai 1960 in Bremen. Zugleich wurde Hahn von den MPG-Mitgliedern zum Ehrenpräsidenten gewählt. Zu diesem Zeitpunkt umfasste die Max-Planck-Gesellschaft 40 Institute und Forschungsstellen mit fast 3.000 Mitarbeitern, davon knapp 850 Wissenschaftler/innen.

Es steht außer Frage, dass Adolf Butenandt eine der herausragenden Gestalten der deutschen Naturwissenschaft im 20. Jahrhundert gewesen ist. Mit gerade erst 30 Jahren wurde er ordentlicher Professor für organische Chemie an der TH Danzig, drei Jahre später Direktor des KWI für Biochemie – an dessen Spitze er in den zahlreichen Transformationen dieses Instituts bis zu seiner Emeritierung 1972 stehen sollte. 1945 bis 1956 war er Ordinarius an der Universität Tübingen, von 1956 bis 1971 dann an der Universität München. Bis 1972 blieb er Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und wurde danach ihr Ehrenpräsident. Die Ehrendoktorwürde erhielt er 14 Mal, außerdem „so ziemlich alle Auszeichnungen und Medaillen, welche die Naturwissenschaften in Deutschland zu vergeben haben“<sup>310</sup> und nicht zuletzt sei auch noch einmal der Nobelpreis für Chemie erwähnt. An der Spitze der Max-Planck-Gesellschaft fügte er der Biographie eines Ausnahmewissenschaftlers noch die Rolle eines glänzenden Wissenschaftsorganisors hinzu, der in einer Zeit, die sich auch finanziell durch große Gestaltungspotentiale auszeichnete, wegweisende Entscheidungen für die Modernisierung der Gesellschaft traf, deren Auswirkungen im Einzelnen erst noch zu untersuchen sind.

### 1.7.1 Modernisierungskurs

Auf der Jahreshauptversammlung 1961 in Berlin beschwor Butenandt anlässlich des 50. Geburtstags der Gesellschaft noch einmal die Kontinuität zwischen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft:

Obwohl die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor etwa Jahresfrist endlich aufgelöst wurde, feiert die Max-Planck-Gesellschaft dieses Jubiläum, weil sie selbst die alleinige Aufgabe übernahm, die Tradition

<sup>309</sup>Vgl. u.a. Marsch (2003); Proctor (2000).

<sup>310</sup>Schieder und Trunk (2004, 7).

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erhalten und zu mehren und aus dieser Tradition nach den Erfordernissen unserer Tage die Wissenschaft zu fördern.<sup>311</sup>

Zugleich hielt er fest:

Die Feststellung, daß die Grundprinzipien unserer Gesellschaft seit 50 Jahren unverändert geblieben sind und sich bisher ganz offenbar bewährt haben, entbindet uns aber nicht von der Frage, ob sie wirklich den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und vor allem den zukünftigen Bedürfnissen einer so gründlich veränderten Welt voll entsprechen.<sup>312</sup>

Letzteres war allerdings rein pragmatisch gemeint, eine Frage nach politischer Verantwortung wurde dabei nicht einmal angedeutet. Durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 war aus Sicht der Max-Planck-Gesellschaft die Option Berlin als zukünftiger Sitz der Max-Planck-Gesellschaft nicht mehr adäquat. Butenandt verlegte das Präsidialbüro nach München, während die Generalverwaltung vorerst noch in Göttingen verblieb. Ab Ende 1961 erfolgte der schrittweise, sich über acht Jahre hinziehende Umzug der Generalverwaltung von Göttingen nach München.

Im Juni 1964 wurde das seit 1969 im Grundgesetz verankerte Königsteiner Abkommen zur Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft durch das „Verwaltungsabkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung“ abgelöst, das die gemeinsame Bund-Länder-Finanzierung im Wissenschaftsbereich von MPG, DFG und Studentenförderung neu regelte. Dazu kamen nach wie vor private Mittel, etwa aus Stiftungen, die zwar im Gesamthaushalt einen geringeren Teil ausmachten, aber für Flexibilität bei der Realisierung einzelner Projekte von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren, wie Butenandt vor der Hauptversammlung 1964 betonte.<sup>313</sup> Zwar musste sich im August 1965 der Verwaltungsrat im Zuge des ersten Abschwungs nach den Wirtschaftswunderjahren mit einer Auflage der Bund-/Länder-Kommission befassen, wonach der Zuwachs des Haushalts der Max-Planck-Gesellschaft um zwei Drittel gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen reduziert werden sollte. Doch unter dem Strich stieg der Etat der Gesellschaft in Butenands Amtszeit um mehr als 350 Prozent auf etwa eine halbe Milliarde D-Mark an.<sup>314</sup>

---

<sup>311</sup>Butenandt (1961, 18).

<sup>312</sup>Ebd., 24.

<sup>313</sup>Butenandt (1964, 69).

<sup>314</sup>Haushalt 1960 insgesamt DM 80.920.015.- vgl. Gesamteinnahmen und -ausgabenrechnung zum 31.12. 1960, MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, IV. Abt., Az. 4291. Haushalt 1971 insgesamt DM

Nach sechs Jahren Vorlauf – bereits Hahn hatte 1958 entsprechende Überlegungen angeregt – wurde im Dezember 1964 auf einer außerordentlichen Hauptversammlung in Düsseldorf eine Satzungsreform beschlossen. In der neuen MPG-Satzung wurde explizit betont, dass die Max-Planck-Gesellschaft die Tradition der inzwischen liquidierten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fortsetze. Dabei stützte sie sich strukturell im Wesentlichen auf das Harnack-Prinzip, das Subsidiaritäts-Prinzips und die interdisziplinäre Vernetzung, die wir bereits eingangs besprochen haben. Eine entscheidende Veränderung betraf die Funktion des Präsidenten: Dieser erfüllte nun nicht mehr bloß repräsentative Aufgaben, sondern bestimmte auch die Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft – der Begriff „Wissenschaftspolitik“ tauchte 1961 erstmals in den Dokumenten der Max-Planck-Gesellschaft auf.<sup>315</sup>

Ebenso wurden die Aufgaben des Verwaltungsrats und der Generalsekretäre im Sinne eines Vorstandes der Gesellschaft sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder und Direktoren neu formuliert. Im April 1965 trat die neugefasste Satzung in Kraft. Werner Heisenberg spielte in diesen Diskussionen eine zentrale Rolle; er war seit 1960 Mitglied des Verwaltungsrates und von 1966 bis 1972 Vizepräsident. Heisenberg hatte sich seit Ende der 1950er Jahre mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit Großforschung in die Max-Planck-Gesellschaft integriert werden sollte und ob das Harnack-Prinzip in seiner traditionellen Fassung noch tragfähig sei, wenn die Gesellschaft international Schritt halten wollte.<sup>316</sup> Butenandt, der für den internen Modernisierungskurs eintrat, protegierte Heisenberg unter dem Gesichtspunkt, die Max-Planck-Gesellschaft entsprechend der neuen, von außen herangetragenen Erfordernisse auszurichten.<sup>317</sup> Die neue Satzung ebnete auch den Weg für die kollegiale Leitung an den Instituten, bei der es sich laut Butenandt um „ein Stück innerer Reform“ von nicht zu unterschätzender Größe handelte.<sup>318</sup> Zugleich wurden damit neue Institutsstrukturen möglich. 1966 folgte nach längeren Diskussionen im 1960 gegründeten präsidialen Beratungskreis die so genannte „Lex Heisenberg“, die unter anderem Verfahrensregelungen bezüglich der Nachfolgeberufungen für Abteilungsdirektoren (wobei grundsätzlich die Frage der Fortführung oder Schließung von Abteilungen zu prüfen sei) oder bei der Besetzung von Evaluierungskommissionen (ohne

540.671.853.- (davon Haushalt A und B: DM 454.084.710.- und Haushalt C (Institut für Plasmaphysik: DM 86.587.143.-), vgl. MPG Jahresbericht 1972 - Jahresrechnung 1971, Bl. 37–38, MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IV. Abt., Az. 4291.

<sup>315</sup>Und zwar in der Niederschrift über die Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rats der MPG am 6. Juni 1961, MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, Protokolle der Geisteswissenschaftlichen Sektion, Bl. 2.

<sup>316</sup>Zur Großforschung in der KWG/MPG, siehe den Beitrag von Helmuth Trischler in diesem Band.

<sup>317</sup>Vgl. Carson (2010, 219; 2010, 261f.).

<sup>318</sup>Butenandt (1981, 494–511). Vgl. zur kollegialen Leitung und Mitarbeiterbestimmung auch den Beitrag von Reimar Lüst in diesem Band.

Institutsmitglieder) festschrieb. Ziel sowohl von Heisenberg als auch Butenandt war dabei, zu verhindern, dass die Modernisierung der Gesellschaft durch falsch verstandene Traditionen behindert würde.<sup>319</sup>

### 1.7.2 Wissenschaftswunderzeit

War die Amtszeit Hahns wesentlich dadurch gekennzeichnet, nach dem Krieg die Institute wieder aufzubauen, die laufende Forschung zu sichern und an die neuen Anforderungen anzupassen, so stand zumindest in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft nicht nur der weitere Ausbau vorhandener Institute auf Butenandts wissenschaftspolitischer Agenda, sondern darüber hinaus auch die Gründung neuer Institute. Bereits in den ersten vier Jahren seiner Präsidentschaft wuchs die Zahl der Institute auf 53 und die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Gastwissenschaftler/innen) auf gut 10.000 an.<sup>320</sup> Zu den neuen Forschungsrichtungen der Gesellschaft gehörten beispielsweise Radioastronomie, extraterrestrische Physik, biophysikalische Chemie, Festkörperforschung, molekulare Genetik, Immunbiologie, biologische Kybernetik und Zellbiologie.<sup>321</sup> Mit der Gründung des Instituts für Plasmaphysik in Garching bei München<sup>322</sup> wurde nun auch der Weg zu Großforschungsanlagen beschritten.<sup>323</sup>

Die zunächst nur aus vier Instituten bestehende geisteswissenschaftliche Sektion erlebte einen Aufschwung.<sup>324</sup> Die Gründung des MPI für Bildungsforschung 1963 in Berlin mit seinen Schwerpunkten Entwicklung und Bildung des Menschen war in gewisser Weise eine Reaktion auf den Sputnikschock von 1957, der nicht nur in den USA, sondern auch in der damaligen Bundesrepublik die Bildungskrise drastisch offenbarte.<sup>325</sup> Sie stand aber ebenso in engem Zusammenhang mit dem langjährigen bildungspolitischen Engagement des Juristen Hellmut Becker, das die Tätigkeit des Instituts über viele Jahre

---

<sup>319</sup>Carson (2010, 263).

<sup>320</sup>Insgesamt waren in den 1960er Jahren knapp 100 Neuvorhaben an die MPG herangetragen worden, von denen aber letztendlich nur wenige in ihrem Rahmen zum Tragen kamen, vgl. Butenandt (1971, 489–493).

<sup>321</sup>Vgl. Henning und Kazemi (2011, 23).

<sup>322</sup>Das Institut existierte zunächst in einer besonderen Rechtsform mit Heisenberg als Gesellschafter und wurde erst 1971 voll in die MPG eingegliedert. Vgl. dazu Boenke (1991) und insbesondere den Beitrag von Helmuth Trischler in diesem Band.

<sup>323</sup>Heisenberg wie Butenandt betrachteten es als Fehler, dass die MPG seinerzeit auf eine führende Mitwirkung beim Kernforschungszentrum Karlsruhe oder beim Hamburger DESY verzichtet hatte, vgl. dazu Carson (2010, 265).

<sup>324</sup>Trotzdem gab es Widerstände sowohl in der nach wie vor stärker naturwissenschaftlich geprägten MPG selbst als auch von außen. So befürchteten die Kultusminister Eingriffe in ihre Kompetenzen und Aushöhlung der geisteswissenschaftlichen Forschung an den Universitäten.

<sup>325</sup>Georg Picht (1913–1982) prägte den Begriff der deutschen „Bildungskatastrophe“, Picht (1964).

prägte.<sup>326</sup> 1970 wurde das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg gegründet; zu seinen Direktoren wurden Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas (\*1929) berufen. Die Gründung der beiden Institute war geprägt durch Ideen zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen, die ihrer Zeit weit voraus waren, etwa zur Globalisierung, Nachhaltigkeit, Friedensforschung, Wissenschaftsforschung und eben des Bildungssystems. Diese sollten wissenschaftlich erforscht und in die Gesellschaft hineingetragen werden.<sup>327</sup> Becker und Weizsäcker, beides charismatische Persönlichkeiten, waren eng miteinander befreundet. Ohne ihre weitgespannten und einflussreichen Netzwerke wären diese beiden ambitionierten Institutsgründungen wohl nicht zustande gekommen. Sie stehen für eine Zeit, in der solche Netzwerke die Geschicke der Max-Planck-Gesellschaft offenbar bestimmen konnten. Sie stehen aber auch für den Versuch, die Erfahrung der NS-Katastrophe in zukunftsweisende Forschungen mit gesellschaftlichem Wirkungsanspruch umzusetzen, ohne dass allerdings die beiden Protagonisten ihre persönlichen NS-Erfahrungen in gleichem Maße reflektiert hätten.<sup>328</sup> An diese „utopische Episode“ der Max-Planck-Gesellschaft – das Starnberger Institut wurde nach nur zehn Jahren Forschungsarbeit geschlossen – schloss sich eine „pragmatische Wende“ (Leendertz) an, die im Jahr 1984 zur Gründung des MPI für Gesellschaftsforschung in Köln,<sup>329</sup> ebenso wie zu einer stärkeren Ausrichtung des Berliner MPI für Bildungsforschung an rein akademischer Wissenschaft führte.

Auch in den Rechtswissenschaften wurden drei neue Institute gegründet: das *MPI für europäische Rechtsgeschichte*, das von 1964 bis 1979 unter der Leitung seines Gründungsdirektors Helmut Coing (1912–2000) stand und sich bis heute zentral der Darstellung europäischer Rechtsentwicklung und dem transnationalen Vergleich der Rechtssysteme widmet. 1966 folgten dann das *MPI für ausländisches und internationales Strafrecht* und das *MPI für ausländisches und internationales Patent- Urheber- und Wettbewerbsrecht*. Die international führende Rolle, die die Max-Planck-Gesellschaft heute im Bereich der vergleichenden Erforschung des ausländischen öffentlichen und privaten Rechts hat, geht auf Entscheidungen zurück, die bereits in den 1920er Jahren nach dem Subsidiaritätsprinzip gefallen sind. Dabei verdankte beispielsweise das *KWI für ausländisches*

<sup>326</sup>Kant und Renn (2013, 31–34).

<sup>327</sup>Kant und Renn (2013, 34–37).

<sup>328</sup>Kant und Renn (2013, 38).

<sup>329</sup>Die Geschichte des 1970 gegründeten MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt sowie insbesondere der Beschluss zu seiner Schließung nach nur zehn Jahren Forschungsarbeit ist Gegenstand mehrerer kritischer Untersuchungen. Vgl. dazu Leendertz (2010) und Laitko (2011). Siehe insbesondere auch den Beitrag von Ariane Leendertz in diesem Band.

*öffentliches Recht und Völkerrecht* 1924 seine Entstehung nicht zuletzt dem Bestreben, die völkerrechtlichen Folgen des Versailler Vertrages auszuloten.

Zu den ersten neugegründeten Instituten in den weiterhin dominanten Naturwissenschaften gehörten 1961 das *MPI für Immunbiologie* in Freiburg im Breisgau unter der Leitung von Otto Westphal (1913–2004), das sich vor allem mit Grundlagenforschung in der Immun- und Entwicklungsbiologie, und dabei insbesondere mit Ausbildung und Funktion des Immunsystems befasste, und das Berliner *MPI für molekulare Genetik*, das 1964 mit Heinz-Günter Wittmann (1927–1990) und Heinz Schuster (1927–1997) als Gründungsdirektoren ins Leben gerufen wurde, denen 1965 noch Thomas A. Trautner (\*1932) folgte. Die Arbeit des MPI für molekulare Genetik konzentrierte sich zunächst auf DNA-Replikation und Genregulation bei Bakterien, Bakteriophagen und Pilzen sowie die Struktur, Funktion und Entwicklung der Ribosomen.

Die Gründung des *MPI für Radioastronomie* 1966 ist ein Beispiel dafür, wie sich Synergien zwischen außeruniversitären und universitären Forschungseinrichtungen entwickeln können. Das seit Anfang der 1950er Jahre bestehende Astronomische Institut der Universität Bonn betrieb ein eigenes Radioteleskop von 25 Metern Durchmesser. Ausbaupläne, die den Bau eines 100-Meter-Radioteleskops vorsahen, hätten den Etat eines einzigen Universitätsinstituts gesprengt. Doch durch die Zusammenlegung der bestehenden Vorhaben, sprich: Gründung eines MPI und Ausbau des Universitätsinstituts, konnte 1966 das MPI für Radioastronomie unter Otto Hachenberg (1911–2001), der bereits seit 1962 das Universitätsinstitut geleitet hatte, seine Arbeit aufnehmen und zum 1. August 1972 ging das 100-Meter Radioteleskop Effelsberg in der Eifel in Betrieb, seinerzeit das größte bewegliche Radioteleskop der Welt.

Ausdruck für Fertilität und Mutationsfähigkeit der Gesellschaft war die Überführung von mehreren kleineren Forschungseinheiten in eine größere, wie beispielsweise Butenandt sie im Fall des *MPI für Biochemie* praktizierte. Ab 1965 betrieb er die Zusammenlegung des ursprünglichen MPI für Biochemie, des MPI für Eiweiß- und Lederforschung, das 1954 aus dem ehemaligen KWI für Lederforschung entstanden war, und des 1956 aus einer Abteilung der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie hervorgegangenen MPI für Zellchemie zu einem großen biochemischen Zentrum. Das neue MPI für Biochemie entstand vor den Toren Münchens in Martinsried und nahm 1972/73 seinen Betrieb auf.<sup>330</sup> Ähnlich verlief die Entstehungsgeschichte des *MPI für biophysikalische Chemie*, das 1971 auf Initiative des Nobelpreisträgers Manfred Eigen (\*1927)

---

<sup>330</sup>Trunk (2010, 273f.).

durch die Zusammenlegung des Göttinger MPI für physikalische Chemie – dessen Direktor Eigen damals war – und des MPI für Spektroskopie entstand.<sup>331</sup>

Die mit den Erfolgen des Wirtschaftswunders einhergehenden Expansionspläne erhielten durch die Konjunkturdelle Mitte der 1960er Jahre einen Dämpfer.<sup>332</sup> Folglich verneinte Butenandt nachdrücklich auf der Hauptversammlung 1966 die Frage: „Treiben wir Expansionspolitik?“ und betonte, dass die Max-Planck-Gesellschaft „nicht als allgemeine Trägerorganisation für beliebig viele und verschiedenartige Institute mißbraucht werden“ dürfe. Wolle man dem Grundprinzip strenger und steter Produktivitätskontrolle konsequent folgen, stünde der Gründung neuer Institute die Auflösung älterer, „unfruchtbar“ gewordener Institute gegenüber.<sup>333</sup> Bedingt durch das Ausbleiben einer Verbesserung der bundesrepublikanischen Haushaltssituation gegen Ende der 1960er Jahre war auch mit einer weiteren Verlangsamung der Wachstumstendenzen in der Max-Planck-Gesellschaft zu rechnen. Butenandt antwortete auf der Jahreshauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 1971 darauf mit einem ausführlichen Zitat aus einer Rede Harnacks von 1926, die in der Feststellung gipfelte: „[W]ir haben neue Institute nur unter dem Druck wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeiten ins Leben gerufen. [...] So werden wir es auch künftig halten.“<sup>334</sup> Aus der Max-Planck-Gesellschaft ausgegliedert wurden in Butenandts Amtszeit 1969 die *Aerodynamische Versuchsanstalt* und 1970 das Würzburger *MPI für Silikatforschung*.<sup>335</sup> Geschlossen wurden 1968 nach der Emeritierung seines Direktors Reinhold von Sengbusch (1898–1985) das *MPI für Kulturpflanzenzüchtung* sowie 1970 nach dem Tod von Otto Warburg das 1930 für ihn gegründete *Institut für Zellphysiologie*.<sup>336</sup>

Auch den internationalen Beziehungen räumte Butenandt einen hohen Stellenwert ein. Die Institute sollten für die Zusammenarbeit mit ausländischen For-

<sup>331</sup>Durch Ausgliederung aus dem MPI für Physik war 1950 die Forschungsstelle für Spektroskopie in der MPG zunächst in Hechingen (dem Kriegsverlagerungsort des KWI für Physik) unter Hermann Schüler (1894–1964) entstanden. Im Oktober 1960 war sie nach Göttingen umgezogen.

<sup>332</sup>Als 1965 die Bund-Länder-Kommission den Haushalt für die MPG stark kürzen wollte, spitzten sich unter anderem die Haushaltsverhandlungen für die MPG dramatisch zu. Die Situation veranschaulicht sehr gut der Artikel von Rudolf Leonhardt „Butenandts Zorn. Fünfundzwanzig Millionen retten den Haushalt nicht, ruinieren aber die Max-Planck-Gesellschaft“ in der *Zeit* (Nr. 34/1965).

<sup>333</sup>Butenandt, Ansprache auf der Festversammlung der MPG, Frankfurt am Main 23. Juni 1966, zitiert nach Henning und Kazemi (2011, 446f.).

<sup>334</sup>Butenandt (1971, 35).

<sup>335</sup>Ersteres korrelierte mit einer wissenschaftlichen Neuausrichtung des MPI für Strömungsforschung auf die Untersuchung der Physik der Materie im flüssigen und gasförmigen Zustand. 2004 wurde das Institut in MPI für Dynamik und Selbstorganisation umbenannt, vgl. dazu auch Epple und Schmaltz (2010, 162f.). Das MPI für Silikatforschung wurde 1971 von der Fraunhofer-Gesellschaft übernommen und als Institut für Silicatforschung weitergeführt.

<sup>336</sup>Nach umfangreicher Sanierung wurde 1978 das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in dem ehemaligen biochemischen Forschungsinstitut eröffnet.

schungseinrichtungen stets offen sein und auch finanziell unterstützt werden, ohne dass inhaltliche Vorgaben gemacht wurden. Wie Hahn seit Mitte der 1950er Jahre, pflegte auch Butenandt die Beziehungen zum Ausland und unternahm zahlreiche Reisen in dieser Mission. Neben den relativ unkomplizierten Verbindungen zu Westeuropa oder Japan bemühte man sich auch um den Aufbau von Verbindungen in die Länder des sogenannten Ostblocks, vor allem mit der UdSSR. So gab es bereits im Dezember 1962 einen Besuch einer Delegation der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften; ein Gegenbesuch fand im November 1963 statt, an dem Richard Kuhn, Boris Rajewsky und Reimar Lüst teilnahmen. Im September 1970 konnte dann zwischen der Sowjetischen Akademie und der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein entsprechender Vertrag über Wissenschaftleraustausch und Zusammenarbeit abgeschlossen werden, der auch die Max-Planck-Gesellschaft einbezog.

Aber auch bilaterale Abkommen mit den (ehemaligen) westlichen Kriegsgegnern sind in dieser Zeit durchaus hervorzuheben, wie etwa mit dem französischen *Centre National de la Recherche Scientifique* (C.N.R.S.) im Jahre 1971. Dieses Abkommen führte dann im Dezember 1971 zu einem Vertrag, ein gemeinsames Hochfeld-Magnetlaboratorium in Grenoble zu gründen.

### 1.7.3 Aufbruch in eine neue Ära

Der Übergang von Butenandt zu Lüst im Präsidentenamt stellte – natürlich auch bedingt durch den zeitgeschichtlichen Kontext der siebziger Jahre – eine Zäsur dar. Butenandt beendete seine Amtszeit am 19. Juni 1972. Es war das Jahr des Radikalenerlasses,<sup>337</sup> das Jahr, in dem sich das Machtgefüge des Kalten Kriegs durch eine Annäherung zwischen den USA und China verschob, das Jahr des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, das Jahr, in dem die „Bewegung 2. Juni“ einen Anschlag auf das Harnack-Haus verübte<sup>338</sup> und das des Massakers bei den Olympischen Spielen in München, das Jahr, in dem Willy Brandt die Vertrauensfrage stellte und die anschließenden Neuwahlen gewann, und auch das Jahr, in dem kein Friedensnobelpreis verliehen wurde und Heinrich Böll (1917–1985) den Nobelpreis für Literatur erhielt. In der Max-Planck-Gesellschaft fand in dieser Zeit ein

<sup>337</sup> „Der Erlaß [vom 28. Januar 1972] wurde zu einem der bekanntesten symbolischen Akte der Unterdrückung; er richtete sich hauptsächlich gegen Kommunisten – man bezeichnete sie als Extremisten oder Radikale –, die Arbeit im öffentlichen Sektor suchten. Obwohl er auch für Neofaschisten galt, waren wenige davon betroffen. Dieser Erlaß vergiftete das innere Klima und läutete ein Jahrzehnt der Proteste, Demonstrationen, politischen Erklärungen und gerichtlichen Entscheidungen ein.“ Braunthal (1992, 9).

<sup>338</sup> Am 11. April 1972, der Anschlag missglückte, da die Bombe nicht detonierte und war auch nicht gegen die MPG, sondern die US-Streitkräfte gerichtet, als deren Offizierskasino das -Haus zu diesem Zeitpunkt fungierte.

Modernisierungsprozess statt, der sich auch in der institutionellen Demokratisierung von Gremien und Verwaltungsstrukturen, der Einführung kollegialer Leitungsstrukturen (erstmalig 1970 am MPI für Immunbiologie) sowie der Verankerung der Mitbestimmung im Zuge der Strukturreform 1972 gegen zum Teil heftige interne Widerstände niederschlug.<sup>339</sup> Wie sich diese gesamtgesellschaftliche Umbruchsituation – auch international – in den Strukturen von Wissenschaft widerspiegelt, ist noch ein Forschungsdesiderat. Was wir hier an einem in der Literatur behandelten Beispiel, der Satzungsreform der Max-Planck-Gesellschaft von 1964 und 1972, aufzeigen können, ist wie innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft reformerische und konservative Kräfte einen Kompromiss gefunden haben, der bis heute seine Wirkung in Formen innerorganisatorischer Demokratie gefunden hat.

### **Mehr Mitbestimmung, weniger Einfluss der Wirtschaft**

Zwei Forderungen standen im Zentrum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft: zum einen mehr Mitbestimmung und zum anderen weniger Einfluss der Wirtschaft auf die wissenschaftliche Forschung. Das hierarchische direktorale Prinzip sei überholt, argumentierten vor allem jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, nur eine sachverständige Diskussion aller Beteiligten der Forschungsbedingungen, Forschungsergebnisse und forschungspolitischen Präferenzen schaffe die Kompetenz, eine wirksame Kontrolle der Forschung einzuführen. Insofern forderten sie die gleichberechtigte Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an künftigen Entscheidungen hinsichtlich Forschungsarbeit und Strukturplanung der Gesellschaft und die Umsetzung der bereits in der Satzungsänderung 1964 beschlossenen kollegialen Leitung.

Anfang Juni 1971 fand in Arnoldshain der „Erste konstituierende Delegiertentag der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft“ statt, der die regionalen Delegiertenversammlungen der Max-Planck-Gesellschaft repräsentierte. Die gewählten Vertreter der etwa 4.000 wissenschaftlichen Mitarbeiter und Stipendiaten forderten „die Beseitigung des bestehenden Klassensystems unter den Wissenschaftlern und des Mißbrauchs von Zeitverträgen“. In der ersten der dort ausgearbeiteten und beschlossenen insgesamt 14 *Arnhold Arnoldshainer Thesen zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft* hieß es: „Die gegenwärtigen forschungspolitischen Präferenzen in der Max-Planck-Gesellschaft sind weitgehend bestimmt durch partikulare Wirtschafts- und Karriereinteressen.“<sup>340</sup> Diese

<sup>339</sup>Elf Tübinger Institutsdirektoren unter der Ägide von Georg Melchers (1906–1997), Direktor des MPI für Biologie, riefen zu einem Sit-in auf – doch nicht aus Solidarität mit den Forderungen nach mehr Mitbestimmung, sondern aus Protest dagegen. Aus ihrer Sicht gab der designierte Präsident Lüst „kampflos wichtige Positionen“ auf, vgl. dazu Gerwin (1996, 217).

<sup>340</sup>Jentsch, Kopka und Wülfing (1972, 476).

selbstkritischen Reflexionen aus der Max-Planck-Gesellschaft stellten ein neues Phänomen dar. Sie fanden auch ihren Ausdruck in empirischen Studien, die das Selbstverständnis der Max-Planck-Gesellschaft hinterfragten, naturgemäß allerdings ohne die Einsichtsmöglichkeiten späterer historischer Forschung in die wirklichen Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und ihren Kontexten.

In der Hauptversammlung, dem obersten Vereinsorgan der Max-Planck-Gesellschaft, das die Senatoren wählt und über Satzungsänderungen beschließt,<sup>341</sup> verfügten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über kein Stimmrecht, sondern ausschließlich die Mitglieder.

Von den 1287 Mitgliedern der Max-Planck-Gesellschaft waren 1970 allein 818 Firmenmitglieder; von den 469 Einzelmitgliedern standen viele ebenfalls der Wirtschaft nahe. Hingegen stammen von den 275 Millionen Mark des Haushalts 1970 nur rund 1,2 Millionen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Wirtschaft, dazu noch 1,6 Millionen vom Stifterverband. So kommen annähernd 99 Prozent der Mittel von der öffentlichen Hand, also von der Allgemeinheit. Für nur rund ein Prozent hat die Wirtschaft einen massiven Einfluß auf die Max-Planck-Gesellschaft erlangt.<sup>342</sup>

Auch für den Staat galt: „geringer personeller Einfluss und freizügige Mittelvergabe ohne Kontrollinstanzen“<sup>343</sup> oder wie es der Physiker Rudolf Rass vom Fritz-Haber-Institut und Vorstand des Wissenschaftsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses formulierte: „Dem Maximum an öffentlichen Zuschüssen entspricht mithin nur ein Minimum an öffentlicher Mitsprache.“<sup>344</sup> Auch der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Hans Leussink (1912–2008), unterstrich auf der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 1971 in Berlin:

Bereits bei Ihrer letzten Hauptversammlung in Saarbrücken habe ich darauf hingewiesen, daß die bisher oft postulierte Wertefreiheit der Forschung heute mindestens modifiziert betrachtet werden muss.

<sup>341</sup>Insgesamt setzt sich die Max-Planck-Gesellschaft aus fünf Organen zusammen: dem *Präsidenten*, dem *Verwaltungsrat* (der mit den Generalsekretären den Vorstand bildet und dem damals sieben stimmberechtigte und ein beratendes Mitglied angehörten, deren Amtszeit unbegrenzt war), dem *Senat* (der den Präsidenten, die Mitglieder des Verwaltungsrats und die wissenschaftlichen Mitglieder wählt) der wiederum von der *Hauptversammlung* gewählt wird sowie der *Wissenschaftliche Rat* mit seinen Sektionen, vgl. dazu auch Jentsch, Kopka und Wülfing (1972, 481f.).

<sup>342</sup>„Aufstand der Forscher“, in: Die ZEIT, 18.6.1971 Nr. 25. Zu Einflussbereich und Funktionsverteilung von Staat und Privatwirtschaft in der MPG vgl. Jentsch, Kopka und Wülfing (1972, 478–491).

<sup>343</sup>Ebd., 480.

<sup>344</sup>Der Spiegel 27/1971.

Denn die Forschung darf bei all ihren Arbeiten die gesellschaftspolitischen Bezüge und die Folgerungen für das Zusammenleben der Menschen nicht außer Betracht lassen.<sup>345</sup>

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietrich Sperling, Mitglied des Bonner Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, plädierte sogar für die Umwandlung der Max-Planck-Gesellschaft von einem privaten Verein in eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, falls sie sich nicht zu einer umfassenden Reform entschliesse.<sup>346</sup>

### **Strukturreform: Ändern, damit alles so bleibt, wie es ist?**

Wie reagierte also die Max-Planck-Gesellschaft auf diesen Druck von innen und von außen? Nach Ansicht ihres Präsidenten musste sie keine Diskussion scheuen.<sup>347</sup> Bereits im Herbst 1968 hatte Butenandt eine Präsidentenkommission für Strukturfragen berufen, um „ähnliche Unruhe wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden“.<sup>348</sup> Die Aufgaben der Strukturkommission bestanden darin, die vorhandenen Strukturprobleme zu definieren, zugleich Grundsätze zur Sicherung des Fortbestandes der Max-Planck-Gesellschaft aufzustellen und Vorschläge zur Änderung der MPG-Strukturen zu erarbeiten.<sup>349</sup>

Im Frühjahr 1970 legte die Präsidentenkommission ihre ersten Berichte vor. Dass es sich dabei jedoch um keine Reformpapiere handelte, verdeutlicht die Ansprache des Präsidenten auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 1970. Butenandt fasste die Empfehlung der Strukturkommission so zusammen, dass „die Mitverantwortung der Mitarbeiter eines Instituts vernünftiger Größenordnung am besten durch regelmäßige Beratungen aller das Institut und seine Arbeit betreffenden Angelegenheiten verwirklicht wird, wobei die Verantwortung des Leiters für letzte Entscheidungen aufrecht erhalten bleibt.“<sup>350</sup> Die darauf folgende Kritik bewirkte, dass die bestehende Strukturkommission um weitere Mitglieder erweitert und ergänzt wurde, darunter auch erstmals wissenschaftliche Mitarbeiter.<sup>351</sup> Aus der Arbeit dieser erneuerten Präsidentenkommission entwi-

<sup>345</sup>Zitiert nach Jentsch, Kopka und Wülfing (1972, 480).

<sup>346</sup>Die ZEIT 25/1971; Der Spiegel 27/1971.

<sup>347</sup>„Die Max-Planck-Gesellschaft braucht keine Diskussion nach innen und außen zu scheuen“. Butenandt (1971).

<sup>348</sup>Zitiert nach Henning und Kazemi (2011, 458). Als Mitglieder der Kommission wurden Generalsekretär Friedrich Schneider, Helmut Coing, Otto Detlev Kreutzfeldt, Hans-Peter Dürr, Hans-Jürgen Engell, Feodor Lynen und Arnulf Schlüter berufen. MPG-Archiv, II. Abt. Rep. 1A, Az. 1 A 3/- Strukturkommission; 61. SP MPG, 10; 62. SP MPG vom 7.3. 1969, 7–12; JB 1969, 5–7.

<sup>349</sup>Vgl. dazu Gerwin (1996, 213).

<sup>350</sup>Butenandt (1970, 38f.).

<sup>351</sup>Bei den neuen Mitgliedern handelt es sich um Dieter Girgensohn (MPI für Geschichte), Rudolf Rass (Fritz-Haber-Institut), Uli Schwarz (Friedrich-Miescher-Laboratorium), Dieter Schwickardi (MPI für Arbeitsphysiologie) und Pölk (MPI für extraterrestrische Physik). Außerdem die Sektionsvorsitzenden

ckelten sich die Empfehlungen für eine zeitliche Begrenzung der Leitungsfunktion der Direktoren, eine regelmäßige Evaluierung der Institute durch von in- und ausländischen Wissenschaftlern besetzte Fachbeiräte, Mitwirkungsrechte für alle angestellten Mitarbeiter – jedoch keine Mitbestimmung im Sinne demokratischer Entscheidungsprozesse etwa für Forschungsrichtungen und -methoden. Für die weitere Entwicklungsplanung der Max-Planck-Gesellschaft sollte dem Präsidenten ein Senatsausschuss für Forschungspolitik und Forschungsplanung zur Seite gestellt werden. Die Kommission vertrat den Standpunkt, dass die Mitarbeiter der Institute nicht nur in den Senat gehörten, sondern von jedem Institut auch ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin in der jeweiligen Sektion vertreten sein sollte – ein Vorschlag, der die Kluft zwischen Reformgegnern und -befürwortern noch weiter vertiefte. Dennoch stimmte am 15. März 1972 der Senat dem neuen Strukturkonzept grundsätzlich zu, dass daraufhin dem Wissenschaftlichen Rat vorgelegt wurde.



Abb. 1.9: Generationswechsel: Reimar Lüst und Adolf Butenandt.

Reimar Lüst war am 19. November 1971 mit erst 48 Jahren zum neuen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gewählt worden.<sup>352</sup> Er war seit 1969 (bis dato jüngster) Vorsitzender des Wissenschaftsrates und verkörperte eine junge

Otto Westphal, Albert H. Weller, Heinz Markmann, Gerhard Raspé, Erich Selbach, Jürgen Aschoff, Hermann Mosler. MPG-Archiv, 67. SP MPG vom 24. November 1970, 10.

<sup>352</sup>Reimar Lüst, seit 1963 Direktor des MPI für extraterrestrische Physik, „hatte den Zweiten Weltkrieg als junger Marinesoldat auf einem U-Boot miterlebt, in den 1950er Jahren eine brillante wissenschaftliche Karriere am MPI für Physik in München gemacht und dort die Abteilung für extraterrestrische

Generation, die den Rufen nach Demokratisierung und Mitbestimmungsrecht der 68er Bewegung offener gegenüberstand als viele seiner älteren Kollegen. Das wurde deutlich in einem Interview, das er Martin Urban von der Süddeutschen Zeitung eine Woche nach seiner Wahl gab, in dem er erklärte: „Ich würde es für selbstverständlich halten, wenn in Zukunft sowohl im Senat als auch im Wissenschaftlichen Rat auch wissenschaftliche Mitarbeiter vertreten wären.“ Zudem halte er es nicht für glücklich, „daß man in der Satzung nur die Rechte der Wissenschaftlichen Mitglieder akzentuiert“ habe.<sup>353</sup>

Am 27. April 1972 fand in Frankfurt am Main eine Sondersitzung des Wissenschaftlichen Rats zur Diskussion und Abstimmung des neuen Strukturkonzepts statt.<sup>354</sup> Obwohl bereits im Vorfeld feststand, dass die Wissenschaftlichen Mitglieder in den entscheidenden Fragen das letzte Wort behalten und die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Gremien in der Minderheit sein würden, zeichnete sich die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht ab. Um zu vermeiden, dass der Reformprozess dadurch noch weiter aufgehalten würde, entwickelte Lüst in Absprache mit Margot Becke (1914–2009),<sup>355</sup> Gentner, Lynen und Konrad Zweigert (1911–1996) den Kompromissvorschlag, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Sektionen bei Berufungsfragen prinzipiell kein Stimmrecht erhalten sollten. Damit gelang es schließlich den Konsens herzustellen, und mit einer deutlichen Mehrheit von 85 Stimmen wurde das Reformwerk verabschiedet.<sup>356</sup> Rückblickend äußerte Lüst, es sei ihm schon damals bewusst gewesen, dass die Entscheidung, den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kein Stimmrecht einzuräumen, revidiert werden müsse, dieser Kompromiss sei der hohen Emotionalität des damaligen zeitgeschichtlichen Kontextes geschuldet gewesen.<sup>357</sup>

Der Versuch der unterlegenen Minderheit (24 Gegenstimmen, eine Enthaltung), auf der Hauptversammlung am 22. Juni 1972 im Bremer Rathaus doch noch

---

Physik geleitet. Der Ausbau der MPG setzte sich in seiner Amtszeit fort. Besonders seit Ende der 1970er Jahre stellten stagnierende Haushalte die Entwicklung einer tragfähigen Forschungsstrategie aber vor große Probleme. Die Zeiten des Wirtschaftswunders und des stetigen Aufschwungs waren vorbei.“ Zitiert nach der Website der MPG, Zeitleiste. Zu Lüst's Sicht der Strukturreform und seiner Präsidentschaft in der MPG siehe auch seinen Beitrag in diesem Band.

<sup>353</sup> „Mehr Mitbestimmung für die Forscher – Weniger Geld für die Forschung“ in: Süddeutsche Zeitung, 28. November 1971. Vgl. dazu auch Nolte (2008, 180).

<sup>354</sup> Ein historisches Datum, da am gleichen Tage im Bonner Bundestag versucht wurde, Willy Brandt wegen seiner Ostpolitik durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen.

<sup>355</sup> Becke war seit 1969 Direktorin des Gmelin-Instituts für anorganische Chemie und damit die erste weibliche Direktorin in der Max-Planck-Gesellschaft. Zuvor war sie als erste Frau Rektorin einer westdeutschen Universität geworden: 1966–1968 an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

<sup>356</sup> Vgl. Gerwin (1996, 218).

<sup>357</sup> Gerwin (1996, 218). Auf der Hauptversammlung in Kiel 1978 beschließen die Mitglieder die Satzungsänderung hinsichtlich des Stimmrechts der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Sektionen (§25.2), Jahrbuch der MPG 1978.

eine Sperrminorität zu erzielen, scheiterte. Bei seiner Antrittsrede am folgenden Tag wendete Lüst das Motto „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt auf die Max-Planck-Gesellschaft an, wo dies bedeute „auch mehr Toleranz [zu] üben“ um jedem an einem Institut der Max-Planck-Gesellschaft Gehör zu verschaffen.<sup>358</sup>

Als er die Amtskette aus den Händen von Butenandt übernahm, spielte sich vor den Augen der Anwesenden mehr ab als die Ablösung eines langjährigen Präsidenten durch seinen jüngeren Nachfolger: Hier fand ein Generationswechsel statt, in dem zugleich eine Transformation der Max-Planck-Gesellschaft insgesamt ihren Ausdruck fand, deren wesentliche Züge noch heute erkennbar sind.

## 1.8 Ausblick

Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahr 1911 schuf ein neues Modell der institutionellen Forschungsförderung, durch das interdisziplinäre, an grundlegenden Fragen orientierte Forschung überwiegend im Rahmen mittelgroßer, stark durch einzelne Forscherpersönlichkeiten geprägter Institute langfristig realisiert werden konnte. Diese Tradition konnte die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft noch erfolgreicher als ihre Vorgängerin fortsetzen, da sie nunmehr in einen neuen politischen und wirtschaftlichen Kontext eingebunden war, in dem diese Art der Forschungsförderung zum Teil eines differenzierten Forschungsförderungssystems geworden und in seinen Autonomiebedürfnissen und -ansprüchen weitgehend anerkannt war. Aus diesem Kontext ergab sich auch eine stärkere Fokussierung auf Grundlagenforschung in einem nun auch institutionell abgrenzbaren Sinne.

Wissenschaftssysteme können und müssen zwar – wenn sie erfolgreich sein wollen – solche Autonomieansprüche entwickeln, hängen aber dennoch weitgehend von gesellschaftlichen Randbedingungen ab, die letztlich ihre Handlungsspielräume und auch das Bewusstsein der Handelnden bestimmen. Das Selbstverständnis der Wissenschaftseliten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war in drei verschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und im NS-System durch die Überzeugung geprägt, dass Wissenschaft jeweils dem Staate zu dienen habe, reine Wissenschaft aber zugleich unabhängig von ihrer Indienstnahme durch diesen an sich dem Fortschritt und damit der Menschheit diene. Diese Konstellation blieb auch durch die Katastrophen des Zweiten Weltkrieges hindurch eine unhinterfragte Handlungsmaxime vieler Wissenschaftler.

Gerade eine Wissenschaftsgesellschaft, die in so hohem Maße auf eine Vernetzung mit der sie tragenden Gesamtgesellschaft angewiesen war wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wurde deshalb anfällig für deren politische Verwerfun-

---

<sup>358</sup>Nolte (2008, 176).

gen, gerade weil sie sich dagegen immun wähnte. Nach der militärischen Niederschlagung des NS-Systems und der Aufdeckung seiner Verbrechen kam es zu im Wesentlichen von außen induzierten Lernprozessen, die erst einen Neubeginn auch des Wissenschaftssystems ermöglichten. Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft mit ihrer Kontinuität und ihren Brüchen gegenüber der Vorgängergesellschaft steht für diesen Neubeginn. Zu diesen zunächst erzwungenen, dann aber an Eigendynamik gewinnenden Lernprozessen gehörte auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer eigenständigen Positionierung von Wissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Kontexten. Dieses konnte selbst zu einer bis dahin unbekanntem Opposition von Wissenschaftlern gegenüber Wünschen der politischen Klasse führen, wie dies am Beispiel der Göttinger Erklärung deutlich geworden ist.

Während in der von uns hier behandelten Frühphase der Max-Planck-Gesellschaft weder die Forderung nach Wiedergutmachung allgemein anerkannt wurde, noch eine aktive Remigrationspolitik verfolgt wurde oder die Aufarbeitung der NS-Verbrechen eine Rolle spielte, positionierte sich die Max-Planck-Gesellschaft dennoch zunehmend als eine auf internationale Kooperationen angelegte, weltoffene Wissenschaftsgesellschaft. Dies galt in besonderem Maße für die Initiative zu wissenschaftlicher Kooperation mit Israel, der die Max-Planck-Gesellschaft gemeinsam mit dem Weizmann-Institut den Weg bahnte.

Auch nach innen entfaltete sich, wenn auch zunächst unter der Ägide von Wissenschaftlern, deren Karrieren noch durch das NS-System entscheidend geprägt worden waren, ein Modernisierungsprozess, der nicht nur die Neuausrichtung der wissenschaftlichen Tätigkeit betraf, sondern auch die Schaffung neuer, stärker auf Kollegialität und Mitwirkung angelegter Strukturen. Parallel dazu etablierte sich ein differenziertes Wissenschaftssystem, dessen Arbeitsteilung unter Einschluss einer besonderen Rolle für die an reiner Erkenntnis orientierte Forschung, nicht nur das Ergebnis wissenschaftspolitischer Aushandlungsprozesse war, sondern zunehmend auch zu einem wesentlichen Teil des Selbstverständnisses der Wissenschaftler sowie ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung wurde.

Mit diesen Bemerkungen lässt sich allerdings noch kein Schlussstrich unter eine historische Betrachtung, selbst nur der frühen Phase der Max-Planck-Gesellschaft, setzen. Zu wenig ist noch bekannt über die Wechselwirkungen zwischen ihrer institutionellen und personellen Entwicklung und ihren Forschungsleistungen. Wie erfolgreich war die Max-Planck-Gesellschaft letztlich als Katalysator für wissenschaftliche Durchbrüche? Hat sie es wirklich stets vermocht, anders als ihre Vorgängerorganisation, Wissenschaft zu betreiben, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und der Folgen ihres Tuns bewusst ist? Auf solche Fragen können erst zukünftige historische Forschungen Antworten geben.

## Danksagung

Die Autoren sind insbesondere den ehemaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst und Hans F. Zacher, für ihre äußerst hilfreichen kritischen Kommentare zu einer früheren Fassung dieses Beitrags zu großem Dank verpflichtet. Carsten Reinhardt hat eine spätere Fassung aufmerksam gelesen und zahlreiche Hinweise beigetragen. Besonderer Dank gilt Florian Schmaltz, der in der letzten Arbeitsphase durch kritische Lektüre und zahlreiche Anregungen wesentlich zur Bereicherung des Textes beigetragen hat. Die verbliebenen Lücken und die nicht zuletzt durch den Forschungsstand bedingte Vorläufigkeit des Ganzen bleiben natürlich die alleinige Verantwortung der Autoren.

## Widmung

Dem Andenken an Lorenz Beck gewidmet, dem allzu früh verstorbenen Leiter des Archivs der MPG, der das Projekt zur Geschichte der MPG zusammen mit seinen Mitarbeitern von Anfang an unterstützt hat.

## Bibliographie

- Albrecht, Helmuth (1993). Max Planck „Mein Besuch bei Adolf Hitler“: Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Hrsg. von Helmuth Albrecht. Stuttgart: GNT Verlag, 41–63.
- Albrecht, Helmuth und Armin Hermann (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten reich(1922–1945). In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 356–406.
- Aly, Götz (1984). *Bericht, 4. Juli 1984, Archiv der MPG, II. Abt., Rep. 1F, Az-A-II-1a, Besondere Aufgaben Hirnschnittsammlung*.
- Beck, Lorenz Friedrich, Hrsg. (2008). *Max Planck und die Max-Planck-Gesellschaft: Zum 150. Geburtstag am 23. April 2008 aus den Quellen zusammengestellt vom Archiv der Max-Planck-Gesellschaft*. Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 20. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft.
- Bergemann, Claudia (1990). *Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Heft 3. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft.
- Beyler, Richard (2004). „*Reine Wissenschaft*“ und personelle Säuberung: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945 (Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 16). Berlin: Max-Planck-Gesellschaft.
- Birkenfeld, Wolfgang (1964). *Der synthetische Treibstoff 1933–1945: Ein Beitrag zur national-sozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik*. Göttingen, Berlin, Frankfurt am Main: Musterschmidt-Verlag.

- Bödeker, Hans Erich (2010). Das Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft; Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 306–315.
- Boenke, Susan (1991). *Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 127–135.
- Bortfeldt, J., W. Hauser und H. Rechenberg, Hrsg. (1987). *100 Jahre Physikalisch-technische Reichsanstalt/Bundesanstalt 1887–1987*. Weiheim: Physik-Verlag.
- Bosch, Carl (1933). Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. *Informationsdienst: Amtliche Korrespondenz der Deutschen Arbeitsfront* 25.
- Braunthal, Gerard (1992). *Politische Loyalität und öffentlicher Dienst: der „Radikalerlaß“ von 1972 und die Folgen*. Marburg: Schüren.
- Brocke, Bernhard vom (1985). ‚Wissenschaft und Militarismus‘: Der Aufruf der 93 ‚An die Kulturwelt!‘ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg. In: *Wilamowitz nach 50 Jahren*. Hrsg. von William III Chandler, Hellmut Flashar und Theodor Lindken. Darmstadt: Wiss. Buchges., 649–719.
- (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich: Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 17–162.
- Butenandt, Adolf (1961). Über den Standort der Max-Planck-Gesellschaft im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland: Ansprache des Präsidenten bei der 12. Hauptversammlung der MPG am 8.6.1961 in Berlin. In: *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1911–1961: Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 7–19.
- (1964). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Hamburg am 11. Juni 1964. In: *MPG-Jahrbuch 1964*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 24–38.
- (1970). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Saarbrücken am 12. Juni 1970. In: *MPG-Jahrbuch 1970*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 30–42.
- (1971). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Berlin am 25. Juni 1971. In: *MPG-Jahrbuch 1971*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 29–42.
- (1981). Ansprache zur Jahreshauptversammlung 1964. In: *Das Werk eines Lebens*. Hrsg. von Adolf Butenandt. Band 2. München, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Cahan, David (1992). *Meister der Messung: die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Carson, Cathryn (1999). New Models for Science in Politics: Heisenberg in West Germany. *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 30(1):115–171.
- (2010). *Heisenberg in the Atomic Age: Science and the Public Sphere*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Cassidy, David C. (2002). ‚Kopenhagen‘ und die Geschichtswissenschaft. In: *Kopenhagen: Stück in zwei Akten: Mit zwölf wissenschaftlichen Kommentaren*. Hrsg. von Michael Frayn. Göttingen: Wallstein-Verlag, 163–165.
- Castagnetti, Giuseppe und Hubert Goenner (2004). *Directing a Kaiser-Wilhelm-Institute: Albert Einstein - Organizer of Science?* Preprint 260. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte.
- Deichmann, Ute (2001). *Flüchten, Mitmachen, Vergessen: Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Ebersold, Bernd (1998). 50 Jahre im Dienste der Gesellschaft: Zur Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft als Forschungsorganisation. In: *Forschung an den Grenzen des Wissens: 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 155–173.

- Eckart, Wolfgang U. (2010). Das Max-Planck-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 174–183.
- Eibl, Christina (1999). *Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899–1990): Eine biographische Studie*. Diss. Stuttgart: Historisches Institut der Universität Stuttgart, Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik.
- Einstein, Albert (1975). *Über den Frieden: Weltordnung oder Weltuntergang?* Hrsg. von Otto Nathan und Heinz Norden. Bern: Lang.
- Engel, Michael (1984). *Geschichte Dahlems*. Berlin: Berlin-Verlag Spitz.
- Epple, Moritz (2002). Rechnen, Messen, Führen: Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, 1937–1945. In: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 305–356.
- Ertl, Gerhard (2010). Die Geschichte als Ansporn nutzen. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 92–95.
- Frank, Charles (1993). *Operation Epsilon: Die Farm-Hall-Protokolle oder Die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe*. Hrsg. von dt. Übersetzung von Dieter Hoffmann. Berlin: Rowohlt.
- Frayn, Michael, Hrsg. (2002). *Kopenhagen: Stück in zwei Akten: Mit zwölf wissenschaftlichen Kommentaren*. Göttingen: Wallstein-Verlag.
- Gausemeier, Bernd (2003). *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen: Biologische und Biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 12)*. Göttingen: Wallstein.
- Generalverwaltung der MPG (1961). *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft.
- Gerwin, Robert (1996). Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung: Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 211–224.
- Glum, Friedrich (1928). Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. In: *Handbuch der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Hrsg. von Adolf von Harnack. Berlin: Reimar Hobbing, 11–37.
- (1930a). *Das geheime Deutschland: Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung*. Berlin: Stilke.
- (1930b). Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: Ihre Forschungsaufgaben, ihre Institute und ihre Organisation. In: *Forschungsinstitute: Ihre Geschichte, Organisation und Ziele*. Hrsg. von Ludolph Brauer, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Adolf Meyer. Hamburg: Topos Ruggell, 359–373.
- (1964). *Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik: Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen*. Bonn: Bouvier.
- Goebel, Wolfgang (1996). Max Bergmann und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung in Dresden. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, 303–318.
- Goudsmit, Samuel Abraham (1996 (1947)). *ALSOS*. New York: Woodbury.

- Groeben, Christiane (2010). Das Deutsch-Italienische Institut für Meeresbiologie in Rovigno, Istrien. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 196–203.
- Gruss, Peter und Reinhard Rürup, Hrsg. (2010). *Das Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation, Göttingen*. Dresden: Sandstein Verlag.
- Hachtmann, Rüdiger (2004). *Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“*. Ergebnisse 19. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte.
- (2007a). Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements: Die Entwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 561–598.
- (2007b). *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- Hahn, Otto (1955). *Cobalt 60 - Gefahr oder Hoffnung?* Göttingen: Musterschmidt.
- (1960). Ansprache in Festversammlung der MPG, Bremen 19. Mai 1960. *Jahrbuch der MPG*.
- (1968). *Mein Leben*. München: Bruckmann. erw. Neuausgabe hrsg. von Dietrich Hahn, München 1986.
- (1979). *Otto Hahn: Begründer des Atomzeitalters. Eine Biographie in Bildern und Dokumenten. Mit einem Geleitwort von Reimar Lüst, einem Vorwort von Paul Matussek und einer Einführung von Walther Gerlach*. München: List Verlag.
- (1986). *Mein Leben*. erw. Neuausgabe. München: Piper.
- Hahn, Ralf (1999). *Gold aus dem Meer: Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922–1927*. Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik.
- Harnack, Adolf (1909/1961). Denkschrift von Harnack an den Kaiser: Berlin, den 21. November 1909. In: *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1911–1961*. Göttingen, 80–94.
- Harnack, Adolf von (2001). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. In: *Wissenschaftspolitische Reden und Aufsätze*. Hrsg. von Bernhard Fabian. Hildesheim u. a.: Georg Olms Verlag, 75–86.
- Hayes, Peter (1987). *Industry and Ideology: IG Farben in the Nazi Era*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (1992). Zur umstrittenen Geschichte der I.G. Farbenindustrie AG. *Geschichte und Gesellschaft* 18(3):405–417.
- (2000). *Industry and Ideology: I.G. Farben in the Nazi Era*. 2. Aufl. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- (2005). *Die Degussa im Dritten Reich: Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft*. 2. Aufl. München: C.H. Beck.
- Hecht, Hartmut, Dieter Hoffmann und Klaus Richter, Hrsg. (1991). *Robert Havemann: Dokumente eines Lebens*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Heim, Susanne (2002a). *Autarkie und Ostexpansion: Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein.
- (2002b). „Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“. *Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Berlin: Ergebnisse 7. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“.
- (2003). *Kalorien, Kautschuk, Karrieren: Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein.

- Heinemann, Manfred (1990). Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst., 407–470.
- (2001). Überwachung und ‚Inventur‘ der deutschen Forschung: Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG). In: *Politischer Systemumbruch als irreversibler Fehler von Modernisierung in der Wissenschaft?* Hrsg. von Lothar Mertens. Stuttgart: Duncker & Humblot, 167–200.
- (2013). Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und das Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) (1948–1981). In: *Physik im Kalten Krieg: Beiträge zur Physikgeschichte während des Ost-West-Konflikts*. Hrsg. von Christian Forstner und Dieter Hoffmann. Wiesbaden: Springer Spektrum, 175–194.
- Heinemann, Manfred und Ulrich Schneider (1990). *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952*. Band 2: Die US-Zone. Hildesheim: Edition Bildung und Wissenschaft im Verlag.
- Henning, Eckart (2004a). Althoffs Vermächtnis für Dahlem. Zur Erschließung des Domänenlands für Staatsbauten. In: *Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte Dahlems (= Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft Bd.13)*. Hrsg. von Eckart Henning. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., 22–37.
- (2004b). Max Planck - ‚ein armer Wirtkopf‘ als Kollaborateur der Nazis? In: ‚... immer im forschen bleiben‘. *Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag [Festschrift]*. Hrsg. von Marc Schalenberg und Peter Th. Walther. Stuttgart: Steiner, 351–371.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi (2011). *Chronik der Kaiser-Wilhelm-, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: 1911–2011; Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hoffmann, Dieter (1993). *Operation Epsilon: Die Farm-Hall Protokolle*. Berlin: Rowohlt.
- (2008). *Die Entstehung der modernen Physik*. München: C.H. Beck.
- Hoffmann, Dieter und Ulrich Schmidt-Rohr (2006). Wolfgang Gentner: Ein Physiker als Naturalist. In: *Wolfgang Gentner: Festschrift zum 100. Geburtstag*. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 1–60.
- Hoffmann, Dieter und Hermann Simon (2010). *Leopold Koppel (1854–1933): Bankier, Philanthrop, Wissenschaftsmäzen*. Reihe Jüdische Miniaturen Band 91. Berlin: Hentrich und Hentrich.
- Huebener, Rudolf P. und Heinz Lübbig (2008). *A Focus of Discoveries*. Singapore: World Scientific.
- Hughes, Thomas P. (1975). Das ‚technologische Momentum‘: in der Geschichte. Zur Entwicklung des Hydrierverfahrens in Deutschland. In: *Moderne Technikgeschichte*. Hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup. Köln, 358–383.
- Jentsch, Volker, Helmut Kopka und Arnd Wülfing (1972). Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift* 17(5):476–503.
- Johnson, Jeffrey A. (1990). Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut: Emil Fischer. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Rudolf Vierhaus. Stuttgart: DVA, 486–515.
- Kant, Horst (2002). Vom KWI für Chemie zum KWI für Radioaktivität: Die Abteilung(en) Hahn/Meitner am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. In: *Dahlemer Archivgespräche*. 8. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, 57–92.
- (2005). Albert Einstein und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik. In: *Albert Einstein: Ingenieur des Universums. Hundert Autoren für Einstein*. Hrsg. von Jürgen Renn. Weinheim: Wiley-VCH, 166–169.

- Kant, Horst (2008). Von der Lichttherapie zum Zyklotron: Das Institut für Physik im Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung bis 1945. In: *Dahlemer Archivgespräche*. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, 49–92.
- (2010). Max Planck-Institut für Physik. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 316–323.
- (2011a). Integration und Segregation: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg zwischen interdisziplinärem Verbund und Ensemble disziplinärer Institute. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 175–197.
- (2011b). Peter Debye als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin. In: „*Fremde*“ *Wissenschaftler im Dritten Reich: Die Debye-Affäre im Kontext*. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Mark Walker. Göttingen: Wallstein, 76–109.
- (2012). Otto Hahn und die Erklärungen von Mainau (1955) und Göttingen (1957). In: *Vom atomaren Patt zu einer von Atomwaffen freien Welt. Zum Gedenken an Klaus Fuchs*. (= *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften Bd. 32*). Hrsg. von Günter und Klaus Fuchs-Kittowski Flach. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 183–197.
- Kant, Horst und Carsten Reinhardt, Hrsg. (2012). *100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Institut für Chemie (Otto-Hahn-Institut): Facetten seiner Geschichte. Im Auftrag des Direktoriums des MPI für Chemie*. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft, 21–52.
- Kant, Horst und Jürgen Renn (2013). *Eine utopische Episode: Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft*. Preprint 441. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte.
- Kazemi, Marion (2006). *Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 15. Berlin: Archiv der MPG.
- (2007). Biologie in Berlin: Die biologischen Institute der Kaiser-Wilhelm- / Max-Planck-Gesellschaft. In: *Lebenswissen: Eine Einführung in die Geschichte der Biologie*. Hrsg. von Ekkehard Höxtermann und Hartmut H. Hilger. Rangsdorf: Natur & Text, 394–423.
- Kieven, Elisabeth (2010). Bibliotheca Hertziana Rom. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 96–105.
- Kirsten, Christa und Hans-Jürgen Treder, Hrsg. (1979). *Einstein in Berlin: Darstellungen und Dokumente*, 2 Bände. Berlin: Akademie Verlag.
- Klee, Ernst (1985). „*Euthanasie*“ im NS-Staat: Die „*Vernichtung lebensunwerten Lebens*“. Erstausgabe. Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- (2003). *Das Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945?* Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- (2004). *Was sie taten - was sie wurden: Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Kohl, Ulrike (2002). *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht*. Pallas Athene Bd. 5. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kreutzmüller, Christoph (2005). *Zum Umgang der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit Geld und Gut: Immobilientransfers und jüdische Stiftungen 1933–1945*. Berlin: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Ges. im Nationalsozialismus.
- Kunze, Rolf-Friedrich (2005). *Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926–1945*. Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus Bd. 8. Göttingen: Wallstein.

- Laitko, Hubert (1991). Friedrich Althoff und die Wissenschaft in Berlin: Konturen einer Strategie. In: *Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter: Das „System Althoff“ in historischer Perspektive*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke. Edition Bildung und Wissenschaft, 69–85.
- (2011). Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 199–237.
- Lässig, Volker (2013). *Forschung im Schatten der Zollernburg: Die Kaiser-Wilhelm-Institute und ihre Nobelpreisträger in Hechingen, Haigerloch und Taifingen*. Albstadt: CM-Verlag.
- Leendertz, Ariane (2010). *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lewis, Jeffrey (2004). Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft: Göttingen und Tübingen: eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 403–443.
- Lohff, Brigitte und Hinrick Conrads (2007). *From Berlin to New York: Life and Work of the almost forgotten German-Jewish biochemist Carl Neuberg (1877–1956)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Löser, Bettina (1996). Zur Gründungsgeschichte und Entwicklung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Faserstoffchemie in Berlin-Dahlem (1914/19–1934). In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: De Gruyter, 275–302.
- Luxbacher, Günther (2004). *Roh- und Werkstoffe für die Autarkie*. Ergebnisse 18: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Berlin: Präsidentenkommission.
- Mackrakis, Kristie (1986). Wissenschaftsförderung durch die Rockefeller-Stiftung im Dritten Reich: die Entscheidung, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik finanziell zu unterstützen. *Geschichte und Gesellschaft* 12:348–379.
- Mahoney, Leo James (1981). *A History of the War Department Scientific Intelligence Mission (AL-SOS), 1943–1945*. Diss. Kent, Ohio: Kent State University.
- Maier, Helmut (2002). Ideologie, Rüstung und Ressourcen: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung und die „Deutschen Metalle“ 1933–1945. In: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 357–388.
- Hrsg. (2007a). *Forschung als Waffe: Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- (2007b). *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein.
- Markl, Hubert (1998). Blick zurück, Blick voraus: Über den Gründungsauftrag, in „völliger Freiheit und Unabhängigkeit“ zu forschen. In: *Forschung an den Grenzen des Wissens: 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft.
- Marsch, Edmund (2003). Adolf Butenandt als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1960–1972. In: *Dahlemer Archivgespräche*. Berlin: Archiv zur Geschichte der der Max-Planck-Gesellschaft, 134–145.
- Meitner, Lise (1958). Max Planck als Mensch. *Die Naturwissenschaften* 45:406–408.

- Müller-Hill, Benno (1984). *Tödliche Wissenschaft: Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken*. Reinbek: Rowohlt. Murderous Science: The Elimination of Jews, Gypsies and Others in Germany 1933–1945, Oxford 1988.
- Nickel, Dietmar K. (2006). Wolfgang Gentner und die Begründung der deutsch-israelischen Wissenschaftsbeziehungen. In: *Wolfgang Gentner: Festschrift zum 100. Geburtstag*. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 147–170.
- Nolte, Paul (2008). *Der Wissenschaftsmacher, Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C.H. Beck.
- Oexle, Otto Gerhard (2003). *Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘*. Ergebnisse 9: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Berlin: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Ges. im Nationalsozialismus.
- Osietzki, Maria (1984). *Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952*. Köln u. Wien: Böhlau.
- Ostwald, Wilhelm (1906). *Die chemische Reichsanstalt*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Pash, Boris T. (1969). *The Alsos Mission*. New York.
- Petzina, Dietmar (1966). *Autarkiepolitik im Dritten Reich*. Stuttgart: DVA.
- Pfeiffer, Jürgen (2000). Neuropathologische Forschung an „Euthanasie“-Opfern in zwei Kaiser-Wilhelm-Instituten. In: *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Hrsg. von Doris Kaufmann. Göttingen: Wallstein, 667–698.
- Pfuhl, Kurt (1959). Das Königsteiner Abkommen. In: *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft*, H.5, 285–294.
- Picht, Georg (1964). *Die deutsche Bildungskatastrophe, Analyse und Dokumentation*. Oten/Freiburg im Breisgau: Walter Verlag.
- Planck, Max (1934). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: *Der Kaiser: Wie er war - wie er ist*. Hrsg. von Friedrich Everling und Adolf Günther. Berlin: Traditionsverlag Kolk, 169–172.
- Plesser, Theo und Rolf Kinne (2010). Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie, Berlin-Dortmund. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 278–287.
- Plesser, Theo und Hans-Ulrich Thamer, Hrsg. (2012). *Arbeit, Leistung und Ernährung: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Plumpe, Gottfried (1990). *Die I.G. Farbenindustrie AG: Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945*. Berlin.
- Powers, Thomas (1993). *Heisenberg's War: The Secret History of the German Bomb*. New York: Alfred A. Knopf. deutsche Ausgabe: Heisenbergs Krieg: Die Geheimgeschichte der deutschen Atombombe, Hamburg 1993.
- Proctor, Robert N. (2000). *Adolf Butenandt: Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident*. Adresse fehlt: Ergebnisse 2: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“.
- Przyrembel, Alexandra, Friedrich Glum und Ernst Telschow (2004). *Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der ‚Verwaltenden‘ von Wissen während des Nationalsozialismus*. Ergebnisse 20. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Berlin: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Ges. im Nationalsozialismus.
- Pufendorf, Astrid von (2006). Wie Hitler Planck umbrachte. *Cicero*. URL: <http://www.cicero.de/kapital/wie-hitler-planck-umbrachte/37315>].

- Rasch, Manfred (1989). *Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung*. Weinheim: Wiley-VCH.
- (1996). Das Schlesische Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: De Gruyter, 173–210.
- Rauchhaupt, Ulf von (2000). *To Venture Beyond the Atmosphere: Aspects of the Foundation of the Max Planck Institute for Extraterrestrial Physics*. Preprint 231. Berlin: Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte.
- (2002). Coping with a New Age: The Max Planck Society and the Challenge of Space Science in the Early 1960s. *Max-Planck-Forum* 5:197–205.
- Rebenich, Stefan (1997). *Theodor Mommsen und Adolf Harnack: Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Abschnitt III: Die Kirchenväterkommission*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Renn, Jürgen (2006). *Auf den Schultern von Riesen und Zwergen: Einsteins unvollendete Revolution*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Renn, Jürgen, Giuseppe Castagnetti und Peter Damerow (1999). Albert Einstein: Alte und neue Kontexte in Berlin. In: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*. Hrsg. von Jürgen Kocka. Berlin: Akademie Verlag, 333–354.
- Renn, Jürgen, Giuseppe Castagnetti und Simone Rieger (2001). Adolf von Harnack und Max Planck (1851–1930). In: *Adolf von Harnack: Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker*. Hrsg. von Kurt Nowak und Otto Gerhard Oexle. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 127–155.
- Rose, Paul Lawrence (2001). *Heisenberg and the Nazi Atomic Bomb Project: A Study in German Culture*. Berkeley: University of California Press, deutsche Fassung: Heisenberg und das Atom-bombenprojekt der Nazis, Zürich 2001.
- Rösener, Werner (2014). *Das Max-Planck-Institut für Geschichte (1956–2006): Fünfzig Jahre Geschichtsforschung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rossiter, Margaret W. (1993). The Matthew Matilda Effect in Science. In: *Social Studies of Science*. London: SAGE, 325–341.
- Rürup, Reinhard (2008a). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus: Ergebnisse des Forschungsprogramms der Max-Planck-Gesellschaft. In: *Dahlemer Archivgespräche*. 14. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, 171–196.
- (2008b). *Schicksale und Karrieren: Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*. Göttingen: Wallstein.
- Sachse, Carola (2002). „Persilscheinkultur“: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm / Max-Planck-Gesellschaft. In: *Akademische Vergangenheitspolitik: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit*. Hrsg. von Bernd Weißbrod. Göttingen: Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, 217–246.
- (2003). *Die Verbindung nach Auschwitz: Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums im Juni 2001*. Göttingen: Wallstein.
- (2004). Adolf Butenandt und Otmar von Verschuer: Eine Freundschaft unter Wissenschaftlern. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 286–319.
- (2009). What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Society in the Early Cold War. *Central European History* 42:97–141.
- Schieder, Wolfgang (2004). Spitzenforschung und Politik: Adolf Butenandt in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 23–77.

- Schmaltz, Florian (2005). *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus: Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein.
- (2006). Otto Bickenbach's Human Experiments with Chemical Warfare Agents at the Concentration Camp Natzweiler in the Context of the SS-Ahnenerbe and the Reichsforschungsrat. In: *Man, Medicine and the State: The Human Body as an Object of Government Sponsored Research in the 20th Century*. Hrsg. von Wolfgang U. Eckart. Stuttgart: Steiner Verlag, 205–231.
- (2007). Peter Adolf Thiessen und Richard Kuhn und die Chemiewaffenforschung im NS-Regime. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 305–351.
- (2008). Richard Kuhn. In: *New Dictionary of Scientific Biography*. Hrsg. von Noretta Koertge. Ibn Al-Haytham-Luria Bd. 4. Detroit, New York: Thomson Gale, 167–170.
- Schmidt-Ott, Friedrich (1961). Althoffs Pläne für Dahlem. In: *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: Beiträge und Dokumente*. Hrsg. von Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Göttingen: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, 64–68.
- Scholtzysek, Joachim (1999). *Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945*. München: C.H. Beck.
- Schüring, Michael (2004). Der Vorgänger: Carl Neubergs Verhältnis zu Adolf Butenandt. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im ‚Dritten Reich‘*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 369–403.
- (2006). *Minervas verstoßene Kinder: Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein.
- Sime, Ruth Lewin (2001). *Lise Meitner: Ein Leben für die Physik*. Frankfurt am Main: Insel Verlag.
- (2004). *Otto Hahn und die Max Planck-Gesellschaft: Zwischen Vergangenheit und Erinnerung*. Ergebnisse 14: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Berlin.
- Smilansky, Uzy und Hans A. Weidenmüller (2006). Die Wirkung des Minerva-Programms. In: *Wolfgang Gentner: Festschrift zum 100. Geburtstag*. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 171–175.
- Speer, Albert (2005). *Erinnerungen*. Berlin: Ullstein. Taschenbuchausgabe der Neuauflage der Originalausgabe von 1969, Propyläen Verlag.
- Staab, Heinz A. (1986). Kontinuität und Wandel einer Wissenschaftsorganisation: 75 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch*: 15–36.
- Stamm-Kuhlmann, Thomas (1990). Deutsche Forschung und internationale Integration 1945–1955. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Rudolf Vierhaus. Stuttgart: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Ges. im Nationalsozialismus.
- Steinhauser, Thomas, Jeremiah James, Dieter Hoffmann und Friedrich Bretislav (2011). *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik: Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter.
- Stoff, Heiko (2005). *Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen: Wilhelm Eitel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Silikatforschung 1926–1945*. Berlin: Forschungsprogramm Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Ges. im Nationalsozialismus.
- Sucker, Ulrich (2002). *Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie: Seine Gründungsgeschichte, seine problemgeschichtlichen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen (1911–1916)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Szöllösi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Tammen, Helmuth (1978). *Die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft (1925–1933): Ein Chemie-konzern in der Weimarer Republik*. Berlin: H. Tammen.
- Thoms, Ulrike (2012). Das Max-Planck-Institut für Ernährungsphysiologie und die Nachkriegskarriere von Heinrich Kraut. In: *Arbeit, Leistung und Ernährung: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für molekulare Physiologie und Leibniz Institut für Arbeitsforschung in Dortmund*. Hrsg. von Theo Plesser und Hans-Ulrich Thamer. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 259–356.
- Toledano, Raphaël (2010). *Les Expériences Médicales du Professeur Eugen Haagen de la Reichs-universität Strassburg. Faits, Contexte et Procès d'un Médecin National-Socialiste, Faculté de Médecine*. Diss. med. Universität Straßburg.
- Trunk, Achim (2003). *Zweihundert Blutproben aus Auschwitz: Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945)*. Berlin: Ergebnisse 12. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“.
- (2010). Max-Planck-Institut für Biochemie. Berlin-Martinsried. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag.
- Ungern-Sternberg, Jürgen und Wolfgang Ungern-Sternberg (1996). *Der Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘: das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg; mit einer Dokumentation*. Stuttgart.
- Vierhaus, Rudolf (1990). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 129–144.
- Vierhaus, Rudolf und Bernhard vom Brocke (1990). *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. DVA.
- Walker, Mark (2003). *Otto Hahn: Verantwortung und Verdrängung*. Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 10. Berlin.
- (2005). *Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik*. Berlin: Ergebnisse 26. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“.
- Weber, Matthias M. und Wolfgang Burgmair (2010). Das Max-Planck-Institut für Psychiatrie: Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie München. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 164–173.
- Weindling, Paul (2009). Virologist and National Socialist: The Extraordinary Career of Eugen Haagen. In: *Infektion und Institution: Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert-Koch-Instituts im Nationalsozialismus*. Hrsg. von Marion Hulverscheidt und Anja Laukötter. Göttingen: Wallstein-Verlag, 232–249.
- (2012). 'Cleansing' Anatomical Collections: The Politics of Removing Specimens from German Anatomical and Medical Collections 1988–92. *Annals of Anatomy* 194:237–242.
- Wirtz, Karl (1988). *Im Umkreis der Physik. Karlsruhe: Kernforschungszentrum*. Karlsruhe: Kernforschungszentrum.
- Witt, Peter Christian (1990). Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/1919 bis 1934/35. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 579–656.
- Zacher, Hans F. (1993). *Forschung, Gesellschaft und Gemeinwesen*. Heidelberg: C. F. Müller Juristischer Verlag.

Zacher, Hans F. (1999). Forschung in Deutschland: Strukturen der Vielfalt: Strukturen der Ganzheit?  
In: *Festschrift für Martin Heckel*. Hrsg. von Karl-Hermann Kästner, Knut W. Nörr und Klaus  
Schlaich, 941–974.

## **Kapitel 2**

### **Der Antriebsmotor der Max-Planck-Gesellschaft: Das Harnack-Prinzip und die Wissenschaftlichen Mitarbeiter**

*Reimar Lüst*



Abb. 2.1: Auf der Jahresversammlung der MPG am 23. Juni 1972 in Bremen: Adolf Butenandt überreicht Reimar Lüst die Amtskette des Präsidenten.

#### **2.1 Reminiszenzen eines ehemaligen Präsidenten**

Am 11. Januar 2011 haben wir das hundertjährige Jubiläum der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft gefeiert. Seit vierundsechzig Jahren bin ich in der Max-Planck-Gesellschaft aktiv: erst als Doktorand, dann als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und als Wissenschaftliches Mitglied, später als Institutsdirektor, schließlich als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und inzwischen als Emeritus. Während dieser Periode, die zwei Drittel des Bestehens der Gesellschaft abdeckt,

konnte ich die Entwicklung neuer Strukturen nicht nur beobachten, sondern auch persönlich miterleben.

Die Strukturen innerhalb der Kaiser-Wilhelm/ Max-Planck-Gesellschaft haben sich während dieser hundert Jahre weiterentwickelt, aber das grundlegende Fundament blieb unverändert, nämlich dass die wissenschaftliche Arbeit in unabhängigen Instituten durchgeführt wird. In den Statuten der Max-Planck-Gesellschaft ist dieses im ersten Paragraphen verankert:

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften verfolgt den Zweck, die Wissenschaften zu fördern, insbesondere durch Unterhaltung von Forschungsinstituten. Sie setzt die Tradition der früheren Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. fort. Die Institute der Gesellschaft betreiben die wissenschaftliche Forschung frei und unabhängig.

In meinem Vortrag werde ich versuchen, die Entwicklung der Strukturen während der Periode zu beschreiben, die ich beobachten konnte. Für mich war und ist der Erfolg der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft auf das durch Harnack formulierte Prinzip zurückzuführen. Das Harnack-Prinzip – das ich gleich erklären möchte – formuliert die Richtlinie für die Auswahl der Direktoren, aber auch den signifikanten Beitrag der Wissenschaftlichen Mitarbeiter in den einzelnen Instituten sollte man nicht außer Acht lassen.

## 2.2 Der Start am Max-Planck-Institut für Physik

Als ich im März 1949 zum ersten Mal das Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen betrat, konnte ich natürlich nicht ahnen, dass mein Lebensweg von nun an durch die Max-Planck-Gesellschaft bestimmt werden sollte.

Doch während dieser Zeitspanne von insgesamt zweiundsechzig Jahren war ich nicht ständig in der Max-Planck-Gesellschaft tätig. Insgesamt sechs Jahre verbrachte ich mit Unterbrechungen an amerikanischen Hochschulen in Chicago, Princeton und New York, am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) und am California Institute of Technology (Caltech). Zwei Mal war es die Anziehungskraft der Max-Planck-Gesellschaft, die mich nach Deutschland zurückholte. Nach Ende meiner Amtsperiode als Präsident ging ich dann für sechs Jahre nach Paris als Generaldirektor der *European Space Agency* (ESA), bevor ich 1991 als Emeritus nach Hamburg an das Max-Planck-Institut für Meteorologie zurückkehrte, wo ich die Möglichkeit habe, meine Arbeit für die Max-Planck-Gesellschaft fortzusetzen.

Aber lassen Sie mich zunächst schildern, wie ich zur Max-Planck-Gesellschaft kam. Es war im Frühjahr 1949. Ich hatte gerade an der Universität

Frankfurt meine Diplomprüfung mit einer Arbeit in Theoretischer Physik nach fünf Semestern abgelegt. Begonnen hatte ich mein Studium in einem Kriegsgefangenenlager in Texas in den Jahren von 1943 bis 1946. Das Studium in der Gefangenschaft wurde mir an der Universität Frankfurt angerechnet. Dort hatte ich herkömmliche Physik studiert und nun wollte ich mehr über moderne Atom- und Kernphysik lernen. Dafür gab es damals in Deutschland kaum einen besseren Platz als das Max-Planck-Institut für Physik in Göttingen unter der Leitung von Werner Heisenberg. Ich war zwar nicht so vermessen, dass ich mich bei ihm, dem Nobelpreisträger, bewerben wollte, aber ich hatte zwei Bücher von Carl-Friedrich von Weizsäcker gelesen, der auch dort arbeitete: *Zum Weltbild der Physik* und *Die Atomkerne*. Deswegen wollte ich gerne bei ihm Doktorand werden und so nahm ich den Zug nach Göttingen und ging zum Institut. Der Pförtner, Herr Cierpka, fragte mich, ob ich denn bei Weizsäcker angemeldet sei. Da dies nicht der Fall war, rief er bei ihm an und fragte, ob ich ihn sprechen dürfte. Nachdem dies bejaht worden war, ging ich zum zweiten Stock hinauf, wo Herr von Weizsäcker mich sehr freundlich empfing und mir erklärte, wir müssten das Gespräch später fortsetzen, denn gleich beginne das Institutskolloquium. Ich solle doch mitkommen.

Der kleine Seminarraum, in dem höchstens 25 Zuhörer Platz fanden, lag unmittelbar neben dem Arbeitszimmer von Werner Heisenberg. Ich setzte mich in die letzte Reihe. Dann erschien ein sehr jung wirkender Mann – Werner Heisenberg. Er setzte sich völlig unprätentiös in die erste Reihe und fragte: „Wer trägt denn heute vor?“ Dies war Arnulf Schlüter, der seine erste Arbeit zu Plasmaphysik vortrug. Auf diesem Wege hörte ich die erste Präsentation über Plasmaphysik am Max-Planck-Institut für Physik. Dieses Thema entwickelte sich zu einem wichtigen wissenschaftlichen Arbeitsgebiet des Instituts und führte schließlich zur Neugründung eines Instituts, dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik. Das Arbeiten in der Plasmaphysik füllte von da an einen wichtigen Teil meines wissenschaftlichen Lebens aus.

Nach dem Seminarvortrag nahm mich Weizsäcker mit in sein Arbeitszimmer, das gegenüber dem von Heisenberg lag. Das Türschild des Nebenzimmers trug den Namen Max von Laue, dem Nobelpreisträger von 1912. Auf der anderen Seite arbeitete Ludwig Biermann, schon damals bereits ein bekannter Astrophysiker. Erst da wurde mir wirklich bewusst, wo ich mich befand.

Weizsäcker hörte mich an und erläuterte mir dann, dass er mich als Doktoranden annehmen würde, mir aber nur ein Thema aus dem Bereich der Astrophysik geben würde und nicht, wie ich mir vorgestellt hatte, aus der Kernphysik. Zu dieser Zeit beschäftigte er sich mit Problemen der Astrophysik und war daher nicht mehr in die Atomphysik involviert. In der „Zeitschrift für Naturforschung“ hatte er gerade – in Weiterentwicklung der Kant’schen Theorie – eine grundle-

gende Arbeit über die Entstehung des Planetensystems veröffentlicht, in der er die hydrodynamischen Gleichungen mit Turbulenz angewandt hatte. Er schlug mir vor, die Frage des Transports des Drehimpulses in einer solch rotierenden Gasscheibe zu untersuchen. Nach zwei Jahren befand Weizsäcker, dass ich das Problem gelöst hätte und ich das Promotionsexamen an der Universität Göttingen ablegen könnte.

Nach meiner Promotion arbeitete ich als Stipendiat. Planstellen gab es nur wenige. Aber nichtsdestotrotz fühlte ich mich, wie alle anderen Wissenschaftlichen Mitarbeiter, für das Institut mitverantwortlich. Jeder konnte neue wissenschaftlichen Ideen einbringen. Für einen Theoretiker war der Freiraum groß genug, diese gegebenenfalls auch umzusetzen.

Heisenberg und das ganze Institut hatten einen entscheidenden Einfluss auf mein wissenschaftliches Leben. Die Atmosphäre am Institut war bestimmt durch seinen Direktor. Alles wurde sehr einfach gehandhabt, ohne viel Bürokratie. Jeder konnte in großer Freiheit arbeiten, die Individualität eines jeden wurde respektiert, trotzdem konnte jedermann Heisenbergs leitende Hand spüren.

War eine Arbeit für die Publikation fertig, so wurde man in Heisenbergs Arbeitszimmer gerufen, wo dieser mit einem den Text diskutierte, bevor er der Veröffentlichung zustimmte. Wenn es so weit war, wurden wir normalerweise von Heisenbergs Sekretärin vorgewarnt, dass man wohl in den nächsten Tagen zu ihm zitiert würde. Dies war eine gute Sicherheitsmaßnahme, da wir üblicherweise nicht vor zehn, elf Uhr morgens im Institut waren, das wir meistens erst nach Mitternacht verließen.

Vom Aufbau der Max-Planck-Gesellschaft und ihren Prinzipien wusste ich damals natürlich noch nichts. Das Institut stand, wie ich schon erwähnte, unter der Leitung von Werner Heisenberg, der Stellvertretende Direktor war Max von Laue. Die anderen Wissenschaftlichen Mitglieder waren Carl-Friedrich von Weizsäcker, Ludwig Biermann und Karl Wirtz. Sie waren für ihre Abteilungen verantwortlich, aber die Richtung des Instituts gab Werner Heisenberg vor. Das Thema des wöchentlichen Kolloquiums fungierte als Bindeglied für das Institut. Die Beiträge zur kosmischen Strahlung, die beispielsweise zwei Jahre lang das Kolloquium dominierten, wurden 1953 unter dem Titel Vorträge über kosmische Strahlung veröffentlicht.

1959 war ich für ein Jahr Gastprofessor am *Courant Institute of Mathematical Sciences* (CIMS) in New York. Nach meiner Rückkehr an das Max-Planck-Institut für Physik, das inzwischen in München angesiedelt war, wurde ich zum Wissenschaftlichen Mitglied des Instituts berufen. Die Berufungsurkunde hatte Otto Hahn unterschrieben, der damals noch Präsident der Max-Planck-Gesellschaft war. Dies bot Anlass, die Satzung zu studieren und

die Rechte und Pflichten eines Wissenschaftlichen Mitglieds der Gesellschaft kennenzulernen.

### 2.3 Das Harnack-Prinzip

Zu dieser Zeit existierten ungefähr fünfzig verschiedene Institute. Jedes Institut wurde von einem Direktor geleitet. Wie ich schon erwähnte, zog mein altes Institut von Göttingen nach München um und bekam den neuen Namen Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik. Heisenberg war der Direktor für die Abteilung Physik und Biermann der Direktor für die Astrophysik. Jede Abteilung verwaltete ihr eigenes Budget.

Das Leitprinzip für ein Institut war das sogenannte Harnack-Prinzip. Wer war Adolf von Harnack? Er war Theologe und Professor für Kirchengeschichte an der Universität Berlin. Zum zweihundertjährigen Bestehen der Preußischen Akademie schrieb er die Geschichte der Akademie nieder und studierte hierbei die großen Entwicklungslinien der Wissenschaftsgeschichte.<sup>1</sup> Im Jahr 1905 wurde er zum Generaldirektor der Preußischen Bibliothek in Berlin ernannt.

1909 schließlich formulierte er in einer Denkschrift die Notwendigkeit, eine wissenschaftliche Gesellschaft ins Leben zu rufen, die nach Kaiser Wilhelm II. benannt werden sollte. Der Kaiser akzeptierte das Memorandum und gab auf der Jahrhundertfeier der Universität Berlin am 11. Oktober 1910 die Gründung einer neuen wissenschaftlichen Organisation unter seinem Namen und Protektorat bekannt.

An der offiziellen Gründung am 11. Januar 1911 waren so namhafte Persönlichkeiten wie Wilhelm von Siemens (1855–1919), Gustav Krupp von Bohlen, August Oetker, Georg Wertheim, um nur einige zu nennen, beteiligt. Am 23. Januar 1911 wurde Harnack durch den ersten Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum Präsidenten gewählt. Er blieb für neunzehn Jahre in diesem Amt, bevor er am 10. Juni 1930 in Heidelberg verstarb, nur wenige Tage nach seiner Teilnahme an der Jahrestagung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

In dem Memorandum an Kaiser Wilhelm II. zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte Harnack formuliert:

Der leitende Direktor muss stets ein Mann sein, der sich durch große Erfolge auf experimentell-wissenschaftlichem Gebiete als hervorragender Forscher bewährt hat! Außer ihm, der sich je nach Bedarf auf längere oder kürzere Zeit einen Assistenten erwählt, sollte womöglich kein Gelehrter auf Lebenszeit angestellt, aber möglichst viele Arbeitsplätze für junge Gelehrte eingerichtet werden. So bleiben die

---

<sup>1</sup>PAWB (1900); [<http://d-nb.info/456913696>]

Institute stets imstande, auf alle neuen Fragen und Bedürfnisse der Wissenschaft einzugehen.<sup>2</sup>

Das war das richtungweisende Prinzip für die Gründung eines Instituts und auch für die Berufung des Direktors eines Instituts. Viele Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und später der Max-Planck-Gesellschaft wurden gemäß diesem Prinzip gegründet.

Die Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik ist hierfür ein sehr gutes Beispiel. Im Jahr 1913 bemühten sich Harnack und Max Planck erfolgreich, Albert Einstein nach Berlin zu holen. Ihm wurde ein neues Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik angeboten. Aufgrund des Kriegsbeginns im Jahr 1914 erfolgte dessen Gründung allerdings erst drei Jahre nach der Ankunft Einsteins in Berlin im Jahr 1917. Einstein sollte jedoch während seiner Direktorenzeit (1917–1929) nicht in den Genuss eines eigenen Institutsgebäudes kommen, stattdessen residierte das Institut im Dachgeschoss seines Wohnhauses in der Haberlandstraße in Berlin-Schöneberg. Erst 1938 wurde ein neues Gebäude mit dem neuen Direktor Peter Debye, Nobelpreisträger für Chemie 1936, eingeweiht. Doch da lebte Einstein bereits seit fünf Jahren in den Vereinigten Staaten, aus denen er von einer Vortragsreise nach Hitlers Machtübernahme im Jahr 1933 nicht nach Berlin zurückkehrt war.

Aber schon in den Anfangstagen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde das Harnack-Prinzip nicht strikt verfolgt. So hatte das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie (das zweite überhaupt gegründete Institut der Gesellschaft) einen Direktor, Ernst Otto Beckmann, aber gleichzeitig drei Wissenschaftliche Mitglieder: Otto Hahn, Lise Meitner und Richard Willstätter. Zugleich ist dies ein Beleg dafür, dass das Harnack-Prinzip zwar nicht kompatibel mit irgendeiner Quote ist, aber auch nicht als gegen Frauen gerichtet interpretiert werden kann. Auch 1912 bei der Integration der Bibliotheca Hertziana als kunstgeschichtliches Institut in die Gesellschaft wurde das Harnack-Prinzip nicht angewandt, indem man nach anfänglichem Zögern die Bedingung der Stifterin Henriette Hertz akzeptierte und Ernst Steinmann als ersten Direktor einsetzte.

Zwei andere Institute wurden aus politischen Motiven geschaffen: das Institut für internationales und öffentliches Recht und das Institut für internationales Privatrecht. Beide Institute wurden zur Unterstützung der deutschen Regierung etabliert, um den schwierigen Konditionen des Versailler Abkommens gerecht zu werden.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Institute der nationalsozialistischen Ideologie und ihrem Führerprinzip entsprechend nur von einem

---

<sup>2</sup>Harnack, Gedanken über die Notwendigkeit einer neuen Organisation zur Förderung der Wissenschaften in Deutschland, MPG-Archiv I. Abt., Rep. 1, Nr. 3–2/7.

Direktor geleitet. In diesem Zusammenhang will ich auch an den furchtbaren Verlust der besten Köpfe, darunter zahlreiche Nobelpreisträger, erinnern, die von den Nazis vertrieben wurden. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verlor während dieser Zeit einundzwanzig Wissenschaftliche Mitglieder. Das entspricht einem Drittel aller Wissenschaftlichen Mitglieder und zehn von fünfunddreißig Institutsdirektoren. Insgesamt wurden damals 104 Wissenschaftliche Mitarbeiter gezwungen, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu verlassen.

Für das Fortwirken des Harnack-Prinzips in der Max-Planck-Gesellschaft ist die Gründung des Max-Planck-Instituts für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt für Carl-Friedrich von Weizsäcker in Starnberg im Jahr 1969 ein hervorragendes Beispiel, auf das ich noch zurückkommen werde. Ebenso 1956 die Gründung des Max-Planck-Instituts für Geschichte mit Hermann Heimpel als Direktor.

## 2.4 Die kollegiale Leitung

Zu Beginn der 1960er Jahre, nachdem Adolf Butenandt Otto Hahn als Präsident abgelöst hatte, begann eine Diskussion über die Rolle der Wissenschaftlichen Mitglieder an den Instituten. Zudem wurde die Frage erörtert, ob ein großes Institut nicht besser von einem Kollegium als von einem einzelnen Direktor geleitet werden sollte. Die Diskussion war durch die Gründung des neuen Instituts für Plasmaphysik ausgelöst worden, dem größten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik übernahm die Max-Planck-Gesellschaft einen wissenschaftlichen Bereich, der der sogenannten Großforschung zuzurechnen war, wie das CERN in Genf oder die beiden Zentren für Kernphysik in Karlsruhe und Jülich. Nicht jeder in der Max-Planck-Gesellschaft war glücklich darüber, dass sich die Max-Planck-Gesellschaft im Bereich der Großforschung engagieren wollte. Aber Heisenberg hielt das für notwendig, um auch weiterhin an der Spitze mithalten zu können. So hatte er gehofft, dass auch das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) in die Max-Planck-Gesellschaft integriert werden könnte.

Im Jahre 1964 wurde die Satzung der Max-Planck-Gesellschaft überarbeitet und ein neuer Paragraph eingefügt, der die Institution der kollegialen Leitung regelt. Zusätzlich wurden die Rechte und die Verantwortung der Wissenschaftlichen Mitglieder offiziell verankert. In der Überarbeitung der Satzung wurde festgelegt, dass der Präsident nur einmal wiedergewählt werden kann.

Hans Dölle, Direktor am Max-Planck-Institut für Internationales und Privatrecht in Hamburg, verfasste einen detaillierten Kommentar der Satzung. Jedoch enthielt die Satzung nichts über den Status der Wissenschaftlichen Mitarbeiter.

1970 genehmigte der Senat der MPG erstmals eine Satzung für das MPI für Immunbiologie, die eine kollegiale Leitung vorsah. Inzwischen werden alle Max-Planck-Institute von einem Kollegium geleitet. Das war der bedeutendste strukturelle Wechsel in der Max-Planck-Gesellschaft während der letzten hundert Jahre. Dieser sicherlich richtige Schritt hat jedoch auch kritische Konsequenzen: Ein Wechsel der Richtung eines Instituts oder auch die komplette Schließung eines Instituts ist nun schwieriger im Vergleich zu einem Institut, bei dem ein einzelner Direktor vor seiner Pensionierung steht. Um einen neuen Direktor zu berufen, muss das Kollegium der Berufung zustimmen und ihn nominieren. Dies sind nur ein paar Punkte die von Bedeutung sind, wenn ein Institut von einem Kollegium geleitet wird.

## 2.5 Die Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiter

Im Zuge der 68er Studentenbewegung an den Universitäten formierten sich auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft zu einer Vereinigung mit Delegierten von jedem Institut. Die treibenden Kräfte dahinter waren die wissenschaftlichen Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Die Drittelparität sollte auf derselben Ebene wie an den Universitäten eingeführt werden. Dort legte die Drittelparität fest, dass bei jeder Entscheidung an den Universitäten die Professoren, die Assistenten und die anderen Mitarbeiter jeweils ein Drittel der Stimmen hatten. Ähnliche Regeln sollten in der Max-Planck-Gesellschaft eingeführt werden.

Butenandt etablierte als Präsident eine neue Kommission für die Reformierung der Verfassung, die auch wissenschaftliche Mitarbeiter als Mitglieder enthielt. Der Kommission gelang es jedoch nicht, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Die Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft im Jahre 1971 in Berlin fand in einer hoch emotionalen Atmosphäre statt. Die Delegierten der wissenschaftlichen Mitarbeiter demonstrierten dort. Die Sitzung des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft verlief explosiv und sehr chaotisch und am Ende war nicht klar, in welche Richtung die Max-Planck-Gesellschaft gehen sollte oder würde.

Nach dieser Sitzung nahm mich Werner Heisenberg zur Seite und wir machten einen langen Spaziergang auf den Kurfürstendamm. Er habe gehört, dass ich ein verlockendes Angebot aus der Industrie erhalten hätte, und zwar in den Vorstand von Siemens zu wechseln. Er redete mir zu, bei der Max-Planck-Gesellschaft zu bleiben und mich bei der im Herbst anstehenden Wahl des neuen Präsidenten als Kandidat zur Verfügung zu stellen. Heisenberg hatte mich inzwi-

schen nicht nur als wissenschaftlichen Mitarbeiter, sondern auch als Direktor der neuen Abteilung für Weltraumforschung kennengelernt. Einen Posten, auf den Biermann und er mich 1961 berufen hatten. Im Jahre 1963 wurde daraus das neue Max-Planck-Institut für extraterrestrische Physik, das zum Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik gehörte. Ich erklärte mich bereit, für die Wahl des neuen Präsidenten zu kandidieren und wurde im November 1971 als Nachfolger von Butenandt zum neuen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft gewählt.

Mein Amt hatte ich noch nicht angetreten, als ich schon mit dem Problem der Forderung nach der Drittelparität konfrontiert wurde. Zwei Tage nach meiner Wahl gab ich ein Interview in der Süddeutschen Zeitung.<sup>3</sup> Darin erklärte ich, dass ich die Drittelparität zwar nicht akzeptieren, es jedoch sehr unterstützen würde, wenn in jedem Institut die wissenschaftlichen Mitarbeiter bei der Entscheidungsfindung mitwirken könnten und ebenso sollten sie in den Gremien der ganzen Max-Planck-Gesellschaft vertreten sein. Im Besonderen schlug ich vor, dass jedes Institut einen wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Wissenschaftliche Sektion wählen sollte. Darüberhinaus würde jede Sektion einen wissenschaftlichen Mitarbeiter als Mitglied in den Senat entsenden. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats sollte zugleich Mitglied des Senats werden. Dieser Vorschlag rief helle Empörung bei einigen Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern hervor. Die ganze biologisch-medizinische Sektion war gegen diesen Vorschlag.

In der Max-Planck-Gesellschaft, wo man sich bei dieser Frage ganz aufs Mauern eingestellt hatte, setzte diese unverblümete Offenheit eine Lawine von Protesten in Gang. Tübinger Institutsdirektoren schrieben empört an ihre Sektionskollegen in Berlin, „verantwortungslose Narren und ihnen normalerweise gegenüberstehende Feiglinge“ seien dabei, „aus purer Angst vor der Obrigkeit“ das Ende der Max-Planck-Gesellschaft einzuleiten. Nach dem Vorbild der protestierenden Studenten riefen sie zu einem Sit-In in der Münchener Generalverwaltung auf, dem dann tatsächlich elf Direktoren folgten.<sup>4</sup>

### **2.5.1 Die meisten wissenschaftlichen Mitarbeiter der Institute in Berlin und Starnberg forderten weiterhin die Drittelparität**

In einer dramatischen Sondersitzung des Wissenschaftlichen Rates am 27. April 1972 im Frankfurter Palmengarten wurde mein Vorschlag akzeptiert. Diese Sitzung ist mir noch heute sehr gegenwärtig, nicht nur wegen der großen Emotionen, die sich während der Diskussionen entluden, sondern weil auch zur gleichen Zeit im Bonner Bundestag über das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt abge-

---

<sup>3</sup>Süddeutsche Zeitung (1972).

<sup>4</sup>Gerwin (1996, 217).

stimmt wurde. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion schlug damals fehl und nicht jeder im Wissenschaftlichen Rat war darüber glücklich.

Auf der folgenden Jahresversammlung in Bremen wurde ich als Präsident eingeführt. Die neue Satzung mit dem Status der wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde angenommen. Ein neuer Paragraph definierte die Pflichten eines Direktors bei der Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiter. In dem neuen Paragraphen wurde auch festgelegt, dass ein Direktor nur für sieben Jahre berufen werden soll und dass jedes Institut einen wissenschaftlichen Beirat haben sollte.

## 2.6 Die Projektgruppen

Als ich das Amt des Präsidenten antrat, wurde ich mit einer sehr kritischen Finanzsituation konfrontiert. Während der Ära von Butenandt hatte die Max-Planck-Gesellschaft die Möglichkeit gehabt, stark zu expandieren. Viele neue Institute wurden gegründet, wie das Plasma-Institut, die Institute in Göttingen und in Martinsried, die Radioastronomie in Bonn und die Institute für optische Astronomie in Heidelberg. Jedoch ab 1972 änderte sich die finanzielle Lage dramatisch. Einen Zuwachs im Haushalt gab es nicht mehr. Selbst die Inflationsrate konnte nicht kompensiert werden, obwohl es aufgrund dieser Gehaltserhöhungen von bis zu zehn, elf Prozent gab, die in dem normalen Budget nicht enthalten waren.

Aber trotz dieser Situation, in der es keinen finanziellen Spielraum gab, wollten wir einen Status Quo nicht akzeptieren. Neue und wichtige Forschungsfelder waren sichtbar, in denen sich die Max-Planck-Gesellschaft engagieren sollte. Aufgrund der schwierigen finanziellen Haushaltslage begannen wir nicht mit der Gründung eines neuen Instituts, sondern etablierten Projektgruppen für ein neues Forschungsfeld. Auf diesem Weg hatten wir die Möglichkeit, die wissenschaftliche Leistung einer Projektgruppe zu beobachten und die laufenden Kosten geringer als für ein neues Institut zu halten. Auf diese Weise starteten wir drei Projektgruppen, eine für Internationales Sozialrecht, eine für Psycholinguistik sowie eine dritte für Quantenoptik.

Aber ohne einen herausragenden Wissenschaftler, der dem Harnack-Prinzip entsprach, hätten wir diese Projektgruppen nicht ins Leben gerufen. Der Antrag für ein neues Institut für Sozialrecht wurde vom Präsidenten des Bundessozialgerichts ausgearbeitet. Er hatte gehofft, dass das Institut in Kassel angesiedelt werden würde, meiner Heimatstadt. Als Direktor war Hans Zacher im Gespräch, der jedoch aufgrund seiner Lehrtätigkeit an der Universität München die Stadt nicht verlassen wollte. Aber es war schwierig, ein weiteres Institut in Bayern anzusiedeln, da es dort schon zahlreiche Max-Planck-Institute gab. Die Länder bevorzugten Nordrhein-Westfalen als Standort für eine Projektgruppe und spätere

Institutsgründung. Doch die Max-Planck-Gesellschaft konnte sich mit München und mit Hans Zacher als Direktor durchsetzen.

Ähnlich schwierig erwies sich die Gründung der Projektgruppe Psycholinguistik. Hier kam die Anregung zur Gründung dieses Instituts vor allem von Mitgliedern der Biologisch-Medizinischen Sektion. Schließlich wurde Willem Levelt von der Holländischen Universität in Nijmegen als Direktor gefunden. Dieser wollte jedoch seine feste Bindung zur Universität Nijmegen behalten, gleichzeitig wollte Nordrhein-Westfalen das Institut unbedingt in seinen Landesgrenzen in Kleve ansiedeln, einer kleinen Stadt an der deutsch-holländischen Grenze. Doch schließlich setzte die Vernunft sich durch, und so wurde zum ersten Mal eine Projektgruppe und später ein Max-Planck-Institut in den Niederlanden gegründet.

Bei der Gründung der dritten Projektgruppe für Quantenoptik verlief es wesentlich einfacher, da diese als eine bereits bestehende Gruppe am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching bei München ausgegliedert wurde.

Weiterhin wurden drei klinische Forschungsgruppen gegründet, da die medizinische Forschung in Deutschland einer Verstärkung bedurfte. Die erste Forschungsgruppe für Reproduktionsmedizin wurde in Münster angesiedelt, die zweite für Blutgerinnung und Thrombose in Bad Nauheim und die dritte für Multiple Sklerose in Würzburg.

Allerdings konnte mit dem vorsichtigen Schritt der Gründung von Projektgruppen nicht genügend finanzieller Spielraum gewonnen werden. Es war notwendig, auf drastische Weise Institute zu schließen. Während meiner Amtszeit wurden 20 Institute, Abteilungen und Forschungseinrichtungen geschlossen, wobei 600 Personalstellen frei wurden, die den neuen Projektgruppen oder vorhandenen Instituten zugeordnet wurden.

Als Beispiel möchte ich zwei Institute erwähnen, die zu dieser Zeit geschlossen wurden. Das erste Institut, das gleich zu Beginn meiner Amtszeit geschlossen wurde, war das Institut für Agrartechnik in Bad Kreuznach. Drei sehr bekannte Mitglieder des Bundestags hatten dort ihren Wahlkreis. Elmar Pieroth (\*1934) von der CDU, später Wirtschaftssenator in Berlin, Conrad Ahlers (1922–1980) von der SPD, Pressesprecher der Bundesregierung und Hans Friedrichs (1917–1998), Bundeswirtschaftsminister von der FDP. Alle drei waren verständlicherweise über die Schließung nicht begeistert. Ich bekam von jedem harsche Briefe. Nichtsdestotrotz schlossen wir das Institut.

Die andere Schließung, die ich erwähnen sollte, war wesentlich spektakulärer. Sie wurde in der Presse intensiv diskutiert, besonders in dem Magazin „Der Spiegel“. Dabei wurde ich auch persönlich attackiert. Es handelte sich um die Schließung des Max-Planck-Instituts für die Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt mit den Direktoren Carl-Friedrich von

Weizsäcker und Jürgen Habermas.<sup>5</sup> Ursprünglich war geplant, die Forschungsrichtung dieses Instituts in ein Institut für Sozialwissenschaften zu ändern. Einer der designierten Direktoren war Ralph Dahrendorf (1929–2009), der zunächst die Berufung annahm, mir jedoch in letzter Minute eine schriftliche Absage übermittelte und sich entschloss, in England zu bleiben. Seine Absage machte es erforderlich, die gesamte Abteilung, die unter Weizsäckers Leitung stand, zu schließen. Der Grund dafür liegt im Leitbild des Harnack-Prinzip: Schon bei der Berufung von Weizsäcker wurde ausdrücklich im Senat festgestellt, dass dieses Institut nicht fortgeführt werden sollte, falls kein geeigneter Nachfolger zu finden sei. Die Schließung seiner Abteilung hatte zur Folge, dass sich auch Habermas entschloss zu gehen, um an seine alte Universität in Frankfurt zurück zu kehren. Als Direktor für die dritte Abteilung war bereits Franz Emanuel Weinert berufen worden. Für ihn wurde ein neues Max-Planck-Institut für psychologische Forschung gegründet, das seinen Sitz in München fand; später stand ihm Heinz Heckhausen (1926–1988) als zweiter Direktor zur Seite.

## 2.7 Die Nachwuchsgruppen

Eine Erweiterung des Harnack-Prinzips bildete die Gründung von Nachwuchsgruppen, um junge Wissenschaftler in der Max-Planck-Gesellschaft besonders zu fördern. Für fünf Jahre wurde diesen die alleinige wissenschaftliche Verantwortung für eine eigene kleine Gruppe übertragen, vergleichbar mit der Stellung eines Institutsdirektors. Die Nachwuchsgruppen hatten ihren Ursprung im Miescher-Labor in Tübingen, wo drei oder vier Nachwuchsgruppen parallel in einem Gebäude untergebracht waren. Während meiner Amtszeit gehörte zu den jungen dort tätigen Wissenschaftlerinnen Christiane Nüsslein-Volhard (\*1942), die später Direktorin des Tübinger Instituts für Entwicklungsbiologie wurde und im Jahr 1995 den Nobelpreis erhielt.

In den kommenden Jahren wurden immer mehr Nachwuchsgruppen gegründet, meistens in direkter Verbindung mit einem Institut. Ursprünglich waren es Institute der biologisch-medizinischen Sektion. Später nutzten auch beide anderen Sektionen dies Instrument der Nachwuchsförderung. Inzwischen ist dies Konzept der Nachwuchsgruppen eine tragende Säule der Max-Planck-Gesellschaft.

Während meiner Amtszeit konnte ich noch zwei weitere Schritte für die Förderung junger Talente vorschlagen. Dies waren das Heisenberg-Programm innerhalb der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Otto-Hahn-Preis der Max-Planck-Gesellschaft.

---

<sup>5</sup>Siehe dazu auch den Beitrag von Ariane Leendertz in diesem Band.

## 2.8 Fachbeirat und Senat

Ich begann meine Amtszeit in einer Zeit der Veränderungen. Die sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt betonte vor allem die soziale Relevanz der Forschung. Die Medien unterstützten diese Tendenz. In den öffentlichen Diskussionen ging es mir vor allem darum, wie die Freiheit der Forschung gewahrt werden könnte und wie es möglich wäre, die Verantwortung eines Wissenschaftlers wirklich wahrzunehmen.

Wie kann die notwendige Unabhängigkeit der Max-Planck-Gesellschaft gesichert bleiben und was bedeutet es, den Freiraum in der Forschung in jedem einzelnen Institut zu erhalten? Das Etablieren der Fachbeiräte sollte dabei helfen. Dem jeweiligen Fachbeirat eines Instituts gehören angesehene Wissenschaftler aus dem In- und Ausland an, die die Arbeit des Instituts alle zwei Jahre begutachten.

Der Fachbeirat kann als eine indirekte Konsequenz aus dem Harnack-Prinzip gesehen werden. Mit der Berufung nach dem Harnack-Prinzip wird dem Direktor die Finanzierung seiner Forschung zugesichert. Das Finanzmodell für die Wissenschaftlichen Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft wird oft als *high-trust-principle* bezeichnet – im Gegensatz zu dem *low-trust-principle* – bei dem die Finanzierung auf dem peer review, der Begutachtung der vorgelegten Projekte und Programme basiert. Dies ist in den letzten Jahren zunehmend das Prinzip im deutschen Wissenschaftssystem.

Allein schon die Vorbereitung des Instituts auf den Besuch des Fachbeirats wirkt sich positiv auf das Institut aus. Aber natürlich bedeutet der Besuch an sich mit den Diskussionen zwischen den Mitgliedern und dem Fachbeirat eine große Stimulans für ein Institut. Der abschließende Bericht des Fachbeirates ermöglicht nicht nur dem Institut, sondern auch den Präsidenten, eventuelle notwendige Korrekturen vorzunehmen. Nicht alle Institute waren von der Etablierung der Fachbeiräte begeistert. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich durch die Fachbeiräte darüber hinaus Respekt und Aufmerksamkeit, vor allem auch im Ausland erworben.

Nicht vergessen werden sollte eine entscheidende Institution der Max-Planck-Gesellschaft – der Senat.<sup>6</sup> Seit 1911 sind im Senat unabhängige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft vertreten. Zusammen mit dem Präsidenten und den drei Sektionen des Wissenschaftlichen Rates garantiert der Senat, dass die Denkschrift von Adolf von Harnack ihre Gültigkeit behält: Die Max-Planck-Gesellschaft bietet herausragenden Wissenschaftlern – und zwar nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt – die bestmöglichen Arbeitsbedingungen für ihre Forschung.

<sup>6</sup>Siehe dazu auch den Beitrag von Renn, Kant und Kolboske in diesem Band.

## **Bibliographie**

Gerwin, Robert (1996). Ein Stück Demokratisierung: Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: *Die KWG/MPG und ihre Institute: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko.

*Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* (1900). Berlin. URL: <http://d-nb.info/456913696>.

Mehr Mitbestimmung für die Forscher: Weniger Geld für die Forschung (1972). *Süddeutsche Zeitung*.

# Kapitel 3

## Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen: Faktisches und Symbolisches

*Hubert Laitko*

### 3.1 KWG und MPG: ein historisches Kontinuum

Der Max-Planck-Gesellschaft hat es so erfolgreich vermocht, einen kontinuierlichen Übergang von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu sich selbst zu konstruieren, dass im Jubiläumsjahr 2011 eine einheitliche, durchgehende hundertjährige Geschichte gefeiert werden konnte – und nicht etwa eine nur äußerliche Addition zweier separater Institutionengeschichten zu einem Saeculum.<sup>1</sup> Bereits vor fünfzig Jahren brachte der damalige Präsident Adolf Butenandt die Freude über diesen Erfolg deutlich zum Ausdruck, als er in seiner Ansprache auf der 12. Hauptversammlung der MPG betonte, es sei der Gesellschaft gelungen, „mit der sukzessiven Übernahme der Substanz der alten Gesellschaft durch neue Leistungen im Ansehen der Welt jene Stellung zu erlangen, die einst die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in ihrer Blütezeit hatte.“<sup>2</sup>

Er bezog sich dabei auf die am 21. Juni 1960 nach Abschluss des komplizierten Transfers sämtlicher Vermögenswerte in Berlin erfolgte rechtswirksame Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Butenandt betonte, „daß die tragen-

---

<sup>1</sup>Als konzentrierte aktuelle Artikulationen des Selbstverständnisses der MPG und als Fazit der darum geführten Debatten können die Ansprachen ihrer Präsidenten bei den alljährlichen Festversammlungen betrachtet werden. Für das Thema des vorliegenden Aufsatzes sind diese Reden eine erstrangige Quelle. Für Bezüge auf diese Reden wird eine vereinfachte Form des Quellennachweises gewählt; wenn nur der Name des jeweiligen Präsidenten und eine Jahreszahl genannt werden (etwa: Butenandt 1968), dann bedeutet dies die Ansprache, die der Präsident auf der Festversammlung der MPG in dem jeweiligen Jahr gehalten hat und die im MPG-Jahrbuch des gleichen Jahres gedruckt ist. Die Auswahl konzentriert sich vor allem auf Äußerungen von Adolf Butenandt während seiner Amtszeit als Präsident der MPG (1960–1972). Diese Beschränkung erfolgt einerseits, um den Text nicht zu überfrachten, und andererseits, weil diese Periode in der Geschichte der MPG eine besondere Stellung einnimmt: Nach der Überwindung der Nachkriegsprovisorien, den Aufbaujahren, der organisatorischen Festigung der MPG und ihrer Etablierung im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland waren diese zwölf Jahre ihre erste Reifephase, in deren Verlauf eine intensive Reflexion ihrer Prinzipien erfolgte. – Daten aus der Geschichte der KWG und der MPG, für die keine gesonderten Belegstellen angeführt werden, beziehen sich auf Henning und Kazemi (2011).

<sup>2</sup>Butenandt (1961, 7–19, hier 7).

den Grundsätze der KWG noch heute für die MPG unverändert gelten“, und sagte abschließend: „Die MPG des Jahres 1961 verspricht, den Prinzipien die Treue zu halten, die vor 50 Jahren zur Gründung der KWG geführt haben.“<sup>3</sup> Auch in offiziellen Äußerungen wie den Ansprachen der Präsidenten auf den alljährlichen Hauptversammlungen der MPG fehlt es nicht an Formulierungen, die die Idee der einen Gesellschaft unmittelbar zum Ausdruck bringen, so bei Butenandt 1970 („Die MPG hat seit ihrer Gründung als KWG diesen Freiheitsraum unangetastet gehabt“) oder 1971 („Eine Gesellschaft, die durch 60 Jahre ihres Bestehens ihre Aufgabe nach internationalem Urteil hervorragend erfüllt hat und aus deren Instituten 21 Nobelpreisträger hervorgegangen sind“).<sup>4</sup> In neuerer Zeit vermeidet es die MPG aber eher, von einer einzigen Institution zu sprechen, und bezeichnet die KWG als ihre „Vorläuferinstitution.“ So heißt es zum Harnack-Prinzip in dem auf ihrer Website enthaltenen Kurzporträt: „Mit dem Strukturprinzip der persönlichkeitsorientierten Forschungsorganisation setzt die MPG heute die Tradition ihrer Vorgängerinstitution fort.“<sup>5</sup>

Damit besteht kein Zweifel daran, dass KWG und MPG ungeachtet ihres historischen Zusammenhangs als zwei verschiedene Institutionen aufzufassen sind; diese Tatsache wird auch daran deutlich, dass von 1948 bis 1960 juristisch beide nebeneinander bestanden. In seinem Rückblick auf 50 Jahre MPG kennzeichnete Hubert Markl dies als die gegenüber einer einfachen Fortsetzung der KWG nach 1945 günstigere Option:

So konnte gerade durch Neubegründung und Neubenennung die Verpflichtung auf grundlegende wissenschaftliche Ideale besser gewährleistet werden, als dies durch einfache Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft möglich gewesen wäre.<sup>6</sup>

Bis auf die institutionenrechtliche Unterscheidung wird ein Maximum an Gemeinsamkeiten zwischen beiden in Anspruch genommen. Griffiger sprachlicher Ausdruck dieser Geschichtsinterpretation war und ist das Kompositum „Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft“, das in den offiziellen Ansprachen der MPG-Präsidenten schon früh verwendet wurde.<sup>7</sup> Als Rudolf Vierhaus und

<sup>3</sup>Butenandt (1961, 8, 19).

<sup>4</sup>Butenandt (1970, 35; 1971, 34).

<sup>5</sup><http://www.mpg.de/kurzportrait> [Zugriff 16. 1. 2015].

<sup>6</sup>Markl (1998), zitiert nach Henning und Kazemi (2011, 722).

<sup>7</sup>So schloss Adolf Butenandt seine Ansprache auf der Festversammlung der MPG in Berlin am 25. Juni 1971 mit den Worten: „Wir alle, die wir uns für die Zukunft der Max-Planck-Gesellschaft verantwortlich fühlen, haben die Verpflichtung, die durch das einmalige Ereignis des 11. Januar 1911 auf unsere Schultern und die der folgenden Generation gelegt wurde, dafür zu sorgen, daß die Max-Planck-Gesellschaft auch im siebenten Jahrzehnt der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft ihre großen Aufgaben im Dienste der Wissenschaft erfüllen kann.“ Butenandt (1971, 42).

Bernhard vom Brocke diese Prägung im Titel ihres aus Anlass des 75jährigen Gründungsjubiläums der KWG herausgegebenen und mehr als tausend Seiten umfassenden Werkes<sup>8</sup> benutzten, war sie innerhalb der Gesellschaft schon längst zum terminologischen Standard geworden. Für die wissenschaftshistorische Forschung ist diese inzwischen ein volles Jahrhundert umfassende Entwicklung ein Gegenstand von hohem Rang, dessen Bedeutung Insidern wie äußeren Betrachtern gleichermaßen bewusst ist.

### 3.2 „Harnack-Prinzip“ – Diffusion eines Terminus

Worauf gründen sich die zahlreichen, oft in repräsentativem oder gar festlichem Kontext getroffenen Aussagen, in denen die historische Gemeinsamkeit von KWG und MPG betont wird? In neuerer Zeit, spätestens seit Ende der 1980er Jahre, gilt der Terminus „Harnack-Prinzip“ als Markenzeichen dieser Verbindung. Verschiedene offiziell verwendete Formulierungen stellen dieses Prinzip an die Spitze der für die MPG geltenden Prinzipien oder erwecken sogar den Eindruck, es sei überhaupt das Grundprinzip der Gesellschaft. So steht auf der Website der MPG, dass das Harnack-Prinzip „als wichtigster Grundsatz der Gesellschaft gelten“ dürfe,<sup>9</sup> und an einer anderen Stelle heißt es dort:

Das fundamentale Grundprinzip der MPG ist, herausragend kreativen, interdisziplinär denkenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Raum für ihre unabhängige Entfaltung zu bieten. Dieses so genannte Harnack-Prinzip ist nach dem ersten Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Vorgängerorganisation der MPG, benannt.<sup>10</sup>

Die Formulierungen, auf die sich der Terminus „Harnack-Prinzip“ stützt, sind älter; wann die Prägung selbst innerhalb der MPG in Gebrauch kam, ist nicht ganz klar. Rudolf Vierhaus war – aus seiner profunden Kennerschaft der Institutionsgeschichte heraus – nicht glücklich über den inflationären Gebrauch dieses Etiketts und schlug 1989 vor, „die Rede vom ‚Harnack-Prinzip‘ aus dem Verkehr zu ziehen.“<sup>11</sup> Dieser Vorschlag wurde nicht erhört. Offenbar ist der Terminus auf dem Weg zu einem normierten, zumindest innerhalb der MPG regelmäßig gebrauchten Ausdruck. So verstanden ihn die meisten Autoren des 1996 erschienenen Bandes *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und*

<sup>8</sup>Vierhaus und vom Brocke (1990).

<sup>9</sup>[http://www.mpg.de/geschichte\\_mpg](http://www.mpg.de/geschichte_mpg).

<sup>10</sup>[http://www.mpg.de/101251/MPG\\_Einfuehrung?clientIP=2007.124.488seite=2](http://www.mpg.de/101251/MPG_Einfuehrung?clientIP=2007.124.488seite=2).

<sup>11</sup>Vierhaus (1996, 138; 2003, 446–459); zu Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator und Wissenschaftspolitiker, siehe Vierhaus (2003, 423–445).

ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip.<sup>12</sup> Ein Symptom für die Selbstverständlichkeit, mit der er inzwischen verwendet wird, ist auch die Tatsache, dass Rainer Fink, Verwaltungsleiter am MPI für Evolutionsbiologie in Plön, seiner 2005 an der Fachhochschule Osnabrück abgeschlossenen Masterarbeit den Titel Harnack-Prinzip und Wissenschaftsmanagement – Möglichkeiten und Grenzen der effektiven Verwaltung von Forschungseinrichtungen gab.<sup>13</sup> Auch in der universitären Lehre wird die Geschichte des Harnack-Prinzips gelegentlich behandelt; so veranstaltete die interfakultäre Professur für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte, die bis 2012 an der Universität Bern bestand, im Herbstsemester 2007 ein Proseminar „Wissenschaft in Berlin um 1900“ dessen siebte Lektion den Titel „Das Harnack-Prinzip“ trug.<sup>14</sup>

Vielleicht war in Deutschland noch niemals zuvor – auch über die innerwissenschaftliche Kommunikation hinaus – so häufig und so dezidiert vom Harnack-Prinzip die Rede wie 2010/11. Beiläufig sei an dieser Stelle bemerkt, dass der in der englischsprachigen Literatur verwendete Terminus „Harnack Principle“ (oder „Harnack’s Principle“) etwas ganz anderes bedeutet, das mit dem hier diskutierten Grundsatz der KWG und der MPG sachlich nichts zu tun hat. Genealogisch besteht allerdings ein Zusammenhang, denn dieses Prinzip wurde von Adolf Harnacks Zwillingsbruder formuliert, dem Mathematiker Carl Gustav Axel Harnack, der sich nach seiner Promotion bei Felix Klein (1849–1925) in Erlangen an der Leipziger Universität habilitiert und schließlich einen Ruf an die Technische Hochschule Dresden erhalten hatte; es meint eine Reihe von ihm formulierter Theoreme über die Konvergenz von Reihen harmonischer Funktionen in der Potentialtheorie, die sich aus den nach ihm benannten Harnack’schen Ungleichungen ergeben. Axel Harnack starb bereits 1888, als seinem Bruder Adolf noch mehr als 40 erfüllte Lebensjahre bevorstanden und dieser gerade aus Marburg nach Berlin berufen worden war – gegen den Protest des Evangelischen Oberkirchenrates, dem seine theoretischen Überzeugungen zu unorthodox waren, worauf Wilhelm II. die berühmt gewordenen Worte „Ich will keine Mucker“ auf die Ernennungsurkunde schrieb.<sup>15</sup>

Im historischen Gedächtnis der MPG nimmt Adolf von Harnack schon deshalb eine Sonderstellung ein, weil er im Gründerkreis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine Schlüsselrolle spielte, ihr erster Präsident war, die Präsidentschaft mit nahezu zwanzig Jahren wesentlich länger ausübte als jeder seiner

<sup>12</sup>vom Brocke und Laitko (1996).

<sup>13</sup>Fink „Harnack-Prinzip und Wissenschaftsmanagement: Möglichkeiten und Grenzen der effektiven Verwaltung von Forschungseinrichtungen“ als Manuskript verfügbar in: MPG-Archiv V. Abt. Vc Rep. 4.

<sup>14</sup><http://philoscience.unibe.ch/archiv/lehre-hs-2007>.

<sup>15</sup>Näher zu Harnack als Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisator siehe Burchardt (1987, 215–233, hier 218).

Amtsnachfolger in KWG und MPG und so das Profil der Gesellschaft mit einzigartiger Intensität prägte.<sup>16</sup> Da er zudem auch ein glänzender Rhetoriker und Stilist war, goss er seine präsidentialen Erfahrungen insbesondere in seiner Spätzeit in Maximen, denen man durchaus den Rang institutioneller Gestaltungsprinzipien zuerkennen könnte. Jürgen Renn, Giuseppe Castagnetti und Simone Rieger notieren treffend, Harnack habe ein Jahr vor seinem Tode seine Ansichten als Wissenschaftsorganisator und -politiker „in einer Art wissenschaftspolitischen Credo niedergelegt, von dem mancher Satz ein ‚Harnack-Prinzip‘ genannt zu werden verdient.“<sup>17</sup> Es ist aber nur eine seiner Formulierungen, die in der KWG/MPG und überhaupt in der deutschen Wissenschaftstradition tatsächlich als Prinzip bezeichnet wird. Im Hinblick darauf, dass es aus dem Wirken Harnacks stammt, lohnt die Überlegung, inwieweit es an historische Eigenheiten der deutschen Wissenschaftskultur gebunden ist und inwieweit es allgemeinere Geltung haben könnte. Die Diskussion dieser Frage hängt damit zusammen, ob die MPG eine besondere Ausprägung eines auch anderswo vorhandenen Institutionentyps darstellt oder ob sie einen *Typus sui generis* verkörpert. Bernhard vom Brocke neigt zu letzterem, wenn er bemerkt, die MPG habe sich ihre Unabhängigkeit von Privatwirtschaft und Staat, die der KWG ursprünglich eigen, aber unter der NS-Herrschaft untergraben worden war, „durch ihre bewährte Organisationsstruktur als ‚privater Verein‘ wieder erwerben und erhalten können [...]. Sie ist damit wie ihre Vorgängerin zweifellos ein Unikum in der Welt.“<sup>18</sup>

Richard von Weizsäcker nannte die MPG in seinem Grußwort an die Festversammlung in Aachen am 13. Juni 1986 ein „Unikum in der Welt.“<sup>19</sup> Könnte das Harnack-Prinzip, dessen begriffliche Trennschärfe von Vierhaus in Zweifel gezogen wurde, ein gültiger Ausdruck jener Unikalität sein?

Jedenfalls hatte Vierhaus seine Empfehlung zur Abstinenz nicht ohne Grund gegeben – in seinem Aufsatz zeigte er, dass sich keine definitorische Formulierung nennen lässt, die aus dem „Harnack-Prinzip“ einen strengen, eindeutig handhabbaren Begriff machen würde. Rüdiger vom Bruch stellte im Jahre 2000 sogar die Frage, ob eine eingehendere historische Prüfung jenes „Harnack-Prinzip“ nicht womöglich „als eine zwar einflußreiche, für die tatsächliche Ausdifferenzierung außeruniversitärer Forschungspotentiale in Deutschland aber eher hinderliche Formel“<sup>20</sup> erweisen könnte. Nicht selten wird diese Formel in einer diffusen Bedeutung gebraucht, in der letztlich jede beliebige wissenschaftliche In-

<sup>16</sup>Burchardt (1996, 145–172, hier 147–155). – Näher zu Harnack als Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftspolitiker siehe Nowak und Oexle (2001); Nowak et al. (2003); Nottmeier (2004).

<sup>17</sup>Renn, Castagnetti und Rieger (1999, 12).

<sup>18</sup>vom Brocke (1996, 11).

<sup>19</sup>Zitiert nach: Henning und Kazemi (2011, 333).

<sup>20</sup>vom Bruch (2000, 41).

stitution zum Ort ihrer Verwirklichung werden könnte. Als im Herbst 2008 erstmals neun auf fünf Jahre bemessene und vom BMBF finanzierte Alexander-von-Humboldt-Professuren an deutschen Universitäten an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland vergeben wurden, erklärte Helmut Schwarz als Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung dazu:

Spitzenforschung ist heute Teamarbeit. Und doch sind es oft die einzelnen herausragenden Forscherpersönlichkeiten, ihre Ideen, ihre Kreativität und Energie, die den Unterschied machen. Mit der Alexander-von-Humboldt-Professur holen wir sie nach Deutschland, damit sich um sie herum starke Teams und dauerhafte Strukturen bilden. Damit tragen wir das Harnack-Prinzip in die Universitäten.<sup>21</sup>

Im gleichen Jahr war bei Pirmin Stekeler-Weithofer zu lesen:

Nichts gegen das Harnack-Prinzip des personalen Vorbilds und der Personalförderung, wie es die MPG praktiziert. Es ist nur zu kurz gedacht, wenn man dieses Prinzip, das für jede freie Wissenschaft und Lehre zentral ist und zugleich das allgemeine Prinzip eines Ethos der Wissenschaftler ist, aus den Universitäten in andere Institutionen auslagert.<sup>22</sup>

Ein anderes Beispiel für die ausufernden Interpretationen des Terminus „Harnack-Prinzip“ und damit zugleich für seine Popularität ist die folgende Bemerkung von Jörg Michaelis, Vorstandsmitglied der Boehringer Ingelheim Stiftung, bei einem Pressegespräch am 4. Mai 2010 anlässlich der Tatsache, dass man Christof Niehrs als Gründungsdirektor für das Institut für Molekulare Biologie an der Johann-Gutenberg-Universität Mainz gewinnen konnte:

Mit der Spende zur Finanzierung des Instituts für Molekulare Biologie möchte die Boehringer Ingelheim Stiftung hervorragende Grundlagenforschung im Bereich der Lebenswissenschaften an der Mainzer Universität fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns für das Harnack-Prinzip entschieden. Dieses Prinzip bedeutet, das wissenschaftliche Thema eines Instituts zunächst sehr weit zu fassen, um dann in diesem Feld die besten Wissenschaftler zu identifizieren. Diese können und sollen dann selbstständig die konkreten Inhalte, Methoden und Ziele der Forschung aufgrund ihrer persönlichen Kompetenz festlegen.<sup>23</sup>

<sup>21</sup><http://www.humboldt-foundation.de/web/878290.html>.

<sup>22</sup>Stekeler-Weithofer (2008, 62).

<sup>23</sup>[http://www.uni-mainz.de/presse/downloads/imb\\_gruendungsdirektor\\_rede\\_michaelis.pdf](http://www.uni-mainz.de/presse/downloads/imb_gruendungsdirektor_rede_michaelis.pdf).

Alle populären Formulierungen des Harnack-Prinzips gehen auf eine Äußerung Harnacks über die Arbeitsweise der Kaiser-Wilhelm-Institute zurück, die er auf der Hauptversammlung der KWG in München 1928 traf: „In so hohem Grade ist der Direktor die Hauptperson, daß man auch sagen kann: die Gesellschaft wählt einen Direktor und baut um ihn herum ein Institut.“<sup>24</sup> Dies ist nach Vierhaus eine der „ebenso lockeren wie plastischen Formulierungen“, die Harnack reichlich zu Gebote standen. Er selbst hätte nach Vierhaus' Meinung diesen Gedanken wohl kaum als das leitende Strukturprinzip der Kaiser-Wilhelm-Institute bezeichnet; bei jeder Entscheidung über eine Institutsgründung sei immer eine ganze Reihe von Argumenten geltend gemacht worden.<sup>25</sup>



Abb. 3.1: Albert Einstein etwa 1926 in seinem Arbeitszimmer in der Haberlandstraße.

Nichtsdestoweniger wurde gerade an diese von Vierhaus als locker bezeichnete Aussage Harnacks angeknüpft. Schon um 1930 wurde sie – in variierenden Lesarten, aber noch ohne die Bezeichnung „Harnack-Prinzip“ – zu einer Formel kanonisiert. Einen wesentlichen Schritt auf diesem Weg markiert ein vom KWG-Generaldirektor Friedrich Glum verfasster Aufsatz, der in der 1930 von Ludolph Brauer (1865–1951), Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (1874–1936) und Adolf

<sup>24</sup>Die Förderung der Wissenschaften („Die Förderung der Wissenschaften“ 1928, 119–147, 149–173).

<sup>25</sup>Vierhaus (1996, 129–130).

Meyer herausgegebenen repräsentativen zweibändigen Edition Forschungsinstitute die Gesellschaft vorstellte. Dieser relativ kurze Aufsatz ist in einem solchen Maße grundlegend für das Selbstverständnis der MPG wie der KWG, dass die in den Präsidentenansprachen bei den alljährlichen Festversammlungen hervorgehobenen Prinzipien der MPG zum großen Teil – und oft bis in die Formulierungen hinein – hier ihre Prototypen haben. Glum schrieb, Harnack habe häufig gesagt: „Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft soll nicht Institute bauen und dafür den geeigneten Mann suchen, sondern erst den hervorragenden Mann finden und um ihn das Institut bauen.“<sup>26</sup>

Der Vorrang der Person wird hier noch stärker betont als in der oben zitierten originalen Formulierung Harnacks. Eine gründlichere, aber im gleichen Geist gehaltene Formulierung stammt von Max Planck (1932), der Harnack im Amt des Präsidenten nachgefolgt war:

Die Leistungen eines jeden Kaiser Wilhelm-Instituts beruhen im Grunde auf der Persönlichkeit seines Direktors. Der Direktor ist die Seele des Instituts, er schaltet im Rahmen der allgemeinen satzungsmäßigen Bestimmungen und des ihm zur Verfügung stehenden Etats als Herr im Hause, er bestimmt die Aufgaben, die in Angriff zu nehmen sind, er trägt die Verantwortung für das in dem Institut Geleistete.<sup>27</sup>

Die gerade zitierten Formulierungen tragen einen monarchischen Akzent. Wenn man aber, wie es in neueren Texten der Fall ist, auf diese Anmutung verzichtet, verschwindet der wesentliche Gehalt nicht, sondern wird nur noch deutlicher: die Hervorhebung bestimmter Persönlichkeiten durch ihre institutionelle Position. Autorität durch Reputation wird in Autorität durch institutionelle Stellung (Rang) überführt.

### 3.3 Harnack-Prinzip und *Corporate Identity*

Dies ist allerdings überall der Fall, wo es durch den hierarchischen Aufbau von Institutionen herausgehobene Rollen für bestimmte Persönlichkeiten gibt, keineswegs nur in der KWG/MPG. Die Frage, was dabei wissenschaftsspezifisch oder gar ein Alleinstellungsmerkmal der KWG/MPG ist, muss weiter erörtert werden. Das Monitum von Vierhaus legt nahe, dabei auf eine bloß definitorische Akrobatik zu verzichten. Zu den hervorstechenden Merkmalen der MPG gehört die außerordentliche Vielgestaltigkeit ihrer Institute. Butenandt hob auf der Hauptversammlung 1964 diese Eigenheit hervor, als er exemplarisch die Vogelwarte

<sup>26</sup>Glum (1930, 360).

<sup>27</sup>Zit. in: Haevecker (1951, 44–45).

Radolfzell als eines ihrer kleinsten Institute mit dem Institut für Plasmaphysik in Garching als ihrem größten Institut kontrastierte und bemerkte, diese Gegenüberstellung

führt uns die Spannweite in Umfang und Organisation der Institutionen vor Augen, in denen die MPG die Wissenschaft fördert, und zeigt deutlich die Flexibilität, die ihr zur Erfüllung ihrer Aufgaben eigen ist. Kaum ein Max-Planck-Institut gleicht in seiner Organisation, seiner Größe und seinem inneren Gefüge einem anderen; stets kann die für eine Forschungsrichtung gerade notwendige Form erstellt, die in ihr arbeitende Gemeinschaft sinnvoll gegliedert werden.<sup>28</sup>

1972 zog Reimar Lüst daraus den Schluss, es sei „nicht sinnvoll, eine Einheitssatzung für die Institute festzulegen.“ Jedes Institut müsse sich seine eigene, seinen Besonderheiten angepasste Satzung geben. Auch bei genauer Beachtung der Satzung der MPG als Rahmen bleibe für die Institutssatzungen „breiter Raum zum Experimentieren beim Auffinden zweckmäßiger Formen.“<sup>29</sup> Letztlich repräsentiert die MPG ein reichhaltiges Repertoire möglicher Institutsstrukturen, aus denen die von ihr berufenen Persönlichkeiten in weiten Grenzen frei wählen können; etwas zugespitzt formuliert, könnte man auch von einem forschungsorganisatorischen *anything goes* sprechen, wobei allerdings weder Willkür noch Zufall walten, sondern die leitenden Persönlichkeiten die jeweils geltenden Strukturen nach Maßgabe der von ihnen vertretenen Forschungsprogramme festlegen.

In dieser Situation, die das Gegenteil organisatorischer Uniformität ist, bereitet es durchaus Schwierigkeiten, das allen Instituten verbindlich Gemeinsame auf einen gehaltvollen Begriff zu bringen. Der Ausdruck „Harnack-Prinzip“ erscheint hier als ein sprachlicher Marker, als ein Signal, das bei denen, die damit umgehen, zwar keineswegs identische, aber immerhin verwandte Vorstellungen auslöst. Nur auf diese Weise kann es in einer außerordentlich vielgestaltigen Einrichtung, in der jedes Institut nicht nur gegenständliche (thematische) und persönliche Eigenarten – dies ist selbstverständlich – sondern auch strukturelle und organisatorische Spezifika aufweist, eine gewisse *corporate identity* stiften. Dieser Leistung vor allem dürfte der Terminus „Harnack-Prinzip“ seine Vitalität, seine feste Einbürgerung im internen Betriebssystem der MPG verdanken. Der Aristokrat und „Vernunftrepublikaner“ Harnack hätte einen aus dem Wirtschaftsleben stammenden Begriff wie *corporate identity* für die KWG vermutlich nicht verwenden wollen (allerdings hatte er im Vorfeld der KWG ausdrücklich vom „Großbetrieb der Wissenschaft“ gesprochen<sup>30</sup> und damit selbst eine wesentliche

<sup>28</sup>Butenandt (1964, 30).

<sup>29</sup>Lüst (1972, 52).

<sup>30</sup>Harnack (1905).

Analogie von moderner Wissenschaft und Wirtschaft bemüht!). In älteren Darstellungen zur Geschichte der KWG wie bei Lothar Burchardt oder Bernhard vom Brocke kommt es auch nicht vor.

Neuere Arbeiten scheuen sich aber nicht, es zu verwenden. Helmuth Trischler erwähnt „das eiserne Harnack-Prinzip, das die – modern formuliert – *Corporate Identity* der MPG begründete.“<sup>31</sup> Rüdiger Hachtmann gibt einem Abschnitt seiner Geschichte der Generalverwaltung der KWG im Nationalsozialismus die Überschrift „Zur *Corporate Identity* der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.“<sup>32</sup> Nachdem er die Anwendbarkeit dieses Begriffs auf die KWG erörtert hat, geht er der Frage nach, was den führenden wissenschaftlichen Mitarbeiter oder auch den technischen Angestellten der KWG von den Angehörigen der Stammbesellschaften bei Krupp oder Siemens unterschieden haben mag. Während bei den Mehrgenerationenbesellschaften dieser Traditionskonzerne das Bestehen von Langzeitarbeitsverhältnissen im Vordergrund stand, war für die Mitarbeiter der Kaiser-Wilhelm-Institute nach Hachtmann ein anderes Faktum noch wichtiger:

Identitätsstiftend war in erster Linie die konkret erlebte Meritokratie, ein von allen getragenes Leistungs- und Wissenschaftsethos, gepaart mit dem Bewusstsein, einer international anerkannten Wissenschaftselite anzugehören, die gleichzeitig institutionell nach außen relativ stark abgekapselt war.<sup>33</sup>

Dieses Bewusstsein „wirkte hochgradig ‚institutionell stabilisierend‘ und stärkte die ‚Gruppenkohärenz der Belegschaft‘ der KWG.“<sup>34</sup> Hachtmann hebt hier die Bedeutung informeller, „atmosphärischer“ Momente hervor, die weit über die formale Organisationsstruktur der Institute und deren juristische Fundierung hinausgingen und begrifflich nicht ohne Weiteres zu fassen sind. Insbesondere die Dahlemer Kerninstitute der KWG bildeten miteinander eine eigene Lebensform aus, die nicht nur den wissenschaftlichen, sondern auch den privaten und familiären Bereich der dort Tätigen umfasste. Dazu gehörte seit 1929 auch das Harnack-Haus als Ort gehobener Geselligkeit<sup>35</sup>: „Die Spitzenwissenschaftler fanden jenseits von Disziplin- und Institutsgrenzen tagsüber zahlreiche Gelegenheiten zu kommunizieren.“ Das alles stärkte die „Kohärenz des KWG-Milieus.“<sup>36</sup> Sicher wurde die Pflege dieser Kohärenz während der Jahre der NS-Herrschaft auch zu einem Moment der Überlebensstrategie der Gesellschaft.

---

<sup>31</sup>Trischler (2004, 192).

<sup>32</sup>Hachtmann (2007, 42).

<sup>33</sup>Hachtmann (2007, 42).

<sup>34</sup>Hachtmann(2007, 43).

<sup>35</sup>Henning (1996).

<sup>36</sup>Hachtmann (2007, 44).

Die Wissenschaftler, die die einzigartige Dahlemer Atmosphäre erfahren hatten, nahmen die Erinnerung daran mit, als die Institute kriegsbedingt zum größten Teil in den Westen und Südwesten Deutschlands verlagert wurden, und brachten sie als Mitgift in den Aufbau der MPG ein. Hin und wieder blitzte in Äußerungen solcher Gelehrter diese Erinnerung auf, die ihre Bindekraft offensichtlich auch nach dem Krieg nicht verloren hatte. Als Butenandt 1970 auf das Friedrich-Miescher-Laboratorium – die Keimzelle der selbständigen Nachwuchsgruppen der MPG – zu sprechen kam, nannte er als eine wesentliche Erfolgsbedingung die richtige Umgebung, namentlich die beiden dort angesiedelten Max-Planck-Institute für Biologie und Virusforschung und den Umstand, dass die Kontakte zwischen diesen nicht nur in den Arbeitsräumen gepflegt werden, sondern auch in der Mensa oder in Gesellschaftsräumen des Tübinger Max-Planck-Hauses:

Hier wiederholt sich im Kleinen, was einst die Kaiser-Wilhelm-Institute in Dahlem ausgezeichnet hat, die enge räumliche Verbindung von Instituten, in deren Zentrum sich ein Haus der Begegnung befindet, das den Meinungsaustausch und die Diskussion zwischen Vertretern verschiedener Arbeitsrichtungen fördert.<sup>37</sup>

So ist die *corporate identity* der MPG auch durch eine lebensweltliche, emotional gefärbte Komponente gekennzeichnet und nicht vollkommen in rationale Bestimmungen auflösbar. Im Harnack-Prinzip schwingt diese Komponente mit; wann immer dieser Terminus gebraucht wird, ruft er auch Erinnerungen an die eigene Geschichte und an die unikale Persönlichkeit des Gründungspräsidenten der KWG auf. Nichtsdestoweniger muss es möglich sein, die charakteristischen Züge begrifflich zu fassen, die der KWG/MPG unterscheidend eigen sind – zumindest im deutschen Wissenschaftssystem. Dazu muss hier zunächst die Stellung der KWG im Institutionengefüge der Wissenschaft in Deutschland (in der deutschen Wissenschaftslandschaft) in den Blick kommen, aus dessen interner Differenzierung sie hervorgegangen ist und relativ zu dessen anderen Bestandteilen sie ihre Eigenart ausprägen und bewahren musste. Ihre Gründung erfolgte in einer Situation scharfer Konkurrenz mit den preußischen Universitäten und der Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) um die verfügbaren Ressourcen. Um 1900 waren die deutschen Universitäten generell in einer kritischen Lage, nachdem etwa seit der Reichsgründung die Studentenzahlen weitaus stärker gewachsen waren als die Lehrkörper und in diesen wiederum die Zahl der Privatdozenten und Extraordinarien weitaus schneller zunahm als die der Ordinarien. Nach Angaben Bernhard vom Brockes stieg vom 1871 bis 1910 die Zahl der Studierenden an den

---

<sup>37</sup>Butenandt (1970, 38).

deutschen Universitäten um 267 Prozent, während die Anzahl der Ordinarien lediglich um 45 Prozent wuchs; selbst unter Einbeziehung der Lektoren und der (im wesentlichen unbesoldet tätigen) Privatdozenten blieb die Vergrößerung des Lehrkörpers mit 173 Prozent noch weit hinter dem Anwachsen der Studentenzahl zurück. In den naturwissenschaftlichen Fächern war die Lage noch alarmierender, als diese Zahlen erkennen lassen.<sup>38</sup> Es wäre also dringlich gewesen, großzügig im universitären Bereich zu investieren. Wenn ungeachtet dieser kritischen Lage dennoch Mittel für außeruniversitäre Forschungsinstitute abgezweigt werden sollten, so galt es zu Beginn des 20. Jahrhunderts als beinahe selbstverständlich, dass diese der PAW zugewiesen würden, in der Harnack als Leiter ihrer Kirchenväter-Kommission<sup>39</sup> und vor allem als ihr Historiker<sup>40</sup> eine höchst angesehene Position einnahm. Zur Gründung solcher Institute hatte die Akademie, ermuntert von Friedrich Althoff, bereits mehrere Anläufe unternommen.

### 3.4 Humboldts „Hilfsinstitute“ und die KWG: eine nützliche Legende

In dieser Situation erschien es der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in höchstem Grade überraschend, dass mit der KWG eine sowohl von der Akademie als auch von den Universitäten unabhängige Trägerorganisation für die neu zu errichtenden Forschungsinstitute geschaffen wurde. Das war insbesondere für die PAW ein enormer Affront.<sup>41</sup> Dass die Gründung der KWG dennoch relativ konfliktarm verlief, dürfte in erster Linie der konstitutiven Rolle privaten Kapitals bei ihrem Zustandekommen zu verdanken gewesen sein – Mittel, die unter den gegebenen Umständen weder für die Universitäten noch für die PAW zu mobilisieren gewesen wären, so dass sie als eine zusätzliche Gabe für die Wissenschaft erschienen. Indes war die KWG keineswegs ein reines Surplus zu den staatlichen Wissenschaftsausgaben, das die Finanzierungsansprüche der Universitäten und der PAW nicht berührt hätte. Peter-Christian Witt, der die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft insbesondere für den Zeitraum zwischen 1918/19 und 1934/35 eingehend untersucht hat, bemerkt zu den Anfängen:

Analysiert man die Finanzierung der KWG bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, so verflüchtigt sich sogleich der von ihren Mitgliedern erweckte Eindruck, als sei die KWG eine rein mäzenatische Einrichtung zur Förderung der Wissenschaften gewesen, die allein zur Sicherung ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit in beschei-

<sup>38</sup>vom Brocke (1990, 22).

<sup>39</sup>Rebenich (1997, 129f.).

<sup>40</sup>Harnack (1900, 90–99).

<sup>41</sup>vom Brocke (1999, 119–147); Laitko (1999, 149–173).

denem Umfang staatliche Unterstützung in Anspruch genommen habe.<sup>42</sup>

Schon in den Anfangsjahren – ganz zu schweigen von der Zeit der Weimarer Republik – floss der KWG ein nicht zu vernachlässigendes Quantum öffentlicher Mittel zu, die damit für die Linderung der kritischen Situation des Hochschulwesens nicht zur Verfügung standen. Die KWG musste also in einer Weise argumentieren, die den Gesichtspunkt der Ressourcenkonkurrenz mit den anderen Institutionen und Institutionengruppen des deutschen Wissenschaftssystems möglichst verdeckte. Sie suchte darzulegen, dass sie etwas für die Gesamtwissenschaft Notwendiges vollbringe – etwas, das kein anderer Typus wissenschaftlicher Institutionen leisten könne, das aber für diese anderen, vor allem für die Universitäten, von größtem Vorteil sei. Dabei gelang es Harnack, „die neue Institutsorganisation außerhalb der Universitäten und Akademien diesen gegenüber historisch zu legitimieren“.<sup>43</sup> Unter Rekurs auf Wilhelm von Humboldts erst wenige Jahre vor der Jahrhundertwende aufgefundenes und 1896 von Bruno Gebhardt in seiner Humboldt-Biographie teilveröffentlichtes Fragment Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin suchte er den Eindruck zu erwecken, als seien die in Aussicht genommenen Forschungsinstitute und ihre Trägerorganisation, die 1911 als Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ins Leben trat, die Realisierung eines bis dahin offen gebliebenen Humboldt'schen Desiderats. Diese Argumentationslinie, deren Genese und Wirkung Bernhard vom Brocke im Detail verfolgt hat,<sup>44</sup> erwies sich als überaus wirkmächtig und hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die Gründung der KWG zu erleichtern. Seither gehört es zum Selbstbild der KWG wie auch später der MPG, die Idee der von ihr unterhaltenen Forschungsinstitute auf den Humboldtschen Gedanken der „Hilfsinstitute“ zurückzuführen und damit die eigenen Wurzeln in der Tiefe des historischen Raumes zu verankern.

In der von Harnack verfassten Denkschrift vom 21. November 1909, die den Gründungsvorgang initiierte, schlug er „ohne Zwischenglieder den Bogen von Humboldt als dem Ahnherrn zu sich selbst als geistigen Vater“; damit „werden die geplanten Institute als späte Verwirklichung Humboldtscher Pläne gesehen“.<sup>45</sup> Die auf der Grundlage eines Entwurfs von Friedrich Schmidt-Ott und nach Beratung mit weiteren preußischen Spitzenbeamten von Harnack ausgearbeitete Rede, mit der Wilhelm II. auf der Festveranstaltung zum einhundertjährigen Bestehen der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität die bevorstehende Gründung der KWG ankündigte, bezog sich ausdrücklich auf Humboldts Text:

---

<sup>42</sup> Witt (1990, 584).

<sup>43</sup> vom Brocke und Laitko (1996, 4).

<sup>44</sup> vom Brocke (1990, 70–72).

<sup>45</sup> vom Brocke (1990, 70).

„Sein großer Wissenschaftsplan verlangt neben der Akademie der Wissenschaften und der Universität selbständige Forschungsinstitute als integrierende Teile des wissenschaftlichen Gesamtorganismus.“<sup>46</sup> Für diese diplomatische Meisterleistung empfing Harnack, der bereits 1900 im Dokumentenband seiner großen Akademiegeschichte das Humboldt-Fragment vollständig publiziert hatte, den wohlverdienten Titel eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Prädikat „Exzellenz“.<sup>47</sup>

Das Kunststück,<sup>48</sup> das Harnack hier vollbracht hatte, war eine – zurückhaltend ausgedrückt – überdehnte Interpretation der Humboldt'schen Vorlage. Schlüsselwort war dabei das den fraglichen Instituten beigefügte Attribut „selbständig.“ Damit wurde Humboldts Vorstellung so interpretiert, als hätte dieser die „Hilfsinstitute“ als gleichrangige Einrichtungen in eine Reihe mit Akademie und Universität gestellt. Der einzige Satz in Humboldts Entwurf, auf den sich Harnack (und damit Wilhelm II.) direkt beziehen konnte, lautet: „Akademie, Universität und Hilfsinstitute sind also drei gleich unabhängige und integrante Teile der Gesamtanstalt.“<sup>49</sup> Nimmt man diesen Satz für sich allein, dann steht es dem Interpreten frei, für „unabhängig“ auch „selbständig“ zu setzen.

Hier ist ein sorgfältiger Umgang mit dem Text geboten, denn es geht um nicht weniger als die Frage, ob Humboldt tatsächlich selbständige (das heißt, außeruniversitäre und außerakademische) Forschungsinstitute – und sei es auch in noch so embryonaler Gestalt – im Auge hatte, also Einrichtungen, auf deren Gestaltung, anachronistisch formuliert, grundsätzlich das Harnack-Prinzip angewandt werden konnte. Das ist sehr fraglich. Darauf deutet schon hin, dass Humboldt sie „Hilfsinstitute“ nannte. Noch aufschlussreicher ist seine Wortwahl an der Stelle, an der erstmalig von diesen Instituten die Rede ist: „Außer der Akademie und der Universität gehören zu den höheren wissenschaftlichen Anstalten noch die leblosen Institute“.<sup>50</sup>

Das Wort „leblos“ ist in diesem Kontext am ehesten so zu verstehen, dass diese Institute keine eigenen Ziele – etwa Forschungsprogramme – verfolgen, nicht aus sich selbst tätig werden sollten, sondern nur dann, wenn sie von der Akademie beziehungsweise der Universität in Anspruch genommen werden, und nur zu deren Zwecken. Das ist auch nachvollziehbar, wenn man die beiden einzigen Beispiele für solche Hilfsinstitute betrachtet, die hier von Humboldt genannt werden: das anatomische und das zootomische Theater. Sowohl die Akademie

<sup>46</sup>Zit. in: vom Brocke (1990, 30).

<sup>47</sup>vom Brocke (1990).

<sup>48</sup>„Jedenfalls erwies sich Harnacks Kunstgriff als so wirkungsmächtig, daß Harnack bis heute in der Nachfolge Humboldts ideeller Urvater der Gesellschaft genannt wird.“ vom Brocke und Laitko (1996, 4).

<sup>49</sup>Humboldt (1990, 283).

<sup>50</sup>Humboldt (1990, 283).

als auch die Universität sollen dabei die Hilfsinstitute nicht nur benutzen können, sondern „auch die Kontrolle darüber haben.“ Bei Humboldt heißt es ferner: „Akademie und Universität sind beide gleich selbständig.“ In dieser Aufzählung sind die „Hilfsinstitute“ nicht vertreten, ihnen wird nicht ausdrücklich wissenschaftliche Selbständigkeit zuerkannt. Was aber bedeutet nun die ihnen von Humboldt attestierte Unabhängigkeit? Das geht aus der Bestimmung des Verhältnisses der Hilfsinstitute zu Akademie und Universität hervor: Diese [die Hilfsinstitute] müssen abgesondert zwischen beiden, unmittelbar unter Aufsicht des Staates stehen.“ Die Kontrolle über die Hilfsinstitute, die Akademie und Universität zugestanden wird, können diese „nur dergestalt üben, dass sie ihre Erinnerungen und ihre Verbesserungsvorschläge nicht unmittelbar, sondern beim Staate anbringen.“<sup>51</sup>

Danach besteht die vorgeschlagene Unabhängigkeit der Hilfsinstitute darin, dass weder Akademie noch Universität die Verwaltungshoheit über sie besitzen; vielmehr sollten sie – wie übrigens Akademie und Universität jeweils für sich auch – unmittelbar dem Staat unterstehen, so dass beide ihre Vorstellungen zur Gestaltung und Umgestaltung der Hilfsinstitute nur realisieren könnten, indem sie den Staat als übergeordneten Akteur zum Handeln veranlassen, und dazu wären sie nur in der Lage, wenn der Staat ihre diesbezüglichen Vorschläge auch akzeptieren würde. Vermutlich wählte Humboldt dieses etwas gezwungen anmutende Arrangement um sicherzustellen, dass beide Seiten gleichermaßen Zugang zu den Hilfsinstituten hatten sowie um zu verhindern, dass eine Seite sich diese exklusiv aneignete.<sup>52</sup> Dergestalt würden sie ein Bindeglied bilden, das das von Humboldt gewollte enge Miteinander von Akademie und Universität fördern könnte. Die solcherart projektierten „Hilfsinstitute“ waren das ganze Gegenteil selbständiger – noch dazu grundlagenorientierter – Forschungsinstitute. Man kann sich unter ihnen eine Infrastruktur vorstellen, die gleichberechtigt von der Akademie und von der Universität zu nutzen wäre; selbst dann, wenn zu ihr nicht nur Bibliotheken und Sammlungen, sondern auch Experimentieranlagen und ganze Laboratorien gehören sollten, wären das keine Forschungsinstitute, sondern Kapazitäten, die an Akademie und Universität angesiedelten und dort verbleibenden Gelehrten zur Verfügung gestellt würden, damit diese ihren Forschungsinteressen nachgehen könnten. Ein solcher Gedanke war für das beginnende 19. Jahrhundert weitsichtig. Jedoch noch mehr zu erwarten wäre anachronistisch. Damals wurde mit der Durchsetzung des Forschungsimperativs an den Universitäten gerade ein zweiter

---

<sup>51</sup>Humboldt (1990, 283).

<sup>52</sup>Sollte Humboldt dies befürchtet haben, so war das weitsichtig, denn das als Möglichkeit in Betracht Gezogene trat nach 1810 in Berlin tatsächlich ein: „Die bislang der Akademie zugeordneten Institute – vom Botanischen Garten über das Astronomische Observatorium bis zum Physikalischen Laboratorium – wurden der Universität zugeschlagen. [...] Damit hatte die Akademie eigenständige Forschungsressourcen und somit eines ihrer Standbeine verloren.“ Hohlfeld, Kocka und Walther (1999, 416).

selbständiger Akteur auf dem Feld der Forschung neben den Akademien etabliert; es gab keinen Grund, außerdem noch einen dritten Typ von Forschungsakteuren einzuführen.

Indem Harnack nun die Humboldt'schen „Hilfsinstitute“ als außeruniversitäre Forschungsinstitute deutete, wie sie im frühen 20. Jahrhundert angestrebt wurden, schuf er eine Legende, die sich für die Legitimation der KWG sowohl nach innen als auch nach außen als überaus nützlich erwies. Beides – die Legendennatur des berühmten Diktums und seine unbestreitbare Nützlichkeit – hat vom Brocke bereits 1990 mit aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen:

Gegenüber den Gelehrten aus Universitäten und Akademien, welche die neuen Forschungsinstitute als bewusste Durchbrechung des Humboldtschen Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre bekämpften, wiederum war Harnack mit seinem genialen Rekurs auf angeblich unausgeführte und eigentlich nur ihm bekannte Pläne Humboldts ein solcher Erfolg beschieden, dass er schließlich selbst zum Gefangenen der von ihm erzeugten Legende wurde.<sup>53</sup>

### 3.5 Die „Gesamtanstalt“ und die Ausdifferenzierung der Institutionentypen

Alles in allem darf man Harnacks Berufung auf Humboldts „Hilfsinstitute“ wohl unter Diplomatie verbuchen, die ihre Wirkung getan hat, sich dabei aber nicht auf die adäquate Interpretation einer historischen Vorlage, sondern – bewusst oder unbewusst – auf eine Legende stützte. Dieser Gedanke stand bei Humboldt jedoch nicht für sich, sondern war Moment eines umfassenderen Konzepts – nämlich der programmatischen Annahme, dass alle „höheren wissenschaftlichen Anstalten“ (in Berlin) zusammengenommen eine „Gesamtanstalt“ darstellen sollten, in der die ihr zugehörigen Einrichtungen nicht einfach nebeneinander bestehen, sondern als deren „integrante Teile“ in ihrem Zusammenwirken miteinander ein Ganzes bilden.<sup>54</sup> Dieses Ganzheitskonzept – und weniger der historisch in den Vordergrund gestellte Gedanke der „Hilfsinstitute“ – ist die eigentliche ideelle Brücke, die von Wilhelm von Humboldt über die KWG bis hin zur MPG führt. Danach sind – im Idealfall – die wissenschaftlichen Institutionen eines Territoriums (einer Stadt, eines Landes, einer Region usw.) zu einem integrierten System verknüpft, dessen Elemente gegeneinander funktions- und arbeitsteilig profiliert sind und einander ergänzen. Diesen übergeordneten Gedanken des Humboldtschen Kon-

---

<sup>53</sup>vom Brocke (1990, 75).

<sup>54</sup>Humboldt (1990, 283).

zepts griff Adolf Butenandt 1964 im Zusammenhang mit der Gründung des Instituts für Bildungsforschung ausdrücklich auf:

Die Gelehrten und Forscher aller Fakultäten und wissenschaftlichen Institutionen mögen sich im Geist Wilhelm v. Humboldts als Glieder einer ‚Gesamtanstalt‘ mit gemeinsam zu tragender Verantwortung fühlen und sich allen notwendigen Reformen öffnen, die unser Bildungssystem gebieterisch fordert.<sup>55</sup>

1968 erklärte er dezidiert, „daß wir den Bereich der Forschung in der Bundesrepublik als einen einheitlichen ansehen müssen.“<sup>56</sup>

Für einen neuartigen Institutionentyp, wie ihn die KWG 1911 darstellte, folgt aus der Einordnung in ein größeres Ganzes die Notwendigkeit, das eigene Profil gegenüber den bereits vorhandenen Institutionentypen so zu bestimmen, dass er als deren sinnvolle Ergänzung, nicht aber als deren bloße Doublierung erscheint. Im Weiteren ergeben sich auch Konsequenzen für die älteren Institutionentypen, die sich durch mehr oder minder weitreichende Adjustierungen auf den neuen Akteur einstellen. So war es nachvollziehbar, dass die KWG ihr Aufgabenfeld und ihre Arbeitsweise subsidiär zu Universität und Akademie als den traditionellen Typen wissenschaftlicher Institutionen bestimmte. Diese Position wird von der MPG demonstrativ weitergeführt. In diesem Sinne erklärte Butenandt 1961:

Aber immer, wenn neue Aufgaben auf uns zukommen, fragen wir uns gewissenhaft, ob nach den gegebenen Umständen nicht die Universitäten und Hochschulen oder die wissenschaftlichen Akademien die besseren Träger seien, ob die zu bewältigenden Aufgaben nicht in deren Bereich liegen. Erst dann, wenn wir glauben, erkannt zu haben, dass das nicht der Fall ist, wird geprüft, ob es sich um ein Anliegen unserer Gesellschaft handeln kann.<sup>57</sup>

Für die Gesellschaft sei es ehrenvoll, dass an ihren Präsidenten laufend Anregungen zur Übernahme bestehender oder zur Gründung neuer Institute herangetragen würden, aber sehr viele sachlich gut begründete Anträge müssten abgelehnt werden, „weil sie nicht den Charakter des für die MPG Spezifischen tragen. Butenandt bat die enttäuschten Antragsteller um Verständnis dafür, „daß wir so handeln müssen, wollen wir nicht unser Wesen verfälschen oder gar unsere Existenzberechtigung in Frage stellen.“<sup>58</sup>

---

<sup>55</sup>Butenandt (1964, 38).

<sup>56</sup>Butenandt (1968b, 36).

<sup>57</sup>Butenandt (1961, 10).

<sup>58</sup>Butenandt (1961, 11).

Auf eben diese Frage der Existenzberechtigung kam er in seiner Ansprache auf der Festversammlung der MPG 1968 zurück, als er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der ersten Liste universitärer Sonderforschungsbereiche durch den Wissenschaftsrat optimistische Perspektiven für die Grundlagenforschung an den Universitäten zeichnete:

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung der Forschung an den Universitäten stellt sich für die Max-Planck-Gesellschaft die Frage nach ihrer eigenen Entwicklung. Welche Aufgaben hat sie zu erfüllen, wenn einmal Hochschulinstitute so arbeiten können, wie Max-Planck-Institute es jetzt können sollten? Was könnte die Fortführung einer Organisation noch rechtfertigen, wenn das, was sie bisher ausgezeichnet hat, in Zukunft – hoffentlich in naher Zukunft! – Gemeingut unserer Universitäten wird?<sup>59</sup>

Wenn es sich an den Universitäten tatsächlich – und auch nicht nur ausnahmsweise – so verhielte, wie Butenandt hier als Möglichkeit ins Auge fasste, dann würde zumindest ein Argument, das in der frühen KWG als eine Art Lockangebot an erstklassige Wissenschaftler eine große Rolle gespielt hatte, an Gewicht verlieren. Glum hatte als eine der besonderen Leistungen der Kaiser-Wilhelm-Institute bezeichnet, dass sie

Gelehrten, die angesichts der Anforderungen des Hochschulunterrichts in ihrer Forschungstätigkeit behindert waren, vorübergehend oder dauernd Gelegenheit gegeben haben, frei von den Verpflichtungen des Unterrichts ihre Forschungen zu pflegen.<sup>60</sup>

Diese Argumentationsfigur ist ebenso verbreitet wie fragwürdig, denn sie unterstellt stillschweigend, dass die eigentliche Berufung des echten Gelehrten, die ihm Freude und Erfüllung bringt, die Forschung sei, während die Lehre als ein Forschungshemmnis und eine Last betrachtet werden müsse, die man nur notgedrungen auf sich nimmt. Eine solche Sicht der Dinge würde Humboldts Idee der Einheit von Forschung und Lehre durchaus nicht entsprechen, und wohl nicht zuletzt deshalb sah sich schon die KWG und erst recht die MPG immer wieder veranlasst, den vielfältigen Nutzen herauszustellen, den ihre Institute dem Hochschulwesen bringen. Wiederholt wurde berichtet, wie viele Institutsdirektoren und Wissenschaftliche Mitglieder weiterhin an den Universitäten lehrten und so die Studierenden mit den neuesten Forschungsergebnissen vertraut machten, wie die Institute an der Ausbildung fortgeschrittener Studenten teilnahmen,

<sup>59</sup>Butenandt (1968b, 33).

<sup>60</sup>Glum (1930, 359).

welche Leistungen sie für die Weiterbildung der Hochschullehrer erbrächten und wie überhaupt ein lebhaftes Hin und Her von Personen und Ideen das Verhältnis von KWG/MPG und Universitäten kennzeichne. Ausdrücklich bekannte man sich zum Fortbestand des Promotions- und Habilitationsmonopols der Universitäten.

Diesen Grundtenor findet man 1930 bei Glum, aber ebenso 1961 bei Butenandt als dieser anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums grundsätzliche Überlegungen zum Thema Über den Standort der Max-Planck-Gesellschaft im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland vortrug. Dabei plädierte er dafür, „die Grenzen zwischen Universitäts- und Max-Planck-Instituten stärker diffundierbar zu machen“,<sup>61</sup> und erinnerte daran, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit vollem Titel nicht „KWG zu Förderung der Forschung“, sondern „KWG zur Förderung der Wissenschaften“ hieß.<sup>62</sup> Vor allem griff er angesichts dessen, dass sich seit 1911 sowohl in der Industrie als auch im Hochschulwesen ein starker Zuwachs der Forschungskapazitäten vollzogen hat, wiederum die alte Frage nach der Existenzberechtigung einer Einrichtung vom Typ der MPG im Wissenschaftssystem auf.

Welche Arbeitsgebiete bilden ihr Spezifikum? Die mit der Gründung der KWG erklärte und seither immer wieder bekräftigte Subsidiarität gegenüber den Universitäten impliziert ein bestimmtes Bild vom Wissenschaftssystem eines Landes: Die Systematik des jeweils aktuellen Ensembles der Wissenschaftsgebiete – soweit es überhaupt innerhalb eines Landes vertreten werden kann (je kleiner das Land, um so mehr Abstriche sind erforderlich) – wird primär von den Universitäten repräsentiert und vorgegeben; Institutionen der außeruniversitären Forschung können lediglich in die Lücken eintreten, die im universitären Forschungsmuster bleiben oder sich darin auf tun. Für die KWG wurden damit vor allem zwei Arten von Forschungsfeldern reklamiert. Die erste bildeten Gebiete im Frühstadium ihrer Entwicklung, für die an den Universitäten noch kein Platz war. Glum nannte sie – etwas abweichend vom heutigen Sprachgebrauch – „Spezialdisziplinen.“ Von diesen unterschied er die „Zentraldisziplinen“, wie er die universitär etablierten Fächer nannte. Es sei damit zu rechnen, dass sich Spezialdisziplinen mit fortschreitender Entwicklung in Zentraldisziplinen verwandelten, und dann müssten sie von der KWG an die Universität übergehen. Nach Glum sollte allenfalls eine Übergangsperiode möglich sein, während der ein bestimmtes neuartiges Gebiet noch an der KWG und schon an der Universität bearbeitet wird.<sup>63</sup> Sorgfältig war er darauf bedacht, jeden Eindruck zu vermeiden, die KWG könnte sich als eine Konkurrenz zu den Universitäten verstehen. Als zweite Gruppe KWG-spezifischer Forschungsfelder

---

<sup>61</sup>Butenandt (1961, 12).

<sup>62</sup>Butenandt (1961, 13).

<sup>63</sup>Glum (1930, 372).

bestimmte Glum Gebiete, „auf denen die Hochschulen durch die Beschränkung auf den Lehrbetrieb sich sowieso nicht betätigen können“.<sup>64</sup> Hier war nicht das frühe Reifestadium der entscheidende Grund für die außeruniversitäre Form der Institutionalisierung; vielmehr waren andere Gründe, etwa ein besonders hoher apparativer Aufwand, dafür maßgebend, dass sie an den Universitäten nicht betrieben wurden. Für sie wurde – anders als bei der erstgenannten Gruppe – auch keine Perspektive eines eventuellen späteren Übergangs an die Universität formuliert.

Bei der Suche nach der institutionellen Spezifik der Gesellschaft ist diese zweite Gruppe etwas irritierend. Wenn es in erster Linie der hohe Kostenaufwand für die erforderliche apparative Ausstattung ist, der nahelegt, ein bestimmtes Forschungsgebiet nicht an einer Universität (und schon gar nicht an einer der schwach dotierten Akademien) zu institutionalisieren, dann muss das nicht bedeuten, dass die betreffenden Forschungen in kognitiver Hinsicht nicht an eine Hochschule oder an eine Akademie passen würden; sie sind für diese zunächst wohl schlicht zu teuer. Im Grunde entstammt der Anspruch, solche Forschungen generell der KWG/MPG zuzuordnen, einer Zeit, als das wissenschaftliche Institutionengefüge in Deutschland noch weniger ausdifferenziert war und es weder eine Fraunhofer-Gesellschaft noch eine Helmholtz-Gemeinschaft gab. In den 1960er Jahren versuchte allerdings auch die MPG, am Trend zur „Großforschung“ (*Big Science*) teilzuhaben. Am 16. März 1960 beschloss ihr Senat, ein „Institut für Plasmaphysik GmbH“ in Garching bei München zu gründen. Butenandt erläuterte 1964, dieser Beschluss sei in dem Bewusstsein gefasst worden, „dass die Max-Planck-Gesellschaft jede von der Entwicklung der Forschung erzwungene Organisation zu lösen vermag.“<sup>65</sup> Gegenüber dem Ende 1963 von Staatssekretär Wolfgang Cartellieri unterbreiteten Vorschlag, eine neue, zwischen privater und öffentlicher Hand angesiedelte Trägerorganisation für Großforschungsinstitute zu schaffen,<sup>66</sup> vertrat er die Ansicht, dass bei der MPG das Partnerschaftsverhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat „fruchtbarer ist als jede neue Konstruktion“,<sup>67</sup> und betonte seine Überzeugung, „daß die MPG geeignete Trägerorganisation für Großforschungsinstitute ist und daß man ihr jetzt und in Zukunft alle jene Institute – ganz unabhängig von der Größe – anvertrauen sollte, die nach Aufgabenstellung, Zielsetzung und personeller Zusammensetzung ihren Prinzipien entsprechen.“<sup>68</sup>

Nichtsdestoweniger waren die typischen Max-Planck-Institute auch in der Folgezeit exzellent ausgestattete Einrichtungen von überschaubarer Größe; Gar-

---

<sup>64</sup> Glum (1930, 272).

<sup>65</sup> Butenandt (1964, 31).

<sup>66</sup> Cartellieri (1963).

<sup>67</sup> Butenandt (1964, 32).

<sup>68</sup> Butenandt (1964, 33).

ching hingegen war „ein struktureller Zwitter, der Ausnahme blieb“,<sup>69</sup> während sich im Übrigen die Großforschungsinstitute – heute organisiert in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren<sup>70</sup> – zu einer eigenständigen Säule des deutschen Forschungssystems entwickelten.

Eher als die wegen ihres überdurchschnittlichen apparativen Aufwands schlecht zu den Universitäten passenden Gebiete dürfte die Gruppe der noch nicht hochschulreifen Grenzgebiete, die Butenandt zum spezifischen Arbeitsfeld der MPG erklärt hatte,<sup>71</sup> Aufschluss über die kognitive Eigenart jenes Forschungstyps geben, der die besondere Kompetenz dieser Organisation verlangt. Hier dürfte der eigentliche Begründungszusammenhang für das Harnack-Prinzip zu suchen sein; es müsste sich als das institutionelle Regulativ erklären lassen, das besser als andere dieser Eigenart gerecht wird. Das Harnack-Prinzip beschreibt zwar unmittelbar Aufbau und Funktionsweise einer Institution, doch es findet seine Begründung nicht auf der institutionellen, sondern auf der kognitiven Ebene. Es ist als ein Mittel zu verstehen, das nach Überzeugung und Tradition der KWG/MPG optimal geeignet ist, ihren Forschungszweck zu verwirklichen. Daher muss seine Darlegung auf das von der Gesellschaft artikulierte Forschungsverständnis Bezug nehmen. Argumentativ entwickelt wurde dieses Verständnis vor allem in Situationen, in denen die staatliche Finanzierung restriktiv gehandhabt wurde oder die Gesellschaft unter verstärktem Legitimationsdruck stand oder gar beide Faktoren zusammenkamen.

### 3.6 Grundlagenforschung und Vertrauensvorschuss

Von besonderem Interesse sind hier einige Überlegungen, die Butenandt gegen Ende seiner Amtszeit als Präsident vortrug. 1971 setzte er sich mit dem inflationären Gebrauch des Begriffs „Forschung“ auseinander – der Neigung, die in einer wachsenden Zahl menschlicher Lebensbereiche praktizierte Anwendung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden ohne weiteres als Forschung zu bezeichnen. Eine solche „Forschung“ gleiche „mehr der Anwendung handwerklicher Fähigkeiten zum Erreichen eines bestimmten Zieles“.<sup>72</sup> Hier handele es sich um

Aufgaben, die sich in Projekten formulieren lassen, deren Aufwand an Geld, Menschen und Zeit ausgedrückt werden kann, deren Ablauf

---

<sup>69</sup>Henning (2012, 34).

<sup>70</sup>Ein kurzer historischer Überblick ist enthalten in: [http://www.helmholtz.de/ueber\\_uns/geschichte/geschichte\\_der\\_helmholtz\\_gemeinschaft/](http://www.helmholtz.de/ueber_uns/geschichte/geschichte_der_helmholtz_gemeinschaft/).

<sup>71</sup>Butenandt (1972, 32).

<sup>72</sup>Butenandt (1971, 32).

und Erfolg sich kontrollieren läßt und die gegebenenfalls beendet werden können, wenn neue Prioritäten vordringlich erscheinen.<sup>73</sup>

Damit reagierte Butenandt auf die sich in jener Zeit in Folge administrativer Kontroll- und Abrechnungsbedürfnisse durchsetzende Umformung des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts aus einem historischen Kontinuum in Sequenzen termingebundener Projekte, deren Erkenntnissertrag bereits vor ihrem Start im Stadium der Antragstellung weitgehend antizipiert werden muss, weil es anders nicht möglich wäre, den Abschluss in einem vorgegebenen Zeitraum zu garantieren und den erforderlichen Sach-, Personal- und Finanzaufwand mit hinreichender Genauigkeit vorherzubestimmen. Wissenschaftliche Arbeiten solcher Art seien zu unterscheiden von denen, für die Max-Planck-Institute gegründet werden. Bei letzteren gehe es um Grundlagenforschung in strengem Sinn:

Fragestellungen zu bearbeiten, die an den Grenzen unseres Wissens liegen, mit dem Ziel, diese Grenzen weiter hinauszuschieben, die Grundlagen gesicherter Methoden zu verlassen, das Risiko des Fehlschlages in Kauf zu nehmen – das macht nach meiner Vorstellung das Wesen der Grundlagenforschung aus.<sup>74</sup>

In seiner Ansprache berief sich Butenandt auf eine höchst aufschlussreiche Stelle aus der Tischrede, die Hermann von Helmholtz bei der Feier seines 70. Geburtstages am 2. November 1892 im Berliner „Kaiserhof“ gehalten hatte und in der er seinen Weg als Forscher beschrieb:

Ich mußte die nach bekannten Methoden zu lösenden Aufgaben allmählich meinen Schülern im Laboratorium überlassen und mich selbst schwereren Arbeiten von unsicherem Erfolg zuwenden, wo den allgemeinen Methoden den Forscher in Stich lassen oder wo die Methode selbst noch erst weiter zu bilden war.<sup>75</sup>

Hier wird deutlich, was sich hinter der Vorstellung verbarg, ein Forschungsgebiet sei noch nicht „hochschulreif.“ Hochschulreife bedeutet vor allem Lehrbarkeit – ein gewisser Kanon gesicherten Wissens und ein Repertoire standardisierter Methoden müssen vorhanden sein. Solange dieses Stadium nicht erreicht ist, kann ein Forschungsprogramm nicht ohne jeden Bezug auf seinen Autor oder seine Autoren als objektivierter Problem-Methoden-Komplex formuliert werden, den man im Prinzip beliebigen Akteuren zur Ausführung übertragen könnte, sofern

---

<sup>73</sup>Butenandt (1972, 38).

<sup>74</sup>Butenandt (1971, 33).

<sup>75</sup>Helmholtz (1971, 12f.).

sie nur die dazu erforderliche Qualifikation mitbringen. Diese Art von Forschung „entzieht sich weitgehend einer [...] Darstellung in Projekten“,<sup>76</sup> und wenn ihr eine solche Form dennoch übergestülpt wird, dann ist sie ihr eigentlich inadäquat und bedient eher Bedürfnisse der Administration als Bedürfnisse des Erkennens. Ähnlich äußerte sich auch Butenandts Amtsnachfolger Reimar Lüst:

Grundlagenforschung ist ihrer Natur nach durch eine weitgehende Autonomie und Dezentralisierung in der Initiative und in der Ausführung gekennzeichnet. Man kann sie nicht nach Projekten planen, für die Mann-Jahre und erforderliche Geldmittel vorab angegeben werden.<sup>77</sup>

Genau darin liegt die Rationalität des enormen Vertrauensvorschlusses an Personen, den das Harnack-Prinzip verkörpert. Deshalb ist in der aktuellen Selbstdarstellung der KWG bei der Erläuterung des Harnack-Prinzips auch von einem „*High Trust*“-Prinzip der Forschungsfinanzierung die Rede:

Komplementär dazu ist das „*Low Trust*“-Prinzip der reinen Projekt- oder Programmförderung, das in den letzten Jahren verstärkt ausgebaut wurde. Die Berufung zur Direktorin oder zum Direktor an einem Max-Planck-Institut beinhaltet die Zusage einer Ausstattung bis zur Emeritierung als Wissenschaftliches Mitglied. Je nach Berufungsalter ermöglicht dies, 20 bis 30 Jahre lang unabhängig zu forschen – eine angemessene Dauer, um neuen wissenschaftlichen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>78</sup>

Mit Fug und Recht verglich Butenandt 1963 diesen Modus des wissenschaftlichen Erkennens mit dem des künstlerischen Schaffens. Erste und wichtigste Aufgabe der nach dem Harnack-Prinzip ausgewählten qualifizierten Persönlichkeiten sei es,

das eigene Ziel und dessen Bedeutung in der Summe der Bemühungen um den wissenschaftlichen Fortschritt zu erkennen oder vielleicht nur zu erahnen. Denn das hat der echte Forscher mit dem echten Künstler gemein, daß er das noch nicht Gestaltete sieht und seine Gestaltung zu verwirklichen sucht. Die Entscheidung über Wert oder Unwert eines Arbeitsansatzes erfolgt also mit der Wahl der Persönlichkeit.<sup>79</sup>

<sup>76</sup>Butenandt (1972, 39).

<sup>77</sup>Lüst (1973, 15).

<sup>78</sup>[http://www.mpg.de/101286/MPG\\_Einfuehrung.pdf](http://www.mpg.de/101286/MPG_Einfuehrung.pdf).

<sup>79</sup>Butenandt (1963, 27).

Dabei wird der Vertrauensvorschuss den dafür ausgewählten Persönlichkeiten im Interesse der Wissenschaft gewährt und nicht in erster Linie in der Absicht, den solcherart Privilegierten eine Arena bevorzugter Selbstentfaltung zu eröffnen. Zweck und Mittel der von der MPG verfolgten Forschungspolitik sollten nicht verwechselt werden: „Die MPG ist eine Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, nicht zur Förderung der Wissenschaftler.“<sup>80</sup> Allerdings adressierte Butenandt diese Mahnung nicht an die Wissenschaftlichen Mitglieder und wehrte damit Forderungen ab, auch den Mitarbeitern der MPG, die diesen Status nicht besäßen, ähnliche Freiheiten zu gewähren.

Mit einer Institution, die auf die dargestellte Weise verfährt, schafft ein Wissenschaftssystem institutionelle Vorkehrungen, um den kognitiven Erkundungshorizont weiter zu spannen, als es auf der Basis personenunabhängiger Zielstellungen (und damit einer vollkommen sachbezogen formulierten Programmatik) möglich ist. Aus der Unmöglichkeit, eine bestimmte Persönlichkeit in der Wissenschaft vollkommen äquivalent zu ersetzen, ergibt sich aber zugleich, dass dieser Strategie ein hohes Risiko eigen ist. Deshalb kann sie nicht im Zentrum der Arbeit solcher wissenschaftlichen Institutionen stehen, in deren Funktionskatalog Reproduktions- beziehungsweise Applikationsaufgaben eine zentrale Rolle spielen. So muss eine Universität jederzeit ein bestimmtes Repertoire physikalischer oder mathematischer Lehrveranstaltungen sicherstellen – einerlei, ob dafür erstklassige oder nur durchschnittliche Wissenschaftler zur Verfügung stehen. Eine Forschungsgruppe für Stringtheorie könnte man hingegen notfalls auch auflösen oder gar nicht erst gründen, wenn sich für sie keine Spitzenkräfte gewinnen lassen. Präsident Peter Gruss betonte diesen Vorzug der MPG, als er im Oktober 2010 in einem Interview erklärte, das altersbedingte Ausscheiden von Institutsdirektoren „sehen wir für die Erneuerungsfähigkeit der MPG eher als Chance, denn als Problem. Wir schließen alle Abteilungen nach der Emeritierung und müssen nicht wie an der Universität einen Professor für ein bestimmtes Fach nachberufen.“<sup>81</sup> Die Realisierung des Harnack-Prinzips sei ein bewährter Weg,

neuen besonders wichtigen und zukunftssträchtigen Entwicklungen im Bereich der Forschung so schnell wie möglich Raum zu geben. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt ein hohes Maß an innerer Beweglichkeit und die Möglichkeit voraus, Entscheidungen dieser Art selbständig und ohne Rücksicht auf andere Aufgaben und auf vorhandene allgemeine Pläne treffen zu können.<sup>82</sup>

---

<sup>80</sup>Butenandt (1972, 43).

<sup>81</sup>Keller, Interview mit Peter Gruss, 14. Oktober 2010.

<sup>82</sup>Butenandt (1968b, 34).

Ein Wissenschaftssystem, das über ein so verfahrenes Segment verfügt, ist dazu disponiert, an Forschungsfronten teilzunehmen, wenn diese sich noch *in statu nascendi* befinden, und auch selbst solche Fronten zu eröffnen.

Insofern verfügt die MPG über eine interne institutionelle Dynamik, die für sie substantiell, für andersartige wissenschaftliche Institutionen hingegen in der Regel weder möglich noch wünschenswert ist. Seinen Avantgardestatus behält ein Wissenschaftsgebiet nicht unbegrenzt lange. Spätestens dann, wenn es das Stadium standardisierter Lehrbarkeit erreicht hat, bedarf es zu seiner Pflege nicht mehr der außerordentlichen Bedingungen, die durch das Harnack-Prinzip gewährleistet werden – nach geläufigem Verständnis kann und sollte es dann aus der MPG auswandern. Das ist von mehreren ihrer Präsidenten wiederholt betont worden: Um von Zeit zu Zeit eine thematische Erneuerung zu ermöglichen, müssen bestehende Abteilungen und Institute auch wieder geschlossen werden können. In restriktiven Haushaltslagen – so in der Zeit nach 1970 – wird das Drängen darauf forciert, aber der Sache nach, unabhängig von der aktuellen Haushaltslage, ist ein solcher Wechsel ein Lebenselixier der MPG. Damit gewährleistet das Harnack-Prinzip zweierlei: einerseits die Ausdehnung des epistemischen Horizonts der Forschung über das zu einer gegebenen Zeit personenunabhängig Formulierbare hinaus und andererseits den permanenten institutionellen Wandel. So konstatierte Butenandt 1961, die KWG/MPG habe die Biophysik „universitätsreif“ gemacht, und er sprach die Hoffnung aus, dass die MPG Gleiches für die damals brandaktuelle Kybernetik leisten würde.<sup>83</sup> Besondere Verantwortung empfand die KWG/MPG stets für „Grenzgebiete“, die interdisziplinär ansetzen und denen gegenüber die Universität mit ihrem konservativen Ordinarienprinzip oft institutionalisierungsresistent ist. Ähnlich wollte die kurzlebige, erst 1987 gegründete Westberliner Akademie der Wissenschaften eine „Spürnasenfunktion“ realisieren, indem sie Keime aussichtsreicher neuer Gebiete ausfindig zu machen und deren Institutionalisierung in die Wege zu leiten suchte.<sup>84</sup>

Auf dem angedeuteten Weg kann das Harnack-Prinzip spezifiziert und näher begründet werden. Um seinen Gehalt deutlicher herauszuarbeiten, erscheint es an dieser Stelle angezeigt, drei typische Konstellationen zu erörtern, die von Harnacks oben erwähnter Ausgangsformulierung nicht explizit abgedeckt werden und die daher möglicherweise als Einschränkungen oder zumindest als Modifikationen dieses Prinzips angesehen werden könnten. Diese Konstellationen sind keine peripheren Ausnahmefälle, sondern charakteristisch für die Praxis der MPG: erstens das Ausgehen von inhaltlichen Erwägungen statt von Personen bei Gründungsinitiativen; zweitens die Berufung von Wissenschaftlerinnen zu wissenschaftlichen Mitgliedern und Direktorinnen; drittens der Übergang zur kolle-

---

<sup>83</sup>Butenandt (1961, 8f.).

<sup>84</sup>Kewenig (1988, 189).

gialen Leitung von Instituten. Die kurze Betrachtung dieser Konstellationen wird zeigen, dass sie die Anwendbarkeit des Harnack-Prinzips keineswegs begrenzen. Vielmehr trägt ihre ausdrückliche Berücksichtigung dazu bei, die Spannweite dieses Prinzips realistisch zu ermessen.

### 3.7 Sachliche und personelle Gesichtspunkte

Gründungen von Kaiser-Wilhelm- beziehungsweise Max-Planck-Instituten gingen in der Regel längere Vorgeschichten voraus, in deren Verlauf nicht nur der wissenschaftliche Rang der dafür in Frage kommenden Persönlichkeiten, sondern auch Dignität und Innovativität des in Aussicht genommenen Forschungsansatzes gründlich erörtert wurden. Mir sind keine Hinweise darauf bekannt, dass man sich in irgendeinem Fall mit dem Vorhandensein einer Ausnahmepersönlichkeit begnügt und völlig darauf verzichtet hätte, das von dieser vertretene Forschungsprogramm sachlich zu bewerten. Die Beratungs- und Entscheidungsgremien der MPG pflegen den personellen und den inhaltlichen Aspekt einer Gründungsidee in ihrem Zusammenhang zu prüfen. Reimar Lüst bemerkt dazu:

Nur in wenigen Fällen in der Geschichte der KWG und der MPG wurde das sogenannte „reine“ Harnack-Prinzip befolgt, bei dem allein der Name des Forschers im Vordergrund stand, für den ein Institut gegründet wurde, ohne dass bei der Gründung näher umrissen oder festgelegt wurde, wie der genaue Arbeitsbereich des Instituts aussehen sollte.

Zu diesen wenigen Fällen zählte er Albert Einstein (KWI für Physik), Hermann Heimpel (MPI für Geschichte) und Carl Friedrich von Weizsäcker (MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt).<sup>85</sup> Den Regelfall der Institutsgründung beschreibt er aus seiner Erfahrung als Präsident so, „stets wurden zunächst neue, erfolgversprechende Forschungsvorhaben diskutiert, aber immer war auch die Frage zu beantworten, ob dafür ein herausragender Forscher zur Verfügung steht. Nur dann konnte ein neues Institut gegründet werden.“<sup>86</sup>

Zur Souveränität von Forscherpersönlichkeiten gehört selbstverständlich, dass sie sich nicht allein auf ihre unmittelbaren Vorhaben beschränken, sondern zugleich deren weiteres wissenschaftliches Umfeld im Auge behalten und dabei Anzeichen für das Entstehen neuer Arbeitsrichtungen frühzeitig bemerken. Die Gremien der MPG sind so polydisziplinär besetzt, dass sie zusammengenommen

<sup>85</sup>Lüst (2010, 20).

<sup>86</sup>Lüst (2010, 19).

ein hochempfindliches Sensorium für neue Tendenzen der Weltwissenschaft bilden. In ihnen – und in permanenter Wechselwirkung mit Wissenschaftsrat, DFG und weiteren Kompetenzgremien – kristallisieren sich Ansichten darüber heraus, welche dieser Tendenzen das deutsche Wissenschaftssystem vorrangig verfolgen sollte und welche davon in das Repertoire der MPG gehören würden. Eine solche Gemeinschaft muss nicht abwarten, bis ihr von außen Anregungen zur Gründung neuer Institute unterbreitet werden, sondern kann das Bedürfnis nach der Institutionalisierung bestimmter Forschungsrichtungen innerhalb der MPG selbst aussprechen, erörtern und aktiv auf die Suche nach erstklassigen Wissenschaftlerpersönlichkeiten gehen, die sich damit identifizieren könnten.

Das Moment der vorausschauenden, aktiven Gestaltung ihrer Forschungsagenda hat in der MPG während der letzten Jahrzehnte spürbar zugenommen. Auch in der KWG gab es schon nach Integration strebende Cluster von Instituten, insbesondere in Berlin-Dahlem, doch im Vergleich mit der MPG trug sie noch eher Züge eines heterogenen Konglomerats. Seit den 1960er Jahren wächst in der MPG das Gewicht strategischer Überlegungen bei der Gründung und Auflösung von Forschungseinheiten deutlich. Mit der Satzungsreform 1964 kam, wie Butenandt hervorhob, im Pflichtenkatalog des Präsidenten erstmals der Begriff „Wissenschaftspolitik“ vor.<sup>87</sup> Schon im folgenden Jahr wurde auf der Hauptversammlung ein instruktives Beispiel strategischer Schwerpunktbildung vorgestellt: die konzentrierte Förderung der Biologie in drei Zentren. Dieses abgestimmte Entwicklungsprogramm sah für Berlin den Aufbau eines aus dem MPI für vergleichende Erbbiologie und Erbpathologie hervorgegangenen MPI für molekulare Genetik, für Göttingen die Entwicklung des MPI für physikalische Chemie zu einem Zentrum für biophysikalische Chemie und für München die Zusammenfassung der Max-Planck-Institute für Biochemie, für Zellchemie (Feodor Lynen, der Direktor dieses Instituts, war 1964 mit dem Nobelpreis geehrt worden) und für Eiweiß- und Lederforschung zu einem biochemischen Zentrum vor. Dazu bemerkte Butenandt: „Wollen wir in der modernen Biologie im ungeheuer schnellen Fortschritt mithalten, so müssen wir die angedeuteten Wege gehen“.<sup>88</sup> Im Bewusstsein des Stellenwertes, den forschungsstrategische Überlegungen im Profil der MPG inzwischen erreicht hatten, konnte er am Ende seiner Amtszeit feststellen: „Nichts ist unbegründeter als der Vorwurf, es fehle der MPG an gezielter Planung ihrer forschungspolitischen Entscheidungen“.<sup>89</sup> 1973 nahm ein ständiger Senatsausschuss für Forschungsplanung und Forschungspolitik seine Arbeit auf, dessen Aufgabe darin lag, „Stand und Entwicklungstendenzen der Forschung deutlich zu machen und auszuwerten, um daraus – unter Berücksichtigung der

---

<sup>87</sup>Butenandt (1972, 36).

<sup>88</sup>Butenandt (1965, 29).

<sup>89</sup>Butenandt (1972, 35).

personellen Voraussetzungen – Vorschläge für die Priorität und den Umfang von Forschungsvorhaben sowie für Institutsgründungen und Institutsschließungen zu erarbeiten.“<sup>90</sup>

Dies bedeutete zugleich, dass für die Bestimmung von Prioritäten ein rein personenbezogener Ansatz offenkundig nicht mehr genügte. Ein Jahrzehnt früher – so Butenandt 1972 – sei ein solcher Ansatz „von vielen noch als ausreichend für das Setzen wissenschaftspolitischer Initiativen angesehen“ worden; nun aber gelte: „... das von uns verfolgte anspruchsvolle Berufungsprinzip genügt seit langem nicht mehr als alleiniges Maß für das Setzen von Prioritäten“.<sup>91</sup> In der MPG war man davon überzeugt, dass diese unausweichliche Entwicklung die Basis für die Geltung des Harnack-Prinzips nicht untergraben würde. Es wurde aber deutlicher als zuvor, dass der Kern dieses Prinzips nicht in einer obligatorischen zeitlichen Folge von Schritten – zuerst die Auswahl von Persönlichkeiten und dann die Entscheidung für die von diesen vertretenen Forschungsrichtungen – besteht, sondern in der Identifizierung von Persönlichkeit und Arbeitsgebiet, unabhängig davon, ob dieses Gebiet bereits vorher von der MPG als Option in Erwägung gezogen worden war oder nicht:

Auch bei Institutsgründungen, die primär von der Sache, von einem dringend zu fördernden Wissenschaftszweig, ausgehen, werden als Leiter nur Forscher berufen, die auf Grund ihrer international anerkannten Leistungen den Rang besitzen, der es auch rechtfertigen würde, „um sie herum ihr Institut zu bauen“.<sup>92</sup>

Der Qualitätsmaßstab bei der Suche nach Personen für ein aus Sachgründen favorisiertes Gebiet ist also der gleiche wie bei Auswahlentscheidungen, die von vornherein von bestimmten Persönlichkeiten ausgehen:

Manches Institut, dessen Gründung von der Aufgabenstellung her höchst wünschenswert gewesen wäre, ist nicht gegründet worden, weil keine Forscher vorhanden waren, die diesen Ansprüchen genügten, und bereit waren, einer Berufung zu folgen.<sup>93</sup>

An dieser Haltung hat sich bis heute im Grundsatz nichts geändert. So sagte Peter Gruss 2009, es gehöre stets zu den zentralen Fragen der MPG:

Finden wir die richtige Balance zwischen Harnack-Prinzip- und Themenorientierung? Natürlich muss man wissen, wonach man sucht.

---

<sup>90</sup>Lüst (1973, 17).

<sup>91</sup>Butenandt (1972, 32f.).

<sup>92</sup>Butenandt (1972, 35).

<sup>93</sup>Butenandt (1972, 35).

Aber ohne die besten Köpfe können Themen nicht bearbeitet werden. Wenn man nur nach den Themen Ausschau hält, gibt man sich vielleicht mit dem oder der Zweitbesten zufrieden.<sup>94</sup>

### 3.8 Das Harnack-Prinzip und die Wissenschaftlerinnen

Die tradierten Formulierungen des Harnack-Prinzips haben nicht nur einen monarchischen oder aristokratischen, sondern auch einen patriarchalischen Zug: Immer ist von dem „Mann an der Spitze des Instituts“ die Rede. Annette Vogt hat anhand umfangreichen Quellenmaterials den ambivalenten Charakter herausgearbeitet, der diesem Prinzip in Bezug auf das Geschlechterverhältnis in seinem ursprünglichen Verständnis eigen war.<sup>95</sup> In der Weimarer Republik boten Kaiser-Wilhelm-Institute für die Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen zwar häufig bessere Chancen als die zeitgenössischen universitären Einrichtungen, aber von einer wirklichen Chancengleichheit konnte keine Rede sein. Glum hatte, wie bereits vermerkt, 1930 betont, die KWG habe stets den Grundsatz in den Vordergrund gestellt, „Männer zu berufen, nicht Institute zu besetzen“.<sup>96</sup> Überraschenderweise erklärte er aber an anderer Stelle, die KWG sei 1911 von „200 angesehenen Männern und Frauen aus der deutschen Wirtschaft“ gegründet worden.<sup>97</sup> Als mögliche Sponsorinnen wurden Frauen also durchaus in Betracht gezogen; in leitenden wissenschaftlichen Positionen hingegen bildeten sie eine so seltene Ausnahme, dass es nicht erforderlich schien, in der Formulierung der Arbeitsprinzipien der KWG darauf Bezug zu nehmen. In einem dominant patriarchalisch verfassten Wissenschaftssystem musste auch das Verfahren, Persönlichkeiten eine exponierte Stellung in diesem System zu geben, patriarchal verzerrt sein. Aber das war eine historische Schranke, die nicht die Grundidee der institutionellen Hervorhebung von Persönlichkeiten berührt. Die Befreiung von dieser Schranke bedeutet, den Gedanken erst voll zur Geltung zu bringen, da sich damit das Reservoir, aus dem herausragende Wissenschaftlerpersönlichkeiten für exponierte Stellungen gewählt werden können, tendenziell verdoppelt. Wenn in der MPG heute in allgemeiner Form vom Harnack-Prinzip gesprochen wird, dann ist selbstverständlich nicht mehr von „Männern“, sondern von „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ die Rede. Auch bei Bezugnahmen auf historische Zitate werden aktualisierende Korrekturen angebracht. So sagte Heinz A. Staab 1990, bereits die KWG habe bei Berufungen streng auf die individuelle wissenschaftliche Qualifikation geachtet, „wobei sie sich auf Wilhelm von Humboldt beziehen

---

<sup>94</sup>Gruss (2009, 9).

<sup>95</sup>Vogt (2007).

<sup>96</sup>Glum (1930, 370).

<sup>97</sup>Glum (1930, 368).

konnte, der schon 1810 für den Bereich der Wissenschaften gesagt hatte: „Die Hauptsache beruht auf der Wahl der in Thätigkeit zu setzenden Männer“ – heute würden wir natürlich „und Frauen“ hinzufügen.“<sup>98</sup>

Wie auf allen Gebieten, bedeutet freilich auch hier die prinzipielle Gleichberechtigung der Geschlechter nicht automatisch schon deren praktische Durchsetzung. Bisher weist die MPG noch keine Präsidentin auf, aber bei der Neugründung von Instituten war es spätestens seit den 1980er Jahren schon möglich, dass das Vorhandensein einer ausgezeichneten Kandidatin für das Direktorenamt den Ausschlag für den Gründungsentscheid gab. So geschah es bei der schwierigen Entscheidung, das MPI für Gesellschaftsforschung in Köln unter der Leitung von Renate Mayntz zu gründen; Reimar Lüst, damals Präsident der MPG, schrieb rückblickend aus seiner intimen Kenntnis der Beratungs- und Entscheidungsprozesse: „Es war der Name Mayntz-Trier, der den Ausschlag gab.“<sup>99</sup>

### 3.9 Kollegiale Leitung

Mitunter wird die Frage erörtert, ob und inwieweit das Harnack-Prinzip an die institutionelle Auszeichnung jeweils nur einer einzigen Persönlichkeit pro Institut gebunden ist. Zwischen 1958 und 1964 nahm die MPG eine gründliche Revision ihrer Satzung vor, in deren Ergebnis unter der Präsidentschaft Butenandts auch die Idee der kollegialen Leitung festgeschrieben wurde. In diesem Zusammenhang spricht die MPG in ihrer Selbstdarstellung von einer Relativierung des Harnack-Prinzips:

Max-Planck-Institute besaßen in der Regel mehrere Abteilungen, die von hochrangigen Wissenschaftlern geleitet wurden. Sie sind bei der Ausrichtung ihrer Forschungsthemen frei. Die Änderung der Satzung erhob die Abteilungsleiter zu Direktoren, was ihrer wissenschaftlichen Leistung entspricht. Strukturell fand die MPG damit zu einer mehr demokratisch ausgerichteten Form, denn die Abteilungsdirektoren eines Instituts sind seitdem gleich gestellt und wechseln sich in der Geschäftsführung des Instituts in regelmäßigem Turnus ab. Die Änderung brachte damit eine administrative Korrektur des Harnack-Prinzips.<sup>100</sup>

Aber wäre das Harnack-Prinzip wirklich immer auf jeweils eine Person zentriert gewesen, dann hätte es bereits von Anfang an eine Fiktion oder allenfalls eine unverbindliche Empfehlung bleiben müssen. Schon die ersten

---

<sup>98</sup>Staab (1990, 17).

<sup>99</sup>Lüst (2010, 27).

<sup>100</sup>[http://www.mpg.de/geschichte\\_mpg](http://www.mpg.de/geschichte_mpg) [Zugriff 16. 1. 2015].

Kaiser-Wilhelm-Institute waren mit der faktischen Notwendigkeit konfrontiert, gleichzeitig mehreren Wissenschaftlern ausgezeichnete Stellungen zu geben, in der Regel als Leiter eigener Abteilungen, unabhängig davon, dass juristisch die Position des Direktors bei einer Person blieb.

Ein besonders eindrucksvolles Exempel dafür lieferte das KWI für Biologie, eines der ältesten Kaiser-Wilhelm-Institute überhaupt; es wurde nach der 1913 erfolgten formellen Gründung zwar erst 1916 eröffnet, aber sein – von Ulrich Sucker im Detail untersuchter – Gründungsprozess hatte de facto schon 1911 mit einer vorbereitenden Enquete eingesetzt. Jeder der fünf Abteilungsleiter – Carl Correns, Hans Spemann (1869–1941), Richard Goldschmidt, Max Hartmann und Otto Warburg – gestaltete seine Abteilung eigenverantwortlich und souverän; in wissenschaftlicher Hinsicht waren diese fünf Persönlichkeiten vollkommen gleichberechtigt. Correns wurde zudem zum Ersten und Spemann zum Zweiten Direktor des Gesamtinstituts ernannt, doch die Aufgabe des Direktors

bestand nur darin, das KWI für Biologie in Verwaltungsfragen und Verhandlungen mit der KWG oder verschiedenen Ministern nach außen zu vertreten. Correns war ein scheuer Mensch; Verwaltungsarbeit widerstrebte ihm, deshalb war er dankbar, wenn die Abteilungsleiter ihre Sache selbst in die Hand nahmen. [...] Sogar innerhalb mancher Abteilungen – z. B. von Wettsteins, Hartmanns, Goldschmidts – genossen die Assistenten anscheinend größere Freiheit bei der Auswahl und Behandlung ihrer Forschungsprobleme als die Abteilungsleiter in Müncheberg oder Universitätsassistenten. [...] Anders als das KWI für Züchtungsforschung also war das Institut für Biologie nicht auf eine dominante Persönlichkeit zugeschnitten, sondern bot Raum für viele weniger dominierende.<sup>101</sup>

Dies mag in gewissem Maße auch damit zusammenhängen, dass die Gesamtkonzeption des Instituts einschließlich seiner Gliederung in fünf Abteilungen im Wesentlichen von seinem ursprünglich designierten Gründungsdirektor Theodor Boveri stammte und nach dessen (vor allem, aber nicht ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen) im Mai 1913 erfolgtem Rückzug der bereits laufende Gründungsprozess ohne ihn weitergeführt werden musste. Schon deshalb handelte es sich hier nicht um ein von Correns zur Verwirklichung seiner persönlichen Forschungsintentionen definiertes Institut. Uneingeschränkt aber galt das Harnack-Prinzip für jede der fünf Abteilungen.<sup>102</sup>

<sup>101</sup>Harwood (1996, 337–338).

<sup>102</sup>Sucker (2002, 155–197).



Abb. 3.2: Otto Warburg vor seinem Wohnhaus in der Garystraße unweit seines Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Instituts für Zellphysiologie, das er von 1930 bis zu seinem Tod 1970 leitete.

Die Regel, in einem Institut nicht allein den Direktor, sondern mehrere leitende Wissenschaftler zu privilegieren, geht bereits auf das KWI für Chemie zurück. Als nach dem Direktor Ernst Otto Beckmann auch Richard Willstätter an das Institut berufen werden sollte, habe dieser für sich einen vertraglich garantierten unabhängigen Status durchgesetzt. So sei es ihm „zu verdanken, dass der offizielle Titel des ‚Wissenschaftlichen Mitgliedes‘ geschaffen wurde, das mit der ausdrücklichen Garantie der Forschungsfreiheit ausgestattet ist.“<sup>103</sup> Im Laufe der Entwicklung sei dieses Prinzip auch auf alle anderen Kaiser-Wilhelm-Institute übertragen worden, „weil der Direktor in jedem Institut nicht der einzige freie Forscher sein sollte“.<sup>104</sup> Auch das kollegiale Rotationsprinzip der abwechselnden Wahrnehmung der Direktorenfunktion durch die Abteilungsleiter wurde schon

<sup>103</sup>Johnson (2012, 31).

<sup>104</sup>Johnson (2012, 51).

relativ früh erwogen. Für das 1929 gegründete Heidelberger KWI für Medizinische Forschung war es vorgesehen, wurde aber nach dem Tod des Gründungsdirektors Ludolf von Krehl 1937 wieder aufgegeben.<sup>105</sup> In diesem Institut wurde die Gleichberechtigung der Bestandteile noch stärker betont: Es bestand nicht aus Abteilungen, sondern aus Teilinstituten (für Physik, Chemie, Pathologie und Physiologie), deren Leiter auch nominell nicht Abteilungsleiter, sondern Direktoren waren.

Die durchaus vielgestaltige Praxis der KWG resümierte Glum mit der Feststellung, die Erfahrung habe gezeigt, „dass es vielfach nützlich sein kann, dem Prinzip, einen Mann an die Spitze eines Instituts zu berufen, das Prinzip des Gruppeninstituts an die Seite zu stellen.“<sup>106</sup> An anderer Stelle heißt es, die KWG habe bei solchen Instituten, in denen es um die theoretischen Wissenschaften ging und es mehr auf die Pflege der Arbeitsgemeinschaft ankam, mehrere Wissenschaftler „gleichberechtigt und selbständig, als wissenschaftliche Mitglieder nebeneinander gestellt.“ Wenn es auch dort Direktoren gäbe, so hänge dies teils mit der Bezeichnung der Staatsstellen, teils damit zusammen, dass für die Verwaltung gemeinsamer Einrichtungen einer verantwortlich sein müsse – also mit eher formalen Gründen: „Dem Range nach gibt es bei der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft keinen Unterschied zwischen Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern.“<sup>107</sup> Allen ihren Wissenschaftlichen Mitgliedern macht die KWG „keine Vorschriften in bezug auf die Wahl von Arbeitsgebiet und Methode und überläßt ihnen auch die Auswahl ihrer Mitarbeiter“.<sup>108</sup> Diese Idee der Ranggleichheit ist in der MPG bis heute unvermindert gültig und konstitutiv geblieben. Die Verfügung über jeweils eigene Abteilungen (Gruppen, Teams) sichert auf akzeptable Weise die persönliche Programm- und Ressourcensouveränität; auf dieser Grundlage ist auch eine kollegiale Abstimmung unter Gleichrangigen möglich, ohne diese Souveränität zu verletzen oder unbillig einzuschränken. Butenandt hat dies bereits 1969 weit-sichtig formuliert:

Das Ideal, das die KWG groß gemacht hat, war das „Ein-Mann-Institut“. Seit Jahren vollzieht sich in der MPG eine Entwicklung, die unter den Erfordernissen moderner Forschung zu einer starken Zunahme der Institute mit kollegialer Leitung führt. Das ist ersichtlich ein Stück innerer Reform, deren Größe man nicht unterschätzen soll. Allerdings sollte man sich auch davor hüten, das Berufungsprinzip v. Harnacks als nicht mehr gültig zu bezeichnen. Es gilt noch heute und muß weiterhin gelten, nur in einer modifizierten Form. Alle

---

<sup>105</sup>Kant (2011, 179).

<sup>106</sup>Glum (1930, 360).

<sup>107</sup>Glum (1930, 370).

<sup>108</sup>Glum (1930, 370f.).

Berufungen in der MPG haben sich ausschließlich an der Leistung des zu Berufenden zu orientieren, und die Maßstäbe sollten für den Leiter eines Instituts oder das Mitglied eines leitenden Kollegiums die gleichen sein. Nach diesem Prinzip berufene Gelehrte aber haben nicht nur den Anspruch darauf, die für ihre wissenschaftliche Arbeit benötigten Mittel zu erhalten und über sie verfügen zu können; für sie muß ebenso notwendig die Freiheit der Entscheidung in der Durchführung ihrer Forschungen gesichert werden.<sup>109</sup>

Zwischen einem Nebeneinander von Abteilungen, die allenfalls durch ein gemeinsames Institutskolloquium kommunikativ zusammengehalten werden, und einem gemeinsamen, korporativ und arbeitsteilig ausgeführten Forschungsprogramm ist jedes Maß an innerer Integration eines so aufgebauten Instituts möglich – je nach Bedarf und Konditionen. Es bereitet keine grundsätzliche Schwierigkeit, das Neben- und Miteinander mehrerer Wissenschaftlicher Mitglieder in einem Institut als eine Realisierungsvariante des Harnack-Prinzips zu erkennen.

### 3.10 Forschungsfreiheit, Evaluation, Legitimation

Trends wie das zunehmende Gewicht forschungsstrategischer Gesichtspunkte, die allmähliche Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit auch auf den Führungsebenen des Wissenschaftssystems oder der Übergang zur kollegialen Leitung der Institute mit abwechselnder Wahrnehmung der Aufgaben des geschäftsführenden Direktors modifizieren die Anwendungsbedingungen des Harnack-Prinzips, berühren aber nicht dessen Substanz. Insofern ist es wohlbegründet, wenn immer wieder betont wird, dass die MPG die Treue zu ihren von der KWG übernommenen Grundprinzipien mit der Fähigkeit zu fortlaufender Modernisierung in einer dynamischen Welt zu verbinden vermag. Schon 1954 wurde im Jahresbericht der Gesellschaft hervorgehoben, die MPG besitze wie ihre Vorgängerin eine „seltene Sonderstellung“; die Direktoren seien „frei in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und im Rahmen der Institutshaushalte frei in der Verwendung der Mittel. Diese Freiheiten, die den Sinn der Gründung und der Arbeit unserer Gesellschaft ausmachen, verlangen ein höheres Verantwortungsgefühl in unserer Selbstverwaltung.“<sup>110</sup>

1963 sprach Butenandt von einer „extremen Freiheit der Arbeitsgestaltung“.<sup>111</sup> In wechselnden Formulierungen – mit dem Akzent auf der Balance von

---

<sup>109</sup>Butenandt (1968a, 35).

<sup>110</sup>Generalverwaltung der MPG (1954, 5–14).

<sup>111</sup>Butenandt (1963, 27).

Freiheit und Verantwortung – durchzieht dieses Motiv über Jahrzehnte hinweg die Präsidentenreden. Dabei wurde seit der mit dem Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 3. Dezember 1964 in Kraft getretenen Neufassung der Satzung verstärkt betont, dass ein vergleichbarer Freiheitsraum nicht nur den Direktoren, sondern allen Wissenschaftlichen Mitgliedern gewährt wird.<sup>112</sup> Die mit dem Harnack-Prinzip statuierte Autonomie des Wissenschaftlichen Mitglieds ist allerdings an äußere Bedingungen gebunden, deren zentrale Bedeutung erst mit dem Vordringen der Drittmittelfinanzierung im Forschungssystem vollauf deutlich wurde. Staab sprach dies 1987 unverblümt aus:

das seit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verfolgte Prinzip der unabhängigen, autonomen wissenschaftlichen Fragestellung der Institute gerät durch eine zu große Abhängigkeit von Projektbewilligungen in Gefahr. Wir können unsere auch politisch gewollte Aufgabe als Fördereinrichtung der freien Grundlagenforschung nur erfüllen, wenn uns eine ausreichende Grundfinanzierung in die Lage versetzt, Fragestellungen und Methoden primär nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten selbst zu wählen. Deshalb kann Projekt- und Sonderfinanzierung nur eine ergänzende Funktion von jeweils zeitlich begrenzter Dauer einnehmen.<sup>113</sup>

Dieses Problem verlässt die MPG nicht wieder. Das Harnack-Prinzip ist kein ideales Regulativ, dessen Geltung im luftleeren Raum des bloßen guten Willens gewährleistet werden könnte; vielmehr hängt es von handfesten budgetären Randbedingungen ab, ob und in welchem Maße es realisiert werden kann. Wäre die „auflagenfreie institutionelle Grundfinanzierung“ nicht mehr garantiert, dann würde es zu einem hilflosen Appell an eine nicht mehr einholbare Tradition verkümmern.

Das Finanzierungsproblem ist mit tendenziell wachsenden Zwängen zur Legitimierung von Grundlagenforschung – insbesondere dann, wenn sie nicht von vornherein auf wirtschaftliche Innovationen ausgeht – gegenüber der politischen Öffentlichkeit verbunden. In dieser Richtung liegt am ehesten die Gefahr, dass das Harnack-Prinzip von innen her erodieren könnte. Eine Andeutung dieser Gefahr findet sich in der nachfolgend wiedergegebenen aufschlussreichen Passage aus der Ansprache, die Hubert Markl bei der Festversammlung 1997 hielt. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung habe die MPG

dafür zu sorgen, daß die Leistungen der Arbeitsgruppen in einem ebenso sachgerechten wie fairen, nach international gültigen

---

<sup>112</sup>Max-Planck-Gesellschaft (1966).

<sup>113</sup>Staab (1987, 24).

Maßstäben qualitätsbewußt prüfenden Verfahren laufend bewertet werden. Nicht um die im ersten Schritt gewährte Forschungsfreiheit im zweiten wieder einzuschränken, sondern im Gegenteil, um diese Forschungsfreiheit und ihre materiellen Grundlagen gegenüber allen Anfechtungen von innen und außen auf Dauer zu sichern. Denn die notwendige Freiheit und Großzügigkeit in der Gewährung von Forschungsmöglichkeiten wird sich unter den Knappheitszwängen der öffentlichen Hände und gegen mächtige politische Interessenvertretungen für die freie, erkenntnissuchende Forschung nur auf eine Weise sichern und verteidigen lassen [...]: durch den auch kritische Beobachter überzeugenden Nachweis, daß tatsächlich die Besten in den Genuß dieser Freiheiten kommen und daß sie beständig bemüht sind, ihr Bestes dafür zu leisten. So mancher von Evaluationsforderungen Betroffener mag dabei freilich den Verlust des Vertrauens beklagen, das früher Staat und Gesellschaft gerade ihren besten Wissenschaftlern aus Überzeugung in den Wert ihrer Leistungen entgegenbrachten.<sup>114</sup>

Besonders der letzte Satz dieser Passage, die ersichtlich ein diplomatisches Meisterstück ist, lässt ahnen, was auf dem Spiel steht: Es bedarf einiger Kunstfertigkeit, um „High Trust“ und die Unterwerfung unter regelmäßige Qualitätskontrollen auf einen Nenner zu bringen, doch die MPG muss um der Homogenität ihres Selbstbildes willen diesen Spagat leisten. Sie tut es unter Einsatz einer forcierten Eliterhetorik („Wettbewerbsvorteil“, „Exzellenz“, „Spitzenforschung“, „die Besten der Besten“ usw.). Um die Langzeitfolgen des Übergangs der Grundlagenforschung in einen Modus regelmäßiger Evaluation beurteilen zu können, dürfte es noch zu früh sein. An dieser Stelle mag es genügen, auf den Kontrast zu der traditionell mit dem Harnack-Prinzip verbundenen Idee des Vertrauensvorschusses hinzuweisen.

### 3.11 Immanente Spannungen

Der eigentlich neuralgische Punkt des Harnack-Prinzips liegt aber nicht im historischen Wandel der Bedingungen seiner Anwendung, sondern in der inneren Spannung, die ihm von Anfang an eigen ist und die sein Wesen ausmacht. Alle wissenschaftlichen Gemeinschaften sind geschichtet. Das Harnack-Prinzip aber treibt diese Schichtung auf die Spitze, indem es die wissenschaftlichen Gemeinschaften, für die es gelten soll, im Verhältnis zu den von diesen zu realisierenden Forschungsprozessen dichotomisch teilt in die Gruppe der entscheidungs-

---

<sup>114</sup>Markl (1997).

souveränen Wissenschaftlichen Mitglieder und die (weitaus größere) Gruppe der nicht entscheidungsbefugten wissenschaftlichen Mitarbeiter. In dieser Dichotomie wurzelt die Effizienz des Prinzips ebenso wie seine Problematik. In älteren Texten wird die Radikalität dieses Schnitts oft klarer ausgesprochen als in neueren. So sagte Butenandt 1964, die MPG pflege weiterhin „ihren alten Grundsatz der individuellen Freiheit ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder, von denen jedes das ihm notwendig erscheinende Instrument für die von ihm erwählte Forschungsarbeit erhalten und darüber nach seinem Ermessen verfügen soll.“<sup>115</sup>



Abb. 3.3: Max Planck und Adolf von Harnack beim Verlassen der Preußischen Akademie der Wissenschaften in den zwanziger Jahren.

---

<sup>115</sup>Butenandt (1964, 30f.).

Unter einem „Instrument“ wird aber hier nicht etwa nur die Sachausstattung des Instituts verstanden, sondern das Institut im Ganzen – einschließlich des dort beschäftigten Personals. Diese Sicht entspricht gewissermaßen der Metapher vom Genie und den Kärnern, die Harnack für die kollektionierenden und editorischen Unternehmungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften verwendet hatte, in die er selbst maßgeblich involviert war.<sup>116</sup> Butenandt betonte ausdrücklich, „daß unsere Institute die Arbeitsinstrumente qualifizierter Persönlichkeiten sind“<sup>117</sup>; sie „wurden zumeist gegründet, um einer oder mehreren Forscherpersönlichkeiten das Erreichen ihrer wissenschaftlichen Ziele durch speziell ihren Bedürfnissen dienende personelle und apparative Ausstattung zu ermöglichen.“<sup>118</sup>

Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass die leitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler autokratisch oder gar despotisch herrschen sollten. Die Präsidentenreden sind reich an Passagen, in denen ein vertrauensvolles Miteinander von Leitern und Mitarbeitern deklariert oder angemahnt wird. Der Direktor dürfe sein Amt nicht etwa „selbstherrlich und diktatorisch“ ausüben.<sup>119</sup> Er habe „ein höchst persönliches Interesse daran, daß an seinem Institut leistungsfähige Forschergruppen existieren, da sie sein eigenes Leistungsniveau mitbestimmen.“<sup>120</sup> Die Institute müssten „als eine Einheit mit einer bestimmten Aufgabe angesehen werden, einer Aufgabe, die nur dann erfüllbar ist, wenn die Mitglieder des Instituts sie zu der ihren machen und gemeinsam an ihr arbeiten.“<sup>121</sup>

Die Mitarbeiter würden zur Ausführung der Institutsaufgaben um so bereitwilliger und wirkungsvoller beitragen, je mehr sie diese als „ihre gemeinsame Sache“ empfinden. Dies werde durch „fortlaufende ausreichende Information und ständige gemeinsame Beratung“ gesichert.<sup>122</sup>

In solchen Passagen ist die feine dichotomische Scheidelinie, die das Harnack-Prinzip setzt, kaum noch wahrnehmbar. Nach Bedarf kann sie aber auch erheblich deutlicher markiert werden. Im Verständnis Butenandts war „Mitwirkung“ das Schlüsselwort für die Rolle, die den wissenschaftlichen Mitarbeitern an einem Max-Planck-Institut zugedacht war. Diese Mitwirkung hat sich in einem Rahmen zu halten, in dem derjenige, der die Verantwortung für das Institut oder die Abteilung zu tragen hat, „in seinen Entscheidungen frei bleibt.“<sup>123</sup> Im Grunde liegt es im Ermessen des Direktors beziehungsweise

---

<sup>116</sup>Grau (1996, 138–144).

<sup>117</sup>Butenandt (1963, 27).

<sup>118</sup>Butenandt (1963, 26).

<sup>119</sup>Butenandt (1970, 39).

<sup>120</sup>Butenandt (1963, 29).

<sup>121</sup>Butenandt (1972, 44).

<sup>122</sup>Butenandt (1970, 39).

<sup>123</sup>Butenandt (1972, 43).

des Abteilungsleiters, ob er seinen Mitarbeitern als *primus inter pares* oder als weisungsberechtigter Vorgesetzter gegenübertritt. Das Harnack-Prinzip lässt dem durch seine Anwendung privilegierten Personenkreis hier jede Wahl; Mitwirkungsrechte können den Mitarbeitern freiwillig gewährt, von diesen aber nicht satzungsrechtlich eingeklagt werden. Die historische Wirklichkeit der KWG/MPG demonstriert ein breites Spektrum von Führungsstilen – vom liberal-partizipatorischen Gestus Carl Friedrich von Weizsäckers bis zum autoritären Vorgehen Otto Warburgs.

Des Öfteren sprachen sich MPG-Präsidenten dezidiert dafür aus, das Entscheidungsprärogativ der Wissenschaftlichen Mitglieder unbedingt zu wahren. Was dies für das Selbstbild der MPG bedeutet, wurde besonders in den Jahren um 1968 deutlich. Butenandt, der sonst fast immer zurückhaltend Position bezog, reagierte ausgesprochen allergisch auf Bestrebungen, die Bestimmung von Forschungszielen zu einer Angelegenheit von Mehrheiten zu machen. 1969 warnte er, die Freiheit der nach dem Harnack-Prinzip berufenen Gelehrten könne schwerlich aufrecht erhalten werden, „wenn zu befürchten ist, daß Stipendiaten oder wissenschaftliche Mitarbeiter, die nur vorübergehend an unseren Instituten tätig sind, durch von ihnen gewählte Vertreter am Forschungsprogramm unserer Institute entscheidend mitwirken.“<sup>124</sup>

Ein Jahr später betonte er mit aller Entschiedenheit,

daß nicht Mehrheitsentscheidungen in Institutsräten für die Arbeitsrichtung und das Arbeitsverfahren maßgebend sein können, sondern daß die endgültige Verantwortung in die Hand einer Person, also des Direktors, oder eines von der MPG berufenen Direktorenkollegiums gelegt werden muß.<sup>125</sup>

Das „akademische Erdbeben“ von 1968 – wie Eckart Henning es genannt hat – wirkte sich auch auf die nur indirekt betroffene MPG aus.<sup>126</sup> In der Aufbruchstimmung jener Jahre gab es unter den jungen Wissenschaftlern Tendenzen, die Institute und Arbeitsgruppen als gemeinschaftliche Unternehmungen aller dort Tätigen zu betrachten und dabei den Wissenschaftlichen Mitgliedern zwar einen Erfahrungsvorsprung, aber kein formal garantiertes Entscheidungsprivileg zuzubilligen. Wenn Institutsvollversammlungen oder von allen Mitarbeitern gewählte Institutsräte mit Mehrheit verbindliche Beschlüsse zur Strategie der jeweiligen Einrichtung fassen könnten, dann wäre das Harnack-Prinzip in der Tat ausgehebelt. Daraus wird die Empfindlichkeit einsehbar, mit der die MPG-Spitze auf solche Bestrebungen reagierte. Retrospektiv könnte man meinen, dass die Wissen-

<sup>124</sup>Butenandt (1968a, 39).

<sup>125</sup>Butenandt (1970, 39).

<sup>126</sup>Henning (2012, 35).

schaftlichen Mitglieder aufgrund ihrer vorausgesetzten wissenschaftlichen Überlegenheit selbst bei Abstimmungen kaum Schwierigkeiten gehabt hätten, sich mit den besseren Argumenten durchzusetzen und Mehrheiten zu gewinnen, aber in der aufgeheizten Atmosphäre der Zeit mussten die Verantwortlichen darin eine Gefahr für die Fundamente der MPG erblicken.

Es wäre jedoch zu einfach, in jenen Initiativen „von unten“ weiter nichts zu sehen als dilettantische und unverantwortliche Attacken auf den über alle Kritik erhabenen bestmöglichen Modus, Grundlagenforschung zu betreiben. Nachdem die Leidenschaften von 1968 längst Geschichte geworden sind, sollte es möglich sein, jenes Aufbegehren unaufgeregt und distanziert zu beurteilen. Könnte es nicht sein, dass hier eine besondere historische Konstellation eine immanente Spannung des Harnack-Prinzips, die diesem von seiner Konstruktion her eigen ist, normalerweise aber latent und verborgen bleibt, für wenige Jahre manifest gemacht hat? In den Präsidentenansprachen der MPG findet sich nicht selten der Begriff der Gemeinschaft, deskriptiv oder auch normativ gebraucht; ein Institut soll – so Butenandt – „eine dem gemeinsamen Ziel zustrebende Gemeinschaft sein.“<sup>127</sup>

„Gemeinschaft“ bedeutet, dass die in einer solchen zusammengeschlossenen Individuen hinsichtlich des Gemeinschaftszwecks vollkommen gleichberechtigt sind – wie etwa die Mitglieder eines Vereins. Die Übertragung von Befugnissen an einzelne Personen aus diesem Kreis kann nur durch das Votum der Gemeinschaft erfolgen und ist stets widerruflich, keineswegs ist die Gemeinschaft in irgendeiner Weise Instrument der von ihr mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben in ihrem Namen Betrauten. Die hier gewählte Terminologie entspricht der Verbreitung des Terminus „wissenschaftliche Gemeinschaft“ (*scientific community*).<sup>128</sup> In einem interagierenden Team wie einer Arbeitsgruppe oder einem Institut kann grundsätzlich jedes Mitglied, das die zur Teilnahme an Forschungsprozessen erforderliche Qualifikation besitzt, auch Autorin beziehungsweise Autor einer weiterführenden oder grundlegenden Idee sein – unabhängig von dem ihm zugewiesenen Rang. Das Harnack-Prinzip hingegen drückt primär eine Rangordnung in der wissenschaftlichen Ideenproduktion aus – die Erfahrungstatsache, dass, wie Reimar Lüst es ausdrückte, „entscheidende Durchbrüche – bei allem notwendigen Eingebettetsein in die wissenschaftliche Umgebung – doch einigen wenigen vorbehalten sein werden. Diese einzelnen werden auch weiterhin letztlich entscheidend für die Richtung der Forschung sein.“<sup>129</sup> Die formelle Privilegierung von Persönlichkeiten ist eine Konsequenz dieser Rangordnung, keine willkürliche Setzung.

---

<sup>127</sup>Butenandt (1963, 29).

<sup>128</sup>Gläser (2006).

<sup>129</sup>Lüst (1972, 50f.).

Wesentlich ist nun, dass beide Tendenzen – die Tendenz zur „basisdemokratischen“ Gleichberechtigung der Diskurspartner und die Tendenz zur sozialen Asymmetrie der Ideenproduktion und der daraus folgenden Bildung von „Leistungseliten“ – widersprüchliche und zugleich zusammengehörige Seiten des hochvergesellschafteten Forschungsprozesses sind. Von welcher der Seiten man auch immer ausgeht – wenn Einseitigkeiten und Fehlentwicklungen vermieden werden sollen, ist es unvermeidlich, jeweils auch auf die komplementäre Seite Bezug zu nehmen.

Die Initiativen der 1968er Bewegung waren in der MPG insofern ein Fremdkörper, als sie den zu ihrer Tradition komplementären Ausgangspunkt wählten, indem sie von der Tendenz der Gleichheit in wissenschaftlichen Gemeinschaften ausgingen. Da sie aber nicht etwa eine Lahmlegung der Institute anstrebten, sondern ebenso wie die Leitung der MPG auf deren Produktivität bedacht waren, ist es sinnvoll, ihren Argumentationen Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Das empfiehlt sich besonders dann, wenn die Argumente einem reflektierten Verhältnis zur Wissenschaft entsprangen. Letzteres war in besonderem Maße in dem 1970 unter Leitung Carl Friedrich von Weizsäckers gegründeten MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt der Fall, das die Wissenschaft selbst und deren Wirkungen auf die Gesellschaft zum Gegenstand hatte.<sup>130</sup> Aus den dort geführten Debatten gingen gehaltvolle Dokumente hervor, beispielsweise die (wahrscheinlich im Juni 1970 vorgelegte) Ausarbeitung *Zum Selbstverständnis des Instituts*.<sup>131</sup> Die beiden Autoren Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn – bis heute angesehene Vertreter der Wissenschaftsforschung in Deutschland – entwarfen darin nicht ad hoc Organisationsmodelle, sondern gründeten ihre Überlegungen zu einer Institutssatzung (hier „Institutsverfassung“ genannt) auf ein elaboriertes wissenschaftstheoretisches Fundament. Erst nach ausführlicher Erörterung dieses Fundaments wandte sich das Papier der Organisation des Instituts zu, die bis dahin vorwiegend informell gehandhabt worden sei, diskutierte die Stärken und Schwächen dieser eher spontanen Praxis und gelangte zu einigen weiter zu erörternden Konsequenzen, nicht aber zu einem definitiven Vorschlag, der aus der Sicht der Autoren damals wohl auch noch verfrüht gewesen wäre. Entscheidendes Gewicht legten sie auf die Vollversammlung der Institutsmitarbeiter, die sie als das „wesentliche Organ eines demokratisch verfassten Instituts“ ansahen:

Zwar ist angesichts der offenbaren Schwerfälligkeit großer Gremien ein gewisser *horror pleni* durchaus verständlich. Trotzdem bietet die Plenardiskussion durch die Simultaneität aller Argumente

---

<sup>130</sup>Laitko (2011).

<sup>131</sup>Van den Daele und Krohn. MPG-Archiv II. Abt. Rep. 9 Nr. 15 (nicht paginiert).

ein anders nicht erreichbares Rationalitätsmoment von Entscheidungsprozessen. Darüberhinaus wird auf diese Weise der Umfang der Meinungsbildung durch vertikale Kommunikation zwischen Direktor und einzelnen Mitarbeitern verringert und horizontale symmetrische Kommunikation zwischen allen Mitgliedern (einschließlich des Direktors) gefördert.<sup>132</sup>

Vor das Plenum gehöre aber nur die Behandlung weitreichender Fragen; keineswegs dürfe die Rolle des Plenums durch Überlastung mit Funktionen geschwächt werden. Möglicherweise sollte ein Institutsrat gebildet werden, dem der Direktor angehört und der im Auftrag aller Mitarbeiter die Geschäftsführung wahrnimmt.<sup>133</sup> „Kernproblem der Institutsverfassung ist die Regelung des alleinigen Entscheidungsrechts des Direktors und die Harmonisierung dieses formalen Rechts mit den übrigen Verfahren.“ Dafür kämen verschiedene denkmögliche Lösungen in Frage, darunter erstens ein primäres Entscheidungsrecht des Direktors nach fakultativer oder obligatorischer Beratung, zweitens ein vorläufiges Entscheidungsrecht des Plenums (beziehungsweise des Institutsrats) mit einem Vetorecht oder einer Abänderungsbefugnis des Direktors mit oder ohne Begründungsverpflichtung, drittens ein primäres Entscheidungsrecht des Plenums (beziehungsweise des Institutsrats) ohne Einspruchsrecht des Direktors: „Jedes vorgeschlagene Modell ist auf seinen realen Gehalt an demokratischer Selbstverwaltung zu prüfen, wobei die Unterschiede zwischen Beratungs-, Empfehlungs- und Entscheidungsbefugnissen nicht mehr verwischt werden dürfen.“<sup>134</sup>

Hier ist nicht der Ort, die einschlägigen Debatten und Papiere weiter zu verfolgen. Lediglich exemplarisch sollte gezeigt werden, dass hier eine veritable Alternative zum Harnack-Prinzip erörtert wurde, und zwar eine wohlwogene Alternative, die keineswegs auf eine bilderstürmerische „Entmachtung des Establishments“, durchaus aber auf eine basisdemokratische Einhegung der Entscheidungskompetenzen der Direktoren hinauslief.

Es liegt zugleich auf der Hand, dass die MPG diesen Weg nicht gehen konnte, ohne mit der Tradition zu brechen, die für sie selbst wie bereits für die KWG konstitutiv war. In den Konflikten und Kontroversen um 1968 wählte sie eine konservative Lösung, jedoch eine solche, die die mit dem Harnack-Prinzip gesetzte Dichotomie zwischen Wissenschaftlichen Mitgliedern und wissenschaftlichen Mitarbeitern so weit wie überhaupt möglich relativierte, „ohne das Prinzip selbst außer Kraft zu setzen. Insofern würde man die historische Wahrheit verfehlen, wollte man behaupten, dass der basisdemokratische Aufbruch um 1968 nur

<sup>132</sup>Ebd., 22 (Seitenzählung des Typoskripts).

<sup>133</sup>Ebd.

<sup>134</sup>Ebd., 23, Hervorhebung des Autors.

deshalb, weil er sein proklamiertes Ziel nicht erreichte, auch folgenlos geblieben wäre. In der Praxis der Handhabung des Harnack-Prinzips sind die Folgen zu besichtigen. Mit der Satzungsreform des Jahres 1972 und weiteren in ihrem Gefolge eingeführten Maßnahmen wurde dem latenten und manchmal auch virulenten Konflikt die Spitze genommen.<sup>135</sup> Nunmehr war eine gewisse Partizipation der wissenschaftlichen Mitarbeiter an institutsrelevanten Entscheidungen formell garantiert. Die bindend vorgeschriebenen Mitwirkungsmöglichkeiten – etwa die in jedem Institut erfolgende Wahl eines wissenschaftlichen Mitarbeiters in die betreffende Sektion – blieben allerdings bescheiden. Als eine sinngemäße Erweiterung des Harnack-Prinzips kann die Einrichtung von Nachwuchsgruppen aufgefasst werden. Spürbar war vor allem eine Änderung des Tons. Das ist schon deutlich zu erkennen, wenn man die auf der Festversammlung 1972 gehaltenen Ansprachen des scheidenden Präsidenten Butenandt und des neuen Präsidenten Lüst nebeneinander betrachtet. Inhaltlich wird man zwischen beiden keinen Bruch finden, aber rhetorisch war der Akzent auf die Gemeinschaft aller an der Forschung Beteiligten bei Lüst viel stärker ausgeprägt. Arbeit in der Gruppe erfordere „die Mitarbeit aller Wissenschaftler bei der Entscheidung über neue Forschungsvorhaben mit dem Ziel eines Konsenses.“ Die besonders qualifizierten Wissenschaftler müssten auch bereit sein, „umfassende Verantwortung zu delegieren.“<sup>136</sup> Demokratie könne sich nur in der Vielfalt beweisen.

Der wissenschaftlichen Meinung eines jeden am Institut Gehör zu verschaffen, sie ernst zu nehmen und sie gemeinsam mit allen zu prüfen, scheint mir vor allem wichtig zu sein. So bedeutet mehr Demokratie wagen auch mehr Toleranz üben.<sup>137</sup>

Robert Gerwin weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Amtseinführung von Lüst, der dem genau zwanzig Jahre älteren Butenandt nachfolgte, einen Generationssprung in der Leitung der MPG bedeutete.<sup>138</sup> Die im Harnack-Prinzip enthaltene Möglichkeit, es autokratisch auszulegen, wurde mit der erwähnten Änderung des Tons nach 1968/1972 zunehmend unpopulär. So vollzog sich in den Max-Planck-Instituten tendenziell ein Wandel des Arbeitsstils in Richtung mehr statusunabhängiger Gemeinsamkeit.

Feststellungen und Appelle dieser Art kann man als Äußerungen über die Bedingungen ansehen, unter denen das Harnack-Prinzip angewandt wird oder angewandt werden sollte; sie rühren aber nicht an die Substanz dieses Prinzips. Anders verhält es sich mit einer weiteren 1972 eingeführten Bestimmung, die

---

<sup>135</sup>Gerwin (1996, 211–224).

<sup>136</sup>Lüst (1972, 51).

<sup>137</sup>Lüst (1972, 52).

<sup>138</sup>Gerwin (1996, 215).

gewöhnlich gar nicht mit dem Harnack-Prinzip in Verbindung gebracht wird: der Festlegung, dass die Leitungsfunktion der Direktoren zeitlich befristet beziehungsweise von einer regelmäßigen Evaluierung durch die an allen Instituten einzurichtenden Fachbeiräte abhängig gemacht wird.<sup>139</sup> Damit wird der zuvor unbedingte „Vertrauensvorschuss“ an die nach diesem Prinzip exponierten Persönlichkeiten und damit deren Autonomie ersichtlich eingeschränkt. Unter Bezugnahme auf eine weiter oben zitierte Explikation könnte man zugespitzt sagen, dass aus dem „*High Trust*“- ein „*Medium Trust*“-Prinzip geworden sei. Butenandt sprach in diesem Zusammenhang davon, dass es sich dabei um die folgenreichste Satzungsänderung in der bisherigen Geschichte der MPG handele.<sup>140</sup> Es wäre zu erwägen, inwieweit hier nicht nur eine Veränderung seiner Anwendungsbedingungen, sondern eine Modifizierung des Harnack-Prinzips selbst erfolgt ist.

### 3.12 Ambivalenzen des Harnack-Prinzips

Die bisherigen Überlegungen lassen erkennen, dass die unbestreitbar großen Verdienste dieses Prinzips auch über eine problematische Kehrseite verfügen. Schon deshalb bedarf es einer Limitierung seiner möglichen Wirkungen, die nicht aus ihm selbst kommen kann. Talentierte Forscher erhalten nach diesem Prinzip die Möglichkeit, zur Realisierung ihrer Forschungsideen optimale Bedingungen einschließlich geeigneter Teams zusammenzustellen. Was aber geschieht, wenn Personen ihre Kreise tangieren, die das Zeug haben für sie nicht nur Helfer, sondern Konkurrenten zu werden? Dann ist nicht ausgeschlossen, dass die Förderung der einen Hochbegabung mit der Ausbremsung der anderen und dem Verlust ihres Forschungsansatzes für die Gesellschaft bezahlt wird. So konstatiert Petra Werner über Otto Warburgs KWI für Zellphysiologie: „Entwickelten wissenschaftliche Mitarbeiter Ambitionen, die den durch Warburg vorgegebenen Rahmen der Arbeiten sprengten, kam es regelmäßig zum Zerwürfnis.“<sup>141</sup>

Auf ein für die Problematik des Harnack-Prinzips sehr aufschlussreiches Exempel machte unlängst Annette Vogt aufmerksam: die Lebensgeschichte von Anneliese Maier (1905–1971), einer Philosophie- und Wissenschaftshistorikerin von Weltruf und zu ihrer Zeit einer der weltbesten Kennerinnen der spätmittelalterlichen Geistesgeschichte, die niemals eine ihrem wissenschaftlichen Format auch nur annähernd angemessene Anstellung erhielt. Als frühere Stipendiatin und spätere Assistentin an der Bibliotheca Hertziana (beziehungsweise nach der auf Druck des NS-Regimes erfolgten Tilgung des Namens der jüdischen Stifterin an ihrem Teil-Institut für Kulturwissenschaft) war sie in den Nachkriegsjahren

<sup>139</sup>Henning (2012, 35).

<sup>140</sup>Butenandt (1972, 44).

<sup>141</sup>Werner (1991, 136).

in Rom geblieben und wurde nach der Wiedereröffnung der Hertziana im Jahre 1953 nicht in deren Mitarbeiterbestand aufgenommen, so dass ihr Konzept einer dort einzurichtenden Abteilung für Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit nicht realisiert werden konnte. Nicht einmal eine lose Verbindung zum Institut war möglich:

Ernst Telschow hatte sich mehrfach für sie eingesetzt, aber der neue designierte Direktor [Franz Graf Wolff Metternich] war strikt dagegen. Diese Hürde war unüberwindbar, denn getreu dem „Harnack-Prinzip“ entschied einzig der Direktor über Personalangelegenheiten.<sup>142</sup>

Die Pointe liegt darin, dass man an der Spitze der MPG die wissenschaftliche Bedeutung Anneliese Maiers durchaus verstand, sie aber an einem Max-Planck-Institut, dem sie sich persönlich und wissenschaftlich verbunden fühlte, dennoch nicht unterzubringen vermochte. Die strikte Personalhoheit, die das Harnack-Prinzip dem Institutsdirektor gewährt, stand dem im Wege. In einer solchen Lage kann auch ein Präsident bestenfalls bitten und empfehlen – ein Oktroi, wie es etwa Friedrich Althoff im preußischen Kultusministerium gelegentlich und meist zum Nutzen der Wissenschaft anwandte, um bestimmte Wissenschaftler gegen den Widerstand der betreffenden Fakultäten auf Extraordinariate oder Ordinariate zu bringen, wäre in der MPG wie in der KWG ganz undenkbar gewesen. So gab die MPG Anneliese Maier 1954 den Status eines Wissenschaftlichen Mitglieds ohne Institutsbindung und erkannte damit demonstrativ ihren Rang an, aber diese Anerkennung war nicht mit einer regulären Anstellung, sondern lediglich mit der Gewährung persönlicher Forschungsbeihilfen aus einem Sonderfonds verbunden.

Ein anderer schwieriger Punkt betrifft den Umgang mit dem innerhalb der MPG Begonnenen oder zu einem relativen Abschluss Gebrachten, wenn die jeweilige Arbeitsrichtung – aus welchen Gründen auch immer – in der Gesellschaft nicht mehr weitergeführt wird. Die Schließung von Forschungseinheiten ist eine Konsequenz, die sich aus der Akzeptanz des Harnack-Prinzips für die MPG als ganze und darüber hinaus für das Wissenschaftssystem, dem sie angehört, zwingend ergibt. Wenn die MPG fähig und bereit sein soll, neu aufkommende Forschungsrichtungen immer wieder und dabei frühzeitig aufzugreifen, dann muss sie trivialerweise auch bislang gepflegte Gebiete aufgeben und bestehende Institute, Abteilungen oder Gruppen umorientieren oder auch schließen. So verwundert nicht, dass diese Kehrseite der flexiblen Neuinstitutionalisierung ein Dauerthema der Präsidentenansprachen ist. Immer wieder muss für solche Beschlüsse um Verständnis geworben werden, zumal damit auch schwerwiegende menschliche Probleme einhergehen. Eine dieser Äußerungen mag hier stellvertretend für

---

<sup>142</sup>Vogt (2013, 119).

viele ähnliche stehen: „Entscheidungen, ein Arbeitsgebiet nicht weiterzuverfolgen, sondern an seiner Stelle ein anderes aufzugreifen, stellen kein Werturteil dar, sondern bedeuten, dass vom Standpunkt der wissenschaftlichen Entwicklung her andere Fragen eine größere Priorität gewonnen haben. Die MPG kann nicht nur deswegen, weil ein auch im allgemeinen Interesse liegendes wichtiges Aufgabengebiet für längere Zeit in einem ihrer Institute bearbeitet worden ist, verpflichtet sein, für alle Zukunft dieses Gebiet weiter zu behandeln“.<sup>143</sup>

Es steht außer Frage, dass die MPG sich immer wieder von Forschungsgebieten und den zu deren Bearbeitung aufgebauten Kapazitäten trennen muss, und das nicht wegen ihres etwaigen Versagens (das ist zwar nicht völlig ausgeschlossen, aber angesichts der hohen Qualitätsmaßstäbe der Gesellschaft sehr selten), sondern meist deshalb, weil sie einen Stand erreicht haben, auf dem sie zu ihrer erfolgreichen Weiterführung nicht mehr unbedingt des Milieus der MPG bedürfen und umgekehrt die MPG nicht mehr unbedingt gerade dieses Gebiet in ihrem Portfolio benötigt. Gewiss unterliegt es der Diskussion, ob eine in Aussicht genommene Schließung nicht verfrüht wäre oder ob man unter den Schließungskandidaten nicht womöglich andere Prioritäten setzen sollte, aber wenn die Entscheidung einmal getroffen ist, dann ist für die MPG das Problem im Großen und Ganzen erledigt. Dies sichert zwar der MPG die Beweglichkeit, die sie braucht, schützt aber nicht vor für die Wissenschaft insgesamt bedauerlichen Verlusten, wenn nicht für einen geregelten Transfer der auslaufenden Arbeitsgebiete an andere Einrichtungen Sorge getragen wird, denn oft handelt es sich nicht um „ausgebrannte“ Teams, sondern um potente Einheiten, die in anderen institutionellen Kontexten weiter hervorragende Forschungsarbeit leisten könnten.

Ein Exempel, das die Wichtigkeit dieser Frage erkennen lässt, ist die 1980 mit der Emeritierung Carl Friedrich von Weizsäckers erfolgte Auflösung des von ihm gegründeten Instituts in Starnberg. Jedes Max-Planck-Institut ist ein Unikat, aber dieses fiel, wenn man es so ausdrücken darf, in besonderer Weise aus der Reihe. Das war schon dem am 1. November 1967 eingereichten Gründungsvorschlag abzulesen, in dem es eingangs hieß:

Die Wissenschaft hat die Lebensbedingungen der Menschheit radikal umgestaltet; noch weitere Umgestaltungen sind zu erwarten. [...] Alle diese Entwicklungen sind ambivalent; sie bringen ebenso große Chancen wie Gefahren mit sich. Sie nötigen uns damit, die Verantwortung für das Leben der Menschheit auch in solchen Bereichen bewusst zu übernehmen, die bisher dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen waren.<sup>144</sup>

<sup>143</sup>Butenandt (1968a, 38).

<sup>144</sup>Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt vom 1. 11. 1967, 1. MPG-Archiv II. Abt. Rep. 9 Nr. 13.

Ein solcher Ton wurde vermutlich weder vorher noch nachher in einem Gründungsvorschlag für ein Max-Planck-Institut angeschlagen. Paradigmatisch wurde damit ein Niveau der Wissenschaftsreflexion eingefordert und für möglich gehalten, das damals unter den Etiketten *science of science* beziehungsweise *science research* angestrebt wurde.<sup>145</sup> In dieser internationalen Bewegung schien die MPG eine Spitzenposition erreichen zu können – zudem in einer ihr angemessenen Gestalt: der kritischen Situation der Menschheit wohl bewusst, aber nicht vordergründig von Anforderungen der Politikberatung oder der Wissenschaftsorganisation getrieben.<sup>146</sup>

Das Institut hatte eine umfassende Agenda, die weit über den Aufgabenkreis der Wissenschaftsforschung hinausging, aber es war schon um seines gedanklichen Zusammenhalts willen darauf angewiesen, mit den gesellschaftlichen Wirkungen der Wissenschaft auch diese selbst zu reflektieren. Hier erschien damals als eine Schlüsselaufgabe, zwei große historische Ströme der Wissenschaftsreflexion dauerhaft zu verbinden – den älteren epistemologisch-ideengeschichtlichen und den jüngeren soziologisch-politologischen. Wie Peter Weingart schreibt, ging es

in den 1970ern um die Modernisierung der Reflexion der Wissenschaft im Sinne einer Komplettierung durch sozialwissenschaftliche Perspektiven, Theorien und Begriffe. Damit musste man sich der Aufgabe stellen, über das Verhältnis von Wissenschaftssoziologie, -theorie und -geschichte beziehungsweise der Teildisziplinen zu einer sie integrierenden Wissenschaftsforschung nachzudenken.<sup>147</sup>

Dieser Aufgabenkreis bewegte in Starnberg das gesamte Institut; den Brennpunkt seiner Bearbeitung bildete jedoch die Gruppe Wissenschaftsforschung mit ihrem Projekt (oder eher: Programm) „Alternativen in der Wissenschaft“, das in der Öffentlichkeit vor allem unter dem vereinfachenden und insofern auch irreführenden Etikett „Finalisierung der Wissenschaft“ bekannt wurde und stark umstritten war. Das sich in diesem Rahmen nach und nach ausdifferenzierende Konzept war ein Markenzeichen des Instituts, das weltweit beachtet und diskutiert wurde.

Schon wenige Jahre nach der Gründung erwies es sich als unmöglich, die in seiner konzeptionellen Erstausrüstung formulierten gewaltigen Erwartungen mit einem einzigen mittelgroßen Institut einzulösen. Die Skeptiker in der MPG sahen, dass nach Weizsäcker sehr wahrscheinlich kein anderer Gelehrter imstande

<sup>145</sup> Goldsmith und Mackay (1964); Projektgruppe Wissenschaftswissenschaft (1973); Spiegel-Rösing und Solla Price (1977).

<sup>146</sup> Laitko (2011).

<sup>147</sup> Weingart (2010, 395–396).

sein würde, die explodierende Vielfalt der Absätze gedanklich zusammenzuhalten. Darauf hatte man sich sogar schon im Vorfeld der Gründung eingestellt. Lüst erinnert rückblickend daran; der Senat habe bereits damals hervorgehoben, „dass dies eine Gründung speziell für eine Person sei und impliziere, dass bei einer Emeritierung von von Weizsäcker evtl. auch geschlossen werden könne. Man erwarte Loyalität, dass sich Weizsäcker einer Schließung nicht widersetze. Diese Feststellung wurde im Jahre 1968 getroffen, während die Schließung im Jahre 1980 erfolgte.“<sup>148</sup>

Nachdem sich der Senat der MPG davon überzeugt hatte, dass es nicht möglich sei, einen kongenialen Nachfolger für Weizsäcker zu finden, beschloss er im März 1980, dessen Arbeitsbereich aufzulösen und den von Jürgen Habermas geleiteten zweiten Bereich des Instituts in ein rein sozialwissenschaftliches Institut zu überführen. Selbst wenn letzteres zustande gekommen wäre – was aus hier nicht zu erörternden Gründen nicht gelang<sup>149</sup> –, wäre die auf einen Brückenschlag zwischen den „zwei Kulturen“ abzielende Agenda des ursprünglichen Instituts in jedem Fall verlassen worden. Das löste eine heftige Pressedebatte aus, in der Georg Picht den Beschluss ein „Alarmsignal“ nannte und auf dessen zentrale Implikation hinwies:

Hier wird das einzige Institut geschlossen, das den offiziellen Auftrag hatte, die Strukturprobleme der heutigen Welt in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Gewiss gibt es zahlreiche Forschungseinrichtungen, in denen isolierte Symptome der gegenwärtigen Weltkrise mit spezialwissenschaftlicher Akribie studiert werden. Aber die Realitäten bekommt man auf diesem Weg nicht zu Gesicht; sie resultieren aus den Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen, politischen Machtkämpfen, Rüstungsstrategien, Naturprozessen (Bevölkerungsexplosion, ökologischer Krise) und der Dynamik globaler Bewusstseinsveränderungen. Nach der Schließung des Starnberger Institutes wird es in Deutschland keine aus staatlichen Mitteln finanzierte Institution mehr geben, die das Krisensyndrom der wissenschaftlich-technischen Zivilisation untersucht.<sup>150</sup>

Auf diese Kritiken antwortete Präsident Lüst in einem Interview mit der ZEIT mit dem Hinweis auf die vergeblichen Bemühungen, einen geeigneten Weizsäcker-Nachfolger zu finden, und betonte, dass man in einer solchen Lage „auch bereit sein muß, Altes abzubrechen.“ Auf den Einwurf des Interviewers, dass die wissenschaftlichen Mitarbeiter eines Instituts bei der Neubestallung

<sup>148</sup>Lüst (2010, 25).

<sup>149</sup>Lüst (2010, 25–26); Leendertz (2010, 22–49).

<sup>150</sup>Picht (1980).

eines Direktors offenbar nicht das Recht der Mitbestimmung hätten, entgegnete er:

Ja, wir finden, daß weder der ausscheidende Direktor noch die Mitarbeiter eines Instituts, die zwar alle in dem Verfahren mit angehört wurden, dabei eine ausschlaggebende Rolle spielen dürfen.<sup>151</sup>

Utz-Peter Reich monierte für die Mitarbeiterkonferenz des Starnberger Instituts, dass weder durch Weizsäcker selbst noch von außerhalb einer seiner jüngeren Mitarbeiter als Nachfolger empfohlen worden sei, und artikulierte den Eindruck „nicht die Forschung wurde eingestellt, weil kein Nachfolger für von Weizsäcker zu finden war, sondern ein Nachfolger konnte nicht gefunden werden, da die Forschungen eingestellt werden sollten.“<sup>152</sup>

Dies wies Lüst zurück und bekräftigte seine bereits im Interview vom 9. Mai 1980 vertretene Position. Aus der Sicht der MPG war es legitim, nach von Weizsäckers Ausscheiden unter faktischer Berufung auf das Harnack-Prinzip das Institut zu schließen; der Gründer selbst nahm den Schließungsentscheid mit Bedauern, aber ohne Zorn zur Kenntnis:

Daß das Institut nicht fort dauern wird, ist entschieden, und obwohl ich es anders gewünscht hätte, habe ich keine innere Schwierigkeit, diese Entscheidung unter den gegebenen Umständen zu akzeptieren.<sup>153</sup>

Der Blick auf diese weit zurückliegende Debatte ist aufschlussreich, weniger wegen der darin verwendeten Argumente als vielmehr wegen einer offenkundigen Lücke in den Überlegungen. Nach ihren eigenen Regularien war die MPG ohne Weiteres berechtigt, das Institut zu schließen; selbst eine Suche im Ausland – die damals noch kaum üblich war, während die MPG heute mit großer Selbstverständlichkeit ihre Wissenschaftlichen Mitglieder global rekrutiert – hätte um 1980 schwerlich auf eine Persönlichkeit vom Kaliber von Weizsäckers geführt, die in der Lage und bereit gewesen wäre, das Institut ohne einen tiefgreifenden konzeptionellen Bruch weiterzuführen. Was aus der internen Perspektive der MPG verständlich war, konnte jedoch vom Standpunkt des Wissenschaftssystems der Bundesrepublik im Ganzen keineswegs als optimal gelten; der Alarmruf Pichts sprach dieses Gesamtinteresse aus, wie es sich in seiner Sicht darstellte, während für Lüst die Verteidigung der Qualitätsstandards der MPG an erster Stelle stand.

---

<sup>151</sup>Lüst (1980).

<sup>152</sup>Reich (1980).

<sup>153</sup>Weizsäcker (1982, 449–450).

### 3.13 Übergreifende Zusammenhänge

Karl Ulrich Mayer stellte 1989 auf einem Ringberg-Symposium der MPG die Frage: „Soll das Harnack-Prinzip durch zusätzliche institutionelle Prinzipien ergänzt werden?“<sup>154</sup> Diese Fragestellung lädt dazu ein, das Phänomen KWG/MPG in größeren Zusammenhängen zu betrachten. Mit einigen in diese Richtung weisenden Bemerkungen, die in einer früheren Arbeit näher ausgeführt worden sind,<sup>155</sup> soll der vorliegende Aufsatz ausklingen. Institutionen verfügen über ein breites Repertoire an Möglichkeiten, aus der Gesamtheit der ihnen zugehörigen Individuen bestimmte Persönlichkeiten temporär oder dauerhaft herauszuheben (Ämter, Funktionen, Rollen usw.). Dabei ist das Setzen solcher Distinktionen kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Realisierung der Ziele der jeweiligen Institutionen und kann nur von darüber verstanden und begründet werden. Auch wissenschaftliche Institutionen verfahren so (Wahl der Rektoren oder Präsidenten von Universitäten, Berufung von Lehrstuhlinhabern usw.). Die Eigenart der Wissenschaft, durch die sie sich von anderen Genres menschlicher Aktivität unterscheidet, tritt am deutlichsten in der Sphäre der Forschung in Erscheinung, so dass die in denjenigen institutionellen Zusammenhängen, in denen Forschung organisiert wird, verwendeten Verfahren der Heraushebung von Persönlichkeiten in höchstem Grade wissenschaftsspezifische Züge tragen sollten.

In diese Kategorie gehört das Prinzip persönlichkeitszentrierter Forschungsorganisation (P-Prinzip). Der Vorschlag, den Inhalt des Harnack-Prinzips mit diesem – zugegeben etwas umständlichen – Terminus zu dechiffrieren,<sup>156</sup> war von der Absicht geleitet, die verallgemeinerungsfähigen Züge des Prinzips von der Bindung an den historischen Harnack zu lösen. Zum Harnack-Prinzip im engeren und eigentlichen Sinn des Wortes wird das P-Prinzip durch eben diesen Bezug auf die Gründerpersönlichkeit der KWG und die mit dieser und dem frühen Dahlemer Wissenschaftsmilieu verknüpfte unikale Tradition. Ohne diesen Bezug hat die MPG selbstverständlich kein Monopol auf das P-Prinzip.

Weiter oben war erörtert worden, dass mit dem P-Prinzip mehr gemeint ist als das ubiquitäre Faktum der Wahrnehmung forschungsleitender Aufgaben durch hochqualifizierte Persönlichkeiten. Nach diesem Prinzip wird die Entscheidung, bestimmte Forschungsgebiete zu bearbeiten, von der Verfügbarkeit solcher Persönlichkeiten abhängig gemacht. Dieses Kriterium wiederum gründet sich darauf, dass die Forschungsideen, deren Träger solche Persönlichkeiten sind, den Rah-

<sup>154</sup>Mayer (1990, 13).

<sup>155</sup>Laitko (1996, 583–632).

<sup>156</sup>Der wesentliche, in der Vielfalt seiner Erscheinungsformen invariante Inhalt des Prinzips wurde damals in der Formulierung ausgedrückt, „daß einzelne Personen in einer Weise institutionell ausgezeichnet oder herausgehoben werden, die ihnen alle oder fast alle Variablen der betreffenden Einrichtung zu ihrer persönlichen Disposition stellt“ (Hervorhebung des Autors), Laitko (1996, 588).

men des akzeptierten und etablierten Wissens in einem Grade übersteigen, der es (noch) nicht erlaubt, diese Ideen hinreichend genau explizit und personenunabhängig zu formulieren. Sie existieren zu einem guten Teil zunächst als *tacit knowledge* der betreffenden Persönlichkeiten und der von ihnen aufgebauten Teams<sup>157</sup>; in diesem Stadium ist jede von außen erfolgende Evaluation überaus problematisch – aus dem schlichten Grund, weil eine Idee, die bei ihren Autoren noch im Werden und insofern nicht völlig geklärt ist, von äußeren Gutachtern erst recht nicht adäquat bewertet werden kann, mögen diese auf ihren Gebieten auch noch so kompetent sein. In der aktuellen Selbstdarstellung der MPG wird dazu auf die Intuition der Gelehrten verwiesen:

Einmal berufen, orientieren sich die Leiterinnen und Leiter einer Abteilung oder Max-Planck-Forschungsgruppe nicht an einem Curriculum, einem Forschungsprogramm der Organisation oder an Marktinteressen, sondern folgen ihrer Intuition, mit der sie als Forschende die Wissenschaft verändern und voranbringen können.<sup>158</sup>

Hier verbindet sich die Chance bedeutender Durchbrüche mit einem hohen Risiko – auch dem Risiko des vollkommenen Scheiterns –, und es bedeutet einen epochalen Schritt in der Bereitschaft einer Gesellschaft, Zukunftsvorsorge zu betreiben, wenn sie bereit ist, dieses Risiko durch die Finanzierung dafür geeigneter Institutionen zu übernehmen. Entsprechend sind die nach dem Harnack-Prinzip exponierten Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG von den mit ihren Forschungen verbundenen Risiken finanziell vollständig entlastet.

Das P-Prinzip ist ein Prinzip der über die Auszeichnung von Persönlichkeiten erfolgenden Generierung von Systemen wissenschaftlicher Tätigkeiten – ein Prinzip der Forschungsorganisation. Es beschreibt das wissenschaftliche Erkennen aus der Tätigkeits- und Akteursperspektive. Die von den solcherart herausgehobenen Persönlichkeiten vertretenen Forschungsprogramme wachsen aus der vorhergehenden Erkenntnisgeschichte und dem von dieser erzeugten Problemhorizont heraus und münden nach ihrer Verwirklichung in die nachfolgende ein; sie können so als Vermittlungen im überpersönlichen, Personen und Generationen transzendierenden Zusammenhang der Erkenntnisgeschichte aufgefasst werden. Wir haben es also mit zwei komplementären Perspektiven zu tun, von denen aus die Forschung in je unterschiedlicher Beleuchtung erscheint: der Akteursperspektive, in der der erkenntnisgeschichtliche Zusammenhang Voraussetzung, Ressource, Rand- oder Rahmenbedingung und Wirkungsraum ist; und dem erkenntnisgeschichtlichen Zusammenhang, aus dessen Sicht die Aktionen der Forscher Transformationen sind, die frühere Zustände des Wissenschaftssystems in von diesen

<sup>157</sup>Sanders (1988); Reber (1993); Wilson (2002); Dua (2004); Schanz (2006).

<sup>158</sup>[http://www.mpg.de/101251/MPG\\_Einfuehrung?clientIP=2007.124.488Seite=2](http://www.mpg.de/101251/MPG_Einfuehrung?clientIP=2007.124.488Seite=2).

unterschiedene spätere überführen.<sup>159</sup> Die Komplementarität dieser Perspektiven ist ein Indiz für die Annahme, dass für eine komplexe Organisation wie die MPG das P-Prinzip beziehungsweise das Harnack-Prinzip als dessen Konkretisierung allein nicht hinreichen dürfte, um ihr institutionelles Profil zu bestimmen. Allerdings wird niemand daran gehindert, über den Terminus „Harnack-Prinzip“ anders zu verfügen und unter diesem Schirm das ganze Ensemble der regulativen Ideale zu versammeln, an denen sich die MPG orientiert. Dazu tendiert beispielsweise die Darstellung auf der Website der Gesellschaft. Darin heißt es, das Harnack-Prinzip beziehe sich nicht allein auf die zentrale Stellung des herausragenden Forschers, „wie oft verkürzt formuliert wird. Es handelt sich vielmehr um einen Komplex von wissenschaftsorganisatorischen Leitvorstellungen, die neue wissenschaftliche Perspektiven auch in der Organisation von Forschung langfristig wirksam werden lassen.“<sup>160</sup> Mit einer solchen Erweiterung würde der Terminus aber seine differenzierende Bestimmtheit weitgehend einbüßen. Bei Jürgen Renn und Horst Kant ist demgegenüber das Harnack-Prinzip nur eines von drei grundlegenden Prinzipien, von denen sich die MPG in ihrer Forschungsstrategie leiten lässt – neben Subsidiarität und Interdisziplinarität.<sup>161</sup> Ähnlich nennt Henning vier Förderprinzipien, an denen sich die MPG als Forschungsträger orientiert; die Berufung von Spitzenwissenschaftlern nach dem Harnack-Prinzip ist eines davon.<sup>162</sup>

Die Bedeutung forschungspolitischer oder forschungsstrategischer Gesichtspunkte im institutionellen Design der MPG steigt seit den 1960er Jahren tendenziell immer weiter an.

Einen Höhepunkt bildete dabei der im Mai 1999 vorgelegte Bericht über die „Systemische Evaluation“ der DFG und der MPG, die von einer international besetzten Kommission vorgenommen worden war. Neben einer engeren Kooperation mit den Hochschulen wurde der MPG darin vor allem eine Weiterentwicklung ihrer Organisationsform empfohlen. So kam es in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts in den drei Sektionen zur Einrichtung von Perspektivenkommissionen, die die Konzepte der einzelnen Institute im Hinblick auf die Gesamtbelange der jeweiligen Sektion bewerteten, und für die sektionenübergreifende Gesamtstrategie der MPG wurde ein Perspektivenrat geschaffen, in dem alle gewählten Repräsentanten der Gesellschaft zusammenwirken. Das war Gruss zufolge „ein wichtiger Schritt, die perspektivische Planung der Max-Planck-Gesellschaft auf eine breite, und zwar Max Planck-weite Basis zu stellen – sozusagen den Max-Planck-Organismus zu stärken!“ Von außen werde noch oft übersehen, dass die

---

<sup>159</sup>Laitko (1996, 622f.).

<sup>160</sup>Butenandt (1972, 39).

<sup>161</sup>Renn und Kant (2007, 16).

<sup>162</sup>Henning (2012, 33f.).

MPG weit mehr sei als die Summe ihrer Institute; deshalb wurde der Begriff des Organismus ausdrücklich herangezogen, um die Gesellschaft als ein integriertes Ganzes zu kennzeichnen.<sup>163</sup>

Zugleich besteht die MPG weiterhin darauf, ein Gebiet (eine Forschungsrichtung) ausschließlich dann zu bearbeiten, wenn dafür eine Persönlichkeit von außerordentlichem wissenschaftlichen Rang (oder eine Mehrzahl von Persönlichkeiten dieses Kalibers) zur Verfügung steht. Damit ist eine ausgesprochene Asymmetrie in der Vertretung des disziplinären Musters der Wissenschaft in ihrem Rahmen nicht nur unvermeidlich, sondern sogar ausdrücklich gewollt. Renn und Kant bemerken, dass die Identifizierung und die Lösung der produktiven inneren Konflikte von Wissenssystemen oft eine andere Perspektive verlangen als jene, die zu ihrer Erzeugung geführt hatte; eine solche Perspektive entstehe „eher an der Peripherie als im Zentrum des Mainstreams.“<sup>164</sup> Man kann das auch so ausdrücken: Von allen in einem bestimmten historischen Zeitintervall möglichen Pfaden der Erkenntnisentwicklung verlaufen manche temporär durch das Terrain der MPG; ob gewisse von ihnen Kandidaten für einen möglichen Eintritt in diese institutionelle Domäne werden, hängt von ihrer Innovativität und Fundamentalität ab; ob sie tatsächlich eintreten, ist dann allein durch die Verfügbarkeit exzeptioneller Persönlichkeiten bedingt, also durch einen stark zufälligen Faktor. Wären lediglich normal befähigte Wissenschaftler mit solider Qualifikation erreichbar, so würde die MPG gemäß ihrem Credo darauf verzichten, den betreffenden Pfad auf ihr Terrain zu ziehen. Auf der anderen Seite aber ist die Disponibilität exzeptioneller Wissenschaftler nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass sich die MPG eines bestimmten Gebietes annimmt. Sie bewertet auch, ob und inwieweit dieses Gebiet für sie wichtig (MPG-würdig) ist; nichts anderes bedeutet die Betonung forschungsstrategischer Gesichtspunkte. Diese hängen ihrerseits nicht vom Vorhandensein von Persönlichkeiten ab, verkörpern also ein weiteres regulatives Prinzip, nach dem die MPG das Gewicht eines in Aussicht genommenen Feldes für ihre Forschungsagenda beurteilt. Man könnte es ad hoc Strategie-Prinzip (S-Prinzip) nennen. Berufungs- und Institutionalisierungsentscheidungen müssen im Idealfall beiden Prinzipien zugleich genügen. Zumindest theoretisch wäre nicht auszuschließen, dass für ein gewisses Gebiet zwar eine geniale Persönlichkeit bereitstände, die MPG es aber dennoch nicht institutionalisieren würde, weil sie es für zu peripher, zu exotisch oder zu spekulativ erachtet.

Damit ist es noch nicht genug. Ein Forschungsverband vom Charakter der MPG kann nur innerhalb eines übergreifenden Systems wissenschaftlicher Institutionen (einer „Wissenschaftslandschaft“) bestehen, das als ganzes in der Lage ist, ihre disziplinären Asymmetrien zu kompensieren. Renn und Kant be-

---

<sup>163</sup>Gruss (2009, 8).

<sup>164</sup>Renn und Kant (2007, 15).

schreiben die für Max-Planck-Institute typische Forschung als eine solche, „die in einem Spannungsverhältnis zur unbestreitbar notwendigen Fortschreibung des Mainstreams steht.“<sup>165</sup> Eine wohlproportionierte Wissenschaftslandschaft muss sicherstellen, dass sie auch den Mainstream fortschreibt, in ihr also das disziplinäre Muster der Gesamtwissenschaft in hinreichender Vollständigkeit vertreten ist, forschend bearbeitet und durch geeignete Studiengänge und Laufbahnen laufend personell reproduziert wird. Diese Einordnung in ein größeres Institutionengefüge haben KWG und MPG mit der in mannigfachen Variationen vorgetragenen Bekundung bekräftigt, ihre Agenda sei gegenüber jener der Universitäten und Hochschulen subsidiär. Darin verbirgt sich jedoch ein unausgelotetes Problem. Der Primat des Hochschulwesens in der Bestimmung der Institutionalstruktur des Wissenschaftssystems insgesamt ist ein historisches Faktum, doch es ist nicht entschieden, ob er auch notwendig ist und in Zukunft weiter bestehen wird.<sup>166</sup> Die Beschaffenheit des Hochschulwesens ist – so umfangreich und unverzichtbar die in seinem Rahmen betriebene Forschung auch immer sein mag – primär von den Erfordernissen der Lehre als einer dem Transfer des Wissens in der Folge der Generationen dienenden Tätigkeitsform abhängig. Was aber ist nun das ganzheitsstiftende, zentrierende Moment der Wissenschaft – die Distribution und Reproduktion des Wissens oder nicht möglicherweise dessen Produktion?

Unabhängig von dieser Überlegung ist jedenfalls unbestreitbar, dass die unterschiedlichen Typen wissenschaftlicher Institutionen ihre jeweilige Eigenart in ihrem Verhältnis zueinander bestimmen. Indem auch die MPG dies tut, definiert sie zugleich den Geltungsbereich des Harnack-Prinzips als ihres forschungsorganisatorischen Regulativs. Damit verwendet sie de facto ein weiteres Prinzip, das dem Harnack-Prinzip den Raum zuweist, in dem das letztere legitim und effektiv angewandt werden kann. Es mag – wiederum ad hoc – hier Ganzheits-Prinzip (G-Prinzip) genannt werden, weil es den Platz der MPG innerhalb des wissenschaftlichen Institutionengefüges als eines übergeordneten Ganzen ausdrückt. Ohne Weiteres sind Fälle vorstellbar, in denen die nach dem P-Prinzip und dem S-Prinzip erforderlichen Voraussetzungen, ein bestimmtes Forschungsfeld in der MPG einzurichten, vollständig gegeben sind, aber dennoch darauf verzichtet werden muss, weil das betreffende Feld schon an einer Universität, einer Akademie oder einer anderen außeruniversitären Forschungsorganisation hinreichend vertreten ist. Insgesamt könnte man so die Institutionalidee der MPG als ein Kompositum von minimal drei Prinzipien – dem P-Prinzip (konkretisiert als Harnack-Prinzip), dem S-Prinzip und dem G-Prinzip – beschreiben, die voneinander hinreichend unabhängig sind, um zueinander komplementär, aber auch miteinander konkurrierend

---

<sup>165</sup>Renn und Kant (2007, 15).

<sup>166</sup>Laitko (1996, 627–629).

wirken zu können, und zwischen denen bei jeder Institutionalentscheidung ein Arrangement gefunden werden muss.

Von hier aus eröffnet sich ein weiterer Fragehorizont: Was ist an der bestehenden Aufgabenteilung zwischen den Typen wissenschaftlicher Institutionen und ihren regulativen Prinzipien historisch kontingent, was ist daran bloße Konvention und worin äußern sich möglicherweise tiefer liegende Notwendigkeiten? Gibt es einen rationalen Zugang so der Frage, wie das Ensemble der wissenschaftlichen Aktivitäten, deren eine Gesellschaft in einer bestimmten Phase ihrer Existenz bedarf, auf unterschiedliche Institutionentypen mit je eigenen regulativen Prinzipien verteilt werden soll? Hat dieses Problem eine und nur eine Lösung (die beste aller möglichen Wissenschaftswelten, in der wir gerade leben), oder gibt es womöglich mehrere, die für alternative Gestaltungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Institutionensysteme stehen?

Das alles kann noch prinzipieller formuliert werden. Die Einbettung der MPG als Institutionentyp in ein ganzes Ensemble solcher Typen, in dem sie sich von allen anderen unterscheidet und zugleich auf diese hingeeordnet bleibt, und damit das G-Prinzip ist eine der Erscheinungsformen, in denen die Gesellschaftlichkeit (Vergesellschaftung) der Wissenschaft zum Ausdruck kommt.<sup>167</sup> Eine zweite ist das widersprüchliche Verhältnis zwischen der institutionellen Heraushebung von Persönlichkeiten und dem in wissenschaftlichen Gemeinschaften geltenden Gleichheitsanspruch, und so ließen sich diverse Facetten des Wissenschaftsbetriebs nacheinander durchdeklinieren. Letztendlich geht es immer darum, dass ein Fragment vergesellschafteter Wissenschaft temporär in persönliche Verfügung gegeben wird. Dieses Fragment ist ebenso bedingt wie limitiert durch den überpersönlichen Zusammenhang des wissenschaftlichen Erkennens in Raum und Zeit. In dieser Spannung entfaltet das Harnack-Prinzip seine imponierende, aber auch fragile und daher immer wieder neu zu gewinnende Produktivität.

## Bibliographie

- Brocke, Bernhard vom (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich: Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 17–162.
- (1999). Verschenkte Optionen: Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900. In: *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*. Hrsg. von Jürgen Kocka, Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther. Berlin: De Gruyter, 119–147.

---

<sup>167</sup>Laitko (1996, 622).

- Brocke, Bernhard vom und Hubert Laitko, Hrsg. (1996). *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Bruch, Rüdiger vom (2000). Wissenschaft im Gehäuse: Vom Nutzen und Nachteil institutionengeschichtlicher Perspektiven. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 23(1):37–49.
- Burchardt, Lothar (1987). Adolf von Harnack. In: *Berlinische Lebensbilder: Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber*. Hrsg. von Wolfgang Treue und Karlfried Gründer. Berlin: Copress, 215–233.
- (1996). Prägen die Präsidenten die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft? Präsidiale Stile von Harnack bis Hahn. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 145–172.
- Butenandt, Adolf (1961). Über den Standort der Max-Planck-Gesellschaft im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland: Ansprache des Präsidenten bei der 12. Hauptversammlung der MPG am 8.6.1961 in Berlin. In: *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1911–1961: Beiträge und Dokumente*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 7–19.
- (1963). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Augsburg am 16. Mai 1963. In: *MPG-Jahrbuch 1963*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 18–30.
- (1964). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Hamburg am 11. Juni 1964. In: *MPG-Jahrbuch 1964*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 24–38.
- (1965). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Mannheim am 24. Juni 1965. In: *MPG-Jahrbuch 1965*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 21–34.
- (1968a). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Mainz am 13. Juni 1969. In: *MPG-Jahrbuch 1969*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 31–40.
- (1968b). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Mainz am 28. Juni 1968. In: *MPG-Jahrbuch 1968*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 27–38.
- (1970). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Saarbrücken am 12. Juni 1970. In: *MPG-Jahrbuch 1970*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 30–42.
- (1971). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Berlin am 25. Juni 1971. In: *MPG-Jahrbuch 1971*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 29–42.
- (1972). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Bremen am 23. Juni 1972. In: *MPG-Jahrbuch 1972*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 28–47.
- Cartellieri, Wolfgang (1963). *Die Großforschung und der Staat*. München: Gersbach & Sohn Verlag.
- Die Förderung der Wissenschaften (1928). In: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Sonderbeilage der Münchener Neuesten Nachrichten*, 119–147, 149–173.
- Dua, Mikael (2004). *Tacit Knowing: Michael Polanyi's Exposition of Scientific Knowledge*. München: Utz, Wiss.
- Frans Sanders, Andries (1988). *Michael Polanyi's Post Critical Epistemology, a Reconstruction of Some Aspects of „Tacit Knowing“*. Amsterdam: Editions Rodopi.
- Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. im Jahre 1953/54 (1954). In: *Jahrbuch 1954 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.* Hrsg. von Generalverwaltung der MPG. Göttingen: Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., 5–14.
- Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. im Jahre 1965/66 (1966). In: *Jahrbuch 1954 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Jahrbuch 1954 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. Jahrbuch 1966 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.* Hrsg. von Generalverwaltung der MPG, Präsidialbüro München. Göttingen: Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., 7–22.

- Gerwin, Robert (1996). Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung: Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 211–224.
- Gläser, Jochen (2006). *Wissenschaftliche Produktionsgemeinschaften: Die soziale Ordnung der Forschung*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Glum, Friedrich (1930). Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: Ihre Forschungsaufgaben, ihre Institute und ihre Organisation. In: *Forschungsinstitute: Ihre Geschichte, Organisation und Ziele*. Hrsg. von Ludolph Brauer, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Adolf Meyer. Hamburg: Topos Ruggell, 359–373.
- Goldsmith, Maurice und Alan Mackay (1964). *The Science of Science: Science in the Technological Age*. London.
- Grau, Conrad (1996). Genie und Kärner: zu den geistesgeschichtlichen Wurzeln des Harnack-Prinzips in der Berliner Akademietradition. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 138–144.
- Gruss, Peter (2009). *Rede des Präsidenten der MPG vor dem Wissenschaftlichen Rat am 18.2.2009 in Berlin*. URL: [www.mpg.de/praesident\\_reden?seite=2](http://www.mpg.de/praesident_reden?seite=2).
- Hachtmann, Rüdiger (2007). *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- Haevecker, Herbert (1951). 40 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: *MPG-Jahrbuch 1951*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 44–45.
- Harnack, Adolf (1900). Bericht über die Abfassung der „Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“. *Sitzungsberichte der Kgl. Preuss. Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Phil.-hist. Kl.* 1:90–99.
- (1905). Vom Großbetrieb der Wissenschaft. *Preußische Jahrbücher* 119:193–201.
- Harwood, Jonathan (1996). Eine vergleichende Analyse zweier genetischer Forschungsinstitute: die Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und für Züchtungsforschung. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 331–348.
- Helmholtz, Hermann von (1971). Erinnerungen. In: *Philosophische Vorträge und Aufsätze*. Hrsg. von Herbert Hörz und Siegfried Wollgast. Berlin: Akademie Verlag, 3–19.
- Henning, Eckart (1996). Das Harnack-Haus in Berlin-Dahlem: „Institut für ausländische Gäste“, Clubhaus und Vortragszentrum der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. *Max-Planck-Gesellschaft: Berichte und Mitteilungen* 2(96).
- (2012). Die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. *Acta Historica Leopoldina* 59:29–48.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi (2011). *Chronik der Kaiser-Wilhelm-, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: 1911–2011; Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hohlfeld, Rainer, Jürgen Kocka und Peter Th. Walther (1999). Vorgeschichte, Struktur, wissenschaftliche und politische Bedeutung der Berliner Akademie im Kaiserreich. In: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*. Hrsg. von Jürgen Kocka, Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther. Berlin: De Gruyter, 401–463.
- Humboldt, Wilhelm vom (1990). Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. In: *Gelegentliche Gedanken über Universitäten von J. J. Engel, J. B. Erhard, F. A. Wolf, J. G. Fichte, F. D. E. Schleiermacher, K. F. Savigny, W. v. Humboldt, G. F. W. Hegel*. Hrsg. von Ernst Müller. Leipzig, 273–283.

- Johnson, Jeffrey A. (2012). Die Gründung und Entwicklung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie 1905–1930. In: *100 Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Institut für Chemie (Otto-Hahn-Institut): Facetten seiner Geschichte. Im Auftrag des Direktoriums des MPI für Chemie*. Hrsg. von Horst Kant und Carsten Reinhardt. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft, 21–52.
- Kant, Horst (2011). Integration und Segregation: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg zwischen interdisziplinärem Verbund und Ensemble disziplinärer Institute. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 175–197.
- Kewenig, Wilhelm A. (1988). Konzeption einer neuen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: *Akademie der Wissenschaften zu Berlin: Jahrbuch 1987*. Berlin, New York: De Gruyter, 185–192.
- Laitko, Hubert (1996). Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideal und Wirklichkeit. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 583–632.
- (1999). Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen: Ihr Verhältnis zum „Kartell“ der deutschsprachigen Akademien und zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich*. Hrsg. von Jürgen Kocka, Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther. Berlin: De Gruyter, 119–147.
- (2011). Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 199–237.
- Leendertz, Ariane (2010). *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lüst, Reimar (1972). Ansprache in der Festversammlung der MPG in Bremen am 23. Juni 1972. In: *MPG-Jahrbuch 1972*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 48–56.
- (1973). Ansprache in der Festversammlung der MPG in München am 29. Juni 1973. In: *MPG-Jahrbuch 1973*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 7–19.
- (1980). Auf die Qualität kommt es an: Warum das Starnberger Institut nicht weitergeführt wird – Ein Gespräch mit Reimar Lüst. Interviewer: Haug v. Kuenheim. *Die Zeit* 20(9. Mai).
- (2010). Die Gründung eines Max-Planck-Instituts: Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen: Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften. In: *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung*. Hrsg. von Jens Beckert und Wolfgang Streeck. MPIfG Working Paper 10/1, 19–28.
- Markl, Hubert (1997). Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft: Innovation und Evaluation: Ansprache bei der Festversammlung der MPG am 4. Juni 1997 in Bremen. In: *MPG-Jahrbuch 1997*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 13–36.
- (1998). Forschung an den Grenzen des Wissens: Ansprache bei der Festversammlung der MPG am 26. Juni 1998 in Weimar. In: *MPG-Jahrbuch 1998*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 11–31.
- Mayer, Karl U. (1990). Vorwort: Ziele und Programm des Symposiums. In: *Generationsdynamik und Innovation in der Grundlagenforschung: Symposium der MPG Schloß Ringberg/Tegernsee, Juni 1989*. Hrsg. von Peter H. Hofschneider und Karl U. Mayer. 3. MPG Berichte und Mitteilungen, 13.
- Notzmeier, Christian (2004). *Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890–1930: Eine biographische Skizze zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik*. Tübingen: Mohr Siebeck Verlag.

- Nowak, Kurt und Otto G. Oexle, Hrsg. (2001). *Adolf von Harnack: Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Nowak, Kurt, Otto G. Oexle, Trutz Rendtorff und Kurt-Victor Selge, Hrsg. (2003). *Adolf von Harnack: Christentum, Wissenschaft und Gesellschaft*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Picht, Georg (1980). Nachdenken nicht gefragt: Ein einzigartiges Forschungsinstitut wird mit dem Leiter pensioniert. *Die Zeit* 11.
- Projektgruppe Wissenschaftswissenschaft (Helmut Baitsch, Theodor M. Fliedner, Joachim B. Kreuzkamp, Ina S. Spiegel-Rösing): *Memorandum zur Förderung der Wissenschaftsforschung in der Bundesrepublik Deutschland* (1973). Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Rebenich, Stefan (1997). *Theodor Mommsen und Adolf Harnack: Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Abschnitt III: Die Kirchenväterkommission*. Berlin, New York: De Gruyter.
- Reber, Arthur S. (1993). *Implicit Learning and Tacit Knowledge: An Essay on the Cognitive Unconscious*. Oxford: Oxford University Press.
- Reich, Utz-Peter (1980). Leserbrief. *Die Zeit* 24(6. Juni).
- Renn, Jürgen, Guiseppa Castagnetti und Simone Rieger (1999). *Adolf von Harnack und Max Planck*. Berlin: MPI für Wissenschaftsgeschichte Berlin. Preprint 113.
- Renn, Jürgen und Horst Kant (2007). Erfolge abseits des Mainstreams. *Max Planck Forschung* 3: 15–18.
- Schanz, Günther (2006). *Implizites Wissen*. München: R. Hampp.
- Spiegel-Rösing, Ina und Derek J. de Solla Price, Hrsg. (1977). *Science, Technology, and Society: A Cross-Disciplinary Perspective*. London, Beverly Hills: Sage Publications.
- Staab, Heinz A. (1987). Forschung braucht ein Klima der Anerkennung und des Vertrauens: Ansprache bei der Festversammlung der MPG am 12. Juni 1987 in Hamburg. In: *MPG-Jahrbuch 1987*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 15–26.
- (1990). Ansprache des scheidenden Präsidenten Professor Dr. Dr. Heinz A. Staab: „Die Max-Planck-Gesellschaft in einem sich ändernden politischen Umfeld: Rückblick auf die Jahre 1984 bis 1990,“ gehalten auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 22. Juni 1990 in Lübeck. In: *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1990*. Max-Planck-Gesellschaft, 15–27.
- Stekeler-Weithofer, Pirmin (2008). Ist die Idee der (deutschen) Universität am Ende? *Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften* 1:53–64.
- Sucker, Ulrich (2002). *Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie: Seine Gründungsgeschichte, seine problemgeschichtlichen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen (1911–1916)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Trischler, Helmuth (2004). Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik: Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. Hrsg. von Thomas Schlemmer und Horst Woller. Bd. 3. Bayern im Bund. München: Oldenbourg Akademieverlag, 117–194.
- Vierhaus, Rudolf (1996). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: De Gruyter, 129–138.
- (2003). *Vergangenheit als Geschichte: Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Vierhaus, Rudolf und Bernhard vom Brocke, Hrsg. (1990). *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: DVA.
- Vogt, Annette (2007). *Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Vogt, Annette (2013). Anneliese Maier und die Bibliotheca Hertziana. In: *100 Jahre Bibliotheca Hertziana: Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte: Die Geschichte des Instituts 1913–2013*. Hrsg. von Sybille Ebert-Schifferer und Marieke von Bernstorff. München: Hirmer Verlag, 116–121.
- Weingart, Peter (2010). Wahlverwandtschaften. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin N.S.* 18(3):393–399.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1982). Erforschung der Lebensbedingungen [Juni 1979]. In: *Der bedrohte Friede: Politische Aufsätze 1945–1981*. Hrsg. von Carl Friedrich von Weizsäcker. München, Wien: Carl Hanser, 449–485.
- Werner, Petra, Hrsg. (1991). *Ein Genie irrt seltener... Heinrich Otto Warburg: Ein Lebensbild in Dokumenten*. Berlin: Akademie Verlag.
- Wilson, Timothy D. (2002). *Strangers to Ourselves: Discovering the Adaptive Unconscious*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Witt, Peter Christian (1990). Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/1919 bis 1934/35. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 579–656.

## Kapitel 4

# Wissenschaftsförderung im Deutschen Kaiserreich: Die Gründung und Finanzierung der Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft im Kontext neuerer Forschungen über das Stiften und Spenden

*Thomas Adam*

### 4.1 Private vs. staatliche Forschungsförderung

Die politischen und gesellschaftlichen Debatten um die private Finanzierung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen in Deutschland waren in den letzten drei Jahrzehnten vor allem durch das Fehlen einer historischen Perspektive sowie einer stark verzerrten Wahrnehmung der viel gepriesenen, aber oftmals wenig verstandenen amerikanischen Bildungs- und Forschungslandschaft gekennzeichnet. Die fehlgeschlagene Einführung von Studiengebühren lässt dies deutlich werden.<sup>1</sup> Unter Verweis auf das amerikanische Vorbild eingeführt, stieß diese Form der Mitfinanzierung einer Universitätsausbildung sehr schnell auf öffentlichen Protest. Studiengebühren, so der generelle Tenor, würden zu einer Ausgrenzung von sozial benachteiligten Studenten führen und damit die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben. Dieser durchaus berechtigten Kritik wussten deutsche Politiker nichts entgegenzusetzen, weil sie sich weder der langen Geschichte von Studiengebühren an deutschen Universitäten bewusst waren, noch erkannt hatten, dass auch in den USA Studiengebühren nur einen Aspekt der Studienfinanzierung darstellen. Stipendien sowie staatlich garantierte und subventionierte Studienkredite gehören ebenso dazu.<sup>2</sup> Eine historische Betrachtung der Studienfinanzierung in den USA lässt einen klaren Zusammenhang zwischen Einführung und Steigerung von Studiengebühren und der Einführung und dem Ansteigen von Stipendien erkennen. Staatliche Universitäten, die bis in die 1960er Jahre ihren Studenten ein kostenfreies Studium anboten, verfügten über nur wenige Stipendienstiftungen. Private Universitäten hingegen, die ihren Studenten wachsende Studiengebühren abverlangten, waren auf staatliche und private Stipendienprogramme angewie-

---

<sup>1</sup>Becker (2012); Richter und Wigger (2010).

<sup>2</sup>(*Private Scholarship Count: Access to Higher Education and the Critical Role of the Private Sector* 2005).

sen, ohne die sich Studenten keine Hochschulausbildung hätten leisten können. Wenn deutsche Bildungspolitiker und Bildungsforscher also etwas von den USA lernen sollten, dann doch vor allem, dass Studiengebühren nur dann Akzeptanz finden, wenn sie durch finanzielle Unterstützungen in Form von Stipendien und kostengünstigen Studienkrediten ausgeglichen werden.<sup>3</sup>

Auch wenn es um die Finanzierung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen geht, scheinen wenig fundierte stereotype Annahmen über Wissenschaft und Forschung in den USA immer noch die deutsche Wahrnehmung der amerikanischen Forschungslandschaft zu dominieren. Allzu oft werden zum Beispiel aktuelle Perzeptionen in die Geschichte projiziert. Helga Nowotny spricht etwa von der „Anhäufung enormer Vermögenswerte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts [...], die nicht zuletzt auch in der Gründung einer großen Anzahl von Privatuniversitäten zum Ausdruck kam.“<sup>4</sup> Es war jedoch weniger die Anhäufung von Privatvermögen die zur Gründung von Universitäten führte, und auch private Hochschulen waren keineswegs immer reich. Die Gründung von privaten, religiös gebundenen Hochschulen war vielmehr das Resultat eines Rechtsstreits, der weitreichende Folgen für die Ausbildung eines von staatlicher Beeinflussung freien Stiftungs- und Spendenwesens sowie für die Konfessionalisierung der amerikanischen Hochschulbildung im 19. Jahrhundert besaß. Infolge einer Entscheidung des Bundesgerichts in Washington D.C. im Fall des Dartmouth Colleges aus dem Jahr 1816 entstand in der Tat eine Vielzahl durch spezifische Religionsgemeinschaften gebundene und finanzierte Hochschulen und Universitäten.<sup>5</sup> Diese waren jedoch nur mit unzureichenden privaten Finanzmitteln ausgestattet und wurden zu einem bedeutenden Teil durch staatliche Zuschüsse finanziert. Erst in der Zeit von 1890 bis 1930 kam es, wie Bruce Kimball und Benjamin A. Johnson unlängst nachgewiesen haben, zu einer Formierung von durch Universitäten verwalteten und rasch anwachsenden Stiftungskapitalien.<sup>6</sup>

Weder in den USA noch in Deutschland entwickelte sich eine klar und eindeutig getrennte Finanzierung von privaten und staatlichen Bildungseinrichtungen, wie am Beispiel der privaten Cornell Universität und der staatlichen Universität zu Leipzig kurz verdeutlicht werden soll. Die im Jahre 1865 mit einer Stiftung von 500.000 US-Dollar durch Ezra Cornell (1807–1874) in Ithaca (New York) gegründete Cornell Universität kam auch in den Genuss föderaler Zuschüsse durch die Zuweisung von Landbesitz im Rahmen der *Morrill Land-Grant Acts* von 1862. Auf der Basis der *Morrill Land-Grant Acts* wurde den amerikanischen

---

<sup>3</sup>Dies sind die ersten bisher noch unveröffentlichten Ergebnisse meines Forschungsprojektes zur Finanzierung der *Undergraduate Education* an amerikanischen Hochschulen und Universitäten von 1800 bis 1945.

<sup>4</sup>Nowotny (2011, 27).

<sup>5</sup>Hammack (1998, 123–141); McGarvie (2003, 91–105); McCarthy (2003, 83–87).

<sup>6</sup>Kimball und Johnson (2012, 1–32).

Bundesstaaten von der Bundesregierung Landbesitz unter der Maßgabe übertragen, dass die Erträge aus dem Verkauf oder der Nutzung dieses Landes für den Aufbau und die laufenden Kosten von Hochschulen verwendet werden sollten. Darüber hinaus erhielt die Cornell Universität bundesstaatliche Förderung seitens des Staates New York durch die Gewährung von Zuschüssen als Ausgleich für die Finanzierung des staatlichen Stipendienprogrammes, das zunächst 500 und ab 1895 dann sogar 600 New Yorker Studenten – das entsprach in etwa einem Viertel der gesamten Studentenschaft – ein kostenfreies Studium an der Cornell Universität ermöglichte.<sup>7</sup> In Deutschland spielten private Stiftungen für Forschungs- und Lehreinrichtungen wie etwa im Fall der Leipziger Universität eine konstituierende und für das Funktionieren der staatlichen Bildungseinrichtungen unverzichtbare Rolle. Die staatlich finanzierte Leipziger Universität erfreute sich zahlreicher Stiftungen aus dem Leipziger Bürgertum wie etwa der Stiftung des Instituts zur Geschichte der Medizin oder die des Sächsischen Instituts für Kultur- und Universalgeschichte. Darüberhinaus verwaltete die Universität zahlreiche Stipendienstiftungen: im Jahr 1914 belief sich deren Zahl auf nahezu 140 mit einem Gesamtstiftungskapital von etwa 1,7 Millionen Mark.<sup>8</sup>

Doch nicht nur die Hochschulen in beiden Ländern waren auf staatliche und private Zuschüsse angewiesen, auch Forschungseinrichtungen und Forschungsgesellschaften verließen sich auf diese Form der Mischfinanzierung. Während in den USA gegenwärtig die Rolle des Staats bei der Finanzierung von Bildung und Forschung vor dem Ersten Weltkrieg – vor allem durch konservative Kommentatoren – heruntergespielt wird, ist es in Deutschland die Rolle privater Geldgeber für Forschung und Bildung, die in Vergessenheit geraten ist oder aber als eine primitive Vorstufe der modernen staatlich-finanzierten Wissenschafts- und Bildungsförderung dargestellt wird. Doch bereits vor über zwanzig Jahren verwies Bernhard vom Brocke in seinem Aufsatz zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich auf fast 40 Förderorganisationen zu wissenschaftlichen Zwecken, die im Jahr 1914 über Stiftungsmittel von über 50 Millionen Mark verfügten.<sup>9</sup> Jüngere Publikationen wie etwa Julia Rischbieters Studie über Henriette Hertz<sup>10</sup> oder Hans-Harald Müllers und Mirko Nottscheids Studie über die Berliner Gesellschaft für deutsche Literatur<sup>11</sup> machen jedoch deutlich, dass die von vom Brocke vorgelegte Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und der Umfang der privaten Förderung der Wissenschaft im Kaiserreich noch einer systematischen historischen Aufarbeitung harret. Im Gegensatz zu den bisher vor-

<sup>7</sup>Siehe hierzu: Adam (2012b); Keener Archer (1934).

<sup>8</sup>Thom (1980, 525–545); Middell (2005, 335–409); Adam (2008, 33); Zwahr und Blecher (2010, 776–809).

<sup>9</sup>vom Brocke (1990, 109–114).

<sup>10</sup>Rischbieter (2004).

<sup>11</sup>Müller und Nottscheid (2011).

liegenden Arbeiten zur privaten Wissenschaftsförderung wäre es auch von Vorteil, wenn die künftige Erforschung der privaten Förderung von Bildung und Forschung im Kontext der Forschungen zum Stiftungswesen beziehungsweise dem Dritten Sektor und nicht länger in Isolation von diesem neuen interdisziplinären Forschungsfeld erfolgten. Nur so lassen sich vorschnelle Schlussfolgerungen über die Singularität bestimmter Stiftungsprojekte vermeiden und Zusammenhänge zwischen dem Engagement von Stiftern in sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldern herausstellen.



Abb. 4.1: Robert von Mendelsohn

## 4.2 Das KWG-Modell im internationalen Kontext

Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist im Vergleich zu anderen durch Stiftungsvermögen beziehungsweise privat finanzierten Forschungseinrichtungen erstaunlich gut erforscht worden. Die von Lothar Burchardt<sup>12</sup> und

---

<sup>12</sup>Burchardt (1975).

Günter Wendel<sup>13</sup> zeitgleich vorgelegten Studien aus dem Jahr 1975, der von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke<sup>14</sup> herausgegebene Jubiläumsband von 1990 sowie der von Helmut Maier<sup>15</sup> herausgegebene Band zur Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung während des Nationalsozialismus beleuchten ihre Entstehungsgeschichte, die Sozialstruktur der Stifter sowie die Forschungsleistungen der Gesellschaft.<sup>16</sup> Während diese Studien ein detailliertes Bild der Gründung und des wissenschaftlichen Wirkens der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bieten, geht es im Folgenden darum, ihre Geschichte als vor allem privat geförderte Einrichtung in die Geschichte des deutschen Stiftungswesens einzubetten. Dabei werden einige Kernaussagen der zitierten Autoren revidiert oder zumindest modifiziert.

In seiner Denkschrift von November 1909 entwickelte der Berliner Theologe Adolf von Harnack basierend auf früheren Plänen des Ministerialbeamten im preußischen Kultusministerium Hugo Krüss ein programmatisches Konzept für die Gründung einer der Grundlagenforschung gewidmeten Einrichtung, die sowohl durch private als auch durch staatliche Gelder finanziert werden sollte. In seinem Memorandum verwies Harnack auf verschiedene Forschungsinstitute in Schweden, England und den USA, die sowohl staatlich als auch privat finanziert wurden. Für Harnack hatte die Wissenschaftsförderung politische und nationale Bedeutung erlangt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten würde „heutzutage bei dem außerordentlich gesteigerten Nationalgefühl jedem wissenschaftlichen Forschungsergebnis ein nationaler Stempel aufgedrückt. [...] Deshalb hat die Führung auf dem Gebiete der Naturwissenschaften nicht mehr nur einen ideellen, sondern sie hat auch einen eminenten nationalen und politischen Wert.“<sup>17</sup> Harnack beschrieb vor allem die gewaltigen Aufwendungen zur Förderung der naturwissenschaftlichen Forschung in den USA und verwies deutlich auf das Zusammenwirken von Bundesregierung, Einzelstaaten und privater Geldgeber in diesem Bereich. Besonders hervor hob Harnack die Carnegie Institution of Washington und das *Rockefeller Institute for Medical Research* in New York.<sup>18</sup>

Carnegies und Rockefellers Stiftungen repräsentierten einen grundsätzlichen Mentalitätswandel in Bezug auf die Einstellung der amerikanischen Gesellschaft gegenüber Reichtum und dessen Einsatz zur Errichtung von großen Stiftungen, die sich außerhalb der Kontrolle des Staates befanden. Bis in die 1890er Jahre war die amerikanische Gesellschaft zutiefst stiftungsfeindlich eingestellt. Stiftungen und Spenden, die zu einem Großteil an von Religi-

---

<sup>13</sup>Wendel (1975).

<sup>14</sup>Vierhaus (1990).

<sup>15</sup>Maier (2007).

<sup>16</sup>vom Brocke und Laitko (1996).

<sup>17</sup>Harnack (2011, 10).

<sup>18</sup>Harnack (2011, 13, 16).

ongemeinschaften verwaltete Einrichtungen gingen, wurden als eine Gefahr für die säkulare amerikanische Gesellschaft angesehen. Sie könnten, so die Befürchtung der Zeitgenossen, die etablierten Kirchen mächtiger als den Staat machen, und sollten daher auf das absolut Notwendige beschränkt werden. Daher wurden Stiften und Spenden gesetzlich reglementiert und die Summen, die Privatpersonen per Testament an Stiftungen und wohltätige (oftmals von Religionsgemeinschaften kontrollierte) Organisationen hinterlassen konnten, per Gesetz stark beschränkt.<sup>19</sup>

Diese stiftungsfeindliche Einstellung bestimmte auch den letzten großen Rechtsstreit um ein Vermächtnis im Staat New York. Der New Yorker Millionär Samuel Jones Tilden (1814–1886) hatte seinen Nachfahren testamentarisch lediglich etwa 1,4 Millionen US-Dollar seines auf fünf bis sechs Millionen US-Dollar geschätzten Vermögens hinterlassen. Die verbleibenden rund vier Millionen US-Dollar bestimmte er zur Förderung von „wohltätigen, Bildungs- und wissenschaftlichen Zwecken“, überließ die Auswahl der spezifischen Verwendungszwecke allerdings eigens dazu bestimmten Nachlassverwaltern. Seine Nachkommen klagten gegen dieses Testament und gewannen vor dem Bundesgericht in Washington mit der Begründung, dass die Zweckbestimmung der Stiftung zu allgemein gehalten und damit die Verfügung vom Testator auf die Nachlassverwalter übergegangen sei. Dennoch eröffnete das Gericht mit diesem Urteil den Spielraum für das Stiften gewaltiger Millionensummen an säkulare und religiöse Einrichtungen, vorausgesetzt die Stiftungszwecke waren eindeutig in den Verfügungen festlegt.<sup>20</sup>

Damit war der Weg frei für die Gründung der millionenschweren Stiftungen von John D. Rockefeller (1839–1937) und Andrew Carnegie (1835–1919), dessen berühmte Publikation *The Gospel of Wealth* in diesem Kontext einer bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts stiftungsfeindlichen amerikanischen Gesellschaft betrachtet werden sollte.<sup>21</sup> Im Jahr 1902 begründete Carnegie mit einem Stiftungskapital von anfänglich 10 Millionen US-Dollar (dies entsprach damals umgerechnet etwas mehr als 40 Millionen Mark) sein *Carnegie Institute of Washington*, das sich der Grundlagenforschung in verschiedenen Bereichen von Biologie über Geschichte bis hin zu Volkswirtschaft widmete. In den Aufsichtsrat dieser privaten Forschungseinrichtung berief Carnegie sowohl den Präsidenten der USA als auch den Präsidenten des Senats und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses – wohl um die politische Akzeptanz für stifterische Initiative herzustellen und nicht den Eindruck zu erwecken, dass hier eine vom Staat unkontrollierbare Sphäre wissenschaftlicher Forschung entstünde. Das *Carnegie Institute of Wa-*

<sup>19</sup>Siehe dazu: Ludlow Fowler (1922, 88–94); Laws (1855, 328–333); Zollmann (1924, 341–360).

<sup>20</sup>Flick (1963, 508–519); Lydenberg (1923, 129–150).

<sup>21</sup>Dobkin Hall (2006, 32–65; 2009, 69–99).

*shington* sollte nach dem Willen seines Gründers im Wesentlichen zwei Aufgaben erfüllen: Erstens sollte es Forschungsarbeit an amerikanischen Universitäten durch die Vergabe von Forschungsgeldern zuerst an individuelle Forscher später an Forschergruppen fördern und zweitens eigene Forschungsinstitute unterhalten. Die Nachrichten von der Gründung der Carnegie Institution alarmierten und inspirierten Forscher und Bildungspolitiker gleichermaßen in Deutschland, die im Einklang mit dem nationalistischen Klima ihrer Zeit, Bildung und Forschung eng mit nationalem Prestige verbanden.<sup>22</sup>

Das Deutsche Kaiserreich besaß gegenüber den USA allerdings einen gewaltigen Vorteil. Stiften und Spenden hatten in Deutschland eine jahrhundertelange Tradition und im Deutschland des 19. Jahrhunderts herrschte weder ein stiftungsfeindliches Klima noch machten die deutschen Einzelstaaten den Versuch, stifterische Aktivitäten einzudämmen. Daraus erklärt sich das gewaltige Anwachsen des Stiftungssektors in den einzelnen deutschen Bundesstaaten. Die im Stiftungssektor des Königreiches Bayern akkumulierten Kapitalien wurden nach Erhebungen des statistischen Landesamtes 1901 auf etwa 550 Millionen Mark geschätzt.<sup>23</sup> Damit verfügten allein die bayrischen Stiftungen über mehr Anlagekapital als die deutsche Rentenversicherung im selben Jahr an Rücklagen gebildet hatte (etwa 370 Millionen Mark).<sup>24</sup> Es fehlte Deutschland also weder an stiftungswilligen Bürgern noch an den notwendigen Stiftungskapitalien. Dank des industriellen Aufschwungs zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Deutschland ein reiches Land mit etwa 16.000 Millionären geworden.<sup>25</sup> Insofern war der Anspruch, dass zunächst sechs Millionen Mark Stiftungskapital eingeworben werden müssten, bevor die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet werden könnte, durchaus realistisch.<sup>26</sup> Stattdessen bestand hierbei die Herausforderung darin, die potentiell verfügbaren Kapitalien auf dieses neue und vor allem national konzipierte Projekt zu lenken.

Die Förderung von Bildung und Wissenschaft war neben Kultur, Kunst und Sozialem eines der drei Kernfelder stifterischer Betätigung in den deutschen Staaten. Gymnasien, Hochschulen und Universitäten zählten gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu den Begünstigten stifterischer Aktivitäten und akkumulierten Stiftungskapitalien in Millionenhöhe. Von den etwa 600 Gymnasien Preußens ver-

<sup>22</sup>Zunz (2012, 23–26); vom Brocke (1996, 126–130).

<sup>23</sup>*Die öffentlichen Stiftungen im Königreiche Bayern nach dem Stande am Schlusse der Jahre 1900 und 1901* (1904, 477). Zum Umfang des Stiftungssektors in Deutschland siehe Adam und Lingelbach (2013).

<sup>24</sup>*Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1902, 197.

<sup>25</sup>Die Angaben für Deutschland wurden errechnet auf Grundlage der Jahrbücher des Vermögens und Einkommens der Millionäre in den deutschen Ländern und Stadtstaaten die von Rudolf Martin verfasst wurden.

<sup>26</sup>Burchardt (1975, 36).

fügte mehr als die Hälfte (350) über umfangreiche Stiftungen, deren Stiftungskapital sich im Jahr 1901 auf eine Gesamtsumme von mehr als 19 Millionen Mark belief. Die wohl reichste der preußischen Bildungseinrichtungen war das im Jahr 1574 gegründete Berlinische Gymnasium zum Grauen Kloster, das im Jahr 1902 ein Stiftungskapital von mehr als einer Million Mark verwaltete.<sup>27</sup> Und die Stipendienstiftungen der Berliner Universität beliefen sich 1914 auf über drei Millionen Mark.<sup>28</sup> Insofern erschien das Projekt einer durch Stiftungen und Spenden finanzierten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als keine große Herausforderung – selbst wenn dafür sechs Millionen Mark nötig waren.

Beim Stiften handelte es sich jedoch immer um einen Akt von Bürgern, die sich um die Finanzierung von Einrichtungen in ihrer unmittelbaren Umgebung und Kommune kümmerten. Die Bürger einer Stadt wie Berlin oder Leipzig stifteten für ihre Schulen, ihre Universität, ihre Museen oder ihre Krankenhäuser und sozialen Wohnungsunternehmen in ihrer Stadt. Nur in Ausnahmefällen kam es dazu, dass sich Stifter finanziell für die Einrichtungen einer Stadt oder Gemeinde verpflichtet fühlten, in der sie nicht (mehr) wohnten oder zu der sie keinen direkten geographischen oder biographischen Bezug hatten. Es kam vor, dass Stifter wie zum Beispiel der in London lebende deutschstämmige Chemiker und Industrielle Ludwig Mond (1839–1909) am Ende ihres Lebens Stiftungen für die Einrichtungen oder die Städte errichteten, die eine bedeutende Rolle in ihrem Leben gespielt hatten. Der 1839 in Kassel geborene Mond hatte 1856/57 an der Universität Heidelberg bei Robert Bunsen (1811–1899) studiert und unter anderem seiner Alma Mater eine Million Mark für chemische und physikalische Forschung gestiftet.<sup>29</sup>

### 4.3 Das Modell der KWG im nationalen Kontext

Das Projekt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die als ein überregionales und sogar nationales Stiftungsprojekt angedacht war, stand im deutlichen Gegensatz zu der traditionell einheimisch orientierten Stiftungsstradition in den deutschen Staaten. Auch wäre es falsch, vor 1914 von einem deutschen Stiftungswesen zu sprechen. Unterschiedliche Rechtstraditionen und Stiftungspraktiken hatten zur Ausprägung von einzelstaatlichen Stiftungskulturen – in Form einer bayerischen oder einer sächsischen Stiftungskultur – geführt. Nationale Projekte und Kampagnen wie etwa der Aufruf zur Errichtung von Stipendienstiftungen an der Universität Straßburg fanden nur wenig Resonanz im lokal verankerten Bürgertum der

---

<sup>27</sup> Adam (2012a, 451–468).

<sup>28</sup> Adam (2008, 33).

<sup>29</sup> Zu Ludwig Mond's Leben siehe die beiden Darstellungen: Goodman (1982); Cohen (1956).

deutschen Großstädte und erwiesen sich daher oftmals als Fehlschlag.<sup>30</sup> Insofern gab es zwar in Bezug auf die generelle Verfügbarkeit von Stiftungskapital durchaus günstige Ausgangsbedingungen, doch hinsichtlich der Praxis des Stiftens und Verortung der Stifter weniger förderliche Rahmenbedingungen.

Wenngleich einzelne Stifter wie der Privatbankier Leopold Koppel, der die notwendigen Finanzmittel in Höhe von etwa einer Million Mark zur Gründung eines Instituts für physikalische Chemie zusagte, eine bedeutende Rolle bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft spielten,<sup>31</sup> handelte es sich im Gegensatz zu Rockefellers und Carnegies Einrichtungen von Anfang an um ein kollektives Stiftungsprojekt, das sich nicht auf einen einzelnen Stifter verlassen konnte, sondern von einer Gruppe von Stiftern gemeinschaftlich getragen wurde. Beim Ausmachen potentieller Stifter spielte der preußische Staat von Anfang an eine außerordentlich wichtige Rolle als Vermittler, Koordinator und Werber, die sich aus der kollektiven Natur des Unternehmens, und mehr noch, aus dem Anspruch eines nationalen Prestigeprojektes herleitete. Die Organisatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft favorisierten von Anfang an die weit verbreitete kollektive Form des Stiftens, die in Form eines Vereins mit Aufnahmebeiträgen, Mitgliedsbeiträgen und zusätzlichen Spenden und Stiftungen der Vereinsmitglieder im Laufe ihrer Mitgliedschaft in die Tat umgesetzt werden sollte.<sup>32</sup> Damit stellten die Organisatoren die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in die wohl etablierte Tradition der Verbindung von Stiften und Verein, die – nicht nur – in Preußen bereits auf eine lange Geschichte zurückblicken konnte. Aus einer Zusammenstellung der im Jahr 1865 in Preußen tätigen Stiftungen und wohltätigen Vereine geht hervor, dass den fast 3.000 Stiftungen mit einem Gesamtstiftungskapital von fast 100 Millionen Mark etwa 1.300 Vereine mit einem Gesamtkapital von fast 33 Millionen Mark gegenüberstanden.<sup>33</sup> Vereine dominierten also rund ein Viertel des Stiftungssektors in Preußen. Der Wissenschaftsorganisator Friedrich Schmidt-Ott, ein Mitarbeiter von Friedrich Althoff im preußischen Kultusministerium, entwickelte eine Finanzierungsstruktur der zufolge der Aufnahmebeitrag 20.000 Mark und der jährliche Mitgliedsbeitrag 1.500 Mark (später auf 1.000 Mark abgesenkt) betragen sollte. Beide konnten jedoch durch eine einmalige Zahlung von 40.000 Mark aufgehoben werden. In Relation zu Beitragszahlungen und Spendenbereitschaft war ursprünglich geplant, die Mitgliedschaft in drei Klassen zu untergliedern: erstens Senatoren, zweitens Stifter und drittens Mitglieder. Letztlich wurden jedoch nur zwei Mitgliederklassen etabliert: die der Senatoren

---

<sup>30</sup> Adam (2008, 172–174).

<sup>31</sup> Fuchs und Hoffmann (2004, 107–109); Burchardt (1975, 45, 98–100).

<sup>32</sup> Satzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, in: Wendel (1975, 24–31).

<sup>33</sup> Diese Zahlenangaben beruhen auf einer statistischen Auswertung des Buches Karl Friedrich Rauer (1866). Vgl. dazu auch Adam und Lingelbach (2013).

und die der Mitglieder. Senatoren sollten einen speziell kreierten Senatorentar und ein Mitgliedsabzeichen erhalten. Mitglieder die mehr als 100.000 Mark spendeten erhielten gar ein persönliches Dankschreiben des Kaisers.<sup>34</sup>

Damit folgte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einem Stiftungsmodell, das sich vor allem im Bereich der Finanzierung bürgerlicher Museen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts fest etabliert hatte. Mit Ausnahme etwa des Städel'schen Kunstinstitutes in Frankfurt am Main und des Wallraf-Richartz-Museums in Köln verdankten bürgerliche Museen wie die Kunstmuseen in Leipzig, Hamburg und Bremen ihre Existenz den Aktivitäten von Museumsvereinen, die die Finanzierung von Sammlungen und Museumsgebäuden durch Mitgliedsbeiträge sowie mittels Schenkungen und Spenden ihrer Mitglieder über eine Kombination der Form des eingetragenen Vereins und der Aktiengesellschaft finanzierten. Diese bürgerlichen Museen entstanden in Auseinandersetzung mit dem etablierten feudalen Monopol an der Museumsgründung und Museumsfinanzierung, die ihren Ausdruck etwa in den königlichen Museen Berlins, Dresdens und Münchens fanden.<sup>35</sup> Einer der ersten bürgerlichen Museumsvereine, der zum Vorbild für ähnliche Gründungen von Fördervereinen und Museen vor allem in den USA und Kanada wurde, war der im Jahre 1837 in Leipzig gegründete Kunstverein.<sup>36</sup> Typisch für solche Vereine war die Zielsetzung des Museumbaus und der Finanzierung durch finanzkräftige Bürger, die im Gegenzug Anerkennung für ihre Aktivitäten als Stifter erwarteten. Diese Vereine boten Bürgern hierarchische Mitgliederstrukturen, die sich in verschiedenen Mitgliederklassen mit abgestuften Mitgliedsbeiträgen manifestierten, sowie entsprechenden Gegenleistungen in Form von Titeln und öffentlicher Anerkennung durch die namentliche Identifizierung der Beiträge von Stiftern in den Museumssammlungen (wie beispielsweise die Benennung von Museumsflügeln nach Stiftern, die Anbringung von Dankestafeln im Eingangsbereich der Museen, Verweise auf die Stifter eines Ausstellungsstückes durch erklärende Schilder) oder in den veröffentlichten Jahresberichten der Museumsvereine.<sup>37</sup> Dieses Modell des kollektiven Stiftens war in deutschen bürgerlichen Museen entwickelt und in amerikanischen Museen vervollkommen worden, bevor es gegen Ende des 19. Jahrhunderts vom Museumsreformer Woldemar von Seidlitz (1850–1922) als finanzielle Grundlage des modernen Museums empfohlen wurde.<sup>38</sup> Im interkulturellen Transfer dieses Stiftungsmodelles

---

<sup>34</sup>Satzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften; Burchardt (1975, 48f., 64f.).

<sup>35</sup>Adam (2014).

<sup>36</sup>Zur Geschichte des Leipziger Kunstvereins siehe Müller (1995); Menninger (1998, 76–105); Hommel (2000, 118–167).

<sup>37</sup>Zur Diskussion um Gabe und Gegengabe siehe: Biggeleben (2006, 218–221).

<sup>38</sup>Für die Entwicklung und den interkulturellen Transfer des Museumvereinsmodells siehe: Adam (2009a, 15–31).

veränderte sich die Funktionszuschreibung dieser Vereine jedoch grundsätzlich. Während die bürgerlichen Museumsvereine in den deutschen Städten als eine Form der Emanzipation von feudaler Vorherrschaft im kulturellen Bereich mit minimalen hierarchischen Mitgliederstrukturen – der Leipziger Kunstverein etwa verfügte lediglich über zwei Mitgliederklassen, die sich nur unwesentlich in Bezug auf die Höhe des Mitgliedsbeitrags sowie der damit verbundenen Privilegien unterschieden – entstanden waren, sahen amerikanische Stifter, denen es nicht um die Emanzipation von feudaler Vorherrschaft, sondern um die Etablierung von sozialen Klassenunterschieden in der amerikanischen Gesellschaft ging, in den Museumsvereinen ein Mittel, um soziale Hierarchien öffentlichkeitswirksam zu inszenieren. Aus dem Bedürfnis heraus, in einer zumindest ihrem Selbstverständnis nach „klassenlosen“ Gesellschaft soziale Disktinktionen herzustellen, bestanden Stifter in New York auf die Etablierung von mindestens drei klar voneinander getrennten Mitgliederklassen, die sich durch abgestufte Mitgliedsbeiträge sowie unterschiedliche Privilegien und Titel auszeichneten. So besaß der Museumsverein des New Yorker *Metropolitan Museum of Art* drei Klassen von Mitgliedern: Erstens, *Patron of the Museum* für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 1.000 US-Dollar, zweitens *Fellow in Perpetuity* für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 500 US-Dollar und drittens *Fellow for Life* für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 200 US-Dollar. Es war diese stark hierarchisierte Form des Museumsvereins, die am Ende des 19. Jahrhunderts unter deutschen Museumsdirektoren und Museumsreformern zum Modell erhoben wurde und nicht nur in Berlin Nachahmer fand. Hier öffnete sich nun allerdings auch das Kaiser-Friedrich-Museum (heute: Bode-Museum) für bürgerliche Stifter, die sich in dem 1897 gegründeten Kaiser-Friedrich-Museums-Verein zusammenfanden. Auch wenn sich der Mitgliedsbeitrag auf stattliche 500 Goldmark belief, waren es doch weniger diese Beiträge als vielmehr die wertvollen Schenkungen seiner Mitglieder, wie im Fall von James Simon, dem das Museum seine Renaissance-Sammlung verdankt, die den Erfolg dieses Museumsprojekts garantierten.<sup>39</sup>

Die starke Hierarchisierung von Fördervereinen und die Konzentrierung auf Millionäre als potentielle Vereinsmitglieder war, wie ein Blick auf die bereits existierenden Fördervereine zu kulturellen und wissenschaftlichen Zwecke sowie in die Vorschläge der in die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft involvierten Personen zeigt, keineswegs ohne Alternative. Museumsvereine wie der Leipziger Kunstverein hatten oftmals Hunderte von Mitgliedern, die relativ geringe Mitgliedsbeiträge zahlten, sich aber darüber hinaus verpflichteten, dem Museum weitere Schenkungen zukommen zu lassen.<sup>40</sup> Bereits im März 1910 hatte Walter Rathenau (1867–1922) die Errichtung eines Fördervereins, der als Königlich-

<sup>39</sup>Matthes (2000, 135–185); Frey (1999, 102–124).

<sup>40</sup>Müller (1995, 46, 111–115).

Preußische Gesellschaft firmieren sollte, auf einer breiten Mitgliederbasis vorgeschlagen. Die Einbeziehung auch weniger vermögender Personen sollte durch einen niedrigen Mitgliedsbeitrag von 50 bis 100 Mark ermöglicht werden. Ein derartig organisierter Förderverein hätte das Projekt auf eine wesentlich breitere soziale Basis gestellt und damit auch zu einer tieferen Integration der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in die Bürgergesellschaft geführt. Unter den Organisatoren fand Rathenaus Vorschlag jedoch keine Mehrheit. Damit war das Projekt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von Anfang an als ein exklusiver Millionärsklub angelegt.<sup>41</sup>



Abb. 4.2: Karikatur der Satirezeitschrift „Simplicissimus“ aus dem Jahre 1912 zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: „Die drei Könige aus dem Morgenland bringen ihre Weihnachtsgeschenke.“

<sup>41</sup> vom Brocke (1990, 142).

Die Modifikationen des deutschen Museumvereinsmodells in den USA beschränkten sich nicht nur auf die Hierarchisierung der Mitgliederstruktur von Fördervereinen. New Yorker Stifter hatten erfolgreich auf eine staatlich-private Partnerschaft der Museumsförderung hingearbeitet, die sich in der Finanzierung der Konstruktion der Museumsgebäude für das Metropolitan Museum of Art und das American Museum of Natural History niederschlugen. Eine derartige staatlich-private Kooperation fand sich auch in dem ersten Entwurf Harnacks für die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Auch wenn sich Harnack letztlich nicht mit seiner ursprünglichen Forderung nach einer paritätischen Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch den Staat und Stifter gegen das preußische Finanzministerium, das unabsehbare Unterhaltungskosten auf den preußischen Staat zukommen sah, durchsetzen konnte, versicherte Wilhelm II. in seiner Festrede zum Berliner Universitätsjubiläum, dass der preußische Staat zur Finanzierung der neuen Forschungsinstitute Finanzmittel beisteuern werde.<sup>42</sup> Der preußische Staat stellte das Bauland für die Errichtung von Institutsgebäuden unentgeltlich zur Verfügung und übernahm auch die Besoldung der Institutsdirektoren. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft musste im Gegenzug die Baukosten für die Institutsgebäude aufbringen sowie den laufenden Institutsbetrieb aus eigenen Mitteln finanzieren.<sup>43</sup>

Auch wenn die Organisationsform der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft viele Ähnlichkeiten mit anderen Fördervereinen aufwies, so zeigte sich in der Rolle des preußischen Staats bei der Vereinsgründung und der Einwerbung der Stiftungen und Spenden eine signifikante Besonderheit. Fördervereine waren in der Regel das Resultat eigenständigen bürgerlichen Handelns ohne staatliche Beteiligung. Im Fall der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurden nun erstmals alle Verwaltungsorgane des preußischen Staates in den Dienst zur Gründung der Gesellschaft und die Anwerbung von Stiftern gestellt. Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister in ganz Preußen wurden von Regierungsseite dazu aufgefordert, mit kapitalkräftigen und stiftungswilligen Personen in ihrem Amtsbereich Gespräche zu führen und sie zu Stiftungen und Spenden zu animieren. Dabei ging die preußische Regierung systematisch vor. Zunächst wurden basierend auf den Steuerlisten regionale Verzeichnisse der reichsten Bürger in den einzelnen preußischen Provinzen und Regierungsbezirken zusammengestellt, vom damaligen Düsseldorfer Oberpräsidenten sarkastisch als die „Einkreisung des Edelwildes“ bezeichnet.<sup>44</sup> Daran schlossen sich persönliche Gespräche der höheren Regie-

---

<sup>42</sup>Burchardt (1975, 34–52).

<sup>43</sup>Burchardt (1975, 93).

<sup>44</sup>Burchardt (1975, 53f.).

rungsbeamten vor Ort mit potentiellen Stiftern an. Im Ergebnis gelang es über zehn Millionen Mark an Stiftungs- und Spendengeldern einzuwerben.<sup>45</sup>

Allerdings stellte sich rasch heraus, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kaum Stifter außerhalb Preußens anzog und damit kaum den Anspruch einer nationalen Fördergemeinschaft für die Wissenschaft in Anspruch nehmen konnte. Lothar Burchardt hat errechnet, dass lediglich vier Prozent der gesamten privaten Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus den nicht-preußischen Teilen Deutschlands kamen, wobei die Hamburger Stifter mit insgesamt 275.000 Mark an der Spitze der nicht-preußischen Geldgeber standen. Bayerische und sächsische Stifter gaben jeweils 90.000 Mark. Insgesamt war aber die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wohl eher eine inner-preußische als eine deutsche Angelegenheit.<sup>46</sup> Doch selbst innerhalb Preußens hielt sich die Begeisterung für dieses Stiftungsprojekt in Grenzen. Weit mehr als die Hälfte der Stifter kam aus Berlin (55) und der Rheinprovinz (43). Stifter aus diesen beiden Regionen brachten 68 Prozent der 11,2 Millionen Mark an Stiftungen und Spenden zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf. Das an Stiftern und Stiftungen reiche Schlesien, Westfalen und die Provinz Sachsen trugen nur geringe Finanzmittel zu diesem Projekt bei. Dabei war Schlesien nach Berlin und dem Rheinland die drittgrößte Provinz Preußens hinsichtlich der Zahl an Stiftungen und des in diesen akkumulierten Kapitals. Im Jahr 1865 befanden sich in Schlesien immerhin 17 Prozent aller preußischen Stiftungen und Fördervereine und 20 Prozent des preußischen Stiftungskapitals.<sup>47</sup> An der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beteiligten sich aber nur 15 Personen aus Schlesien mit lediglich 693.000 Mark.<sup>48</sup> Damit stellte Schlesien acht Prozent der Stifter und lediglich sechs Prozent der Stiftungssumme der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Demgegenüber ist die geringe Beteiligung von Stiftern aus den Provinzen Pommern (2), Ostpreußen (1), Westpreußen (1) und Posen (0) keine Überraschung. Diese Regionen verfügten von jeher über keine nennenswerten Stiftungen oder finanzkräftige Stifter. 1865 befanden sich gerade einmal 2,5 Prozent der preußischen Stiftungen und Fördervereine in Pommern. Die Vergleichszahlen für Westpreußen beliefen sich auf 2,7 Prozent und für Posen sogar nur auf 1,6 Prozent. Lediglich Ostpreußen wies mit 5,5 Prozent einen höheren Anteil auf.<sup>49</sup>

---

<sup>45</sup>vom Brocke (1990, 143).

<sup>46</sup>Burchardt (1975, 70–71).

<sup>47</sup>Diese Angaben beruhen auf der statistischen Auswertung des Buches Rauer, Preußisches Landbuch.

<sup>48</sup>Burchardt (1975, 72).

<sup>49</sup>Diese Angaben beruhen auf der statistischen Auswertung des Buches Rauer, Preußisches Landbuch.



Abb. 4.3: Senatssitzung der KWG am 11. Januar 1935: Franz von Mendelssohn mit Carl Duisberg, Georg Schreiber und Gustav Krupp (v. li. n. re.).

#### 4.4 Zum Profil der Stifter

Aus dieser regional ungleichen Verteilung lassen sich auch Rückschlüsse auf den sozialen und beruflichen Status der Stifter ziehen. Ostelbische Junker standen dem Projekt wohl desinteressiert bis ablehnend gegenüber. Burchardt kommt zu dem Schluss, dass sowohl „die altpreußischen Kernprovinzen“ als auch „die beiden gemeinhin als die Säulen des preußischen Staates geltenden Gruppen der Großgrundbesitzer und der Offiziere zur Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft praktisch nichts“ beigetragen haben.<sup>50</sup> Doch das Beispiel Schlesiens lässt auch deutlich werden, dass Industrielle, die eigentlich an Grundlagenforschung hätten interessiert sein sollen, nicht unbedingt bereit waren, für ein Projekt im 350 Kilometer entfernten Berlin Geld zu geben. Unter den Spendern und Stiftern befanden sich vor allem Bankiers und Industrielle, die an den Forschungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft interessiert waren und in der Lage waren „größere Kapitalien im Interesse der Wissenschaft aufzubringen.“<sup>51</sup> Während es den Organisatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft also nicht gelang, die altpreußischen Führungseliten für dieses Prestigeprojekt

<sup>50</sup>Burchardt (1975, 81).

<sup>51</sup>Burchardt (1975, 77).

zu gewinnen, waren sie bei der Anwerbung von Stiftern aus dem wirtschaftlich erfolgreichen Bürgertum in Berlin und im Rheinland, das bereits in den Genuss staatlicher Titel wie „Kommerzienrat“ oder gar dem hoffähigen „Geheimer Kommerzienrat“ gelangt war, durchaus erfolgreich. Die Mehrzahl der Stifter und Spender – 140 von 175 preußischen Förderern – waren Millionäre und eine überdurchschnittlich hohe Zahl der Stifter – 17 der 37 preußischen Bankiers unter den Förderern – waren Juden.<sup>52</sup>

Der Berliner Baumwollunternehmer James Simon war der erste Stifter, der am 26. Oktober 1910 einen Beitrag von 100.000 Mark auf das zwei Tage zuvor bei der Preußischen Seehandlung eröffnete Konto der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einzahlte. Für den darauffolgenden Tag sind die Einzahlungen über jeweils 150.000 Mark durch die Bankiers Robert und Franz von Mendelssohn sowie 300.000 Mark durch den Bankier Paul von Schwabach (1867–1938) nachgewiesen. Am 28. Oktober folgten die Einzahlungen in Höhe von 50.000 Mark durch den Bankier Ludwig Max Goldberger (1848–1913) und 30.000 Mark durch den Bankier Robert Warschauer (1816–1884). Julius Eduard Arnhold gab insgesamt 300.000 Mark für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.<sup>53</sup> Während Lothar Burchardt noch auf die integrativen Motive für das herausragende jüdische Engagement für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hinwies, kommen Michael Dormmann und Olaf Matthes zu ganz anderen Interpretationen. Burchardt hatte argumentiert, dass deutsche Juden über ihre Beteiligung an Projekten wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft darauf hofften, sich durch ihr „ostentatives Eintreten für mehr oder minder nationale Projekte gewissermaßen in die Gesellschaft einkaufen zu können.“<sup>54</sup> Für Dormmann geht diese Interpretation

an der Lebenswirklichkeit Arnholds allerdings vorbei und scheint auch für andere jüdische Stifter wenig plausibel. Arnhold war 61 Jahre alt, stand auf dem Höhepunkt seiner beruflichen Karriere und war in der Gesellschaft bestens integriert, als die *KWG* gegründet wurde. Eine weitere ‚Investition‘ in seinen guten Ruf hatte er ebenso wenig nötig wie etwa Franz von Mendelsohn, Paul von Schwabach oder James Simon [...] Der alte preußische Adel, der tiefsitzende antisemitische Vorbehalte pflegte, war durch Stiftungen dieser Geldmagnaten an eine ihnen gänzlich fernstehende Wissenschaftsorganisation ohnehin nicht zu beeindrucken.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup>Burchardt (1975, 75–81).

<sup>53</sup>Matthes (2000, 59, 288).

<sup>54</sup>Burchardt (1975, 79).

<sup>55</sup>Dormmann (2002, 196).

Dorrmann glaubt vielmehr, dass Arnhold wie viele andere Stifter, zum Gefangenen „seiner eigenen Großzügigkeit“ geworden war: „Wollte er nicht riskieren, die ‚Wohlbekanntheit‘ seines ‚opferbereiten Sinns‘ an höchster Stelle zu verlieren, konnte er sich einem offiziellen Spendenaufruf kaum mehr verweigern.“<sup>56</sup>

Matthes verweist in seiner Biographie über James Simon auch auf die Aussicht, dass jüdische Wissenschaftler an der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Gegensatz zur Berliner Universität Leitungspositionen übernehmen könnten, als einen motivierenden Faktor für die großzügigen Spenden der jüdischen Berliner. Jüdische Stifter wurden in dieser Hinsicht auch nicht enttäuscht. Mit Fritz Haber und Richard Willstätter gelang es eminenten Forschern jüdischer Herkunft beziehungsweise jüdischen Glaubens Positionen an den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu finden.<sup>57</sup>

Auch wenn es den Initiatoren um die Etablierung einer nationalen Forschungsgemeinschaft ging, die es dem Deutschen Kaiserreich ermöglichen sollte, mit den anderen Konkurrenten in der wissenschaftlichen Forschung in Washington, Oxford, und Paris Schritt zu halten, gelang es ihnen nicht, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als ein solches nationales Projekt an die potentiellen Stifter zu verkaufen. Stifter und Stiftungen waren zutiefst lokal verankert und überregionale Projekte hatten es daher von vornherein schwer. Die Entscheidung zugunsten einer elitären mehr oder weniger auf Millionäre begrenzten Fördergemeinschaft anstelle einer breitenwirksamen durch niedrigere Mitgliedsbeiträge finanzierten aber durch den nationalistischen Zeitgeist beförderten Vereinigung mag zu der geringen geographischen Streuung beigetragen haben. Die populäre, alle Gesellschaftsschichten und regionale Grenzen überschreitende Spendenaktion zugunsten der Weiterentwicklung von Zeppelin-Luftschiffen nach der Katastrophe von Echtingen im August 1908 zeigt, dass breit angelegte Spendensammlungen durchaus beträchtliche Summen – hier waren es immerhin sechs Millionen Mark – aufbringen konnten und gleichzeitig zur Popularisierung eines Projektes, das in diesem Fall zu einem wahrhaft nationalem Projekt wurde, beitragen konnten.<sup>58</sup>

Die der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zugewendeten Spenden und Schenkungen sowie die staatliche Unterstützung stellten die neue Einrichtung zunächst auf sichere finanzielle Füße. Die Mischung aus Eigenmitteln der Gesellschaft, aus den Zinserträgen der angelegten Stiftungskapitalien sowie der Aufnahme- und Mitgliedsbeiträge, staatlichen Zuschüssen des Staates Preußen und der Reichsregierung sowie private Stiftungen wie zum Beispiel die Koppel-Stiftung erwiesen sich als eine tragfähige Lösung für die Arbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

---

<sup>56</sup>Dorrmann (2002, 196).

<sup>57</sup>Matthes (2000, 59–61); vom Brocke (1990, 33).

<sup>58</sup>Dorrmann (2002, 185–187).

Den Vorschriften über die Anlage von Stiftungskapitalien folgend, legte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft das ihr anvertraute Stiftungskapital von mehr als neun Millionen Mark vor allem in mit 3,5 Prozent verzinsten preußischen Staatspapieren und später auch in mit vier Prozent verzinsten deutschen Staatspapieren an. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs wuchs dieses Stiftungskapital auf 12,6 Millionen Mark. Damit standen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mehr als 450.000 Mark jährlich an Zinsen zur Deckung der laufenden Kosten zur Verfügung. Dazu kamen weitere Aufnahmebeiträge und Zuwendungen durch Mitglieder in Höhe von knapp 1,8 Millionen Mark allein im Haushaltsjahr 1913/14 sowie Jahresbeiträge von knapp über 150.000 Mark.<sup>59</sup> Die Einnahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft überstiegen somit, wie dies Bernhard vom Brocke bereits errechnet hat, die laufenden Forschungsausgaben erheblich.<sup>60</sup> Im Rechnungsjahr 1913/14 standen Einnahmen in Höhe von 2,7 Millionen Mark Ausgaben in Höhe von lediglich 800.000 Mark gegenüber.<sup>61</sup>

#### 4.5 Der erster Weltkrieg und die Folgen

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs und der Entscheidung der deutschen Regierung, den Krieg vor allem durch die Aufnahme von Kriegsanleihen bei der deutschen Bevölkerung zu finanzieren, veränderte sich die finanzielle Situation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft rasch. Patriotismus und Kriegsbegeisterung sowie Druck der Landesregierungen überzeugten die Vorstände und Manager von Stiftungen und Fördervereinen in ganz Deutschland, ihre in staatlichen Wertpapieren angelegten Stiftungskapitalien für Kriegsanleihen einzusetzen.<sup>62</sup> Stiftungen in Preußen erwarben mehr als 280 Millionen Mark der fünften bis neunten Kriegsanleihe und trugen damit 0,5 Prozent der durch diese Kriegsanleihen aufgebrauchten 61 Milliarden Mark zur Finanzierung des Krieges bei.<sup>63</sup> Auch wenn der Gesamtbeitrag des Stiftungssektors bei der Anlage von Kapital in Kriegsanleihen recht gering erscheinen mag, waren es in Fällen wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die nach Berechnungen von Lothar Burchardt fast zehn Millionen Mark und damit fast die Hälfte ihres gesamten Stiftungskapitals, das sich im Rechnungsjahr 1918/19 auf knapp über 24 Millionen Mark belief,<sup>64</sup> in Kriegsanleihen inves-

<sup>59</sup>3.-5. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1916, 40, Archiv der MPG.

<sup>60</sup>vom Brocke (1990, 157).

<sup>61</sup>3.-5. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1916, 40, Archiv der MPG.

<sup>62</sup>Generell hierzu siehe: Adam (2008, 93–102; 2009b, 179–202).

<sup>63</sup>Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 84a, Nr. 50078, Bl. 28.

<sup>64</sup>Bericht über die 5. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 4, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 100/1.

tierte,<sup>65</sup> doch recht beachtliche Summen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft profitierte – wie auch die anderen Stiftungen – anfänglich von dem höheren Zinssatz der Krieganleihen, der mit fünf Prozent ein bis anderthalb Prozentpunkte über dem Zinssatz der herkömmlichen Staatspapiere lag.<sup>66</sup> Damit standen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zumindest während der Kriegsjahre wesentlich höhere Zinseinkünfte zur Begleichung der laufenden Unterhaltungskosten zur Verfügung.

Die Inflation der Nachkriegsjahre und vor allem die Entscheidung der Reichsregierung die Krieganleihen auf 2,5 Prozent der Schulden zu entwerten, führte zu einer massiven Abwertung des Stiftungskapitals der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Um wenigstens einen geringen Teil ihres Stiftungskapitals zu retten, hatte der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entgegen geltenden Rechts, das die Anlage von Stiftungskapitalien in Industrieaktien verbot, im Herbst 1922 den Wertpapierbestand (Staatspapiere und Krieganleihen) mit einem Nominalwert von 18 Millionen Mark und einem Kurswert von 64 Millionen Mark verkauft und den Erlös in Aktien angelegt.<sup>67</sup> Der Bericht über die 11. Hauptversammlung (1924) konstatierte dann mit Bezug auf die finanzielle Situation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft:

Durch den Verfall der deutschen Währung im vergangenen Jahre ist auch das Vermögen der Gesellschaft auf einen Bruchteil seines früheren Wertes zusammengeschmolzen. Nach der Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 beträgt das Gesamtvermögen rd. 400 000 Mk., worin Wertpapiere mit rd. 362 450 Mk. enthalten sind, gegenüber einem Vermögen von 10,5 Millionen im Geschäftsjahre 1914.<sup>68</sup>

Nach der Währungsstabilisierung entschied sich der Senat dazu, die erworbenen Aktien zu verkaufen und das Stiftungsvermögen wiederum in Staatspapieren anzulegen. Selbst nach der katastrophalen Erfahrung mit der Anlage von Stiftungskapitalien in Krieganleihen und der Entwertung dieser Anleihen durch die Regierung, die sich dadurch auf Kosten auch der Stiftungen entschuldete, herrschte in den 1920er Jahren immer noch die Illusion, dass Staatspapiere eine sicherere Anlage als Aktien wären. Zum 31. März 1926 belief sich der Wertpapierbestand

<sup>65</sup>Burchardt (1990, 176).

<sup>66</sup>Rienhardt (1919, 2).

<sup>67</sup>Bericht über die 11. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 4 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 106/1; Protokoll über die Sitzung des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am 4. Dezember 1922, in: Niederschriften von Sitzungen des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1920–1925, 3–4, MPG-Archiv 37. SP. 2–5.

<sup>68</sup>Bericht über die 11. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 4. Siehe auch: Biedermann (2006, 17f.).

der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf knapp über 600.000 Mark und das Gesamtvermögen auf etwa 1,3 Millionen Mark. Von einem Überschuss der Einnahmen konnte keine Rede mehr sein, denn die jährlichen Zinseinnahmen aus dem Stiftungskapital beliefen sich gerade einmal auf 53.000 Mark während die laufenden Ausgaben fast 1,6 Millionen Mark betrug.<sup>69</sup> Obwohl in den folgenden Jahren die Zinseinkünfte aus dem in Wertpapieren angelegten Stiftungskapital rasch anwuchsen und immerhin fast 250.000 Mark im Jahr 1929/30 erreichten, war dies bei weitem nicht ausreichend, um die laufenden Kosten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu bestreiten.<sup>70</sup> Auch die wachsenden Mitgliederzahlen – 1926 waren es 418 und 1930 waren es sogar 892 – konnten nur in geringem Umfang zur finanziellen Erholung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beitragen, da die Zahlung eines Aufnahmebeitrags, der sich auf immerhin 20.000 Mark belaufen hatte, abgeschafft worden war. Während sich damit die Gesellschaft weiteren Kreisen öffnete, entgingen ihr durch diese Satzungsänderung wichtige Finanzquellen. Die Mitgliedsbeiträge stagnierten und brachten der Gesellschaft gegen Ende der 1920er Jahre insgesamt etwa 50.000 Mark jährlich.<sup>71</sup> Auch das Profil der Mitgliedschaft veränderte sich entscheidend durch die Aufnahme einer größeren Zahl von korporativen Mitgliedern. Im Jahre 1930 waren 60 Mitglieder des Fördervereins Städte, 39 Provinzen, Kreise, und Landesversicherungsanstalten, 27 Interessenverbände einschließlich Gewerkschaften.<sup>72</sup> Staatliche und kommunale Zuschüsse wurden daher für die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer wichtiger. Die Subventionen der preußischen und der deutschen Regierung stiegen von etwa einer Million Mark im Jahr 1924/25 auf circa 4,4 Millionen Mark im Jahr 1929/30 an.<sup>73</sup>

Die Betrachtung der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kontext der neueren Forschungen zum Stiften und Spenden im Kaiserreich lässt diese weltbekannte Forschungsfördereinrichtung in einem neuen Licht erscheinen. Auch wenn sie als ein nationales Projekt angelegt war, fand sie doch nur geringe Unterstützung außerhalb Berlins und des Rheinlandes. Vor allem Bankiers und Industrielle waren die Hauptstützen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, während die traditionellen preußischen Eliten sich nicht an der Finanzierung dieser für sie irrelevanten Einrichtung beteiligten. Die Wahl des Modells Förderverein verband die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit der großen Zahl von Stiftungsein-

<sup>69</sup>Bericht über die 14. Hauptversammlung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 109/1.

<sup>70</sup>Einnahmen der KWG nach den 9.–28. Hauptversammlungsberichten, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 336/2.

<sup>71</sup>Ebd.

<sup>72</sup>Bergemann (1991, 181).

<sup>73</sup>Zusammenstellung der Zuschüsse von Reich und Preussen ab 1. Januar 1924, MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 336/3.

richtungen im Kultur- und Sozialbereich, die sich oftmals auf Hunderte oder gar Tausende von Mitgliedern stützten. Während solche Fördervereine ein Beispiel gelebter Bürgergesellschaft und bürgerlicher Mitbestimmung bei der Gestaltung der wilhelminischen Gesellschaft abgaben, beschränkten die Organisatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den potentiellen Mitgliederkreis mehr oder weniger auf Millionäre. Damit vergaben sie die Chance, die Gesellschaft durch die Einbeziehung einer größeren Zahl von Bürgern auf eine breitere Mitgliederbasis zu stellen und darüber auch breite gesellschaftliche Akzeptanz für die hier betriebene Grundlagenforschung zu erlangen. Dass trotz dieser Einschränkung binnen kürzester Zeit mehr als zehn Millionen Mark an Stiftungen und Spenden zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zusammenkamen, belegt die generelle Stiftungsbereitschaft der wohlhabenden Bürger ebenso wie den generellen Reichtum der deutschen Gesellschaft im frühen 20. Jahrhundert.

## Bibliographie

- Adam, Thomas (2008). *Stipendienstiftungen und der Zugang zu höherer Bildung in Deutschland von 1800 bis 1960*. Stuttgart: Steiner Franz Verlag.
- (2009a). *Buying Respectability: Philanthropy and Urban Society in Transnational Perspective, 1840s to 1930s*. Indianapolis: Indiana Univ. Press.
- (2009b). Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Stiftungen und „totem Kapital“. In: *Stiftungen seit 1800: Kontinuitäten und Diskontinuitäten*. Hrsg. von Thomas Adam, Manuel Frey und Rupert Graf Strachwitz. Stuttgart: Lucius & Lucius, 179–202.
- (2012a). Der unverzichtbare Beitrag von Stiftungen zur Finanzierung des höheren Schulwesens in Preußen im 19. Jahrhundert. *Paedagogica Historica* 48:451–468.
- (2012b). Studienförderung an deutschen und amerikanischen Universitäten von 1800 bis 1945. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 15, 149–172.
- (2014). Profit and Philanthropy: Stock Companies as Philanthropic Institution in Nineteenth-Century Germany. *Voluntas* 25:337–351. URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11266-012-9341-6?LI=true>.
- Adam, Thomas und Gabriele Lingelbach (2013). The Place of Foundations and Endowments in German History: A Historical-Statistical Approach. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*.
- Becker, Lisa (2012). Studiengebühren sind gerecht. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Bergemann, Claudia (1991). *Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Teil II: L-Z*. Berlin: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft.
- Biedermann, Wolfgang (2006). *Struktur der Finanzierung von Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (1924–1944)*. Berlin: GEWIF.
- Biggeleben, Christof (2006). *Das »Bollwerk des Bürgertums« Die Berliner Kaufmannschaft 1870–1920*. München: C.H. Beck.
- Brocke, Bernhard vom (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich: Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 17–162.
- Brocke, Bernhard vom und Hubert Laitko, Hrsg. (1996). *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Berlin, New York: De Gruyter.

- Burchardt, Lothar (1975). *Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland: Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Göttingen: KWG.
- (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Ersten Weltkrieg (1914–1918). In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. DVA, 163–196.
- Cohen, J.M. (1956). *The Life of Ludwig Mond*. London: Methuen.
- Die öffentlichen Stiftungen im Königreiche Bayern nach dem Stande am Schlusse der Jahre 1900 und 1901* (1904). *Zeitschrift des K. Bayer. Statistischen Bureaus*.
- Dobkin Hall, Peter (2006). A Historical Overview of Philanthropy, Voluntary Associations, and Non-profit Organizations in the United States, 1600–2000. In: *The Nonprofit Sector: A Research Handbook*. Hrsg. von Walter W. Powell und Richard Steinberg. 2nd. ed. New Haven, London: Yale University Press, 32–65.
- (2009). Philanthropie, Wohlfahrtsstaat und die Transformation der öffentlichen Institutionen in den USA, 1945–2000. In: *Stifter, Spender und Mäzene: USA und Deutschland im historischen Vergleich*. Hrsg. von Thomas Adam und Simone Lässig und Gabriel Lingelbach. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 69–99.
- Dorrmann, Michael (2002). *Eduard Arnhold (1849–1925): Eine biographische Studie zu Unternehmer- und Mäzenatentum im Deutschen Kaiserreich*. Berlin: Akademie Verlag.
- Flick, Alexander Clarence (1963). *Samuel Jones Tilden: A Study in Political Sagacity*. Port Washington, NY: Kennikat Press.
- Frey, Manuel (1999). *Macht und Moral des Schenkens: Staat und bürgerliche Mäzene vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Berlin: Bostelmann & Siebenhaar Verlag Edition Fannei & Walz.
- Fuchs, Eckhardt und Dieter Hoffmann (2004). Philanthropy and Science in Wilhelmine Germany. In: *Philanthropy, Patronage, and Civil Society: Experiences from Germany, Great Britain, and North America*. Hrsg. von Thomas Adam. Bloomington: Indiana University Press, 103–119.
- Goodman, Jean (1982). *The Mond Legacy: A Family Saga*. London: Littlehampton Book Services Ltd.
- Hammack, David C. (1998). *Making the Nonprofit Sector in the United States: A Reader*. Bloomington, Indianapolis: Indiana University Press.
- Harnack, Adolf (2011). Gedanken über die Notwendigkeit einer neuen Organisation zur Förderung der Wissenschaften in Deutschland. In: *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Berlin.
- Hommel, Karsten (2000). *Carl Lampe: Ein Leipziger Bildungsbürger; Unternehmer, Förderer von Kunst und Wissenschaft zwischen Romantik und Kaiserreich*. Beucha: Sax-Verlag.
- Keener Archer, John (1934). *A Study of State Cash Scholarship Holders at Cornell University 1913–1927*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Cornell Universität.
- Kimball, Bruce A. und Benjamin A. Johnson (2012). The Inception of the Meaning and Significance of Endowment in American Higher Education, 1890–1930. *Teachers College Record. Laws of the General Assembly of the State of Pennsylvania, passed at the Session of 1855, Harrisburg* (1855). General Books.
- Ludlow Fowler, Robert (1922). *Decedent Estate Law of the State of New York, Chapter Thirteen of the Consolidated Laws together with all Amendments*. New York: Baker, Voorhis & Co., 88–94.
- Lydenberg, Harry Miller (1923). *History of The New York Public Library*. New York: New York Public Library.
- Maier, Helmut (2007). *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein.

- Matthes, Olaf (2000). *James Simon: Mäzen im Wilhelminischen Zeitalter*. Berlin: Bostelmann & Siebenhaar Verlag Edition Fannei & Walz.
- McCarthy, Kathleen D. (2003). *American Creed: Philanthropy and the Rise of Civil Society 1700–1865*. Chicago, London 2003: University Of Chicago Press.
- McGarvie, Mark D. (2003). The Dartmouth College Case and the Legal Design of Civil Society. In: *Charity, Philanthropy, and Civility in American History*. Hrsg. von Lawrence J. Friedman und Mark D. McGarvie. Cambridge: Cambridge University Press, 91–105.
- Menninger, Margaret (1998). *Art and Civic Patronage in Leipzig, 1848–1914*. (unveröffentlichte Dissertation Harvard University 1998).
- Middell, Matthias (2005). *Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung: Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990 Band 1: Das Institut unter der Leitung Karl Lamprechts*. Berlin: Akademische Berlagsanstalt.
- Müller, Anett (1995). *Der Leipziger Kunstverein und das Museum der bildenden Künste: Materialien einer Geschichte (1836–1886/87)*. Leipzig: Nouvelle Alliance.
- Müller, Hans-Harald und Mirko Nottscheid (2011). *Wissenschaft ohne Universität, Forschung ohne Staat: Die Berliner Gesellschaft für deutsche Literatur (1888–1938)*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Nowotny, Helga (2011). Die Früchte der Neugier: Innovationskultur und Wissenschaftsförderung aus europäischer und amerikanischer Perspektive. In: *Stiften, Schenken, Prägen: Zivilgesellschaftliche Wissenschaftsförderung im Wandel*. Hrsg. von Jürgen Kocka und Günter Stock. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 21–29.
- Private Scholarship Count: Access to Higher Education and the Critical Role of the Private Sector* (2005). Techn. Ber. Institute for Higher Education Policy, Scholarship America und National Scholarship Providers Association.
- Rauer, Karl Friedrich (1866). *Preußisches Landbuch: Hand-Notizen über die im Lande bestehenden Wohlthätigkeits-Anstalten, milden und gemeinnützigen Stiftungen, Institute, Gesellschaften, Vereine etc.* Berlin: Wagner.
- Richter, Wolfram F. und Berthold U. Wigger (2010). Frankfurter Allgemeine Zeitung. *Warum Studiengebühren?*
- Rienhardt, Albert (1919). *Die Tübinger Studienstiftungen und ihre Verwaltungs- und Verleihungsvorschriften nebst Erläuterungen*. Tübingen.
- Rischbieter, Julia Laura (2004). *Henriette Hertz: Mäzenin und Gründerin der Bibliotheca Hertziana in Rom*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* (1902). Berlin: Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht.
- Thom, Achim (1980). 75 Jahre wissenschaftsgeschichtliche Forschung und Lehre am Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften in Leipzig. *Karl-Marx Universität Leipzig Wissenschaftliche Zeitschrift, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe* 29: 545.
- Vierhaus, Rudolf (1990). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 129–144.
- Wendel, Günter (1975). *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911–1914: Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft*. Berlin: Akademie Verlag.
- Zollmann, Carl (1924). *American Law of Charities*. Milwaukee.
- Zunz, Olivier (2012). *Philanthropy in America: A History*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Zwahr, Hartmut und Jens Blecher (2010). *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 2: Das neunzehnte Jahrhundert 1830/31–1909*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, 776–809.



## **Kapitel 5**

### **Auf dem Weg zum Dienstefinder: Zur kommerziellen Nutzung von Forschungsergebnissen aus Kaiser-Wilhelm-Instituten**

*Manfred Rasch*

#### **5.1 Vorbemerkung**

Das universitäre Entlohnungssystem hat im letzten Jahrzehnt eine Revolution erlebt: Der Wechsel von der C- zur W-Besoldung mit W 2-Professorengehältern auf Oberstudienrats-Niveau sowie auch die finanzielle Honorierung der Einwerbung so genannter Drittmittel durch Leistungszulagen auf das universitäre Grundgehalt, mit denen eine Verschiebung der Forschungsthemen nicht nur im Bereich der Geisteswissenschaften einhergeht. Eine Freiheit der Forschung hat es nur solange gegeben, wie der Staat fälschlicherweise als wertneutral betrachtet wurde. Erst die Aufarbeitung der Wissenschaftsgeschichte im Nationalsozialismus hat Bedenken an einer staatlichen Neutralität auch für andere Zeitspannen bei einem breiteren Publikum genährt.

Im Folgenden soll nicht den ökonomischen Interessen einzelner Forscher nachgegangen werden, etwa welche Verträge sie mit Industrieunternehmen schlossen, um zusätzliche Mittel für Assistenten, teure Apparaturen oder für die eigene Lebensführung zu erhalten, sondern am Beispiel von naturwissenschaftlichen Kaiser-Wilhelm-Instituten gefragt werden, welche Gebühren Forscher bis 1945 für die Nutzung der ihnen kostenlos zur Verfügung gestellten Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Erfolgsfall entrichten mussten. Wie war bei ihnen das Verständnis von Gemeinnützigkeit ausgeprägt? Hätten nicht Innovationen und Inventionen aus Kaiser-Wilhelm-Instituten per se gemeinfrei sein müssen? Bedurfte es tatsächlich ökonomischer Anreize, damit Forscher ihre eigentliche Arbeit machten bzw. machen, und wer war letztlich an der Patentierung von Forschungsergebnissen interessiert? Wie verlief dieser Aushandlungsprozess zwischen der Industrie als Institutsfinanzier, der Führung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den einzelnen Forschern bzw. Instituten? Wie wurden im Laufe der Jahrzehnte aus freien Forschern und Erfindern sogenannte Dienstefinder?

Die sich in der Wilhelminischen Epoche schon abzeichnende materialistische Entwicklung – nicht nur bei Forschern – spiegelt sich im heutigen Grundgesetz wieder. Es kennt nur den Paragraphen 14 Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Diesen Paragraphen kannte auch die Weimarer Verfassung,<sup>1</sup> sie regelte darüber hinaus in Paragraph 151 Abs. 1: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“ und bestimmte speziell für Beamte in Paragraph 130 Abs. 1: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“ Im heutigen Grundgesetz wird der Sinn des Handelns nicht mehr definiert, unser Tun nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet. Dennoch wurde diese Frage im Hinblick auf forschende Tätigkeiten immer mal wieder gestellt und im Laufe der Zeit anders beantwortet. Der Beitrag geht dieser Frage nach. Er gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst wird die Entwicklung im Deutschen Reich in den beiden Jahrzehnten vor der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betrachtet, dann die bei einigen industrienahen Kaiser-Wilhelm-Instituten in den Phasen vor dem Ersten Weltkrieg, zwischen den Kriegen und im Zweiten Weltkrieg dargestellt und abschließend Thesen als Fazit formulieren.

Bisher gibt es keine zusammenhängende Darstellung zu diesem wissenschaftsgeschichtlichen Thema, nur einzelne Aspekte wurden bisher am Rande betrachtet.<sup>2</sup>

An den von Lothar Burchardt 1990<sup>3</sup> als industrienahen Kaiser-Wilhelm-Institute bezeichneten Forschungseinrichtungen, das heißt jenen von der Industrie anfangs großzügig mitfinanzierten Instituten, wird der Prozess nachgezeichnet, der zur Klärung von Eigentumsrechten an Erfindungen angestellter Erfinder, übrigens zum Teil auf Staatsstellen, führte. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein privater eingetragener Verein war, der vor dem Ersten Weltkrieg seine laufenden Kosten vor allem aus Privat- und Industriespenden deckte, dessen Gründungsinitiative aber letztlich aus dem preußischen Kultusministerium kam, das die Direktorenstellen zum Teil auch etatisierte.

---

<sup>1</sup> § 153 Abs. 3: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste“.

<sup>2</sup> Das Problem der Forschungsfreiheit und der Verwertung von Forschungsergebnissen von Kaiser-Wilhelm-Instituten wurde zuerst von Wendel (1975, 156–158) für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie thematisiert, für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung siehe Rasch (1987); für die Frühphase der KWG vgl. Johnson (1990, 153–155) sowie Rasch (1989a, 13–43).

<sup>3</sup> Burchardt (1990). Im Gegensatz zu Burchardt halte ich auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie für industrienah.

## **5.2 Die rechtliche Situation staatlich angestellter Forscher vor der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hinsichtlich ihrer Erfindungen**

Hochschullehrer an Universitäten oder Hochschulen aller Bundesstaaten des Deutschen Reichs unterlagen hinsichtlich der Anmeldung und Vermarktung ihrer Erfindungen während der gesamten Zeitspanne keinen staatlichen Verpflichtungen; dieses Hochschullehrerprivileg wurde erst 2002 bei der Novellierung des bundesdeutschen Arbeitnehmererfindungsgesetzes gestrichen, seitdem sind auch Hochschullehrer Dienstfinder. Das bedeutet: Eine Dienstfindung kann vom Dienstherrn in Anspruch genommen, im eigenen Namen schutzrechtlich gesichert und auf Rechnung der Hochschule verwertet werden. Der Erfinder hat in solch einem Fall Anspruch auf Erfindervergütung in Höhe von 30 Prozent der Brutto-Verwertungseinnahmen. Zu den Dienstfindungen zählen bei Wissenschaftlern insbesondere auch Ergebnisse der Drittmittelforschung. Hochschullehrer in der Wilhelminischen Epoche mussten ihre Erfindungen nicht ihrem Dienstherrn anbieten, sie waren noch freie Erfinder. Es ist jedoch bekannt, dass einzelne Hochschullehrer auf privatrechtlicher Basis Verträge mit der Industrie über Forschungsgebiete und -themen schlossen, die anderes vorsahen. Dennoch war die rechtliche Situation von staatlich angestellten Forschern bei Gründung der ersten Kaiser-Wilhelm-Institute 1911 schon recht unterschiedlich. Nicht alle staatlich besoldeten Wissenschaftler können als freie Erfinder bezeichnet werden.

### **5.2.1 Die Ausnahme: Physikalisch-Technische Reichsanstalt**

Die 1888 erlassene Geschäftsordnung der ein Jahr zuvor gegründeten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) untersagte den Mitarbeitern, Mittel und Ausstattung der Reichsanstalt für den Erwerb von Patenten zu benutzen. Es war ihnen aber grundsätzlich gestattet, Patente anzumelden. 1907 schlug PTR-Präsident Emil Warburg (1846–1931) vor, den Beamten der Reichsanstalt die Patentnahme auf ihre Erfindungen gänzlich zu verbieten, um so ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu bewahren. Das zuständige Kuratorium verbot zunächst jedoch nur die Anmeldung von Patenten auf den Arbeitsgebieten der PTR. Nachdem jedoch ein Mitarbeiter 1914 eine grundlegende Erfindung an die Siemens & Halske AG verkauft hatte, wurde den Beamten der Reichsanstalt grundsätzlich untersagt, Patente anzumelden oder zu verkaufen.<sup>4</sup> Durch diese interne Regelung hatte die Allgemeinheit, also vor allem die interessierte Industrie, uneingeschränkten Zugang zu den Forschungsergebnissen der PTR, während

---

<sup>4</sup>Siehe Cahan (1992, 256f.).

der jeweilige Erfinder keinen ökonomischen Nutzen aus seiner Invention ziehen konnte.<sup>5</sup>

### 5.2.2 Die Ausnahme: Paul Ehrlichs Forschungsinstitut für Arzneimittel

Eine andere Regelung hatte das für Paul Ehrlichs chemotherapeutische Arbeiten errichtete Königliche Institut für experimentelle Therapie, das heutige Paul-Ehrlich-Institut. Es war 1896 in Berlin-Steglitz als Prüfungs- und Forschungsinstitut für Arzneiheilmittel gegründet und 1899 zusammen mit seinem Direktor nach Frankfurt am Main verlegt worden.<sup>6</sup> Für das königlich preußische Institut war es nicht erwünscht, Patente zu nehmen, wie es im ersten Frankfurter Tätigkeitsbericht 1900 heißt, da es „in allererster Linie dazu begründet [sei], dem Interesse der Allgemeinheit zu dienen und dafür Sorge zu tragen, dass der heilungsbedürftigen Menschheit nur gute und vollwerthige Heilsera zur Verfügung gestellt werden.“<sup>7</sup>

Die Farbwerke Hoechst AG vorm. Meister, Lucius & Brüning sowie Leopold Casella & Co. als Anwender der Ehrlich'schen Erfindungen als auch der Erfinder selbst wünschten jedoch einen Patentschutz, um sich Wettbewerbsvorteile zu sichern. Mit Zustimmung des äußerst mächtigen Ministerialdirektors im Kultusministerium, Friedrich Althoff, wurde ein Ausweg gefunden. Franziska Speyer hatte 1904 über die 1901 errichtete Georg und Franziska Speyer'sche Studienstiftung zu Frankfurt am Main zusätzlich eine Millionen Mark zur Errichtung des Georg Speyer-Hauses für pharmakologische Forschung, insbesondere für Tierversuche, gestiftet. Sie wollte mit Geldern ihres an Krebs verstorbenen Mannes, des Bankiers Georg Speyer (1835–1902), die chemotherapeutische Forschung – sozusagen – als weitere Abteilung des Ehrlich'schen Instituts fördern, sozusagen als weitere Abteilung des Ehrlich'schen Instituts. Das neue Forschungsinstitut wurde direkt neben dem Königlichen Institut errichtet, aber erst 1921 durch einen Zwischenbau mit diesem verbunden. Nach Rücksprache verständigten sich der Stiftungsvorstand Ludwig Darmstaedter (1846–1927), Schwager von Franziska Speyer (1844–1909), Privatgelehrter und ehemals erfolgreicher Chemieunternehmer, dessen Firma die Ehrlich'schen Patentanmeldungen mit betreute, und Fried-

<sup>5</sup>Zusätzliche Recherchen sollten hinterfragen, wie sich der geänderte Erfinderstatus auf die Generierung von Wissen in der PTR auswirkte. Lassen sich überhaupt signifikante Änderungen in den kurzen Zeitspannen 1887 – 1907 – 1914 feststellen?

<sup>6</sup>Neben der interessierten chemischen Industrie hatte sich Frankfurts Oberbürgermeister Franz Adickes (1846–1915) für den Umzug eingesetzt. Er wollte möglichst viele wissenschaftliche Institute in seiner Stadt versammeln als Grundstock zur Errichtung einer Universität, die wiederum das Renommee Frankfurts nicht nur als Wissenschaftsstandort mehren sollte.

<sup>7</sup>Bericht vom 11. Juni 1900 für Friedrich Schmidt-Ott, Kultusministerium, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA) Rep. 76 Vc Sekt., Tit. 11, Teil II, Bd. 1, S. 2–38. Für diesen Hinweis danke ich Herrn Dr. Gottfried Zirnstein, Leipzig.

rich Althoff darauf, dass das Georg Speyer-Haus Erfindungen des Ehrlich'schen Instituts anmeldete und der Industrie anbot. Nach den in der chemischen Industrie angeblich üblichen Lizenzsätzen für externe Erfindungen sollte das Institut 25 bis 30 Prozent vom Nettogewinn erhalten. Dieser Betrag sei hälftig zwischen Speyer-Haus und Erfindern zu teilen, wobei Ehrlich 60 Prozent und seine Miterfinder 40 Prozent erhalten sollten.<sup>8</sup>

1907 schlossen die Georg und Franziska Speyer'sche Studienstiftung sowie die Firmen Hoechst und Casella einen entsprechenden Exklusivvertrag über die „von Herrn Geheimrat Professor Dr. Paul Ehrlich und seinen Mitarbeitern gefundenen Präparate“, der sich an der oben skizzierten Gewinnverteilung 70:30 zwischen Industrie und Institut orientierte.<sup>9</sup>

Mit Hilfe des preußischen Kultusministeriums war nun eine Möglichkeit gefunden, die ökonomischen Interessen der der Allgemeinheit verpflichteten Forscher zu wahren, bestand doch die Gefahr, dass diese zum eigenen ökonomischen Vorteil zurück an eine Universität oder direkt in die Industrie wechselten. Beides wäre für das Renommee des staatlichen Serumforschungsinstituts negativ gewesen. Das preußische Kultusministerium umging das selbst aufgestellte Gebot eines Patentverzichts, hatten doch private Spender die Erweiterung des Instituts um eine vierte Abteilung, das Georg Speyer-Haus, ermöglicht. Institutserfindungen konnten nun wieder unter Patentschutz gestellt und der interessierten chemischen Industrie Lizenzen gewährt werden. Bei Exklusivlizenzen war für die Dauer der Patentlaufzeit die Konkurrenz ausgeschaltet und die Entwicklungskosten bis zur Marktreife konnten in den Verkaufspreis der Medikamente eingerechnet werden.<sup>10</sup>

Schon vor Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gab es also staatlich angestellte Forscher, die Dienstfinder waren bzw. denen sogar das Recht auf Patentanmeldung von Erfindungen gänzlich verwehrt war, weil sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen hatten, für das Gemeinwohl arbeiteten. Im Bedarfsfall, das heißt bei privater oder industrieller Mitfinanzierung von staatlichen Instituten, fand das preußische Kultusministerium jedoch Lösungen, die diese Geldgeber durch Lizenzen zufrieden stellten und auch den Ansprüchen der Erfinder genügten. Eine frühe Form der *public private partnership*,

---

<sup>8</sup>Unklar ist, wie es zu dieser pauschalen 40-Prozent-Regelung für Miterfinder kam. Sie berücksichtigte weder die Höhe der erfinderischen Leistung der jeweiligen Miterfinder noch deren Anzahl. War sie eventuell eine Art Common Sense?

<sup>9</sup>Präambel des Vertrages zwischen der Georg und Franziska Speyer'schen Studienstiftung sowie Hoechst und Casella vom 20. November 1917, in: GStA Rep. 76 Vc Sekt 1, Tit. 11, Teil 2, Nr. 26.

<sup>10</sup>Dass in der Industrie Forschungs- und Entwicklungskosten auch verdient werden müssen, und dass nicht jedes Forschungsprojekt zu einem marktfähigen Produkt führt, also seine Kosten nicht verdient, wird noch heute in der öffentlichen Diskussion über Arzneimittelpreise vergessen.

bedingt durch die nicht ausreichenden finanziellen Möglichkeiten des Staates auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiet.<sup>11</sup>

### 5.3 Erfinder-Regelungen bei industrienahen Kaiser-Wilhelm-Instituten

In den Vorverhandlungen und in Adolf Harnacks Denkschrift zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurden Fragen der Patentierung und Lizenzierung nicht thematisiert. Jedoch kritisierte Harnack in seiner Denkschrift von 1909 die Patentierung von Ergebnissen der organischen chemischen Industrieforschung: „denn die Fabriken behalten diese Resultate als Geheimnisse oder legen sie unter Patent. Daher ist nur selten eine Förderung der Wissenschaft von Seiten der mit noch so großen Mitteln arbeitenden Laboratorien der einzelnen Fabriken zu erwarten.“<sup>12</sup> Umso mehr erstaunt, dass sich Harnack nur zwei Jahre später – bei Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – nicht gegen die Patentierung von Forschungsergebnissen der zukünftigen Kaiser-Wilhelm-Institute wandte, obwohl er mit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt auf einen respektablen Präzedenzfall verweisen konnte. Deren Mitarbeitern war – wie oben erwähnt – die Patentnahme auf den eigentlichen Arbeitsgebieten des Instituts untersagt. Eine noch zu leistende systematische Durchsicht der Harnack’schen Korrespondenz mit Emil Fischer, einem Gedankengeber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, kann eventuell neue Einsichten zu diesem Sinneswandel des Theologen und Direktors der preußischen Staatsbibliothek gewähren.<sup>13</sup>

#### 5.3.1 Die frühen Institute

Das 1911 errichtete Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie ging auf eine nicht ganz uneigennützig Stiftung des Unternehmers Leopold Koppel zurück und war bis 1923 mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft organisatorisch nicht verbunden. Der auf Wunsch Koppels zum Direktor ernannte Physikochemiker Fritz Haber aus Karlsruhe, zusammen mit seinem Mitarbeiter Robert Le Rossignol (1884–1976) 1908 Entdecker der Ammoniak-Synthese, die wenige Jahre später als Haber-Bosch-Synthese industriell durchgeführt wurde, hatte „sich für sich und seine Erben bereit erklärt, als Äquivalent für aus dem Institut bezogene Hilfe vom Reinertrag solcher Erfindungen, die er während seiner Amtsführung als Leiter des Instituts mit dessen experimentellen Hilfsmitteln macht, ein Drittel an das Institut abzugeben, wenn nicht aus ethischen Gründen

<sup>11</sup> Pfetsch (1982, 70f., 119, 168f.); Rasch (1991, 110f.).

<sup>12</sup> Denkschrift, S. 82 f. Eine kritische Edition der Denkschrift zum 100-jährigen Bestehen der KWG/MPG wäre durchaus ein wissenschaftsgeschichtliches Muss gewesen.

<sup>13</sup> Vielleicht kommt aber auch August von Wassermann als Ideengeber infrage.

der Staat darauf Wert legt, die einzelne von ihm in dem Institut gemachte Erfindung freizugeben.“<sup>14</sup>

Ursprünglich wollte Haber in Anlehnung an die PTR-Regelung auf eine Patentierung seiner zukünftigen Forschungsergebnisse verzichten. Das Institutskuratorium ging auf diesen angebotenen Verzicht nicht ein, vielmehr war Haber weiterhin zu beratender und gutachterlicher Tätigkeit sowie zur Patentnahme berechtigt. Von Gewinnen aus Patenten sollte er – siehe oben – ein Drittel an das Institut als Nutzungsentgelt abführen. Dieser mit dem Kuratorium abgeschlossene Vertrag war im Vergleich zur Universität, wo dem Hochschullehrer 100 Prozent der Einnahmen zugestanden hätten, eine Verschlechterung, im Vergleich aber zu Paul Ehrlich (1854–1915) in Frankfurt eine Umkehrung der Relation, da dieser 70 Prozent der verwertenden Industrie beließ, letztlich nur 12 Prozent vom Nettogewinn selbst erhielt, dafür aber nicht die Kosten der Anmeldung und des Aufrechterhaltens der Patente sowie der industriellen Entwicklung und Markteinführung zahlen musste. Haber war offensichtlich nicht so sehr am eigenen ökonomischen Vorteil interessiert. Er hatte 1908 mit der BASF Kooperationsverträge auf dem Stickoxidgebiet ausgehandelt, die ihm für drei Jahre die beachtliche Summe von je 6.000 Mark einbrachten, dafür aber die gewerblichen Schutzrechte dem Chemieunternehmen übertrugen, das ihn mit zehn Prozent am Nettomehrgewinn beteiligte, von denen er wiederum 40 Prozent an seinen Miterfinder Le Rossignol abzuführen hatte. 1909 mit Entdeckung der Ammoniak-Synthese forderte Haber schließlich 23.000 Mark jährlich, die ihm nach Verhandlungen auch gewährt wurden. Mit Habers Wechsel in die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie wurde der Jahresbetrag auf 10.000 Mark reduziert und nach einem Streit über die Auslegung des Wortes „Mehrgewinn“ die Lizenzgebühr auf 1,5 Pfg/kg reduziert.<sup>15</sup>

Auf der konstituierenden Versammlung des mehr Grundlagenforschung betreibenden Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie am 28. Oktober 1911 wurde zwar vereinbart, dass „die Anstellung des Hrn. Beckmann [als Direktor] unter den gleich Bedingungen wie diejenigen der Direktoren der preußischen Hochschullaboratorien“ erfolgt, aber gleichzeitig wurde recht lebhaft und kontrovers über die „Gewinnbeteiligung des Instituts an Erfindungen, die mit diesen Mitteln gemacht wurden,“ diskutiert. Insbesondere die Industrievertreter im Kuratorium wünschten eine Gewinnbeteiligung, gegen die sich besonders Emil Fischer, die graue Eminenz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Chemienobelpreisträger, Leiter des 1. Chemischen Instituts der Universität Berlin und außerdem selbst erfolgreicher Erfinder, wandte. Er befürchtete die Errichtung von Erfinderlabo-

<sup>14</sup>Zitiert nach Schreiben Kultusministerium an Finanzministerium vom 21. August 1911, abgedruckt in Wendel (1975, 326).

<sup>15</sup>Szöllözi-Janze (1998, 173f., 189).

ratorien. Fischer konnte sich mit seinen Argumenten nur teilweise durchsetzen, akzeptierte schließlich die Option auf eine 25-prozentige Gewinnabgabe an das Institut.<sup>16</sup> Der chemischen Industrie ging es bei ihrer Forderung nach Gewinnbeteiligung weniger um eigene ökonomische Vorteile, vielmehr sollte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit ihren begrenzten Mitteln durch diese Gewinnbeteiligung teilweise vom Jahresetat ihres Instituts entlastet werden. Das preußische Finanzministerium hingegen wollte sich von der Verpflichtung zukünftiger staatlicher Zuschüsse befreien und sprach sich ebenfalls für eine Gewinnbeteiligung der Institute aus. Vorbilder für die Regelung beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie waren das schon erwähnte Georg Speyer-Haus, das hier nicht behandelte 1874 gegründete Institut für Gärungsgewerbe und Stärkefabrikation<sup>17</sup> unter Max Delbrück in Berlin sowie das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie.

Ministerialdirektor Friedrich Schmidt-Ott vom preußischen Kultusministerium nahm diese Regelung zum Anlass, um Anfang 1912 einzelne Wissenschaftler, namentlich bekannt sind Paul Ehrlich und August von Wassermann, der erfolgreiche Bakteriologe, der 1913 zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie berufen wurde, um eine freiwillige Abgabe von ihren Lizenzeinnahmen zu bitten.<sup>18</sup> Dies stützt im Übrigen die These, dass es der preußischen Kultusverwaltung mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auch – vielleicht sogar hauptsächlich – um eine Konzentrierung privater wissenschaftsfördernder Gelder ging.<sup>19</sup> Schmidt-Otts spezielle Motivation dürfte der zu geringe Etat des Ministeriums gewesen sein, der nicht mehr eine wünschenswert breite Wissenschaftsförderung zuließ. Damit wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts erstmals Hochschullehrer und Staatsbeamte zu Abgaben von ihren privaten Patenteinnahmen angehalten; zur Regel wurde dies jedoch – wie schon gesagt – erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Schmidt-Ott strebte keine generelle Regelung an, sondern hat offenbar nur einzelne Hochschullehrer ausgewählt, deren jährliche Patenteinnahmen deutlich über ihrem Jahresgehalt lagen. Dass einige Wissenschaftler durchaus eine moralische Verpflichtung gegenüber dem Staat bzw. dem Gemeinwohl empfanden,

<sup>16</sup>Gedrucktes Protokoll: Erste konstituierende Versammlung des Verwaltungsrates des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie am 28. Oktober 1911, in: Historisches Archiv Krupp (HAK) FAH VI E 258.

<sup>17</sup>Marschall (2000, 57–67, 84–86); 100 Jahre (1974, 19–26, 42–56). Die *public private partnership* setzte 1897 mit dem Neubau des Institutsgebäudes an der Berliner Seestraße ein, das Teil der Landwirtschaftlichen Hochschule war, und wurde bis 1907 ausgehandelt. Mit ca. 230 Mitarbeitern war es vor dem Ersten Weltkrieg eines der personalstärksten industriegeförderten Forschungsinstitute, dessen Direktor gleichzeitig eine Professur an der Landwirtschaftlichen Hochschule bekleidete.

<sup>18</sup>Schreiben Ehrlich an Schmidt-Ott vom 25. März 1912, Abschrift in: GStA, Rep. 76 Vc Sekt. 1 Tit. 11, Teil 2, Nr. 26; Schreiben von Wassermann an Schmidt[-Ott] vom 23. April 1912, Original in: ebd.

<sup>19</sup>Rasch (1991, 109–122); Rasch (1989b, 240–252).

belegt nicht nur die oben zitierte Äußerung Fritz Habers, sondern scheint auch die Schenkung Emil Fischers zu belegen, der im Krieg seine zukünftigen Patent-einnahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stiftete.<sup>20</sup> Gleiches gilt im Übrigen auch für Fritz Haber, der am 13. Februar 1917 die mit 50.000 Mark dotierte Fritz Haber Stiftung zur Pflege der physikalischen Chemie an der TH Karlsruhe errichtete. Sie speiste sich aus den Gewinnen der Ammoniak-Synthese und war Bestandteil von Habers Abmachungen mit Robert Le Rossignol von 1908.<sup>21</sup> Viele erfolgreiche Forscher fühlten sich in der Wilhelminischen Epoche offensichtlich moralisch noch dem Gemeinwohl, das heißt der Allgemeinheit verpflichtet; während des Ersten Weltkriegs kamen auch noch nationale Beweggründe hinzu.



Abb. 5.1: Das im Jahre 1912 in Mülheim an der Ruhr gegründete KWI für Kohlenforschung, am rechten Bildrand die Direktorenvilla, ca. 1914.

Die industriellen Finanziere des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr diskutierten im Gründungsjahr 1912 Fragen der Patentierung und Lizenzierung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen ebenfalls recht kontrovers. So setzte beispielsweise die Gewerkschaft *König Ludwig*<sup>22</sup> als „selbstverständlich“ voraus und machte zur Bedingung für eigene

<sup>20</sup>Der Kriegstod seiner beiden Söhne könnte ihn dazu bewogen haben.

<sup>21</sup>Szöllözi-Janze (1998, 225).

<sup>22</sup>Die bestimmende Persönlichkeit war der kaufmännische Direktor, seit Januar 1913 Generaldirektor Jakob Kleynmans (1856–1933), siehe Nachruf in: Glückauf 69 (1933), S. 1248.

Beitragszahlungen, „dass alle in dem Institut gemachten Erfindungen Gemeinut bleiben und in keinem Falle dem Erfinder durch Patent oder in anderer Form geschützt werden.“ Der erste Institutsdirektor Franz Fischer wurde im Anstellungsvertrag nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Mit einer moderaten Gewinnabgabe von 30 Prozent wollte die überwiegende Mehrheit der das Institut finanzierenden rheinisch-westfälischen Montanindustrie den von der Universität mit vollen Verfügungsrechten kommenden Forscher weiterhin motivieren. Bei erfolgreichen Erfindungen hätte der Institutsdirektor somit zu den laufenden Kosten des Instituts beigetragen, denn sein Institut war zunächst nur auf zehn Jahre finanziert und er selbst besaß keine staatliche Stelle. Ein Teil der jährlichen Institutszuschüsse sollte thesauriert werden, um nach zehn Jahren eine Stiftung zu errichten, die das Institut aus den laufenden Zinseinnahmen hätte unterhalten können. Welcher Institutsdirektor hätte da nicht aus den eigenen Patent- und Lizenzeinnahmen sein eigenes Institut alimentiert? Die forschungsfördernde rheinisch-westfälische Montanindustrie setzte sich mit ihrer 30 Prozent Forderung durch. Die Nachkriegshyperinflation sollte das schon angesammelte Kapital und somit den Plan eines sich selbst finanzierenden Instituts entwerten, zu dem Franz Fischer bis dahin nicht durch eigene Erfindungen beigetragen hatte.<sup>23</sup>

Im Ersten Weltkrieg wurde auf Betreiben des Vereins deutscher Eisenhüttenleute (VdEh) das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung gegründet.<sup>24</sup> Es sollte als erste Einrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den Institutsdirektor zu einem Dienstefinder machen. Nach unwidersprochenen Angaben des ersten Institutsdirektors Fritz Wüst habe ihn der Geschäftsführer des VdEh, Otto Petersen (1874–1953), im April 1917 über die Errichtung eines Eisenforschungsinstitutes und dessen finanzieller Unterstützung durch den VdEh unterrichtet. „Bezüglich der Patentfrage solle ihm das Recht auf und aus den Patenten zustehen, 25 % der Gewinne solle er an das Institut abführen.“<sup>25</sup> Bei weiteren Verhandlungen, unter anderem am 19. Mai 1917 mit dem VdEh-Vorsitzenden Albert Vögler, wurde vereinbart, dass Wüst als Institutsdirektor keine Privatarbeiten übernehmen dürfe, als Kompensation aber ein höheres Jahresgehalt erhalte. Am 24. November 1917 vereinbarten der neu ernannte preußische Kultusminister Schmidt-Ott und der ehemalige Vorsitzende des VdEh, Vorstandsvorsitzender der Eisen- und Stahlwerk Hoesch AG und designierter Kuratoriumsvorsitzender des Eisenforschungsinstituts, Friedrich Springorum (1858–1938), mit Wüst ein Jahresgehalt von 40.000 Mark.

---

<sup>23</sup>Rasch (1989a, 23–26, 37f. u.a.).

<sup>24</sup>Marsch (2000, 339–370); Ellerbrock (2010); Flachowsky (2010).

<sup>25</sup>Aktenaufzeichnung über die Sitzung des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung am 22. Juli 1922, in: VDEh-Archiv Ac 311.

Gegenüber dieser Festsetzung seiner Bezüge verpflichtet sich Geheimrat Wüst auf jede gewinnbringende private Tätigkeit zu verzichten. [...] Patente auf Erfindungen des Direktors und der Angehörigen des Instituts sollen durch das Institut genommen werden. Die Entscheidung über die Patentnahme steht dem Direktor zu, bei Meinungsverschiedenheiten dem Kuratorium. Die Patentkosten trägt das Institut. Das Nettoerträgnis des Patents wird zur Hälfte zwischen Institut und Erfinder geteilt. Sofern das Institut auf Entnahme eines Patents oder seine Weiterführung verzichtet, hat der Erfinder bezüglich der Verwertung freie Hand.<sup>26</sup>

Wüsts Gehalt lag doppelt so hoch wie das Anfangsgehalt der anderen Kaiser-Wilhelm-Institut-Direktoren. Mit der deutlichen Gehaltssteigerung verbunden war der Verzicht auf die Anmeldung von Patenten auf eigenem Namen und der damit verbundenen Kosten, die Abgabe von 50 Prozent der Nettoeinnahmen aus Patenten sowie der Verzicht auf Einnahmen aus Vorträgen und Gutachten. Wüst war damit ein Dienstefinder. Dies entsprach jedoch nicht der von ihm selbst wahrgenommenen Rolle als Wissenschaftler. Im Frühjahr 1922 protestierte Wüst gegen entsprechende Kuratoriumsbeschlüsse. Er wollte – wohl auch angesichts der rapiden Geldentwertung – trotz entgegenstehender Regelung in seinem Arbeitsvertrag Privataufträge annehmen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse nur den jeweiligen Auftraggebern zugänglich machen. Auf einer Kuratoriumssitzung stellten sich die Industrievertreter Albert Vögler, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sowie Friedrich Springorum erneut gegen ihn, so dass der Kuratoriumsvorsitzende Springorum feststellen konnte, „dass es die Auffassung des gesamten Kuratoriums sei, dass Privataufträge nur angenommen werden sollen, wenn die Ergebnisse der Allgemeinheit zu gute kommen“.<sup>27</sup> Die deutschen Eisenhüttenleute hatte erst seit gut einem Jahrzehnt den Gedanken der Gemeinschaftsforschung im schon 1860 gegründeten VdEh durch Errichtung von Kommissionen/ Ausschüssen und dann im Krieg durch Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung realisiert. Friedrich Springorum und vor allem Albert Vögler waren die exponierten Vertreter dieser Idee im VdEh, der formal ein Zusammenschluss der Eisenhüttenleute und nicht der Stahlindustrie war. Die Branchenvertretung war der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller. Vermutlich sahen Springorum und Vögler den Gemeinschaftsgedanken durch die Alleingänge Fritz Wüsts in Gefahr und verboten ihm deshalb jegliche Privattätigkeit, etwa als Geschäftsführer einer

<sup>26</sup>Vereinbarung: Verhandelt am 24. November 1917 im Kultusministerium in: ebd.

<sup>27</sup>Aktenaufzeichnung über die Sitzung des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung am 22. Juli 1922, in: ebd.

Hochofenversuchsgesellschaft, um eine Auflösung der Gemeinschaftsausschüsse innerhalb des VdEh<sup>28</sup> und des Eisenforschungsinstituts zu verhindern, was das Ende stahlindustrieller Gemeinschaftsforschung bedeutet hätte.<sup>29</sup> Formal wurden Ausschüsse und Eisenforschungsinstitut vom VdEh, tatsächlich aber von den einzelnen Industrieunternehmen finanziert. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung sollte eine Gemeinschaftsforschungseinrichtung sein und nicht wie ein Hochschulinstitut geführt werden, dessen Direktor vollkommen frei in der Wahl und Annahme seiner Privataufträge war.

Mit dem oft spontanen oder gar cholerischen Fritz Wüst, der dem Kuratoriumsvorsitzenden Springorum persönlich schrieb, „dass ich die größte Dummheit meines Lebens begangen hatte, indem ich in die Dienste der deutschen Eisenindustrie trat“<sup>30</sup> einigten sich VdEh und Kultusministerium auf eine vorzeitige Pensionierung mit 62 Jahren. Diese erlaubte ihm wieder – wie ein Hochschullehrer –, private Aufträge anzunehmen. Überdies zeigte sich der VdEh großzügig und stockte seine Pension auf. Wüst, als designierter Institutsdirektor 1917 in den Vorstand des VdEh berufen, gehörte diesem weiterhin an und wurde anlässlich seiner runden Geburtstage entsprechend geehrt. Seine Verdienste um das Eisenhüttenwesen standen außer Zweifel, jedoch fühlte er sich der Gemeinschaftsordnung nicht ausreichend verpflichtet und brachte somit das Finanzierungsmodell des Eisenforschungsinstituts in Gefahr. Es bleibt festzuhalten, weil bisher so noch nicht formuliert, dass die unbefriedigende Regelung der Patentfrage und der Privataufträge für Fritz Wüst mit ein Grund war, von seinem Posten als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung zurückzutreten. Dies war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der nur durch seine vorzeitige Pensionierung kaschiert wurde. Bei Wüst als langjährigem Hochschulbeschäftigten ging Eigennutz vor Gemeinwohl, was die Stahlindustrie im Übrigen akzeptierte, nicht jedoch bei ihrer Gemeinschaftsforschungseinrichtung Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung, die vor allem gemeinsam finanziert wurde und deshalb sollten einzelne Unternehmen keinen Vorteil daraus ziehen können.

Vor Beginn des Ersten Weltkriegs hatte sich also eine 30-prozentige Gewinnabgabe als Vertragsbestandteil herausgebildet, die bei den Direktoren und wissenschaftlichen Mitgliedern der Grundlageninstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Option erwähnt wurde, während sie beim industrienahen Kohlenforschungsinstitut schon als Muss-Bestimmung eingeführt war. Die

<sup>28</sup>1911 waren als erste VdEh-Ausschüsse die der Stahlwerker und Chemiker gegründet worden, 1912 wurde gemeinsam mit dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund der Kokereiausschuss gegründet, siehe Rasch (2011); Rasch (2012).

<sup>29</sup>Insbesondere Albert Vögler war ein vehementer Vertreter des Gemeinschaftsgedanken, siehe Rasch (2003).

<sup>30</sup>Schreiben Wüst an Springorum vom 29. Mai 1922, Abschrift in: VDEh-Archiv Ac 311.

Höhe der Gewinnabgabe an die Institute wurde von der Industrie als zu niedrig angesehen und musste bei jedem Anstellungsvertrag neu verhandelt werden. Im separaten Schriftwechsel mit den jeweiligen Institutsdirektoren dürften der alimentierenden Industrie Sonderkonditionen eingeräumt worden sein. Nur im Fall Franz Fischer ist dieser Schriftwechsel bisher überliefert. Er versprach eine Bevorzugung der Institutsfinanziers, externe Lizenznehmer sollten ein um 50 Prozent höheres Entgelt zahlen. Außerdem war er bereit, ausländischen Interessenten eine Lizenz gänzlich zu verwehren.<sup>31</sup> Für die Wilhelminische Epoche ist dies der einzige bisher bekannte Fall einer nationalen bis nationalistischen Wissenschafts- und Lizenzpolitik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entsprechend dem von Harnack in seiner Denkschrift geäußerten nationalen Wettbewerb der Wissenschaften.<sup>32</sup>



Abb. 5.2: Franz Fischer, Max Planck und Otto Roelen (v.r.n.l.) bei der Besichtigung der institutseigenen Versuchsanlage zur Fischer-Tropsch-Synthese, 5. Juni 1934.

Da sich die Direktoren von industrienahen Kaiser-Wilhelm-Instituten bei der Verwertung ihrer Erfindungen schlechter standen als ihre Kollegen im Staatsdienst – aus dem sie in der Regel selbst kamen –, billigten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und preußisches Kulturministerium im Laufe der Jahre einzelnen

<sup>31</sup>Siehe Rasch (1989a, 121).

<sup>32</sup>Denkschrift von Harnack an den Kaiser vom 21. November 1909, abgedruckt in: 50 Jahre (1961, 81f.).

Institutsdirektoren Ausgleichszahlungen zu ihren staatlichen Direktorengehältern zu. So wurde dem Direktor des 1920 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung, Emil Heyn (1867–1922), eine Entschädigung von 5.000 M per annum gewährt.<sup>33</sup> Auch Franz Fischers Jahresgehalt von 20.000 M lag 5.000 M über dem höchsten erreichbaren Hochschullehrersalär.

### 5.3.2 Regelungen in der Zwischenkriegszeit

Mit dem Kaiser kam der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft offensichtlich auch der Gemeinsinn ihrer industriellen Förderer abhanden. War in der Gründungsphase der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nur thematisiert worden, wie hoch die Abgabe von Patenteinnahmen als eine Art Nutzungsentgelt für das Institut auszufallen habe, fragten die Institutsfinanziere nach dem Krieg offen danach, wie sie Vorteile bei der Lizenzierung der von ihnen mitfinanzierten patentierten Erfindungen erhalten könnten.

Den Anstoß zur Abänderung der bisherigen Vereinbarungen gab vermutlich Franz Fischer und nicht etwa die die Institute unterstützende Industrie. Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung wollte sich von den inflationsbedingt hohen einmaligen und laufenden Kosten für Auslandspatente entlasten, weshalb er im Sommer 1919 seinem Kuratorium „Gedanken über eine Verwertungsstelle“ für Auslandspatente vorlegte. Mit Hinweis auf die sich anderenfalls ergebende kostenlose Nutzung von „Institutserfindungen“ durch das Ausland sowie dem Angebot einer hälftigen Teilung eventueller Gewinne, hoffte er, seine Institutsfinanziere zu einer ausschließlich die Auslandspatente betreffenden Neuregelung bewegen zu können. Die Regelung wurde auf Inlandspatente ausgedehnt, galt zunächst für fünf Jahre und sah eine Gewinnteilung von 65:35 zwischen Institut und Direktor vor.

Diese von Franz Fischer 1919 initiierte Verwertungsstelle war nach Fritz Wüsts Erklärung von 1917 die zweite pauschale Verzichtserklärung eines KWI-Direktors auf das ausschließliche Verfügungsrecht über seine am Institut gemachten Erfindungen. Da das Institut jedoch keine eigene Rechtspersönlichkeit besaß, wurden die Patente weiterhin auf Fischers Namen angemeldet. Weitere Initiativen zur Regelung der Patentrechte bei den Instituten für Kohlen- bzw. Eisenforschung nahm der junge Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Jurist Friedrich Glum, zum Anlass, im Januar 1922 eine generelle Regelung für alle Kaiser-Wilhelm-Institute anzustreben. Fritz Haber, der nach dem Tod Emil Fischers sukzessive dessen beratende Funktion innerhalb der Kaiser-Wilhelm-

---

<sup>33</sup>Siehe Schreiben Kuratorium des Friedländer-Fuldschen Instituts für Kohlenforschung an Krüss, Kultusministerium, vom 06. Juli 1920 und Antwortschreiben vom 12. Juli 1920, in: GStA Rep 76 Vc Sekt. 14 Tit. 23 Nr. 12 S. 74 f. 75, 76.

Gesellschaft eingenommen hatte, hielt solche Bestimmungen für wenig praktikabel und sprach sich gegen die Anerkennung irgendwelcher Rechte der Beitragsleistenden auf die Erfindungen des Institutsdirektors aus. Er wollte es bei der alten 30-Prozent-Regelung belassen, zumal Ordinarien an deutschen Hochschulen und Universitäten noch keinen entsprechenden Einschränkungen unterlagen. Eine Ausweitung der mit Franz Fischer ausgehandelten Regelungen auf andere Institute der Gesellschaft lehnte Haber entschieden ab, da er befürchtete, „daß der Direktor in seinem schöpferischen Tun in eine Abhängigkeit von der Industrie träte, die viel stärker ist als die Abhängigkeit vom Staat an den Hochschulen-Instituten“. Die Abmachung höbe den Unterschied zwischen einem Gemeinschaftslabor der Industrie und einem Kaiser-Wilhelm-Institut nahezu auf, und er werde unter diesen Bedingungen nicht an einem Institut der Gesellschaft arbeiten, sondern sich in jedem Fall für eine Hochschullehrerstelle entscheiden. Habers Position erstaunt, hatte er doch 1911 in gewisser Weise ähnliche Vorrechte für Koppels Unternehmen eingeräumt. Glum erklärte daraufhin die Frage einer generellen Regelung der Patentfrage für „noch nicht spruchreif“, dennoch dachte er sich „die Sache so, daß nur dort eine eventuell der Mülheimer nahe kommende Regelung zur Diskussion gestellt werden sollte, wo von Seiten des Direktors oder der Industrie besonders auf eine solche gedrungen“ werde. In Frage kamen nach Glums Ansicht die Kaiser-Wilhelm-Institute für Eisenforschung, Faserstoffchemie und das Schlesische Kohlenforschungsinstitut.<sup>34</sup>

Mit Einsetzen der Nachkriegsinflation wurde nicht nur über neue Finanzierungsmodelle für die Institute – insbesondere an Staatszuschüsse und staatliche Stellen für die Mitarbeiter, aber auch Branchenumlagen, zum Beispiel in Form eines Kohlepennings – nachgedacht, sondern auch über andere Wege der Patentverwertung bis hin zum Verzicht auf Patentnahme. Die das Kohlenforschungsinstitut mitfinanzierende Industrie verlangte für ihre Beitragszahlung handfeste ökonomische Vorteile. Institutserfindungen sollten daher der Allgemeinheit nicht kostenlos zur Verfügung stehen, sondern weiterhin zum Patent angemeldet werden, zunächst noch auf den Namen des Institutsdirektors. Der Aushandlungsprozess zwischen Institutsdirektor, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Industrie dauerte beim Kohlenforschungsinstitut bis 1925. Am 26. Oktober 1925 gründeten das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, das das Institut mittlerweile über eine von Fördermengen abhängige Umlage fast ausschließlich finanzierte, und August Thyssen (1842–1926) als Treuhänder für die Ausschuss-Mitglieder des Instituts die „Studien- und Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung“. Als Gesellschaftszweck war angegeben: „die Förderung und Unterstützung des

---

<sup>34</sup>Schreiben Haber an Glum vom 07. Februar 1922, in: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (MPG-Archiv) I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1330; Schreiben Glum an Haber vom 15. Februar 1922, Durchschlag in: ebd.

Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim a.d. Ruhr, die Sicherung der dort ausgearbeiteten neuen Verfahren durch Erwerb von Schutzrechten und die Verwertung der Schutzrechte im In- und Ausland.“ Institutserfindungen mussten ab jetzt auf den Namen der Studien- und Verwertungsgesellschaft angemeldet werden. Im zunächst vierköpfigen Aufsichtsrat stand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft satzungsgemäß ein Sitz zu, so dass sie ihren Einfluss geltend machen konnte auf die Verwertung von Erfindungen aus dem formal zu ihr gehörigen Kohlenforschungsinstitut. Bruttogewinne aus der Verwertung von Instituts-erfindungen sollten zu 30 Prozent an das Institut und zu 40 Prozent an den Institutsdirektor überwiesen werden. Von seinem Anteil hatte der Direktor auch die an der Erfindung eventuell beteiligten Mitarbeiter zu entschädigen, begrenzt auf 30 Prozent des an Fischer auszuschüttenden Anteils, unabhängig von der Anzahl der Miterfinder und der jeweiligen Höhe ihrer erfinderischen Leistung.<sup>35</sup> Ähnliche Regelungen wurden in den folgenden Jahren für die industrienahen Kaiser-Wilhelm-Institute für Eisen- und Lederforschung sowie für das Schlesische Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft getroffen.

Mit Gründung der Studien- und Verwertungsgesellschaft hatte die rheinisch-westfälische Montanindustrie eine juristische Form zur Verwertung von Erfindungen des von ihr maßgeblich finanzierten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung gefunden, die dem Institutsdirektor und seinen Mitarbeitern weiterhin ökonomische Anreize für Erfindungen gewährte, sie aber zu Dienstfindern machte. Die Patentgewinne sollten einzeln abgerechnet werden, so dass finanzielle Verluste aus industriell nicht realisierbaren Patentanmeldungen sowie aus erfolglosen Verwertungsbemühen ausschließlich aus dem Anteil der Studiengesellschaft zu bestreiten waren, während der Gewinnanteil von 40 Prozent Franz Fischer ungeschmälert zufluss. Die Institutserfindungen standen den Institutsfinanziers nicht kostenlos zur Verfügung. Es sollten Nutzungsentgelte gezahlt werden. Hierbei waren Überlegungen von Hugo Stinnes (1870–1924), dem Mitinitiator des Instituts, maßgeblich, dass Unternehmen bei der industriellen Entwicklung von Erfindungen zumindest Patent- und Lizenzschutz gewährt werden müsse, ansonsten würden Erfindungen industriell nicht umgesetzt. Diese Regelung gewährte potentiellen Lizenznehmern jedoch nicht ausreichende Anreize für die technische Umsetzung von Inventionen, da sie jedem Mitglied Lizenzen auf Instituts-erfindungen zu gleichen Konditionen gewährte, das heißt Pionierunternehmen, die für die industrielle Realisierung von Verfahren Lehrgeld zahlen mussten, wa-

<sup>35</sup>Satzung der Studien- und Verwertungsgesellschaft mbH, in: Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim, Archiv (MPI-Archiv) 99–047, MPG-Archiv I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1347; die Übertragung der Geschäftsanteile auf die zeichnungswilligen Mitglieder des Ausschusses fand am 12. April 1926 statt, hektographierte Abschrift des notariell beglaubigten Protokolls in MPI-Archiv 99–046; Vertrag zwischen KWG, Studien- und Verwertungsgesellschaft und Franz Fischer vom 7./8. März 1930, in: MPG-Archiv I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1347.

ren benachteiligt, da späteren Lizenznehmern die gleichen Konditionen gewährt wurden. Letztere wussten dann aber schon, ob und eventuell wie das Verfahren technisch durchzuführen sei. Diese Regelung hemmte die Lizenzierung sowohl an externe Unternehmen als auch an Institutsfinanziers. Die eventuell geplanten gemeinsamen Studiengesellschaften zur Entwicklung industrieller Verfahren wurden jedoch nicht realisiert, sieht man einmal von der Finanzierung einer vergrößerten, institutseigenen Versuchsanlage für das Fischer-Tropsch-Verfahren ab. Der bei der Fischer-Tropsch-Synthese 1934 gewählte Ausweg bestand in der Vergabe einer Generallizenz an ein Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus, die Ruhrchemie AG, das seinerseits Lizenzen an Einzelunternehmen vergab, auch an Institutsfinanziers.<sup>36</sup>

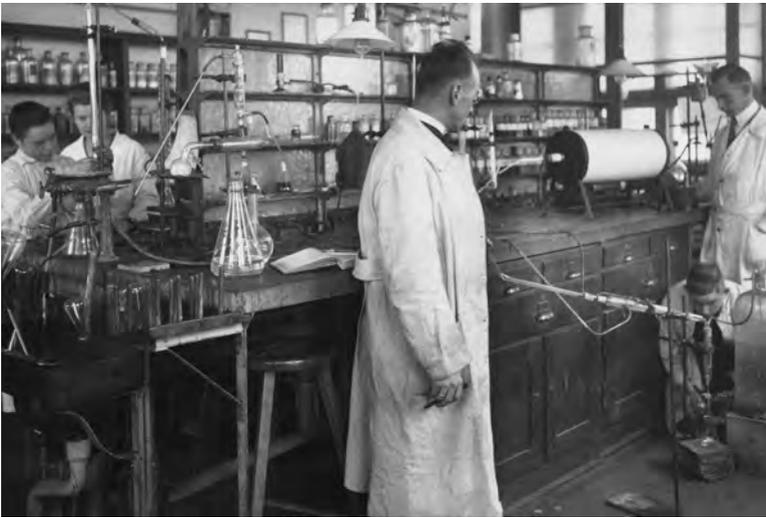


Abb. 5.3: Hans Tropsch (Mitte) und Albert Schellenberg bei der Durchführung der ersten katalytischen Gasreaktion, Anfang der 1920er Jahre.

Die rheinisch-westfälische Montanindustrie interessierte nicht die Erzielung ökonomischer Gewinne unmittelbar aus der Studien- und Verwertungsgesellschaft. Als diese nämlich nach der Vergabe der Generallizenz des Fischer-Tropsch-Verfahrens erstmals nennenswerte Einnahmen verzeichnete, beschloss die Gesellschafterversammlung am 16. Dezember 1936 aus steuerlichen Gründen, den ihr satzungsgemäß zustehenden 30-Prozent-Gewinnanteil „ganz oder

<sup>36</sup>Rasch (2014); Rasch (1989b, 276–193).

teilweise zur Bildung eines Reservefonds für das Kaiser-Wilhelm-Institut zu verwenden und von dessen Ausschüttung an die Mitglieder abzusehen, um die Einnahmen nicht versteuern zu müssen.<sup>37</sup> Zudem kürzte sie nicht ihre Zahlungen an das Institut. Die Idee einer finanziell unabhängigen Institutsstiftung gewann wieder an Kontur.

Anders war die Entwicklung beim 1918 durch eine 3 Mio. Mark umfassende Einzelstiftung gegründeten Schlesischen Kohlenforschungsinstitut, das während der Hyperinflation sein Vermögen verloren hatte. Durch die 1925 geregelte, lizenzfreie Nutzung von Institutserfindungen durch die Finanziere sowie die Festsetzung der Erfinderentschädigung auf 5 Prozent vom Nettogewinn rückte das Schlesische Kohlenforschungsinstitut auf den Rang einer regionalen, branchenspezifischen Gemeinschaftsforschungseinrichtung, behielt jedoch den Namen Kaiser-Wilhelm-Institut. In der Weltwirtschaftskrise 1931 wurde die unentgeltliche Patentnutzung für Institutsfinanziere eingeführt und der Gewinnanteil aus der Lizenzierung an Dritte für den Institutsdirektor Fritz Hofmann auf ein Drittel reduziert.<sup>38</sup>

### 5.3.3 Auftrags- und Rüstungsforschung im Nationalsozialismus und die Folgen

Die in den 1920er-Jahren entwickelte juristische Form der Patentverwertungsgesellschaften für industriennahe Kaiser-Wilhelm-Institute sollte Gültigkeit bis nach dem Zweiten Weltkrieg behalten. Immer mehr Institutsdirektoren wurden zu Dienstefindern, ohne dass dies Zweifel am Selbstverständnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auslöste. Erst unter der Präsidentschaft des Industriellen Albert Vögler, als Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigte Stahlwerke AG ein Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie,<sup>39</sup> wurde versucht, die teilweise recht engen Beziehungen einzelner Kaiser-Wilhelm-Institute zu Industrie und Staat neu zu regeln. Die Beteiligung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an der NS-Aufrüstungs- bzw. Kriegswirtschaftspolitik hatte zu zahlreichen Institutsinnovationen und -innovationen mit entsprechenden Einnahmen geführt.<sup>40</sup> Als

<sup>37</sup>Mit Hinweis auf die Besteuerung der Gewinne bei der Studien- und Verwertungsgesellschaft hatte Ernst Brandt den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Studien- und Verwertungsgesellschaft vorschlagen, den Verteilungsschlüssel zu ändern: 40 % Erfinder, 50 % Institut und 10 % Gesellschafter, Original in: MPG-Archiv I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1348; Gesellschafterversammlung der Studien- und Verwaltungsgesellschaft mbH am 16.12.1936, in: Bergbau-Archiv, Bochum 33/713; Niederschrift über die Vorbesprechung der Aufsichtsratsmitglieder vor der Generalversammlung am 16. Dezember 1936, in: MPI-Archiv 04-099. Zur Besteuerung der Studien- und Verwertungsgesellschaft sowie der KWG und ihrer Institute siehe: MPG-Archiv I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1347.

<sup>38</sup>Rasch (1988, 12–16).

<sup>39</sup>Rasch (2005; 2010).

<sup>40</sup>Siehe z.B. Maier (2007).

Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft legte Vögler den Kaiser-Wilhelm-Institut-Direktoren dringend nahe, „keine Bindungen einzugehen, die die freie Forschung des Instituts beeinträchtigen könnten.“ Beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung hatte ein 1939 zwischen dem Institut und einer Gruppe von Thomasschlacke erzeugenden Werken geschlossener Kooperationsvertrag, „der sehr stark auf Leistung und Gegenleistung abgestellt ist, dazu [ge]führt, dass von den Finanzbehörden die Gemeinnützigkeit des Instituts angezweifelt wird“. <sup>41</sup> Die Steuerbefreiung gemeinnütziger Institutionen schützte in diesem Fall die sogenannte Freiheit der Forschung vor vertraglichen Bindungen mit der Industrie –, nicht etwa ein entsprechendes Wissenschaftsverständnis.

Die steuerlich bedingte Ablehnung von sowohl industrieller als auch staatlicher Auftragsforschung für Kaiser-Wilhelm-Institute während der besonderen Situation des Zweiten Weltkriegs durch Vögler und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft scheint ein mitentscheidendes Motiv für die spätere Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft als Auftragsforschungsinstitution, <sup>42</sup> das bisher wenig beachtet wurde. Vögler wollte offensichtlich wie beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung und der 1918 parallel dazu gegründeten Gesellschaft für Kohlentechnik <sup>43</sup> eine eindeutige Trennung zwischen Grundlagen- und anwendungsbezogener Forschung, was aber auch in ersterem Fall eine Patentnahme nicht ausschloss, wohl aber die kleinen Gefälligkeiten für den Staat im allgemeinen Interesse ausschließen sollte; wie sie im Übrigen schon 1911 einsetzten. <sup>44</sup>

Die NS-Rüstungspolitik mit ihrer finanziellen Unterstützung einzelner Kaiser-Wilhelm-Institute veranlasste nun den Staat seinerseits, seine bisherigen auflagenfreien Zuwendungen an einzelne Institute bzw. Forscher zu überdenken. Offensichtlich hatte als erster der Reichsrechnungshof das Reichsamt für Wirtschaftsausbau darauf hingewiesen, dass es aufgrund seiner Zuschüsse an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung auch an eventuellen Einnahmen aus mitfinanzierten Erfindungen zu beteiligen sei. Weil auch andere Institute infolge der Kriegsforschung in größerem Umfang schutzfähige Erfindungen machten, beabsichtigte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1941, zur Vertretung und Wahrung der gewerblichen Schutzrechte ihrer Forschungsinstitute eine besondere juristische Person – die *Forschungsschutz GmbH, Gesellschaft*

---

<sup>41</sup> Aktennotiz Betr.: Mitgliederversammlung des Thomasphosphatverbandes am 3. Juni 1942 – Ausführungen von Herrn Prof. Körber, 9. Juli 1942, in: ThyssenKrupp Konzernarchiv A/5305.

<sup>42</sup> Trischler und Bruch (1999).

<sup>43</sup> Hinter der Gesellschaft für Kohlentechnik stand auch eine andere Interessengruppe, die zudem die BASF-Patente zur Stickstoff-Synthese als Konkurrenz zum Kokereiammoniak bekämpfte, siehe Rasch (1989a, 96–100).

<sup>44</sup> Hier sind zu erwähnen Habers Arbeiten zur Schlagwetterpfeife sowie Fischers Forschungen für das Reichsmarineamt.

zum Schutz der Urheber- und Erfinderrechte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften zu errichten. Bis Kriegsende nahm eine besondere Abteilung der Generalverwaltung, die Abteilung für gewerbliche Schutzrechte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Betreuung der Institute vor, teilweise unterzeichnete sie sogar Verträge für die noch nicht im Handelsregister eingetragene Forschungsschutz GmbH. Diese als gemeinnützig konzipierte Patentverwertungsgesellschaft sollte von allen Kaiser-Wilhelm-Instituten im Bedarfsfall in Anspruch genommen werden, eine Verpflichtung bestand jedoch nicht. Nach ihren Statuten hatte die Gesellschaft die Aufgabe,

die Wahrung des gewerblichen Eigentums und der Urheberrechte der Gesellschaft und ihrer Institute durchzuführen, die Institute bei der Durchführung der gesetzlichen Schutzverfahren zu beraten und zu unterstützen und durch Sicherstellung der zweckentsprechenden Verwertung die wissenschaftliche Weiterentwicklung und Forschung zu fördern.<sup>45</sup>

Noch waren aufgrund der zu unterschiedlichen Zeitpunkten abgeschlossenen Arbeitsverträge nicht alle Direktoren der industrienahen Kaiser-Wilhelm-Institute Dienstfinder. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wollte insgesamt ihren Institutsdirektoren den Status „freier Erfinder“ aberkennen. Demgegenüber standen Bestrebungen des NS-Staates (Deutsche Arbeitsfront, Reichserziehungsministerium, Reichsrechnungshof), Dienstfindungen aufzuwerten: die Nennung des Erfinders im Patent wurde 1936 obligatorisch, die Entschädigung sollte geregelt werden, unter anderem durch die 1942 erlassene Verordnung über die Behandlung von Erfindungen von Gefolgschaftsmitgliedern.<sup>46</sup> Damit sollte im Zuge der Kriegswirtschaft das Verbesserungswesen im Unternehmen gestärkt werden.

Nach dem Krieg wurde die Forschungsschutz GmbH, die übrigens nie in das Handelsregister eingetragen war, nicht wiederbelebt. Erst 1970 gründete die Max-Planck-Gesellschaft die *Garching Instrumente Gesellschaft zur industriellen Nutzung von Forschungsergebnissen mbH*, später *Garching Innovation*, zur wirtschaftlichen Verwertung von Erfindungen und Know-how vornehmlich ihrer wissenschaftlichen Institute.<sup>47</sup> Deren Geschäftsberichte zeigen deutlich den

<sup>45</sup>Zur Forschungsschutz GmbH siehe Typoskript Dr. Ballreich [?] über die „Entstehung der Forschungsschutz GmbH – Gesellschaft zum Schutz des Urheber- und Erfinderrechte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“, undatiert, sowie Schreiben Forstmann vom 12. Januar 1956 „Beantwortung der im Schreiben von Herrn Dr. Ballreich vom 15. Dezember 1955 gestellten Fragen betr. *Forschungsschutz GmbH*“, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1935. Maier (2007, 894–902) bringt relevante Beispiele aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung, setzt jedoch die vermeintliche Gründungsgeschichte zu spät an und behandelt die Steuerproblematik nicht.

<sup>46</sup>RGBl I 1942, S. 466, 12. Juli 1942; RGBl I 1943, S. 257, 20. März 1943.

<sup>47</sup>Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft (1988, 819).

Wandel im Wissenschaftsverständnis, in den Anforderungen des Staates an von ihm finanzierte Einrichtungen, deutlich wieder.

#### 5.4 Zusammenfassende Thesen

- Bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer ersten Institute wurden neue Modelle zur Verwertung von Ergebnissen der Grundlagenforschung, die beispielsweise allen Interessenten freien Zugang zu den Forschungsergebnissen garantierten, nicht ernsthaft diskutiert. Für die ersten Kaiser-Wilhelm-Institute gab es keine einheitliche Regelung der Patentierung und Lizenzierung von Forschungsergebnissen. Ursache dafür ist die jeweils recht unterschiedliche Entstehungsgeschichte der einzelnen Institute. Trotzdem lassen sich schon die frühen Institutsgründungen aufgrund unterschiedlicher Regelungen über die Erfinderverwertung in zwei Gruppen einteilen, nämlich in klassische, das heißt Grundlagenforschungseinrichtungen, und industrienaher Institute. Während die Direktoren letzterer Institute Abgaben in Höhe von 25 bis bis 30 Prozent des Gewinns an ihre Institute als Nutzungsentgelt leisten mussten, enthielten die Verträge für die wissenschaftlichen Mitarbeiter der anderen Institutsgruppe nur eine Option auf solche zukünftigen Regelungen. Die Abgabenhöhe war verhandelbar und noch keine Norm, zumal es auch im staatlichen Bereich unterschiedliche Regelungen gab.
- Die industriellen Institutsfinanziers forderten in der Regel den patentrechtlichen Schutz von Erfindungen, um durch eventuelle Patent- und Lizenzeinnahmen den jeweiligen Institutsetat, genauer: ihren Zuschuss an diesen zu entlasten. Dies entsprach auch den Vorstellungen des preußischen Finanzministeriums für die staatlichen Zuwendungen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wollte zudem den finanziellen Anreiz für Institutsmitarbeiter durch Patentnahme und Lizenzvergabe erhalten, also keine gemeinfreien Forschungsergebnisse liefern und sich selbst gleichzeitig eine minimale Möglichkeit offen halten, durch patentierte Erfindungen die Institutsetats zu entlasten.
- Die im Vergleich zu Professorengehältern an Hochschulen oft deutlich höheren Bezüge von Direktoren industrienaher Kaiser-Wilhelm-Institute enthielten – so eine spätere Argumentation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – Ausgleichszahlungen, da sich die Kaiser-Wilhelm-Institut-Direktoren bei der Verwertung ihrer Erfindungen schlechter standen als ihre Kollegen im Hochschuldienst. Die KWGKaiser-Wilhelm-Gesellschaft beschritt damit den Weg zum angestellten Dienstfinder.

- Mit dem Ende der Wilhelminischen Epoche stellte die Industrie offene Gegenforderungen auf. Für ihre finanziellen Aufwendungen forderte sie geldwerte Vorteile. Die schlesische Montanindustrie setzte während der inflationsbedingt desolaten Haushaltslage beim Schlesischen Kohlenforschungsinstitut die kostenlose Erfindungsnutzung für Institutsfinanziers durch. Beim Mülheimer Kohlenforschungsinstitut mussten weiterhin – wenn auch reduzierte – Nutzungsentgelte gezahlt werden.
- Die einzelnen Kaiser-Wilhelm-Institute besaßen keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern waren Bestandteil der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deshalb wurden für die industrienahen Kaiser-Wilhelm-Institute für Kohlen-, Eisen- und Lederforschung sowie für das Schlesische Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ab Mitte der 1920er-Jahre rechtlich selbstständige Patentverwertungsgesellschaften errichtet, um den Institutsfinanziers Verfügungsrechte über die von ihnen mitfinanzierten Institutserfindungen zu gewähren. Die Direktoren dieser Institute besaßen nun formal den Status von Dienstfindern. Sie mussten 30, 50 oder 60 Prozent ihrer Einnahmen aus erfinderischer Tätigkeit an das jeweilige Institut abführen.
- Ökonomische Anreize zu Erfindungen und technischen Innovationen wurden Mitarbeitern von industrienahen Kaiser-Wilhelm-Instituten recht unterschiedlich gewährt. Beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung erhielt der Institutsdirektor noch 40 Prozent der Lizenzeinnahmen, von denen er eventuelle Miterfinder entschädigen musste, dagegen war beim Schlesischen Kohlenforschungsinstitut die kostenlose Nutzung von Institutserfindungen durch die Institutsfinanziers seit 1931 vertraglich vereinbart. Dadurch sank das Schlesische Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hinsichtlich der Patentverwertung auf den Rang einer Gemeinschaftsforschungseinrichtung der schlesischen Montanindustrie ab.

Erst unter der Präsidentschaft Albert Vöglers gründete die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1941 die *Forschungsschutz GmbH – Gesellschaft zum Schutz der Urheber- und Erfinderrechte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*, um den Instituten im Bedarfsfall eine Interessenvertretung anbieten zu können, ohne ihr Steuerprivileg der Gemeinnützigkeit zu gefährden. Hier könnte ein bisher nicht ausreichend beachteter Gedanke zur Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft als Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung liegen.

## Bibliographie

- Burchardt, Lothar (1990). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Ersten Weltkrieg (1914–1918). In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. DVA, 163–196.
- Cahan, David (1992). *Meister der Messung: die Physikalisch-Technische Reichsanstalt im Deutschen Kaiserreich*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Ellerbrock, Karl-Peter (2010). „Generationswechsel“: Friedrich Springorum und die Modernisierung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute im Kaiserreich 1905–1917. In: *150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860–2010*. Hrsg. von Helmut Maier, Andreas Zilt und Manfred Rasch. Essen: Klartext, 43–69.
- Flachowsky, Sören (2010). Von der Wagenburg der Autarkie zu transnationaler Zusammenarbeit: Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute und das KWI/MPI für Eisenforschung 1917–2009. In: *150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860–2010*. Hrsg. von Helmut Maier, Andreas Zilt und Manfred Rasch. Essen: Klartext, 671–708.
- Harnack, Adolf (1909/1961). Denkschrift von Harnack an den Kaiser: Berlin, den 21. November 1909. In: *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 1911–1961*. Göttingen, 80–94.
- Institut für Gärungsgewerbe und Biotechnologie (1974). *100 Jahre Institut für Gärungsgewerbe und Biotechnologie zu Berlin 1874–1974: Festschrift*. Berlin: Institut für Gärungsgewerbe und Biotechnologie.
- Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* (1988). Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
- Johnson, Jeffrey A. (1990). Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut: Emil Fischer. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Rudolf Vierhaus. Stuttgart: DVA, 486–515.
- Maier, Helmut (2007). *Forschung als Waffe: Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*. 2 Bde. Göttingen: Wallstein.
- Marsch, Ulrich (2000). *Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft: Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880–1936*. Paderborn: Schöningh.
- Marschall, Luitgard (2000). *Im Schatten der chemischen Synthese: Industrielle Biotechnologie in Deutschland (1990–1970)*. Frankfurt am Main: Campus.
- Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Hrsg. (1961). *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–1961*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., 80–94.
- Pfetsch, Frank R. (1982). *Datenhandbuch zur Wissenschaftsentwicklung: Die staatliche Finanzierung der Wissenschaft in Deutschland 1850–1975*. Datenhandbücher für die historische Sozialforschung. Köln: Zentrum für historische Sozialforschung.
- Rasch, Manfred (1987). *Vorgeschichte und Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr*. Zeitschrift des Geschichtsvereins Mülheim a. d. Ruhr 60. Hagen: v.d. Linnepe Verlag.
- (1988). Die Montanindustrie und ihre Beziehung zum Schlesischen Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Ein Beitrag zu Wissenschaft und Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. *Technikgeschichte*( 55):7–24.
- (1989a). *Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung 1913–1943*. Weinheim u.a.: vch.
- (1989b). Thesen zur Preußischen Wissenschaftspolitik gegen Ende des Wilhelminischen Zeitalters. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte*( 12):240–252.

- Rasch, Manfred (1991). Kommunalisierung, Regionalisierung und Konzentrierung: Aspekte preußischer Wissenschaftspolitik unter Friedrich Althoff und seinen Nachfolgern. In: *Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter: Das „System Althoff“ in historischer Perspektive*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke. Hildesheim: Lax Verlag.
- (2003). Albert Vögler, die Industrie und die Wissenschaften: Annäherung an ein Thema. In: *Bewegen - Verbinden - Gestalten: Unternehmer vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Festschrift für Klara van Eyll*. Köln: Rheinisch-Westfälisches Wirtsch.-Archiv, 313–333.
- (2005). Albert Vögler: Manager mit technischem Sachverstand und volkswirtschaftlichem Verständnis. Versuch einer biografischen Skizze. In: *Westfälische Lebensbilder*. 17. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen. Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, 22–59.
- (2010). Zwischen Politik und Wissenschaft: Albert Vögler und der Verein Deutscher Eisenhüttenleute. In: *150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860–2010*. Hrsg. von Helmut Maier, Andreas Zilt und Manfred Rasch. Essen: Klartext Verlag, 95–138.
- (2011). Aus der Frühgeschichte des Stahlwerksausschusses. *Stahl und Eisen* 131(6/7):201–206.
- (2012). Aus dem Mikrokosmos von Verbänden: Der Verein deutscher Eisenhüttenleute und die Gründung der Kokereikommission. In: *100 Jahre Kokereiausschuss des Stahlinstituts VDEh: 25 Jahre Verein Deutscher Kokereifachleute e. V. (VDKF)*. Düsseldorf: Stahleisen, 5–19.
- (2014). *Kohlechemie im Revier: Geschichte der Ruhrchemie 1927–1966*. (im Druck). Essen: Klartext Verlag.
- Szöllözi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Trischler, Helmuth (1999). „Big Science“ or „Small Science“? Die Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus. In: *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Hrsg. von Doris Kaufmann. Göttingen: Wallstein, 328–362.
- Wendel, Günter (1975). *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911–1914: Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft*. Berlin: Akademie Verlag.

# Kapitel 6

## Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970)

*Carola Sachse*

### 6.1 Einleitung

Die „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.“ (MPG) gilt landläufig als Hort der Grundlagenforschung in der bundesrepublikanischen Wissenschaftslandschaft. Ihren bis heute unveränderten vollständigen Namen hatte sie bei der Neugründung 1948 wortgleich von ihrer Vorgängerin, der 1911 errichteten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), übernommen und lediglich den Namenspatron ausgetauscht. Anders als bei ihrem wissenschaftsorganisatorischen Pendant, der „Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V.“, die ihre distinktive Zwecksetzung bereits seit ihrer Gründung 1949 im Namen trägt, findet sich der Begriff „Grundlagenforschung“ bei der MPG weder im Namen noch in den Satzungsversionen der letzten hundert Jahre von 1911 bis 2011. Dort ist vielmehr durchgängig, wenn auch in leicht variierenden Formulierungen, die Rede von „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ ihrer „wissenschaftlichen Forschung“.<sup>1</sup> Gleichwohl führt sich die MPG in ihrem aktuellen Internetauftritt als „Deutschlands erfolgreichste Institution der Grundlagenforschung“ ein und untermauert diesen Anspruch mit einem leitmotivisch gesetzten Zitat Max Plancks: „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen.“<sup>2</sup> Als ob das damit evozierte, von Vannevar Bush nach dem Zweiten Weltkrieg propagierte „lineare Modell“ des Wissenstransfers von der universitären oder im Fall der MPG außeruniversitären, ausschließlich auf Erkenntnis gerichteten Grundlagenforschung über die anwendbare Grundlagenforschung bis hin zur industriellen angewandten Forschung nicht seit langem heftig umstritten

---

<sup>1</sup>Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (MPA): II/IA-1, 1/1, 1/2, Satzungen der MPG. In dem von M. Maier 1997 vertretenen institutionenökonomischen Ansatz wird Grundlagenforschung als Konzept und Aufgabenbeschreibung der MPG historisch nicht hinterfragt. Zum Konzept von Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung, auf das hier nicht näher eingegangen wird, vgl. Wilholt (2012). Zur Fraunhofer-Gesellschaft: Trischler und vom Bruch (1999).

<sup>2</sup><http://www.mpg.de/kurzportrait> (Zugriff am 16. Januar 2015).

wäre – bei Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaftsforschung ebenso wie in der bundesdeutschen Forschungs-, Bildungs- und Technologiepolitik.<sup>3</sup> Und als ob es nicht längst mit vielen anderen Modellen konkurrierte, wie etwa – um nur die prominentesten in Erinnerung zu rufen – dem von Helga Nowotny, Peter Scott und Michael Gibbons propagierten „Mode 2“ problemorientierter, multidisziplinärer Projektforschung, typisch für moderne Wissensgesellschaften; der von Henry Etzkowitz und Loet Leydesdorff 1997 vorgeschlagenen „Triple Helix“ innovationsgenerierender Interaktionen zwischen Universität, Industrie und Regierung; oder dem im gleichen Jahr von Donald E. Stokes (1927–1997) entworfenen Quadrantenmodell, einer zweidimensionalen Anordnung unterschiedlicher, nach Heroen der Wissenschaftsgeschichte benannter Forschungstypen: der angewandten Forschung à la Edison, der erkenntnisorientierten Forschung à la Bohr und der anwendungsorientierten Forschung à la Pasteur.<sup>4</sup>

In der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, wie sie sich in den *Denkorten*, der zum hundertjährigen Jubiläum der MPG vorgelegten Festschrift, manifestiert, lässt sich ein ebenso selbstverständlicher, wie lockerer und inhomogener Umgang mit dem Terminus Grundlagenforschung feststellen. In seinem Vorwort attestierte der amtierende Präsident der MPG, Peter Gruss, der Grundlagenforschung in der MPG „Heterogenität und lebendige Vielfalt“ und bescheinigte ihr – anlassgerecht – eine hundertjährige Erfolgsgeschichte.<sup>5</sup> Während einige Autorinnen und Autoren den Begriff in ihren Institutsporträts gänzlich vermieden, bestätigten andere etwa den Max-Planck-Instituten (MPI) für Metallforschung, für Eisenforschung oder für Züchtungsforschung, die ursprünglich – in den letzten Monaten des Ersten Weltkrieg beziehungsweise den 1920er Jahren – in enger Kooperation mit der Industrie gegründet worden waren, wie selbstverständlich, seit ihren Anfängen Grundlagenforschung betrieben oder diese später verstärkt zu haben.<sup>6</sup> In ihrer Bilanz der „Forschungserfolge“ kennzeichneten Jürgen Renn und Horst Kant die Forschungsprogramme solcher Institute mit leichter Einschränkung als „angewandte“ oder „anwendbare Grundlagenforschung“.<sup>7</sup> Den altherwürdigen Platz dieser Institute in der MPG legitimierten sie mit Verweisen auf bewiesene und anhaltende Innovationspotenziale. Die Frage, wie nützlich Grund-

<sup>3</sup>Paul Lucier (2012, 535) bezeichnete das lineare Modell kürzlich erst als „entirely dead“ und berief sich dabei auf Grandin, Worbs und Widmalm (2004). Aus der kaum noch überschaubaren Literatur zu den verschiedenen Modellen hier nur einige einschlägige Titel: Rosenberg (1990); Stichweh (1994); Felt et al. (1995); Galison und Stump (1996); Weingart (2001); Stehr (2003); Lengwiler (2005); Weingart et al. (2007); Carrier und Nordmann (2011); Wilholt (2012, 328–345).

<sup>4</sup>Gibbons et al. (1994); Nowotny et al. (2001); Etzkowitz und Leydesdorff (1997; 2000); Stokes (1997); Fuller (2000).

<sup>5</sup>Gruss (2010, 11).

<sup>6</sup>Flachowsky (2010, 134); Maier (2010, 332); so Kaulen in Heim und Kaulen (2010, 357).

<sup>7</sup>Renn und Kant (2010, 75 und passim).

lagenforschung in der MPG sein darf, die in den Krisenjahren nach 1945 eine große Rolle spielte, stellte sich ihnen im Jubiläumsjahr 2011 nicht mehr. Der heute in der Konkurrenz um knappe Forschungsförderungsmittel offensichtlich drängenderen Frage, wie nützlich Grundlagenforschung in der MPG sein muss, begegneten sie mit einem Einstein zugeschriebenen und das eingangs zitierte Planck'sche Leitmotiv anschaulich popularisierenden Bonmot:

Wenn man die Forschung nur Ingenieuren überlässt, hätte man perfekt funktionierende Petroleumlampen, aber keinen elektrischen Strom.<sup>8</sup>

## 6.2 Diskursive Praktiken und Ordnungsmuster

Anders als die Wissenschaftsforschung beschäftigt sich die Wissenschaftsgeschichte tatsächlich erst in jüngster Zeit verstärkt mit der begrifflichen Entstehung des zumeist dichotomisch gesetzten Begriffspaares von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, den historischen Verwendungszusammenhängen dieser Terme, ihren sich wandelnden semantischen Bedeutungen und den zu verschiedenen Zeiten jeweils so bezeichneten Gegenständen. Im Fokus von Tagungen und Themenschwerpunkten in wissenschaftshistorischen Zeitschriften stand dabei zuletzt weniger die Grundlagenforschung als vielmehr ihr begrifflicher Gegenpart, die angewandte Forschung.<sup>9</sup> Warum das so ist, und inwieweit dies mit der seit einigen Jahrzehnten dominierenden Argumentationspraxis, Grundlagenforschung als zukünftig nützlich auszuweisen, korrespondiert, bleibt zu überlegen. Grundsätzlich einig sind sich die beteiligten Historikerinnen und Historiker über die unabgeschlossene Historizität sowohl der beiden Terme, die je eigene, unterschiedlich weit zurückreichende begriffsgeschichtliche Traditionen haben, als auch ihrer dichotomischen Verwendungsweise, die überhaupt erst ein Phänomen der Zeitgeschichte nach 1945 ist.

Komplizierter wird es dann, wenn auch das Verhältnis der Bezeichnungen zu dem damit jeweils Bezeichneten als historisch wandelbar verstanden

<sup>8</sup>Ebd., 78.

<sup>9</sup>Die Zeitschrift *History and Technology: An International Journal* publizierte 2007 einen monographisch dimensionierten Artikel von Paul Forman: „*The Primacy of Science in Modernity, of Technology in Postmodernity, and of Ideology in the History of Technology*“ (2007) und ergänzte ihn mit vier eingeladenen Diskussionsbeiträgen von Martin Collins, Ronald Kline, Chunglin Kwa, und Philip Mirowski. Im März 2011 veranstalteten Thomas Wieland und Désirée Schauz im Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte eine Tagung zur „Anwendungsorientierung in der universitären Forschung. Historische Perspektiven auf eine aktuelle Debatte“, vgl. den Bericht von Lax (2011). Die Zeitschrift *Isis* widmete im September 2012 einen „*Focus*“ dem Thema „*applied science*“. Eine andere Perspektive wird in dem Themenheft „Zweckfreie Forschung?“ der Gegenworte. Hefte für den Disput über Wissen (26/Herbst 2011) eingenommen.

und beschrieben werden soll. Dann kann es nicht darum gehen, die von der Wissenschaftsforschung angebotenen Modelle der Wissensgenerierung und Wissenschaftsorganisation empirisch zu überprüfen und ihrer möglichen Gültigkeit eine Zeitspanne historischer Wirklichkeit zuzuweisen oder abzusprechen. Ebenso wenig reicht es aus, die Rede von der Grundlagenforschung und ihrer Abgrenzbarkeit von der angewandten Forschung als rhetorische Strategien in allfälligen historisch-politischen Kontexten zu „entlarven“. Dies wäre im Fall der MPG in der Phase ihrer Umgründung nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ und in nachträglicher Absetzung davon leicht zu zeigen.<sup>10</sup> Es ließe aber noch nicht erkennbar werden, wie das fortan als Grundlagenforschung Akzeptierte und das als angewandte Forschung Ausgegrenzte zueinander in Beziehung gesetzt wurden, wie sich die unterschiedlich bezeichneten Gegenstände und die Verständigung darüber weiterentwickelten, welche institutionellen, forschungsorganisatorischen und epistemisch relevanten Entscheidungen und Handlungen damit einhergingen.

Die sprachliche Trennung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie die dichotomische Verwendung beider Terme, die in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik so dominant wurde, sollen hier als Teil einer diskursiven Praxis verstanden werden. Vor dem Erfahrungshintergrund der engen Verflechtung von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus einerseits, des Abwurfs der US-amerikanischen Atombomben über Hiroshima und Nagasaki andererseits schrieb diese Praxis „wissenschaftliche Forschung“ als seit 1911 gleichlautenden Vereinszweck der MPG um. Sie stellte neue wissenschaftspolitische, institutionelle und epistemische Ordnungen her, die die MPG in der bundesrepublikanischen Wissenschaftslandschaft anders positionierten als zuvor ihre Vorgängerin, die KWG, im Wissenschaftsgefüge des Deutschen Reichs. Insofern fungierte die diskursiv immer wieder herzustellende Trennung von Grundlagenforschung – wie sie in der MPG stattfinden sollte – von der angewandten Forschung – die anderenorts betrieben werden sollte – als ein prominentes „Ordnungsmuster“, also ein Ensemble aus Semantik, Perzeptions- und Erfahrungsmustern, das die Wahrnehmung und Gestaltung von gesellschaftlichen „Basisprozessen“, in unserem Fall der Generierung wissenschaftlichen Wissens, durch die Akteure sowohl innerhalb der MPG als auch im Konzert mit anderen Akteuren der bundesdeutschen Wissenschaftspolitik steuerte.<sup>11</sup>

Um diese diskursiven Praktiken und ihre Veränderungen über einige Jahrzehnte der bundesrepublikanischen Wissenschaftsgeschichte einigermaßen kompakt und aussagefähig zu rekonstruieren, wäre angesichts der bis in die 1990er

<sup>10</sup> Ausführlicher dazu: Sachse (2009); vgl. auch Haller (2006).

<sup>11</sup> Vgl. zu gesellschaftlichen Ordnungsmustern und Basisprozessen: Raphael (2008) und Dipper (2010).

Jahre wachsenden Anzahl der Institute und der disziplinären Vielfalt innerhalb der MPG ein größeres Forschungsprojekt vonnöten. Es müsste sich nicht nur die Selbstbeschreibungen der MPG und ihre Zuständigkeitsabgrenzungen gegenüber anderen Forschungsinstitutionen vornehmen, sondern vor allem die Entscheidungsprozesse über Schließung und Gründung von Instituten und damit über die Forschungsgegenstände analysieren, die als Grundlagenforschung im Sinne der MPG gelten oder nicht gelten sollen. Idealerweise wären selbstverständlich auch Designs und Veränderungen von Forschungsprogrammen in den verschiedenen Instituten zu rekonstruieren. Darüber hinaus wären Debatten über rechtliche, ethische und finanzielle Grenzen der Wissenschaftsfreiheit zu untersuchen, die seit den 1980er Jahren verstärkt geführt wurden und in denen Grundlagenforschung, institutionelle Unabhängigkeit und wissenschaftliche Autonomie häufig einen argumentativen Dreiklang bildeten, um größere Spielräume für die Forschung zu begründen und Einschränkungen zu minimieren.<sup>12</sup>

Dies alles kann der vorliegende Essay nicht leisten; er begnügt sich – nach einer knappen begriffsgeschichtlichen Rekapitulation – vielmehr mit der Beschreibung einiger Momentaufnahmen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die späten 1960er Jahre. Sie zeigen zweierlei, nämlich dass Grundlagenforschung als Ordnungsmuster tatsächlich Selbstwahrnehmungen, Selbstdarstellungen und Entscheidungsprozesse durchdrang, dass dies aber keineswegs im diskursiven Selbstlauf geschah, sondern zumeist mit mühseligen begrifflichen Anstrengungen verbunden war, die nicht immer von Widerspruchsfreiheit gekrönt, gleichwohl aber wirklichkeitsgestaltend wirksam wurden.

### 6.3 „Grundlagenforschung“ als stumpfes zweischneidiges Schwert

Grundlagenforschung und angewandte Forschung beziehungsweise *fundamental science* (seit den 1940er Jahren häufiger: *basic research*) und *applied science* (später häufiger: *applied research*), wie die äquivalenten, aber nicht zu jeder Zeit bedeutungsidentischen Begriffe im Englischen lauten, traten nicht immer schon als dichotomes Begriffspaar auf.<sup>13</sup> Gemeinsam ist ihnen zwar eine je eigentümliche Transfersgeschichte, genauer gesagt: mehrfaches Hin- und Herreisen im transatlantischen Länderdreieck Deutschland-Großbritannien-USA mit gelegent-

<sup>12</sup>Vgl. dazu beispielsweise die Dokumentation des Symposiums der Max-Planck-Gesellschaft „Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion“ im Mai 1991 auf Schloss Ringberg/Tegernsee und darin insbesondere den Beitrag des damaligen DFG- und späteren MPG-Präsidenten Hubert Markl: „Warum soll der Staat heute die autonome Grundlagenforschung finanzieren?“ (1992) sowie die anschließende Diskussion von Max Syrbe: „Grundlagenforschung, angewandte Forschung und industrielle Entwicklung: Autonomie, Instrumentalisierung oder Vernetzung der Teilsysteme?“ (1992).

<sup>13</sup>Vgl. zu Funktionsäquivalenten in historischen Gesellschaftsvergleichen: Schriewer (1999, 89–93).

lichen Abstechern nach Frankreich. Aber der Begriff angewandte Forschung war mit mehr als zweihundert Jahren etwa doppelt so lange unterwegs wie der Begriff Grundlagenforschung.

Robert Bud hat erst kürzlich gezeigt, wie Kants von „reiner Wissenschaft“ zu unterscheidender „angewandter Vernunftkenntnis“ (1786) und die von seinen Schülern davon abgeleiteten Formulierungen wie „angewandte Wissenschaft“, „angewandte Mathematik“ oder „angewandte Chemie“ um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert im Gepäck des britischen Kantianers Samuel Taylor Coleridge (1772–1834) von Göttingen nach Großbritannien reisten.<sup>14</sup> In dessen *Treatise on Method* (1817) amalgamierten sie zu *applied sciences* und inspirierten schließlich die *Encyclopaedia Metropolitana* (1845), die sich vorgenommen hatte, das gesamte Wissen ihrer Zeit gemäß seiner eigenen Struktur und nicht in alphabetischer Reihung darzustellen.<sup>15</sup> War hier in der kantianischen Tradition noch vor allem empirisch und experimentell gewonnenes Wissen im Unterschied zu theoretischen Ableitungen gemeint, so verschmolz *applied science* bald auch mit *practical science*, worunter in Anlehnung an das französische Verständnis von *science appliquée aux arts* technisch nützlich Wissen, wie es polytechnische Ausbildungsstätten lehrten, gefasst wurde.<sup>16</sup>

Der Aufstieg der *applied science* im Amerika der *Reconstruction*, der sich unter anderem im Relaunch der Zeitschrift *Science* 1883 durch Alexander Graham Bell (1847–1922), den dank seines Telefonpatents zu eigenem Forschungslabor und Unternehmen gekommenen Bostoner Professor für Sprachphysiologie, manifestierte, mündete in eine heftige und bis heute nachhallende Auseinandersetzung. Jetzt erst wurden *pure science* und *applied science* gegeneinander in Stellung gebracht. Den Gegenpart übernahm der amerikanische Physiker Henry Rowland (1848–1901), der in den frühen 1870er Jahren die Arbeitsbedingungen an Helmholtz' Forschungsinstitut an der Berliner Universität schätzen (und womöglich auch dessen Ansichten über reine Wissenschaft kennen) gelernt hatte und diese Erfahrungen in die neu gegründete Johns-Hopkins-Universität, die erste primär auf Forschung orientierte Universität der USA, einbrachte. Urteile über die moralische Höherwertigkeit des nicht auf industrielle Verwertung und Gewinn spekulierenden Forschers gegenüber dem profitsüchtigen Erfinder oder, *vice versa*, des auf das Wohl seiner Mitmenschen bedachten Anwenders gegenüber dem solipsistischen Wissenschaftler mischten sich mit Aussagen über die erkenntnistheoretische Vorrangigkeit reiner vor angewandter Forschung. Es ging, wie Paul Lucier den Streit zwischen den Protagonisten Bell und Rowland pointiert hat, um Format, Leitbild, Organisation und Finanzierung der zukünftigen amerikanischen

<sup>14</sup>Bud (2012).

<sup>15</sup>Zum Gebrauch von (*applied*) *science* in früheren Enzyklopädien vgl. Schatzberg (2012, 557–559).

<sup>16</sup>Bud (2012, 539, 541–543).

Wissenschaft und darüber hinaus um das Selbstbild der amerikanischen Gesellschaft zwischen Ethos und Kommerz.<sup>17</sup>

Damit war die Bühne bereitet für den Auftritt der *fundamental research*. Für den englischen Sprachraum hat Sabine Clarke gezeigt, dass sich diese Formulierung zum ersten Mal 1895 in der Zeitschrift *Science* nachweisen lässt und zwar in Artikeln, die sich mit der Organisation und Finanzierung von Agrarwissenschaften befassten.<sup>18</sup> Der Begriff wurde dort in Abgrenzung zu *pure science* verwendet und bezog sich im Unterschied dazu nicht auf ein wie immer geartetes Wissenschaftsverständnis, sondern auf die Art und Weise der Förderung von Wissenschaft. Ganz ähnlich wurde das Adjektiv *fundamental* in den Diskussionen um die Einrichtung und das Aufgabenfeld des *Department of Scientific and Industrial Research* (DSIR) in Großbritannien eingesetzt. Es war 1916 mitten im Ersten Weltkrieg gegründet worden, um der als weit überlegen wahrgenommenen Rüstungsforschung des deutschen Kriegsgegners – inklusive der militarisierten Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) und insbesondere Fritz Habers KWI für physikalische Chemie entgegenzutreten. Als staatliche Einrichtung sollte das DSIR die industrierelevante Forschung unterstützen, Forschungsprogramme auflegen und die britische Industrie ermuntern, mehr Mittel für die Forschung aufzuwenden.<sup>19</sup> In diesen förderpolitischen Kontexten grenzte das Adjektiv *fundamental* die Aufgaben von agrarwissenschaftlichen Forschungszentren in den USA ebenso wie diejenigen des DSIR von zweckfreier wissenschaftlicher Neugier ab und beschrieb sie als erkenntnistheoretisch wichtig und praktisch nützlich zugleich. In dieser Verwendung trat *fundamental research* einerseits Befürchtungen von amerikanischen Farmern und britischen Industriellen entgegen, die wenig Anlass sahen, die *science-for-its-own-sake* esoterischer Grübler mit ihren Steuern zu finanzieren. Andererseits grenzte es die zu fördernden Forschungsbereiche von unmittelbarer industrieller Verwertung ab und beschrieb sie als solche, die sich auf breite, allgemeine, mehrere industrielle Anwendungsbereiche überspannende Fragen richteten. In dieser doppelten Abgrenzung bediente das Adjektiv *fundamental* zwei Zielgruppen zugleich: Wissenschaftler, die ihren akademischen Ruf nicht mit industrieller Auftragsforschung beschädigen wollten, sowie marktlibe-

<sup>17</sup>Vgl. Lucier (2012), der leider nicht auf Rowlands Erfahrungen in Deutschland und mögliche Bezüge zwischen den Vorstellungen von reiner Wissenschaft im Gefolge Helmholtz' und Rowlands Konzept der *pure science* eingeht. Eine ähnliche Debatte fand in den 1870er und 1880er Jahren in Großbritannien statt mit Alexander William Williamsons „*plea for pure science*“ (1870), auf das sich Rowland direkt bezog, und Thomas Henry Huxleys Plädoyer für „*science as culture*“ (1880), vgl. Gooday (2012, 548f.).

<sup>18</sup>Als Beispiel: Arthur: *Development of Vegetable Physiology*, hier zit. nach Clarke (2010, 286).

<sup>19</sup>Vgl. Marsch (2000); Szöllösi-Janze (1998); H. Maier (2007, Bd. 1, 85–174).

rale amerikanische und britische Politiker und Unternehmer, die jegliche staatliche Einmischung in industrielle Belange ablehnten.<sup>20</sup>

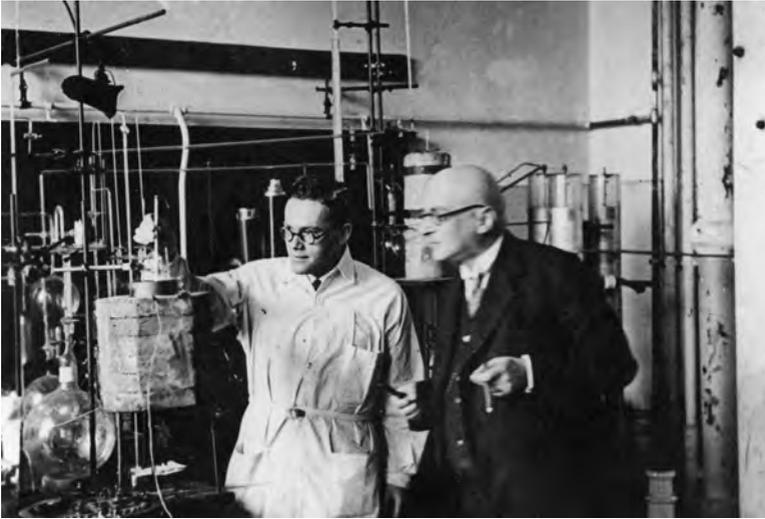


Abb. 6.1: Fritz Haber mit Ladislaus Farkas im KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem, ca. 1930.

Es war der besonderen Situation des Großen Krieges geschuldet, dass der Chef-Administrator des DSIR, John Fletcher Moulton (1844–1921), die akademischen Oxbridge-Kampfhähne aufforderte, ihre Abwehrschriften gegen den Aufstieg der *applied science* endlich zu den Akten zu legen. In seinem Vorwort zu einem im Kriegsjahr 1917 erschienenen Sammelband von Cambridge Absolventen verschiedener Disziplinen mit dem patriotischen Titel *Science and the Nation* konstatierte Moulton:

The distinction between Pure Science and Applied Science is vague and artificial and [...] does not exist as a guiding principle in the minds of those classes to whom we must look for the force which will place Science in its right position in England. It is a distinction which is more actively present to the minds of those who are engaged in abstruse research than to the mind of the general public.<sup>21</sup>

<sup>20</sup>Vgl. Clarke (2010).

<sup>21</sup>Moulton: Introduction, in Seward (1917, viii–xx, hier ix), zitiert nach Gooday (2012, 553).

*Fundamental science* war die öffentlich zu fördernde Wissenschaft der kriegerischen Gegenwart. Sie sollte die obsolet gewordene Unterscheidung zweier Wissensformen ersetzen und sich allenfalls graduell durch eine gewisse Ferne ihrer Forschungsergebnisse von direkter industrieller Verwertung und durch eine etwas umfassendere Bedeutung ihrer Fragestellungen, aber nicht mehr prinzipiell von unternehmerisch zu finanzierender *applied science* abheben. *Fundamental science* wurde also von Anfang an als ein hybrider und relativer Begriff eingeführt. Ihre Nähe zur angewandten Forschung war gerade Ausweis ihrer Modernität gegenüber einer reinen, aber verstaubten Wissenschaft, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden hatte. Erst am Ende des nächsten Weltkrieges sollten *fundamental* oder, wie es dann meistens hieß, *basic research* und *applied research* beziehungsweise Grundlagenforschung und angewandte Forschung wieder in ein dichotomes Abgrenzungsverhältnis zueinander gesetzt werden.<sup>22</sup>

Ob die Briten, als sie sich bei der späten Gründung des DSIR an der Organisation der deutschen Rüstungsforschung im Ersten Weltkrieg und nicht zuletzt auch an der KWG orientierten, das dort zu dieser Zeit allenfalls sporadisch verwandte deutsche Wort Grundlagenforschung übernahmen und in die eigene Sprache übersetzten, bedürfte noch einer genaueren philologischen Recherche. Die Graphen der Verwendungshäufigkeit der englischen und deutschen Terme (*fundamental/basic science/research* vs. Grundlagenforschung) seit 1870, die der *Ngram viewer* anbietet, lassen eher eine Wortwanderung in die Gegenrichtung vermuten.

#### 6.4 Grundlagenforschung als (Wieder-) Gründungsmythos der MPG

Inhaltlich hybride und zwischen reiner und angewandter Forschung changierend sowie intermediär zwischen akademischer und industrieller Forschung institutionalisiert, hätten sich das Programm der KWG und ein großer Teil der dort betriebenen Forschungen seit ihrer Gründung und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zutreffend mit dem auch damals schon kursierenden Wort Grundlagenforschung beschreiben lassen. Wenn die Satzung von 1911 dennoch auf dieses Wort verzichtete, dann vermutlich deshalb, weil es zu dieser Zeit in Deutschland im Unterschied zu Großbritannien oder den USA gar nicht nötig war, die Forschungsfelder der KWG genauer von denen der Industrie einerseits und der öffentlich finanzierten Forschung in Universitäten und Akademien andererseits abzugrenzen. Letztere mochten die neue Konkurrenz bei der öffentlichen Mittelvergabe fürchten, aber industrielle, militärische und staatliche Macht waren sich – jedenfalls im Grundsatz – über die Notwendigkeit außeruniversitärer nicht-industrieller natur-

<sup>22</sup>Nach Clarke (2010, 305) gebrauchte das DSIR seit seinem 33. Annual Report (1947–48) das Adjektiv *basic* als Synonym für *fundamental research*.

wissenschaftlicher Forschung einig. Ebenso stimmten sie darin überein, dass sie als unabhängiger Verein institutionalisiert und durch eine Kombination öffentlicher und privater Stiftungen finanziert werden sollte – ein Konsens, der auch über das Kaiserreich und den Ersten Weltkrieg hinaus anhielt, wobei der öffentliche Anteil an der Finanzierung immer größer wurde.<sup>23</sup> In den Verhandlungen innerhalb des NS-Regimes war das Argument der Grundlagenforschung, wenn es überhaupt verwendet wurde, nur dann hilfreich, wenn es gelang, den staatlichen Geldgebern die tatsächlichen oder potentiellen Anwendungsbezüge beziehungsweise mit fortschreitendem Krieg die Rüstungs- oder Kriegsrelevanz der in der KWG betriebenen Forschungen plausibel zu machen und mit den eigenen Projekten möglichst weit oben in der Hierarchie der militärischen Dringlichkeitsstufen platziert zu werden.<sup>24</sup>

Mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg und der alliierten Besatzung wurden andere Akzentuierungen opportun. Zum einen hatte sich die Bedeutung von *basic research* seit den 1940er Jahren erneut verschoben. Aus dem fluiden englischen Begriff war der distinkte Teil eines nun wieder dichotom konstruierten und im militärischen Jargon formulierten Begriffs-paars von *basic research* – verstanden als „*long range strategic investigations*“ – und *applied science* – verstanden als „*immediate tactical investigations*“ – geworden.<sup>25</sup> Auf Seiten der *basic research* versammelten sich Bedeutungsgehalte der älteren, als ausschließlich erkenntnisorientiert, interesselos und selbstgenügsam verstandenen *pure science* zusammen mit neuen Aufladungen aus dem frühen Kalten Krieg. Dieser Krieg wurde nicht zuletzt als Kulturkampf einer „demokratischen“, „freien“, nicht staatlich gelenkten oder gar kontrollierten Wissenschaft gegen eine „totalitäre“ kommunistische Planwissenschaft ausgetragen, die ganz ähnlich wie zuvor die NS-Wissenschaft beschrieben wurde, nämlich als an ideologische Vorgaben und gesellschaftliche beziehungsweise militärische Interessen gebunden.<sup>26</sup> Selbst wenn man solche Forschungen der gegnerischen Seite als „unwissenschaftlich“ oder „pseudowissenschaftlich“ abzuqualifizieren versuchte, waren ihre rüstungswissenschaftlichen Gefahrenpotentiale dennoch zu fürchten.<sup>27</sup>

<sup>23</sup>Vgl. zur frühen Geschichte der KWG: Hachtmann (2007, 56–59, 81–258).

<sup>24</sup>Zu Rüstungsforschung innerhalb der KWG: Schmaltz (2005); H. Maier (2007).

<sup>25</sup>So das DSIR in seinem 33. Annual Report (1947–1948), hier zitiert nach Clarke (2010, 305).

<sup>26</sup>Diese Debatte hatte ihren Vorlauf in den Auseinandersetzungen zwischen den marxistisch orientierten britischen Wissenschaftlern um John Desmond Bernal (*The Social Function of Science*, London: Routledge 1939) und der *Society for Freedom in Science*, die Michael Polanyi und John Randall Baker 1940 als Reaktion darauf gegründet hatten, vgl. McGucken (1978); Werskey (1988); Clarke (2010, 307–310). Fortgesetzt wurde sie im US-amerikanischen *Congress for Cultural Freedom*; Polanyi (1954, 17–27); vgl. auch Berghahn (2004, 175–178).

<sup>27</sup>Zum Kampfbegriff „Pseudowissenschaft“ im Kalten Krieg vgl. Thiel und Walther (2008).

Auf US-amerikanischer Seite bestanden am Ende des Zweiten Weltkriegs Vorstellungen, dass der alte Kontinent insgesamt, insbesondere aber Deutschland, kein Standort für Forschungen mehr sein dürfe, die irgendwelche militärische Konsequenzen haben könnten. Die KWG, deren Beitrag zur NS-Rüstungswissenschaft und besonders zum „Uranverein“, dem Atomprojekt des NS-Regimes, besonders hoch eingeschätzt wurde, sei deshalb ersatzlos aufzulösen. Andere amerikanische Stimmen besonders aus den Naturwissenschaften und der *Rockefeller Foundation* sowie die britische Seite hielten dagegen: Der Westen könne auf das intellektuelle Potential Europas nicht verzichten. Sie versuchten zu moderieren und differenzierten deshalb – wider besseres Wissen um die unauflösbaren Wechselbeziehungen zwischen Erkenntnis und Interesse: *applied research*, deren technische Entwicklungen tendenziell gefährlich werden könnten, sollte bis auf weiteres in sicherer Distanz vom europäischen Schauplatz des Kalten Krieges auf dem amerikanischen Kontinent konzentriert werden. Im Bereich der *basic research*, die einerseits geeignet war, die Fahne der Wissenschaftsfreiheit gegen den Ostblock hoch zu halten, und deren Aufgaben andererseits hinreichend weit vor der Gefahrenzone technologischer Umsetzungen enden würden, sollten hingegen die europäischen einschließlich der westdeutschen Kompetenzen und hier insbesondere derjenigen der KWG/MPG weiter genutzt werden.<sup>28</sup>

Präsident Otto Hahn und sein Generalsekretär Ernst Telschow nutzten dieses Argumentationsangebot in ihrem letztlich erfolgreichen Kampf gegen den von der amerikanischen Besatzungsmacht forcierten Auflösungsbeschluss und die Re-Etablierung der MPG im zunächst bi- und dann trizonalen Raum Westdeutschlands.<sup>29</sup> Das Organisationsprofil, das sie in einer an den Chef der amerikanischen Militärregierung, General Lucius D. Clay, gerichteten Denkschrift im Februar 1947 für die bundesdeutsche Zukunft der MPG entwarfen, resultierte nicht aus einer kritischen Evaluation der Forschungsprogramme und deren Einbindung in die drei seit der Gründung 1911 durchlebten politischen Herrschaftssysteme. Es war ausschließlich eine Reaktion auf die drei zentralen Vorwürfe, die die amerikanische Besatzungsmacht gegen die KWG, ob zu Recht oder nicht, ins Feld führte:

1. Gegen den unzutreffenden Vorwurf, die KWG sei ein straff organisierter *research trust* gewesen, wurde die wissenschaftliche Autonomie der Institute gesetzt, auch wenn damit nur die als „Harnack-Prinzip“ bekannte

<sup>28</sup>Unter besonderer Berücksichtigung von Frankreich hat Krige (2006, 3) die amerikanische Förderung von *basic research* in Europa als „key node articulating American hegemony with the postwar reconstruction of science in Europe“ beschrieben. Zur Rolle der Rockefeller Foundation als Moderator der US-amerikanischen Sicht auf die KWG und zum Folgenden vgl. Sachse (2009).

<sup>29</sup>Zur Umgründung der KWG/MPG vgl. Hachtmann (2007, bes. 1159–1168).

Autonomie der Direktoren gemeint war, ihre Forschungsfelder selbst zu bestimmen und das Ausmaß ihrer Kooperation mit Wirtschaft, Staat und Militär weitgehend selbst zu regulieren.

2. Dem ebenfalls unzutreffenden Vorwurf, die KWG habe 1933 ihre Selbständigkeit verloren und fortan als Handlanger der Nationalsozialisten funktioniert, wurde naheliegender Weise nicht mit einer korrekten Beschreibung der integralen Teilhabe der KWG am NS-Regime begegnet. Dieser Vorwurf wurde vielmehr offensiv gewendet und die zukünftige institutionelle Unabhängigkeit der MPG von allen politischen Instanzen umso vehementer eingefordert.
3. Der zutreffende Vorwurf, die KWG habe Kriegsforschung betrieben, wurde mit der Versicherung gekontert, die KWG habe, „wie es ihrer Tradition entsprach“, auch in Kriegszeiten weit überwiegend „Grundlagenforschung“ betrieben. Die näheren Beschreibungen, was das genau bedeutete, spielten auf das komplexe zeitgenössische britische und amerikanische Verständnis von *basic research* in den frühen Nachkriegsjahren an. Zum einen: Wenn „in gewissem Umfang Aufgaben durchgeführt (wurden), die für die Kriegswirtschaft von Bedeutung“ waren, so seien sie „aber auch immer von wissenschaftlicher Bedeutung“ gewesen.<sup>30</sup> Hier klang das britische Verständnis von Grundlagenforschung als *long range strategic research* durch. Zum anderen: „Von zahlreichen wissenschaftlichen Kommissionen der Alliierten bei den Besuchen der Kaiser-Wilhelm-Institute unmittelbar nach der Besetzung (ist) mit Erstaunen festgestellt worden, in welchem hohem Umfang in den KWI reine Forschungsarbeit gepflegt wurde.“<sup>31</sup> Hier wurde das ältere Motiv der *pure science* wieder aufgenommen, das die westliche Grundlagenforschung im Kalten Krieg gegen politisch-totalitäre Überformung in nunmehr stalinistischer Ausprägung immunisieren sollte.

Insgesamt bewegte sich diese Antwort auf die amerikanischen Vorwürfe durchaus im diskursiven Feld der transatlantischen Wissenschaftspolitik des beginnenden Kalten Krieges, formulierte aber zugleich spezifische Argumente für die zukünftige Positionierung der MPG in der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft. Sie konstruierte ein Begriffsdreieck von Grundlagenforschung, wissenschaftlicher Autonomie und politisch-institutioneller Unabhängigkeit, in dem jeder Eckpunkt die beiden anderen mit definierte und alle zusammengenommen eine stabile argumentative Einheit herstellten. Demokratisch legitimiert wurde dieses Gefüge durch seine dezidierte Absetzung von jenem totalitären Konstrukt, gegen das die amerikanische Militärregierung glaubte ankämpfen zu müssen. Dieser stabile, demokratisch legitimierte argumentative Dreifuß kam immer wie-

<sup>30</sup> Alle Zitate: MPA, II/1A/(5–5)12: Denkschrift vom 14. Februar 1947.

<sup>31</sup> Ebd., ausführlich dazu: Sachse (2009, 124–128).

der zum Einsatz, wenn es in späteren Jahren darum ging, der Forderung nach hinreichender öffentlicher Finanzierung, weitestgehender wissenschaftlicher Autonomie und institutioneller Unabhängigkeit der MPG gegenüber nunmehr bundesrepublikanischen Wissenschaftspolitikern und Aufsichtsbehörden Nachdruck zu verleihen. Wie er sich darin bewährte, bleibt ebenso zu untersuchen, wie die Frage, inwieweit er sich im Kontext der bald darauf einsetzenden internationalen wissenschaftstheoretischen und -soziologischen Debatten über das Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung veränderte.

### **6.5 „Grundlagenforschung“ als institutionelles Ordnungsmuster innerhalb der MPG**

Die Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung und angewandter, zweckbestimmter oder industrienaher Forschung sei so unvermeidlich wie problematisch, hieß es einige Jahre später im Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für das Geschäftsjahr 1953/54.<sup>32</sup> Die maßgebliche Instanz der bundesdeutschen Wissenschaftsförderung hatte dieses unvermeidliche Problem kurz zuvor vom Deutschen Forschungsrat (DFR) übernommen, jener kurzlebigen wissenschaftspolitischen Institution der frühen Bundesrepublik, mit der sie 1952 fusioniert worden war. Der DFR sollte nach dem Willen seiner wichtigsten Protagonisten, der Nobelpreisträger und prominenten MPG-Mitglieder Werner Heisenberg und Adolf Butenandt, das Verhältnis von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft, von Industrieforschung und öffentlich finanzierter Forschung an Universitären und außeruniversitären Einrichtungen regulieren oder, wie es Heiko Stoff in Anlehnung an Bruno Latour (\*1947) formuliert hat, zugleich dissoziieren und assoziieren.<sup>33</sup>

Das Geschäft des Dissoziierens und Assoziierens von Grundlagen- und angewandter Forschung ließ sich allerdings nicht auf Abgrenzung und Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen der wissenschaftlichen Forschung, etwa der MPG für die Grundlagenforschung, der Fraunhofer-Gesellschaft für die angewandte Forschung und der Industrielabore für die unmittelbar verwertbare Zweckforschung beschränken. Es musste auch innerhalb dieser Institutionen und insbesondere innerhalb der MPG stattfinden, die sich zwar nach dem Krieg als exklusive Institution der bundesdeutschen Grundlagenforschung identifizierte, die aber von ihrer Vorgängerin, der KWG, gewissermaßen einen Gemischtwarenladen im Sinne des bis in die frühen 1940er Jahre vorherrschenden hybriden

<sup>32</sup>Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bericht (1.4.1953 bis 31.3.1954), 18, hier zitiert nach einem Vortragsmanuskript von Heiko Stoff für die Tagung „Anwendungsorientierung“ (März 2011, vgl. Fußnote 10), das mir der Autor freundlicherweise überlassen hat.

<sup>33</sup>Ebd.; zum DFR vgl. Carson und Gubser (2002); Stoff (2004, 394–400); Carson (2010, 192–205).

Verständnisses von *basic research* übernommen hatte. Diese internen Grenzregulierungen sollte sich als grundsätzlich nicht abschließbar erweisen; mit jeder Entscheidung über Eröffnung, Schließung, Weiterführung oder Ausgliederung von kompletten Instituten oder einzelnen Abteilungen mussten sie neu und im Einzelfall oft kontrovers verhandelt werden. Vermittelt über diese Aushandlungsprozesse wirkte die in den frühen Nachkriegsjahren etablierte Selbstverpflichtung zur Grundlagenforschung als Ordnungsmuster in die MPG sowohl als Ganzes als auch in ihre einzelnen Institute und die Konzeptionierung ihrer Forschungsprogramme hinein.



Abb. 6.2: Der 2013 in Betrieb genommene Freie-Elektronen-Laser zur Erzeugung der Synchrotronstrahlung im Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft (Bildquelle: FHI).

### 6.5.1 Das agrarwissenschaftliche Erbe der NS-Zeit

Schon in den letzten Kriegsjahren waren Stimmen laut geworden, denen die zahlreichen Neugründungen vor allem im agrarwissenschaftlichen Bereich zu viel wurden, für die insbesondere der langjährige Generalsekretär der MPG, Ernst Telschow, im Verbund mit Herbert Backe, dem Senator der KWG, Staatssekretär und seit 1941 Reichminister für Ernährung und Landwirtschaft, verantwortlich gezeichnet hatten.<sup>34</sup> Für die Zeit nach dem Krieg mahnten etwa die „Tübinger Herren“, die in der französischen Besatzungszone versammelten KWG-Wissenschaftler Adolf Butenandt, Alfred Kühn, Max Hartmann und Georg Mel-

<sup>34</sup>Zu den Agrarwissenschaften innerhalb der KWG und zur Rolle Backes vgl. Heim (2003). Zu Telschow ausführlich: Hachtmann (2007, Bd. 2, Kap. 9).

chers eine stärkere Berücksichtigung der biowissenschaftlichen Grundlagenforschung an, worunter sie zu diesem Zeitpunkt vor allem ihre eigenen biochemischen, pflanzenphysiologischen, zoologischen und genetischen Forschungsansätze verstanden.<sup>35</sup> Tatsächlich beschloss der Senat der MPG in seiner März Sitzung 1949 in Reaktion darauf, dass die elf Länder der zukünftigen Bundesrepublik den Finanzierungsforderungen der MPG nicht voll entsprochen hatten, insgesamt drei Institute, darunter zwei agrarwissenschaftliche Einrichtungen, nämlich die Forschungsstelle für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung und das Institut für Seenforschung und Seenbewirtschaftung, sowie das Institut für Phonometrie nicht weiter aus dem eigenen, zu knapp bemessenen Budget zu finanzieren.<sup>36</sup>

Auch später wurde verschiedentlich die Absicht geäußert, die MPG auf die Kernbereiche der Grundlagenforschung gesundzuschrumpfen. Tatsächlich wurden aber so gut wie alle Institute, die sich in den Westen hatten retten können, einschließlich der übrigen agrarwissenschaftlichen Kriegsgründungen weitergeführt.<sup>37</sup> Erst anlässlich von Pensionierungen der über das Kriegsende hinweg durchgängig amtierenden Direktoren wurden zuerst 1957 das MPI für Bastfaserforschung, dann 1968/69 das MPI für Kulturpflanzenforschung und vermehrt in den 1970er Jahren Institute vorwiegend im Bereich der Agrarwissenschaften und Züchtungsforschung geschlossen oder in andere Trägerschaft übergeben.<sup>38</sup> Die Dissoziierung der biowissenschaftlichen Grundlagenforschung von der agrarwissenschaftlichen angewandten Forschung wurde dem Alterungsprozess ihrer Vertreter in der MPG überlassen.

### 6.5.2 Wiedereingliederung der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie 1954

In der Deutschen Forschungsanstalt/KWI für Psychiatrie (DFA) im amerikanisch besetzten München, fanden nach schweren Bombenschäden, der unvermeidlichen Entlassung ihres Direktors, Ernst Rüdin, der sich wie nur wenige andere KWI-Wissenschaftler in der NS-Rassenhygiene hervorgetan hatte, und einiger anderer führender Mitarbeiter sowie der Beschlagnahme ihrer klinischen Abtei-

<sup>35</sup>Lewis (2004, 416); Gausemeier (2005, 290, 305–311).

<sup>36</sup>MPA: Niederschriften von Senatssitzungen, Nr. 4–6 (1949), Sitzung vom 18./19. März 1949, 4.

<sup>37</sup>Hier sind zu nennen: KWI/MPI für Bastfaserforschung, KWI/MPI für Tierzucht und Tierernährung, KWI/MPI für Kulturpflanzenforschung.

<sup>38</sup>Darunter: MPI für Zellphysiologie (1970), MPI für Eiweiß- und Lederforschung (1973), MPI für Tierzucht und Tierernährung (1974 an die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft), MPI für Landarbeit und Landtechnik (1976), MPI für Pflanzengenetik (1978); als einziges aus einem anderen Forschungsfeld wurde das MPI für Silikatforschung 1970 an die Fraunhofer-Gesellschaft übergeben. Im Bereich der Physik wurden hingegen überwiegend ältere thematisch umfassendere Institute in Teilgebiete aufgespalten und innerhalb der MPG weitergeführt. Vgl. im Einzelnen Henning und Kazemi (2011). Für eine Auflistung ehemaliger und geschlossener MPI danke ich Florian Schmalz.

lung durch die Besatzungsorgane kaum mehr Forschungsarbeiten statt. Angesichts der Vorbehalte der amerikanischen Siegermacht gegen die Weiterführung der KWG/MPG überhaupt und von außeruniversitären Forschungsinstituten in ihrer Zone im Besonderen konnte die in der britischen Zone angesiedelte Göttinger Generalverwaltung der KWG/MPG die DFA nicht unterstützen, selbst wenn sie es gewollt hätte. Die verbliebenen Mitarbeiter unter dem geschäftsführenden Direktor Willibald Scholz (1889–1971) finanzierten sich und die provisorische Aufrechterhaltung der verbliebenen Infrastruktur aus Zuschüssen der bayerischen Landesregierung sowie einigen vom bayerischen Rechnungshof bemängelten Rücklagen, aber dank der „Zunahme der Syphiliserkrankungen“ und der „Seuchenangst der Besatzungsmacht“ vor allem mit jährlich mehr als 60.000 serologischen Tests, statt der zuvor üblichen 6.000.<sup>39</sup> Die MPG hatte die fast gänzlich in die medizinische Versorgung der Stadt München einbezogene DFA aus ihren Haushaltsplanungen schon gestrichen, als die Ländervertreter im März 1949 mit Blick auf die trizonale Wiederezusammenführung der KWI/MPI beschlossen, den Zuschuss für die DFA in die Gesamtfinanzierung der MPG dennoch einzu beziehen. Die MPG erklärte sich vorerst nur zur „erneuten Betreuung“ der DFA in administrativer Hinsicht bereit und das auch nur unter „der Voraussetzung, dass die Max-Planck-Gesellschaft den Direktor im Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung bestellt“.<sup>40</sup> Mit dem Hirnforscher Willibald Scholz wurde zwar ein langjähriges wissenschaftliches Mitglied der KWG und bewährter Abteilungsleiter in diese Position berufen, der die DFA durch die Wirren der Nachkriegszeit hindurch manövriert hatte. Aber erst fünf Jahre später im März 1954 sollte die DFA als MPI für Psychiatrie wieder als gleichberechtigtes Forschungsinstitut in die MPG eingegliedert werden.

Es lag nahe, diesen Akt mit einem Beitrag zum Jahrbuch der MPG zu würdigen und das neu ernannte MPI als Institut der Grundlagenforschung auszuweisen. Der Beitrag wurde allerdings nicht vom noch immer amtierenden Direktor Scholz, sondern von dem erst 1952 berufenen Leiter des Klinischen Instituts der DFA geschrieben. Werner Wagner, der 1956 zu jung starb, um in den Annalen der MPG-Geschichte merklichere Spuren zu hinterlassen, sah sich veranlasst herauszuarbeiten, inwiefern sich seine Abteilung „aus der Reihe“ der „angewandte Naturwissenschaft“ betreibenden Institute der klinischen Medizin außerhalb der MPG hervorhob und zu Recht einen Platz innerhalb der MPG beanspruchte. „Grundlagenforschung“, wie er sie verstand, fragte nicht nach den „Ursachen“, sondern nach dem „Wesen der Geistesstörungen“, ähnlich wie der

<sup>39</sup>MPA Vc/ 4, KWG Nr. 1: Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949, Göttingen 1949 (Festschrift zum 70. Geburtstag des MPG-Präsidenten Otto Hahn), 259.

<sup>40</sup>MPA: Niederschriften von Senatssitzungen, Nr. 4-6 (1949), Sitzung vom 18./19. März 1949, 5.

Kollege Heisenberg, auf den er sich berief, längst nicht mehr „physikalische Ursachenforschung“ betreibe, sondern nach „Wesen und Weisen der Materie“ frage. Anleihen machte Wagner bei der geisteswissenschaftlich orientierten Anthropologie, mit deren Hilfe man zum Beispiel die psychopathologischen Symptome des alternden Menschen nicht als Folge arteriosklerotischer Prozesse, sondern aus dem „Wesen“ seines individuellen „In-der-Welt-Seins“ verstehen könne. Von da war es nicht weit zu Martin Heidegger (1889–1976), dessen „fundamental-ontologisches“ Denken“ den „Seinsgrund alles Seienden“ und also auch einer Geistesstörung phänomenologisch zugänglich machen könne. „Psychiatrie“, so fasste er zusammen, „wird hier Anlass und liefert zugleich den Stoff für Grundlagenforschung im eigentlichen Sinne.“<sup>41</sup>

Wagners Verständnis von Grundlagenforschung war vermutlich weit entfernt von dem, was sich die britischen und amerikanischen Aufsichtsbehörden darunter vorgestellt hatten, als sie nach mehr oder weniger langem Zögern die Weiterführung der KWG/MPG schließlich doch befürworteten. Aber es lag mit Sicherheit im Trend des bundesrepublikanischen intellektuellen Diskurses der frühen 1950er Jahre, an dem Heisenberg und Heidegger nicht nur gleichermaßen prominenten Anteil hatten, sondern in dem sie auch explizit aufeinander Bezug nahmen, wenn sie etwa im Herbst 1953 in einer von Heidegger arrangierten Vortragsreihe in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste auftraten und mit Beiträgen zum „Naturbild der Physik“ (Heisenberg 1956) beziehungsweise zur „Frage nach der Technik“ (1956) über die „Künste im technischen Zeitalter“ nachdachten.<sup>42</sup>

### 6.5.3 Von der Humangenetik zur Molekulargenetik 1958–1964

In dem komplizierten und sich über mehrere Jahre von 1958 bis 1964 hinziehenden Übergang vom MPI für vergleichende Erbbiologie und Erbpathologie (MPI-VEE) zum MPI für molekulare Genetik (MPIMG) verschoben sich die Gewichte im Verständnis von Grundlagenforschung in anderer Weise.<sup>43</sup> Der scheidende Direktor Hans Nachtsheim, der seine bevorzugt an Kaninchen ausgeführten erbpathologischen Forschungen bereits seit 1940 unter dem Dach des schon bald nach 1945 berichtigten KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik betrieben hatte, gehörte zu denen, die den diskursiven Wandel der Nachkriegsjahre zugunsten der Grundlagenforschung hartnäckig ignorierten. Ob Grundlagenforschung oder nicht: Die Bedeutung seiner am Tiermodell gewonnenen Erkenntnisse für die humangenetische, genauer für die eugenische Praxis entspre-

<sup>41</sup> Wagner (1955, 242, 246, 253–255, 259 f., 266).

<sup>42</sup> Heisenberg (1956); Heidegger (1956); vgl. Carson (2010, 109–113).

<sup>43</sup> Vgl. dazu ausführlich Sachse (2011).

chend des Zwangssterilisationsgesetzes von 1933, das er unverdrossen als nicht genuin nationalsozialistisch, sondern vielmehr wissenschaftlich begründet und im internationalen Vergleich besonders fortschrittlich verteidigte und wieder in Kraft gesetzt sehen wollte, war und blieb die *ultima ratio* seiner Forschungen.<sup>44</sup>

Für den emeritierten Direktor der Medizinischen Forschungsanstalt der MPG in Göttingen, Karl Thomas (1883–1969), der im Konflikt um die Nachfolge Nachtsheims zu moderieren versuchte, schlossen sich hingegen Humangenetik und Grundlagenforschung gegenseitig aus:

Die Hauptaufgaben der Max-Planck-Institute liegen auf dem der Grundlagenforschung. Kann Humangenetik solche leisten? Würde man sie nicht viel eher bei der angewandten Forschung unterzubringen zu haben, wenn zwischen beiden überhaupt eine Grenze zu ziehen ist? Auch diese Überlegung unterstützt meiner Ansicht nach die Überführung [der humangenetischen Abteilung des MPIVEE, CS] in die Freie Universität als neuen Kostenträger.<sup>45</sup>

Tatsächlich setzte sich diese Ansicht am Ende in der MPG durch; die Humangenetik mit ihrem Abteilungsleiter, dem Nachtsheim-Schüler Friedrich Vogel (1925–2006), wurde zwar nicht an die Freie Universität, dafür aber an die Universität Heidelberg verlagert – und zwar trotz der lockenden Fördermillionen, die das bundesdeutsche Atomministerium der MPG in Aussicht gestellt hatte, wenn sie sich der Erforschung humangenetischer Folgen der im „Atomzeitalter“ zu erwartenden steigenden Strahlenbelastung weiter zuwenden würde.<sup>46</sup>

Der direkte Nachfolger Nachtsheims, Fritz Kaudewitz (1921–2001), der sich allerdings schon nach wenigen Jahren als MPI-Direktor aus der Frontstadt des Kalten Kriegs an die Münchner Universität flüchtete, interessierte sich mitnichten für den humangenetischen Anwendungsbezug seiner Molekulargenetik. Wenn er, wie in seinem Antrittsvortrag über „Genetische Grundlagenforschung – Heute“ vor der Jahresversammlung der MPG 1963, mit dem er sich auch sogleich wieder verabschiedete, sein Publikum mitnehmen wollte, war er zu Zugeständnissen bereit. Nach ausführlichen und komplizierten Darlegungen der neueren Erkenntnisse über die molekularen Abläufe der DNS-Duplikation und der Übertragung „genetischer Informationen“, die vor allem in Experimenten mit Mikroorganismen gewonnen worden waren, griff er, um die Relevanz dieser Forschungen auch den Laien in seinem Publikum zu verdeutlichen, auf ein Schulbuchexemplar aus der Humangenetik, die Sichelzellanämie, zurück.<sup>47</sup> Kaum zehn Jahre zuvor hatte

<sup>44</sup> von Schwerin (2000, 2004).

<sup>45</sup> MPA II/1A-IB, MPIVEE, Kaudewitz, Bd. 1, Thomas an Ballreich vom 12. Mai 1961.

<sup>46</sup> Ausführlicher dazu Sachse (2011).

<sup>47</sup> Kaudewitz (1963, 34–64).

der britische Pathologe A. C. Allison mithilfe höchst fragwürdiger Humanexperimente an afrikanischen Männern den mit Malariaresistenz verkoppelten Erbgang dieser Krankheit rekonstruiert.<sup>48</sup> Kaudewitz konnte nun – dank der vergleichenden Analyse von Aminosäuresequenzen im „Normalhämoglobin“ und im „Sichelzell-Hämoglobin“ – zeigen, an welcher Stelle genau die „winzige Änderung“ der Polypeptidketten „vor Jahrtausenden in Keimzellen eines Menschen vor sich gegangen“ sei, und demonstrieren, wie mithilfe molekulargenetischer Methoden gelegentlich auch Aussagen über die menschliche Evolution getroffen werden konnten:

Wir erkennen an diesem Beispiel, dass die biologische Grundlagenforschung, auch wenn sie heute als Versuchsobjekte Mikroorganismen bevorzugt, mitunter dem ‚*tua res agitur*‘ mindestens ebenso gerecht wird wie die Human-Genetik.<sup>49</sup>

Wann die Humangenetik unter Kaudewitz’ Nachfolgern wieder ins MPIMG zurückfand und in welcher Weise sie sich zuvor als Grundlagenforschung beweisen musste, bleibt zu untersuchen.

#### **6.5.4 Gründung des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1967–1969**

Die kontroversen Diskussionen im Vorfeld der Gründung des MPI mit dem schwer eingängigen offiziellen Namen „zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ (MPIL) zwangen auch die Geisteswissenschaftliche Sektion der MPG, über das Gebot der „Grundlagenforschung“ nachzudenken. In seinem Gründungsvorschlag von 1967 hatte Carl-Friedrich von Weizsäcker, Initiator und designierter Direktor des Instituts, das bald landläufig verkürzt nach seinem Starnberger Standort bezeichnet und so bekannt werden sollte, das Zauberwort nicht benutzt. Er sprach dort vielmehr von „Grundwissenschaften“ und nannte als Beispiele „Informationstheorie, Spieltheorie, Systemforschung, Kybernetik“. Sein „ehrgeiziges Ziel“ war es, „das Verhältnis dieser Wissenschaften zueinander“ und zu anderen Wissenschaften“, aber auch „zu möglichen praktischen Anwendungen“ „grundsätzlich“ zu klären. Darüber hinaus sollten diese „abstrakten Wissenschaften“ in seinem Institut mit „konkreten Themen von direkter praktischer Relevanz“ konfrontiert werden.

<sup>48</sup>Allison (1954, 290–294). Noch im Erscheinungsjahr dieser Publikation hatte Nachtsheim bei ähnlicher Gelegenheit die versammelten MPG-Mitglieder über diesen humangenetischen Durchbruch informiert, vgl. Sachse (2011, 44f.).

<sup>49</sup>Kaudewitz (1963, 60f.).

Hier reichte das Themenspektrum von „Welternährung“ und „Strukturproblemen hochindustrialisierter Gesellschaften“ über „Ziviltechnologie“, „Auswirkungen der Biologie“, „Waffentechnik und Strategie“ bis hin zu den möglichen „Zielvorstellungen der Weltpolitik“ und der „zukünftigen Struktur Europas“. <sup>50</sup>

Was sein Institut von den zeitgleich stattfindenden zahlreichen Neugründungen im Bereich der Politikberatung unterscheiden sollte, war also keineswegs die Ferne von praktischen Problemen und angewandter Forschung. Im Unterschied etwa zur Stiftung Wissenschaft und Politik im benachbarten Eggenberg, die „außenpolitische und strategische Analysen vorzugsweise im Regierungsauftrag“ betreibe, mit der man aber dennoch kooperieren wolle, sollten in Starnberg die „Arbeitsthemen ohne jeden Einfluss durch Auftraggeber“ frei gewählt und im Übrigen „hinreichend verantwortlich über das Ganze nachgedacht“ werden. <sup>51</sup>

Weizsäckers Vorstellungen von wissenschaftlicher Autonomie bei der Themenwahl und institutioneller Unabhängigkeit von staatlichen Geldgebern stimmten sicherlich mit denen der meisten anderen MPG-Mitglieder überein, die darüber abzustimmen hatten, ob das von Weizsäcker konzipierte Institut tatsächlich in die MPG aufgenommen werden sollte. Was aber das Nachdenken übers Ganze bei der Fülle der möglichen Themenfelder bedeuten sollte, war den wenigsten von ihnen klar. Begriffe wurden durchgespielt, auf dass – wie der Völkerrechtler Fritz Münch (1906–1995) anmahnte – im Namen des Instituts „etwas Manierliches und Verständliches zum Ausdruck“ käme. <sup>52</sup> Die Rede war von „Zukunftsforschung“, „Futurologie“, „Friedensforschung“ oder „Grundlegung der Planungswissenschaften“; vor „theoretischer und experimenteller Prognostik“ als allzu deutlicher Anspielung auf die Physik wurde allerdings gewarnt. Weizsäcker selbst bevorzugte „Mellontik“, was aber sonst niemand verstand. <sup>53</sup> Am Ende blieb es bei dem von Weizsäcker von Anfang an propagierten Namen, ohne dass den Diskutanten die inhaltlichen Konturen des zu gründenden Instituts wirklich erkennbarer geworden wären. In der kritischen letzten Runde in der Geisteswissenschaftlichen Sektion im Februar 1969 brach dann der Vorsitzende, Wolfgang Lotz (1912–1981) von der Bibliotheca Hertziana, die entscheidende Lanze für Weizsäcker:

<sup>50</sup> Alle Zitate: MPA II/9/13: Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt vom 1. November 1967, unterzeichnet von Carl Friedrich von Weizsäcker, Wolfgang Bargmann (1906–1978), Klaus von Bismarck (1912–1997), Hermann Heimpel (1901–1988), Walther Gerlach (1889–1979) und Werner Heisenberg.

<sup>51</sup> Alle Zitate: ebd.

<sup>52</sup> MPA II/1A-IB, IL1/Lebensbedingungen: Abschrift der Tonaufzeichnung der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion 11. Februar 1969, 65.

<sup>53</sup> MPA II/IA 76. VP, Bd. 2: Niederschrift über die Sitzung des Beratungskreises über die Errichtung eines MPIL 2. Februar 1968; Niederschrift über die 76. Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstands der MPS 4. März 1968.

Die Max-Planck-Gesellschaft betreibt nach der Definition, die jetzt im allgemeinen gegeben wird, Grundlagenforschung. Wenn es eine Grundlagenforschung gibt, dann scheint mir dieses Projekt [...] den Namen zu verdienen und Grundlagenforschung zu erfordern. Die Einzelprojekte, die verfolgt werden sollen, können nur dann verfolgt werden, wenn die Grundlagen dafür in der Gestalt oder in den Vorstellungen von Herrn von Weizsäcker oder des Direktors vorhanden sind.<sup>54</sup>

Gegen die Zweifel an der Machbarkeit des Weizsäcker'schen Programms rief er den Geist Max Webers in den Zeugenstand:

Ich glaube, wenn Herr Max Weber hier in unserem Kreise wäre, würde er wohl auch für dieses Institut stimmen, denn diese Richtung, die Max Weber gegeben hat mit seinen Arbeiten, scheint mir ganz unmittelbar in das hineinzuweisen, worüber wir hier sprechen.<sup>55</sup>

Grundlagenforschung in den Geisteswissenschaften blieb offensichtlich an die hinreichend imposante intellektuelle Statur des heroischen Forschers gebunden, dem sie zugeschrieben wurde und der sie für sich beanspruchen durfte. Dieser im Kreis der MPG-Mitglieder anerkannte Anspruch Weizäckers sagte aber wenig über die Art der zukünftig in Starnberg durchzuführenden Forschungsprogramme aus. Vor allem aber schloss er mitnichten praktische Politikberatung aus, wie sie der MPI-Direktor Weizsäcker zum Beispiel von 1974 bis 1977 als Vorsitzender des Beratenden Ausschusses beim Bundesminister für Forschung und Technologie (BAFT) betrieb.<sup>56</sup>

## 6.6 Vorläufig Resümierendes

Wir haben gesehen, wie die Worte *fundamental/basic research* um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in spezifischen wissenschaftspolitischen Konstellationen in den USA und Großbritannien als ein hybrides, zwischen den Begriffen von reiner und angewandter Forschung oszillierendes Konzept im englischen und eher beiläufig als Grundlagenforschung auch in den deutschen Sprachraum eingeführt wurden. Unter den ganz anders gearteten, aber wiederum spezifischen wissenschaftspolitischen Bedingungen der mittleren 1940er Jahre, in denen sich das

<sup>54</sup>MPA II/1A-IB, IL1/Lebensbedingungen: Abschrift der Tonaufzeichnung der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion 11. Februar 1969, 61 f. (Orthographische und grammatikalische Korrekturen der lückenhaften Transkription: CS).

<sup>55</sup>Ebd., 74 (Orthographische und grammatikalische Korrekturen der lückenhaften Transkription: CS).

<sup>56</sup>MPA II/9/20: MPG-Spiegel 4/1974, 20; Beratungsplan des Bundesministeriums für Forschung und Technologie 1974; Gottstein an Weizsäcker 24. Juni 1974, Weizsäcker an Gottstein 1. Juli 1974.

Ende des Zweiten Weltkriegs, mit dem Beginn des Kalten Krieges überlappte und der westliche Teil des endlich unterworfenen „Dritten Reiches“ schon bald als unvermeidlicher Juniorpartner des westlichen Bündnisses in Betracht gezogen werden sollte, wandelte sich unter überwiegend US-amerikanischer Diskurshegemonie das bis dahin hybride Verständnis von Grundlagenforschung in ein dichotomes Konzept: Grundlagenforschung wurde begrifflich der angewandten Forschung gegenübergestellt und als von dieser klar abgrenzbar beschrieben. Zudem wurde sie mit Anspielungen auf ältere Vorstellungen von reiner Forschung angereichert und als Symbol der Freiheit, für die die westlichen Demokratien gegen den stalinistischen als dem einzig verbliebenen totalitären Gegner einstanden, präsentiert. Grundlagenforschung galt jetzt als anwendungsfern, politisch oder militärisch nicht unmittelbar relevant und frei im Sinne des westlich-demokratischen Selbstverständnisses.

Erst in dieser politischen Konstellation und mit dieser semantischen Aufladung wurde Grundlagenforschung für die in Umgründung befindlichen KWG/MPG programmatisch und leistete ein Dreifaches: Vergangenheitspolitisch half der neue, im und für den Kalten Krieg geschmiedete Begriff von Grundlagenforschung den Charakter jener mehr oder weniger hybriden Forschungen, mit denen sich die KWG als Teil des NS-Regimes gerade auch in der Rüstungsforschung bewiesen hatte, zu verwischen. Gegenwartspolitisch trug er in der unmittelbaren Nachkriegszeit erheblich dazu bei, die organisatorische Integrität der MPG wieder herzustellen, ihre institutionelle Unabhängigkeit zu verteidigen und die wissenschaftliche Autonomie ihrer Mitglieder zu behaupten. Zukunftspolitisch blieb die Verpflichtung auf Grundlagenforschung ein sich stets erneuernder Auftrag. Aber wie wir an den hier beispielhaft skizzierten Diskussionen aus den ersten drei Jahrzehnten der neuen MPG sehen konnten, war den beteiligten Akteuren keineswegs klar, wie dieser Auftrag etwa im Zuschnitt von Instituten, Forschungsfeldern und Projekten umzusetzen sei.

Man könnte geneigt sein, die hier vorgeführten mühseligen Begriffsanstrengungen als Einträge in eine Stilblütensammlung zum Thema Grundlagenforschung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik abzutun. Jeder der hier zitierten Sprecher hatte ein anderes Verständnis von Grundlagenforschung, ob generell als Auftrag der MPG oder speziell in seinem Fach. Aber selbst jene, die ihr mangelndes Vorstellungsvermögen, was Grundlagenforschung im konkreten Fall einer forschenden Person, einer Abteilung oder eines ganzen Instituts bedeuten könnte, offen artikulierten, bezweifelten mit keinem Wort die Selbstverpflichtung der MPG, ihrer Institute, jedes ihrer gegenwärtigen und erst recht der neu aufzunehmenden Mitglieder, zukünftig Grundlagenforschung zu betreiben. In den hier betrachteten Debatten um Schließung, Umgestaltung oder Neugründung von Instituten oder Abteilungen wurden die Forschungspläne

an der Latte „Grundlagenforschung“ gemessen, ohne dass eine verbindliche Kalibrierung erkennbar gewesen wäre. Für die unmittelbaren Nachkriegsjahre war dies sicherlich kaum zu erwarten. Sofern die Debatte um die Gründung des Starnberger Instituts als symptomatisch gewertet werden darf, hatte sich in den Gremien der MPG aber auch zwei Jahrzehnte später noch keine inhaltlich beschreib- und belastbare Übereinkunft über das herausgestellt, was dennoch unangefochten als Entscheidungsparameter galt. Mit welchem in den Forschungspraxen ihrer Mitglieder und Institute begründeten Verständnis von Grundlagenforschung die MPG in die Ende der 1960er Jahre erneut aufflammende gesellschaftliche Debatte um Wissenschaft und ihre soziale Verantwortung und die damit einhergehenden Auseinandersetzungen um die knapper werdenden öffentlichen Fördergelder ging, wäre einer weiteren Untersuchung wert.

## Bibliographie

- Allison, A.C. (1954). Protection Afforded by Sickie-Cell Trait Against Subtertian Malarial Infection. *British Medical Journal* 1(4857):290–294. URL: <http://de.scribd.com/doc/76700080/Allison-Papers-on-Malaria-and-Sickle-Cell-Anemia>.
- Berghahn, Volker (2004). *Transatlantische Kulturkriege: Shepard Stone, die Ford-Stiftung und der europäische Antiamerikanismus*. Stuttgart: Steiner.
- Bud, Robert (2012). „Applied Science“: A Phrase in Search of a Meaning. *Isis* 103(3):537–545.
- Carrier, Martin und Alfred Nordmann, Hrsg. (2011). *Science in the Context of Application*. Dordrecht: Springer.
- Carson, Cathryn (2010). *Heisenberg in the Atomic Age: Science and the Public Sphere*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Carson, Cathryn und Michael Gubser (2002). Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany: The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40:147–179.
- Clarke, Sabine (2010). Pure Science with a Practical Aim: The Meanings of Fundamental Research in Britain, circa 1916–1950. *Isis* 101(2):285–311.
- Dipper, Christof (2010). Moderne, Version: 1.0. *Docupedia: Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung*. URL: <http://docupedia.de/zg/Moderne>.
- Etzkowitz, Henry und Loet Leydesdorff, Hrsg. (1997). *Universities and the Global Knowledge Economy: A Triple Helix of University-Industry-Government Relations*. London, Washington: Pinter.
- (2000). The Dynamics of Innovation: From National Systems and “Mode 2” to a Triple Helix of University - Industry - Government Relations. *Research Policy* 29:109–123.
- Felt, Ulrike, Helga Nowotny und Klaus Taschwer (1995). *Wissenschaftsforschung: Eine Einführung*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Flachowsky, Sören (2010). Max-Planck-Institut für Eisenforschung. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 126–135.
- Forman, Paul (2007). The Primacy of Science in Modernity, of Technology in Postmodernity, and of Ideology in the History of Technology. *History and Technology: An International Journal* 23(1-2):1–152.
- Fuller, Steve (2000). *The Governance of Science*. Buckingham: Open University Press.
- Galison, Peter und Davis J. Stump (1996). *The Disunity of Science: Boundaries, Contexts, and Power*. Redwood City: Stanford University Press.

- Gausemeier, Bernd (2005). *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen: Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten*. Göttingen: Wallstein.
- Gibbons, Michael, Camille Limoges, Helga Nowotny, Simon Schwartzmann, Peter Scott und Martin Trow (1994). *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Re-search in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Gooday, Graeme (2012). „Vague and Artificial“: The Historically Elusive Distinction between Pure and Applied Science. *Isis* 103(3):546–554.
- Grandin, Karl, Nina Worbs und Sven Widmalm (2004). *The Science-Industry Nexus: History, Policy, Implications*. Sagamore Beach, MA: Science History Publications and the Nobel Foundation.
- Gruss, Peter und Reinhard Rürup, Hrsg. (2010). *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Dresden: Sandstein Verlag.
- Hachtmann, Rüdiger (2007). *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- Haller, Lea (2006). *Reine und angewandte Forschung: Zur Praxis einer Grenzziehung. Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, 1911–1952*. Zürich: Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der ETH Zürich.
- Heidegger, Martin (1956). Die Frage nach der Technik. In: *Die Künste im Technischen Zeitalter*. Hrsg. von Die Bayerische Akademie der Schönen Künste. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 48–72.
- Heim, Susanne (2003). *Kalorien, Kautschuk, Karrieren: Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Heim, Susanne und Hildegard Kaulen (2010). Gebremster Erfolg: Geschichte des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung seit 1961. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 356–358.
- Heisenberg, Werner (1956). Das Naturbild der Physik. In: *Die Künste im Technischen Zeitalter*. Hrsg. von Die Bayerische Akademie der Schönen Künste. 2. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 31–47.
- Henning, Eckart und Marion Kazemi (2011). *Chronik der Kaiser-Wilhelm-, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: 1911–2011; Daten und Quellen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kaudewitz, Fritz (1963). Genetische Grundlagenforschung - Heute. In: *MPG-Jahresbericht*. Max-Planck-Gesellschaft, 34–64.
- Krige, John (2006). *American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe*. Cambridge: MIT Press.
- Latour, Bruno (1987). *Science in Action: How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- (2000). *Die Hoffnung der Pandora: Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lax, Gregor (2011). *Tagungsbericht: „Anwendungsorientierung in der universitären Forschung. Historische Perspektiven auf eine aktuelle Debatte“*. URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3601>.
- Lengwiler, Martin (2005). Im Schatten Humboldts: Angewandte Forschung im Wissenschaftssystem Westdeutschlands (1945–1970). *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 55(1):46–59.
- Lewis, Jeffrey (2004). Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft: Göttingen und Tübingen: eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 403–443.
- Lucier, Paul (2012). The Origins of Pure and Applied Science in Gilded Age America. *Isis* 103(3): 527–536.

- Maier, Helmut, Hrsg. (2007). *Forschung als Waffe: Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48*, 2 Bde. Göttingen: Wallstein.
- (2010). Max-Planck-Institut für Metallforschung. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 330–339.
- Maier, Mathias (1997). *Institutionen der außeruniversitären Grundlagenforschung: Eine Analyse der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Markl, Hubert (1992). Warum soll der Staat heute die autonome Grundlagenforschung finanzieren? *Max-Planck-Gesellschaft, Berichte und Mitteilungen*, Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion 1:19–36.
- Marsch, Ulrich (2000). *Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft: Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880–1936*. Paderborn: Schöningh.
- McGucken, William (1978). On Freedom and Planning in Science: The Society for Freedom in Science, 1940–1946. *Minerva* 16:42–72.
- Nowotny, Helga, Peter Scott and Michael Gibbons (2001). *Rethinking Science: Knowledge in an Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity.
- Polanyi, Michael (1954). Reine und angewandte Wissenschaft und ihre angemessene Organisationsformen. In: *Wissenschaft und Freiheit: Internationale Tagung, Hamburg 23.–26.7.1953*. Berlin: Kongress für die Freiheit der Kultur, 17–27.
- Raphael, Lutz (2008). Ordnungsmuster der „Hochmoderne“? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert. In: *Dimensionen der Moderne: Festschrift für Christof Dipper*. Hrsg. von Ute Schneider und Lutz Raphael. Frankfurt am Main: Peter Lang, 73–91.
- Renn, Jürgen und Horst Kant (2010). Forschungserfolge. In: *Denkorte: Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011*. Hrsg. von Peter Gruss und Reinhard Rürup. Dresden: Sandstein Verlag, 70–78.
- Rosenberg, Nathan (1990). Why do firms do basic research (with their own money)? *Research Policy* 19(2):165–174.
- Sachse, Carola (2009). What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Society in the Early Cold War. *Central European History* 42:97–141.
- (2011). Ein „als Neugründung zu deutender Beschluß...“: Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum Max-Planck-Institut für molekulare Genetik. *Medizinhistorisches Journal* 1(46):24–50.
- Schatzberg, Eric (2012). From Art to Applied Science. *Isis* 3(103):555–563.
- Schmaltz, Florian (2005). *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus: Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein.
- Schriewer, Jürgen (1999). Vergleich und Erklärung zwischen Kausalität und Komplexität. In: *Dis-kurse und Entwicklungspfade: Der Gesellschaftsvergleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften*. Hrsg. von Hartmut Kaelble und Jürgen Schriewer. Frankfurt am Main: Campus, 53–102.
- Schwerin, Alexander von (2000). Vom „Willen im Volke zur Eugenik“: Der Humangenetiker Hans Nachtsheim und die Debatte um ein Sterilisierungsgesetz in der Bundesrepublik (1950–63). *Wechselwirkung* 21(103):7104.
- (2004). *Experimentalisierung des Menschen: Der Genetiker Hans Nachtsheim und die vergleichende Erbpathologie 1920–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Seward, A.C., Hrsg. (1917). *Science and the Nation: Essays by Cambridge Graduates*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stehr, Nico (2003). *Wissenspolitik: Die Überwachung des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Stichweh, Rudolf (1994). *Wissenschaft, Universität, Professionen*. Frankfurt am Main: Soziologische Analysen.
- Stoff, Heiko (2004). Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956: Reinigung und Assoziierung. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 369–402.
- Stokes, Donald E. (1997). *Pasteur's Quadrant: Basic Science and Technological Innovation*. Washington: Brookings Institution.
- Syrbe, Max (1992). Grundlagenforschung, angewandte Forschung und industrielle Entwicklung: Autonomie, Instrumentalisierung oder Vernetzung der Teilsysteme? In: *Berichte und Mitteilungen, Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion*. Hrsg. von Max-Planck-Gesellschaft. 1. Max-Planck-Gesellschaft, 37–46.
- Szöllösi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Thiel, Jens und Peter Th. Walther (2008). „Pseudowissenschaft“ im Kalten Krieg: Diskreditierungsstrategien in Ost und West. In: *Pseudowissenschaft*. Hrsg. von Dirk Rupnow et al. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 308–342.
- Trischler, Helmuth und Rüdiger vom Bruch (1999). *Forschung für den Markt: Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft*. München: C.H. Beck/Beck.
- Wagner, Werner (1955). Grundlagenforschung durch Psychiatrie. In: *Jahrbuch 1954 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.* Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 214–226.
- Weingart, Peter (2001). *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- Weingart, Peter, Martin Carrier und Wolfgang Krohn (2007). *Nachrichten aus der Wissensgesellschaft: Analysen zur Veränderung von Wissenschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- Werskey, Gary (1988). *The Visible College*. London: Free Association Books.
- Wilholt, Torsten (2012). *Die Freiheit der Forschung: Begründungen und Begrenzungen*. Berlin: Suhrkamp.

## **Kapitel 7**

### **Harnacks „Großbetrieb der Wissenschaft“ in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft**

*Helmuth Trischler*

Was den Universitäten ihr Wilhelm von Humboldt ist, ist der Max-Planck-Gesellschaft ihr Adolf von Harnack. Beide Repräsentanten deutscher Geistesgröße stehen für die Erfindung einer Tradition (Eric Hobsbawm). Sie repräsentieren im Feld der Wissenschaft mythisch überhöhte Autoritäten, auf die sich nachgerade zeitlos argumentativ zurückgreifen lässt. Dass sich die dabei jeweils vorgebrachten Argumente häufig souverän von den historischen Kontexten lösten, liegt in der Natur des Mythos als polyvalentes Narrativ, das einen weiten Interpretations- und Anwendungsraum eröffnet. Mythen entspringen dem anthropologischen Bedürfnis nach Orientierung im Angesicht des „Absolutismus der Wirklichkeit“ (Hans Blumenberg), und sie lösen sich dabei von ihrem Entstehungszusammenhang.

So hat die Wissenschafts- und Universitätsgeschichte längst nachgewiesen, dass die durch eine integrale Einheit von Lehre und Forschung geprägte Universität, wie sie Wilhelm von Humboldt im Vorfeld der Berliner Universitätsgründung von 1810 in seinem Manuskript „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten“ skizziert hatte, ein Mythos ist.<sup>1</sup> Weder bestimmte die Einheit von Forschung und Lehre den Alltagsbetrieb deutscher Universitäten, noch orientierten sich die Debatten um deren Reform im frühen 19. Jahrhundert an Humboldt und Berlin, sondern nahmen sich meist Halle und Göttingen zum Vorbild. Humboldts Manuskript wurde bezeichnenderweise erst 1903 veröffentlicht und entfaltete seine bis heute anhaltende Wirkung als historisch entkontextualisierter Referenzrahmen erst im Zusammenhang mit der Universitätsreformdebatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Berliner Universitätsjubiläum von 1910 als Kulminationspunkt. Wie intensiv der Humboldt'sche Mythos von der Einheit von Forschung und Lehre als überzeitliches Konstituens der deutschen Universität in der Öffentlichkeit und insbesondere in der wissenschaftspolitischen Öffentlichkeit immer wieder argumentativ-legitimatorisch bemüht wird, zeigte sich dann nicht weniger imposant ein weiteres Jahrhundert später im Dop-

---

<sup>1</sup>Vgl. Ash (1999) und Paletschek (2007, 11–15).

peljubiläumsjahr 2010/11, als die Berliner Universität ihr zweihundertjähriges Bestehen und die Max-Planck-Gesellschaft ihren hundertsten Geburtstag feierten. Hier erlebte die Debatte um die Reform- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Universitäten einen neuerlichen Höhepunkt, und die Humboldt'sche Einheitsformel stand unbeschadet aller historischer Entmythisierungsarbeit im diskursiven Zentrum.

Es gehört zu den Ironien deutscher Wissenschaftsgeschichte, dass es gerade die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1910/11 war, die im Grunde das Humboldt'sche Einheitsprinzip aushebelte. Mit der Verlagerung von Forschung in den außeruniversitären Raum, die bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und am Vorabend des Ersten Weltkriegs dann in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kulminierte, zerbrach die viel beschworene Einheit von Forschung und Lehre vollends. Adolf von Harnack begründete die Wissenschaft als ein autonomes Sozialsystem, das getrennt von Politik oder gar Militär agiert. Die Transformation des deutschen Wissenschaftssystems zu Beginn des 20. Jahrhunderts vollendete die Autonomie der Wissenschaft als gesellschaftliches Subsystem eigener Logik – eine deutliche Zäsur nach einem Jahrhundert der Entwicklung der Universität durch die Praxis ihrer Disziplinen.

Nicht weniger aktuell, lebendig, präsent und wirkungsmächtig als das Humboldt'sche Einheitsprinzip ist das Harnack-Prinzip der Max-Planck-Gesellschaft. Rudolf Vierhaus, der langjährige Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, hat in kritischen Blicken auf den „Mythos“ Harnack-Prinzip mehrfach darauf verwiesen, dass dieses Prinzip nicht allein auf die zentrale Stellung des Institutsdirektors reduziert werden dürfe.<sup>2</sup> In der Tat ging es dem stets um Elastizität und Anpassungsfähigkeit an sich verändernde politisch-gesellschaftliche Kontexte bemühten Harnack um ein ganzes Set von Bedingungen für die Forschung, die er durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft realisieren wollte: um Freiräume für die Grundlagenforschung, um den Schutz der Forschung vor „Clique und Kapital“, wie er die Gefahr einer Einflussnahme durch Politik, Bürokratie, Industrie und Hochfinanz in drastischen Worten formulierte, um die Institutionalisierung von Forschung an den Grenzgebieten der Wissenschaft, um die Mobilisierung mäzenatischer Mittel als Gegenpol zu staatlicher Alimentierung, und zuvorderst auch darum, eine Balance zwischen Leitung und Mitarbeit in der modernen, arbeitsteilig organisierten Wissenschaft zu finden.<sup>3</sup>

Der berühmte Althistoriker Theodor Mommsen begründete die Wahl Harnacks in die Preußische Akademie der Wissenschaft im Jahr 1890 damit, dass der

<sup>2</sup>Vierhaus (1980, 98–108; 1990, 129–144; 2001, 419–441).

<sup>3</sup>Zum Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen der MPG und zum Spannungsfeld zwischen Harnack-Prinzip und Kollegialverfassung siehe auch die Beiträge von Laitko und Lüst in diesem Band.

dynamische Berliner Theologe dazu berufen sei, Großprojekte moderner Wissenschaft zum Erfolg zu führen und damit das soziale Problem der „Grosswissenschaft“ zu lösen – eine Wissenschaft, „die nicht von Einem geleistet, aber von Einem geleitet wird“.<sup>4</sup> Harnack sollte Mommsen nicht enttäuschen. In seinem aufsehenerregenden und schlagwortprägenden Artikel in den Preußischen Jahrbüchern von 1905 „Vom Großbetrieb der Wissenschaft“, die als Gründungsschrift der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelesen werden kann, entwarf Harnack das Bild eines arbeitsteilig organisierten Forschungsunternehmens. Wissenschaft sei zwar im Grunde und letztlich immer die Sache des Einzelnen, aber „es gibt Aufgaben, deren Bewältigung ein Menschenleben weit übersteigt, es gibt ferner Aufgaben, die so viel Vorbereitungen verlangen, dass der Einzelne bis zur Aufgabe selbst gar nicht vorzudringen vermag; [und] es gibt endlich solche, die durch ihre Kompliziertheit eine Arbeitsteilung erfordern.“<sup>5</sup>

Hier findet sich bereits das später als Harnack-Prinzip kanonisierte Konzept formuliert, arbeitsteilige Wissenschaft um eine herausragende Forscherpersönlichkeit herum zu organisieren, das die Max-Planck-Gesellschaft bis heute als ihr ureigenes Organisationsprinzip ansieht – allerdings in einer Formulierung, die das Aufeinanderbezogensein von Leitung und Mitarbeiterschaft betont. Wie groß ein Großbetrieb der Wissenschaft sein solle und dürfe, um sich noch sinnvoll in den korporativen Rahmen der KWG und Max-Planck-Gesellschaft eingliedern zu können – diese Frage wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts dann immer wieder neu und durchaus kontrovers diskutiert, in und außerhalb der in Berlin – und heute in München – ansässigen Forschungsgesellschaft.

In der Debatte um die Großforschung, unter der zu unterschiedlichen Zeiten ganz Unterschiedliches verstanden wurde, spiegeln sich das Selbstverständnis und die sich verändernde Rolle und Position der KWG/MPG im deutschen Wissenschaftssystem. Es ist bemerkenswert und signifikant zugleich, wie häufig man dieser Debatte in der hundertjährigen Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft begegnet, und dies nicht erst seit den 1960er Jahren, als der Begriff der „Großforschung“ in Deutschland in einem Prozess diskursiver Transformation des anglo-amerikanischen Referenzbegriffs Big Science „erfunden“ wurde.<sup>6</sup> Schon Mommsens Rede von der „Grosswissenschaft“ und Harnacks Auslassungen zum „Großbetrieb der Wissenschaft“ verweisen darauf, dass ein das gesamte 20. Jahrhundert überspannender Diskurs über Größendimensionen in der arbeitsteilig organisierte Forschung existierte, in deren Zentrum auch und gerade die KWG/MPG mit ihren Instituten stand.

<sup>4</sup>Theodor Mommsen in seiner Antwort an Harnack in der öffentlichen Sitzung der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 3. Juli 1890, zitiert nach Ritter (1992, 13).

<sup>5</sup>Harnack (1905, 193–201).

<sup>6</sup>Siehe dazu Szöllösi-Janze und Trischler (1990).

Umso mehr lohnt es sich, dieser säkularen Debatte im Folgenden nachzugehen. Anhand von drei ausgewählten Fallbeispielen, die unterschiedliche Forschungsfelder und unterschiedliche Zeitperioden abbilden, wird untersucht, wie erstens Akteure aus Wissenschaft und Politik der KWG/MPG auf die inhärente Wachstumsdynamik moderner Wissensgesellschaften reagierten, und zweitens in kontroversen Aushandlungsprozessen stets von Neuem den institutionellen Ort der KWG/MPG im deutschen Wissenschaftsgefüge zu bestimmen versuchten. Die drei diachron angelegten Fallgeschichten manifestieren diskursive Brennpunkte in der KWG/MPG-Geschichte: das Wachstum der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen im Kontext der nationalsozialistischen Rüstungspolitik und die Debatte um ihre Trennung vom KWI für Strömungsforschung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre (1), die Strukturreform der MPG Ende der 50er und die Institutionalisierung der Hochenergiephysik in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren (2) und die Gründung des MPI für Biochemie in Martinsried an der Wende zu den 1970er Jahren (3).<sup>7</sup>

In all diesen Fällen drehten sich die kontrovers geführten Debatten um die Leitfrage der Vereinbarkeit des ehernen Harnack-Prinzips mit den Strukturen und Erfordernissen der sich entwickelnden Großforschung. Mit anderen Worten: Für die MPG waren die Herausforderungen, mit denen sie sich durch die Großforschung konfrontiert sah, der ultimative Härtestest für das Harnack-Prinzip, das in diesen Debatten nicht zuletzt in kreativer Weise semantisch umgedeutet wurde. Das Harnack-Prinzip, dies sei als Fazit vorweggenommen, erwies sich dabei als flexibel genug, um sich jeweils an die sich verändernden wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Kontexte anzupassen.

## **7.1 Großforschung im Kontext der Rüstungsdynamik: Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen**

Die erste Fallgeschichte erzählt die beispiellos dynamische Expansion eines Instituts, das gleichsam aus dem Institutsverbund der KWG/MPG herauswuchs und die sorgsam austarierte Balance der Gesellschaft ebenso zu sprengen drohte wie ihre Autonomie gegenüber staatlicher Einflussnahme, und damit eines der höchsten Güter im historisch gewachsenen Selbstverständnis der Gesellschaft: das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, verbunden mit der Aero-

<sup>7</sup>Dass die ausgewählten Fallstudien nicht die gesamte Tiefe des diskursiven Feldes ausloten können, versteht sich von selbst. Beispielsweise hätte auch Fritz Haber und sein Institut für Gaskampfforschung einbezogen werden können, als mitten im Ersten Weltkrieg das Haber'sche KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem unter militärischen Vorzeichen in einen wissenschaftlicher Großkomplex zur Erforschung von Giftgasen mit zeitweise über 1.500 Mitarbeitern und 11 Abteilungen transformiert wurde; s. dazu L. F. Haber (1986), Szöllösi-Janze (1998) und Steinhilber et al. (2011).

dynamischen Versuchsanstalt in Göttingen“, wie der offizielle Institutsname seit 1923 lautete. Dieser lange Name des Göttinger Instituts verweist bereits auf dessen komplexe Struktur und die nicht weniger komplexe Gemengelage der beteiligten Akteure und Institutionen.



Abb. 7.1: Transsonischer Windkanal in der AVA, 1963.

Die Göttinger Einrichtung geht auf die von Ludwig Prandtl aufgebaute Modellversuchsanstalt der 1906 gegründeten Motorluftschiff-Studiengesellschaft zurück.<sup>8</sup> Prandtl legte mit der Entdeckung der Grenzschichttheorie und der Tragflügeltheorie die Grundlagen der Aerodynamik als neue Forschungsdisziplin und damit die wissenschaftliche Basis für die sich rasch entwickelnde Luftfahrttechnik. Die Modellversuchsanstalt sollte bereits 1910/11 mit Gründung der KWG auf Betreiben von Prandtl und seinem Mentor, dem berühmten Göttinger

---

<sup>8</sup>Hierzu und zum Folgenden Rotta (1990); Trischler (1992; 2001, 79–110); Epple (2002, 305–356); Eckert (2006); Schmaltz (2010, 67–113).

Mathematiker und Wissenschaftsorganisator Felix Klein, als Institut für Aerodynamik und Hydrodynamik in die Trägerschaft der KWG übernommen werden. Präsident Harnack sah die Luftfahrt durchaus „im Zentrum des allgemeinen Interesses“, prophezeite ihr eine „unermessliche Zukunft“ und signalisierte daher großes Interesse, das Prandtl'sche Institut als Forschung im nationalen Interesse, die er in seiner Gründungsdenkschrift aus dem Jahr 1909 als eines der Hauptziele der KWG formuliert hatte, in ihren Verbund aufzunehmen.<sup>9</sup> Prandtls Hoffnungen, bereits im Sommer 1914 mit dem Bau des neuen Instituts zu beginnen, scheiterten jedoch einstweilen am Veto des Preußischen Finanzministers.

Unter dem Druck des Ersten Weltkrieges begann sich diese Blockade aufzulösen. Staat und Militärs erkannten nun deutlicher als zuvor die Bedeutung aerodynamischer Forschung für die sich rasant entwickelnde Luftfahrttechnik. Prandtl gelang es, 1917 die „Modellversuchsanstalt für Aerodynamik“ aufzubauen, die bezeichnenderweise aber – sehr zu seinem Leidwesen – auf den Luftfahrtsektor reduziert war. Mitten in den Bestrebungen, die Modellversuchsanstalt zu einem das gesamte Gebiet der Strömungsforschung umfassenden Zentrum auszubauen und innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft institutionell stabil zu verankern, erreichte ihn 1920 der Ruf auf den Lehrstuhl für Mechanik der Technischen Hochschule München, die bedeutendste Professur dieser Fachrichtung im gesamten Reich. Das Angebot aus seiner bayerischen Heimat war eine hohe Ehre und Verpflichtung, zumal es maßgeblich von Prandtls Schwiegervater, dem renommierten Statiker und Technischen Mechaniker August O. Föppl (1854–1924), betrieben worden war. Als Prandtl Bereitschaft signalisierte, den Ruf anzunehmen, unternahm Felix Klein alles, um ihn in Göttingen zu halten. Klein gelang es, die KWG und das preußische Kultusministerium zu der Zusage zu bewegen, Prandtl mit den Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute gleichzustellen. Doch Prandtl ging aufs Ganze: Nur wenn die KWG den Ausbau der AVA zu einem KWI für Hydrodynamik „mit allem Ernst“ betreiben würde, sei er bereit, den Ruf der TH München abzulehnen.<sup>10</sup> Den Münchnern signalisierte er, nur unter der Voraussetzung zu kommen, dass die Professur zweigeteilt werde. Dazu aber war der bayerische Landtag einstweilen nicht bereit. Als das bayerische Kultusministerium im Sommer 1921 auf eine Entscheidung drängte, ohne die Genehmigung zur Teilung des Lehrstuhls erteilen zu können, sagte Prandtl ab. Seine Münchner Unterstützer gaben jedoch nicht auf, erwirkten im Jahr darauf die gewünschte Zweiteilung und erteilten einen erneuten Ruf. Nun war für die KWG vollends Eile geboten. Mitten in der Hyperinflation erwirkte Generalsekretär Friedrich Glum die Zusage des Reiches, das geplante KWI für Hydrodynamik mit 500 Millionen Mark im

<sup>9</sup>Protokoll der Hauptversammlung der KWG vom 23. Oktober 1911, zitiert nach Rotta (1990, 104).

<sup>10</sup>Ludwig Prandtl an Friedrich Schmidt-Ott, 1. September 1920. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt. Rep. 1 A/1469, Bl. 150–152.

Gegenwert von 100.000 Goldmark zu unterstützen und den Berliner Industriellen Walter Hoene zu einer Stiftung in gleicher Höhe zu veranlassen. Prandtl sagte nun endgültig zu, in Göttingen zu bleiben. 1923 wurde das KWI für Strömungsforschung verbunden mit der AVA offiziell gegründet. Die komplizierte Struktur des Gesamtinstituts mit getrennter Geschäfts-, Haushalts- und Buchführung der beiden Teilinstitute verweist aber auf eine schwierige Gemengelage. Prandtl leitete das KWI, während sein Schüler Albert Betz (1885–1968) für die AVA verantwortlich zeichnete.

Im Zuge der nationalsozialistischen Rüstungspolitik erlebte das Göttinger Institut ein rasantes Wachstum. Prandtl und Betz konnten ihre Expansionspläne gar nicht groß genug dimensionieren. Das Reichsluftfahrtministerium regte ständig eine Korrektur nach oben an. Bereits 1934 hatte sich der Personalstand von 86 auf über 200 Mitarbeiter vergrößert. Zwei Jahre später hatte die AVA 450 Personen auf ihrer Gehaltsliste und 1938 nicht weniger als 700. Innerhalb weniger Jahre hatte sich die Struktur der AVA grundlegend geändert. Sie war ein wissenschaftlicher Großbetrieb geworden mit hochmodernen Forschungs- und Versuchsanlagen, die im Dreischichtenbetrieb rund um die Uhr gefahren wurden, um die Aufträge der Industrie zu bewältigen. Die Grundlagenforschung kam „auf die Dauer dabei etwas zu kurz“, wie man in der Generalverwaltung der KWG kritisch beobachtete.<sup>11</sup>

Die Generalverwaltung war daher nicht völlig abgeneigt, als das Reichsluftfahrtministerium recht unmissverständlich zu erklären gab, dass die AVA aus dem Verbund der KWG herausgelöst werden sollte, um direkt dem Zugriff der Luftrüstungsadministration unterstellt werden zu können. Nach einer intensiven und durchaus kontrovers geführten Debatte einigte man sich schließlich 1937 darauf, AVA und Kaiser-Wilhelm-Institut zu separieren. Der Kompromisscharakter dieser Entscheidung drückte sich auch in der neuen Namensgebung aus: Aerodynamische Versuchsanstalt in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, was *de facto* jedoch ein Euphemismus war, denn die KWG hatte im Grunde keinen Einfluss mehr auf ihr ehemaliges Institut, das nun ausschließlich für die Luftrüstung arbeitete. Albert Betz als Wissenschaftlichem Leiter wurde ein Kaufmännischer Leiter, Walter Engelbrecht, an die Seite gestellt, der die Verwaltung übernahm und eine Organisationsstruktur einführte. Die AVA entwickelte sich nun vollends zu einem diversifizierten Forschungsunternehmen, das nachgerade idealtypisch allen Kriterien moderner Großforschung entsprach. Es nimmt daher nicht wunder, dass Albert Betz nach Kriegsende recht kritisch auf diese Entwicklung zurückblickte. Die fremdgesteuerte Großforschung habe autonome Grundlagenforschung ver-

---

<sup>11</sup> Aktenvermerk von Ernst Telschow, 24. November 1936. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, I. Abt. Rep. 1 A/1479, Bl. 87.

drängt, und Routinearbeiten in Versuchsanlagen „untragbarer Größenordnung“ hätten die geistig schöpferische Tätigkeit der Wissenschaft unterbunden.<sup>12</sup>

Das Göttinger Doppelinstitut hielt die als MPG wiedergegründete Gesellschaft auch nach 1945 in Atem. Die AVA wuchs ab Mitte der 1950er Jahre wiederum rasch, als es darum ging, sowohl die luftfahrtwissenschaftliche Basis für den Wiederaufbau einer bundesdeutschen Luftfahrtindustrie zu legen, als auch sich an den gemeinsamen Forschungsaktivitäten des Westens im Kontext des Kalten Kriegs zu beteiligen. Dieses Wachstum wurde bezeichnenderweise, obwohl die wissenschaftspolitische Kompetenz bis zur Grundgesetzänderung von 1969 formal bei den Ländern lag, fast ausschließlich durch den Bund finanziert. Die Frage der Autonomie des Göttinger Instituts blieb auf der Tagesordnung und dies umso mehr als im Verlauf der 1960er Jahre die Forderung nach einer wissenschaftlichen Einheitsgesellschaft für die bundesdeutsche Luftfahrtforschung auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde. Diese sollte die in über ein halbes Dutzend Institute zersplitterte Landschaft außeruniversitärer Flugwissenschaften bereinigen. Damit wuchs der Druck auf die Max-Planck-Gesellschaft, die AVA erneut aus ihrem Institutverbund herauszulösen. Als 1968 nach Jahren der inhaltlichen Opposition der Göttinger Wissenschaftler vor Ort die luftfahrtwissenschaftliche Einheitsgesellschaft „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt“ (DFVLR) gegründet wurde, war die Münchner Generalverwaltung durchaus nicht unglücklich darüber, die AVA als Großforschungseinrichtung los zu werden und ihr Engagement auf das MPI für Strömungsforschung und damit auf die Grundlagenforschung als neue identitätsstiftende Mission der Gesellschaft reduzieren zu können.

## 7.2 Plasmaphysik und Hochenergieforschung

Die Herauslösung der AVA aus ihrem Institutverbund entthob die Max-Planck-Gesellschaft nicht der Notwendigkeit, die Debatte um die Rolle der Großforschung zu führen. Das Gegenteil war der Fall, wie die miteinander verknüpften Entwicklungen in der Plasmaphysik bzw. Fusionsforschung und der Hochenergiephysik zeigen.

Der Lübecker Wissenschaftshistoriker Burghard Weiss hat die These aufgestellt, die Restauration ihrer tradierten Strukturen und vor allem des Harnack-Prinzips hätten zur Folge gehabt, dass die Max-Planck-Gesellschaft und die Großforschung in der Bundesrepublik einander fremd geblieben seien. Otto Hahn habe als Präsident seinen Einfluss geltend gemacht, den Einbau von Großforschungseinrichtungen in den Institutverbund der Max-Planck-Gesellschaft – abgesehen vom Münchner MPI für Plasmaphysik – zu verhindern, wobei Hahn und andere

<sup>12</sup>Betz (1949, 253–258); noch deutlicher die Kritik in Betz (1963).

Entscheidungsträgern sich von ihrer Scheu vor unübersichtlichen Großtechnologien hätten leiten lassen. Die Großforschung in der Bundesrepublik sei folgerichtig ab 1955 als neuer Forschungstypus außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft entstanden.<sup>13</sup>

Allerdings verlief auch in der Plasmaphysik die Geschichte weit komplexer, und die Fokussierung auf die institutionalisierte Großforschung verstellte den Blick auf die Differenziertheit der Debatten innerhalb und außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft. Die Schlüsselfigur in den Debatten um das Verhältnis von Großforschung und Max-Planck-Gesellschaft war Werner Heisenberg. Der renommierte Physiker und Nobelpreisträger wuchs rasch in die Position des Doyens der Physik in der Bundesrepublik und in die Rolle des obersten Wissenschaftsberaters von Bundeskanzler Konrad Adenauer hinein.<sup>14</sup> Gespeist aus dem Interesse, den Aufbau der kostenintensiven Kernphysik und Atomforschung in der Bundesrepublik zügig voranzutreiben, setzte er sich für ein kraftvolles Engagement des Bundes in der Forschungsförderung und für eine konzise Wissenschaftsplanung ein. Auch seine Initiative, den Deutschen Forschungsrat als Gegenmodell zur Wiedergründung der autonomieorientierten Notgemeinschaft für die Deutsche Wissenschaft aufzubauen, entsprang dem Bemühen um eine ebenso straffe wie langfristige und verbindliche Forschungsplanung. Hier konnte sich Heisenberg letztlich nicht durchsetzen; die Deutsche Forschungsgemeinschaft nahm zwar Elemente des Heisenberg'schen Konzepts der Forschungsplanung auf, orientierte sich aber weit stärker noch am tradierten Autonomiemodell der Notgemeinschaft.<sup>15</sup>

Auch in der Kontroverse um den Standort der ersten bundesdeutschen Reaktorstation erlitt Heisenberg eine empfindliche Niederlage.<sup>16</sup> Als Physiker sah er in der Kernenergie den Schlüssel zum industriellen Wiederaufstieg Westdeutschlands und drängte auf einen kraftvollen Einstieg in die Forschung. Im November 1952 stellte er Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard das Projekt eines Forschungsreaktors vor, der auf der Basis von Natururan betrieben werden sollte, um unabhängig von amerikanischen Urananreicherungsanlagen zu sein. Als Standort kam für Heisenberg nur seine Heimatstadt München in Frage. Parallel dazu betrieb Bayern den Aufbau der Kernphysik an der TH München und verbesserte damit seine Chancen für die von Heisenberg geplante Reaktorstation. Treibende Kraft war hier der Physiker Heinz Maier-Leibnitz (1911–2000). Nach seiner Berufung 1952 entwickelte sich die TH München binnen kurzem zu einem Zentrum

---

<sup>13</sup>Weiss (1996, 541–560).

<sup>14</sup>Siehe insbes. Carson (2010b).

<sup>15</sup>Vgl. Orth (2010) sowie Carson und Gubser (2002, 147–179).

<sup>16</sup>Vgl. dazu bes. Deutinger (2001, 128–148), sowie Gleitsmann (1986); Eckert (1989, 74–95); Müller (1990, 112–135); Wengenroth (1993, 261–298).

der kernphysikalischen Lehre und mit dem durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Aufbau eines Beschleunigerlabors auch der Forschung.



Abb. 7.2: (v. li.) Wolfgang Gentner, Otto Hahn, Siegfried Balke, Adolf Butenandt und Werner Heisenberg.

Was nun folgte, war eine mit höchstem politischem Einsatz geführte Auseinandersetzung zwischen Baden-Württemberg mit Karlsruhe und Bayern mit München als Kandidaten für den Standort der Reaktorstation. Der Freistaat erwartete sich davon „nicht nur einen Aufschwung Münchens als wissenschaftliches Zentrum, sondern auch große Möglichkeiten einer weiteren industriellen Entwicklung mit modernsten Methoden“.<sup>17</sup> Im Wettbewerb um die Reaktorstation unterlag München schließlich Karlsruhe. Die Max-Planck-Gesellschaft erarbeitete daraufhin eine Kompensationslösung, die es Heisenberg ermöglichte, sein Gesicht zu wahren und das bayerische Angebot der Verlegung des MPI für Physik von Göttingen nach München anzunehmen.

Zum *annus crucis* in der Frage der Position der Max-Planck-Gesellschaft in der Großforschung wurde dann das Jahr 1959/60, als Werner Heisenberg Druck machte, um das geplante Institut für Plasmaphysik aus seinem Münchner MPI für Physik und Astrophysik heraus gründen zu können. Druck machte aber auch der Bund, allen voran Bundesforschungsminister Siegfried Balke, der wiederholt

<sup>17</sup>Pressemitteilung des bayerischen Wirtschaftsministeriums vom 18. Dezember 1953, zitiert nach Deutinger (2001, 7).

forderte, die Max-Planck-Gesellschaft müsse ihre Strukturen dringend dahingehend überprüfen, ob sie noch den Erfordernissen moderner naturwissenschaftlicher Forschung gerecht würden.

Das war der Hintergrund für die vom Senat der Max-Planck-Gesellschaft eingesetzte Senatskommission „Strukturwandel“, die im November 1959 zusammentrat. Auf der Agenda der Kommission, deren Vorsitz selbstverständlich Heisenberg führte, stand die Frage einer möglichen Aufnahme von Großprojekten wie das zu gründende Münchner Institut für Plasmaphysik, das in Hamburg geplante DESY und die Reaktorstation Karlsruhe.<sup>18</sup>

Heisenberg trieb die Männer seiner Kommission – und es waren nur Männer – zu hoher Eile an. Noch im selben Monat, in dem sie erstmals zusammentrat, legte die Kommission ihre Empfehlungen vor, die vom Senat unverändert übernommen wurden und die Max-Planck-Gesellschaft auf eine neue Basis stellten. Die Kommission stellte fest, „dass die moderne Forschungsentwicklung und die in ihr begründeten strukturellen Veränderungen es unter Umständen erforderlich machen, dass die Max-Planck-Gesellschaft künftig auch solche Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben in ihren Betreuerkreis aufnimmt, die ihrem Volumen nach über dem der herkömmlichen Institute der Gesellschaft liegen“.<sup>19</sup>

Nun war der Weg frei für das Münchner IPP, das im Juni 1960 offiziell als GmbH mit der Max-Planck-Gesellschaft und Heisenberg als Gesellschafter gegründet wurde. In der Praxis hatte das IPP als Großforschungseinrichtung im Verbund der Max-Planck-Gesellschaft aber nur einen eingeschränkten Präzedenzcharakter. 1962 monierte der Haushaltsausschuss des Bundestages, dass die Bundeszuschüsse an das IPP als eine privatrechtliche Gesellschaft in Form der GmbH überwiesen wurden, ohne dass der Bund über dessen Gremien formellen Einfluss ausüben konnte. Im Jahr darauf startete Wolfgang Cartellieri als Staatssekretär im Bundesforschungsministerium seine weichenstellende Initiative, die Großforschung als eigenständige institutionelle Säule im bundesdeutschen Innovationssystem zu verankern. Nun war die Führung der Max-Planck-Gesellschaft alarmiert und betrieb im Gegenzug die formelle Aufnahme des Deutschen Elektronen-Synchrotrons, DESY, ging es doch nun darum zu verhindern, dass die kernphysikalische Grundlagenforschung außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft aufgebaut würde. Im Abwehrkampf gegen die drohende Einflussnahme des Bundes auf die kernphysikalische Grundlagenforschung verkehrten sich die Fronten.

Es fällt auf, dass einer der jungen Wilden in der Max-Planck-Gesellschaft, die sich für eine innere Reform der Gesellschaft stark machten, nicht in der Struk-

---

<sup>18</sup>Zum Folgenden Boenke (1991, 127–135).

<sup>19</sup>Zit. nach Boenke (1991, 126).

turkommission des Jahres 1959 vertreten war, nämlich Wolfgang Gentner.<sup>20</sup> Der international renommierte Kernphysiker Gentner hatte Seite an Seite mit Heisenberg am Aufbau der Europäischen Organisation für Kernforschung, CERN, in Meyrin bei Genf mitgewirkt. Er war als Leiter der Proton-Synchrotron-Abteilung nicht nur für den Bau des 600 MeV Synchrozyklotrons zuständig gewesen, sondern hatte bis 1960 auch als Wissenschaftlicher Direktor des CERN fungiert.

Die Max-Planck-Gesellschaft hatte Gentner 1958 nach Heidelberg berufen, um den Umbau des MPI für medizinische Forschung zu einem kernphysikalischen Institut zu betreiben. Das nun als MPI für Kernphysik firmierende Heidelberger Institut entwickelte sich unter Gentners Leitung zu einem Zentrum der Konzeption von Beschleunigern für nieder- und hochenergetische Physik. Als sein Institut von Jahr zu Jahr wuchs und dieses außerordentlich dynamische Wachstum rasch den Rahmen des Harnack-Prinzips sprengte, entwarf Gentner das Konzept einer kollegialen Leitung durch ein mehrköpfiges Direktorium gleichberechtigter Wissenschaftlicher Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft, dem er einstweilen noch als geschäftsführender Direktor vorstehen sollte. Ursprünglich aus der Not heraus geboren, die Wegberufung für ihn unverzichtbarer Führungskräfte wie Anselm Citron abzuwenden, half Gentner mit diesem innovativen Umbau seines Instituts den Weg für die Modernisierung der Max-Planck-Gesellschaft in Abkehr vom Harnack-Prinzip zu bereiten. Nachdem Präsident Adolf Butenandt und die Generalverwaltung zunächst skeptisch bis ablehnend reagiert hatten, waren sie schließlich doch bereit, Gentners Initiative aufzunehmen, „neue Wege zu beschreiten“.

Die offiziell 1964 beschlossene Einführung des Prinzips der kollegialen Leitung schnitt tief in das Gefüge der Max-Planck-Gesellschaft ein. Bis dato waren sämtliche Institute nach der reinen Lehre des Harnack-Prinzips von einem Direktor geleitet worden. Reimar Lüst hat diese Reform – vielleicht etwas hochgegriffen – als die wichtigste Strukturreform der gesamten KWG/MPG-Geschichte bezeichnet.<sup>21</sup>

Gentner jedenfalls sah sich in seiner Einschätzung der Max-Planck-Gesellschaft als geschmeidige Organisation bestätigt, die auch große Forschungszentren der Hochenergiephysik flexibel integrieren konnte. Zudem wusste er sich mit Heisenberg darin einig, das DESY und weitere, noch zu gründende Großinstitute der Grundlagenforschung in die Max-Planck-Gesellschaft aufzunehmen. Hier aber endeten die Gemeinsamkeiten der beiden alten Weggefährten, die ab 1963 in einen Konflikt gerieten, in dem es sowohl um die Zukunft der Hochenergiephysik in der bundesdeutschen Forschungslandschaft als auch um die Rolle der Max-Planck-Gesellschaft in der Großforschung ging.

<sup>20</sup>Hierzu und zum Folgenden Carson (2010a, 107–130) und Trischler (2006, 95–120).

<sup>21</sup>Siehe dazu den Beitrag von Reimar Lüst in diesem Band.

Gentner eröffnete die Debatte, als er im Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft gravierende Bedenken gegenüber der Politik der Gesellschaft in der Kernphysik und Hochenergiephysik äußerte. Vor dem Zweiten Weltkrieg sei die kernphysikalische Forschung weitgehend in den Händen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gewesen. In der Wiederaufbauphase habe es die Max-Planck-Gesellschaft versäumt, ihre Führungsposition zu konsolidieren, und mittlerweile sei die Kernphysik fast völlig außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft angesiedelt. Gentner plädiert vehement dafür, das DESY in die Max-Planck-Gesellschaft zu übernehmen und darüber hinaus ein zweites bundesdeutsches Beschleunigerzentrum für Schwerionenforschung aufzubauen.

Heisenberg lehnte Gentners Vorstoß ab. Die Heidelberger Planungen würden die vorhandenen Kräfte zersplittern und eine effiziente Ausnutzung des DESY gefährden. Er fixierte seine Position in einem Memorandum „Zum Stand der experimentellen Kernphysik in der Bundesrepublik 1963“, in dem er die strikte Priorität für das IPP und DESY bekräftigte. Allerdings sprach er sich dafür aus, den Bau eines Schwerionenbeschleunigers von einer Studiengruppe untersuchen zu lassen, und unterstrich dabei zur Überraschung Gentners, dass ein solcher zweiter nationaler Beschleuniger in den Rahmen der Max-Planck-Gesellschaft gehöre. In einem, nicht abgesandten, Briefentwurf an Gentner erläuterte Heisenberg die tieferen Gründe, die ihn dazu bewogen, dessen Pläne für eine Hochenergieabteilung am MPI für Kernphysik zu torpedieren. Er machte vor allem die durch die starke Expansion der Raumfahrt- und Weltraumforschung angespannte Lage des Bundesforschungshaushalts geltend, die die Wissenschaft zwingt, „eine scharfe Modernisierung ,unter Selektionsdruck“ vorzunehmen. Nur unter der Voraussetzung einer solchen „Modernisierung unter Selektionsdruck“ war er bereit, Gentners Pläne zu unterstützen.<sup>22</sup>

Auch in den folgenden Jahren erwiesen sich Heisenbergs und Gentners Vorstellungen in Fragen kernphysikalischer Großforschung mehrfach als inkongruent. So konfligierten ihre Auffassungen in der Frage, ob der geplante 300 GeV-Beschleuniger des CERN an einem bundesdeutschen Standort gebaut werden sollte. Gentner setzte sich mit aller Macht dafür ein, Heisenberg stellte eine bundesdeutsche Beteiligung an diesem Großprojekt grundsätzlich in Frage. Ebenso weit auseinander lagen die beiden Granden der bundesdeutschen Physik, als es um die Errichtung eines Instituts für Schwerionenforschung ging, der späteren Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt. Gentner hatte ursprünglich für eine Anbindung an die Max-Planck-Gesellschaft plädiert, setzte sich dann aber gemeinsam mit Präsident Butenandt für eine eigenständige Großforschungseinrichtung nach dem Vorbild des DESY ein. Heisenberg leistete hin-

---

<sup>22</sup>Heisenberg an Gentner, o.D. (Okt. 1963), zitiert nach Trischler (2006, 110).

haltende Opposition gegen das Vorhaben und erklärte darüber seinen Rücktritt als Vorsitzender des Arbeitskreises Kernphysik der Deutschen Atomkommission.

In den unterschiedlichen Vorstellungen Heisenbergs und Gentners zur Zukunft der Großforschung in der Hochenergiephysik in Deutschland verschmolzen mehrere Divergenzen zu einem Grundsatzkonflikt, der zeitgenössisch als personalisierte Konfrontation zwischen den beiden Großfürsten bundesdeutscher Physik wahrgenommen wurde. Die erste Konfliktlinie ist die zwischen dem Experimentalphysiker und dem Theoretiker, die zweite der räumliche Disput zwischen Heidelberg und München als zwei konkurrierende Subzentren physikalischer Forschung, die dritte der Prioritätenstreit zwischen Hochenergiephysik und Plasmaphysik und die vierte die oben diskutierte Debatte um die Rolle der Max-Planck-Gesellschaft in der Großforschung. In diesem Bündel von Divergenzen offenbart sich ein tiefgehender Konflikt um die Notwendigkeit wissenschaftlicher Schwerpunktbildung. Gentner steht dabei für das forschungspolitische Regime permanenter Expansion und Heisenberg für das Regime der Konzentration und Priorisierung.<sup>23</sup> Im Mikrokosmos der Debatten um die Großforschung in der Max-Planck-Gesellschaft spiegelt sich stets auch der Makrokosmos grundlegender Prozesse nationaler und transnationaler Wissenschaftsentwicklung.

### 7.3 Lebenswissenschaften: Das MPI für Biochemie

Um die räumliche Konzentration wissenschaftlicher Ressourcen geht es auch im dritten Fallbeispiel: der Gründung des MPI für Biochemie in Martinsried bei München.<sup>24</sup> In einem finanziellen Kraftakt hatte Bayern Adolf Butenandt Anfang der 1950er Jahre von Tübingen nach München geholt. Die Magnetfunktion, die sich Bayern von Butenandt erhoffte, trat tatsächlich ein. Der Nobelpreisträger polierte den Ruf der Medizinischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität auf, und während seiner Präsidentschaft (1960–1972) verlagerte sich das Schwergewicht der Max-Planck-Gesellschaft mehr und mehr in seine neue Wahlheimat München. Parallel dazu betrieb Butenandt eine Strukturreform der Max-Planck-Gesellschaft. Auf der Hauptversammlung 1964 ließ er sich eine neue Satzung genehmigen. Sie führte nicht nur das Kollegialprinzip in der Leitung der Institute ein, sondern stärkte auch die Rolle des Präsidenten, der in Anlehnung an die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers künftig die Verantwortung für die Wissenschaftspolitik der Max-Planck-Gesellschaft übernahm.

Unschwer sind hier die Einflüsse der US-amerikanischen Diskussion um Departmentstrukturen in der Forschung zu erkennen, die auch als Begründung

<sup>23</sup>Vgl. dazu die überzeugende Interpretation von Carson (2010a, 113–128).

<sup>24</sup>Zum Folgenden Deutinger (2001, 112–127); Trischler (2004, 117–194); Heßler (2007).

herangezogen wurden, als Butenandt dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft im März 1965 das Konzept einer lokalen Konzentration von Ressourcen präsentierte. In Göttingen sollten die Institute der biophysikalischen Chemie und in München die Biochemie zusammengeführt werden. In Vorgesprächen hatte sich die Generalverwaltung bereits mit der Universität München darauf verständigt, ihre in der Universität untergebrachten Institute auszulagern und in einem Neubau in Martinsried in der Nähe des Großklinikums der Universität zu zentralisieren. Mit diesem biochemischen Zentrum hofften Butenandt und seine Münchner Mitstreiter vor allem auch das Problem der Anpassung der Max-Planck-Gesellschaft an die besonders dynamische Entwicklung der Wissenschaft an der Schnittstelle zwischen Biologie und Chemie zu bewältigen. Auf die sich beschleunigende Dynamik der Forschung jeweils nur alle 20 Jahre beim Wechsel eines Institutsleiters reagieren zu können, war ein Strukturfehler der Max-Planck-Gesellschaft, der für Butenandts ureigenen Kompetenzbereich dadurch behoben werden sollte, dass der neue biochemische Forschungskomplex in etwa ein Dutzend selbstständige Abteilungen aufgegliedert werden sollte. Der Senat stimmte zu und bereitete damit den Boden für das Martinsrieder Projekt.

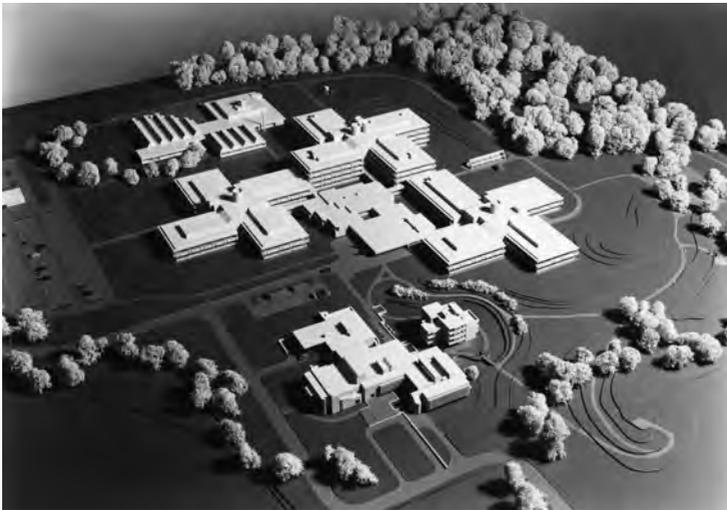


Abb. 7.3: Modell Martinsried, 1969.

Das 1972 gegründete Max-Planck-Institut für Biochemie kann als Antwort der Wissenschaftler auf die Strukturprobleme multidisziplinärer Großforschung gesehen werden. Einer der maßgeblichen Initiatoren des Martinsrieder Zentrums,

der Zellchemiker Gerhard Ruhenstroth-Bauer (1913–2004), brachte diese Probleme auf den Punkt und versah dabei die kontingente Herausbildung der drei Max-Planck-Institute für Biochemie, Eiweiß- und Lederforschung sowie für Zellchemie am Standort München mit einer teleologischen Interpretation. Das neue biochemische Zentrum war demnach die historisch konsequente Antwort auf „die Entwicklung der Wissenschaftsstrukturen und des Arbeitsstils“ der Forschung der letzten beiden Jahrzehnte. Die Spezialisierung der Forschung zwänge zu einer Neuinterpretation des Harnack-Prinzips. Vor allem Forschungsfragen, die „inhaltlich oder methodisch in Zwischenbereichen eines größeren Gebiets“ lägen, erforderten eine thematische und letztlich auch räumliche Konzentration.<sup>25</sup> Die drei biochemischen Max-Planck-Institute sollten in dem neuen Komplex aufgehen, der im Endausbau nicht weniger als 16 wissenschaftlich selbstständige Einheiten vorsah. Dass man diese Einheiten wechselnd „Institut“, „Teilinstitut“, „Abteilung“ und „Arbeitsgruppe“ nannte, zeigt, wie schwierig es war, das eherne Harnack-Prinzip mit der modernen departmentähnlichen Organisations- und Raumstruktur von Martinsried zu verbinden. Nobelpreisträger Feodor Lynen bewältigte in seiner Doppelfunktion als Vertreter von Präsident Butenandt und designierter geschäftsführender Direktor von Martinsried diesen sprachartistischen Drahtseilakt bei seiner Richtfestrede im November 1970, indem er die sternförmige Architektur des Zentrums als raumstrukturelle Auflösung des Dualismus zwischen den erforderlichen engen räumlichen Beziehungen und der wissenschaftlichen Selbstständigkeit der einzelnen Abteilungen interpretierte. Manche umliegenden Gemeinden wie auch der Bund Naturschutz in Bayern sahen dies übrigens anders. Sie protestierten heftig gegen eine Zerstörung der Landschaft durch „die utopische Mondarchitektur“ des Instituts.<sup>26</sup>

Die biochemische Großforschung nach Martinsrieder Muster strukturierte nicht nur den lokalen Raum. Zu Beginn der 1980er Jahre verdichtete sich in Deutschland die Wahrnehmung eines Rückstands der biotechnologischen Forschung gegenüber den USA.<sup>27</sup> Die staatlichen Fördermittel für die Biotechnologie stiegen rasch an, und sie flossen vor allem in die vorhandenen Forschungszentren, von denen man sich nun ähnliche wirtschaftliche Effekte erhoffte, wie sie mittlerweile in den USA aufgetreten waren. In dieser Phase mutierte Martinsried in der forschungspolitischen Rationalität zu einem Kraftzentrum für die Herausbildung einer neuen, wissenschaftsbasierten Wachstums-, Schlüssel- und Zukunftsindustrie. Nun erst entwickelte sich der Ortsteil von Planegg zu einem weltweit bekannten Synonym für Bio- und Gentechnologie, für die Verknüpfung

<sup>25</sup>Ruhenstroth-Bauer „Das Martinsrieder Projekt“, undatiertes Exposé (1969), MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IB-Akten, Biochemie.

<sup>26</sup>Helmut Schröcke (LMU München) an MPG-Präsident Lüst, 2. Juni 1972, MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, IB-Akten, Biochemie.

<sup>27</sup>Vgl. dazu Giesecke (2001 und Wieland (2010, 235–253).

von wissenschaftlicher Exzellenz und wirtschaftlichem Wachstum und die Max-Planck-Gesellschaft zu einem wichtigen Akteur nicht nur der bundesdeutschen Forschungslandschaft, sondern auch des nationalen Innovationssystems.

## Bibliographie

- Ash, Mitchell G. (1999). Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess: ‚Erneuerung‘ oder Krisenimport? In: *Mythos Humboldt: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Hrsg. von Mitchell G. Ash. Wien: Böhlau-Verlag, 105–135.
- Betz, Albert (1949). Ziele, Wege und konstruktive Auswertung der Strömungsforschung. *Zeitschrift des VDI* 91:253–258.
- (1963). *Die Sonderstellung der Forschung*. Göttingen: Max-Planck Ges.-Dokumentationsstelle.
- Boenke, Susan (1991). *Entstehung und Entwicklung des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik 1955–1971*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, 127–135.
- Carson, Cathryn (2010a). Beyond Reconstruction: CERN's Second-Generation Accelerator Program as an Indicator of Shifts in West German Science. In: *Physics and Politics: Research and Research Support in Twentieth Century Germany in International Perspective*. Hrsg. von Helmuth Trischler und Mark Walter. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 107–130.
- (2010b). *Heisenberg in the Atomic Age: Science and the Public Sphere*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Carson, Cathryn und Michael Gubser (2002). Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany: The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40:147–179.
- Deutinger, Stephan (2001). *Vom Agrarland zum High-Tech-Staat: Zur Geschichte des Forschungsstandorts Bayern 1945–1980*. München: Oldenbourg Akademieverlag.
- Eckert, Michael (1989). Das „Atomel“: Der erste bundesdeutsche Forschungsreaktor als Katalysator nuklearer Interessen in Wissenschaft und Politik. In: *Wissenschaft für Macht und Markt: Kernforschung und Mikroelektronik in der Bundesrepublik Deutschland*. Hrsg. von Michael Eckert und Maria Osietzki. München: C.H. Beck, 74–95.
- (2006). *The Dawn of Fluid Dynamics: A Discipline between Science and Technology*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Epple, Moritz (2002). Rechnen, Messen, Führen: Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, 1937–1945. In: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 305–356.
- Giesecke, Susanne (2001). *Von der Forschung zum Markt: Innovationsstrategien und Forschungspolitik in der Biotechnologie*. Berlin: Edition Sigma.
- Gleitsmann, Rolf-Jürgen (1986). *Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950–1955)*. Karlsruhe: Wiley.
- Haber, L.F. (1986). *The Poisonous Cloud: Chemical Warfare in the First World War*. New York: Oxford University Press.
- Harnack, Adolf (1905). Vom Großbetrieb der Wissenschaft. *Preußische Jahrbücher* 119:193–201.
- Heßler, Martina (2007). *Die kreative Stadt: Zur Neuerfindung eines Topos*. Bielefeld: transcript.
- Müller, Wolfgang D. (1990). *Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Anfänge und Weichenstellungen*. Stuttgart: Schäffer Verlag, 112–135.
- Orth, Karin (2010). *Autonomie und Planung der Forschung: Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Paletschek, Sylvia (2007). Zurück in die Zukunft? Universitätsreformen im 19. Jahrhundert. In: *Das Humboldt-Labor: Experimentieren mit den Grenzen der klassischen Universität*. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität, 11–15.

- Ritter, Gerhard A. (1992). *Großforschung und Staat in Deutschland: Ein historischer Überblick*. München: C.H. Beck.
- Rotta, Julius (1990). *Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen: ein Werk Ludwig Prandtls. Eine Dokumentation ihrer Geschichte 1907–1925*. Göttingen: Akademische Verlagsanstalt.
- Schmaltz, Florian (2010). Vom Nutzen und Nachteil der Luftfahrtforschung im NS-Staat: Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und die Strahltriebwerksforschung im Zweiten Weltkrieg. In: *Vom Nutzen der Wissenschaft: Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Hrsg. von Susanne Pieper und Frank Uekötter. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 67–113.
- Steinhauser, Thomas, Jeremiah James, Dieter Hoffmann und Friedrich Bretislav (2011). *Hundert Jahre an der Schnittstelle von Chemie und Physik: Das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft zwischen 1911 und 2011*. Berlin: De Gruyter.
- Szöllösi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Szöllösi-Janze, Margit und Helmuth Trischler (1990). *Großforschung in Deutschland*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Trischler, Helmuth (1992). *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900–1970: Politische Geschichte einer Wissenschaft*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- (2001). Aeronautical Research under National Socialism: Big Science or Small Science? In: *Science in the Third Reich*. Hrsg. von Margit Szöllösi-Janze. London: Bloomsbury Academic, 79–110.
  - (2004). Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik: Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*. Hrsg. von Thomas Schlemmer und Horst Woller. Bd. 3. Bayern im Bund. München: Oldenbourg Akademie Verlag, 117–194.
  - (2006). Wolfgang Gentner und die Großforschung im bundesdeutschen und europäischen Raum. In: *Wolfgang Gentner: Festschrift zum 100. Geburtstag*. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Ulrich Schmidt-Rohr. Berlin/Heidelberg/New York: Springer, 95–120.
- Vierhaus, Rudolf (1980). Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator. In: *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 1980*. Göttingen: Max-Planck-Gesellschaft, 98–108.
- (1990). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 129–144.
  - (2001). Im Großbetrieb der Wissenschaft: Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator und Wissenschaftspolitiker. In: *Adolf von Harnack: Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker*. Hrsg. von Kurt Nowak und Otto Gerhard Oexle. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 419–441.
- Weiss, Burghard (1996). Harnack-Prinzip und Wissenschaftswandel: Die Einführung kernphysikalischer Großgeräte (Beschleuniger) an den Instituten der KWG. In: *Die Kaiser-Wilhelm / Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin, New York: De Gruyter, 541–560.
- Wengenroth, Ulrich (1993). Die Technische Hochschule nach dem Zweiten Weltkrieg: Auf dem Weg zu High-Tech und Massenbetrieb. In: *Die Technische Universität München: Annäherung an ihre Geschichte*. Hrsg. von Ulrich Wengenroth. München: Technische Universität München, 261–298.
- Wieland, Thomas (2010). Dünn gesäter Sachverstand? Molekularbiologie und Biotechnologie in der Bundesrepublik Deutschland der späten siebziger und frühen achtziger Jahre. In: *Vom Nutzen der Wissenschaft: Beiträge zu einer prekären Beziehung*. Hrsg. von Susanne Pieper und Frank Uekötter. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 235–253.

## **Kapitel 8**

# **Die Politik der Entpolitisierung: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften in Starnberg und Köln**

*Ariane Leendertz*

### **8.1 Einleitung**

Im Frühjahr 1981 stand die Max-Planck-Gesellschaft vor den Trümmern des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Dieses Institut war 1970 auf Vorschlag des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker gegründet worden und in der Tradition des Harnack-Prinzips auf dessen individuelle Forschungsinteressen zugeschnitten gewesen.<sup>1</sup> Auf Weizäckers Vorschlag war 1971 der Frankfurter Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas als zweiter Direktor berufen worden. Als 1976 die Berufung eines dritten Direktors scheiterte, begannen Diskussionen über die künftige Struktur und Ausrichtung des Instituts. Für die Max-Planck-Gesellschaft stellte sich die Frage, ob und in welcher Form Weizäckers Arbeitsbereich erhalten bleiben könne. Die Gründung des Instituts war umstritten gewesen und die Max-Planck-Gesellschaft hatte von Anfang an die Möglichkeit in Betracht gezogen, das Institut nach Weizäckers Emeritierung wieder zu schließen. 1979 entschied sie, dessen Arbeitsbereich nicht fortzuführen und das Institut als Max-Planck-Institut (MPI) für Sozialwissenschaften neu aufzustellen. Die Vorstellungen von Jürgen Habermas, denen die Max-Planck-Gesellschaft bei der Neustrukturierung folgte, ließen sich jedoch nicht realisieren. Am Ende dieses Entscheidungsprozesses wirkte das Institut von inneren Friktionen zerrissen und geriet mit immer neuen Schlagzeilen in die Presse, deren Höhepunkt im April 1981 der Rücktritt von Jürgen Habermas bildete.

Die Geisteswissenschaftliche Sektion und der Senat der Max-Planck-Gesellschaft stimmten deshalb im Mai 1981 für die Schließung des Instituts. Allerdings war sich die Sektion weitgehend einig, dass die Schließung nicht das Ende der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft bedeuten

---

<sup>1</sup>Bei diesem Text handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Vortrags. Einzelne Passagen sind übernommen aus Leendertz (2010) und nicht gesondert gekennzeichnet.

durfte, die sonst nur noch im MPI für Bildungsforschung vertreten waren. So gründete sie umgehend eine Kommission, die in den kommenden Jahren über die künftige Förderung der Sozialwissenschaften beriet. Aus diesen Beratungen ging 1984 das MPI für Gesellschaftsforschung unter der Leitung von Renate Mayntz hervor, das 1985 in Köln seine Arbeit aufnahm. Auch wenn es damals nur selten ausgesprochen wurde, so war Starnberg in allen Diskussionen um die Kölner Neugründung stets präsent. Das MPI für Gesellschaftsforschung entstand als Antwort auf ein gescheitertes Experiment und als Antithese zum Starnberger Institut. Ich habe diese Geschichte der Kölner Gründung an anderer Stelle als „pragmatische Wende“ der Max-Planck-Gesellschaft in ihrem Umgang mit den Sozialwissenschaften bezeichnet.<sup>2</sup> Hier sollen die wichtigsten Etappen dieser Schließungs- und Gründungsgeschichte betrachtet und zu den Prozessen der „Verwissenschaftlichung der Politik“ und der „Politisierung der Wissenschaft“ in Beziehung gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund soll gezeigt werden, inwiefern die Kölner Neugründung als Ergebnis einer „Politik der Entpolitisierung“ interpretiert werden kann.

## 8.2 Wissenschaft als Problemlöser und Problemerzeuger

Unter „Verwissenschaftlichung der Politik“ ist die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse zu verstehen.<sup>3</sup> Wissenschaftliche Erkenntnisse fließen in den politischen Prozess ein, während umgekehrt politisch relevante Fragestellungen in die Wissenschaft hineingetragen werden: Die Verwissenschaftlichung der Politik und die Politisierung der Wissenschaft greifen ineinander, politische und wissenschaftliche Zielsetzungen werden auf institutioneller wie intellektueller Ebene miteinander verwoben. In der Bundesrepublik der 1960er und frühen 1970er Jahre wurde die Verwissenschaftlichung der Politik von der Überzeugung angetrieben, dass man politische Entscheidungen mit Hilfe wissenschaftlichen Wissens optimieren und die Politik damit rationaler und effizienter machen könne. Diese Form der Verwissenschaftlichung erfuhr in den 1960er Jahren einen rasanten Schub, und im Umfeld der namhaften Beratungsgremien und Kommissionen jener Jahre bewegte sich damals die spätere Kölner Gründungsdirektorin Renate Mayntz.

Der westdeutsche Verwissenschaftlichungsboom der Politik entfaltete sich im Einklang mit dem verbreiteten Fortschritts- und Modernisierungsdenken jener Zeit. Auch das Grundverständnis des Starnberger Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker und seine Konzeption des Forschungsprogramms waren von der Überzeugung geprägt, dass Wissenschaft und Technik zur Lösung der

<sup>2</sup>Leendertz (2010).

<sup>3</sup>Weingart (2001; 2003); Szöllösi-Janze (2004, 79–100); Ash (2010, 11–46).

Probleme der Menschheit und der Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen würden, die sie selbst mit geschaffen hatten. Hier lag die besondere Perspektive Weizsäckers. In seinem Gründungsvorschlag für die Max-Planck-Gesellschaft schrieb er 1967:

Die Wissenschaft hat die Lebensbedingungen der Menschheit radikal umgestaltet; noch weiter gehende Umgestaltungen sind zu erwarten. Als Beispiel genügt es, hinzuweisen auf die Veränderung der Weltpolitik durch die Waffentechnik und der Wirtschaft durch zivile Technologie, auf die durch Medizin und Hygiene herbeigeführte Bevölkerungsexplosion und auf die noch nicht absehbaren Konsequenzen künftiger Anwendungen neuer biologischer Erkenntnisse. Alle diese Entwicklungen sind ambivalent; sie bringen ebenso große Chancen wie Gefahren mit sich. Sie nötigen uns damit, Verantwortung für das Leben der Menschheit auch in solchen Bereichen bewusst zu übernehmen, die bisher dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen waren. Friedenssicherung, Welternährung und Bevölkerungsbegrenzung sind die heute bekanntesten Beispiele dafür. [...] Um diese Verantwortung tragen zu können, bedürfen wir der Information über den gegenwärtigen Stand und die mutmaßliche Entwicklung der entscheidenden Faktoren in Gesellschaft, Technik und Wissenschaft.<sup>4</sup>

Im Besonderen sei es notwendig, „die Verwandlung unserer Welt durch die Wirkungen der Wissenschaft selbst mit wissenschaftlichen Mitteln zu studieren“.<sup>5</sup> Das Institut sollte sich somit, wie Weizsäcker später formulierte, mit „Wirkungen zweiter Ordnung“ beschäftigen, mit unintendierten Nebeneffekten und den gesellschaftlichen Folgen und Risiken wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen.<sup>6</sup> Der Soziologe Ulrich Beck hat das, mit deutlicher normativem Einschlag, Mitte der 1980er Jahre als „sekundäre“ beziehungsweise „reflexive“ Verwissenschaftlichung bezeichnet, die für ihn einen der kennzeichnenden Trends in der so genannten Risikogesellschaft bildet: Die Wissenschaft richte sich zunehmend kritisch auf sich selbst und mache die Verwissenschaftlichung selbst zum Gegenstand interdisziplinärer Forschung.<sup>7</sup> Im Starnberger Institut wurde diese Perspektive Anfang der 1970er Jahre in

<sup>4</sup>Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1. November 1967, 1, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin (AMPG), II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

<sup>5</sup>Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 15. Februar 1968, 14, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

<sup>6</sup>Weizsäcker (1979, 49–94).

<sup>7</sup>Beck (1986, bes. 259–262).

Form der Wissenschaftsforschung institutionalisiert, die besonders durch ihre Thesen zur „Finalisierung der Wissenschaft“ bekannt geworden ist.<sup>8</sup>

So wie also die Verwissenschaftlichung der Politik zwei Dimensionen hat, ist auch unter Politisierung der Wissenschaft zweierlei zu verstehen: Zum einen bezeichnet das Konzept die Ausrichtung der Wissenschaft auf politisch relevante Forschungsthemen und Fragestellungen oder politische Regelungsfelder wie beispielsweise die Verteidigungs-, Sozial- oder Entwicklungspolitik. Zum anderen jedoch wird unter Politisierung der Wissenschaft auch die Parteipolitisierung oder Ideologisierung wissenschaftlicher Forschung verstanden. Im Folgenden soll es allerdings nicht darum gehen, die Starnberger Forschungen auf ihren ideologisch-normativen Gehalt zu prüfen. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, inwieweit parteipolitische Positionen und ideologische Frontstellungen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse einer Wissenschaftsorganisation und sowohl auf das interne Image eines MPI als auch auf dessen Außenwirkung nahmen.

### 8.3 Verwissenschaftlichung und Politikberatung

Die Gründung des Starnberger Instituts muss vor dem Hintergrund der Expansion der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik der 1960er Jahre betrachtet werden. Dieser Entstehungskontext ist wichtig, weil die politiknahe Konzeption das institutionelle Selbstverständnis Weizsäckers vor allem in den Anfangsjahren maßgeblich prägte. In den 1960er Jahren wurde in der Bundesrepublik immer wieder kritisiert, dass es keine vergleichbaren Thinktanks wie die amerikanische RAND-Corporation gab. Die Stiftung Wissenschaft und Politik wurde 1964 euphemistisch als „deutsche RAND-Corporation“ angekündigt, und auch im Fall des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt dienten amerikanische Einrichtungen als Vergleichsgröße.<sup>9</sup> Im Januar 1967 kam in München eine illustre Runde deutscher Politiker und Wissenschaftsfunktionäre sowie deutscher und amerikanischer Wissenschaftler und Politikberater zusammen, um über Fragen der Wissenschaftsplanung und wissenschaftlichen Politikberatung zu diskutieren. Unter den Teilnehmern waren der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Adolf Butenandt, der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Hans Leussink, der Gründungsdirektor der Stiftung Wissenschaft und Politik Klaus Ritter sowie der Direktor des MPI für Physik und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft Werner Heisenberg, zugleich Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung. Des Weiteren Heisenbergs Schüler Carl Friedrich von Weizsäcker, der Philosoph und Pädagoge Georg Picht und Kurt Birrenbach, einer der einflussreichen Atlantiker der CDU-/CSU-

<sup>8</sup>Siehe u.a. Böhme (1973, 128–144); Leendertz (2013).

<sup>9</sup>Hierzu und zum Folgenden Rudloff (2004, 216–257, 233–234).

Fraktion im Deutschen Bundestag. Von amerikanischer Seite nahm unter anderem Henry Kissinger teil, zu jener Zeit Direktor des *Defense Studies Programms* an der Universität Harvard und in multipler Beraterfunktion aktiv; außerdem Don K. Price, Dean der *John F. Kennedy School of Government* und Autor von *The Scientific Estate* (1965), einem Schlüsselwerk zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus waren mehrere Mitglieder des *President's Science Advisory Committee* (PSAC) zugegen. Diesem gehörten namhafte Physiker, Chemiker und Ingenieure an, die den amerikanischen Präsidenten über Chancen und Folgen technologischer Entwicklungen berieten.



Abb. 8.1: Das Sarnberger Institut, 1977.

Den Ausgangspunkt der Besprechung in München bildete die Feststellung, dass in der Bundesrepublik eine weitaus größere Kluft zwischen Wissenschaft und Politik existiere als in den USA. Anders als dort gebe es in Deutschland kein übergreifendes und der Regierungsspitze zugeordnetes Beratungsgremium für so wichtige Fragen des öffentlichen Lebens und politischen Handelns wie Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen, Bevölkerungswachstum, Entwicklungshilfe, Umweltschutz oder Infrastrukturentwicklung.<sup>10</sup> Dies waren zum

<sup>10</sup>Ebd., 233f.

einen die Hauptthemen des PSAC, und zum anderen handelte es sich um einige der Schlüsselthemen, die Carl Friedrich von Weizsäcker in der von ihm geleiteten Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) in Hamburg bearbeitete. Genau diese Themen führte Weizsäcker im bereits zitierten Gründungsvorschlag für das Starnberger Institut an, den er ein dreiviertel Jahr nach dem Münchner Treffen bei der Max-Planck-Gesellschaft vorlegte.

Geboren 1912, hatte Weizsäcker Physik bei Heisenberg studiert, war bei selbigem habilitiert worden und ab 1936 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik beschäftigt gewesen. Während des Krieges arbeitete er mit Heisenberg und anderen Wissenschaftlern am deutschen Uranprojekt, zuletzt 1944/45 am Bau eines Kernreaktors im so genannten Atomkeller im schwäbischen Haigerloch. Nach der Internierung in Großbritannien trat Weizsäcker als Abteilungsleiter in das 1946 in Göttingen neu eröffnete MPI für Physik ein und zählte in den fünfziger Jahren zu den Köpfen der westdeutschen Friedens- und Anti-Atombewegung. 1957 gehörte er zu den Unterzeichnern der Göttinger Erklärung, in der sich achtzehn namhafte deutsche Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprachen. Im selben Jahr folgte er dem Ruf der Universität Hamburg auf eine Professur für Philosophie, 1964 übernahm er dort die Leitung der Forschungsstelle der VDW.<sup>11</sup>

In seinem Gründungsvorschlag verwies Weizsäcker mehrfach auf Entwicklungen in den USA, doch er wollte im Institut keine Auftragsforschung betreiben, sondern möglichst unabhängig und frei von verbands- und parteinahen Interessen arbeiten. Das Institut sollte Themen von „direkter praktischer Relevanz“ wählen<sup>12</sup> und dabei Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen, dies jedoch nicht in Form „direkter Entscheidungshilfe“, sondern in Weizsäckers Worten durch „Bewusstseinsbildung“ und seine „pädagogische Wirkung“.<sup>13</sup> In Themensetzung und Vokabular griff das Programm bereits den 1970er und 1980er Jahren vor, wenn etwa von der Bedrohung und dem Schicksal der Menschheit, von Entwicklungsländern und Hungerkatastrophen, von Wettrüsten oder ABM-Systemen die Rede war. Die Themengebiete sollten gerade nicht in disziplinär spezialisierten Einzelstudien, sondern im kontinuierlichen interdisziplinären Gespräch untersucht werden, um ihre inneren Zusammenhänge herauszuarbeiten. Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft stimmte dem Vorschlag 1968 zu, hatte dabei jedoch auch eine Reihe von Bedenken.

---

<sup>11</sup>Hierzu detailliert Hentschel und Hoffmann (2014).

<sup>12</sup>Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 1. November 1967, 3, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

<sup>13</sup>Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, 15. Februar 1968, 7, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 61. SP/3, 30. November 1968.

Neben dem politischen Impetus betrafen die Bedenken die interdisziplinäre und thematische Breite des Instituts. Darüber hinaus kratzte Weizsäckers Programm am Fortschrittsverständnis einer naturwissenschaftlich-technisch orientierten Wissenschaftsorganisation, für die die gesellschaftlichen Risiken wissenschaftlicher Innovationen und Themen wie Friedensforschung, Umwelt oder Kriegsverhütung weitgehend ungewohntes Terrain darstellten. Vehementen Widerstand gegen die Institutsgründung leisteten Vertreter der chemischen Industrie im Verwaltungsrat und im Senat, insbesondere der Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, der ehemalige Konzernchef und inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender von BASF, Carl Wurster (1900–1974), sowie der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Karl Winnacker (1903–1989). Weizsäckers wichtigste Unterstützer Heisenberg und Butenandt setzten sich jedoch durch.<sup>14</sup>

Nach der Berufung von Jürgen Habermas umfasste das Institut zwei Arbeitsbereiche, wobei sich die Debatten über die Zukunft des Instituts am Arbeitsbereich I Weizsäckers entzündeten. Dieser beschäftigte sich mit den Themen Kriegsverhütung, Verteidigung und Strategie („Gruppe Strategieforschung“), Wissenschaftsforschung („Gruppe Wissenschaftsforschung“), Ökonomie der Entwicklungsländer, Umwelt und Wachstum („Gruppe Ökonomie“) sowie mit Grundlagen der Quantentheorie („Physikergruppe“) und philosophischen Fragen. Habermas befasste sich in seinem Arbeitsbereich mit ökonomischen Krisentendenzen in spätkapitalistischen Gesellschaften, der Erzeugung und Verarbeitung von Krisen durch administrative Handlungssysteme, mit Konflikt- und Rückzugspotentialen unter Jugendlichen sowie mit sozialwissenschaftlichen Grundlagenproblemen. Als wissenschaftliches Hauptwerk seiner Starnberger Zeit entstand die Theorie des kommunikativen Handelns, publiziert 1981.

#### 8.4 Politisierung und Polarisierung

Im Verständnis vieler Mitarbeiter wie auch in der Öffentlichkeit galt das Institut als links und politisch. Weizsäcker wollte bevorzugt politisch kontroverse Themen aufgreifen, was bedeutete, dass wissenschaftliche Arbeiten nicht nur innerhalb der Sphäre der Wissenschaft, sondern unter gänzlich anderen Kriterien im politisch-öffentlichen Raum bewertet wurden. Zahlreiche Mitarbeiter ließen sich der Neuen Linken zurechnen, und Jürgen Habermas galt damals als bekennender Neomarxist. In den Diskussionen über die Hochschulgesetzgebung in Hessen hatte sich Habermas Ende der 1960er Jahre öffentlich als radikaler Reformers engagiert, und als politische Intellektuelle bezogen beide Direktoren in gesellschaftlichen Debatten und politischen Meinungskämpfen deutlich Position. Die

---

<sup>14</sup>Hierzu ausführlich Leendertz (2014); zur Gründung ebenfalls Laitko (2011).

Diskussionen der 1970er Jahre waren von teils hoch ideologisierten Lagerkämpfen geprägt. Auf der einen Seite standen die 68er und Neuen Linken, die zahlreichen Protest- und alternativen Bewegungen sowie eine radikale Minderheit, die sich dem Terrorismus verschrieb. Auf der anderen Seite bildete sich ab 1973/74 eine konservative Gegenbewegung, die sich in politisch-intellektuellen Kreisen namentlich um die Verfechter der so genannten Tendenzwende scharte. 1976 zog die CDU/CSU mit dem Motto „Freiheit statt Sozialismus“ in den Bundestagswahlkampf, die Grünen formierten sich im Umfeld von Massendemonstrationen gegen die Kernkraft und infrastrukturelle Großprojekte als neue Partei auf Bundesebene, und 1982 wurde Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgewählt.

Das Institut spaltete in politische Befürworter und politische Gegner, wobei Darstellungen in der Presse eine zentrale Rolle spielen. Seinen Befürwortern galt es als Speerspitze kritischer Wissenschaft in der Bundesrepublik, seinen Gegnern als linke Kadenschmiede. Diese Polarisierung setzte sich, wenn auch nicht in derselben Militanz, innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft fort und erschwerte eine unvoreingenommene Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen des Instituts. Jede Struktur- und Personalentscheidung der Max-Planck-Gesellschaft wurde de facto zu einer politischen Entscheidung, wie sich an der Berufung von Jürgen Habermas sowie an den Debatten über die Erweiterung und Ausrichtung des Instituts ab 1975 und an der gescheiterten Berufung von Ralf Dahrendorf zeigen lässt.

Die Berufung von Jürgen Habermas wurde sowohl in der Geisteswissenschaftlichen Sektion als auch im Senat von Bedenken begleitet. In der betreffenden Sitzung des Senats wurde über alle anderen Berufungen, die anstanden, offen abgestimmt, und jedes Mal war das Ergebnis einstimmig. Über Habermas' Berufung wurde dagegen geheim abgestimmt, und das Ergebnis war nicht einstimmig: 14 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.<sup>15</sup> Vor der Abstimmung schrieb die Sektion in ihrem Bericht für den Senat:

Mit der Gründung des Instituts hat die Max-Planck-Gesellschaft wohl zum ersten Mal die Pflege einer Disziplin aufgenommen, deren Gegenstand nicht allein die Erkenntnis von Zusammenhängen in der Natur, der Geschichte oder des Rechts ist, [sondern] die vielmehr darauf gerichtet ist, Modelle und Pläne für politisches Handeln aufgrund der Erforschung existierender Bedingungen und gegebener Möglichkeiten zu entwickeln. In diesen Disziplinen [= Sozialwissenschaften] durchdringen sich bestimmte, vom For-

---

<sup>15</sup>Niederschrift über die 67. Sitzung des Senats am 24. November 1970, 37, AMPG, Niederschriften des Senats.

scher gesetzte oder akzeptierte Wert- und Zielvorstellungen mit Analysen gegebener Verhältnisse. Versuchung und Gefahr solcher Forschungsrichtungen liegen darin, dass die verfolgten Ziele nicht als solche, d.h. also als gesetzt, sondern als „notwendiges Ergebnis“ empirisch erforschter Entwicklungstendenzen dargestellt werden. [...]

Mit Herrn Habermas würde die Max-Planck-Gesellschaft nun einen Gelehrten berufen, in dessen Denken die sozialwissenschaftliche Forschung mit der Verwirklichung bestimmter praktisch-politischer Zielsetzungen und dem Streben nach Veränderung der Gesellschaft untrennbar verknüpft ist, und zwar in der Weise, dass diese Zielsetzung bereits die vorzunehmende Analyse im Ansatz bestimmt. Herr Habermas steht in betontem Gegensatz zu derjenigen Richtung der Sozialwissenschaften, die den Versuch macht, rein empirisch-analytisch zu arbeiten.

In der Sektion ist die Frage aufgeworfen und erörtert worden, ob die Berufung eines in dieser Weise engagierten Gelehrten in das Institut nicht die Gefahr von dessen einseitiger Ausrichtung mit sich bringen würde, zumal der besondere Einfluss der von Herrn Habermas vertretenen Gedankengänge auf die jüngere wissenschaftliche Generation bekannt ist.<sup>16</sup>

Hier wurde also auf Habermas' Nähe zur 68er Bewegung und zur Neuen Linken angespielt. Besonders interessant ist, dass Habermas' Position im Positivismusstreit gegen seinen eigenen wissenschaftlichen Zugang gewendet und die Möglichkeit „reiner“, das heißt, wertfreier und allein der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichteter Forschung suggeriert wurde. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Kölner Gründungsdirektorin Renate Mayntz später ausdrücklich als Vertreterin des Zweiges der empirischen Sozialforschung akzeptiert wurde.

Auch in die Beratungen über eine Erweiterung des Instituts spielten politische Überlegungen hinein. 1975 wollten Habermas und Weizsäcker das Institut um eine dritte, ökonomische Abteilung mit einem zusätzlichen Direktor ergänzen. Zum einen wollten sie damit einen kompetenten Betreuer für die ökonomischen Arbeiten am Institut gewinnen; zum anderen sollte die Berufung institutionelle Fakten schaffen, die den Fortbestand des Instituts nach Weizäckers

<sup>16</sup>Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion zum Antrag, Prof. Dr. Jürgen Habermas zum Wissenschaftlichen Mitglied und Direktor an das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt zu berufen, 5. November 1970, 3–4, AMPG, II, Abt, Rep. 1A, Senat, 67. SP/DB: 24. November 1970.

Emeritierung 1980 garantieren sollten. Die zuständige Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion sowie der Fachbeirat des Instituts waren jedoch der Ansicht, dass eine dritte Abteilung „zentrifugale Tendenzen“ am Institut verstärken würde und dass die Gefahr eines „Auseinanderfallens“ drohe, wenn es nicht beginne, sich thematisch und disziplinar stärker zu fokussieren. Zugleich wollte man durch eine zusätzliche Berufung keine Vorentscheidung über die Zukunft des Instituts treffen.<sup>17</sup> Der Antrag scheiterte somit 1976 in der Sektion und im Senat. Doch offenbar spielten hierbei auch politisch motivierte Zweifel gegenüber dem vorgeschlagenen Kandidaten eine Rolle. So hieß es 1979 rückblickend im Verwaltungsrat der Max-Planck-Gesellschaft:

Bei der Berufung eines dritten Direktors hat das Institut einen Vorschlag gemacht, der so sehr ins linke Abseits gegangen ist, dass wir glaubten, dass es völlig verkehrt wäre, hier nachzugeben und den Weg weitergehen zu lassen.<sup>18</sup>

1977 dann begannen die Debatten über die Zukunft des Arbeitsbereichs I nach Weizsäckers Emeritierung. Es war klar, dass kein etwaiger Nachfolger dessen Forschungsgebiete in ihrer ganzen Breite würde abdecken können. Die Frage war nun, welche Gebiete ohne Weizsäcker fortgeführt werden konnten. Sie sollten deshalb in genügend enger Beziehung zum Arbeitsbereich von Jürgen Habermas stehen, wenn alle Forschungen weiter unter einem Dach vereint sein sollten. Diese Debatten waren existentiell für die Mitarbeiter und die Forschungsgebiete des Arbeitsbereichs I, denn in den 1970er Jahren wurde das Ausscheiden von Direktoren vielfach zum Anlass genommen, Institute umzustrukturieren oder sogar zu schließen.<sup>19</sup> Die finanziellen Spielräume der Max-Planck-Gesellschaft waren bedeutend enger als in den Jahrzehnten davor. In den 1950er und 1960er Jahren verzeichnete der Gesamthaushalt durchgehend exorbitante Wachstumsraten von 50 bis zu 80 Prozent jährlich; in den 1970er Jahren waren es nur noch zwischen fünf und 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund kam es erstmals zur Schließung von Instituten, da Neugründungen in erster Linie nur durch Schließungen oder interne Umwidmungen möglich waren. Zwischen 1972 und 1984, in der Amtszeit von Reimar Lüst, wurden 20 Abteilungen und Institute geschlossen und rund 550 Personalstellen umgewidmet (von insgesamt etwa 10.000, also 5,5 Prozent).<sup>20</sup> Die Zahl der Institute ging zwischen 1970 und 1975 von 49 auf 45 zurück.<sup>21</sup>

<sup>17</sup>Leendertz (2010, 22–24).

<sup>18</sup>Wortprotokoll der Diskussion im Verwaltungsrat am 15. März 1979, 8, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 7.

<sup>19</sup>Vgl. Vierhaus (1996, 129–138, 136).

<sup>20</sup>Ebersold (1998, 155–173, 166f.).

<sup>21</sup>Hohn (1990, 54). Sie stieg dann aber wieder 1980 auf 49 und 1985 auf 54.



Abb. 8.2: Besuch des damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel (links) im Starnberger Institut 1976; daneben (v.li. n.re.) Konrad Zweigert, Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas.

Im Starnberger Institut zeichnete sich 1977 rasch ab, dass allein die Wissenschaftsforschung thematisch zum Arbeitsbereich von Jürgen Habermas passte und der Arbeitsbereich I somit aufgelöst werden musste. 1978 gelang es dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Reimar Lüst, den Direktor der *London School of Economics*, Ralf Dahrendorf, als potentiellen neuen Direktor neben Habermas zu gewinnen. So entschied der Senat 1979, den Arbeitsbereich I zu schließen, Dahrendorf als zweiten Direktor neben Jürgen Habermas zu berufen und das Institut in ein MPI für Sozialwissenschaften umzustrukturieren. Habermas und Dahrendorf entwickelten hierzu ein gemeinsames Programm.

Die geplante Berufung Dahrendorfs, die bereits zum frühesten Zeitpunkt der Sondierungsgespräche publik wurde, provozierte allerdings Widerstand in Teilen des politisch konservativen Lagers, das eine Fortsetzung der Bonner sozialliberalen Koalition innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft drohen sah. Der *Bayern-Kurier* konstatierte etwa, Habermas behalte nun seine „marxistische Feste“, und der „Habermas-Kader“ werde nach Weizsäckers Ausscheiden noch für etliche

Ableger im Institut sorgen.<sup>22</sup> Zugleich lancierte das Magazin *Der Spiegel* Namen von zwei weiteren potentiellen Direktoren, die wie Habermas zum linken politischen Spektrum zählten (Thomas Ellwein, Klaus von Beyme),<sup>23</sup> denn Habermas und Dahrendorf wünschten sich zwei weitere Direktoren. Der Entscheidungsprozess der Max-Planck-Gesellschaft stand unter öffentlicher Beobachtung, und die politischen Wellen, die er schlug, erfassten auch die Gremien der Wissenschaftsorganisation. Der vermeintlichen Gefahr eines angeblichen Linksdralls suchte der Verwaltungsrat umgehend entgegenzutreten. Vor der Entscheidung des Senats über die Berufung Dahrendorfs sollte selbiger dem Präsidenten garantieren, dass es bei den weiteren Direktorenposten zu einer „ausgewogenen Besetzung“ kommen werde.<sup>24</sup>

Der Beschluss wiederum, den Arbeitsbereich von Weizsäcker zu schließen, rief einen Sturm der Entrüstung auf der anderen Seite des politischen Spektrums hervor. Kritische Wissenschaftler, so der Verdacht bei vielen der Starnberg-Befürworter in Presse und Öffentlichkeit, sollten nun mundtot gemacht und unbequeme Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Nicht allen erschien es plausibel, dass der umfassende Anspruch des Instituts in der Forschungspraxis nicht einzulösen war und dass die interdisziplinäre Breite viele der Wissenschaftler, die sich mit fachfremder Materie beschäftigten, überfordert und das Forschungsprogramm überfrachtet hatte. Allerdings lehnte Dahrendorf den Ruf im Mai 1979 ab. Habermas ließ sich überreden, ein weiteres Konzept auszuarbeiten, nun mit dem Entwicklungspsychologen Franz Weinert (1930–2001) und dem Soziologen Wolfgang Schluchter als weiteren Direktoren. Weinert sagte 1980 zu, Schluchter (\*1938) sagte ab, Weinert wurde berufen, aber bevor die Arbeit beginnen konnte, trat Habermas im April 1981 zurück. Er hatte bereits länger einen Rücktritt erwogen, und am Ende gaben zwei Dinge den Ausschlag: Erstens hatte die Universität München Habermas 1979 ein zweites Mal eine Honorarprofessur verweigert (das erste Mal 1973), beide Male weniger aus wissenschaftlichen denn aus politischen Gründen, und im zweiten Fall war es wohl der lange Arm der Bayerischen Staatsregierung, der ein Votum der Universität verhinderte. Der zweite Grund war, dass vier Mitarbeiter Weizsäckers, Angehörige des Arbeitsbereichs I, vor dem Münchner Arbeitsgericht gegen die Kündigungen prozessierten, die Habermas ihnen nach langem Zögern ausgesprochen hatte. Neben einer öffentlichen Schmutzkampagne befürchtete Habermas, dass die Klage erfolgreich sein werde. Doch sah er sich außer Stande,

<sup>22</sup> „Linke Zellteilung in Starnberg“, in: Bayern-Kurier, 11. November 1978.

<sup>23</sup> „Faustisches Projekt“, in: *Der Spiegel*, 11. Dezember 1978.

<sup>24</sup> Wortprotokoll der Diskussion im Verwaltungsrat am 15. März 1979, 13, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 7.

für diese Mitarbeiter die Verantwortung als Direktor zu tragen und mit ihnen in einem Institut zu arbeiten.<sup>25</sup>

Die Reaktionen in der Presse waren heftig und bestimmten über einige Tage die Schlagzeilen. Der *Rheinische Merkur* titelte „Jürgen Habermas wirft das Handtuch. Götterdämmerung im Grand Hotel Abgrund“ (15. Mai 1981), und aus der Sicht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* beendete der Rücktritt von Habermas „eines der unrühmlichsten Kapitel in der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“:

Missverständnis, Rechthaberei, Naivität, Starrköpfigkeit, Politik und Eitelkeit haben selten so eng zusammengewirkt wie beim Untergang der von Carl Friedrich von Weizsäcker mit hohen Erwartungen 1970 gegründeten Forschungseinrichtung, die sich bis Mitte vergangenen Jahres noch „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ nannte.<sup>26</sup>

Um seine Meinung gebeten, äußerte der gerade erst berufene und nach Habermas' Rücktritt einzige verbliebene Direktor Franz Weinert folgende Einschätzung:<sup>27</sup> Das Institut sei erstens, wie ihm die letzte Mitarbeiterversammlung zeigte, in seiner inneren Mentalität zutiefst beschädigt. Zweitens sei es durch die Berichte in der Presse in seinem Ruf derart beeinträchtigt, dass es kaum mehr möglich sein werde, qualifizierte Wissenschaftler für das Institut zu gewinnen. Es sei praktisch schon destruiert. Auch er sei der Meinung, dass das Institut geschlossen werden müsse, und so geschah es. Für Weinert wurde kurz darauf das MPI für psychologische Forschung in München neu geschaffen.

## 8.5 Die Politik der Entpolitisierung

Zugleich begannen 1981 neue Beratungen über die Zukunft der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft. Auf der zuständigen Kommission der Geisteswissenschaftlichen Sektion lasteten erhebliche Hypotheken. Nach der Schließung des Starnberger Instituts stand sie vor einer Reihe teils unausgesprochener Notwendigkeiten, die das Ergebnis der Debatten maßgeblich beeinflussten und die Ausrichtung eines neuen sozialwissenschaftlichen Instituts

<sup>25</sup>Siehe hierzu die ausführliche Presseerklärung der Max-Planck-Gesellschaft: MPG-Pressinformation 8/81, „Jürgen Habermas tritt zurück“, 13. April 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt 8.

<sup>26</sup>„Davor hatte ich Angst“, in: *Der Spiegel*, 4. Mai 1981.

<sup>27</sup>Ergebnisprotokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion des Wissenschaftlichen Rates der MPG, 21. Mai 1981, 12, AMPG, Niederschriften der Geisteswissenschaftlichen Sektion.

in Teilen vorbestimmten. Wollte man erfolgreich ein neues Institut gründen, musste die Kommission jene Fehler vermeiden und die Fronten überwinden, die sich in den Diskussionen um Starnberg offenbart und verfestigt hatten. Nach Starnberg konnte es in der Max-Planck-Gesellschaft nur ein sozialwissenschaftliches Institut geben, dessen wissenschaftliche und politische Ausrichtung den Skeptikern und ausgewiesenen Gegnern des Starnberger Instituts vermittelbar war. Die politischen Friktionen und Kontroversen der 1970er Jahre hatten auch die Max-Planck-Gesellschaft erfasst und zu Konflikten in ihren Gremien geführt. Es dürfte kaum im Interesse der Führungsspitze und der Mehrzahl der Wissenschaftlichen Mitglieder gelegen haben, diese Konflikte zu vertiefen. Man musste überdies eine politisch und kontrovers geführte Gründungsdebatte vermeiden, um nicht erneut das Interesse der Medien auf sich zu ziehen und das Image der Max-Planck-Gesellschaft in der Öffentlichkeit zu beschädigen. Der Gründungsprozess musste diskret ablaufen und mit einem tragfähigen Ergebnis abgeschlossen werden. Es galt der Öffentlichkeit und der Fachwissenschaft zu beweisen, dass die Max-Planck-Gesellschaft bereit und in der Lage war, sozialwissenschaftliche Forschung zu betreiben.

Den Vorsitz der Kommission übernahm der Entwicklungspsychologe Paul Baltes (1939–2006), Direktor des MPI für Bildungsforschung in Berlin. Bei der Berufung der auswärtigen Kommissionsmitglieder spielte zunächst politische Ausgewogenheit eine Rolle, wie folgender Einwurf in einem der Kommissionsprotokolle zeigt: „wenn Lübbe, dann auch Offe“.<sup>28</sup> Danach entwickelte die Kommission eine Reihe von Kriterien für ein mögliches neues Institut, die sich zuerst mit den Erfahrungen aus Starnberg erklären lassen: Erstens sollte es sich, in klarer Abgrenzung gegenüber anwendungs- und politiknaher Forschung, auf Grundlagenforschung konzentrieren. Zweitens sollte sein Forschungsschwerpunkt theoretisch und methodologisch bereits weitgehend etabliert sein, also nicht wie in Starnberg einen experimentellen, neuartigen Charakter haben. Man könnte dies etwas auf das Motto „keine Experimente“ zuspitzen. Drittens vermied die Kommission, über Personen zu diskutieren, und wollte sich zunächst einen Überblick über wünschenswerte Forschungsfelder verschaffen, um auf dieser Basis Institutskonzepte zu entwerfen.

In den konzeptionellen Diskussionen der Kommission spiegelten sich eine Reihe von Umbrüchen und Neuorientierungen wider, die die Entwicklung von Sozialwissenschaften und Soziologie in der Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre prägten. Zahlreiche Soziologen stellten die Frage, ob das Fach noch in der Lage sei, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse angemessen zu erfassen und mit den herkömmlichen Methoden einen Zugang zur gesell-

<sup>28</sup>Handschriftliche Notiz eines Kommissionsmitglieds, o. A., ca. Oktober 1981, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften I.

schaftlichen Wirklichkeit zu finden. Viele Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik waren in den 1970ern Veränderungen unterworfen, deren neue Qualität beispielsweise im Analyserahmen der industriellen Gesellschaft oder mit der klassischen Modernisierungstheorie nicht mehr greifbar erschien. Mit dem gesellschaftlichen Wandel veränderte sich der Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. In den Jahren, die der Expansion des Fachs und dem Boom sozialwissenschaftlichen Expertenwissens folgten, setzte eine Phase der Selbstreflexion ein. Dabei ging es nicht allein um eine Suche nach neuen Theorien, Methoden und Ansätzen. Man konstatierte die Politisierung der wissenschaftlichen Experten, deren Autorität durch fehlerhafte Prognosen und den Aufstieg von Gegenexperten zunehmend in Frage gestellt wurde. Die öffentliche Skepsis gegenüber wissenschaftlichem und technischem Fortschritt, die das Starnberger Institut schon früh vorweggenommen hatte, fand ihre Entsprechung bei den Wissenschaftlern selbst. Die Umsetzung ihres Beraterwissens hatte nicht immer so funktioniert, wie sie es sich vorgestellt hatten, und die „Soziologisierung“ weiter Bereiche des öffentlichen Lebens hatte ihre Begriffe und Deutungen der Sphäre wissenschaftlicher Kontrolle entzogen. Wesentlich deutlicher als noch in den 1960er Jahren befasste man sich mit den Defiziten des eigenen Fachs und fragte nach den Möglichkeiten, mit denen man diesen begegnen könnte. Auch Renate Mayntz tat dies damals.

Sie gehörte zu den sechs auswärtigen Experten, die die Findungskommission der Max-Planck-Gesellschaft 1983 einlud, um über drei alternative Konzepte zu diskutieren, die sie bis dahin erarbeitet hatte: ein Institut für kulturvergleichende Forschung, eines für vergleichende Sozialforschung und eines für Institutionenanalyse. Wiederum suchte die Kommission dezidiert nach Experten, die nicht parteiisch waren.<sup>29</sup> Der Vorschlag für ein Institut zum Kulturvergleich hatte letztlich kaum Chancen, da dieser – auf damals noch nicht gefestigter methodischer Basis und wenig handfest erscheinender Empirie – als zu unsicher und experimentell galt. Ein ehemaliges Kommissionsmitglied schrieb dazu rückblickend:

Wir wollten (nach Starnberg) eine empirische Gesellschaftsanalyse (also etwas wirklich Ernsthaftes), keine (damals vielleicht noch als "zu luftig" und "abgehoben" betrachtete) Kulturanalyse. [...] von einem *cultural turn* war damals wohl in unseren Kreisen noch keine Rede. *We wanted real social science!*<sup>30</sup>

Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder sowie der übrigen fünf Experten schlug Renate Mayntz als geeignete Direktorin des neuen Instituts vor. Auf

<sup>29</sup>Siehe das Wortprotokoll der 5. Sitzung der Kommission Sozialwissenschaften am 30. Januar 1983, 1, MPGA, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften 2.

<sup>30</sup>E-Mail an die Verfasserin, 5. November 2008.

Wunsch der Findungskommission skizzierte sie im Juli 1983 erstmals ihr Forschungsprogramm, das an die Vorarbeiten der Kommission zur vergleichenden Sozialforschung und zur Institutionenanalyse anschloss. In ihrem Programm manifestierte sich eine wissenschaftliche Neuorientierung, die sich seit Ende der 1970er Jahre in Mayntz' Forschungen angedeutet hatte. Ihre Studien zur politischen Steuerung und zur Implementationsforschung führten Mayntz Anfang der 1980er Jahre an die Grenzen sowohl der Policy-Forschung als auch der Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens.

Mayntz gehörte zu der wissenschaftlichen Beratungselite, die sich seit Mitte der 1960er Jahre im Kontext der Reform- und Planungsprojekte der Bundesregierung formiert und sich eine umfassende Modernisierung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft zum Ziel gesetzt hatte. Zwischen 1966 und 1975 war sie Mitglied des Bildungsrates, der Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform sowie der Studienkommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes gewesen. Sie zählte zu den wichtigsten Akteuren der eingangs beschriebenen Verwissenschaftlichung der Politik und war Teil einer, wie es der Soziologe Peter Wagner bezeichnet hat, „Diskurskoalition“ zwischen Sozialwissenschaftlern, Politikern und Spitzenbeamten, die politische Reformen und den Ausbau sowie die Optimierung eines steuernden und gestaltenden politisch-administrativen Systems eng miteinander verknüpfte.<sup>31</sup> In den 1960er Jahren hatte sich in der Bundesrepublik die Überzeugung durchgesetzt, dass moderne und effektive Politik vorausschauende und planende Politik sein musste, die wissenschaftlicher Grundlagen und Prognosen bedurfte; auch, dass „Globalsteuerung“ sowie eine „integrierende Gesamtplanung“ und Koordinierung politischen und administrativen Handelns nicht nur notwendig, sondern aufgrund des verfügbaren Wissens auch möglich waren. Sozialwissenschaftler schienen die soziale Wirklichkeit objektiv erfassen und pragmatische Lösungen für gesellschaftliche und politische Probleme entwickeln zu können. Das politisch-administrative System sollte mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise dazu befähigt werden, effektiv zu planen, zu steuern und zu gestalten.

In der Praxis offenbarten sich allerdings rasch Hindernisse. Viele Reformprogramme scheiterten oder blieben in der Phase ihrer Implementation stecken. Bei der Umsetzung politischer Steuerungsvorhaben stießen Mayntz und ihre Kollegen bereits Anfang der 1970er Jahre auf Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel, die sie ihrerseits zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung machten. Nun wurden die Bedingungen der Verwissenschaftlichung der Politik selbst untersucht, oder in den Worten von Ulrich Beck: die Verwissenschaftlichungsprozesse wurden nun ihrerseits verwissenschaftlicht.

---

<sup>31</sup>Wagner (1990, 391–398).

Gegen Ende der 1970er Jahre kam Mayntz zu folgendem Schluss: Die Ursachen für Vollzugsdefizite und Wirkungsmängel politischer Programme lagen nicht allein in den Eigenheiten und Komplexitäten des Policy-Prozesses selbst oder den unterschiedlichen Rationalitäten und Funktionsweisen des Wissenschafts- beziehungsweise politisch-administrativen Systems. Sie hatten ebenfalls mit der Beschaffenheit der Problem- und Regelungsfelder sowie mit einem verfehlten Verständnis vom Charakter und den Möglichkeiten sozialwissenschaftlichen Wissens zu tun. Das verfügbare sozialwissenschaftliche Wissen erlaubte Mayntz zufolge lediglich Aussagen über einfache Kausalbeziehungen, nicht jedoch über komplexe Faktorenkombinationen. Die modernen Gegenwartsgesellschaften der 1970er und 1980er Jahre zeichneten sich aber ins Manytz' Augen gerade durch eine ausgesprochen komplexe Binnenstruktur aus, mit der wiederum erhebliche Dynamiken verbunden waren. Funktionale Differenzierung und Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren, zahllose Akteure und Handlungszentren, internationale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie das rasante Tempo technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels machten Aussagen vom Typ „wenn A, dann B“ und damit verlässliche Prognosen über die Wirkungen politischer Maßnahmen unmöglich.<sup>32</sup>

Mit der „fehlenden kognitiven Sicherheit“ – beispielsweise über die Ursachen des Terrorismus oder der Arbeitslosigkeit – verloren die Aussagen des Wissenschaftlers nicht nur in Renate Mayntz' Augen ihren zwingenden Charakter und entsprechende politische Maßnahmen an Legitimität. Die „Regelungsfelder“ seien mittlerweile äußerst komplex, ihre Strukturen und funktionalen Interdependenzen seien immer mehr gewachsen, damit seien die „kognitiven Voraussetzungen“ zielsicherer Intervention gestiegen, schrieb Mayntz 1979.<sup>33</sup> Sollten politische Steuerung und Intervention in der modernen Gegenwartsgesellschaft funktionieren, dann musste man neue kognitive Sicherheiten gewinnen: Wissen über eine komplexe, dynamische Gesellschaft und die Eigenarten ihres politisch-administrativen Systems. Hier lagen die Wurzeln des Institutsprogramms, das sie für die Max-Planck-Gesellschaft entwickelte.

Das Institut sollte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung betreiben und langfristig einen Beitrag zu einer empirisch fundierten Gesellschaftstheorie leisten. Sein Gegenstand sollten hochentwickelte, komplexe Gegenwartsgesellschaften sein, die durch das Spannungsverhältnis zwischen eigendynamischen Prozessen und kollektiven Steuerungsversuchen gekennzeichnet waren. Die Forschungsprojekte sollten an zentralen Elementen der gesellschaftlichen Binnenstruktur ansetzen, und zwar an solchen, die Einblicke in die internen Systemdynamiken ermöglichten: an funktionellen Teilsystemen, an organisatorischen

---

<sup>32</sup>Mayntz (1978, 258–263; 1980, 309–320).

<sup>33</sup>Mayntz (1979, 55–81).

Netzwerken und an institutionellen Komplexen, etwa im Bereich des Gesundheitswesens, in Forschung und Wissenschaft oder in Politik und Verwaltung. Der besondere Forschungsansatz sollte in der Kombination von Gesellschaftstheorie und empirischer Institutionenanalyse liegen; über den Zugang der Institutionenanalyse sollten sowohl eine Verbindung von Mikro- und Makroebene als auch von Gesellschaftstheorie und empirischer Forschung gelingen.<sup>34</sup>

Mayntz bot der Max-Planck-Gesellschaft die perfekte Antwort auf die Notwendigkeiten nach Starnberg. Sie war nicht nur eine international anerkannte Wissenschaftlerin, sondern ließ sich auch keinem politischen Lager zuordnen. Anders als Weizsäcker und Habermas äußerte sie weder die Absicht, sich mit politisch kontroversen Themen zu befassen, noch sich mit dem Institut in öffentliche Debatten einzuschalten. Ihre Betonung von Empirie beruhigte diejenigen, die hinter zu viel Theorie Ideologie vermuteten, und gleichzeitig garantierte der Schwerpunkt auf Grundlagenforschung, dass sich das neue Institut nicht unmittelbar in politische Fragen einzumischen und Anwendungswissen zu produzieren gedachte. Der Neugründungsprozess war von einer Politik der Entpolitisierung geprägt, wie sich an den Bemühungen der Kommission immer wieder ablesen lässt. Besonderen Ausdruck fand diese Politik in der Wahl der Person und in der Definition des Forschungsfeldes. Das Institut sollte sowohl innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft als auch in den Medien möglichst wenig Angriffsfläche bieten oder Konfliktpotential entwickeln. Zudem gelang die Entscheidungsfindung unter Ausschluss der Medien – einem Akteur, der im Fall von Starnberg wiederholt für Unruhe und politische Polarisierung gesorgt hatte. Man traute Mayntz überdies eine professionelle Leitung des Instituts zu, die die Umsetzung ihres Forschungsprogramms und damit konkrete Ergebnisse sicherstellen würde. Und schließlich konnte die Max-Planck-Gesellschaft, auch wenn dies damals in keinem der Gremien zur Sprache kam, mit Mayntz nach Margot Becke die zweite weibliche Direktorin in ihrer Geschichte berufen. Am 9. März 1984 votierte der Senat der Max-Planck-Gesellschaft einstimmig für die Berufung von Renate Mayntz und die Gründung eines Instituts auf der Grundlage ihres Programms. Im November desselben Jahres erhielt das neue Institut den Namen „Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung“, und Köln wurde als Standort festgelegt.

---

<sup>34</sup>Renate Mayntz, Skizze eines Forschungsprogramms für ein sozialwissenschaftliches Institut, das die gesellschaftliche und die institutionelle Analyseebene miteinander verbindet, 5. Juli 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, GWS, Kommission Sozialwissenschaften 1a; Renate Mayntz, Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung, September 1983, AMPG, II. Abt., Rep. 1A, Senat, 107. SP/DB, 9. März 1984.

## Bibliographie

- Ash, Mitchell G. (2010). Wissenschaft und Politik: Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50:11–46.
- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böhme, Gernot, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn (1973). Die Finalisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 2(2):128–144.
- Ebersold, Bernd (1998). 50 Jahre im Dienste der Gesellschaft: Zur Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft als Forschungsorganisation. In: *Forschung an den Grenzen des Wissens: 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 155–173.
- Hentschel, Klaus und Dieter Hoffmann (2014). *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik, Philosophie, Friedensforschung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Hohn, Hans Willy und Uwe Schimank (1990). *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem: Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Laitko, Hubert (2011). Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2010*. Hrsg. von Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 199–237.
- Leendertz, Ariane (2010). *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- (2013). „Finalisierung der Wissenschaft“: Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik. *Mittelweg* 36 22(4):93–121.
- (2014). Ein gescheitertes Experiment: Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas and die Max-Planck-Gesellschaft. In: *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik, Philosophie, Friedensforschung*. Hrsg. von Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann. im Druck. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 243–262.
- Mayntz, Renate (1978). Folgerungen für die Forschung auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik. In: *Zukunftsorientierte Planung und Forschung für die 80er Jahre: Deutsche und amerikanische Erfahrungen im Bereich der Erziehungs-, Wohnungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits-, Energie- und Umweltpolitik*. Hrsg. von Stephen J. Fitzsimmons, Rudolf Wildenmann und Kenneth J. Arrow. Königstein/Ts.: Athenäum, 258–263.
- (1979). Regulative Politik in der Krise? In: *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages 1979 in Berlin*. Hrsg. von Joachim Matthes. Frankfurt a.M.: Campus, 55–81.
- (1980). Soziologisches Wissen und politisches Handeln. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6:309–320.
- Rudloff, Wilfried (2004). Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den 1960er Jahren. In: *Das Wissen des Staates: Geschichte, Theorie und Praxis*. Hrsg. von Peter Collin und Thomas Horstmann. Baden-Baden: Nomos, 216–257.
- Szöllösi-Janze, Margit (2004). Politisierung der Wissenschaften: Verwissenschaftlichung der Politik: Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. In: *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Hrsg. von Stefan Fisch und Wilfried Rudloff. Duncker & Humblot, 79–100.
- Vierhaus, Rudolf (1996). Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip: Mythos und Realität. In: *Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute: Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko. Berlin: De Gruyter, 129–138.

- Wagner, Peter (1990). *Sozialwissenschaften und Staat: Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Weingart, Peter (2001). *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- (2003). *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von (1979). Die Erforschung der Lebensbedingungen. In: *Diagnosen zur Aktualität*. Hrsg. von Carl Friedrich von Weizsäcker. München: Hanser, 49–94.

## Kapitel 9

# Ressourcenaustausche: Die KWG und MPG in politischen Umbruchzeiten—1918, 1933, 1945, 1990

*Mitchell G. Ash*

### 9.1 Einleitung – Theoretische Bruchstücke

Dass die Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik eine Beziehungsgeschichte ist – das scheint inzwischen eine Selbstverständlichkeit zu sein; doch es besteht keineswegs Konsens darüber, was für eine Beziehung gemeint ist oder wie ihre Geschichte erzählt werden soll.<sup>1</sup> Deshalb beginne ich mit einigen grundsätzlichen theoretischen Bemerkungen, ohne den Anspruch zu erheben, hier ein vollständig ausgearbeitetes Modell anbieten zu können.

Erstens: „Die“ Politik an sich gibt es ebenso wenig wie „die“ Wissenschaft als solche. Beide sind im Jargon der Sozialwissenschaften *moving targets*, das heißt, dass es sich keinesfalls um fixe, klar definierte und unveränderliche Größen, sondern um Kollektivsingulare handelt, deren jeweilige Definitionen, Inhalte, Strukturen und Zielrichtungen im Verlauf der Zeit einer fortwährenden Änderung unterzogen werden. Gerade deshalb kann eine Beziehungsgeschichte dieser beiden Handlungsfelder derart spannungsreich sein.

Zweitens: Dass Politik und Wissenschaft sich „im Wesenskern einander fremd“<sup>2</sup> seien, wie Max Weber seinerzeit schrieb, kann heute nur noch behaupten, wer entschlossen ist, Francis Bacons (1561–1626) geflügeltes Wort, „Wissen ist Macht,“<sup>3</sup> geflissentlich zu ignorieren. Da müsste doch die Verbreitung von Kriegs-, Militär- und Machtmetaphern beispielsweise in der Physik, in der Bakteriologie und selbst in Forstwissenschaften, oder die Verwendung der gleichen Forschungspraktiken in Universitätsinstituten, Industrie- und Waffenlabors seit dem späten 19. Jahrhundert, etwas zu denken geben. Des Weiteren zu nennen wäre die von Lutz Raphael (1864–1920) bereits vor 15 Jahren so genannte Verwissenschaftlichung des Sozialen im 19. und 20. Jahrhundert,

---

<sup>1</sup>Vgl. hierzu u.a. Ash (2010e, 11–46).

<sup>2</sup>Weber (1968, 490f.).

<sup>3</sup>Helmholtz (1903, 180).

die einen Siegeszug der administrativen Vernunft mitten in die grundlegenden Formulierungen vieler Humanwissenschaften hineingetragen hat.<sup>4</sup>

Drittens: Wissenschaft ist seit dem späten 19. Jahrhundert ohne institutionalisierten Forschungsbetrieb schlechterdings unmöglich, wenn nicht gar undenkbar. Die lang tradierte und in der öffentlichen Diskussion noch immer gängige Denkweise, die jeweiligen institutionellen Verfasstheiten wissenschaftlicher Forschung als bloße „Randbedingungen“ abzuhandeln, lehne ich im Folgenden radikal ab: denn es gibt kein Bild ohne Rand. Von den hochgradig kontingenten Wandlungen der institutionellen Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens, wie diese in politischen Umbruchzeiten sichtbar sind, wird sehr wohl die Rede sein, diese werden hier aber nicht bloß als „Randbedingungen“ behandelt. Vielmehr wird hier von durch eben solchen politischen Umbrüchen verursachten, zum Teil grundlegenden Wandlungen, von bereits bestehenden Verflechtungen von Wissenschaft und Politik auf mehreren Ebenen die Rede sein – also von Entflechtungen und Neuverflechtungen, welche die Bedingungen der Möglichkeit wissenschaftlicher Forschung unter zum Teil radikal veränderter Bedingungen darstellen.

Nun, wie sollen derartige Entflechtungen und Neuverflechtungen historisch zu denken sein? Als Arbeitshypothese betrachte ich zunächst einmal die Situation zu Beginn eines radikalen Regimewechsels, wie sich dieser in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts viermal ereignet hat, als grundsätzlich offen. Demzufolge gehe ich davon aus, dass neu verhandelt werden muss, was jeweils als Wissenschaft beziehungsweise als Politik gelten und in ihrem Namen geschehen soll. Beide Größen, so meine These, stehen zunächst einmal zur Disposition und werden zum Teil unter Bezugnahme aufeinander neu bestimmt. Dass große Teile dessen, was in politischen Umbruchzeiten Politik werden kann oder soll, ohne direkten Bezug auf Wissenschaft verhandelt werden, ist allen historisch Kundigen klar.

Daraus ergibt sich die Frage danach, wo die Verhandlungsbeteiligten, wo „Wissenschaft“ und wo „Politik“ jeweils zu suchen sind. Vorrangig dabei sind im Hinblick auf die hier im Mittelpunkt stehenden Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft (im Folgenden: KWG und MPG) und ihre Institute wohl Allianzen auf der Ebene der Zentrale beziehungsweise der Institutsdirektoren oder Abteilungsleitern einerseits und der Industrieelite, der Ministerialbürokratie oder anderen maßgeblichen Instanzen andererseits. Inzwischen wissen wir nicht zuletzt dank der Arbeit der von damaligen Präsidenten der MPG Hubert Markl eingesetzten Präsidentenkommission zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitaus mehr als früher über diese Verbindungsebene im Falle der KWG und der frühen MPG; auf

---

<sup>4</sup>Raphael (1996, 165–193).

diese Arbeiten werde ich hier auch zurückgreifen.<sup>5</sup> Und wir wissen auch, dass diese Beziehungsgeschichte als die Geschichte einer „Korruption“ von „reiner Wissenschaft“ durch eine ihr wesensfremde „Ideologie“ nicht mehr erzählbar ist. Vielmehr gilt es, gerade diese lang tradierte Redeweise selbst auf ihre historische Funktion, das heißt als diskursive Ressource im historischen Geschehen zu begreifen; denn gerade die Rede von einem „Missbrauch“ der „reinen Grundlagenforschung“ erwies sich als äußerst funktional im neu zu gestaltenden Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik nach 1945, wie auch nach 1990. Ebenso zu historisieren wäre die vermeintliche Selbstverständlichkeit, dass Geisteswissenschaften ohnehin leichter „korrumpierbar“ seien als vermeintlich „objektive“ Natur- und Technikwissenschaften. Dass gerade solche mutmaßlichen Selbstverständlichkeiten nach 1989/1990 zum Faktor im hochschul- und wissenschaftspolitischen Geschehen geworden sind, sollte uns allein aus methodologischen Gründen Warnung sein; eben deshalb geht es nicht an, solche Annahmen zur Grundlage der Analyse hinzunehmen.

Der Ansatz zur Analyse solcher hochkomplexen Wandlungsvorgänge – Neuerhandlungen der Beziehungen beziehungsweise zur Herstellung neuer Verflechtungen von Wissenschaft und Politik, der in diesem Beitrag noch einmal Anwendung finden wird, dürfte bereits weithin bekannt geworden sein. Trotzdem umreißt ich ihn hier noch einmal in wenigen Worten. Die Rede ist von *Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander*.<sup>6</sup> Dem zugrunde liegt eine Erweiterung des Ressourcenbegriffes über seine gewöhnliche, auf das Ökonomische begrenzte Ebene hinaus. Konkret in Bezug auf das Verhältnis von Wissenschaftswandlungen und politischen Umbrüchen soll von einer *Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen* die Rede sein.<sup>7</sup> Darunter sind Finanzmittel, aber ebenso Beziehungen und Allianzen (heute, frei nach Niklas Luhmann, zeitweilige und wandelbare Koppelungen genannt) zwischen wissenschaftlichen und staatlichen oder wirtschaftlichen Funktionsträgern zu verstehen. Provisorisch wird hier von drei Ressourcentypen die Rede sein: Personal, institutionelle Ressourcen (darunter finanzielle Mittel, aber ebenso Räumlichkeiten sowie Geräte und Forschungspraktiken) und ideologische Zuschreibungen. Ein vierter Ressourcentyp – Reflexivität beziehungsweise die Vermeidung derselben – wird hier auch eine, wenngleich etwas untergeordnete Rolle spielen.

Wichtig ist sich darüber Gedanken zu machen, wie wir uns diese Umgestaltung von Ressourcenkonstellationen vorzustellen haben: Bei Bruno Latour, dessen Buch *Science in Action* Ausgangspunkt meiner Theoriebildung war,<sup>8</sup> scheint

<sup>5</sup> Vgl. hierzu auch Ash (2010a).

<sup>6</sup> Ash (2002, 32–51; 2006, 19–37).

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Ash (1999a; 2004).

<sup>8</sup> Latour (1987). Bemerkenswerterweise ist dieses Werk im Gegensatz zu vielen anderen Büchern des Autors bis heute noch nicht ins Deutsche übersetzt worden.

das Geschehen wie eine Art *bricolage* zu verlaufen, wobei die jeweiligen Elemente – Allianzen, institutionell verankerte Praktiken, Geräte usw. – offenbar beliebig miteinander kombinierbar sind. Wer das meiste von alledem erfolgreich miteinander verknüpft, hat gewonnen. Die Geschichte wird erst danach als unaufhaltsame Bewegung in Richtung Gewinner und dessen Ansatz neu geschrieben. Was denn unter solchen Umständen keine Ressource sei – diese Frage hat Arne Schirmmacher in einer Besprechung des damals grundlegenden Aufsatzes von mir schon einmal mit Recht gestellt.<sup>9</sup> Meine Antwort lautet: diese Frage kann allein situativ, das heißt, im jeweiligen Handlungskontext und nicht durch abstrakte Überlegungen beantwortet werden. Das ergibt sich zwangsläufig aus der oben bereits artikulierten Grundannahme, dass es sich bei Wissenschaft und Politik durchgehend um *moving targets* handelt. So pragmatisch, wie die Beteiligten sowohl bei der institutionellen als auch der Forschungsarbeit sowie bei ihren strategischen Äußerungen über all dies in der Öffentlichkeit vorgegangen sind, so wird hier auch mit ihnen und den Begriffen Bruno Latours verfahren werden.

Damit komme ich endlich zu zwei weiteren Grundannahmen, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen sollen. Die erste dieser Grundannahmen stellt so etwas wie eine glatte Umkehrung eines unter Historikern gängigen Denkmusters dar: Kontinuität ist demnach in Zeiten politischer Umbrüche keine Selbstverständlichkeit, in solchen Zeiten ist doch eher Wandel die Norm! Damit wird deutlich, dass Kontinuität – genauer: die (Wieder)Herstellung derselben – Arbeit kostet, welche Arbeit von wem unter welchen Umständen dazu erforderlich war, ist hier gerade das Thema. Zweitens: während aller vier der hier zu besprechenden Regimewechsel fanden fundamentale Verhandlungen zur Neuverflechtung von Wissenschaft und Politik bei laufendem Betrieb statt. Der Agrarwissenschaftler Günther Schilling (\*1930), damals Rektor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, beschrieb mir gegenüber Anfang der 1990er Jahre die Neugestaltung seiner Institution nach der Wende als eine vollständige Überholung des Betriebs bei laufendem Motor. Als musikalisch veranlagter Historiker ist mir dabei ein anderes Bild in den Sinn gekommen, und zwar das von zwei ungleichen Tanzpartnern, die auf einer glatten Tanzfläche ungelentk versuchen, ihren gemeinsamen Rhythmus zu finden.

*Last not least* sei mir noch ein Wort in Bezug auf das gestattet, was hier besprochen werden soll – und was nicht. Im Einklang mit der Themenstellung des dieser Publikation zugrunde liegenden Kolloquiums ist die Rede von der KWG beziehungsweise der MPG und nicht von den Hochschulen, wenngleich Beziehungen zwischen diesen und jenen eine nachweisliche Rolle gespielt haben mögen. Im Wesentlichen – und auch im Hinblick auf den Textumfang – wird mehr

---

<sup>9</sup>Schirmmacher, 19. November 2002, <http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-1860>.

von der Generalverwaltung der KWG/MPG als von den einzelnen Instituten die Rede sein. Um der klaren Darstellung willen gehe ich recht schematisch vor: Für jeden Regimewechsel wird der politische beziehungsweise wissenschaftspolitische Wandlungskontext sehr kurz vorangestellt, dann werden die drei oder vier bereits genannten Ressourcentypen mit Bezug auf die KWG/MPG durchgegangen. Eine gewisse Schiefelage der Darstellung ergibt sich dabei aus dem gegenwärtigen Stand der Forschung: Zur Besprechung der ersten drei Regimewechsel kann und werde ich aus einer Fülle an Forschungsliteratur schöpfen (auch wenn ich die Vorgänge und Ergebnisse gelegentlich anders interpretiere), während die Rolle der MPG im wissenschaftspolitischen Geschehen um die deutsche Wiedervereinigung bislang noch nicht ins Visier der Historiker genommen wurde. Das liegt unter vielem anderen wohl auch am Aktenzugang, der auch mir noch nicht möglich gewesen ist. In dieser und auch in anderer Hinsicht handelt es sich um *work in progress* – noch offene Fragen werden daher explizit benannt.



Abb. 9.1: Wilhelm II. auf dem Weg zur Einweihung des KWI für Chemie am 23. Oktober 1912, dahinter Adolf Harnack, Emil Fischer und Fritz Haber.

## 9.2 1918

Was genau wandelt sich im Verhältnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Politik in Deutschland nach dem Ende des Kaiserreiches? Die damit einhergehenden Wandlungen lassen sich auf drei Ebenen zu konstatieren, wobei es sich

bei alledem um Transformationen handelt, die bereits im Ersten Weltkrieg begonnen hatten und keinesfalls auf Deutschland begrenzt waren. Zunächst geht es um die Wandlungen im Verhältnis von Wissenschaft und Militär im Ersten Weltkrieg – und zwar weltweit. Die Mobilisierung und Selbstmobilisierung von Wissenschaftlern und ihren Arbeitstechniken für Kriegsaufgaben und waffentechnische Projekte nahm nicht allein im Deutschen Reich, aber dort sicherlich, enorme Ausmaße an; immerhin wurden sechs Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) im Ersten Weltkrieg gegründet. Zweitens fand dabei in mehreren Fällen eine qualitative Änderung statt: mehr noch als eine bloße Anwendung der Wissenschaft hat in solchen Fällen eine Technisierung der Grundlagenforschung stattgefunden. Und drittens führten in ganz Europa die gestürzten Monarchien zu politischen Wandlungen, die vor allem, wenn auch nicht allein von den führenden Männern der KWG mit Bestürzung registriert wurden. Infolgedessen wurde in Deutschland die Republik eingeführt, eine dort bis dahin noch unbekannte Staatsform. Gerade die chaotischen ersten Jahre der Weimarer Republik sind ein exzellenter Beleg für die zuvor formulierte These, dass auch Politik am Beginn des Geschehens eine noch unbestimmte, geradezu unbestimmbare Größe darstellt.

Wie von mehreren Historikern bereits ausführlich dargelegt worden ist, konnte an den wissenschaftlichen Forschungsinstituten auf personeller Ebene Kontinuität verhältnismäßig rasch hergestellt werden. „Politische“ Entlassungen im engeren Sinne kamen in der KWG kaum vor. Der Präsident wie auch der Name der KWG blieben der alte – die Ansprechpartner des Präsidenten in den Ministerien überraschenderweise häufig auch.

Den größten Verlust für die Forschung stellten natürlich die gefallenen Wissenschaftler dar. Ihrer wurde sowohl an den KWI als auch an den Hochschulen namentlich gedacht; die Bedeutung dieser personellen Verluste für die Forschung dort ist meines Wissens allerdings bislang noch nicht direkt thematisiert worden. Ob es eine Gesamtliste aller im Krieg gefallenen Wissenschaftler der KWG gegeben hat, ließ sich nicht ermitteln. Und vielleicht war es auch gerade den Kriegsverlusten geschuldet, dass Deutschland in diesen Jahren im Rahmen der inter- und transnationalen Migrations- und Zirkulationsbewegungen eher ein Aufnahmeland war: Unter den Flüchtlingen der politischen Umwälzungen in den anderen Ländern, etwa der Revolution der Bolschewiki und dem darauf folgenden Bürgerkrieg sowie der massiven Vertreibung der „kritischen Intelligenzija“ 1923 in Russland, oder der gescheiterten Revolution 1919 in Ungarn und den danach erfolgten politischen Repressalien, sowie der Einführung eines *numerus clausus* für jüdische Studierende durch das Nachfolgeregime des Großadmirals Horthy (1868–1957), befanden sich zahlreiche (auch angehende) Wissenschaftler.<sup>10</sup> Infolgedessen kamen Forscher wie Michael Polanyi, Sergej Tschachotin

---

<sup>10</sup>Zu Ungarn siehe Frank (2009) sowie zuletzt Karady und Nagy (2012) und Kovacs (2012).

(1883–1973) und Nikolai Timofeev-Ressovsky (1900–1981) zur KWG. Wie viele davon dort Aufnahme fanden, ist noch nicht umfassend erforscht worden.

Auf institutioneller Ebene wurde die neue politische Situation erst mit Verzögerung anerkannt. Bereits 1918 und erneut 1919 votierten Senat und Verwaltungsausschuss der KWG für die Beibehaltung des Gründungsnamens. Erst 1920 wurde der neuen Preußischen und der Reichsregierung erstmals das ehemals kaiserliche Hoheitsrecht eingeräumt, die Hälfte der Senatsmitglieder zu ernennen.<sup>11</sup> Und offenbar wurde erst danach der grundlegende Wandel der KWG-Finanzierungsquellen in Zuge der allgemeinen Geldentwertung denkbar. Während in den Gründungsjahren das Modell einer Mischfinanzierung zwischen Staat und Industrie vorherrschte, sprang ab 1921 der Staat für die ausgefallene Industrie und Mäzene ein.<sup>12</sup> Zwar wurde dies in den folgenden Jahren etwas korrigiert, doch der Richtungswandel blieb bestehen. Dies ging einher mit einer Umwandlung der Generalverwaltung der KWG. Kam der Gründungspräsident Adolf von Harnack zunächst noch mit nebenamtlich tätigen Generalsekretären (Ernst von Simson, Ernst von Trendelenburg) zur Erledigung der zentralen Verwaltungsangelegenheiten aus, so baute ab 1922 Friedrich Glum hauptamtlich – und ab 1927 als „Generaldirektor“ – diese Verwaltung zu einem „behördenähnlichen Apparat“ aus.<sup>13</sup> Der von Harnack verankerte Grundsatz, nicht in das Eigenleben der Institute einzugreifen, blieb auch dabei richtungsweisend. Glum entfaltete eine bis dahin ungekannte Netzbildungstätigkeit auf der Basis seiner vielfachen Mitgliedschaften in den Honoratiorenvereinen, die auch schon im Kaiserreich Treffpunkte von Wirtschaftsspitzen, hohen Beamten und anderen Eliten waren. Dies wurde unterstützt durch die bereits bestehenden und zum Teil neu gestalteten Netzwerke der Institutsdirektoren, die es ermöglichten, eben diese Eliten in den Senat und andere Gremien der KWG zu rekrutieren und dadurch ein bemerkenswertes, für die Hochschulen kaum denkbare Prinzip zu realisieren: „Die KWG verhandelt mit sich selbst“.<sup>14</sup>

Trotz dieser restaurativen Tendenzen fand auf Institutsebene ein starker Wandel statt. Sechs neue Institute wurden allein in den frühen Jahren der Republik gegründet, und zwar mit einer sichtbaren Dominanz der wirtschafts- und staatsnahen Institute. Oder wie Peter Christian Witt es ausdrückte: „Nicht für ein Forschungsinteresse wurde Geld gesucht, sondern Geld suchte sich – ein dann auch beliebiges Forschungsinteresse“.<sup>15</sup> Auch schon bestehende Institute, wie beispielsweise das von Fritz Haber geleitete KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, erfuhren starke personelle Veränderungen, Strukturwand-

<sup>11</sup>Hachtmann (2007b, 96).

<sup>12</sup>Vgl. hierzu Witt (1990, 579–656).

<sup>13</sup>Hachtmann (2007b, 101).

<sup>14</sup>Ebd., 140.

<sup>15</sup>Witt (1990, 623).

lungen sowie Änderungen im Forschungsprogramm. Der Versailler Vertrag schien den im Krieg verknüpften Allianzen zwischen Wissenschaft, Industrie und Militär, wie sie durch die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft verkörpert wurden,<sup>16</sup> ein Ende bereitet zu haben, doch suchte und fand man Mittel und – gegebenenfalls geheime – Wege, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten und im neuen Kontext wirksam werden zu lassen.<sup>17</sup>

Auf der Ebene ideologischer Zuschreibungen bestand – zumindest in den halbwegs modern gesinnten Teilen der Führungselite – Konsens darüber, dass Wissenschaft und Kultur die einzigen Gebiete seien, in denen Deutschland noch Weltrang besaß. Bereits fünf Tage nach der Novemberrevolution, die er als „Tage des nationalen Unglücks“ wertete, sagte Max Planck, dass zumindest eins „uns kein äußerer und innerer Feind genommen [hat]: das ist die Stellung, welche die deutsche Wissenschaft in der Welt einnimmt.“<sup>18</sup> Carl Duisberg, seit 1920 als Dritter Schatzmeister Mitglied des Verwaltungsausschusses der KWG, brachte dies 1922 fast überdeutlich auf dem Punkt: „Jeden Groschen, den wir übrig haben, wollen und müssen wir für die Förderung wissenschaftlicher Forschung verwenden.“<sup>19</sup> Nicht nur in diesem Fall bedienten sich die wissenschaftlichen Hauptakteure einer auffallend ökonomistischen Sprache.

Vorrangig war hier allerdings eine bestimmte symbolische Ressource, nämlich der imperiale Name der Gesellschaft, deren Beibehaltung nach kontroverser Diskussion, wie bereits zuvor erwähnt, beschlossen wurde. Räumlich gesehen ist ebenfalls ein damit zusammenhängender, nicht minder symbolträchtiger Wandel zu vermerken: die Generalverwaltung der KWG bezog 1922 neue, repräsentative Räume ausgerechnet im Hause ihres ehemaligen Patrons – im Berliner Stadtschloss. Die Nachbarschaft zur Zentrale der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sowie auch zu den zuständigen Preußischen Ministerien war dabei keineswegs nur von symbolischer Bedeutung.

Alles das verband man aber mit einer zunehmend technokratischen Rhetorik. Die Gründung der staatsnahen Institute – beispielsweise des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927 – rechtfertigte man mit dringenden gesellschaftlichen Problemen, die durch Wissenschaft gelöst werden sollten.<sup>20</sup> Das war ein Einfallstor für den Typus des Experten, der dann aber vielleicht doch

<sup>16</sup>Maier (2007, Bd. 1, 138–152).

<sup>17</sup>Vgl. hierzu Szöllösi-Janze (1998).

<sup>18</sup>Planck auf der Sitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften vom 14. November 1918, zitiert nach Hachtmann (2007b, 102).

<sup>19</sup>Carl Duisberg, Rede vor der Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ 1921, abgedruckt in Duisberg (1923, 604).

<sup>20</sup>Fischer (1926); vgl. hierzu Schmuhl (2005).

nicht so ganz abge sondert vom Generalisten-Geheimratstypus blieb, wie es in der neueren Literatur oft suggeriert wird.<sup>21</sup>

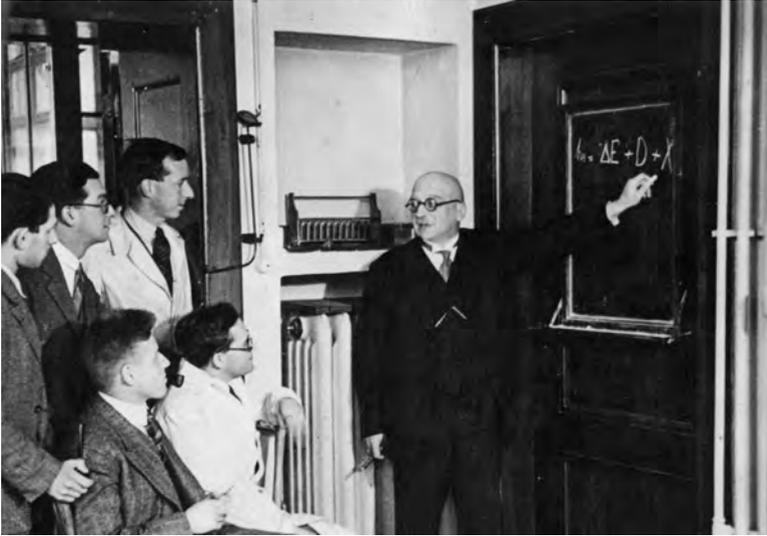


Abb. 9.2: Fritz Haber im KWI für physikalische Chemie u. Elektrochemie, sitzend (v.li. n.re.) Hans Dietrich Graf von Schweinitz, Ladislaus Farkas und in der Mitte stehend Paul Goldfinger flankiert von dem Laboranten Dreschner und einem Unbekannten, ca. 1930.

An dieser Stelle ein kurzer Exkurs zum Thema Reflexivität. In dieser Umbruchszeit reagierten die KWI-Direktoren hinsichtlich einer Reflexion ihrer Tätigkeiten vor 1918 eher mit einer Vorwärtsverteidigung. Ihr zeitweiliger Ausschluss aus internationalen Wissenschaftskooperationen führte zu keinem objektiven Überdenken des Geschehens, geschweige denn zu einer moralischen Reflexion ihrer wissenschaftlichen Beteiligung am Krieg. Vielmehr erinnerten sie eindringlich an eben diese Verdienste, beispielsweise in der Rüstungsforschung oder der Wirtschaftsplanung, als es Anfang der 1920er Jahre um die Wiederherstellung und den Ausbau ihrer Einflussosphäre ging. Somit bot die Fortsetzung kriegsbedingter Denkstile weniger Anlass zu einer Reflexion, aus der neue Forschungsthemen entwickelt wurden, denn zur Fortsetzung eines bereits im Krieg, wenn nicht schon vorher eingeführten wirtschaftsnahen beziehungsweise technokratischen Denkens. Als Beispiel solcher Zusammenhänge nenne ich hier le-

<sup>21</sup>Harwood (1993, 183–212).

diglich Fritz Habers Auftritte 1920 vor dem Militär und 1923 vor einem Unterausschuss des Reichstags, zur Rechtfertigung des Gebrauchs chemischer Waffen. Verantwortung zu übernehmen hätte insbesondere im zweiten Fall das Entstehen für Kriegsverbrechen (im Sinne des Verstoßes gegen die HLKO) bedeutet, was aber von vorneherein ausgeschlossen wurde. Positiv kodiert wurde hingegen die vaterländische Pflichterfüllung.<sup>22</sup>

### 9.3 1933

In den 1920er Jahren kam es zu grundlegenden Veränderungen in der internationalen Forschungsförderungslandschaft: Mit den großen Stiftungen in den USA und dem Sowjetsystem betraten zwei neue Akteure die wissenschaftspolitische Bühne und auch Japan begann, als Wissenschaftsnation in Erscheinung zu treten. Die Konkurrenz von Wissenschaft in Diktaturen und in der Demokratie hatte zwar noch nicht die ideologisch stereotype Form wie später im Kalten Krieg angenommen, doch in den Köpfen existierte sie bereits. In Deutschland reagierten KWI-Direktoren in Einzelfällen mit dem Eingehen neuer Allianzen, wie beispielsweise im Fall von Oskar Vogts Auftragsarbeit am Hirn von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) oder der Teilfinanzierung der eugenischen „Erbbestandsaufnahme“ des deutschen Volkes durch die der Rockefeller-Stiftung. *Business as usual* war offenbar die Devise, selbst als Anfang der 1930er Jahre viele Institutsbudgets durch die Weltwirtschaftskrise ins Wanken gerieten.

Anders als beim Regimewechsel 1918 scheint der KWG-Leitungsebene im Jahre 1933 – und beileibe nicht nur ihr – zunächst trotz aller Reden von einer „nationalen Revolution“ nicht ganz klar gewesen zu sein, wie grundlegend dieser Regimewechsel werden sollte. Dies zeigte sich gleich zu Beginn auf personeller Ebene in der unsicheren Anwendung des so genannten NS-Berufsbeamtengesetzes, dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) vom 7. April 1933, auf die einzelnen Kaiser-Wilhelm-Institute.<sup>23</sup> Interessant zu beobachten ist, dass das Gesetz hauptsächlich an den vom Staat finanzierten Instituten zum Einsatz kam, jedoch an den von der Industrie oder aus anderen privaten Mitteln finanzierten KWI nicht in derselben Konsequenz angewendet wurde. Was jedoch nicht im Umkehrschluss bedeutet, dass dort die als „Nichtarier“ kategorisierten Wissenschaftler gänzlich unbehelligt blieben. Neuere Forschungen von Reinhard Rürup und Michael Schüring zum personellen Ressourcenaustausch jener Zeit haben ein sehr differenziertes Bild zutage gebracht. In Rürups bewusst als vorläufig bezeichneter Aufzählung ist die Rede von insgesamt 104 wissenschaftlichen Mitarbeitern, zehn (von insgesamt 35) Direktoren beziehungsweise Leitern von For-

<sup>22</sup>Haber (1924), vgl. hierzu ausführlicher Ash (2008, 318–320) sowie die dort zitierte Literatur.

<sup>23</sup>Vgl. dazu ausführlich Hachtmann (2007b, 372–393).

schungsstellen, sieben Abteilungsleitern, sowie insgesamt 21 von 65 seinerzeit aktiven wissenschaftlichen Mitgliedern der KWG, die infolge des Berufsbeamtengesetzes und späterer Maßnahmen ihre Stellung verloren.<sup>24</sup> Die sehr ungleiche Verteilung der Verluste unter den Instituten wird dabei zu Recht als Indiz für die relative Offenheit gegenüber meritokratischen Anstellungskriterien vor 1933 interpretiert. Problematisch daran ist, dass überhaupt nur drei Institute stark affiziert waren – das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, das KWI für medizinische Forschung und das KWI für Faserchemie. Habers Institut erlebte mit der Entlassung von 24 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (einschließlich Gastforschern) bei Weitem den stärksten Aderlass von allen Instituten, infolgedessen Haber bekanntlich selbst zurückgetreten ist.<sup>25</sup> Das Institut für Faserchemie musste aufgrund des Verlusts fast all seiner Mitarbeiter, darunter auch Direktor Reginald Oliver Herzog, sogar geschlossen werden. Demgegenüber stehen andere Kaiser-Wilhelm-Institute an denen fast gar kein Austausch stattfand, der auf den politischen Umbruch zurückzuführen gewesen wäre.

Wichtig ist dabei die Umkehrung der Perspektive, wenn danach gefragt wird, welcher und wessen Verlust hier gemeint ist. Am 16. Mai 1933 schrieb Curt Stern (1902–1981) (damals Assistent am KWI für Biologie) an seinen Direktor Max Hartmann in einem Brief dessen Abschrift er an mehrere Kollegen schickte: „Es fällt meiner Frau und mir furchtbar schwer, uns äußerlich von Deutschland zu trennen. Sie wissen, dass ich mich stets als Deutscher gefühlt habe.“<sup>26</sup> Weniger zurückhaltend ausgedrückt, handelt es sich hierbei um das Trauma einer extrinsischen Identitätszuschreibung: andere bestimmten, wer als „Jude“ zu gelten hatte. Von den bereits genannten 104 Entlassungen waren 92 rassistisch und lediglich 12 „politisch“ begründet, im engeren Sinne einer Mitgliedschaft beziehungsweise eines aktiven Eintretens für Parteien oder sonstige Gruppierungen, die sich gegen den Nationalsozialismus gestellt hatten. Waren die Entlassungen der als „Juden“ kategorisierten Mitarbeiter trotzdem politisch? Vom Standpunkt der neuen Machthaber waren sie es sehr wohl, denn für sie stellte „Rasse“ eine politische Kategorie dar. Doch nimmt man stattdessen wieder die Opferperspektive ein und fragt, ob jeweils verstanden wurde, warum einem/einer das alles plötzlich widerfuhr, dann fällt die Antwort auf diese Frage weniger klar aus.

Was die weiteren Lebenswege der Entlassenen betrifft, so emigrierten etwa 60 von ihnen in die USA oder nach Großbritannien beziehungsweise sieben nach

<sup>24</sup>Zusammenggezählt aus: Rürup (2008, 92–134); vgl. die nur leicht abweichenden Zahlen in Schüring (2006).

<sup>25</sup>Eigene Zählung des Autors auf der Grundlage der Angaben in Schüring (2006, 88–103), abzüglich der nichtwissenschaftlichen Kräfte sowie des Direktors Fritz Haber, der als aktiver Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg von der Entlassung formal ausgenommen war, aber selbst zurücktrat.

<sup>26</sup>Curt Stern an Max Hartmann, 16. Mai 1933, zitiert nach Deichmann (1992, 41).

Palästina.<sup>27</sup> Das heißt, die vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der KWG verteilten sich auf ihre jeweiligen Einwanderungsländer in etwa gleich wie ihre aus den Universitäten vertriebenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz der vielfachen Mobilisierung zahlreicher internationaler Verbindungen und der Hilfeleistungen unterschiedlicher Hilfskomitees, konnte über ein Viertel der vertriebenen Forscherinnen und Forscher ihre wissenschaftliche Arbeit laut Reinhard Rürup „gar nicht oder nur unter erheblichen Einschränkungen fortführen“.<sup>28</sup> Offen bleibt dabei die Frage, wie stark und welcher Art der Wissenschaftswandel war, der aus all diesen erzwungenen Karriere- und Kulturbrüchen resultierte. Noch wichtiger für das vorliegende Thema ist die Frage, ob ein Verlust an Wissenschaftlern auch einen Verlust an Wissenschaft bedeuten musste? Ist denn überhaupt bekannt, welche Forschungsprogramme infolgedessen endgültig abgebrochen werden mussten und welche nicht?

Kehren wir nun noch einmal zu den verschiedenen Ressourcentypen zurück: Was die institutionelle Seite betrifft, ist Max Plancks ambivalentes Verhalten bereits mehrfach besprochen worden.<sup>29</sup> Dieses wurde im Wesentlichen durch die Illusion bestimmt, dass es sich bei den Nationalsozialisten um eine legitime Staatsführung handelt, der man sich loyal gegenüber zu verhalten habe. Sein in der Literatur mehrfach zitierter „Besuch“ bei Adolf Hitler am 16. Mai 1933 sollte dem neuen Machthaber die problematischen Folgen seiner Politik aufzeigen – ein Unterfangen, das jedoch bekanntlich ohne Erfolg blieb.<sup>30</sup> Dieser Dämpfer änderte jedoch nicht die grundsätzliche Haltung Plancks. Auch Generaldirektor Glums Anbiederungsversuche, alte Netzwerke aufrechtzuerhalten, scheiterte, dennoch blieb er wie Planck noch bis 1936 im Amt. Der zunehmende Einfluss des Glum-Nachfolgers und NSDAP-Mitglieds Ernst Telschow machte sich, nicht zuletzt dank seiner eigenen Netzwerkbildungen, nach und nach bemerkbar. Ziehen wir die aus der Literatur inzwischen bekannten Querschüsse der Institutsdirektoren sowie die Denunzierungen aus den unteren Institutsreihen in Betracht, die unmittelbar nach der NS-Machtübernahme einsetzten,<sup>31</sup> fand der Kampf um Eigenständigkeit nicht allein mit den neuen Machthabern, sondern an mehreren Fronten statt. Gerade das Harnack-Prinzip, das den Institutsdirektor zum uneingeschränkten „Herrn im Hause“ macht, wurde zuweilen sogar zum „Führerprinzip“ umgedeutet. Richard Beyler erkennt darin zu Recht eine Art Symmetrie: Im Namen institutioneller Kontinuität und zur Aufrechterhaltung der hierarchischen Auto-

<sup>27</sup>Rürup (2008, 115).

<sup>28</sup>Ebd., 121.

<sup>29</sup>Vgl. Hachtmann (2007b, 372–393). Zur parallelen Tätigkeit und Haltung Plancks als Sekretar der Naturwissenschaftlichen Klasse der Berliner Akademie der Wissenschaften, vgl. Hoffmann (2000, 53–86).

<sup>30</sup>Für eine quellen- und auch sonst kritische Betrachtung dieser Episode vgl. Albrecht (1993, 41–63).

<sup>31</sup>Für Beispiele siehe u.v.a. Hachtmann (2007b, 353–360).

rität innerhalb des Instituts war man bereit, den Ausschluss der Mitarbeiter, die plötzlich als „Juden“ definiert wurden und so zu Außenseitern gemacht wurden, unter nur vereinzeltm Protest „als bürokratische Formsache“ abzuhandeln.<sup>32</sup>



Abb. 9.3: Max Planck mit Reichsinnenminister Wilhelm Frick, 1933.

Ein klassisches, inzwischen sehr gut aufgearbeitetes Beispiel der Neuverflechtung wissenschaftlicher und politischer Ressourcen nach 1933 stellt die Neupositionierung der beiden eugenisch orientierten Kaiser-Wilhelm-Institute dar. Die Zusammenarbeit von Arthur Gütt (1891–1949), Leiter der Abteilung Volksgesundheit im Reichsinnenministerium und des Amtes für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitslehre im Stab des Reichsführers-SS, und Ernst Rüdin, Direktor der Deutschen Forschungsanstalt (DFA) für Psychiatrie/Kaiser-Wilhelm-Institut in München, sowie deren Bedeutung für die Formulierung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GVeN) sind schon lange bekannt. Sheila F. Weiss hat 2010 erstmals den Nachweis einer ebenso direkten Zusammenarbeit zwischen Gütt und Eugen Fischer erbracht.<sup>33</sup> Voraussetzung für diese Zusammenarbeit bildete das Ausscheiden des exponierten katholischen Eugenerikers Hermann Muckermann (1877–1962). In seinem Tätigkeitsbericht vom Juni 1933 stellte Fischer fest: „Das Institut steht voll und ganz für die Aufgaben des

<sup>32</sup>Beyler (2004, hier: S. 10f.).

<sup>33</sup>Weiss (2010, Kap. 2).

jetzigen Staates zur Verfügung“.<sup>34</sup> In diesem Fall waren Denunzierungen vorausgegangen; Gütt hielt aber trotzdem zu Fischer, obwohl dieser der NSDAP (noch) nicht beigetreten war. Warum er dies tat, brachte er im Mai 1933 in einem Brief an Reichsernährungsminister und Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS, Walter Darré (1895–1953), in aller Deutlichkeit zum Ausdruck:

Eine Zusammenarbeit mit Prof. Fischer erscheint gleichwohl unumgänglich, da seinem Institut zur Zeit keine andere Anstalt als gleichwertig an die Seite gestellt werden kann; auch werden dessen Einrichtungen und Lehrkräfte für die einschlägige Ausbildung von Amtsärzten und Ärzten, insonderheit zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses usw., dringend benötigt. Überdies ist Professor Fischer eine im In- und Ausland anerkannte Größe auf dem Gebiete der Erblehre und Rassenforschung. Er ist daher auch ohne mein Wissen seinerzeit zum ersten „gleichgeschalteten“ Rektor der Berliner Universität berufen worden.<sup>35</sup>

In Anbetracht von Fischers internationalem Ruf, so Gütt weiter, könnte eine Trennung den Eindruck erwecken, dass dieser „die von der Regierung in der Rassenpflege eingeschlagenen Wege mißbillige, die Maßnahmen der Regierung also mit den Erkenntnissen der Wissenschaft in Widerspruch stehen müßten.“<sup>36</sup>

Zu einer Stabilisierung dieses neuen, von Sheila Weiss „faustisch“ genannten Pakts auf institutioneller Ebene kam es allerdings erst, nachdem die Gründung des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (REM) im Jahre 1934 neue Allianzen notwendig machte. Dies wird belegt durch die Ernennung von Peter Adolf Thiessen zum Direktor des KWI für physikalische Chemie sowie die von Adolf Butenandt zum Direktor des KWI für Biochemie. Thiessens Parteimitgliedschaft – er war zwischen 1922 und 1928 und wieder ab 1933 Mitglied der NSDAP und gehörte daher zu den „alten Kämpfern“, wie Hitlers Weggefährten vor der Machtübernahme genannt wurden – spielte sicher auch eine Rolle, war jedoch doch weniger wichtig, als seine unterschiedlichen Allianzen mit Staat und Militär.<sup>37</sup> Verbindungen mit dem Militär hatten sich im Falle der Luftwaffe allerdings schon zuvor im Falle der Aerodynamischen Versuchsanstalt

<sup>34</sup>Eugen Fischer, Tätigkeitsbericht des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 15. Juni 1933. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, KWI-Anthropologie, Band 2399.

<sup>35</sup>Arthur Gütt an Richard Walther Darré, 23. Mai 1934, BAB, R 1501 126245/218.

<sup>36</sup>Ebd.

<sup>37</sup>Zur Ernennung Butenandts und seines Eintritts in die NSDAP vgl. Schieder (2004, 37–40) sowie Gausemeier (2003, 91f.). Zu Thiessen vgl. Schmaltz (2005, 96–123 sowie 2007, 312).

in Göttingen und spätestens mit der Gründung des Reichsluftfahrtministeriums abgezeichnet.<sup>38</sup>

Die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen wurden allerdings erst allmählich sichtbar. Nach den von Rüdiger Hachtmann ermittelten Budgetstatistiken stiegen die Mittel der KWG insgesamt nämlich zunächst graduell und erst nach Kriegsbeginn rasant.<sup>39</sup> Auf die Rolle internationaler Verbindungen, vor allem der Rockefeller-Stiftung bei der Stabilisierung oder gar Stärkung der Forschungsförderung in den ersten Jahren des NS-Regimes, hat Kristie Mackrakis bereits vor längerer Zeit hingewiesen.<sup>40</sup> Was die politische Bedeutung von Wissenschaftspraktiken in dieser Zeit betrifft, so sei hier exemplarisch auf Bernd Gausemeiers Darstellung der fortgesetzten Zusammenarbeit von Alfred Kühn am KWI für Biologie mit der Rockefeller-Stiftung in den ersten Jahren des Nationalsozialismus hingewiesen. Laut Gausemeier wurde die nach Kühn benannte Mehlmotte *Ephestia kühnilla* aufgrund ihrer Bedeutung als Modellorganismus und dadurch ermöglichten Funktion als Vermittler internationaler Forschungsverbindungen „zu einem eminent politischen Tier“.<sup>41</sup>

Wenden wir uns nun ganz kurz den ideologischen Zuschreibungen zu. „Deutsche Metalle“ gab es wohl, wie Helmut Maier gezeigt hat,<sup>42</sup> doch weitaus wichtiger scheint im Falle der Kaiser-Wilhelm-Institute eine Rhetorik der instrumentellen Vernunft gewesen zu sein. Gemeint ist die Betonung des Potentials der Spitzenforschung für die Realisierung politischer Kernprojekte – und zwar ganz gleich, ob die Forscher selbst als politisch zuverlässig galten oder nicht. Am deutlichsten ist dies, wie soeben dargelegt, im Fall des KWI für Anthropologie sichtbar, es trifft aber auch auf andere Kontexte zu. So konnten Genetiker wie Timofeev-Ressowsky oder der wegen seiner früheren Nähe zur Sozialdemokratie denunzierte Hans Stubbe mit kleinen Hinweisen in der Zeitschrift *Der Erbarzt* 1935 die Relevanz ihrer Forschungen für die „Rassenhygiene“ andeuten, obwohl sie keine NSDAP-Mitglieder waren und auch keine Forschung an Menschen betrieben.<sup>43</sup> Solche Andeutungen mögen zur Sicherung der weiteren Förderung deshalb genügt haben, weil großspurige Gesinnungsbekundungen keineswegs immer erforderlich waren – immerhin war der Nationalsozialismus ja eine Ideologie der Tat.

<sup>38</sup> Trischler (1999, 328–362).

<sup>39</sup> Hachtmann (2007a, 561–598).

<sup>40</sup> Mackrakis (1993, 114).

<sup>41</sup> Gausemeier (2003, 101). Die Unterstützung der Rockefeller-Stiftung wurde Kühn allerdings während seiner Zeit als Professor in Göttingen gewährt und lief bereits vor der Ernennung Kühns zum Mit-Direktor am KWI für Biologie im Jahr 1937 aus.

<sup>42</sup> Maier (2002, 357–388).

<sup>43</sup> Stubbe (1935, 65–71); vgl. Deichmann (1992, 169).

Das Thema Reflexivität war offenbar den Emigranten vorbehalten, doch davon wird im Folgenden die Rede sein.

#### 9.4 1945

1945 fand ein tiefgreifender Wandel statt, der sich bereits schon während der Kriegsjahre abgezeichnet hatte. Hintergrund dafür waren die institutionellen Neuerungen und vor allem die außerordentlich verstärkte Wissenschaftsförderung im Krieg. Diese wiederum ging zurück auf eine Wandlung der Wissenschaftspolitik, nachdem man die Fehler der frühen Regimejahre erst zu spät erkannt hatte. Parallel dazu begingen die Nationalsozialisten ihre kriminellen Taten, die nichts anderes waren als die gewaltsame Realisierung ihrer wahnhaften Utopie einer „Reinigung des deutschen Volkskörpers“. Gemeinsam mit dem Kriegsgeschehen lösten diese Untaten eine bis dahin beispielelose Gier deutscher Forscher – darunter Angehörige mehrerer Kaiser-Wilhelm-Institute – nach pflanzlichem, tierischem oder gar menschlichem „Forschungsmaterial“ aus, das vor allem in den besetzten Gebieten leicht zu erbeuten war.<sup>44</sup> Damit war der Weg geebnet für die moralisch enthemmten Experimente an Menschen in Dachau, Auschwitz und an anderen Orten des Grauens – mit anderen Worten: für Menschenrechtsverbrechen im Namen der Wissenschaft.<sup>45</sup> Dass es dazu kommen würde, war 1933 schwer vorstellbar. 1945 versiegteten dann die Geldströme und die damit verbundene Anerkennung schwand dahin – genauso urplötzlich wie auch die Untaten.

Auf internationaler Ebene fand von Almogordo bis Wladiwostok eine Neuverteilung wissenschaftlicher Ressourcen statt. Das massive Entnahmegeschehen in den vier Besatzungszonen ist in diesem Kontext zu sehen. In der KWG und ihren Institute herrschte nun Verunsicherung. Berlin stand nicht mehr im Mittelpunkt des Geschehens, die Generalverwaltung war nach Göttingen ausgelagert und abgesehen von den wenigen in Berlin verbliebenen Instituten war die Mehrzahl der Kaiser-Wilhelm-Institute bereits mit Beginn der Luftangriffe nach Süd- und Westdeutschland evakuiert worden. Die Ausgangssituation der Institute nach Kriegsende war sehr unterschiedlich, was sowohl vom Grad ihrer Zerstörung als aber auch davon abhing, in welcher Besatzungszone sie sich befanden. Die Institute in Dahlem und Buch standen offenkundig zur Disposition und dies galt anfänglich auch für die Gesellschaft selbst.

Im Hinblick auf die personellen Ressourcen stellte zunächst die Entnazifizierung den größten Unsicherheitsfaktor dar. In seiner Untersuchung von insgesamt 87 Fällen (ein Gesamtüberblick in Zahlen fehlt bislang noch) kommt Richard

---

<sup>44</sup>Vgl. hierzu Heim (2002; 2003).

<sup>45</sup>Vgl. hierzu Sachse (2003) und die dort zitierte Literatur.

Beyler zu dem Ergebnis, dass es in den meisten Fällen – zumindest in der amerikanischen Zone – dann doch nicht bei den Entlassungen blieb,<sup>46</sup> was prinzipiell auch der Situation an den Universitäten entspricht. Zur Einholung von Entlassungszeugnissen wurden alle denkbaren kollegialen Netzwerke mobilisiert, darunter zuweilen auch von Kollegen, mit denen man zuvor im Streit gelegen hatte. Man schreckte nicht einmal davor zurück, sich hilfesuchend an die 1933 vertriebenen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zu wenden.<sup>47</sup> Als Grundlage dieser von Carola Sachse so genannten „Persilscheinkultur“<sup>48</sup> sieht Beyler die Bildung einer defensiven Solidargemeinschaft. Das mag für das lokale Geschehen richtig sein, und ist, wie Beyler schreibt, während dieser Zeit auch in anderen Gesellschaftsbereichen ähnlich geschehen. Doch dass selbst die vertriebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in dieses Geschehen miteinbezogen wurden, deutet darauf hin, dass in dieser Situation alte Loyalitäten und das Bekenntnis zur Wissenschaft über die Gräben tiefer Verletzungen hinweg als Ressourcen zur Wahrung von Karrierechancen beziehungsweise zur Neupositionierung in anderem Kontext nach der Wiedereinsetzung mobilisiert werden konnten. Das Scheitern der Entnazifizierung in diesem Bereich war jedoch wie überall sonst auch im Kern eine Folge des grundsätzlichen Widerspruchs der Politik der (West-) Alliierten. Die schon im Potsdamer Abkommen von Juli 1945 formulierten Ziele einer „Demokratisierung“ und „Dezentralisierung“ brachten es mit sich, dass personalpolitische Entscheidungen weit früher aus der Hand der Besatzer gegeben wurden, als ihnen vielleicht lieb war.

Insofern stellt sich vielleicht weniger die Frage, warum so viele der Entlassungen nicht dauerhaft waren, sondern vielmehr in welchen Fällen diese denn überhaupt von Dauer waren – und warum. In Einzelfällen wissen wir über das „wie“ der Entlassungen und Wiedereinsetzungen Genaueres. Im Falle Otmar von Verschuers wollte man den Kollegen – entgegen seiner eigenen Selbsteinschätzung – offenbar wegen des potentiellen Schadens für die Gesellschaft insgesamt doch nicht halten. Entlassen blieb er jedoch nicht, sondern man lobte ihn 1951 an die Universität Münster weg.<sup>49</sup> Dass eine weitere Folge dieser neuen, auf solche Fälle begrenzten Solidargemeinschaftsbildung einer der wesentlichen Gründe war, die der Rückholung der Vertriebenen im Wege standen, ist längst bekannt. Zudem wurden im Fall der beanspruchten Wiedergutmachungsleistungen juristische (Pseudo-)Argumente hervorgebracht. Reinhard Rürup fasst die Haltung der Generalverwaltung gegenüber den Ansprüchen der Vertriebenen auf Wiedergutmachung mit bemerkenswerter Knappheit und Klarheit zusammen:

<sup>46</sup>Beyler (2004).

<sup>47</sup>Für eindrucksvolle Beispiele vgl. Deichmann (2001, Kap. 8)

<sup>48</sup>Sachse (2002, 217–246).

<sup>49</sup>Für Einzelheiten zum Vorgang siehe erstmals Adam und Lingelbach (2013, 915–918); vgl. ausführlicher Kroner (1997) und Sachse (2002).

„Man bestritt, wenn möglich, die Ansprüche, zögerte die Entscheidungen hinaus und ließ sich allenfalls auf vorläufige, im Umfang begrenzte ‚freiwillige‘ Bezahlungen ein.“<sup>50</sup>

Vor die Wahl gestellt zwischen einer selektiven, auf althergebrachten Beziehungen basierenden Kollegialität und einer Rückholung der Vertriebenen, die moralisch indiziert gewesen wäre und womöglich auch Innovationen mit sich gebracht hätte, entschied man sich – wie an den Universitäten auch – für das Ersterre. Gerade solche Entscheidungen nach 1945, und nicht allein die Vertreibungen nach 1933, sind entscheidend für das Abgleiten der (bundes)deutschen Wissenschaft auf internationaler Ebene ins zweite Glied.

Kommen wir nun zur institutionellen Ebene: Wie bereits erwähnt, stand nach 1945 erstmals das Bestehen der Gesellschaft per se auf dem Spiel, und zwar aufgrund des seit der Weimarer Zeit beibehaltenen imperialen Namens. Hier galt umso mehr die eingangs formulierte Grundannahme: Kontinuität kostet Arbeit. Die Verhandlungen mit den Alliierten, die schließlich zur Neugründung der Gesellschaft unter einem neuen Namen führten, sind in jüngerer Zeit Gegenstand mehrerer Arbeiten gewesen.<sup>51</sup> Carola Sachse verdanken wir die Erkenntnis, dass die neue Leitung der MPG die Rockefeller-Stiftung als Kommunikationsinstanz mit den Amerikanern, aber auch als Ressource zur Legitimierung der eigenen Ansprüche mobilisierte.<sup>52</sup> Nach ihrer Interpretation bündelte ein (wohl überwiegend von Ernst Telschow geschriebenes) Memorandum des neuen MPG-Präsidenten Otto Hahn an die Rockefeller-Stiftung erstmals Argumente, die – zunächst an die Amerikaner und gegen ihre Zweifel gerichtet – auch im neuen bundesdeutschen Geschehen zugunsten der eigenen Ressourcenmobilisierung funktionieren sollten. Bei Verhandlungen mit den entstehenden westdeutschen Bundesländern sprach man ohnehin so manches Mal mit alten Freunden und Verwandten, wie beispielsweise mit Kurt Zierold, dem Leiter der Hochschulabteilung des niedersächsischen Kultusministeriums in Hannover – und Schwager von Ernst Telschow, nunmehr Generaldirektor der MPG.<sup>53</sup>

Die Sondersituation Berlins verdient hier noch eine besondere Erwähnung, um die Komplexität der Ereignisse noch stärker zu verdeutlichen. So erschien der vom Berliner Magistrat als Leiter der Berliner Institute eingesetzte Chemiker Robert Havemann aus Göttinger Sicht als Störfaktor. Ebenso störend wirkte der Grundsatzkonflikt auch zwischen der Generalverwaltung in Göttingen und den Instituten in der französischen Zone, bei dem es sich um einen Konflikt zwischen Telschow und den Tübinger Herren handelte. Aufgrund dieses Konflikts verzö-

<sup>50</sup>Rürup (2008, 132); vgl. die detaillierten Schilderungen und Analysen in Schüring (2006, 137–361).

<sup>51</sup>Vgl. Oexle (1994, 43–60), und insbes. Hachtmann (2007b, 1089–1095). Zum Kontext vgl. Sachse (2010).

<sup>52</sup>Sachse (2009, 97–141).

<sup>53</sup>Hachtmann (2007b, 1080).

gerte sich die Einwilligung zur Neugründung der Max-Planck-Gesellschaft durch die Franzosen, und damit auch der Beitritt dieser Institute.<sup>54</sup>

Insbesondere hinsichtlich der Forschungspraktiken kann in vielen Fällen nicht nur von einer Wiedereinstellung des Forschungspersonals, sondern auch und vor allem von einer Weiterführung alter Forschungsprogramme gesprochen werden. Das ist durch viele bekannte Beispiele belegt; offen bleibt noch, inwiefern dies für welche Institute in welchen Zonen galt.

Von der Ebene der ideologischen Zuschreibungen war bereits die Rede, als es um die Verhandlungen zum Fortbestand der KWG ging. Die Verwobenheit der Ressourcentypen gilt auch für Personal. Richard Beyler spricht von sechs Argumentationsmotiven im Rechtfertigungsdiskurs der Entnazifizierungsverfahren, die sich wenig später in den Wissenschaftsdiskurs der Nachkriegszeit übertragen ließen.<sup>55</sup> Zentraler Punkt dieses Diskurses war die Rede von der „reinen Grundlagenforschung“ als Kern einer Solidar- und Vergessenskultur. Voraussetzung für die Formulierung und Durchsetzung dieser Rede waren zwei weitere, von Rüdiger Hachtmann und Michael Schüring bereits genannte diskursive Teilvorgänge: eine Entpersonalisierung des Geschehens vor 1945 und eine Externalisierung der Verantwortung dafür danach.<sup>56</sup> Eine paradoxe Extremform solcher diskursiven Wendungen (oder Windungen) war die merkwürdige Neuformulierung der Ordinarienuniversität als „demokratischer“ Anstalt aufgrund der Restaurierung kollegialer Selbstverwaltung.<sup>57</sup> Auch vereinzelte symbolische Gesten gegenüber den prominenteren Vertriebenen kamen vor, wie beispielsweise 1952 die Umbenennung des MPI für physikalische Chemie und Elektrochemie in „Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft“, oder die Gründung des „Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung“ 1959. Letzteres war allerdings kein Institut der MPG; das Max-Planck-Institut für Chemie wurde ebenfalls 1959 umbenannt, und zwar in „Otto-Hahn-Institut“, das heißt ohne die ehemalige Abteilungsleiterin und das KWG-Mitglied Lise Meitner zu würdigen.

Somit stellt sich wieder einmal die Frage nach der Reflexivität beziehungsweise dem Fehlen derselben. Carola Sachse schreibt, dass im Dialog der KWG-Leitung mit Vertretern der Rockefeller-Stiftung *„neither side initiated any kind of more profound reflection on the participation of German scientists in the Nazi regime“*.<sup>58</sup> Stattdessen lag im Kontext des Kalten Krieges für beide Seiten der Fokus auf der entsprechenden Neupositionierung ihrer Institutionen; moralische Reflexion scheint da nur hinderlich gewesen zu sein. Dass eine andere Haltung wenigstens prinzipiell möglich war, zeigte die Reaktion Otto Hahns auf die Nach-

<sup>54</sup>Lewis (2004, 403–443).

<sup>55</sup>Beyler (2004).

<sup>56</sup>Vgl. Schüring (2006, 268–291) und Hachtmann (2007b, 1156–1205).

<sup>57</sup>Ash (2010b, 215–246).

<sup>58</sup>Sachse (2009, 140), Hervorhebung des Autors.

richt des Abwurfs der ersten Atombombe über Hiroshima im August 1945, die er mit mehreren anderen internierten Kollegen im englischen Anwesen *Farm Hall* empfing. „Ich bin verantwortlich“ für den Tod von Tausenden, soll er damals offen eingestanden haben.<sup>59</sup> Schon vor der Göttinger Erklärung von 1957 exponierte sich Hahn als Wortführer eines Verantwortungsdiskurses. Allerdings geschah dies nicht ohne Ambivalenzen, wie eine Rede von ihm mit dem Titel „Forschung und Technik – Freiheit und Verantwortlichkeit“ aus dem Jahr 1950 belegt:

Zwei verlorene Weltkriege sind eine schwere Hypothek. Wir sollten daraus lernen, dass auch die größten technischen Leistungen, die größte souveräne „Tüchtigkeit“, der Glaube, dass man alles tun kann, wenn es nur Erfolg verspricht, dass dies nicht die richtige Weltanschauung sein kann.<sup>60</sup>



Abb. 9.4: Lise Meitner und Otto Hahn 1959 vor dem ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie (im Hintergrund), das seit 1956 als Otto-Hahn-Bau firmierte und erst 2010 in Hahn-Meitner-Bau umbenannt wurde, und heute Teile des Instituts für Chemie und Biochemie der Freien Universität Berlin beherbergt.

<sup>59</sup>Zitiert nach Hoffmann (1993, 146).

<sup>60</sup>Hahn (1975, 194). Zum Kontext vgl. Ash (2008, 325f.).

Auf diese Erkenntnis folgte dann aber unmittelbar darauf im selben Text die sarkastische Ablehnung des Vorwurfs, „dass der Wissenschaftler für alle Schrecken der Kriege und Zerstörungen verantwortlich sei“. <sup>61</sup> Konsequenterweise sei dann Albert Einstein wegen der Entdeckung der Äquivalenz von Masse und Energie für die Entwicklung der Atombombe anzuklagen, oder Koch, Behring und Ehrlich zur Verantwortung zu ziehen, falls es jemals zu einem „Bakterienkrieg“ kommen sollte. Stattdessen bekennt sich Hahn zur Freiheit der Forschung und gegen Geheimnistuerei sowie zu einer Verbindung der Freiheit mit „Verantwortlichkeit des Einzelnen“ und fordert damit *last not least* – und folgenreich für die politische Positionierung der MPG – die Anhörung der Wissenschaft vor politischen Entscheidungen. Letzteres geschah im Kontext der damals noch nicht abgeschlossenen Debatte um die Gründung eines Deutschen Forschungsrates. Damit beanspruchte Hahn für sich eine Auslegung des Begriffs „Verantwortung“, die dem von Robert Oppenheimer (1904–1967) in den USA zur selben Zeit ähnlich war.

Das alles steht bekanntlich im starken Kontrast zur oben bereits umrissenen Haltung gegenüber den Vertriebenen. Bezeichnend ist hier nicht nur der Inhalt, sondern auch der Ton des vielfach zitierten Briefes von Lise Meitner an Otto Hahn:

Ihr habt auch alle für Nazi-Deutschland gearbeitet und habt auch nie nur einen passiven Widerstand zu machen versucht. Gewiß, um Euer Gewissen los zu kaufen, habt Ihr hier und da einem bedrängten Menschen geholfen, aber Millionen unschuldiger Menschen hinmorden lassen, und keinerlei Protest wurde laut.

Ich muß Dir das schreiben, denn es hängt so viel für Euch und Deutschland davon ab, daß Ihr einseht, was Ihr habt geschehen lassen. [...] Ich und viele andere mit mir meinen, ein Weg für Euch wäre, eine offene Erklärung abzugeben, daß Ihr Euch bewußt seid, durch Euere Passivität eine Mitverantwortung für das Geschehene auf Euch genommen zu haben, und daß Ihr das Bedürfnis habt, soweit das Geschehen überhaupt gut gemacht werden kann, dabei mitzuwirken. <sup>62</sup>

Wie bereits vielfach geschehen, ist auch an dieser Stelle ironisch festzustellen, dass dieser flammende Appell seinen Adressaten auf keiner Ebene erreicht hat. <sup>63</sup> Oben habe ich die offene Frage formuliert, ob das von mir vor Jah-

---

<sup>61</sup>Hahn (1975, 194).

<sup>62</sup>Zitiert nach Sime (2001, 397f.). Auch in: Deichmann (1995, 371–373).

<sup>63</sup>Über die Hintergründe dafür: Sime (2001, 399f.); Walker (2003).

ren geprägte Stichwort „konstruierte Kontinuitäten“ nicht nur für Karrieren, sondern auch für Forschungsprogramme gelten sollte. Stimmt das, dann mag von einer Wissenschafts*nicht*wandlung mitbedingt durch fehlende Reflexivität die Rede sein.

### 9.5 1989 (beziehungsweise 1990)

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte von einem deutschen Wissenschaftssystem mit einer erkennbaren Struktur die Rede sein; nach 1945 wollte man jedenfalls an den Hochschulen die NS-Zeit gerne als unglückliche Zwischenzeit der Bevormundung wahrhaben und setzte die Strukturen aus der Zeit vor 1933 wieder ein. Nach 1960 begannen grundlegende Strukturwandlungen nicht zuletzt infolge internationaler Trends. 1989 stehen wir vor einem ganz anderen Hochschul- und Wissenschaftssystem als vor 1960. Derek de Solla Price (1922–1983) schrieb nicht umsonst erst Anfang der 1960er Jahre über einen Übergang von „little science to big science.“<sup>64</sup> Dies gilt in der Bundesrepublik jedenfalls auch für den Übergang zur Massenausbildung im tertiären Sektor, der in den USA im Übrigen bereits in den 1950er Jahren stattgefunden hatte.

Ende der 1980er Jahre bestanden in den beiden deutschen Staaten getrennte Hochschul- und Forschungslandschaften, mit vereinzelt vorsichtigen Verbindungen. Das System der außeruniversitären Forschung der alten Bundesrepublik hatte sich ebenfalls stark gewandelt: die MPG war nun ein Akteur unter einer Vielzahl anderer geworden; neben der DFG und der Fraunhofer- und Helmholtz-Gesellschaften sowie der seit den 1950er Jahren einsetzenden, inzwischen ungleich verstärkten, Ressortforschung der Ministerien war die in den 1970er Jahren gegründete Gesellschaft der Großforschungseinrichtungen hinzugekommen. Die Institute der so genannten „Blauen Liste“ gehörten noch nicht dazu, was sich aber bald ändern sollte. Dem stand in der DDR ebenfalls ein dichtes Geflecht von Forschungsinstitutionen gegenüber, das aber von der Akademie der Wissenschaften der DDR als Gelehrtengesellschaft und Institutsverband eindeutig dominiert war. In der alten Bundesrepublik war im November 1989 jedenfalls im Hinblick auf die westdeutschen Hochschulen von Stagnation, Dauerkrise und Reformstau die Rede; im Bereich der außeruniversitären Forschung hingegen bestand ein strategisches Gleichgewicht auf Grundlage der bereits 1975 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung zur Forschungsförderung. Ein grundlegender Wandel des Hochschul- und Wissenschaftssystems schien zu jenem Zeitpunkt ebenso wenig denkbar wie die Wiedervereinigung selbst. Die Wissenschaftler und Hochschullehrer der ausgehenden DDR waren in ihrer großen Mehrheit treue Anhänger oder Dulder des SED-Regimes. Alle Beteiligten waren vom Mauerfall

<sup>64</sup>Solla Price 1974. Erstmals erschienen in New York 1963.

überrascht und zunächst wohl zutiefst irritiert. Die Vereinigung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich war also eine Folge des politischen Geschehens. Sie entfaltete sich in mehreren, teilweise überlappenden Phasen; in jeder dieser Phasen sind Entscheidungen gefallen, die nicht unbedingt alternativlos waren.<sup>65</sup> Sehr kurz gefasst: Es begann ein Kampf um institutionelle Positionen und um Arbeitschancen für ostdeutsche wie auch für westdeutsche Forscher, aber wohl auch ein Kampf darum, was fortan in einem neuen deutschen Staat als Wissenschaft gelten sollte.

Schon 1992 schrieb Renate Mayntz, es habe 1990 angesichts der sich abzeichnenden deutschen Einheit „eine Situation“ gegeben, „in der sich plötzlich vielfältige Möglichkeiten für eine Revision des Status quo“ geboten hätten.<sup>66</sup> Das sei nach ihrer damaligen Darstellung gewissermaßen ein Testfall dafür gewesen, ob unter den korporativen Akteuren im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik ein „institutioneller Konsens“ aufgrund eines normativ bejahten Musters der Arbeitsteilung und gegenseitigen Domänenabgrenzung oder nur ein auf Kompromissen aufgebautes „strategisches Gleichgewicht herrschte“.<sup>67</sup> Somit wäre das Verhandlungsergebnis so etwas wie eine Bestätigung des bundesdeutschen Status quo. Uwe Schimank beschreibt die Lage weniger kühl und daher für mich attraktiver als *Coping with Trouble*.<sup>68</sup> Wie das Vereinigungsgeschehen überhaupt, gab es seiner Meinung nach auch im wissenschaftspolitischen Bereich nahezu panikartige Bemühungen darum, alles möglichst schnell und vor allem ohne grundlegende Änderungen des Bestehenden über die Bühne zu bringen.

Der institutionelle Preis dafür ist allgemein bekannt: die Aufgabe des Störfaktors Akademie der Wissenschaften der DDR. Artikel 38 des Einigungsvertrags verfügte die Trennung der Akademie als „Gelehrtengesellschaft“ vom Verband der Forschungsinstitute, die Auflösung des Letzteren und die „Einpassung“ dieser Forschungseinrichtungen in die bestehende Forschungslandschaft der Bundesrepublik.<sup>69</sup> Das ist die einzige explizit wissenschaftspolitische Festlegung in diesem Dokument. Was genau „Einpassung“ sein sollte oder durfte, legte dieser Artikel jedoch nicht fest.

Um die vier Umbruchszeiten einigermaßen gleichmäßig darzustellen, muss ich an dieser Stelle darauf verzichten, auf die verschlungenen juristischen und anderen Wege des personellen und institutionellen Umbaus einzugehen, der dann folgte. Ich möchte an dieser Stelle lediglich daran erinnern, dass der strukturelle Umbau der ostdeutschen Hochschulen nach bundesrepublikanischem Muster,

<sup>65</sup> Vgl. hierzu ausführlicher Ash (2010d, 45–55; 2010c, 200–204).

<sup>66</sup> Mayntz (1992, 64–82).

<sup>67</sup> Ebd. 66.

<sup>68</sup> Schimank (1994).

<sup>69</sup> Der Einigungsvertrag. Der vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen, 2. Aufl. Bonn 1990. Art. 38.

die Evaluierung des Personals und die Ausschreibungen neuer Professuren und Neuberufungen gleichzeitig, bei laufendem Betrieb und unter zunehmenden Finanzdruck stattgefunden haben. Auf diese Gemengelage reagierte man mit Dauerimprovisation. Zahlreiche Angehörige vor allem des Mittelbaus wurden trotz positiver Evaluierung entlassen, angeblich weil für sie keine Stelle mehr da war. 1997 verblieben an der Humboldt-Universität zu Berlin nur noch 452 von 2755, das sind 16,4 Prozent der Wissenschaftler, die dort noch 1989 fest angestellt waren.<sup>70</sup>

Parallel dazu verlief die bereits vor Oktober 1990 begonnene, vom Wissenschaftsrat organisierte Evaluierung der Institute und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften. Mehrere natur- und medizinwissenschaftliche Institute wurden positiv evaluiert und ihr Personal wenigstens zum Teil übernommen – allerdings unter neuem Namen und neuer Leitung. Aus anderen bildete man Schwerpunkte, die in neue beziehungsweise bestehende Einrichtungen beispielsweise der MPG oder Fraunhofer-Gesellschaft integriert wurden. Im Fall der positiv evaluierten Forscher, die in diesem Rahmen nicht untergebracht werden konnten – und das waren immerhin mehrere tausend –, ging man von der Annahme aus, diese würden zur Stärkung der universitären Forschung benötigt und auch dort unterzubringen sein. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch, die Unterbringung fand im Allgemeinen nicht statt.

Wenn wir uns nun schließlich der Rolle der MPG hierbei zuwenden, so führen zwei methodologische Probleme dazu, dass die Analyse hier anders formuliert werden muss, als im Fall der drei vorausgegangenen Umbrüche. Das erste Problem ist der bereits zuvor erwähnte fehlende Aktenzugang; das zweite besteht in der Anwesenheit und Zeitzeugenschaft der Betroffenen. In gewisser Hinsicht zählt auch der Autor dieser Zeilen indirekt dazu, denn ich war in den 1990er Jahren zu längeren Forschungsaufenthalten in Berlin – darunter als Gastforscher an zwei Einrichtungen der „Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Neuvorhaben“ – und wurde dadurch ebenfalls Zeuge des Geschehens.

Beginnen wir mit dem Personal. Die Auflösung und „Einpassung“ der Institute der DDR-Akademie und die „Abwicklungen“ an den Universitäten – dort vor allem die Übernahme westdeutscher Personalstrukturen – führten nach Stand der bisherigen Forschung insgesamt zu einem kaum vorstellbaren Verlust an Arbeitsplätzen in den Neuen Bundesländern. Allein an den Hochschulen ging der Stellenbestand des wissenschaftlichen Personals von 1989 bis 1994 um 13.300 auf 24.500 Stellen zurück – ein Abbau von 35 Prozent; an den Universitäten betrug der Verlust – ohne Berücksichtigung der medizinischen Fakultäten – sogar 52 Prozent.<sup>71</sup> Auch wenn die genannte Zahl abgebauter Stellen nicht ohne wei-

---

<sup>70</sup>Jaraus (2010, 343).

<sup>71</sup>Burkhardt (1997, 323f., Tabelle 10).

teres mit einer Zahl entlassener Personen gleichgesetzt werden darf, stellt diese eine einmalige Größenordnung im Vergleich zu den früheren Wissenschaftswandlungen dar. Hinsichtlich der inter- oder transnationalen Auswirkungen all dessen ist eine glatte Umkehrung der Verhältnisse nach 1933 zu konstatieren: Während die überwiegende Mehrheit der ab 1933 vertriebenen Wissenschaftler emigrierten, verblieb die große Mehrheit der ostdeutschen Wissenschaftler im Lande, ob mit oder ohne Stelle. Die vielfach betonte „sozial verträgliche“ Gestaltung des Vereinigungsprozesses wirkte hier also mobilitätshemmend.<sup>72</sup>

Im Hinblick auf das jetzige Thema ist aber nur ein Punkt wichtig: Die Übernahme von ostdeutschem Personal in den Einrichtungen, die unter der Obhut der MPG in den neuen Ländern entstanden sind, blieb sehr gering. Leider ist es mir auf der Grundlage der Angaben in den Jahresberichten der MPG aus dieser Zeit nicht möglich, genauer zu bestimmen, wie viele dieser Forscher aus der DDR kamen. Plausibel ist wohl die Annahme, dass dies im Fall der Arbeitsgruppen und geisteswissenschaftlichen Forschungszentren in großem Maße, an den neuen Max-Planck-Instituten hingegen weniger der Fall gewesen ist. Das heißt, dass für die Arbeitsgruppen und Institute der MPG in den neuen Bundesländern im Wesentlichen das gleiche Fazit wie schon oben für die Universitäten gezogen werden kann: positiv evaluierte DDR-Wissenschaftler konnten an den Universitäten im Großen und Ganzen nicht untergebracht werden. Dennoch sind immerhin mehrere Arbeitsgruppenleiter Professoren geworden; doch darüber, wie viele ihrer AG-Mitarbeiter mitkommen durften, schweigen sich die Jahresberichte aus.

Auf institutioneller Ebene steht die bereits angedeutete Positionierung der MPG als zentraler Akteur bei der Neugestaltung der ostdeutschen Forschungslandschaft im Mittelpunkt, und zwar im Rahmen des bereits beschriebenen Verhandlungsergebnisses. Nehmen wir die eben genannten Jahresberichte der MPG zur Hand, so ist ein Förderungskonzept für die Neuen Bundesländern im Bericht für das Jahr 1991 zu finden, eine klare Darstellung des Ablaufs insgesamt ist aber erst im Bericht für das Jahr 1993 zu lesen.<sup>73</sup> Demnach sei bereits im Juli 1990 von einem Sofortprogramm sowie einem mittel- und längerfristigem Programm die Rede gewesen. *In nuce* bestand das Sofortprogramm aus den bereits genannten 28 befristeten Arbeitsgruppen. Hinzu kamen geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, die mit einer eigenen Trägerschaft mit eigener Rechtsform – der „Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH – versehen werden sollten. Der leitende Gedanke dabei sollte die „Stärkung“ der Forschung

<sup>72</sup>Für diesen Vergleich siehe bereits Ash (1999a, 336 sowie 2004, 81). Ausnahmen wie der Mathematikhistoriker Reinhard Siegmund-Schulze, der eine Professur in Norwegen erhielt, sind in Fachkreisen bekannt.

<sup>73</sup>Zum Förderungskonzept siehe MPG (1991, 93f.). Ansätze zu einer Gesamtdarstellung stehen unter dem Titel „Aufbau in den Neuen Bundesländern“ in: MPG (1992, 99–106).

an den Universitäten der Neuen Bundesländer gewesen sein.<sup>74</sup> Dass diese „Stärkung“ auf einer falschen Annahme beruhte, habe ich oben bereits dargelegt. Parallel dazu sollte im Rahmen des Langzeitprogramms die Gründung weiterer MPIs in den Neuen Bundesländern beginnen, was gemäß dem normalen Verfahren vor sich gehen sollte. Hierbei sind drei Grundsätze erkennbar: eine Etablierung der MPG in den neuen Ländern analog zur Gesellschaftsform in der alten Bundesrepublik, was auch bedeutete, eine möglichst gleichmäßige regionale Verteilung, mit mindestens einem MPI in jedem Bundesland; die Eigenständigkeit der MPG bei der Gestaltung der Institutsgründungen unter Beibehaltung des bisherigen Verfahrens; und schließlich die Finanzierung all dessen durch zusätzliche Mittel des Bundes, der Länder oder aus anderen Quellen, soll heißen – möglichst ohne Mittelkürzungen im Westen.<sup>75</sup>

Bis auf den letzten Punkt, der sich wie ein Grundton durch alle diesbezüglichen Texte jener Zeit zieht, ist vom Aufbau in den neuen Bundesländern in den Jahresberichten für 1990 und 1991 nur partiell und keinesfalls in dieser Klarheit die Rede. Das legt die Vermutung nahe, dass diese programmatische Klarheit anfangs noch gar vorhanden war, sondern erst im Lauf des Geschehens entstanden ist.



Abb. 9.5: Der 1997 eingeweihte Neubau des MPI für Mikrostrukturphysik in Halle a.d. Saale, das aus dem Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie der Akademie der Wissenschaft der DDR hervorgegangen ist und am 1. Januar 1992 als erstes Institut der MPG in den neuen Bundesländern seine Arbeit aufgenommen hatte.

<sup>74</sup>MPG (1993, 21).

<sup>75</sup>MPG (1992, 22).



Abb. 9.6: Präsident Peter Gruss mit seinen Vorgängern Hans F. Zacher, Hubert Markl und Reimar Lüst auf der Feier anlässlich des 90. Geburtstags von Carl Friedrich von Weizsäcker (2. v. re.), 2002.

Diese glatte Post-hoc-Darstellung<sup>76</sup> verbirgt – um nicht zu sagen: verschleiert – ein überaus komplexes Geschehen vor Ort, geprägt von immer neuen Wandlungen der politischen, finanziellen und strukturellen Bedingungen; immer wieder musste mit den Ländern und der Bundesregierung neu verhandelt werden. Gelegentlich scheint etwas davon in den Jahresberichten durch; so steht beispielsweise im Bericht für das Jahr 1992, mehrere bereits beschlossene Institutsgründungen können nicht so schnell wie geplant verwirklicht werden – mangels geeigneter Grundstücke. Noch wichtiger ist wohl die Feststellung, dass sich der eben genannte Grundsatz – die MPG macht mit, aber nur wenn es im Westen nichts kostet – als ebenfalls nicht haltbar erwies. Die in dieser Hinsicht flammende Rede des damaligen Präsidenten Hans F. Zacher auf der Jahresversammlung der MPG, die bereits schon 1992 abgedruckt worden war, wurde im Bericht 1993 wörtlich wieder übernommen. Dieser ist zu entnehmen, dass die 1989 – also bereits vor dem Mauerfall – gemachte Zusicherung des Bundes hinsichtlich eines kontinu-

<sup>76</sup>Diese Formulierung mag noch verstärkt gelten für die spätere Broschüre, *Gelungener Aufbau. Max-Planck-Institute in den Neuen Bundesländern* 2003.

ierlichen Etatzuwachses von jeweils fünf Prozent für die folgenden fünf Jahre, ohnehin nur für die alten Bundesländer galt; angesichts der realen Geldwertverluste in dieser Zeit bedeutete das aber nicht Zuwachs, sondern Stagnation.<sup>77</sup> Der im Vortrag wie im Bericht sowie in einem Beschluss der Jahresversammlung 1992 enthaltene Ruf nach Ausgleich fiel jedoch auf taube Ohren. Es folgte ein Konsolidierungsprogramm mit Maßnahmen, die zwar an den Universitäten Usus, aber an der MPG offenbar neu waren: keine Nachbesetzung vakanter Leitungspositionen sowie Versuche, mit den vorhandenen Mitteln weiter zu machen. Das alles verlief parallel zu den zuvor bereits angesprochenen Aktivitäten in den neuen Ländern. Gelegentlich wird nun der Eindruck geweckt, die Expansion im Osten wäre doch auf Kosten der Substanz im Westen gegangen. Immerhin wurden einige wenige Institute im Westen (wie das MPI für Verhaltensforschung in Seewiesen und das für Geschichte in Göttingen) publikumswirksam geschlossen – darunter allerdings keine Institute mit einem besonders hohen Etat.

Das dadurch – oder trotz alledem – bedeutende Neugründungen möglich waren, ist aber keinesfalls zu leugnen. Dazu gehört bekanntlich auch das MPI für Wissenschaftsgeschichte, über das bislang noch keine ausführliche eigene Darstellung vorliegt. In der Gründungszeit war ich selbst, wie bereits erwähnt, in Berlin als Gastforscher einer der oben genannten Einrichtungen der „Gesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben“ tätig. Von den damaligen ostdeutschen Kollegen sind einige noch heute dort tätig. Und mein damaliger Eindruck hat sich in den Gesprächen, die ich mit verschiedenen Beteiligten in der letzten Zeit geführt habe, bestätigt. In vielen dieser damaligen Fälle ging es um die Verwirklichung lang gehegter Träume und Projekte westdeutscher Forscher unter Einbeziehung personeller Ressourcen aus dem Osten.

Nun kommen wir wieder zur Ebene der ideologischen Zuschreibungen: Zum Begleitdiskurs dieser Macht- und Verteilungskämpfe gehörten schon sehr früh Schlagworte, die Politik und Wahrnehmung der nächsten Phasen mitstrukturieren sollten. Zum vielfältigen Bedeutungswandel der Schlagworte „Demokratie“ und „Erneuerung“ in diesem Bereich habe ich an anderer Stelle berichtet.<sup>78</sup> Relevant für das Thema hier ist wohl eines der am häufigsten kolportierten Schlagworte, nämlich die Aussage des damals gerade neu gewählten MPG-Präsidenten Hans F. Zacher in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in dem er die Forschungslandschaft der DDR als eine „Wüste“ bezeichnete.<sup>79</sup> Schnell folgte die Korrektur – mit dieser Aussage seien nur die Sozial- und Geisteswissenschaften gemeint gewesen. Hängengeblieben und Diskurs bestimmend ist das Origi-

<sup>77</sup>MPG (1992, 21–30), insbesondere „Schwerpunkte des Jahres – Strukturelle und quantitative Haushaltsprobleme“.

<sup>78</sup>Ash (1999b, 105–135; 2010d, 45–55).

<sup>79</sup>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juni 1990.

nalzitat ohne Einschränkung. Selbst die eingeschränkte Aussage Zachers kann als Beispiel für die eingangs erwähnte konkrete politische Wirksamkeit unhinterfragter Selbstverständlichkeiten – hier die Unterstellung, alle Disziplinen eines bestimmten Wissenschaftstyps seien in der DDR ideologisch ausgerichtet und allein deshalb unbrauchbar gewesen – im wissenschaftspolitischen Geschehen gelten. Aber nicht alle Schlagworte wurden derart wirksam. Auf dem Deutschen Soziologentag im Herbst 1990 bot Wolfgang Zapf eine Version der Modernisierungstheorie als Deutungsmuster für die bevorstehende Umgestaltung im Osten insgesamt an<sup>80</sup> – übrig geblieben ist davon vergleichsweise wenig.

Wie schon in der Zeit nach 1945, scheint Reflexivität im wilden Verteilungskampf eher von Nachteil gewesen zu sein. Bis heute ist eine solche bei ostdeutschen Wissenschaftlern nur in einzelnen Fällen vorhanden; gilt dies auch für die MPG? Als Beispiel unter vielen mag der Fall der damaligen MPI-Direktorin Renate Mayntz gelten: Schon im März 1992 legte sie mit ihrem bereits zitierten Aufsatz „Die außeruniversitäre Forschung im Prozess der deutschen Einigung“ eine erste sozialwissenschaftliche Analyse der eben beschriebenen Entscheidungsvorgänge vor.<sup>81</sup> Die Ausarbeitung dieser Thesen erschien bereits zwei Jahre später in Buchform und liefert bis heute eine gute Analyse des Geschehens.<sup>82</sup> Aus der Perspektive unseres Themas hier, positionierte sich die Direktorin des MPI für Gesellschaftsforschung damit als privilegierte Begleitforschungsinstantz mit Akteneinsicht. Dabei kam ihre eigene, nicht ganz unbedeutende Rolle im Evaluierungsgeschehen lediglich andeutungsweise durch eine Selbstbeschreibung an einer Stelle im Text als „teilnehmender Beobachter“ [sic!] zur Sprache.<sup>83</sup> Erst unter der Präsidentschaft von Hubert Markl kam es im neuen Jahrtausend zu einer, wenngleich völlig anders gelagerten Reflexion, nämlich der über die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus und nach 1945.

## 9.6 Schluss

Gibt es hier überhaupt einen großen Bogen? Muss es einen geben? Um Missverständnissen vorzubeugen: Es war und ist nicht meine Absicht, die Existenz eines Kausalzusammenhangs zwischen politischen Regimewechseln und grundlegendem Wissenschaftswandel zu postulieren. Die großen Umbrüche der Wissenschaft, wie etwa die Relativitätstheorie, die Quantenmechanik, die Nuklearphysik, die Molekularbiologie oder die Theorie chemischer Verbindungen, können sehr wohl mit der politischen Ereignisgeschichte des 20. Jahrhunderts in Verbin-

---

<sup>80</sup>Zapf (1990, 23–39).

<sup>81</sup>Mayntz (1992, 64–82).

<sup>82</sup>Mayntz (1994).

<sup>83</sup>Mayntz (1992, 76).

ding gebracht werden, aber nicht so, dass sich behaupten ließe, der eine hätte jeweils den anderen verursacht. Was meiner Meinung nach aber schon erklärt werden kann, ist das Timing und die Beschaffenheit von Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten. Ziel dieser Überlegungen war und bleibt die Auslotung sowie die mögliche, mittels Analyse zu erzielende Ordnung von Kontingenzen. Früher hieß das in der Sozial- und der Geschichtswissenschaft: Erklärungen auf der mittleren Ebene.

Wenn sich ein großer Bogen mithilfe dieser Analysen ziehen lässt, dann im Hinblick auf eine Historisierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik. Andere haben diese Entwicklung bereits mehrfach als zunehmende Verzahnung oder gegenseitige Abhängigkeit der beiden voneinander bezeichnet. Und sie haben auch gezeigt, wie diese verstärkte Wechselwirkung konkret mitbedingt und diskursiv vermittelt wird durch eine zunehmende Formulierung von Politik selbst als problemlösende und nicht mehr nur identitätsstiftende oder Gesinnungsinstanz sowie durch eine zunehmende Formulierung moderner Wissenschaft ebenfalls im Diskurs einer (durchaus technokratisch gedachten) Beherrschung der Natur wie auch der sozialen Welt.<sup>84</sup> Auch hier soll nicht behauptet werden, dass die hier besprochenen Regimewechsel solche langandauernden, grundlegenden Wandlungen der institutionellen Strukturen oder der gedanklichen Ausrichtung wissenschaftlicher Forschung allein verursacht hätten. Dass sie in diesem Geschehen eine wichtige, zuweilen gar beschleunigende Rolle in diesem Geschehen spielten, scheint aber anhand der hier vorgetragenen Beispiele klar zu sein.

Wie eingangs angekündigt, habe ich nun einen Zwitter, eine Mischung aus einer eigenwilligen Ernte geleisteter Forschung und den ersten Bruchstücken einer neuen Interpretation dieser und älterer Forschungsergebnisse, vorgelegt. Was wird gewonnen, wenn man so vorgeht? Wie ich meine, wird auf diese Weise ein Blick für das dynamische Geschehen auf der Mikroebene ermöglicht, und ebenso dafür, dass und wie Verhältnisse von Wissenschaft und Politik (also auch was jeweils Politik und was Wissenschaft sein sollen beziehungsweise sein dürfen) während der jeweiligen Umbrüche neu verhandelt werden. Alle relevanten Einzelheiten im Detail darzustellen und für die Zeit nach 1990 neu zu erforschen wäre ein noch viel größeres Projekt, als das Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, das immerhin 17 Bände und zahlreiche weitere Publikationen produziert hat. Ich rufe wohlweislich nicht zu solch einem neuen Projekt auf!

Stimmen nun die eingangs gemachten Grundannahmen? Die erste war, dass Kontinuität in Zeiten politischer Umbrüche keine Selbstverständlichkeit, sondern eher Wandlung der Norm sei. Das stimmt, aber noch weitaus zutreffender ist, dass Kontinuität – sei es in personeller oder in institutioneller Hinsicht oder im Hin-

<sup>84</sup>Vgl. bereits Weingart (1983, 225–241).

blick auf wissenschaftliche Forschungsprogramme – Arbeit kostet, auch wenn diese Arbeit in den verschiedenen Umbruchzeiten aufgrund der unterschiedlichen gesamtpolitischen Situation anders organisiert werden musste. Vor zwanzig Jahren hat Niklas Luhmann (1927–1998) solche Zeiten als bloße „Turbulenzen“ bezeichnet, durch die man wie beim Fliegen hindurch muss, bevor man wieder zum Alltag übergeht.<sup>85</sup> Wie diesem Text hoffentlich zu entnehmen ist, bin ich der Meinung, dass es vielmehr um Anderes und Wichtigeres geht, nämlich, wie eingangs betont, um Wandlungen beziehungsweise Neuverhandlungen der Bedingungen für die Möglichkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten. Im Übrigen: Was die KWG beziehungsweise die MPG betrifft, ging aus alledem ohnehin nicht die alte, sondern eine neu aufgestellte Institution hervor.

Die zweite Annahme bestand darin, dass bei jedem der vier hier behandelten Regimewechsel anfangs Unklarheit darüber bestanden habe, was als Politik, aber auch darüber hinaus, was als Wissenschaft gelten soll oder wird. Somit mag sogar denkbar sein, diese Betrachtungen im Rahmen einer historischen Epistemologie weiterzuführen – vorausgesetzt, man weicht die Politikferne etwas auf, die dieser Richtung bislang, aber wie ich meine, nicht notwendigerweise inhärent zu sein scheint.

## Bibliographie

- Adam, Thomas and Gabriele Lingelbach (2013). The Place of Foundations and Endowments in German History: A Historical-Statistical Approach. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*.
- Albrecht, Helmuth (1993). Max Planck „Mein Besuch bei Adolf Hitler“: Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle. In: *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Hrsg. von Helmuth Albrecht. Stuttgart: GNT Verlag, 41–63.
- Ash, Mitchell G. (1999a). Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozess: ‚Erneuerung‘ oder Krisenimport? In: *Mythos Humboldt: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*. Hrsg. von Mitchell G. Ash. Wien: Böhlau-Verlag, 105–135.
- (1999b). Scientific Changes in Germany 1933, 1945 and 1990: Towards a Comparison. *Minerva* 37:329–354.
- (2002). Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik: Bestandaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 32–51.
- (2004). Wissenschaftswandlungen in politischen Umbruchzeiten: 1933, 1945 und 1990 im Vergleich. *Acta Historica Leopoldina* 39:75–95.
- (2006). Wissenschaftswandlungen und politische Umbrüche im 20. Jahrhundert: was hatten sie miteinander zu tun? In: *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch, Ute Gerhardt und Alexandra Pawliczek. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 19–37.
- (2008). Wissenschaft und Verantwortung: Zur Historisierung einer diskursiven Formation. In: *Universität im öffentlichen Raum*. Hrsg. von Rainer C. Schwinges. 10. Basel: Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 311–344.

<sup>85</sup>Luhmann (1992, 335f., 348, 623).

- Ash, Mitchell G. (2010a). Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Sammelrezension. *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18(1):79–118.
- (2010b). Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen: Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Konrad Jarausch, Matthias Middell, Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und J. John. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 215–246.
- (2010c). Nach 1989: Folgen der deutschen Wiedervereinigung für die Wissenschaftsstadt Berlin. In: *Weltwissen: 300 Jahre Wissenschaften in Berlin*. Hrsg. von Jochen Henning und Udo Andraschke. München: Hirner, 200–204.
- (2010d). „Wie im Westen, so auf Erden“? Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess. In: *Wissenschaft und Wiedervereinigung: Bilanz und offene Fragen. Dokumentation des Symposiums im Rahmen des Wissenschaftsjahres „Forschungsexpedition Deutschland“*. Hrsg. von Jürgen Kocka, Corina Weber und Jörg von Bilavsky. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 45–55.
- (2010e). Wissenschaft und Politik: Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* 50:11–46.
- Beyler, Richard (2004). „Reine Wissenschaft“ und personelle Säuberung: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945 (Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 16). Berlin: Max-Planck-Gesellschaft.
- Burkhardt, Anke und Doris Scherer (1997). Wissenschaftliches Personal. In: *Die Hochschulen in den Neuen Bundesländern: Ein Handbuch der Hochschulerneuerung*. Hrsg. von Gertraude Buck-Bechler et al. Weinheim: Wiley/VCH.
- Deichmann, Ute (1992). *Biologen unter Hitler: Vertreibung, Karrieren, Forschung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- (1995). *Biologen unter Hitler: Portrait einer Wissenschaft im NS-Staat*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer.
- (2001). *Flüchten, Mitmachen, Vergessen: Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Duisberg, Carl (1923). Rede vor der Hauptversammlung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands“ 1921. In: *Abhandlungen 1882–1921*. Hrsg. von Carl Duisberg. Leipzig: Verlag Chemie, 587–604.
- Fischer, Eugen (1926). Aufgaben der Anthropologie, menschlichen Erblehre und Eugenik. *Die Naturwissenschaften* 14:749–755.
- Frank, Tibor (2009). *Double Exile: Migrations of Jewish-Hungarian Professionals through Germany to the United States*. Oxford/Frankfurt am Main: Taylor & Francis.
- Gausemeier, Bernd (2003). *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen: Biologische und Biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 12)*. Göttingen: Wallstein.
- Haber, Fritz (1924). Die Chemie im Kriege (1920) und Geschichte des Gaskrieges (1923). In: *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Hrsg. von Fritz Haber. Berlin: Springer.
- Hachtmann, Rüdiger (2007a). Der Ertrag eines erfolgreichen Wissenschaftsmanagements: Die Entwicklung wichtiger Kaiser-Wilhelm-Institute 1929 bis 1944. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 561–598.
- (2007b). *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“: Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde.* Göttingen: Wallstein.

- Hahn, Otto (1975). *Forschung und Technik: Freiheit und Verantwortlichkeit* (1950). In: *Erlebnisse und Erkenntnisse: Mit einer Einführung von Prof. Dr. Karl-Erik Zimen*. Hrsg. von Otto Hahn. Düsseldorf und Wien: Dietrich Hahn, 189–198.
- Harwood, Jonathan (1993). *Mandarine oder Außenseiter? Selbstverständnis deutscher Naturwissenschaftler (1900–1933)*. In: *Sozialer Raum und akademische Kulturen: A la recherche de l'espace universitaire européen*. Hrsg. von Jürgen Schriewer, Edwin Kleiner und Christophe Charle. Frankfurt am Main: Wiley, 183–212.
- Heim, Susanne (2002). *Autarkie und Ostexpansion: Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein.
- (2003). *Kalorien, Kautschuk, Karrieren: Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Helmholtz, Hermann (1903). *Über das Verhältnis der Naturwissenschaften zur Wissenschaft im Allgemeinen*. In: *Vorträge und Reden*. Hrsg. von Hermann Helmholtz. 5. Aufl. Braunschweig: Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsges.
- Hoffmann, Dieter (1993). *Operation Epsilon: Die Farm-Hall Protokolle*. Berlin: Rowohlt.
- (2000). *Das Verhältnis der Akademie zu Republik und Diktatur: Max Planck als Sekretar*. In: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*. Hrsg. von Wolfram Fischer. Berlin: Oldenbourg Akademieverlag, 53–86.
- Jarausch, Konrad H. (2010). *Säuberung oder Erneuerung? Die Transformation der Humboldt-Universität 1985–2000*. In: *Gebrochene Wissenschaftskulturen: Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Konrad H. Jarausch, Matthias Middell, Michael Grüttner, Rüdiger Hachtmann und J. John. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 327–352.
- Karady, Victor und Peter Tibor Nagy, Hrsg. (2012). *The Numerus Clausus in Hungary: Studies on the First Anti-Jewish Law and Academic Anti-Semitism in Modern Central Europe, Budapest, Pasts Inc.* Budapest: Pasts Inc. Centre for Historical Research, History Department of the Central European University.
- Kovács, Maria (2012). *Tövénytől sújtva: A numerus clausus Magyarországon, 1919–1945 (Disenfranchised by Law. The History of the Hungarian Numerus Clausus, 1919–1945)*. Budapest: Napvilág.
- Kröner, Hans-Peter (1997). *Von der Rassenhygiene zur Humangenetik: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach dem Kriege*. Stuttgart: Gustav Fischer.
- Latour, Bruno (1987). *Science in Action: How to Follow Scientists and Engineers Through Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lewis, Jeffrey (2004). *Kalter Krieg in der Max-Planck-Gesellschaft: Göttingen und Tübingen: eine Vereinigung mit Hindernissen, 1948–1949*. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 403–443.
- Luhmann, Niklas (1992). *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mackrakis, Kristie (1993). *Surviving the Swastika: Scientific Research in Nazi Germany*. New York: The Johns Hopkins University Press.
- Maier, Helmut (2002). *Ideologie, Rüstung und Ressourcen: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung und die „Deutschen Metalle“ 1933–1945*. In: *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 357–388.
- Hrsg. (2007). *Forschung als Waffe: Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900–1945/48, 2 Bde*. Göttingen: Wallstein.
- Max-Planck-Gesellschaft (1992). *Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion. Berichte und Mitteilungen 1*.

- Max-Planck-Gesellschaft (1993). *Jahresbericht*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
- Mayntz, Renate (1992). Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 1:64–82.
- (1994). *Deutsche Forschung im Einigungsprozess: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*. Frankfurt am Main: Max-Planck-Gesellschaft.
- MPG1991 (1991). *Jahresbericht*. München: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.
- Oexle, Otto Gerhard (1994). Wie in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft entstand. *Jahrbuch 1994 der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*:43–60.
- Raphael, Lutz (1996). Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* 22:165–193.
- Rürup, Reinhard (2008). *Schicksale und Karrieren: Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*. Göttingen: Wallstein.
- Sachse, Carola (2002). „Persilscheinkultur“: Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm / Max-Planck-Gesellschaft. In: *Akademische Vergangenheitspolitik: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit*. Hrsg. von Bernd Weißbrod. Göttingen: Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, 217–246.
- (2003). *Die Verbindung nach Auschwitz: Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums im Juni 2001*. Göttingen: Wallstein.
- (2009). What Research, to What End? The Rockefeller Foundation and the Max Planck Society in the Early Cold War. *Central European History* 42:97–141.
- (2010). Bedingte Umbrüche: Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der westdeutschen Nachkriegszeit. In: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970: Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*. Hrsg. von Karin Orth und Willi Oberkrome. Bd. 4. Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 36–52.
- Schieder, Wolfgang (2004). Spitzenforschung und Politik: Adolf Butenandt in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. In: *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“*. Hrsg. von Wolfgang Schieder und Achim Trunk. Göttingen: Wallstein, 23–77.
- Schimank, Uwe und Andreas Stütcke (1994). *Coping With Trouble: How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schmaltz, Florian (2005). *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus: Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*. Göttingen: Wallstein.
- (2007). Peter Adolf Thiessen und Richard Kuhn und die Chemiewaffenforschung im NS-Regime. In: *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer: Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung des Nationalsozialismus*. Hrsg. von Helmut Maier. Göttingen: Wallstein, 305–351.
- Schmuhl, Hans-Walther (2005). *Grenzüberschreitungen: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927–1945*. Göttingen: Wallstein.
- Schüring, Michael (2006). *Minervas verstoßene Kinder: Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*. Göttingen: Wallstein.
- Sime, Ruth Lewin (2001). *Lise Meitner: Ein Leben für die Physik*. Frankfurt am Main: Insel Verlag.
- Stubbe, Hans (1935). Erbkrankheiten der Pflanzen. *Der Erbarzt* 2:65–71.
- Szöllösi-Janze, Margit (1998). *Fritz Haber 1868–1934: Eine Biographie*. München: C.H. Beck.
- Trischler, Helmuth (1999). „Big Science“ or „Small Science“? Die Luftfahrtforschung im Nationalsozialismus. In: *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Be-*

- standsaufnahme und Perspektiven der Forschung*. Hrsg. von Doris Kaufmann. Göttingen: Wallstein, 328–362.
- Walker, Mark (2003). *Otto Hahn: Verantwortung und Verdrängung*. Ergebnisse: Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Nr. 10. Berlin.
- Weber, Max (1968). Der Sinn der „Wertfreiheit“ der Sozial- und ökonomischen Wissenschaften (1918). In: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Max Weber. 3. Aufl. Tübingen: Johannes Winckelmann, 489–540.
- Weingart, Peter (1983). Verwissenschaftlichung der Gesellschaft: Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 12:225–241.
- Weiss, Sheila Faith (2010). *The Nazi Symbiosis: Human Genetics and Politics in the Third Reich*. Chicago: University of Chicago Press.
- Witt, Peter Christian (1990). Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/1919 bis 1934/35. In: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Hrsg. von Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart: DVA, 579–656.
- Zapf, Wolfgang (1990). Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main*. Hrsg. von Wolfgang Zapf. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 23–39.



## Kapitel 10

# Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven

*Gerhard Wolf*

Die folgenden Überlegungen sind kein Versuch, die Geschichte geisteswissenschaftlicher Forschung und Institutionalisierungen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG) in den letzten hundert Jahren zu überblicken und zu hinterfragen. Dies wäre ein ebenso lohnendes wie wichtiges Unterfangen, bedürfte jedoch intensiver Archivarbeit und wäre wohl am besten von einem kleinen Team in Kooperation einiger Institute zu leisten. Hier möchte ich nur kurze *spotlights* werfen auf einzelne Momente und Aspekte dieser Geschichte und zugleich fragen nach der Rolle geisteswissenschaftlicher Diskurse in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft überhaupt. Welche Rolle spielen sie in der öffentlichen Selbstdarstellung, sei es in den Bauten oder Reden ihrer Präsidenten? Und wie stellt sich diese in die und zu der Humboldt'schen Bildungstradition, wie wird der naturwissenschaftliche Schwerpunkt der Gesellschaft und das wachsende Ensemble von Instituten, zu denen schon früh auch geisteswissenschaftliche gehörten, begründet und präsentiert, welche Denkmodelle und Topoi humanistischer Bildung werden dabei aufgegriffen? Wie verbinden sich Rhetoriken und Praktiken, wo fallen sie in eins oder treten auseinander?

Was die Gründungsphase betrifft, scheinen diese Fragen vorderhand einfach zu beantworten, denn sie war mit Adolf von Harnack als erstem Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von einem Theologen gestaltet worden. Harnack war ein wortgewaltiger Mann, der in der Kaiserzeit und mit erstaunlicher Flexibilität dann in der Weimarer Republik die wissenschaftliche Kultur und Wissenschaftspolitik im deutschsprachigen Raum mit geprägt hat, vor allem mit dem großen Projekt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, das er zwar nicht erfunden, aber konzeptuell und auch sprachlich ausgestaltet hat. Man müsste in einem zweiten Schritt die kritischen Momente und verschiedenen Phasen untersuchen, also die nationalistische wie emphatische Begrüßung des Ersten Weltkriegs durch die Gründungsgeneration wie die wenigen kritischen Stimmen, im weiteren die

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der intellektuellen Kultur Weimars, ihre Rolle im „Dritten Reich“ wie den ideologischen Diskursen des Nationalsozialismus, ferner die Gründungsphase der Max-Planck-Gesellschaft in der jungen Bundesrepublik, die neuen, gerade für die Geisteswissenschaften interessanten Ansätze in den 1960er Jahren, die Zeit um und nach 1990 im Umfeld der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland und schließlich die letzten Jahre.



Abb. 10.1: Den Haupteingang der Generalverwaltung in München flankiert ein von Fernando de la Jara geschaffenes Großrelief der römischen Göttin Minerva in dunkelgrünem Granit.

Ich beginne mit einem Blick auf das Hauptgebäude der Max-Planck-Gesellschaft in München, das 1994 bis 1999 von den Architekten Rudolf Graf, Angelika Popp und Michael Streib errichtet worden ist. Wenn man die Brücke über den kleinen Wasserlauf gegenüber dem Hofgarten und der Staatskanzlei überschreitet, zwischen dem Positiv und Negativ des Profils der Minerva, die der peruanische Künstler Fernando de la Jara in grünem, südafrikanischen Granit geschaffen und im Relief vorsichtig belebt hat, tritt man auf ein schönes Homerzitat. Das wird zwar gewiss nicht von allen Besucherinnen und Besuchern, die in unterschiedlichen Gemütslagen und vielfach in Eile diese Schwelle überschreiten, wahrgenommen oder gar studiert, aber es ist doch subkutan wirksam und eine sprechende Wahl. ΑΙΕΝ ΑΡΙΣΤΕΥΕΙΝ ΚΑΙ ΥΠΕΙΡΟΧΟΝ ΕΜΜΕΝΑΙ ΑΛΛΩΝ, ΜΗΔΕ ΓΕΝΟΣ ΠΑΤΕΡΩΝ ΑΙΣΧΥΝΕΜΕΝ. Es handelt sich um

einen Spruch, der aus der Welt des humanistischen Gymnasiums bekannt ist. Der Vers stammt aus dem 6. Gesang der Ilias, und liest sich prosaisch übersetzt: *Immer der Beste sein und den anderen überlegen, und dem Geschlecht der Väter keine Schande bereiten.*

Man sieht sogleich, wie die Selbstdarstellung der Max-Planck-Gesellschaft mit der schon seit den Anfängen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft präsenten Minerva und dem zwischen ihrem Profil und ihrem Gegenbild eingeschriebenen Homer-Spruch sich in der deutschen humanistischen Tradition verorten lässt und zugleich die eigene Geschichte reflektiert. Man müsste nachprüfen, ob das Homerzitat schon bei Harnack und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine Rolle spielte, wie zu vermuten ist, generationell lädt der Verweis auf die Vätergeneration auch zum Nachdenken ein, wenn man die Zeit zwischen 1933 und 1945 bedenkt. Und man kann sich fragen, warum man an diesem Ort überhaupt einen Spruch aus dem kriegerischen Kontext der Ilias gewählt hat. Nun hat er als Motto durchaus Tradition in der akademischen Rhetorik, ist schon im 18. Jahrhundert für die University of Saint Andrews nachweisbar und prangt im Wappen des jesuitischen Boston College seit dem 19. Jahrhundert: „Ever the best“.

Erst wenn man sich den Kontext ansieht und die nächsten Verse in der Ilias liest, zeigt sich, dass es sich um eine schöne Geschichte handelt: Es treffen nämlich auf der Mauer im griechischen Lager Diomedes, der gerade eine gewaltige kriegerische Tätigkeit hinter sich gebracht hat, und ein trojanischer Feind zusammen, und die beiden heben an zu blutigem Gefecht. Diomedes, interessiert zu wissen, wen er als Nächsten in die Unterwelt befördern wird, fragt den Gegner, wer er denn sei. Darauf antwortet dieser: „Gleich wie Blätter im Walde, so sind die Geschlechter der Menschen.“ Es spiele keine Rolle, wer er sei, sagt er, um dann doch seine Identität zu enthüllen. Sein Name ist Glaukos, er stammt aus Lykien, und es kommt heraus, dass eine familiäre Verquickung von Diomedes und Glaukos existiert, die darauf hinausläuft, dass es von der väterlichen Seite her eine Beziehung der Gastfreundschaft gegeben hat. Der Spruch, der uns hier beschäftigt, ist ein Monitum, das Hippolochos seinem Sohn Glaukos mit auf den Weg gegeben hatte. Nachdem letzterer seine Erzählung beendet hat, pflanzt Diomedes seinen Speer „in die nahrungssprossende Erde“, sie verzichten auf den Kampf, es beginnt ein Ritual der Gastfreundschaft, sie tauschen die Rüstungen usw.

Dieser Spruch ist natürlich interessant im Kontext des Werkes, weil er das Konkurrenzprinzip mitten in der kriegerischen Konfliktsituation, in die Glaukos letztlich von seinem Vater gesandt wurde, einer friedlichen Begegnung (auch im Bild der Lanze) fruchtbar macht, die Ilias ist ja auch ein Antikriegsepos. Man kann das „*aei aristuein*“ als Leitmotiv der agonalen Kultur Griechenlands im Sinne von Jakob Burckhardt (1785–1858) lesen. Es gehört, wie wir gesehen haben, zum Bestand europäischer und amerikanischer akademischer Rhetorik,

und ist insofern auch auf der Brücke zur Münchner Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft eine Referenz auf die klassische Zitatkultur des grækophilen europäischen Bildungskanon. Mit seinem schönen Bedeutungsspiel fügt es sich aufs beste in das inverse Doppelbild der Minerva und ruft zugleich Kontinuität und Neubeginn im Verhältnis von Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf.

Der zweite Aspekt, der nur sehr kurz angesprochen sei, betrifft die Rolle der Geisteswissenschaften in der offiziellen Sprache der Max-Planck-Gesellschaft in der Öffentlichkeit wie gegenüber der Politik. Gemeint sind Geisteswissenschaften im engen Sinne, nicht die Institute und Disziplinen, die heute in der Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion vertreten sind, ich schließe Sozialwissenschaften aus, nehme auch Jura im Allgemeinen heraus, weil dies ein eigenes Thema wäre. Es bleiben im Blick über die hundert Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft von 1911 bis 2010 Kunstgeschichte, Geschichte, Rechtsgeschichte, Bildungsforschung und Wissenschaftsgeschichte. Die Frage, von der ich spreche, ist im Grunde Teil jener größeren nach dem Zusammenspiel der allgemeinen *mission* der Gesellschaft mit dem historisch gewachsenen, aber nicht einem übergreifenden Konzept sich verdankenden „Reigen“ der Institute. Wenn man die offiziellen Reden des Präsidiums der letzten beiden Jahrzehnte überschaut, sieht man das Problem sehr deutlich: In Einzelfällen werden Glanzleistungen aus den betreffenden Instituten erwähnt oder Neugründungen entsprechend begründet oder gewürdigt, aber die Geisteswissenschaften spielen ansonsten eine sehr marginale Rolle.

Natürlich wird niemand die große Prävalenz naturwissenschaftlicher Forschung in der Gesellschaft kritisieren wollen und eine stärkere Balancierung mit geisteswissenschaftlicher Arbeit einfordern, gleichwohl wäre es wichtig, die Gesellschaft immer wieder in ihrer ganzen Breite, in ihren offiziellen und öffentlichen *statements* in ihrer Vielfalt und ihrem inneren Zusammenspiel vorzustellen. Einmal mehr ist das auch eine Frage nach der Struktur der Öffentlichkeit und der Polyphonie in der Max-Planck-Gesellschaft selbst, der Autonomie der einzelnen Institute und ihrer eigenen Präsenz in den Medien etc. Gleichwohl (und es ist gewiss viel besser so als umgekehrt) wurde seitens der Max-Planck-Gesellschaft mehr für die geisteswissenschaftliche Forschung getan, als das angesichts des Gesamtbildes der Max-Planck-Gesellschaft einer Öffentlichkeit bewusst geworden ist oder zu vermitteln versucht wurde.

Wenn man sich die Rhetorik Adolf von Harnacks in der Gründungsphase ansieht, stellt sich das anders dar. Das liegt nicht allein an Harnacks theologischer, historischer und umfassender geisteswissenschaftlicher Versiertheit, es hat auch etwas mit einer anderen Begründungskultur zu tun, nämlich seinerzeit der Notwendigkeit zur Einrichtung außeruniversitärer, meist naturwissenschaftlicher

Institute für die politischen Träger und die Öffentlichkeit in einem stark von der Humboldt'schen Tradition geprägten preußischen bzw. nationalen Bildungsdiskurs zu formulieren und dieses Modell zu „promoten“. Wissenschaftspolitik ist ein Begriff, der sich just in diesen Jahren zu verbreiten begann. Unter diesen Prämissen wäre der Vergleich der spätkaiserzeitlichen Jahre, des Ersten Weltkriegs und der jungen Weimarer Demokratie zwischen Kontinuitäten und Brüchen – gerade auch angesichts der großen Umbrüche im naturwissenschaftlichen Weltbild – bei zum Teil denselben Akteuren von großem Interesse.

Der „Ort“ der Wissenschaft in der öffentlichen und politischen Kultur ist heute ein anderer, und so auch die Sprachen und Leitbilder. Naturwissenschaft bestimmt als Paradigma gesellschaftsrelevanter Forschung die Sprache fast aller Protagonisten und Medien, Wissenschaft ohne Präfix wird oft gleichgesetzt mit *science* und auf die Naturwissenschaften bezogen, darin fügt sich das Selbstbild der Max-Planck-Gesellschaft auf das Beste ein. Auch hier ist mein Monitum nicht als *lamentatio* einer sich zurückgesetzt fühlenden Minderheit zu verstehen, den Geisteswissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft im Verbund ihrer Sektion und der beiden anderen geht es ja recht gut (wobei ich die Frage nach den Schwierigkeiten in der Wahrnehmung und im Aushandeln ihres spezifischen Bedarfs bzw. ihrer Situation in den sektionsübergreifenden Planungen und Prozessen nicht anspreche) und die Tendenzen der jüngsten Zeit sind besonders vielversprechend. Gerade dies lädt dazu ein, einmal über die Geschichte der Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft nachzudenken und zugleich die Frage nach der offiziellen Darstellung ihrer Rolle zu stellen. Und damit noch einmal zurück in die Gründungsphase der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Wenn wir von der geisteswissenschaftlichen Versiertheit von Harnack sprechen, so gilt dies wie angedeutet für seine Fähigkeit, die Notwendigkeit einer naturwissenschaftlich orientierten Forschungsgesellschaft in der Sprache der Bildungselite zu vertreten, heißt aber nicht, dass er sich allzu intensiv um entsprechende Institutgründungen in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bemüht hätte oder ein entsprechendes Konzept verfolgt hätte. Ohnedies waren die staatlichen Mittel knapp und die privaten Förderungen an Interessen gebunden. Harnack hat seine offizielle Auffassung in seinem Memorandum von 1909 an Kaiser Wilhelm so formuliert: „Die Naturwissenschaften mögen dabei im Vordergrund stehen, aber auch die Geisteswissenschaften bedürfen heute für ihren Großbetrieb außerordentlicher Mittel; auch sie werden daher im Zusammenhang mit der Stiftung einer solchen Vereinigung angemessen zu berücksichtigen sein.“ Im Falle des ältesten geisteswissenschaftlichen Instituts der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kann man jedenfalls, freundlich gesprochen, von einer großen Skepsis Harnacks sprechen. Ich meine die Bibliotheca Hertzia-

na in Rom, die 1913 dank der testamentarischen Stiftung von Henriette Hertz inklusive eines Stiftungskapitals als eines der ersten Institute überhaupt in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgenommen wurde.

Die Geschichte ist auch angesichts der Hundertjahrfeier des Instituts im Jahr 2013 recht gut bearbeitet (vgl. zuletzt etwa Ebert-Schifferer 2013 in dem Sammelband *100 Jahre Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte*); und sie betrifft nicht allein die Stiftung von Henriette Hertz mit ihrem römischen Palast, sondern auch das Deutsche Historische Institut in Rom (DHI) sowie das 1897 gegründete Kunsthistorische Institut in Florenz (KHI), das 2002 in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen wurde. Hier nur ein Blick sozusagen aus Berliner Perspektive: Die Aufnahme dieses Instituts in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist ein Akt von Realpolitik und war begleitet von Polemiken. Zu den Gegnern gehört Harnack selbst, der sich gegenüber seiner sonst eleganten Rhetorik zu äußerst negativen Äußerungen verstiegen hat, er spricht von einem Giftpilz und dass man sich vor dem Ästhetizismus bzw. Salonästhetizismus zu hüten habe – ich will den Invektiven nicht mehr Raum geben. Dahinter steht neben dem Unverständnis für die Mäzenin Hertz und ihr Lebenswerk auch eine Haltung traditioneller, philologischer und historischer Forschung gegenüber der jungen Kunstgeschichte, die sich gerade erst wenige Jahrzehnte als geisteswissenschaftliche Disziplin zu behaupten begonnen hatte, interessanterweise waren einige ihrer bedeutendsten, akademischen Begründer Zeitgenossen von Harnack.

Die zentrale Figur in den Versuchen, die Gründung eines römischen kunsthistorischen Instituts institutionell zu kontrollieren, war der Historiker Paul Fridolin Kehr (1860–1944), den ich hier primär wegen seiner Rolle in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Spiel bringe. Er war seit 1903 Direktor des Preußischen Historischen Instituts, der zweiten großen, deutschen bzw. preußischen Institutsgründung in Rom nach dem archäologischen Institut. Kehr versuchte in Rom bzw. Italien eine Struktur zu schaffen, die historische und kunsthistorische Forschung verband und die er selbst in der Hand haben wollte. Nach seinem Plan sollte es drei kunsthistorische Expertisen geben. Die eine wäre Süditalien, das Reich der Stauer, von ihm selbst geleitet und angesiedelt im Deutschen Historischen Institut. Die zweite wäre das Kunsthistorische Institut in Florenz, dem als Schwerpunkt Nord- und Oberitalien zugedacht war. Als dritten Schwerpunkt hätte man zugelassen, dass sich die Bibliotheca Hertziana mit Rom und Mittelitalien beschäftigte. Das Ganze zusammengefasst unter einer Leitung, die aus einem Dreiergremium bestehen sollte, deren *capo supremo* Paul Fridolin Kehr geworden wäre. Das hätte das schon florierende Kunsthistorische Institut zu einem unselbständigen Institut gemacht und die Hertziana erst gar nicht zu einer selbständigen Forschungsstätte werden lassen.



Abb. 10.2: Bibliotheca Hertziana, ca. 1913: Die Kunstmäzenin Henriette Hertz (1846–1913) hinterließ der KWG testamentarisch sowohl den Palazzo Zuccari als auch ihre kunsthistorische Bibliothek mit der Bestimmung, ein Forschungsinstitut für Kunst- und Kulturgeschichte zu errichten. Die „Bibliotheca Hertziana“ wurde 1913 unter der Leitung von Ernst Steinmann in Rom gegründet und widmete sich vor allem der Erforschung der italienischen und römischen Kunst der Nachantike, insbesondere der Renaissance und des Barock.

Woran dieser Plan gescheitert ist bzw. wie er verhindert wurde, steht hier nicht zur Diskussion. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem, wie der Versuch, in Italien eine Ordnungsstruktur zu schaffen, aufs engste verflochten ist mit den Szenarien preußischer bzw. nationaler Politik im späten Kaiserreich. Ihre Protagonisten waren neben Harnack der 1908 verstorbene Friedrich Althoff und der Berliner Museumsdirektor Wilhelm von Bode (1845–1922), über lange Jahre Vorsitzender des Fördervereins des Florentiner Instituts, der dieses *de iure* und in vielem auch *de facto* leitete und seine Ausrichtung bestimmte. Bode war in diesem Punkt ein Gegner von Kehr und bemühte sich um die Autonomie primär des Florentiner Instituts, das wiederum durch die Personalunion von Museumsdirektion und Vereinsvorsitz eng an die Berliner Situation gebunden war. Während in der Gründungsphase des Kunsthistorischen Instituts der selbstgestellte Forschungsauftrag seiner Gründer, einer Gruppe bürgerlich liberaler Professoren, schlicht mit dem Wort „Kunstgeschichte“ bezeichnet wurde, ist die territoriale und epochale Aufteilung Italiens zwischen Hertziana, Kunsthistorischem Institut und Deutschem Historischen Institut ein Kompromiss, den Bode mittrug, um im Gegenzug die Selbständigkeit der kunsthistorischen Institute zu garantieren.

Die Hertziana ist ein Beispiel dafür, wie kontingent und nicht inhaltlich geplant geisteswissenschaftliche Präsenz innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war. Das heißt wiederum nicht, dass es in Fällen von naturwissenschaftlichen Instituten unbedingt anders gewesen wäre. Der Überblick von Renn, Kant und Kolboske in diesem Band zeigt, wie viel Realpolitik hier im Spiel war oder welche anderen Gründe es gab, Institute, die bereits existierten, zu übernehmen. Aber bei den geisteswissenschaftlichen Instituten geht es um einen äußerst kleinen Sektor, dort macht sich das Fehlen von übergreifenden, konzeptuellen Kriterien noch deutlicher bemerkbar, zumal Geisteswissenschaftler keinen Nobelpreis erhalten. Umso wichtiger ist es, zu rekonstruieren, welche Regulative es gab, welche persönlichen Netzwerke eine Rolle spielten, wie Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ihre Interessen aushandelten und wie innerhalb der Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Vertreter der Geisteswissenschaften, etwa von Theologie und Geschichte, ein Projekt einschätzten. Wie wir gesehen haben, war das Urteil von Harnack und von Kehr im Falle der Hertziana eher negativ und doch ist die Aufnahme vollzogen worden und daraus wurde eine bis jetzt hundertjährige, erfolgreiche Mitgliedschaft.

Der andere Fall, der hier angesprochen werden muss, ist das Institut für deutsche Geschichte, dessen Gründung Paul Fridolin Kehr betrieb. Wie Harnack oder Planck schaffte auch Kehr die Triangulation aus eigener Forschung, aus Institutionalisierung und aus Wissenschaftspolitik. Als Forscher war er radikaler Positivist, sein Ruf gründet auf der Edition von Papsturkunden und anderen Quellenwerken. Wie angesprochen, wollte er in Rom „aufräumen“, um sich zum „Papst“ einer

großen Gesamtstruktur aller deutschen Institute zu machen, und zweitens eine Parallelstruktur in Berlin aufbauen, ja ein historisches Zentralinstitut in Deutschland gründen. Nachdem er mit diesem Versuch u. a. aufgrund des Widerstands von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach just 1913 gescheitert war, ließ er in seinen Bemühungen und konzeptuellen Anpassungen an den unterstellten Zeitgeist bzw. die Erwartungen des Kaisers nicht nach, bis 1917 das Institut für Deutsche Geschichte in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet wurde. Es war klein und hatte einen offenen Charakter. Es war in der Staatsbibliothek unter den Linden angesiedelt mit nur wenigen Mitarbeitern, manche von ihnen waren in europäischen Archiven unterwegs.

Dieses der selbst gestellten Forschungsaufgabe adäquate Modell zeigt die mögliche Vielfalt von Strukturen der einzelnen Institute schon in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Kehr will man zugute halten, dass er international gedacht hat. Zugleich gehörte auch er zu den Unterzeichnern des den 1. Weltkrieg befürwortenden Aufrufs der Kulturträger, seine Internationalität konzentriert sich in seinen Worten auf die „Eroberung“ italienischer, französischer und spanischer Archive, wenn auch mit friedlichen Mitteln. Kehr war als Historiker besonders interessiert an Reichsgeschichte, er wollte einen Satelliten in Madrid aufbauen, und zwar für das Studium der Korrespondenz und der diplomatischen Akten von Karl V (1500–1558). Das gelang ihm auch zum Teil, der Zusammenhalt des Instituts bestand primär in der Bindung teilweise rasch wechselnder Mitarbeiter an die autokratische Person von Kehr, der sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren wusste und das Institut bis zu seinem Tod 1940 dominierte.

Mit dem knappen Blick auf die Bibliotheca Hertziana und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte sollten an den beiden ältesten geisteswissenschaftlichen Instituten der Gesellschaft zwei konträre Beispiele vorgestellt werden, wie geisteswissenschaftliche Forschung in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelangen konnte. Im Fall der Bibliotheca Hertziana handelte es sich um eine Erbschaft, eine private Finanzierung über ein Testament mit Auflagen, aber auch einer wertvollen Immobilie, einer Forschungssammlung und eines Stiftungskapitals sowie eines Gründungsdirektors (Ernst Steinmann). Trotz einer Verlegenheit, wie ein solches Institut im Ausland innerhalb der deutschen Wissenschaftslandschaft unterzubringen sei, war man etwas widerwillig bereit, es in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufzunehmen, Kehr hatte eine ambivalente Rolle in dieser Geschichte. Und zweitens, von Kehr betrieben, der systematische, konzeptuell durchdachte, wenn auch immer wieder an die aktuellen Verhältnisse angepasste Versuch, innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft historische Forschung zu platzieren, der 1917 in eine Institutsgründung mündete mit einer teilweise kreativen Ausgestaltung der inneren Struktur in den 1920er Jahren und ihrer politischen Gleichschaltung nach der Machtübernahme.

Damit ist kein vollständiges Bild der geisteswissenschaftlichen Aktivitäten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der ersten 20 Jahre gewonnen, es gab weitere Planungen, die nicht unbedingt auf Institutsstrukturen hinausliefen, sondern das Engagement in Großprojekten betrafen. Das waren vor allem archäologische Projekte. Genannt seien die Erforschung indogermanischer Inschriften, ein Projekt zur Darstellung fremder Völker in der ägyptischen Spätantike sowie zur frühislamischen Archäologie. Es wäre von großem Interesse, die vorhandenen Archivbestände für diese temporären Projekte aufzuarbeiten. Damit ließe sich auch das Verhältnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu den Akademien und deren Großprojekten deutlicher fassen, die Beziehung war ebenso osmotisch wie von dem Bedürfnis nach Abgrenzung geprägt, viele Forscher waren in beiden Bereichen aktiv.

Hier halte ich ein, denn es war nicht Ziel der vorausgehenden Bemerkungen, die geisteswissenschaftlichen Netzwerke im Umfeld der Gründung und in den ersten beiden Jahrzehnten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu rekonstruieren. Vielmehr zielt mein Argument auf die Frage nach dem Ort geisteswissenschaftlicher Forschung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung bis in die Gegenwart und den Perspektiven für die Zukunft. Dazu galt es, die Dynamiken der Präsidentschaft Harnacks anzusprechen, die im weiteren Horizont der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft insgesamt von Renn, Kant und Kolbsoke in diesem Band eingehend untersucht werden. Es gab durchaus Potentiale für geisteswissenschaftliche Forschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die sicher auch mit der Gründungsfigur von Harnack zusammenhingen, und eine gewisse Weltoffenheit bei allem Patriotismus bei einer Generation von Forschern, die sich im Kaiserreich formiert hatten und ihre Projekte weiterverfolgten in der Weimarer Republik. Manche dachten europäisch und haben auch darüber hinaus an internationalen Netzwerken partizipiert. Manche von ihnen, ob Natur- oder Geisteswissenschaftler, waren nicht nur Forscher, sondern auch wissenschaftspolitisch hoch aktiv.

Ein Anliegen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war es, in den Naturwissenschaften Voraussetzungen und Bedingungen für international kompetitive Spitzenforschung in Deutschland zu schaffen und zu garantieren. Zugleich fehlten in der frühen Phase der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Notwendigkeit wie die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten für übergreifende Konzepte. Dass es diese kaum gab, ließ zugleich den auf ganz verschiedene Weise in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etablierten und unterschiedlich strukturierten Instituten ihre Spielräume. Geschichtsforschung sowie Rechtsforschung standen durchaus auf der Agenda von Harnacks und anderer Protagonisten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, man sieht aber, wie schwierig dennoch etwa die Durchsetzung eines historischen Instituts war. Auch unter Historikern wurde

das Kehr'sche Projekt kontrovers diskutiert, wiewohl es mit dem Schwerpunkt auf Quellenedition sich für außeruniversitäre Forschung anbot. Die ersten Gründungen von juristischen Instituten ab 1924 hatten primär ausländisches Recht oder Völkerrecht zum Thema, was nach Versailles nahe lag, zugleich auf lange Sicht eine große internationale Perspektive eröffnete.

Damit komme ich kurz zur Max-Planck-Gesellschaft: Das erste geisteswissenschaftliche Projekt der Max-Planck-Gesellschaft war die Neugründung eines historischen Instituts, die 1955 in Göttingen realisiert wurde, es setzte einen Teil der Forschungsprojekte des KWI für Deutsche Geschichte fort, namentlich die *Germania Sacra*, blieb also zunächst dem positivistischen, quelleditorischen Geist und der Reichsgeschichte verschrieben bei einer gewissen Öffnung auf übergreifende historische Fragen. Wer die Gründung eines Instituts in der jungen Bundesrepublik erwartet hätte, das die neuen Tendenzen der französischen *Annales* Schule aufgegriffen oder die jüngste Zeitgeschichte in den Blick genommen hätte, wäre enttäuscht gewesen, auch wenn der Gründungsdirektor Hermann Heimpel (1901–1988), während des Zweiten Weltkriegs Professor in Straßburg, vor allem in seinen späten Jahren die Frage nach der Verantwortung und Schuld der Historiker im „Dritten Reich“ (einschließlich der eigenen) zumindest aufgeworfen hat. Mit seinen Nachfolgern sollte das Haus eine international bedeutende Rolle in der neuen Geschichtsforschung spielen, für die Mediävistik seien hier nur die mentalitäts- und kulturwissenschaftlichen Ansätze Gerhard Oexles genannt, Direktor am Institut bis zu seiner Schließung nach 2004. Es gibt im Übrigen seit etwa 1960 keine, bis zu einer Institutsgründung getriebenen Versuche innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft, Geisteswissenschaften im klassischen Sinn zu befördern. Philosophie, Theologie, Philologie oder andere Sprachwissenschaften waren als Disziplinen lange an den Hochschulen etabliert, also existierte nach dem Subsidiaritätskonzept auch kein entsprechender Bedarf.

In der Zeit der Präsidentschaft von Adolf Butenandt (1960–1972) nahmen die Geisteswissenschaften innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft gleichwohl einen Aufschwung. Die verschiedenen Projekte dieser Phase sollten bald einmal im Archiv recherchiert und im Zusammenhang untersucht werden. Genannt sei die auf lange Sicht erfolgreiche Gründung des Instituts für europäische Rechtsgeschichte 1964 in Frankfurt, die man im Horizont der neuen europäischen Ausrichtung der Bundesrepublik sehen kann, das Institut für Bildungsforschung, 1963 auf Betreiben von Hellmut Becker in Berlin als Reaktion auf die Bildungskrise in Deutschland und der westlichen Welt gegründet, und das 1970 in Starnberg realisierte Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, ein Experiment im Schnittpunkt zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften, das mit Jürgen Habermas und Carl Friedrich von Weizsäcker als Direktoren den großen gesellschaftlichen Umbrüchen und Herausforde-

rungen Rechnung tragen wollte, aber nach zehn Jahren scheiterte, während die Bildungsforschung in Berlin mit einem veränderten, komplexen Forschungsprogramm weiter floriert. Ich will hier nicht den Überblick bis 1972 wiederholen, den Renn, Kant und Kolboske in diesem Band bieten, noch die Liste komplettieren durch einen Blick auf die letzten vierzig Jahre, von der Gründung des Instituts für Psycholinguistik 1980 oder des MPI für Wissenschaftsgeschichte 1994, das zu einem stark vernetzten Kerninstitut der Geisteswissenschaften in der Gesellschaft geworden ist, bis in die Gegenwart, mit Blick auch auf die Entwicklung der Sektion bis zu ihrer Umbenennung in Geistes-, Sozial- & Humanwissenschaften (GSHS) und darüber hinaus.

Erlaubt seien mir aber einige Bemerkungen zu der vielleicht überraschenden Übernahme eines geisteswissenschaftlichen Instituts durch die Max-Planck-Gesellschaft im Jahr 2002, des Kunsthistorischen Instituts in Florenz, dem wir schon im Kontext preußischer Kultur- und Wissenschaftspolitik mit den Protagonisten Kehr, Althoff und Bode in der Gründungszeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft begegnet sind. Zur Zeit der Übernahme durch die Max-Planck-Gesellschaft war es 105 Jahre alt, hatte mit staatlicher Förderung und seinem Trägerverein zunächst als privates Institut mit Unterbrechungen in den beiden Weltkriegen und seit den 1970er Jahren als Bundesinstitut eine umfassende Forschungsbibliothek und -photothek zur italienischen Kunstgeschichte mit den oben genannten Schwerpunkten aufgebaut. Es war nicht vorauszusehen, dass es zur Max-Planck-Gesellschaft finden sollte. Dies verdankt sich neben dem Betreiben des Instituts selbst vor allem der Bereitschaft des BMBF, das Kunsthistorische Institut unter Garantie seines Budgets auszugliedern, parallel zur Neustrukturierung der Deutschen Geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland, die 2002 in der Max-Weber-Stiftung zusammengeführt wurden. Im Zug der Übernahme des Kunsthistorischen Instituts durch die Max-Planck-Gesellschaft wurde eine Diskussion geführt, die in manchem an jene der Gründungsphase der Bibliotheca Hertziana und an Kehrs oben angesprochene Bestrebungen erinnert, ob man die beiden Institute in Italien nicht besser zu einem zusammenführen solle. Dies wurde bis auf die Etablierung eines gemeinsamen Fachbeirates (bis 2012) vermieden, zu verschieden waren die Traditionen der Häuser und ihre Forschungsagenda.

Mit der Übernahme durch die Max-Planck-Gesellschaft bot sich dem Kunsthistorischen Institut die Chance zu einer Ausweitung seines wissenschaftlichen Profils. Es begann eine Phase der Öffnung unter anderem auf transkulturelle Fragestellungen und der Neubestimmung seiner Position in der internationalen kunstgeschichtlichen Forschung, die darzulegen allzu sehr ein Argumentieren *pro domo* wäre. Worauf es mir hier ankommt, ist etwas anderes: Die Existenz zweier Institute einer Disziplin wie der Kunstgeschichte

ist durchaus eine Anomalie in der Max-Planck-Gesellschaft, sie verdankt sich einmal mehr weniger einer konzeptuellen Planung innerhalb der Sektion oder der Gesellschaft, als dem zunächst kontrovers diskutierten Aufnehmen eines Angebots etwa von Seiten der Politik oder der Wirtschaft. Es war nicht gebunden an ein neu formuliertes Konzept für das Institut, sondern gründete auf einer Evaluierung seiner aktuellen Forschung, schuf aber mit der Perspektive auf eine zweite Direktion und andere Vorzüge eines Max-Planck-Instituts den Spielraum für die angesprochene Öffnung am Institut selbst. Ganz anders liegt der Fall bei der Gründung des Instituts für empirische Ästhetik, mit den ersten beiden Abteilungen operativ seit dem Jahr 2013, der eine höchst intensive Debatte in den Gremien der Max-Planck-Gesellschaft vorausging. Sie basiert auf dem Vorschlag von Kollegen der Sektion und einem von ihnen vorgelegten Konzept. Bei der Diskussion in der GSHS bemerkte ein Mitglied, dass von den beiden historischen Zufällen der Kunstgeschichte in der Max-Planck-Gesellschaft abgesehen, ästhetische Fragestellungen bisher nicht untersucht worden seien. Hier gebe es nun einmal eine Chance, solche planvoll auf den Weg zu bringen.

Diese Beobachtung ist historisch nicht falsch – weder für die Übernahme der Hertziana 1913 noch für jene des Kunsthistorischen Instituts 2002. Es hat sich nur auch gezeigt, dass es verschiedene Wege in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft gab und gibt, und manche Übernahmen verdanken sich äußeren Gründen. Auch wenn sie dann einer Prüfung unterzogen wurden, sind sie nicht Teil eines übergreifenden Konzepts der Gesellschaft. Forciert gesagt, hat es ein solches nicht immer gegeben oder genauer verdankt sich die übergreifende Agenda einer subtilen Balance der Autonomie bzw. Eigendynamik einzelner Institute mit einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren innerhalb und außerhalb der Gesellschaft und der grundsätzlichen Aufgabe der Förderung von Grundlagenforschung. Das wiederum betrifft die Planungsspielräume und die Rolle des Präsidiums und des Präsidenten, deren Wandel Renn, Kant und Kolbowski für die verschiedenen Stationen von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft skizzieren. Und an diesem Punkt wären wir wiederum bei dem zweiten Thema, das mich hier interessiert hat, den Sprachen und Bildern in den offiziellen Darstellungen des Forschungsauftrags und -profils durch die zentralen Organe der Max-Planck-Gesellschaft und ihre Vertreter, in der wiederum die Rolle der Max-Planck-Gesellschaft in der Gesellschaft insgesamt mit verhandelt und definiert wird.

Bleiben wir bei dem Aspekt der Max-Planck-Gesellschaft als Zusammenspiel der Institute, die ihre Präsenz in der Gesellschaft internen Planungsprozessen oder teilweise kontingenten anderen Gründen verdanken. Letztlich macht dies für den Erfolg eines Instituts keinen allzu großen Unterschied, weil Planung, Berufung und Ausarbeitung der Forschungsagenda durch die Gründungsdirektorinnen

und -direktoren bzw. ihre Nachfolger eine Vielzahl von Weichenstellungen und Variablen enthalten, die für den Erfolg fundamental sind. Spezifischer die Geisteswissenschaften und die heutige Situation betreffend, ist der wichtige Punkt jetzt das Erreichen einer kritischen Masse an Instituten und die Neuformierung der transdisziplinären Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaftlichen Sektion, was ihre innere Dynamik bereichert hat und eine Vielzahl möglicher Vernetzungen und transversaler Projekte in der und zwischen den Sektionen erlaubt, die internationalen Kooperationen der Institute haben ohnedies eine lange Tradition. Das schafft einen kreativen Raum für Projekte, die wie im Fall der empirischen Ästhetik oder des noch in Planung befindlichen Instituts für Geschichte und Naturwissenschaften neue, sektionsübergreifende Forschungsansätze für Institute, die geisteswissenschaftliche mit natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung verbinden.

Dies bedeutet sowohl eine Stärkung der Geisteswissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft wie ihre partielle Neubestimmung jenseits disziplinärer Grenzen, wobei ihre Aufgabe auch in offiziellen Darstellungen nicht sein kann, ein Begleitprogramm als der Naturwissenschaften zu erscheinen, sondern eine eigene gesellschaftlich relevante Aufgabe zu übernehmen durchaus im Dialog zwischen den Disziplinen und Forschungsfeldern. Wenn ich mein Fach als Beispiel nehmen darf, meint dies etwa die Rolle der Kunstgeschichte bei der Wahrung, Deutung und Vermittlung des visuellen bzw. monumentalen Gedächtnisses der Kulturen (in Museen und *cultural heritage*), die Bildkompetenz unter anderem mit Blick auf Visualisierungen in den Naturwissenschaften, Kreativitätsforschung und die Erforschung ästhetischer Praktiken in globaler Perspektive.

Zusammenfassend gesagt: Auf der einen Seite stehen die Gründungsprozesse von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft sowie die Aushandlungen ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft in unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konstellationen und Konjunkturen, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Kaiserreich, Weimar, Drittem Reich und den beiden Kriegen, der Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik mit ihren verschiedenen Perioden vor und nach 1989. Sie sind verbunden mit allgemeinen wissenschaftspolitischen Weichenstellungen und Dynamiken, auch geprägt von Protagonisten, Gruppen und persönlichen Netzwerken, die durchaus international sein konnten. In diesem Horizont bilden sich Rhetoriken, Sprachregelungen und Repräsentationsformen von Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft in der Öffentlichkeit oder im Dialog mit Politik und Wirtschaft aus (immer wieder einmal gerne die humanistischen Topoi ins Feld führend: *aie aristuein*). Dies bewegt sich in den letzten hundert Jahren zwischen den Polen, den selbstgestellten bzw. zugebilligten gesellschaftlichen Auftrag zu definieren, zu

behaupten und weiter auszugestalten, oder sich politisch anzudienen bzw. opportun zu zeigen, Mischformen hat es gegeben.

Auf der anderen Seite steht ein je unterschiedliches, sich unterschiedlichen Gründungsmomenten und anderen, auch kontingenten Dynamiken verdankendes, sowie ständig in Veränderung begriffenes Ensemble von Instituten, das sich nicht leicht unter die Formel einer übergreifenden Forschungsagenda bringen lässt, gleichwohl auf jeder Stufe dazu einlädt, strukturell überblickt, gedeutet und von seinen Trägern weitergestaltet zu werden, insbesondere vom Präsidium mit seinen Potentialen oder auch Defiziten als solches bedacht und dargestellt sein will. Und dies im besten Fall in katalysatorischer Verschränkung und Ausbalancierung der beiden Dimensionen, darin besteht die Kunst der Darstellung der kreativen Vielfalt der Forschung in der Gesellschaft verbunden mit der notwendigen wissenschaftspolitischen und öffentlichkeitswirksamen „Stimme“. In der heutigen Situation, einem reich ausdifferenzierten Ensemble von ca. 80 Instituten mit ihrer Spitzenforschung und einer damit zugleich noch überschaubaren kritischen Masse lassen sich neue Verbindungen schaffen und übergreifende Forschungsfragen aufspüren, favorisiert durch die Begegnungen und den Dialog von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit ihren eigenen Planungen und Kontingenzen in den Korridoren von Sitzungen oder wo auch immer.



## **Autorinnen und Autoren**

Thomas Adam  
Professor of German and Transnational History  
The University of Texas at Arlington  
Department of History  
Box 19529, Arlington, TX 76019-0529, USA  
adam@uta.edu

Mitchell Ash  
Professor für neuere Geschichte  
Universität Wien  
Dr. Karl-Renner-Ring 1, A-1090 Wien  
Mitchell.ash@univie.ac.at

Dieter Hoffmann  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPI für Wissenschaftsgeschichte  
Boltzmannstr. 22, D-14195 Berlin  
dh@mpiwg-berlin.mpg.de

Horst Kant  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPI für Wissenschaftsgeschichte  
Boltzmannstr. 22, D-14195 Berlin  
kant@mpiwg-berlin.mpg.de

Birgit Kolboske  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPI für Wissenschaftsgeschichte  
Boltzmannstr. 22, D-14195 Berlin  
kolboske@mpiwg-berlin.mpg.de

Hubert Laitko  
Professor i.R.  
Florastraße 39, D-13187 Berlin  
laitko@hotmail.com

Ariane Leendertz  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPI für Gesellschaftsforschung  
Paulstraße 3, D-50676 Köln  
leendertz@mpifg.de  
al@mpifg.de

Reimar Lüst  
Altpräsident der MPG  
MPI für Meteorologie  
Bundesstraße 53, D-20146 Hamburg

Manfred Rasch  
Leiter des ThyssenKrupp Konzernarchivs  
Friedrich-Ebert Straße 12, D-47161 Duisburg  
konzernarchiv@thyssenkrupp.com

Jürgen Renn  
Direktor am MPI für Wissenschaftsgeschichte  
Boltzmannstr. 22, D-14195 Berlin  
rennoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Carola Sachse  
Universitätsprofessorin für Zeitgeschichte  
Universität Wien  
Spitalgasse 2-4 / Hof 1, A-1090 Wien  
carola.sachse@univie.ac.at

Helmuth Trischler  
Direktor des Forschungsinstituts des Deutschen Museums  
Museumsinsel 1, D-80306 München  
h.trischler@deutsches-museum.de

Gerhard Wolf  
Direktor am Kunsthistorischen Institut in Florenz – MPI  
Via Giuseppe Giusti, 44, I-50121 Firenze  
Wolf@khi.fi.it

## Namensindex

### A

---

Adam, Thomas, 2  
Adenauer, Konrad, 89, 90, 92, 277  
Adickes, Franz, 222  
Ahlers, Conrad, 131  
Albrecht, Helmuth, 36  
Althoff, Friedrich, 11, 15, 146, 179,  
203, 222, 223, 350, 354  
Aly, Götz, 32  
Ambros, Otto, 42  
Arndt, Franz, 77  
Arnhold, Eduard, 14, 27, 102, 210,  
211  
Aschoff, Jürgen, 83, 105  
Ash, Mitchell, 3, 23, 32

### B

---

Backe, Herbert, 57, 58, 256  
Bacon, Francis, 307  
Baker, John Randall, 252  
Balke, Siegfried, 278  
Ballreich, Hans, 238  
Baltes, Paul, 300  
Bargmann, Klaus, 262  
Bartels, Julius, 85  
Beck, Lorenz, 109  
Beck, Ulrich, 289, 302  
Becke, Margot, 106, 304  
Becker, Carl Heinrich, 19, 30  
Becker, Helmut, 97, 98, 353

Beckmann, Ernst Otto, 11, 126,  
166, 225  
Bell, Alexander Graham, 248  
Bergius, Friedrich, 54  
Bergmann, Max, 20  
Berneis, Bruno, 89  
Betz, Albert, 275  
Beutler, Hans, 15  
Beyler, Richard, 318, 323, 325  
Beyme, Klaus von, 298  
Bickenbach, Otto, 51  
Biermann, Ludwig, 88, 123–125,  
129  
Birrenbach, Kurt, 290  
Bismarck, Klaus von, 262  
Blount, Bertie Kennedy, 73, 74  
Blumenberg, Hans, 269  
Bode, Wilhelm von, 205, 350, 354  
Bohr, Niels, 46, 47, 244  
Bonhoeffer, Karl Friedrich, 37, 76,  
88  
Bopp, Fritz, 91  
Born, Max, 25, 89, 91  
Bosch, Carl, 40, 42, 53–57, 224  
Bosch, Robert, 60  
Bothe, Walther, 28, 86  
Boveri, Theodor, 165  
Brandt, Karl, 51  
Brandt, Willy, 101, 106, 107, 129,  
133  
Brauer, Ludolph, 141  
Braun, Wernher von, 41  
Brill, Rudolf, 73

Brocke, Bernhard vom, 137, 139,  
144, 145, 147, 150, 197,  
199, 212  
Bruch, Rüdiger vom, 139  
Bruns, Victor, 21  
Brüning, Gustav von, 14  
Brüning, Heinrich, 60  
Brüning, Johann Adolf, 222  
Bud, Robert, 248  
Buek, Otto, 24  
Bunsen, Robert, 202  
Burchardt, Lothar, 144, 198,  
208–210, 212, 220  
Burckhardt, Jakob, 345  
Bush, Vannevar, 243  
Butenandt, Adolf, 6, 21, 49, 50, 70,  
74, 79, 80, 94–97,  
99–101, 104, 105, 107,  
121, 127–130, 135, 136,  
142, 145, 151–159, 161,  
162, 164, 167, 168,  
171–174, 177, 178, 255,  
256, 278, 280–284, 290,  
293, 320, 353  
Böll, Heinrich, 101  
Bötzkes, Wilhelm, 84, 85  
Bütefish, Heinrich, 55

## C

---

Carnegie, Andrew, 199–201, 203  
Carson, Cathryn, 48  
Cartellieri, Wolfgang, 154, 279  
Casella, Leopold, 222, 223  
Cassidy, David C., 47  
Castagnetti, Giuseppe, 139  
Cierpka, 123  
Citron, Anselm, 280  
Clarke, Sabine, 249  
Clay, Lucius Dubignon, 77, 78, 253

Coing, Helmut, 98, 104  
Coleridge, Samuel Taylor, 248  
Compton, Arthur Holly, 89  
Cornell, Ezra, 196  
Correns, Carl, 13, 165  
Cranach, Max Lucas von, 44, 57

## D

---

Daele, Wolfgang van den, 175  
Dahrendorf, Ralf, 132, 294, 297,  
298  
Darmstaedter, Ludwig, 222  
Darré, Walter, 320  
Debye, Peter, 41, 45, 46, 80, 81,  
126  
Debye, Peter, 81  
Delbrück, Ludwig, 14  
Delbrück, Max, 36, 226  
Dessauer, Friedrich, 86  
Diebner, Kurt, 46  
Dieminger, Walter, 85  
Diomedes, 345  
Domagk, Gerhard, 49  
Donnersmarck, Guido Graf  
Henckel Fürst von, 14  
Dorrmann, Michael, 210  
Dreschner, 315  
Duisberg, Carl, 54, 209, 314  
Dölle, Hans, 127  
Dürr, Hans-Peter, 104

## E

---

Ebert, Friedrich, 18  
Ebert-Schifferer, Sybille, 348  
Edison, Thomas Alva, 244  
Ehrlich, Paul, 222, 223, 225, 226,  
327  
Eigen, Manfred, 99, 100

Einstein, Albert, 7, 13, 16, 23, 24,  
29, 30, 35, 37, 38, 126,  
141, 160, 245, 327  
Eisenschitz, Robert Karl, 36  
Eitel, Wilhelm, 43  
Eliot, Charles William, 15  
Ellwein, Thomas, 298  
Engelbrecht, Walter, 275  
Engell, Hans-Jürgen, 104  
Epstein, Fritz, 35  
Erhard, Ludwig, 277  
Ertl, Gerhard, 23, 88  
Etzkowitz, Henry, 244

## F

---

Farkas, Ladislaus, 250, 315  
Fink, Rainer, 138  
Fischer, Emil, 14, 29, 224–227, 232  
Fischer, Eugen, 27, 319, 320  
Fischer, Franz, 13, 228, 231–235,  
237  
Fleckenstein, Josef, 86  
Fleischmann, Rudolf, 91  
Flick, Friedrich, 87  
Foerster, Wilhelm, 24  
Forman, Paul, 245  
Forstmann, Walther, 238  
Franck, James, 24, 25, 72  
Freundlich, Herbert, 35  
Frick, Wilhelm, 38, 319  
Friedländer-Fuld, Fritz von, 26, 232  
Friedländer-Fuld, Marianne von, 27  
Friedrichs, Hans, 131  
Frisch, Otto Robert, 45  
Frölich, Gustav, 41  
Föppl, August Otto, 274

## G

---

Gausemeier, Bernd, 321

Gebhardt, Bruno, 147  
Gentner, Wolfgang, 85, 86, 92, 106,  
278, 280–282  
Gerlach, Walther, 91, 262  
Gerwin, Robert, 177  
Gibbons, Michael, 244  
Girgensohn, Dieter, 104  
Glaukos (Lykier), 345  
Glum, Friedrich, 17, 20–22, 27,  
29–31, 34, 37, 39, 40, 44,  
53, 54, 57, 60, 67, 76,  
141, 142, 152–154, 163,  
167, 232, 233, 274, 313,  
318  
Goerdeler, Carl, 59, 60  
Goldberger, Ludwig Max, 210  
Goldfinger, Paul, 315  
Goldschmidt, Richard, 70, 165  
Goudsmit, Samuel, 68  
Graf, Rudolf, 344  
Gregg, Alain, 53  
Grimme, Adolf, 75  
Gruss, Peter, 6, 81, 158, 162, 186,  
244, 333  
Gurion, David Ben, 91, 92  
Göring, Hermann, 42, 53, 58, 60,  
68  
Gütt, Arthur, 319, 320

## H

---

Haagen, Eugen, 51  
Haber, Fritz, 11, 16, 18, 19, 23–26,  
30, 33, 35–38, 44, 48, 54,  
73, 88, 103, 104, 211,  
224, 225, 227, 232, 233,  
237, 249, 250, 272, 313,  
315–317, 325  
Habermas, Jürgen, 98, 132, 182,  
287, 293–299, 304, 353

- Hachenberg, Otto, 99  
 Hachtmann, Rüdiger, 29, 39, 54,  
 57, 58, 60, 144, 321, 325  
 Hahn, Hanno, 92  
 Hahn, Otto, 1, 24, 25, 29, 36, 37,  
 40, 45, 69–75, 77, 78, 80,  
 84, 89–92, 94, 96, 97,  
 101, 124, 126, 127, 132,  
 253, 258, 276, 278,  
 324–327  
 Hallervorden, Julius, 32  
 Hardenberg, Carl-Hans Graf von,  
 60  
 Harnack, Adolf von, 8–14, 18, 19,  
 21, 24, 30, 35, 37, 44, 52,  
 59, 76, 100, 101, 122,  
 125, 126, 133, 137–139,  
 141–144, 146–148, 150,  
 159, 167, 172, 184, 224,  
 231, 269–271, 274, 313,  
 343, 345–348, 350, 352  
 Harnack, Arvid, 67  
 Harnack, Carl Gustav Axel, 138  
 Harnack, Mildred (geb. Fish), 67  
 Hartmann, Max, 50, 165, 256, 317  
 Hausser, Karl Wilhelm, 28  
 Havemann, Robert, 67–69, 77, 324  
 Haxel, Otto, 91  
 Heckhausen, Heinz, 132  
 Heidegger, Martin, 259  
 Heim, Susanne, 43  
 Heimpel, Hermann, 86, 127, 160,  
 262, 353  
 Heisenberg, Werner, 45–48, 69, 70,  
 78, 87–89, 91, 96, 97,  
 123–125, 127, 128, 132,  
 255, 259, 262, 277–282,  
 290, 292, 293  
 Helmholtz, Hermann von, 155,  
 156, 248, 249, 328  
 Henning, Eckart, 36, 173, 186  
 Hertz, Gustav, 25  
 Hertz, Henriette, 4, 12, 13, 78, 92,  
 126, 178, 179, 197, 262,  
 347–351, 354, 355  
 Herzog, Reginald Oliver, 20, 26,  
 317  
 Hess, Benno, 87  
 Heubner, Wolfgang, 50  
 Heymann, Ernst, 37, 38  
 Heyn, Emil, 232  
 Himmler, Heinrich, 68  
 Hindenburg, Paul von, 18  
 Hippolochos, 345  
 Hitler, Adolf, 36, 37, 39, 46, 47, 49,  
 55, 56, 59, 68, 72, 126,  
 318, 320  
 Hobsbawm, Eric John Ernest, 269  
 Hofmann, Fritz, 26, 236  
 Holzapfel, Luise, 75  
 Holzkamp, Erhard, 84  
 Horthy, Miklós, 312  
 Humboldt, Wilhelm von, 150, 163,  
 269  
 Huxley, Thomas Henry, 249
- J**
- 
- Jander, Gerhart, 36, 40  
 Jara, Fernando de la, 344  
 Johnson, Benjamin Ashby, 196  
 Joliot-Curie, Frédéric, 86
- K**
- 
- Kallmann, Hartmut, 35  
 Kant, Horst, 4, 133, 186, 187, 244,  
 350, 352, 354, 355  
 Kant, Immanuel, 123  
 Karl V (HRR), 351  
 Karsen, Fritz, 76

Kaudewitz, Fritz, 260, 261  
 Kehr, Paul Fridolin, 13, 348, 350,  
     351, 353, 354  
 Kerschbaum, Friedrich, 24  
 Kimball, Bruce, 196  
 Kirschmer, Otto, 28  
 Klein, Felix, 138, 274  
 Kleynmans, Jakob, 227  
 Kohl, Helmut, 32  
 Kolboske, Birgit, 4, 133, 350, 352,  
     354, 355  
 Kopfermann, Hans, 91  
 Koppel, Leopold, 15, 16, 18, 39,  
     203, 211, 224, 233  
 Korsching, Horst, 69  
 Kraepelin, Emil, 20  
 Krauch, Carl, 42, 57, 58  
 Kraut, Heinrich, 87  
 Krehl, Ludolf von, 28, 167  
 Kreutzfeldt, Otto Detlev, 104  
 Krohn, Wolfgang, 175  
 Krumbach, Thilo, 12  
 Krupp von Bohlen und Halbach,  
     Gustav, 14, 18, 28, 54,  
     87, 125, 209, 229, 351  
 Krüss, Hugo Andres, 57, 199, 232  
 Kuhn, Richard, 28, 48–52, 57, 78,  
     85, 101  
 Kuiper, Gerard, 68  
 Köhler, Heinrich, 28  
 Körber, Friedrich, 237  
 Kühn, Alfred, 70, 256, 321

## L

---

Laitko, Hubert, 2, 22, 270  
 Latour, Bruno, 255, 309, 310  
 Laue, Max von, 37, 38, 69, 71, 73,  
     78, 87, 88, 91, 123, 124  
 Lebach, Margarete, 37

Leendertz, Ariane, 3, 98, 132  
 Legge, William, 196  
 Lehmann, Gunther, 87  
 Lehmann, Hartmut, 86  
 Leibniz, Gottfried Wilhelm, 77  
 Lenard, Philipp, 34  
 Lenin, Wladimir Iljitsch, 316  
 Leussink, Hans, 103, 290  
 Levelt, Willem, 131  
 Levi, Hilde, 15  
 Leydesdorff, Loet, 244  
 Lorenz, Konrad, 83  
 Lotz, Wolfgang, 262  
 Lucier, Paul, 248  
 Luhmann, Niklas, 309, 337  
 Lynen, Feodor, 92, 104, 106, 161,  
     284  
 Lüst, Reimar, 2, 4, 6, 93, 96, 101,  
     102, 105–107, 109, 121,  
     143, 157, 160, 164, 174,  
     177, 182, 183, 270, 280,  
     284, 296, 297, 333

## M

---

Macrakis, Kristie, 39  
 Maier, Anneliese, 178, 179  
 Maier, Helmut, 199, 321  
 Maier-Leibnitz, Heinz, 91, 277  
 Mannheimer, Fritz, 39  
 Mark, Hermann F., 26  
 Markl, Hubert, 31, 33, 79, 136,  
     169, 247, 308, 333, 335  
 Markmann, Heinz, 105  
 Mason, Max, 53  
 Mattauch, Josef, 75, 91  
 Matthes, Olaf, 210, 211  
 Mayntz, Renate, 164, 288, 295,  
     301–304, 329, 335  
 Meffert, Fritz, 24

Mehrtens, Herbert, 36  
 Meitner, Lise, 29, 35, 45, 71–73,  
 80, 126, 325–327  
 Melchers, Georg, 102, 256  
 Mendelssohn, Franz von, 14, 19,  
 38, 209, 210  
 Mendelssohn, Robert von, 14, 198  
 Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht,  
 141  
 Mengele, Josef, 33, 49, 50, 67  
 Mentzel, Rudolf, 40, 56–58  
 Merton, Alfred, 38  
 Metternich, Franz Wolff, 179  
 Meyer, Adolf, 142  
 Meyerhof, Otto, 28, 71  
 Michaelis, Jörg, 140  
 Müller, Oskar von, 28  
 Minerva, 17, 92, 344–346  
 Moellendorff, Wichard von, 20  
 Mommsen, Hans, 60  
 Mommsen, Theodor, 21, 270, 271  
 Mond, Ludwig, 202  
 Mosler, Hermann, 105  
 Moulton, John Fletcher, 250  
 Muckermann, Hermann, 319  
 Müller-Hill, Benno, 32, 49, 50, 197  
 Münch, Fritz, 262

## N

---

Nachtsheim, Hans, 76, 259–261  
 Neuberg, Carl, 30, 49, 80, 81  
 Newton, Isaac, 73  
 Nicolai, Georg Friedrich, 24  
 Niehrs, Christof, 140  
 Nottscheid, Mirko, 197  
 Nowotny, Helga, 196, 244  
 Nüsslein-Volhard, Christiane, 132

## O

---

Oetker, August, 15, 125  
 Oexle, Gerhard Otto, 46, 47, 70,  
 86, 353  
 Oppenheimer, Robert, 48, 327  
 Ossietzky, Carl von, 49

## P

---

Paneth, Friedrich-Adolf, 91  
 Pasteur, Louis, 244  
 Paul, Wolfgang, 91  
 Petersen, Otto, 228  
 Pfundtner, Hans, 38  
 Picht, Georg, 97, 182, 183, 290  
 Pieroth, Elmar, 131  
 Pietsch, Erich, 50  
 Planck, Emma, 68  
 Planck, Erwin, 68  
 Planck, Grete, 68  
 Planck, Karl, 68  
 Planck, Marga (Margarete), 36, 66  
 Planck, Marie (geb. Merck), 68  
 Planck, Max, 17, 18, 24, 30, 31, 34,  
 36–38, 42, 44, 53, 54, 60,  
 61, 63, 66–71, 73–75, 79,  
 94, 126, 142, 243, 245,  
 314, 318, 319, 350  
 Polanyi, Michael, 26, 35, 252, 312  
 Popp, Angelika, 344  
 Powers, Thomas, 47  
 Prandtl, Ludwig, 20, 273–275  
 Price, Derek de Solla, 181, 328  
 Price, Don Krasher, 291  
 Pringsheim, Peter, 15

## R

---

Rabel, Ernst, 20, 80  
 Rajewskij, Boris, 41

Rajewsky, Boris, 50, 78, 101  
 Rasch, Manfred, 3  
 Raspé, Gerhard, 105  
 Rass, Rudolf, 103, 104  
 Rathenau, Walther, 205, 206  
 Regener, Erich, 41, 78, 84, 85  
 Regener, Viktoria, 41  
 Reich, Utz-Peter, 183  
 Renn, Jürgen, 4, 6, 133, 139, 186,  
 187, 244, 350, 352, 354,  
 355  
 Reusch, Paul, 59, 60  
 Rieger, Simone, 139  
 Riezler, Wolfgang, 91  
 Rischbieter, Julia, 197  
 Ritter, Klaus, 290  
 Rose, Paul Lawrence, 47  
 Rossignol, Robert Le, 224, 225,  
 227  
 Rowland, Henry, 248, 249  
 Rubner, Max, 13, 30  
 Ruhenstroth-Bauer, Gerhard, 284  
 Ruska, Ernst, 88  
 Rust, Bernhard, 39, 40  
 Ruttner, Franz, 21  
 Rüdin, Ernst, 20, 53, 257, 319  
 Rürup, Reinhard, 1, 31, 316, 318,  
 323

## S

---

Sachs, Hans, 28  
 Sachse, Carola, 3, 33, 61, 323–325  
 Schacht, Hjalmar, 59, 72  
 Schauz, Désirée, 245  
 Scheel, Walter, 297  
 Schieder, Wolfgang, 31  
 Schilling, Ernst, 41  
 Schilling, Günther, 310  
 Schimank, Uwe, 329

Schluchter, Wolfgang, 298  
 Schlüter, Arnulf, 88, 104, 123  
 Schmaltz, Florian, 48, 51, 109, 257  
 Schmidt-Ott, Friedrich, 19, 59, 147,  
 203, 222, 226, 228, 274  
 Schneider, Friedrich, 104  
 Scholz, Willibald, 258  
 Schottländer, Paul, 38  
 Schreiber, Georg, 71, 209  
 Schuster, Heinz, 99  
 Schwabach, Paul von, 210  
 Schwarz, Helmut, 140  
 Schwarz, Uli, 104  
 Schweinitz, Hans Dietrich Graf  
 von, 315  
 Schwickardi, Dieter, 104  
 Schüring, Michael, 80, 316, 325  
 Scott, Peter, 244  
 Seidlitz, Woldemar von, 204  
 Selbach, Erich, 105  
 Sengbusch, Reinhold von, 100  
 Siemens, Carl Friedrich von, 57–59  
 Siemens, Wilhelm von, 125  
 Sime, Ruth Lewin, 69, 70  
 Simon, James, 15, 205, 210, 211  
 Simson, Ernst von, 16, 313  
 Sommerfeld, Arnold, 69  
 Speer, Albert, 60  
 Spemann, Hans, 165  
 Sperling, Dietrich, 104  
 Speyer, Franziska, 222, 223  
 Speyer, Georg, 222, 223, 226  
 Springorum, Friedrich, 228–230  
 Staab, Heinz August, 32, 163, 169  
 Stamm-Kuhlmann, Thomas, 77  
 Stark, Johannes, 34  
 Steinmann, Ernst, 12, 13, 126, 349,  
 351  
 Stekeler-Weithofer, Pirmin, 140  
 Stern, Curt, 317

Stinnes, Hugo, 234  
 Stoff, Heiko, 255  
 Stokes, Donald E., 244  
 Strauß, Franz Josef, 90, 92  
 Straßmann, Fritz, 45, 91  
 Streib, Michael, 344  
 Stresemann, Gustav, 59  
 Stubbe, Hans, 41, 321  
 Sucker, Ulrich, 165  
 Syrbe, Max, 247  
 Szöllösi-Janze, Margit, 8, 15, 16,  
 25, 48, 249, 271, 272,  
 288, 314

## T

---

Telschow, Ernst, 39, 40, 43, 51, 52,  
 55–58, 60, 66, 67, 69–71,  
 74, 75, 77, 78, 179, 253,  
 256, 275, 318, 324  
 Thienemann, August, 13  
 Thienemann, Johannes, 21  
 Thiessen, Peter Adolf, 48, 50–52,  
 67, 320  
 Thomas, Karl, 260  
 Thyssen, August, 233  
 Tilden, Samuel Jones, 200  
 Timofeev-Ressovsky, Nikolai, 313  
 Todt, Fritz, 60  
 Trautner, Thomas A., 99  
 Trendelenburg, Ernst von, 16, 17,  
 42, 84, 313  
 Trier, Hann, 164  
 Trischler, Helmuth, 3, 22, 96, 97,  
 144  
 Tropsch, Hans, 235  
 Tschachotin, Sergej, 312

## U

---

Ufer, Max, 35, 80

Ulrich Mayer, Karl, 184  
 Urban, Martin, 106

## V

---

Verschuer, Otmar von, 49, 50, 67,  
 323  
 Vierhaus, Rudolf, 1, 136, 137, 139,  
 141, 142, 199, 270  
 Vogel, Friedrich, 260  
 Vogt, Annette, 163, 178  
 Vogt, Cécile (geb. Mugnier), 28  
 Vogt, Oskar, 28, 53, 316  
 Vögler, Albert, 40, 42, 54, 57–60,  
 66, 228–230, 236, 237,  
 240

## W

---

Wacker, Otto, 57  
 Wagner, Peter, 302  
 Wagner, Werner, 258, 259  
 Walcher, Wilhelm, 91  
 Walker, Mark, 47, 72  
 Warburg, Aby, 13  
 Warburg, Emil, 221  
 Warburg, Max Moritz, 39  
 Warburg, Otto, 30, 52, 58, 76, 100,  
 165, 166, 173, 178  
 Warschauer, Robert, 210  
 Wassermann, August von, 13, 24,  
 224, 226  
 Weber, Max, 263, 307, 354  
 Weinert, Franz Emanuel, 132, 298,  
 299  
 Weingart, Peter, 181  
 Weiss, Burghard, 276  
 Weiss, Sheila Faith, 319, 320  
 Weizsäcker, Carl Friedrich von, 46,  
 47, 69, 89–91, 98, 123,  
 124, 127, 132, 160, 173,

175, 180–183, 261–263,  
287–290, 292, 293,  
295–299, 304, 333, 353  
Weizsäcker, Richard von, 62, 139  
Weller, Albert H., 105  
Wendel, Günter, 199  
Werner, Petra, 178  
Wertheim, Georg, 15, 125  
Westphal, Otto, 99, 105  
Westphal, Wilhelm, 25  
Wettstein, Friedrich von, 165  
Wieland, Heinrich, 49  
Wieland, Thomas, 245  
Wilhelm II., 9, 14, 15, 23, 125, 138,  
147, 148, 207  
Williamson, Alexander William,  
249  
Willstätter, Richard, 24, 25, 29,  
126, 166, 211  
Winnacker, Karl, 293

Wirtz, Karl, 46, 69, 91, 124  
Witt, Peter-Christian, 146, 313  
Wittmann, Heinz-Günther, 99  
Wolf, Gerhard, 4  
Wurster, Carl, 293  
Wüst, Fritz, 13, 228–230, 232

## Y

---

Yukawa, Hideki, 89

## Z

---

Zacher, Hans F., 6, 9, 32, 65, 109,  
130, 131, 333–335  
Zapf, Wolfgang, 335  
Ziegler, Karl, 84  
Zierold, Kurt, 324  
Zirnstern, Gottfried, 222  
Zitzewitz, Friedrich-Karl von, 60  
Zweigert, Konrad, 106, 297